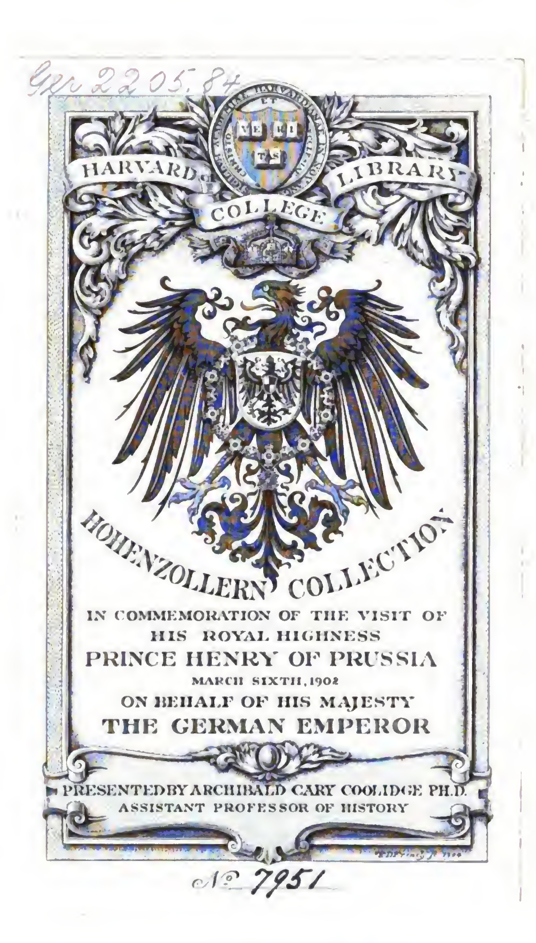
Bismarck-Ja...


HARVARD
COLLEGE
LIBRARY
VE RI
TAS
HOHENZOLLERN COLLECTION
IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR
PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

Bismarck-Jahrbuch.

Bismarck-Jahrbuch.

Herausgegeben
von
Horst Kohl.



Dritter Band.

Berlin.
Verlag von O. Häring.
1896.

Inhalt.

Berichtigungen

zu

Bismarck-Jahrbuch II.

S. 92 Z. 11 v. o. lies: Ruhe statt: Rechte.
S. 149 Z. 16 v. u. lies: dem Interesse statt: im Interesse.
S. 149 Z. 9 v. u. lies: mouchards statt: marchands.
S. 150 Z. 2 v. o. lies: heimlich statt: förmlich.
S. 150 Z. 7 v. u. lies: Meine Vermuthungen.
S. 151 Z. 15 v. u. lies: nur in Fremden statt: und in Fremden.
S. 151 Z. 3 v. u. lies: eine unterthänigste Bitte.
S. 163 Z. 7 v. o. lies: Geheimer Rath begreift statt: Geheimrath bezeichnet.
S. 163 Z. 9 v. o. lies: Bereithaltung statt: Beibehaltung.
S. 166 Z. 10 v. o. lies: aus Hamburg statt: über Hamburg.
S. 166 Z. 15 v. o. lies: Escamotage statt: Escomotage.
S. 254 Z. 6 v. u. (Anm. 1) lies: Plehwe statt: Plehme.
S. 398 Z. 1 v. o. lies: Unfreundlichkeit statt: Unerfreulichkeit.

Berichtigungen

zu

Bismarck-Jahrbuch III.

S. 165 Z. 6 v. o. lies: ce qui a été.

S. 188 Z. 12 v. o. lies: Campagne statt: Compagnie.

S. 392 Z. 4 v. o. lies: Ich glaube, daß in jener Welt ꝛc. — Die Verse haben übrigens thatsächlich den Fürsten Bismarck zum Verfasser. H. K.

I.

Urkunden und Briefe.

1.

Acta

betreffend den Kammergerichts-Auscultator

Herrn

Leopold Eduard Otto von Bismarck.

Hierzu gehören

1) 1 Vol. Acten des K. Stadtgerichts zu Berlin.

2) 1 Vol. do. „ „ Kammergerichts „

1836.

Sect. I No. 165.

Regierungs-Präsidium zu Aachen.

Uebersicht

der Beschäftigung des Herrn von Bismarck während seines Referendariats bei der Königlichen Regierung zu Aachen.

	Eingetreten			Ausgetreten			Bemerkungen
	Jahr	Monat	Tag	Jahr	Monat	Tag	
Mündlich geprüft	1836	Juni	30.				
Vereidet	1836	Juli	5.				
Beschäftigung Erste Periode. Gewöhnl. Dauer 1/2 Mon.	1836	Juli	5.				
Zweite Periode. Sect. A. Gewöhnl. Dauer 4 Mon.	1837	May	3.				
Zweite Periode. Sect. B. Gewöhnl. Dauer 8 Mon.	1836	Juli	12.	1837	May	3.	vid. unbedingtes Zeugniß.
Zweite Periode. Sect. C. Gewöhnl. Dauer 1 Mon.							
Dritte Periode. Sect. A. Gewöhnl. Dauer 2 Mon.	1836	Aug.	12.	1837	May	3.	vid. unbedingtes Zeugniß.
Dritte Periode. Sect. B. a, b, c } Gewöhnl. Dauer 4 Mon.	1836	Aug.	12.	1837	May	3.	vid. bedingtes Zeugniß.
Dritte Periode. Sect. C. a, b, c } Gewöhnl. Dauer 4 Mon.							
Dritte Periode. Sect. D. a, b } Gewöhnl. Dauer 2 Mon.	1836	Dec.	24.	1837	May	3.	vid. unbedingtes Zeugniß.
Dritte Periode. Sect. E. a, b, c } Gewöhnl. Dauer 3 Mon.							
Dritte Periode. Sect. F. Gewöhnl. Dauer 2 Mon.							
Vierte Periode. Gewöhnl. Dauer 4 Mon.							

I.

(Stempel: Ein Sechstel-Thaler)
5 Gr.

Hochgeborner Herr Graf,
Hochgebietender Herr Präsident.

Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich mir nachstehendes Gesuch ganz gehorsamst vorzutragen: 1836.

Seit dem Mai vorigen Jahres bin ich bei dem hiesigen Stadtgericht als Auscultator angestellt, nachdem ich in Göttingen und Berlin studirt und bei dem Kammergericht das erste Examen gemacht habe. Mein Wunsch ist, nun zur Regirung überzugehn, und bitte ich Ew. Hochgeboren mir zu gestatten, daß ich in Aachen das desfallsige Examen machen darf. Zwar bin ich für jetzt noch bei der Justiz angestellt und befinden sich meine Personalakten, namentlich die Schul- und Universitäts-Zeugnisse mit den Testaten über die gehörten Collegia noch auf dem Kammergericht; doch werde ich in einigen Monaten den Abschied vom Gericht nehmen und Ew. Hochgeboren jene Papiere sofort übersenden. Anliegend habe ich die Ehre, Ew. Hochgeboren ein Attest des Kammergerichts-Präsidiums über meine jetzige Anstellung zu übersenden, und meine ganz gehorsamste Bitte geht dahin, daß Ew. Hochgeboren Eine hohe Examinationscommission geneigtest veranlassen, mir vorläufig die Themata der schriftlichen Examenarbeiten zuzuschicken.

Genehmigen Ew. Hochgeboren die Versicherung unbegränzter Ehrerbietung, mit der ich bin

Ew. Hochgeboren
gehorsamster
Otto von Bismarck

Berlin, den 28. Januar 1836. Behrenstr. 28.

1836. Resolution [des Grafen v. Arnim]: Unter Mittheilung der Verhältnisse des Impetranten sind die Herren C.-R. Besserer und R.-R. Heyse um baldgef. Mittheilung eines wissenschaftlichen und resp. eines staatswirthschaftlichen Themas an mich zu ersuchen.

3./2. v. A.

Beilage.

Dem Kammergerichts-Auscultator Leopold Eduard Otto von Bismark wird hierdurch bescheinigt, daß derselbe nach genügend bestandener Prüfung als Kammergerichtsauscultator angestellt, am 25. Mai pr. verpflichtet und am 5. Juni beim hiesigen Stadtgericht eingeführt ist.

Berlin, den 26. Januar 1836.

Das Kammergerichts-Präsidium.

Attest. v. Grolman.

II.

An Aachen, den 3. Febr. 1836.

den Herrn Consistorialrath Besserer
und
den Herrn Regierungsrath Heyse
Hochwürden Wohlgeboren
Hier.

Der Kammergerichts-Auscultator Leopold Eduard Otto v. Bismark, welcher seit dem Mai vorigen Jahres bei dem Stadtgericht zu Berlin als Auscultator angestellt ist und bei dem Kammergericht das erste juristische Examen bestanden hat, wünscht nunmehr als Referendarius bei der hiesigen Kgl. Regierung einzutreten und hat behufs seiner desfallsigen schriftlichen Probearbeiten um Mittheilung der Themata gebeten.

Demgemäß ersuche ich Ew. Hochwürden und Wohlgeboren um baldgefällige Mittheilung eines wissenschaftlichen und resp. eines staatswirthschaftlichen Themas zu Probearbeiten für den Aspiranten.

Der Reg.-Präsident.

md. abg. 5./2. G. Arnim.

III. 1836.

Aachen, den 13. Febr. 1836.

An
den Herrn Consistorialrath Besserer
und
den Herrn Regierungsrath Heyse
Hochwürden Wohlgeboren
Hier.

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 3. d. Mts. ersuche ich Ew. . . . nunmehr um baldgefällige Mittheilung der Themata für den Kammergerichts-Auscultator v. Bismark.

Abg. 17./2. Der Reg.-Präsident.
G. A.

IV.

Aachen, den 14. Februar 1836.

Auf das sehr verehrliche Schreiben vom 3ten d. Mts. ermangeln wir nicht, Ew. Hochgeboren die für den Kammergerichts-Auscultator L. E. Otto von Bismark Behufs der abzulegenden Referendariats-Prüfung ausgewählten Themata zu schriftlichen Probe-Arbeiten umstehend gehorsamst mitzutheilen.

Besserer. Heyse.

An den Königlichen Regierungs-Präsidenten, Ritter pp.
Herrn Grafen von Arnim
Hochgeboren
Hier.

Resolution: Comm. Herrn v. Bismark
Termin. Monate.

G. Arnim.

Themata.

1. Ueber die Natur und die Zulässigkeit des Eides im Allgemeinen und nach seinen verschiedenen Arten aus dem Gesichtspunkte der philosophischen Rechts- und Tugendlehre, mit Berücksichtigung der Lehre des Christenthums.

2. Ueber Sparsamkeit im Staats-Haushalte, ihr Wesen und ihre Erfolge — auch durch geschichtliche Beispiele erläutert.

1836. V.

An Aachen, den 18. Februar 1836.
den Stadtgerichts-Auscultator
Herrn Otto von Bismarck
Hochwohlgeboren
zu Berlin
Behrenstr. No. 28.

Auf das Gesuch vom 28ten v. Mts. erhalten Ew. pp. behufs der abzulegenden Referendariatsprüfung anliegend ein Thema über einen wissenschaftlichen und ein dergl. über einen staatswirthschaftlichen Gegenstand zu schriftlicher Bearbeitung.

Die Einreichung dieser Probearbeiten erwarte ich längstens bis zum 1. Juni mit Ihrer Versicherung an Eidesstatt, daß Sie dieselben ohne fremde Beihülfe selbst gefertigt und eigenhändig geschrieben haben und wird Ihnen demnächst der Termin Ihrer mündlichen Prüfung bekannt gemacht werden.

Der Regierungs-Präsident.
Graf Arnim.

VI.

Hochgeborner Herr Graf,
Hochgebietender Herr Präsident!

Ew. Hochgeboren übersende ich in der Anlage die von mir über die mir ertheilten Themata angefertigten Probearbeiten und bitte ich demnächst ganz gehorsamst,

falls diese Arbeiten für genügend befunden werden sollten, einen Termin zu meiner mündlichen Prüfung geneigtest anzusetzen.

Zugleich erlaube ich mir die gehorsamste Anzeige, daß in einigen Tagen meine Entlassung aus dem Justizdienste erfolgen wird und sodann von Seiten des Gerichts meine Personalpapiere Ew. Hochgeboren überschickt werden sollen.

Mit unbegränzter Ehrerbietung verharre ich

Ew. Hochgeboren

ganz gehorsamster

Berlin, den 20. Mai 1836. Otto von Bismarck.

VII.

1836.

Ich versichre hiermit an Eidesstatt, daß ich die beiden anliegend erfolgenden Arbeiten „Ueber die Natur und Zulässigkeit des Eides pp.“ und „Ueber Sparsamkeit im Staatshaushalt“ ohne fremde Beihülfe selbst gefertigt und eigenhändig geschrieben habe.

Berlin, den 17. Mai 1836. O. v. Bismarck.

VIII.

Aachen, den 1. Juny 1836.

An die wohllöbliche Regierungscommission
zur Prüfung der Referendarien
Hier.

Der Kammergerichts-Auscultator v. Bismark hat die ihm Behufs der abzulegenden Referendariats-Prüfung zugetheilten Themata in den anliegenden beiden Aufsätzen bearbeitet.

Ich ersuche deshalb den Herrn Consistorialrath Besserer und resp. den Herrn Regierungsrath Heyse ergebenst, dieselben gefälligst prüfen und begutachten, mir aber demnächst in 24 Tagen mit der Censur wieder zugehen lassen zu wollen.

Der Regierungs-Präsident.
Abg. 12./6. Notet[ur] terminus. Graf A.

IX.

Aachen, den 19. Juny 1836.

An die wohllöbliche Regierungscommission
zur Prüfung der Referendarien
Hier.
Herrn Consistorialrath Besserer,
Herrn Regierungsrath Heyse.

Eine p. erlaube ich mir hierdurch an die baldgefällige Erledigung meines Schreibens vom 1. d. Mts., die Prüfung und Begutachtung der Probearbeiten des Herrn Kammergerichts-Auscultators v. Bismark betr., zu erinnern.

Abg. 19./6. Der Regierungs-Präsident.
Notet[ur] term[inus] 8 Tage. G. Arnim.

1836.

X.

Aachen, 19. Junius 1836.

Betrifft die Probearbeit des Herrn v. Bismarck.

Ew. Hochgeboren beehre ich mich auf das verehrliche Erinnerungsschreiben vom heutigen dato, die Prüfung und Begutachtung der Probearbeit des Herrn Kammergerichts-Auscultators v. Bismark betr., gehorsamst zu erwiedern, daß dieselbe mit meiner Begutachtung unter dem 15ten d. M. dem Herrn Regierungsrath Heyse vorschriftsmäßig zur Einsicht zugestellt worden ist.

Der Consistorialrath.
Besserer.

An
den Kgl. Regierungs-Präsidenten und Kammerherrn
Ritter p. Herrn Grafen von Arnim
Hochgeboren
Hier.

XI.

Aachen, den 20. Juni 1836.

Die der unterzeichneten Commission mittelst verehrlichen Schreibens vom 1. d. M. mitgetheilten Ausarbeitungen des Kammergerichtsauscultators von Bismark verfehlt dieselbe nicht nach vorgenommener Prüfung und ertheilter Censur Ew. Hochgeboren in den Anlagen gehorsamst zurückzureichen.

Die Prüfungs-Commission.
Besserer. Heyse.

An
des Kgl. Regierungs-Präsidenten, Ritters,
Herrn Grafen v. Arnim
Hochgeboren.

Resolution: Auf die beizufügende Vorladung des pp. Bismarck wollen die Commission, Herr Besserer, Herr Heyse, Herr v. Fürth bald terminum anberaumen zu mündlicher Prüfung, da der p. v. Bismarck schon hier ist und auf die Entscheidung wartet.

Graf A.

Aachen, 20./6.

XII. XIII. 1836.

s. Bismarck-Jahrbuch II 3—47.

Die den Arbeiten zugefügten Censuren lauten:

I. **Ich trage kein Bedenken, dieser Abhandlung das Prädikat: „recht gut" zuzuerkennen. Im Ganzen herrscht darin Würdigkeit und Klarheit der Ansicht, ein geregelter Ideengang und eine gute Diction, und sie giebt verhältnißmäßig nur zu wenig Ausstellungen Anlaß.**

Aachen, 15. Juni 1836.

Besserer. Reinike.
Geles. A[rnim] 19./6. 36.

II. Die vorliegende Arbeit verdient m. E. in der Anlage wie in der Ausführung Beifall. Sie zeugt von einer guten Grundlage staatswirthschaftlicher und geschichtlicher Kenntnisse, und wenn sie schon auf erschöpfende Behandlung des sehr umfassenden Themas nicht Anspruch machen kann, so darf sie doch ihrem Zweck nach als „gelungen" anerkannt werden.

Aachen, den 18. Juni 1836.

Reinike. Besserer.
Geles. A[rnim] 20./6. 36.

XIV.

Aachen, den 22ten Juni 1836.

Auf die anliegende Vorladung des Kammergerichts-Auscultators v. Bismark ersuche ich die untengenannten Herrn Mitglieder des Collegii zu dessen mündlicher Prüfung als Regierungs-Referendar terminum bald anberaumen zu wollen, da derselbe bereits hier eingetroffen ist und auf Entscheidung wartet.

Der Regierungs-Präsident.
G. Arnim.

An die Herrn Consistorial- und Schulrath Besserer
Regierungsrath Heyse
Justiziarus pp. v. Fürth
Hochwürden, Wohl- und Hochwohlgeboren
Hier.

1836. Beilage.

Zur mündlichen Regierungs-Referendariats-Prüfung des Kammergerichts-Auscultators v. Bismark

wird hierdurch terminus auf den [30ten dieses Monats] Morgens [10] Uhr im hiesigen Regierungsgebäude anberaumt und der Herr Candidat hierzu vorgeladen.

Aachen, den [24sten Juni 1836.]

Der Regierungs-Präsident.

An den Herrn Kammergerichts-Auscultator
v. Bismark
Hier.

XV.

Aachen, den 30. Juni 1836.

Die Prüfung des Kammergerichts-Auscultators
Leopold Eduard Otto v. Bismark
zum Regierungsreferendariat betr.

Ew. Hochgeboren überreichen wir anliegend ganz gehorsamst das Protokoll über die in Folge des verehrlichen, gleichfalls angebogenen Erlasses vom 22. d. M. am heutigen Tage von uns vorgenommene Prüfung des K. G. Auscultators Leopold Eduard Otto v. Bismark zum Regierungs-Referendariat.

Die Prüfungscommission.
Claessen. v. Fürth.
Heyse.

An des Kgl. Regierungs-Präsidenten
Herrn Grafen von Arnim
Hochgeboren.

Protokoll.

Verhandelt Aachen, den 30. Juni 1836.

Die Prüfungscommission bestand aus den Herrn
Consistorial- und Schulrath Claessen
Regierungsrath Heyse und
Kammergerichtsassessor von Fürth.

In Folge des Präsidialerlasses vom 22. d. M. wurde heute von 10 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags die mündliche Prüfung des um Zulassung zum Regierungsreferendariat anstehenden Kammergerichts-Auscultators 1836.

Leopold Eduard Otto von Bismark

vorgenommen.

Diese Prüfung erstreckte sich zunächst auf die allgemeinen Wissenschaften, namentlich auf die griechische und lateinische Sprache und auf Philosophie und Geschichte, sodann auf die kameralistischen Wissenschaften, namentlich auf Staatsrecht überhaupt und auf verschiedene Zweige der Staatswirthschaft und Finanzwissenschaft, sowie insbesondere auf das gegenwärtig in Preußen geltende Steuersystem, endlich auf die Rechtswissenschaft, wobei verschiedene Materien des gemeinen, preußischen und französischen Civilrechts, sowie des gemeinen deutschen Lehnrechts unter Einwebung praktischer Rechtsfälle zur Sprache kamen.

Candidat legte in Bezug auf die allgemeinen Wissenschaften recht gute Schulstudien an den Tag und zeigte durch Uebersetzung und Interpretation einiger Stellen aus Xenophons Cyropädie sowie aus Ciceros Buche de officiis seine Vertrautheit mit den alten Sprachen. Seine Antworten auf die ihm vorgelegten philosophischen und historischen Fragen waren durchaus befriedigend.

In den kameralistischen Wissenschaften entwickelte Candidat recht gute Kenntnisse, und vor allem zeigten seine Antworten auf die ihm über Staatsrecht und Staatswirthschaft vorgelegten Fragen, daß er über das Erlernte nachgedacht und schon selbstständige Ansichten gewonnen hat.

Nicht minder gut bestand Candidat in der Rechtswissenschaft. Seine Antworten bewiesen, daß er sich die allgemeinen Vorschriften des römischen Rechts sowie des preußischen Landrechts zu eigen gemacht hat, und seine Beurtheilung der ihm vorgelegten Rechtsfälle ergab, daß er auch die erwähnten Vorschriften praktisch anzuwenden weiß. Im französischen Recht schien er sich wenigstens einige Kenntnisse erworben zu haben.

1836. Durchgängig zeigte Candidat eine vorzügliche Urtheilskraft, Schnelligkeit im Auffassen der ihm vorgelegten Fragen und Gewandtheit im mündlichen Ausdruck.

Hienach und da auch die vom Candidaten gelieferten schriftlichen Ausarbeitungen eine sehr günstige Censur erlangt haben, geht das einstimmige Urtheil der unterzeichneten Prüfungscommission dahin,

daß der Kammergerichts-Auscultator Leopold Eduard Otto von Bismarck für sehr gut befähigt zu achten ist, um zum Regierungsreferendariat befördert zu werden.

Die Prüfungscommission.
Claessen. von Fürth.
Heyse.

XVI.

An Aachen, den 2ten Juli 1836.
den Herrn K.-G.-A. v. Bismarck
Hochwohlgeboren
Hier.

Zu Ihrer Anstellung und Einführung als Regierungs-Referendar ist erforderlich, daß Sie Ihre Entlassung aus dem Justizdienste an mich einsenden, welcher ich seit Ihrer Eingabe vom 20. Mai cr. entgegengesehen habe.

Der Regierungs-Präsident.
G. Arnim.

XVII.

Hochgeborner Herr Graf,
Hochgebietender Herr Präsident.

Ew. Hochgeboren beehre ich mich in der Anlage das meine Entlassung aus dem Justizdienste betreffende Zeugniß ganz gehorsamst einzusenden.

Ew. Hochgeboren
ganz gehorsamster
Otto von Bismarck.

Aachen, den 3. Juli 1836.

Resolution: Post exped. sind die Personalacten vom Kgl. Kammergericht zu erbitten. 1836.

4/7. G. Arnim.

Beilage.

Dem Kammergerichts-Auscultator Leopold Eduard Otto von Bismarck wird die nachgesuchte Entlassung aus dem Kgl. Justizdienste hierdurch ertheilt.

Urkundlich unter des Kgl. Kammergerichts größerem Siegel und gewöhnlicher Unterschrift.

Berlin, den 10. Juni 1836. v. Bülow.

Dimissoriale. Taxe 1 Thaler
— „ 5 Sgr.
— „ 2 „
— „ 3 „

XVIII.

Aachen, den 4. Juli 1836.

An den K.-G.-A. Herrn v. Bismarck
Hochwohlgeboren
Hier.

Nachdem Ew.... Seitens der mit Ihrer mündlichen und schriftlichen Prüfung zum Regierungsreferendariate beauftragt gewesenen Prüfungscommission hierzu als wohlbefähigt erachtet worden sind, habe ich heute die von Ihnen unter dem 28. Januar cr. nachgesuchte Anstellung als Regierungs-Referendar bei der hiesigen Kgl. Regierung verfügt und Ihre Vereidigung und Einführung in das Collegium auf Dienstag den 5ten d. M. bestimmt, an welchem Tage Sie Sich Morgens 9 Uhr in dem Regierungsgebäude im Bureau des Regierungssecretärs Hencke einzufinden und die bezüglichen instructionellen Bestimmungen vorläufig einzusehen haben.

* * *

1836. An eine K. Hochlöbliche Regierung
Hier.

Eine p. Regierung benachrichtige ich ergebenst, daß, nachdem der bisherige K.=G.=A. v. Bismarck die Prüfung zum Regierungsreferendariate nach dem Urtheil der dazu bestellt gewesenen Prüfungscommission sehr gut bestanden hat, ich denselben nunmehr als Referendar bei der hiesigen Kgl. Regierung angestellt und dessen Einführung bei einem Hochlöblichen Collegium auf nächsten Dienstag den 5. d. M. Morgens 9 Uhr bestimmt habe.

Der Regierungs = Präsident.
G. Arnim.

XIX.

An ein Hochlöbliches Kammergericht zu Berlin.

Aachen, den 4. Juli 1836.

Der seitherige K.=G.=A. Leopold Eduard Otto v. Bismarck ist auf sein desfallsiges Ansuchen, nachdem derselbe sein Dimissoriale aus dem Kgl. Justizdienste eingereicht und die vorschriftsmäßige Prüfung bestanden hat, nunmehr als Regierungsreferendarius bei der hiesigen Kgl. Regierung angenommen. Ein p. ersuche ich demgemäß ganz ergebenst um gefällige Mittheilung seiner Personalacten.

Der Regierungs = Präsident.
G. A.

Abg. 6/7.

XX.

Aachen, den 5. July 1836.

Die Vereidung des Referendarius v. Bismarck betr.

Einer Hochlöbl. Regierung überreiche ich anliegend gehorsamst den von dem Regierungs=Referendar v. Bismarck in der heutigen Plenarsitzung ausgesprochenen Eid.

Hencke.

An eine Kgl. Hochlöbl. Regierung
Hierselbst.

(Stempel: Ein Halber Thaler) 1836.
15 Gr.

Cassirter Stempel
zu der Vereidigungs-Verhandlung des Regierungsreferendarius von Bismark vom 5. July 1836.

Aachen, 7. July 1836. Hencke,
Regierungssecretär.

Diensteid
des Regierungs-Referendarius von Bismarck.

Ich Otto v. Bismarck
schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden einen leiblichen Eid, daß, nachdem ich zum Referendarius bei der Kgl. Regierung zu Aachen bestellt worden, Sr. Kgl. Majestät von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, ich treu und gehorsam sein und nicht nur alle meine Pflichten, welche mir vermöge meines jetzt übernommenen Amtes obliegen oder künftig vorgeschrieben werden möchten, sondern auch, wenn ich in ein andres Amt versetzt werden sollte, alle die Obliegenheiten, welche damit verbunden sind oder verbunden werden möchten, gewissenhaft, genau und getreulich erfüllen und mich davon durch nichts abhalten lassen, auch mich in allen Stücken so betragen will, wie es einem rechtschaffenen Königlichen Diener in meinem gegenwärtigen und in jedem meiner künftigen Verhältnisse wohl ansteht und gebühret; so wahr mir Gott helfe durch sein heiliges Evangelium.

O. v. Bismarck.

Daß nach vorheriger Vorhaltung der Wichtigkeit und Bedeutung des Eides vorstehender Diensteid förmlich und körperlich von dem Regierungs-Referendarius v. Bismark in der heutigen Plenarsitzung der Kgl. Regierung abgelegt und ausgeschworen worden ist, wird hierdurch bescheinigt.

in fidem
Aachen, den 5. July 1836. Hencke,
Regierungssecretär.

1836. XXI.

Der Regierungs-Referendarius v. Bismark wird behufs seiner Ausbildung dem Herrn Domainen-Departementsrath und dem Herrn Oberforstmeister in Gemäßheit des § 7 Litt. B und des § 10 des Reglements vom 4. April 1836 überwiesen. Hiemit ist das Pensionswesen zu verbinden.

Aachen, den 12ten July 1836.

Der Regierungs-Präsident.
Graf Arnim.

Dem Herrn Regierungsvicepräsidenten v. Mallinckrodt — vidi Mallinckrodt.
und
dem Herrn Domainen-Departements-Rath und Oberforstmeister, Kriegsrath Dreyer — ges. Dreyer 15/7.
zur gefälligen Kenntnißnahme,
dem Referendarius Herrn v. Bismark zur Nachachtung vorzulegen. — ges. O. v. Bismarck 13/7. 36.

XXII.

Ew. Hochgeboren übersenden wir in der Anlage auf das geehrte Schreiben vom 4. d. M. ergebenst die aus 1 Vol. bestehenden Personalacten des bisherigen K.-G.-A. Leopold Eduard Otto von Bismark zur gefl. weiteren Verfügung.

Berlin, den 14ten Juli 1836.

Kgl. Preuß. Kammergericht.
v. Bülow.

An den Kgl. Reg.-Präs. und Domherrn, Ritter pp.
Herrn Grafen v. Arnim-Boitzenburg,
Hochgeboren
zu Aachen.

XXIII. 1836.

An Aachen, den 12. August 1836.

den Herrn Oberregierungs-Rath Bartels
Hochwohlgeboren
den Herrn Regierungs-Rath Reinike
Wohlgeboren
Hier.

Ew. ersuche ich ergebenst, den Herrn Reg.-Ref. v. Bismarck gefälligst jetzt schon in Ihren Departements beschäftigen zu wollen, da derselbe wegen Verfolgung der diplomatischen Laufbahn nicht wie die anderen Regierungsreferendarien die ganze Dauer der Referendariatszeit hier zubringen wird.

[Abschrift hiervon dem Herrn von Bismarck zur Kenntnißnahme.]

Der Regierungs-Präsident.
Graf Arnim.

XXIV.

An Aachen, den 15. August 1836.

den Herrn Regierungs-Vicepräsidenten
v. Mallinckrodt
Hochwohlgeboren.

Da dem Steuerdepartementsrath Herrn von Goerschen bereits zwei Referendarien zur Beschäftigung überwiesen sind, so habe ich aus diesem Grunde und weil der Reg.-Ref. v. Bismarck wegen Verfolgung der diplomatischen Laufbahn nicht wie die anderen Reg.-Ref. die ganze Dauer der Referendariatszeit hier zubringen wird, denselben der Abtheilung des Innern überwiesen, wovon ich Ew. p. ganz ergebenst in Kenntniß setze.

Der Regierungs-Präsident.
Graf Arnim.

Herrn Regierungsrath Ritz zur gef. Kenntnißnahme vorzulegen.
Graf Arnim.

1836.

XXV.

Aachen, den 23. Dezember 1836.

Ew. Hochgeboren

erlaube ich mir ganz gehorsamst anzuzeigen, daß ich, unbeschadet der von mir früher ausgesprochenen Absicht, mich der diplomatischen Laufbahn zu widmen, vor meinem Eintritt in dieselbe mich durch das größere Regirungsexamen zum Assessor zu qualificiren wünsche. Zu diesem Ende ersuche ich Ew. Hochgeboren ganz gehorsamst, geneigtest anordnen zu wollen, daß ich bei der hiesigen Kgl. Regirung in Zukunft in der zur Vorbereitung für das größere Regirungsexamen erforderlichen Art beschäftigt werde.

Ew. Hochgeboren

ganz gehorsamster

An den Kgl. Regierungs-Präsidenten Herrn Grafen v. Arnim Hochgeboren.

Otto v. Bismarck, Reg.-Ref.

Resolution: Wird br. m. s. p. r. dem Herrn Oberreg.-Rath Bartels und Herrn Reg.-Rath Reinike mit dem Ersuchen mitgetheilt, den Referendarius Herrn v. Bismarck hienach recht anhaltend in deren Departements beschäftigen zu wollen, damit derselbe baldmöglichst die völlige Reife darin erlange.

Aachen, 24/12. 36. Graf Arnim.

Reprod. in 3 Monaten.

XXVI.

Aachen, den 24. December 1836.

An die Herrn Consistorialrath Besserer
" Claessen
Hochwürden.

Wenngleich der Reg.-Ref. Herr v. Bismarck sich der diplomatischen Laufbahn zu widmen gedenkt, so wünscht er sich doch vorher zur Ablegung des größeren Regierungs-Examens zu qualificiren und deshalb den Turnus der übrigen Referendarien

bei der hiesigen Kgl. Regierung durchzumachen. Ich habe deshalb den p. Bismarck bereits den Herrn Militär- und Communaldepartementsräthen zur Beschäftigung überwiesen, und da demselben hieneben bei angestrengtem Fleiße die nöthige Zeit übrig bleibt, so ersuche ich Ew. . . ., ihn gleichzeitig auch in Ihrem Departement zur Erlangung der erforderlichen Kenntnisse nach Maßgabe des § 8 Litt. D und des § 10 des Reglements vom 4ten April beschäftigen und zur nöthigen Reife führen zu wollen. 1836.

[Abschrift hievon s. p. r. den Herrn Reg.-Rath Bartels zur gef. Kenntnißnahme.]

Der Regierungs-Präsident.
Graf Arnim.

XXVII.

Beschäftigung des Reg.-Ref. Herrn v. Bismarck in den Departements des Herrn Oberreg.-Raths Bartels pp. wird gemäß verehrlichen Decrets vom 24. December v. J. ganz gehorsamst reproducirt. 1837.

Oberstolz.
28/3. 37.

XXVIII.

An Aachen, den 29. März 1837.

1) den Herrn Oberregierungsrath Bartels
2) " " Regierungsrath Reinike
3) " " Consistorialrath Besserer
4) " " " " Claessen.

In Verfolg meines Schreibens vom 24ten Dec. v. J. ersuche ich Ew. . . . ergebenst, mich davon benachrichtigen zu wollen, in welcher Weise der Reg.-Ref. v. Bismarck von Ihnen beschäftigt worden und ob und wann derselbe die nöthige Reife in Ew. . . . Departement erreicht haben dürfte.

Der Regierungs-Präsident.
Graf Arnim.

1837.

XXIX.

Der Herr Reg.-Referendarius von Bismark hat während seiner mehrmonatlichen Beschäftigung im Militärdecernat Fleiß und Umsicht bewiesen, so daß ich ihn für fähig erklären darf, diese Branche mit Erfolg selbstständig zu bearbeiten. Auch in andern Geschäftszweigen der Abtheilung des Innern habe ich wahrnehmen können, daß es dem p. v. Bismark nicht an Fähigkeit und richtigem Urtheil fehlt, jedoch wird er sich noch mehr an gewissenhafte Pünktlichkeit und die strenge Ordnung des Dienstes gewöhnen müssen.

Aachen, den 1. April 1837. Bartels,
Oberreg.-Rath.

XXX.

Betrifft Beschäftigung des Herrn Regierungs-Referendars von Bismark in Sachen meines Geschäftsbereichs.

Aachen, 1. April 1837.

Ew. Hochgeboren beehre ich mich in gehorsamster Beantwortung verehrlicher Verfügung vom 29ten v. M. zu berichten, daß der Herr Reg.-Ref. von Bismark in Sachen des Gesuchs des ehemaligen Lehrers Hergers zu Montjoie wegen Anstellung (N. 2229 I), ferner 2) der Trennung der Ev.-Lutherischen von Aachen, Burscheid und Vaals (N. 2756) und endlich 3) der Anstellung von Civilbeamten, Geistlichen und Lehrern, die auf inländischen Universitäten und speciell in Bonn und Halle studirt haben (eine Menge Nummern, die manche Zwischenverfügungen erheischten und noch nicht bis zum endlichen vollständigen Abschluß gediehen sind, und zu deren Zuweisung an denselben ich durch die anfängliche Zuschrift des Herrn Ober-Reg.-Raths Bartels mich veranlaßt sah) gearbeitet hat.

In den von ihm geleisteten Arbeiten habe ich nur Einen Mißgriff in Auffassung einer Äußerung Hergers (N. 2229 I) wahrgenommen und sonst seine Behandlung der Sachen und seine Ausfertigungen sehr gut gefunden und glaube demselben das Zeugniß der erforderlichen Reife ertheilen zu können,

wobei ich indessen wünschen möchte, daß die Gegenstände sub 3, 1837.
die dem Abschlusse ganz nahe sind, noch völlig durch denselben
aufs Reine gebracht würden.

Der Consistorialrath.
Besserer.

An den Kgl. Reg.-Präsidenten und Kammerherrn
Ritter p., Herrn Grafen von Arnim,
Hochgeboren
Hier.

XXXI.

Aachen, den 1. April 1837.

Die Beschäftigung des Reg.-Ref. v. Bismark betr.

Ew. Hochgeboren verfehle ich nicht, auf das gestern Abend erhaltene verehrliche Schreiben vom 29. v. M. gehorsamst anzuzeigen, daß der Referendarius v. B. bisher besonders in denjenigen Zweigen des mir anvertrauten Departements beschäftigt worden ist, in welchen er sich eine nähere Uebersicht von den Grundsätzen der hiesigen Communal-Verfassung erwerben konnte, er es indessen lange Zeit an dem nöthigen Fleiße und Eifer hat fehlen lassen. In der letzten Zeit hat er sich in dieser Beziehung zu bessern begonnen, und hoffe ich, daß, wenn er so fortfährt, ich gegen den Schluß dieses Monats im Stande sein werde, ihm das erforderliche Zeugniß ausstellen zu dürfen.

Der Regierungsrath.
Reinike.

An des Kgl. Regierungs-Präsidenten, Ritters pp.
Herrn Grafen Arnim
Hochgeboren
Hier.

* * *

Ref.: Wird s. p. r. dem Herrn Reg.-Rath Reinike mit dem Ersuchen vorgelegt, sich nunmehr über die Ertheilung des Zeugnisses aussprechen zu wollen.

A. 30./4. 37. Graf Arnim.

1837.

XXXII.

Aachen, den 21. April 1837.

Die Beschäftigung des Reg.=Referendars Herrn v. Bismarck im katholischen Geistl. und Schuldepartement betreffend.

Ew. Hochgeboren

bitte ich zuvörderst recht sehr um Entschuldigung, daß ich das hochverehrliche Rescript vom 29. v. M. in rubricirtem Betreff nicht gleich erledigt, sondern an dessen Erledigung unterm 12. und 20. d. M. habe erinnern lassen müssen. In dieser Zwischenzeit war ich mit vielen österlichen Kirchenarbeiten und zweimal mit mehrere Tage andauernden Prüfungsarbeiten beschäftigt. Dann hätte ich den Herrn v. Bismarck, ehe ich über dessen bezügliche Reise berichtete, noch gerne in einigen, den hiesigen Organismus des Schulwesens berührenden Angelegenheiten, was inmittelst auch geschehen ist, beschäftigt.

Hiernach berichte ich nun ganz gehorsamst, daß, obgleich ich den Herrn Referendar v. Bismarck überhaupt nur wenig in Anspruch genommen habe, ich dennoch Wohldemselben das wohlverdiente Zeugniß nicht vorenthalten kann, daß er, ausgerüstet mit tüchtigen Vorkenntnissen und begabt mit einem ebenso scharfen Verstande als leichter und richtiger Auffassungsgabe, einige ausführlichere Kirchenangelegenheiten nach der darüber bestehenden und ihm angedeuteten Staatsgesetzgebung zu meiner vollkommensten Zufriedenheit bearbeitet und die darüber gefaßten Beschlüsse ebenso gefällig als klar und möglichst kurz expedirt hat. — Ein Gleiches kann ich von 2—3, von Wohldemselben bearbeiteten ausführlicheren Schulsachen, die den innern Organismus des Wesens ziemlich allgemein umfaßten, sagen.

Der Consistorialrath.
Claessen.

An den Kgl. Reg. Chef=Präsidenten und Kammerherrn Grafen von Arnim, Ritter pp.
Hochgeboren
allhier.

XXXIII. 1837.

Aachen, den 2. Mai 1837.

Zeugniß für den Reg.-Ref. Baron v. Bismark.

Ew. Hochgeboren überreiche ich anliegend gehorsamst das in Gemäßheit des wiederbeigefügten verehrlichen Marginal-decrets vom 30ten v. M. ausgestellte bedingte Zeugniß für den Reg.-Ref. Baron v. Bismark.

Der Regierungsrath.
Reinike.

An des Kgl. Reg.-Präsidenten, Ritters pp.
Herrn Grafen Arnims
Hochgeboren
Hier.

Zeugniß.

Dem Herrn Reg.-Referendarius Baron v. Bismark bescheinige ich hiermit pflichtmäßig, daß derselbe in dem mir anvertrauten Communaldepartement seit Ende des Monats August v. J. bis jetzt beschäftigt gewesen ist, sich in demselben zwar eine ziemlich genügende Gesetzes-Kenntniß erworben hat, die Beurtheilung der völligen Reife darin aber bis zur späteren Wiederbeschäftigung in einigen umfassenderen Sachen vorbehalten werden muß. Fleiß und Sorgfalt in den ihm übertragenen Arbeiten hätten größer sein können.

Aachen, den 2ten Mai 1837.

Der Regierungsrath.
Reinike.

ges. Aachen, den 3. Mai 1837.

Bartels,
Ob.-Reg.-R. u. Abth.-Dirigent.

1837.

XXXIV.

An Herrn Oberregierungsrath Bartels,
„ Consistorialrath Besserer,
„ „ „ Claessen,
„ Regierungsrath Reinike,
„ Geh. Regierungsrath v. Görschen,
„ Regierungsrath Ritz,
„ Oberforstmeister Kopstadt
zur gef. Kenntnißnahme,
dem Herrn Regierungs-Referendar v. Bismark
zur Nachachtung vorzulegen.

Aachen, den 3. May 1837.

Der Herr Reg.-Ref. v. Bismark wird behufs seiner Ausbildung dem Herrn Steuer-Departementsrath, sowie dem Herrn Domainen-Cassen-Departementsrath und dem Herrn Oberforstmeister in Gemäßheit des § 7 Litt. B und des § 10 des Reglements vom 4. April 1836 überwiesen, da derselbe in den letztgedachten Decernaten nur kurze Zeit gearbeitet hat.

Da der Herr v. Bismark mit guten Fähigkeiten versehen rasch arbeitet, so ersuche ich die obgenannten Herren Decernenten, denselben recht reichlich in Ihren Departements beschäftigen zu wollen.

Der Regierungs-Präsident.
Graf Arnim.

Abg. 6./5. [Am 10./5. Herrn v. Bismark vorgelegt.]

XXXV.

Hochzuehrender Herr Präsident,

Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich mir gehorsamst anzuzeigen, daß ich seit mehren Tagen durch Unwohlsein verhindert bin, an den dienstlichen Geschäften Theil zu nehmen, und bitte

ich zugleich ganz gehorsamst, mir bis zu meiner Herstellung 1837.
und vorläufig auf 8 Tage geneigtest Urlaub zu ertheilen.

Ew. Hochwohlgeboren
ganz gehorsamster

Aachen, 1. Juni 1837. v. Bismarck, Reg.-Ref.

Resolution: Aachen, den 2. Juni 1837.

An den Herrn Regierungs-Referendar v. Bismark
Hochwohlgeboren.

Da Ew. Hochwohlgeboren nach Inhalt Ihres Schreibens vom 1. d. erkrankt sind, so wird Ihnen der gewünschte 8tägige Urlaub hiermit ertheilt.

Der P. d. K. R.

XXXVI.

An die Herren Geh. Reg.-Rath v. Görschen, Reg.-Rath Ritz, Oberforstmeister Kopstadt.

Der Herr Referendar v. Bismark ist nach seiner Anzeige vom 1. d. erkrankt und ihm deßhalb heute ein nachgesuchter achttägiger Urlaub bewilligt. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich hiervon Kenntniß zu nehmen.

Der P. d. K. R.
v. Mallinckrodt.

XXXVII.

Ew. Hochwohlgeboren

erlaube ich mir in der Anlage Abschrift desjenigen Schreibens an den Reg.-Ref. von Bismark zur geneigten Kenntnißnahme ganz ergebenst mitzutheilen, welches ich auf die mir unterm 28ten vorigen und 15ten dieses Mts. gütigst übersandten Gesuche um Verlängerung seines Urlaubs an denselben gerichtet habe.

1837. Genehmigen Dieselben die Versicherung der vorzüglichen Hochachtung, mit welcher ich verharre als

Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebenster

Berlin, 21. October 1837. Graf Arnim.

An den Kgl. Reg.-Vicepräsidenten, Ritter pp.
Herrn v. Mallinckrodt
Hochwohlgeboren
zu Aachen.

Beilage.

Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf die mir zugegangenen beiden Schreiben d. d. Bern, den 17ten und Frankfurt, den 30ten vor. Mts., daß eine Verlängerung Ihres Urlaubes nicht mehr angemessen erscheint, nachdem Sie den von dem Herrn Reg.-Vicepräsidenten von Mallinckrodt Ihnen ertheilten, ohne vorherige Anfrage, bereits um Monate überschritten haben. Ich kann vielmehr den von Ihnen ausgesprochenen Entschluß, zu einer der Kgl. Regierungen in den altpreußischen Provinzen überzugehen, um zu einer angestrengteren Thätigkeit in den Amtsgeschäften zurückzukehren, nach welcher Sie bei den gesellschaftlichen Verhältnissen in Aachen vergeblich strebten, nur ganz billigen und Ew. Hochwohlgeboren die Einleitung der desfallsigen Schritte durch den Antrag auf Entlassung von der Regierung zu Aachen anempfehlen, welchen Sie an den Reg.-Vicepräsidenten von Mallinckrodt richten wollen.

Berlin, den 21. October 1837.

Der Regierungspräsident.
Graf Arnim.

An den Reg.-Referendarius
Herr v. Bismarck
Hochwohlgeboren
zu Kniephof
in Pommern.

XXXVIII.

1837.

Hochwohlgeborner Herr,
Hochzuehrender Herr Präsident.

Da ich zu meiner weitern Ausbildung in den altpreußischen Provinzen Beschäftigung zu suchen beabsichtige und zu diesem Behufe die Kgl. Regirung zu Potsdam gewählt habe, so ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ganz gehorsamst, Sich mit meinem Uebertritt zu derselben geneigtest einverstanden erklären, mir die Entlassung von der Kgl. Regirung zu Aachen ertheilen und die mich betreffenden in Ew. Hochwohlgeboren Registratur beruhenden Papiere dem Kgl. Ober-Präsidium zu Potsdam auf dessen demnächstige Requisition übermachen zu wollen.

Ew. Hochwohlgeboren
ganz gehorsamster
Otto v. Bismarck,
Reg.-Ref.

Kniephof in Pommern bei Naugard,
den 31. October 1837.

An den Kgl. Reg.-Vicepräsidenten
Ritter pp. Herrn v. Mallinckrodt
Hochwohlgeboren.

XXXIX.

Resolution: Aachen, den 9./11. 37.

An den Herrn Regierungs-Referendar Otto von Bismarck
Hochwohlgeboren
zu Kniephof in P.

Da Sie mir unterm 31. m. p. Ihre Absicht zu erkennen gegeben haben, sich bei einer altpreußischen Regierung als Referendarius anstellen zu lassen, um dort zu Ihrer weiteren dienstlichen Ausbildung die Gelegenheit zu suchen, so entlasse ich Sie, dem ausgesprochenen Wunsche zufolge, aus Ihrem Verhältniß als Referendarius bei hiesiger Regierung und werde Ihre Personalacten, welche sich über Ihre Kenntnisse und Anlagen recht vortheilhaft aussprechen, dem Präsidio derjenigen Regierung zusenden, welche sie von mir requiriren wird.

Der P. d. K. R.
v. Mallinckrodt.

Abg. 10./11.

2.

Ein Brief Bismarcks an seinen Vater.

1844.

Norderney, 8. Aug. 44.

Lieber Vater.

8. 8. 1844. Ich bin vorgestern früh glücklich, wenn auch etwas später, als ich wollte, hier eingetroffen. Meine Reise fing gleich damit an, daß ich in Tangermünde, ich weiß nicht wieviel Stunden, bis gegen 10 Uhr Abends warten mußte und mich dabei merkwürdig langweilte; das Dampfschiff war ziemlich besetzt und zur Nacht noch schlechter eingerichtet, als auf unsrer Reise nach Hamburg, da die hintre Hälfte der großen Cajüte für Damen abgetheilt war. Ich habe deshalb in Gesellschaft zweier Engländer die Nacht mit Grog und Politik zugebracht, zum großen Kummer für die Mitreisenden, die gute Plätze hatten und schlafen wollten. Gegen 5 waren wir in Magdeburg, wo ich Brunnemann nicht fand, mit seinem Sohn aber Abrede genommen habe. Zum Nachmittag kam ich nach Hanover, wo ich bis zum Montag Morgen blieb und mich sehr gut unterhalten habe, wie immer, wenn ich mit Caroline[1]) zusammen bin. Ich habe sie sehr angegriffen, aber doch nicht so krank gefunden, wie ich nach Frau v. Derenthalls Schilderung erwartete, und sie würde besser sein, wenn sie still sitzen könnte und nicht immer wie Haarpuder im Hause umherflöge. In Carlsburg, wohin sie am Montag mit Theodor gegangen ist, wird sie sich unter dessen Aufsicht wohl erholen. Ich habe in Hanover überhaupt sehr liebenswürdige Leute gefunden, bin jeden Tag in angenehmer Gesellschaft gewesen, und täglich in einer hübschen Gegend ganz stolz mit königlicher Livrey, 4 Pferden und 2 Vorreitern spatziren gefahren, weil der Oberstallmeister Graf Platen mein Freund war. Am Montag ging erst das Weserschiff, mit dem ich fahren wollte,

[1]) v. Malortie.

8. 8. 1844.

und ich fand dazu eine sehr gute Reisegesellschaft in der Familie des Kriegsministers Grafen Kielmansegge, mit denen ich erst von Hanover nach Nienburg zu Lande und von da in 2 Tagen zu Schiff hierher kam; in gedachter Familie befanden sich drei sehr artige Töchter, unter die ich mein Herz während der Reise mit strenger Gerechtigkeit vertheilt habe. Außerdem war und ist ein sehr liebenswürdiger alter Herr v. d. Wisch, Minister des Innern in Hanover, mit uns, für den ich ein großes Tendre gefaßt habe; ich habe selten soviel Verstand mit so angenehmen Manieren gesehn. Als wir in See kamen, fing es heftig zu regnen an, und etwa 2 Meilen von der Insel Wangerog liefen wir auf einer Sandbank fest, so daß wir die Nacht über liegen bleiben mußten, um die Fluth abzuwarten. Während der Zeit überfiel uns das tollste Gewitter, welches ich je gesehn habe; zum Glück ganz ohne Wind, aber wohl 2 Stunden mit wenig unterbrochnem Donner und Blitz. Ich war mit Herrn v. Friesen aus Rammelburg und dem Capitän allein auf dem Verdeck, als ein betäubender Schlag mit Donner und Blitz ganz zugleich fiel. Friesen und ich taumelten auseinander, und Jeder dachte vom Andern, er brennte; der Strahl hatte einige Schritte von uns den Kettenkasten getroffen und an der aushängenden Kette seinen Weg ins Wasser genommen. In derselben Minute erfolgten noch 3 ähnliche Schläge in der unmittelbarsten Nähe des Schiffes, sodaß die ganze See um uns her aufbrauste. Einige Damen wurden ohnmächtig, andre weinten, und die Stille in der Herrencajüte wurde nur durch das laute Beten eines Bremer Kaufmanns unterbrochen, der mir vorher viel mehr auf seine Weste als auf seinen Gott zu geben schien. Als ich mich nach dem Schlage, der das Schiff traf, mit der Frage an den Capitän wandte, wo der Blitz wohl sitzen möchte, war dieser Mann gänzlich außer Stande zu antworten; er war blaublaß im Gesicht, die Lippen bebten ihm wie im Fieberfrost, und er war fast ohne Besinnung. Ich hätte wohl sehn mögen, was für Commando er hätte geben können, wenn das Schiff etwa in Brand gerathen wäre; gegen mich gerieth er in eine abergläubische Aufregung, die er erst späterhin zu äußern im Stande war, weil ich zur Be-

8. 8. 1844. ruhigung der alten Gräfin K., die in größtem Schreck an die Thür stürzte, einige Scherze über den Donner machte. Uebrigens stand unsre Partie wirklich schlecht, da unser Schiff der einzige anziehende Punkt für die Blitze war, das Gewitter grade über uns, und wenn wir brannten, oder der Kessel, die größte Eisenmasse, zerschlagen wurde, so faßte unser Boot noch nicht den vierten Theil der Gesellschaft, und wir waren 2 Meilen vom Lande. Das Gebet des Bremer Herrn rettete uns diesmal noch. Dienstag früh kamen wir hier an. Das Bad ist hier charmant, namentlich ein herrlicher sandiger Strand, ein schönes großes Gesellschaftshaus. Die Badezeit wechselt nach der Fluth von 6 Uhr Morgens bis 4 Mittags. Daß der Kronprinz mit seiner Frau hier ist, weißt Du, ebenso die Herzogin von Dessau mit ihrer Tochter; beide sehr liebenswürdige Prinzessinnen. Außer deren Hofchargen befinden sich in der Gesellschaft, der ich mich angeschlossen habe: ein Graf Hacke, der früher in Damitzow wohnte, eine Frau und zwei recht hübsche Töchter hier hat und sich Dir empfehlen läßt, Graf Schwicheldt aus Hanover mit einer jungen Frau; Frau v. Kalm aus Braunschweig, Frau v. Miaskowska, eine sehr liebenswürdige Witwe, die Kielmanseggesche Familie, Fr. v. Decken, Herr v. Eberstein nebst Frau, die mir 1000 Empfehlungen an Adolphine aufgetragen hat, Graf Reventlow mit einer Schwester, die schöne Zähne und kupfrige Farben hat und dereinst eine stattliche Stiftsdame abgeben wird, Frau v. Reitzenstein, deren wohlgewachsne Tochter für die Hauptschönheit gilt und eine prächtige Frau zum Spatzirengehn abgeben würde, lang und schlank mit gutem Trittwerk, eine Gräfin Harrach aus Dresden, die bei sich ein Fräulein von der Mosel hat, kein geringes Gewächs, weder kalt noch sauer, Frau v. Ochs aus Hessen, General v. Poten nebst Frau und viele andere. Die hübscheste von allen ist die Prinzessin von Dessau. Des Vormittags, nach oder vor dem Bade, wird Kegel geschoben, mit riesenhaften Kugeln, außerdem vertheilt sich die Zeit auf Whist und Pharao-Spielen, moquiren und hofiren mit den Damen, spatziren am Strande, Austern essen, Kaninchen schießen und des Abends 1 bis 2 Stunden tanzen.

Eine einförmige aber gesunde Lebensweise. Soeben bringt man mir das gebräuchliche Ankunftsständchen, wofür ich einen Thaler werde bezahlen. — Ich denke im Ganzen etwa 5 Wochen hier zu bleiben und komme auf der Rückreise jedenfalls über Schönhausen, d. h. wenn Ihr noch nicht nach Berlin seid. Ob ich wieder über Hanover gehe, weiß ich nicht, gern möchte ich aber noch einmal nach Bremen, wenn auch nicht, um wieder 1624er Rüdesheimer zu trinken, doch um mir die sehr schönen, gut erhaltnen alten Gebäude näher anzusehn und mir Cigarren auszusuchen, wozu ich neulich bei einem Aufenthalt von 5 Stunden des Nachts nicht Zeit hatte. Das Rathhaus ist eins der wenigen alten Denkmäler, die ganz unversehrt aus alter Zeit geblieben sind, und hat mir viel besser gefallen, wie der saure alte Rheinwein darin, der wie Lohe aussieht und wie Essig schmeckt, aber auf sehr schönen Fässern liegt, die bis zu 3000 Flaschen halten, die Flasche zu 2 bis 3 Thaler Gold. 8. 8. 1844.

Ueber allem geschäftigen Müßiggang habe ich diesen Brief einige Tage liegen lassen, damit er länger würde, schließe ihn nun aber doch eilig, da der Graf Reventlow, der ihn mitnimmt, eben reisen will. Heut sind noch einige junge Herrn angekommen, an denen es sehr fehlte, unser Nassauischer Vetter, Herr v. Buddenbrock von den Dragonern, ein Graf Henckel und einige andre Berliner. Leb recht wohl, grüße Malwine vielmals. Malortie läßt sich Dir empfehlen.

Dein gehorsamer Sohn

Bismarck.

Adresse: An

Poststempel: SCHIFFSBRIEFPOST 15. AUG. 1844.

den Kgl. Rittmeister Ritter pp.
Herrn v. Bismarck
Hochwohlgeboren
auf
Schönhausen bei
Fischbek
(Reg.-Bez. Magdeburg).

Ankunftsstempel: N 17/8 1

3.

Vier Briefe Bismarcks an den Appellations-Gerichts-Präsidenten Ludwig v. Gerlach.

1846. 1847. 1851. 1853.

I.

Ew. Hochwohlgeboren

24. 2. 1846. remittire ich die beiden mir gütigst anvertrauten Stücke, das Stadtgericht zu Wanzleben betreffend, mit meinem gehorsamsten Dank. Wenngleich ich, als unwissender Laie, selbst ein beifälliges Urtheil über den fraglichen Plan kaum auszusprechen wage, so kann ich doch nicht verschweigen, wie einleuchtend mir die Vorzüge einer solchen, der englischen Gerichtsverfassung sich nähernden Einrichtung sind, welche den Eingesessenen leicht zu erreichende, landes- und personenkundige Richter und zugleich die Rechtssicherheit gewährt, welche man von collegialischer Organisation zu erwarten pflegt. Ich kann mir nicht denken, was wohlmeinende und besonnene Leute von irgend einer Seite dagegen einwenden möchten. Mir ist nur die Vervielfältigung der Kassen und Depositorien aufgefallen als etwas nicht wünschenswerthes, aber wohl nicht wesentliches; außerdem kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß mir das Gehalt der Subalternen, besonders der ersten Aktuarien, verbunden mit ihren sonstigen Emolumenten, hoch scheint im Vergleich mit dem der Assessoren und Räthe, wenn man die große Verschiedenheit der für beide Klassen nöthigen Vorstudien erwägt, der Kosten, welche sie bis zu ihrer Anstellung aufwenden müssen, und der Anforderungen, welche die gesellschaftliche Existenz an beide macht. Es wäre gewiß wünschenswerth, Richter zu haben, die nicht auf ihr Gehalt angewiesen sind, oder garkeins beziehn; aber das Material dazu fehlt, oder ist verfassungsmäßig nicht qualificirt.

Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit noch eine Idee über Patrimonial-Gerichte auszusprechen, die bei vielen meiner Mitstände Anklang findet. Diese Gerichtsbarkeit ist jetzt thatsächlich selten etwas Andres als ein Flicken auf dem Mantel eines Königlichen Richters, in dessen stattlichem Faltenwurf sie für gewöhnlich verschwindet, um nur in der Unterschrift einer Ausfertigung gelegentlich hervorzutreten. Die Kleinheit der meisten Patrimonial-Gerichtsbezirke nöthigt deren Inhaber, seine Gerichtsbarkeit einem benachbarten Königlichen Richter beizulegen, dessen Character als Königlicher Beamter dadurch nicht um einen halben Ton modificirt wird. Wenn aber die Patrimonial-Gerichtsbarkeit ein lebendiger Theil unsrer Verfassung sein soll, so müßte m. E. der Patrimonial-Richter wesentlich und ausschließlich, so lange er seine Stelle hat, ständischer, ritterschaftlicher, Beamter sein. Dieß ließe sich glaub ich dadurch erreichen, daß man dem Mangel an Corporations-Geist und ständischem Leben in unsrer kornbauenden Ritterschaft im Wege der Gesetzgebung zu Hülfe käme; indem wenigstens da, wo es örtlich ausführbar ist, soviel Patrimonial-Gerichte zum Zusammentritt veranlaßt würden, daß sie einen hinreichenden Bezirk für ein Gerichtsamt, im Sinne des anliegenden Organisationplanes bildeten, dessen Richter dann von den betheiligten Gerichtsherrn, analog dem Landrathe, gewählt würde. Danach dürften, bis auf die durch ihre Localität zur Ausnahme geeigneten Fälle, Königliche Richter nicht zugleich Patrimonial-Richter sein. Ich will mich einstweilen bemühen, diese Idee, deren Ausführung, wenn die Betheiligten darüber einig sind, die heutige Gesetzgebung möglich, wenn auch nicht nothwendig macht, hier in Bezug auf Schönhausen, Fischbek, Wust, Hohengören, Libars, Neuermark, Scharlibbe pp. ins Leben zu führen. Leider ist es schwer bei den meisten der Herrn, mit dem Worte Patrimonial-Gericht eine andre Ideenverbindung zu wecken, als die Berechnung, ob die Sporteln die Justitiariats- und andern Gehalte inclusive Gefängnißkosten decken werden.

24. 2. 1846.

Ich bitte Sie, verehrtester Herr Präsident, mich ihrer Frau Gemalin, deren Commission an Fräulein Lucie ich prompt

24. 2. 1846. besorgen werde, angelegentlich zu empfehlen, und die Versicherung der aufrichtigsten Hochachtung und Verehrung zu genehmigen, mit der ich bin

Ew. Hochwohlgeboren
gehorsamster Diener
Schönhausen, 24. Februar 1846. Bismarck.

II.

Reinfeld bei Zuckers, 26. März 1847.

Verehrtester Herr Präsident.

26. 3. 1847. Schon vor Empfang Ihres Schreibens vom 20. beabsichtigte ich, Ihnen über das Resultat unsres Convents Bericht zu erstatten, wurde aber bisher durch meine Reise und dazwischenliegende Geschäfte davon abgehalten.

Wesentlicher Beschluß war nur unsre Eingabe an Se. Majestät, deren Skelett ungefähr nachstehendes ist: Wir wollen gern zu jeder äußern Umformung unsrer Gerichte die Hand bieten, durch welche sie fähig würden, das neue Verfahren in sich aufzunehmen, glauben aber, daß dieß geschehen kann, ohne unsre Rechte und ohne die Vorzüge der mit den Verhältnissen vertrauten, auf dem Lande wohnenden Einzelrichter aufzugeben, und haben zugleich den Weg periodischer Zusammenkunft der Richter angedeutet und den König gebeten, einen höhern Justiz-Beamten zu beauftragen, daß er mit unsern gewählten Vertretern, den Grafen von Hagen und von Wartensleben und mir, darüber verhandle. Gleichzeitig haben wir eine Eingabe an den Justiz-Minister entworfen, worin wir ihn bitten, Ew. Hochwohlgeboren dem Könige als Seinen Commissarius vorzuschlagen. Letztres geschah auf den Wunsch des Ministers Grafen Alvensleben, der meinte, daß es ein Vorgreifen enthielte, wenn wir Sr. Majestät direct vorschlagen wollten, durch wen er mit uns verhandeln möge. Diese Petition, d. h. die an den König, wurde von sämmtlichen Anwesenden, etwa 20

an der Zahl, unterzeichnet, demnächst noch an mehre, die ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, zur Unterschrift geschickt. Demnächst wurde pro informatione der drei gedachten Bevollmächtigten über die détails der Sache discutirt, und fand sich vollständige Einstimmigkeit über nachstehende Grundlagen, die, wenn sie nicht sogleich vollständig zu erreichen wären, doch mit der Zeit erstrebt werden sollten: 26. 3. 1847.

1. Eintheilung in Bezirke, für deren jeden ein Richter fungiren sollte.
2. Vorschlag für Anstellung der Richter seitens der Gerichtsherrn jedes Bezirks, wogegen der Corporation beider Kreise ein veto gegen die einzelnen Persönlichkeiten zustände, und definitive Ernennung durch den König, nach Analogie der Landraths-Bestellung.
3. Bildung möglichst kleiner Gerichtsbezirke, soweit dies mit den disponibeln Geldmitteln verträglich ist.
4. Vorzugsweise Berücksichtigung der bisherigen Richter. Soweit deren Entschädigung oder anderweite Versorgung nöthig erscheint und nicht anders zu erreichen steht, sollten vor der Hand auch mehr Personen, als unumgänglich nöthig wäre, angestellt werden.
5. Die Gerichtsherrn wollen auf alle Sporteln und Einkünfte aus den Gerichten Verzicht leisten, wenn der König sämmtliche Kosten, Besoldungen u. s. w. übernimmt.
6. Ein ständisches Curatorium ist zur Controlle des Gerichts, event. durch Beschwerden beim Obergericht, befugt.[1])

Dieß Alles sind wie gesagt keine Beschlüsse, sondern Fundamente zu fernerer Verhandlung mit den Behörden, durch welche sie modificirt werden würden, soweit sie nicht ausführbar erscheinen. Für Beibehaltung des jetzigen Zustandes, mit bloßer Hinzufügung der Zusammenkünfte der Richter zum Collegium,

---

[1]) Randbemerkung Gerlachs: Als etwas mit der Zeit auf gütlichem Wege zu erreichendes kann man dieß dahin gestellt seyn lassen — die meisten Gerichtsherrn und die einflußreichsten Vertheidiger der Patrimonial-Gerichtsbarkeit würden hierin eine Aufhebung derselben sehn.

26. 3. 1847. fand sich garkein Anklang, indem man dieß, wenn auch nicht für unerwünscht, doch für unausführbar hielt, wegen der großen Anzahl der jetzt fungirenden Richter und der Entfernung ihrer Wohnorte von einander und theilweis von ihren Gerichtsbezirken. Auch glaubte man, daß die durch die Zusammenkünfte veranlaßten Mehrkosten dann durch keine Ersparniß würden aufgewogen werden.[1])

Was von vorstehendem erreichbar ist für jetzt, würde nun die Verhandlung, wenn der König die Sache überhaupt aufnehmen will, ergeben, die zwischen Ihnen und uns demnächst geführt würde. Das Resultat würden wir alsdann unsern auftraggebenden Mitständen wieder vorlegen, um zu erfahren, ob sie es annehmbar finden.

Gegen die obigen 6 Punkte glaube ich würde sich im ganzen zweiten, und wahrscheinlich auch im ersten Jerichowschen Kreise keine einzige Stimme unter den Gerichtsherrn erheben.

Bis auf Weitres bleibe ich noch hier. Mit der Bitte, mich der gnädigen Frau zu empfehlen,

der Ihrige

Bismarck.

III.

Frankfurt, 28. Juni 1851.

Verehrtester Herr Präsident,

28. 6. 1851. ich habe vor einigen Tagen den Besuch eines Baron Josika gehabt, der mir versprochen hat, Sie auf seiner Rückkehr von Johannisberg in die Heimath, die ihn in einigen Tagen durch Magdeburg führt, persönlich zu begrüßen. Ich

[1]) Randbemerkung Gerlachs: Aus diesen Bedenken folgt nur, daß der Plan nicht gleich vollständig d. i. ausnahmslos ausführbar ist. Die Mehrkosten sind unbedeutend. Die Kosten der Collegial-Sitzungen sind unbedeutend.

28. 6. 1851.

erlaube mir Ihnen denselben zu empfehlen; er gehört der conservativen Partei seines Vaterlandes an und war früher Kanzler von Siebenbürgen. Mir selbst geht es körperlich wohl, im Uebrigen bin ich etwas niedergeschlagen, theils über die lange Trennung von den Meinigen, theils über das geringe Aequivalent, welches sich mir hier für diese Entbehrung bietet, ich meine nicht in geselliger Beziehung, denn da mache ich keine Ansprüche, sondern in politischer Thätigkeit. Mit meinen künftigen Collegen ist wenig aufzustellen; ledern, kleinlich und lügenhaft ist der vorherrschende Character der Einzelnen, wie der Totalität; 1848 ist vergessen, man giebt sich der arrogantesten Sicherheit hin und glaubt vielmehr zum Kampf gegen einander als gegen die Revolution hier zu sein. Oestreich sieht alles durch die Brille des Gesammteintritts an und kennt für jede Frage nur den Maßstab, ob dieses Project dadurch gefördert werden kann oder nicht. Ich weiß nicht, ob ich mir, wenn ich selbständig hier sein werde, eine Wirksamkeit werde schaffen können, die mich für das entschädigt, was ich durch das Abgeschnittensein von der innern Politik aufgegeben habe, die grade jetzt anziehend und wichtig werden kann, wenn die Junker ihre Aufgabe verstehn. So lange Rochow hier ist, bin ich natürlich nur Zuschauer und Lehrling und habe einstweilen zu meiner formellen Ausbildung noch die Geschäfte der Mission bei Darmstadt, Nassau und Stadt Frankfurt übernommen, für Herrn von Otterstädt, der 3 Monat auf Urlaub geht. Mir scheint, als ob es in der preußischen Diplomatie, außer der Stellung des Königs, des General-Adjudanten und des auswärtigen Ministers sehr wenig gäbe, was den Ehrgeiz und die Thätigkeit eines erwachsnen Menschen beschäftigen könnte; alles Uebrige ist doch mehr oder weniger Kanzley- oder Kammerherrn-Arbeit. Der hiesige Posten könnte eine Ausnahme machen, wenn man ihm einen mäßigen Grad von Selbständigkeit giebt. Bis jetzt tauscht man hier nur Instructionen aus und schweigt, wenn man keine hat. Ich höre hier von manchen Seiten, daß die Ansichten in Berlin sich in Bezug auf die Besetzung der hiesigen Stelle seit meiner Abreise geändert haben. Ihr Glaube an die Maß-

28. 6. 1851. losigkeit meines Ehrgeizes ist zu eingewurzelt, als daß er nicht neue Nahrung finden sollte, wenn ich Ihnen sage, daß ich weder Neigung habe, hier in zweiter Stelle zu bleiben, noch auf einen andern Posten als den des Bundestagsgesandten besondern Werth lege.[1]) Was ist Ihre Ansicht und Ihr Rath in dieser Beziehung? Ich finde in der Stellung eines Gesandten an einem kleinen deutschen Hofe kein Aequivalent für die Wirksamkeit, welche ich im Lande, in der Kammer und in der Partei vermöge meiner Abwesenheit oder meiner Gebundenheit im Dienst, wenn nicht ganz aufgebe, so doch ziemlich lahm lege, und ich würde, wenn ich mit der mir zugedachten Stellung nicht einverstanden bin, ohne Groll gegen die Regirung, ja mit etwas von dem Gefühl eines Schülers für Ferien, nach Hause gehn.

In der Ständesache scheint die Regirung wieder das leidige System anzunehmen, sich von der etwaigen Fluth treiben zu lassen, anstatt das Steuer zu ergreifen und einen bestimmten Curs zu segeln. Leider haben mich anhaltende Besuche, während ich dieses schrieb, genöthigt, mich fragmentarisch zu expectoriren, und jetzt ein Ende zu machen. Wenn Sie Zeit haben, so würdigen Sie mich einer Antwort, und jedenfalls bitte ich Sie, mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen.

In treuer Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.[2])

IV.

[Pr. 2. Mai 53.][3])

Verehrtester Freund,

1. 5. 1853. nachdem ich soeben Ihre jüngste Rundschau gelesen habe, überwindet das Bedürfniß, Ihnen „im Namen Deutschland[s]" dafür zu danken, daß Sie dieselbe geschrieben haben, die ab-

---

[1]) Or.: zu legen.

[2]) Gerlachs Antwort auf diesen Brief, vom 8. Juli 1851, s. u. Nr. 3 II S. 44.

[3]) Der Brief ist undatirt, Gerlachs Präsentationsvermerk läßt erschließen, daß er am 1. Mai in Frankfurt zur Post gegeben worden ist.

1. 5. 1853.

stoßende Kraft, die mein Tintfaß mit Eintritt der bessern Jahreszeit jedesmal auf mich ausübt. Als Preuße bin ich stolz, als Bundestagsgesandter sollte ich niedergeschlagen darüber sein, daß nirgends als bei uns die Wahrheit in dieser Kraft geschrieben, geschweige denn von einer hinreichenden Anzahl von Menschen gelesen wird, um wenigstens den Namen einer Partei zu verdienen; und bei uns ist doch die Partei, deren Glieder bewußt oder unbewußt der Politik dieser Rundschau huldigen,[1]) nicht nur einflußreich, sondern auch zahlreich; die Regirung gehört ihr theilweis an, selbst die Majorität der Gefühle Sr. Majestät. Bei Erwähnung der Letztern kann ich die Frage nicht unterdrücken, inwieweit es Pflicht eines Königs sei, in seinem muthmaßlichen Nachfolger bei Gelegenheit der Jugendbildung die Keime der von der reifern Erfahrung des Regenten für richtig erkannten Politik zu pflanzen und sie zu pflegen, und in wie weit dieser etwaigen Pflicht bei uns nachgekommen wird; oder ob man nach den mißlungnen Versuchen Friedrich Wilhelms I. mit seinem Sohne ein derartiges Bemühn ein für alle Mal als unpractisch erkannt hat. Meiner Ansicht nach sollte bei Erziehung von Thronfolgern der Wille des regirenden Herrn maßgebender sein als der der Mutter des jungen Erben.

Mein Schreiben hat, außer dem, Ihnen Weihrauch zu streuen, noch einen andern Zweck, der aber nicht ganz ohne Zusammenhang mit den Gedanken der Rundschau ist. Aus einem Zeitungsartikel entnehme ich, daß die Commission der Kammer sich für Ablehnung der von der Regirung proponirten Erhöhung der Branntweinsteuer ausgesprochen habe. Ohne mich auf eine materielle Kritik der Vorlage einzulassen, welche schließlich das, besonders auf den Rittergütern der östlichen Provinzen betriebne Gewerbe ebensowenig ruiniren wird, als die letzte ihm als förderlich durch die Erfahrung erwiesne Steuererhöhung,[2]) würde ich es aus politischem Standpunkte sehr beklagen, wenn unser tapfres Junkerthum für den Schnaps gegen den Finanzminister in die Schranken ritte. So be-

[1]) Orig.: huldigt.
[2]) Orig.: Steuerhöhung.

1. 5. 1853. rechtigt, vom rechtlichen Standpunkte (von dem der Nützlichkeit bin ich zweifelhaft), der Widerstand gegen die Grundsteuervorlage war, so würde es doch grade wegen der Mißdeutungen, denen er unterliegt, wünschenswerth sein, daß bei Verhandlung über die Maischsteuer von der Ritterschaft jeder Verdacht fern bleibt, als sei sie nicht bereit, von diesem, christlicher Sitte ohnehin nicht unter die Arme greifenden Gewerbe jede Last zu tragen, welche der Staatshaushalt ihnen vernünftiger Weise auflegen kann, und der verwandten Zucker-Industrie zu meiner Freude aufzulegen im Begriff ist. Es würde mich sehr beruhigen, wenn Sie mir Ihr Einverständniß mit dieser Ansicht erklärten. Von hier kann ich Ihnen wenig melden. Seit Prokeschs Ankunft ist eine gewisse, in der abendländischen Diplomatie meines Erachtens veraltete und nutzlose Lügenhaftigkeit und mesquine Intrigue hierher verpflanzt worden, die das ohnehin geringe Vertrauen und damit den Fortgang der Geschäfte stört. Ohnehin hat sich seit 1815, besonders seit 1824, wo der Graf Münch herkam, vielleicht weil man unsrerseits dem Bunde und seinen Formen zu wenig Bedeutung beilegte, ein Geschäftsgang gebildet, der mehr der einer Präfectur mit dem Präsidialgesandten als Präfecten, als der eines Collegiums gleichberechtigter Gesandten ist. So lange diesem Uebel, theils durch Revision, theils durch Reintegrirung obsolet gewordner Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht abgeholfen wird, ist es für Preußen kaum möglich, zu kräftigerer Ausbildung des Bundes die Hand zu bieten. Gegen Revision der Geschäftsordnung aber wehrt sich Oestreich in kleinlicher Eifersucht auf seine per nefas erlangten Vortheile. Andre Gründe, die den Bund hindern, etwas andres als Assecuranz (und schlechte) gegen Krieg und Revolution zu werden, würden hier zu weit in das Gebiet kleinstaatlicher und Darmstädter Coalitions- und Rheinbundspolitik führen. Leben Sie wohl für heut und empfehlen [Sie] mich Ihrer Frau Gemalin. In treuer Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.

4.

Sieben Briefe des Präsidenten Ludwig v. Gerlach an Herrn v. Bismarck.

1850. 1851. 1852. 1855.

I.

Magdeburg, 3. Juli 50.

Seit Ihrem entscheidenden Siege über Herrn v. Rochau und Consorten[1]) ist Ihre Sonne, lieber Herr v. Bismarck, untergegangen, so daß sie zwar wohl den Antipoden, aber mir auch gar nicht mehr leuchtet. Desto glänzender wird der neue Morgen sein. 3. 7. 1850.

Heute führt mich die anliegende Bitte zu Ihnen, für welche ich auch die Fürsprache Ihrer mir bisher immer so gnädig gewesenen Frau Gemahlin, der ich meine Frau und mich unterthänigst empfehle, zu erlangen hoffe. Allerdings sollen solche Liebeswerke local sein. Aber eben deshalb müssen wir hier mit Hand anlegen. Denn Berlin ist als Central-Localität auf das ganze Land angewiesen. Unser Blut strömt dahin und wieder daher zurück.

Auch wollte ich Sie, auf den Grund der mit Wagener genommenen Rücksprache für Vermehrung der Actien der Kreuz-Zeitung in Anspruch nehmen, sei es nun durch Engagirung neuer Zeichner oder durch Vermehrung der Actien Ihrer Freunde und Ihrer eignen. Denn daß Sie in dem mir mitgetheilten Verzeichnisse der Actionärs ganz fehlen, kann nur ein omissum sein. Die neueste Krisis der Kreuz-Zeitung ist vorüber. Auch ist eben keine drängende Verlegenheit wegen der Caution vorhanden, obschon die Prahlereien des Zuschauers nur Scherz sind. Aber dennoch ist grade jetzt eine festere Fundirung sehr wünschenswerth.

In der ersten Hälfte des August hoffe ich mit meiner Frau bei Ihrem ehrwürdigen Onkel Hans [Kleist] in Kieckow zu sein. Wenn Sie doch auch dort sein könnten!

Mit herzlicher Ergebenheit

Ihr

L. v. Gerlach.

Adresse: Dem Herrn Deichhauptmann v. Bismarck
Hochwohlgeboren
auf Schönhausen
b. Fischbeck.
frei.

---

[1]) In Erfurt, s. Bismarck-Jahrbuch I 147 ff.

II.

Magdeburg, 8. Juli 51.

8. 7. 1851. Ihr Baron Josika,[1] lieber Herr v. Bismark, war bei mir. Wie nöthig wäre es, diesem Ministerium Bach ein Ende zu machen. Können Sie uns (als Parthei) nicht von Frankfurth aus den Weg nach Oestreich bahnen zur Anknüpfung solider — zu gemeinschaftlichem Handeln geeigneter — Verbindungen?

Sind Sie erst selbständig, so wird Ihre jetzige Stellung Sie auch mehr anziehn. Dem Gesammt-Eintritt Oestreichs muß man doch wohl einen milden, aber zähen und unüberwindlichen Widerstand entgegenstellen. Helfen Sie uns jetzt in Hamburg — was überaus wichtig ist, und wo ja wohl schon einige ernste Worte ins Ohr von Einfluß sein könnten —, und, wenn es so weit ist, in Anhalt!

Da Sie einmal eingetreten sind, so dürfen Sie so leicht nicht wieder austreten. Es dürfte — wenn es nicht nothgedrungen geschieht — für immer sein. Folgen Sie hierin meines Bruders Rath, der diese Sachen durchschaut und versteht.

Ihre Stellung und Wirksamkeit im Lande, in der Parthei und in der Kammer dürfen Sie über Frankfurth nicht aufgeben. Im Gegentheil, Frankfurth muß Ihre Operationsbasis dafür werden. Und das kann es. Namentlich müssen Sie jedenfalls jetzt auf den brandenburgschen oder sächsischen (wohin gehört Schönhausen?) Landtag sich wählen lassen und erscheinen. Die Regierung ist in sehr gutem Zuge. Herr v. Klützow[2]) hat sich vortrefflich benommen. Thun Sie also ja die nöthigen Schritte!! Und H. Kleist! Ist das nicht eine Heldenthat? Halten Sie ihn nur davon ab, aus lauter Gutmüthigkeit und Praxis in Coblenz prinziplos zu handeln und Schiffbruch zu leiden! Er liegt mir beständig auf dem Herzen.

Noch soll ich Ihnen aus guter Quelle sagen, daß Ass. Rudloff ein sehr unzuverlässiger und unsittlicher Mensch sein soll. Ich kann es aus eigner Wissenschaft nicht behaupten.

Vergessen Sie nie, daß das Vaterland Sie noch nöthig brauchen wird, wenn wir Alten längst begraben sind, und verderben Sie Sich und uns nicht Ihre Laufbahn.

Mit herzlicher Liebe und Fürbitte

Ihr

L. v. Gerlach.

---

[1]) S. o. No. 3 III S. 38.

[2]) Director im Ministerium des Innern.

III.

Magdeburg, 5. Oct. 51.

5. 10. 1851.

Diese Zeilen sollen Ihnen, verehrter Freund, den Wasserbaudirector Hübbe aus Hamburg, der Sie schon angetreten haben wird, und seine und seiner Vaterstadt Angelegenheit dringendst empfehlen. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Bund dieser — und der ganz ähnlichen Hannoverschen — Sache seine Thätigkeit widmete. In Hamburg kommt es zunächst auf ein inhibitorium an. Nachdem wir mit unsäglicher Mühe endlich Preußen und Oestreich in Bewegung gesetzt, sind Sie nunmehr das Organ, auf dessen Action es ankommt. Meine Frau und mich Ihrer verehrten Frau Gemahlin, die ja nun wohl in Frankfurth ist, und Ihnen bestens empfehlend bleibe ich

Ihr treu ergebner

L. v. Gerlach.

IV.

Magdeburg, 29. Oct. 51.

29. 10. 1851.

Auf die Gefahr hin, von Ihnen, lieber Herr v. Bismark, für zudringlich erklärt zu werden, schicke ich Ihnen noch die beiden beiliegenden Hamburgschen Briefe[1]). Ich halte diese Angelegenheit für eine der wichtigsten für Preußen und für den Deutschen Bund, — leider scheint diese Ansicht nur mein Bruder Leopold und der König zu theilen. Lassen Sie nicht zu, daß wir so nah' am Ziele diesen Sieg verlieren.

Wenn es Ihnen irgend möglich wäre, so wäre es doch sehr gut wenn Sie sammt Ihrem verehrten Onkel in Coblenz, jetzt in Düsseldorf, vor den Kammern — einige Tage vorher — nach Berlin kämen Behufs gemeinschaftlicher Orientirung.

Ihr treu ergebner

L. v. Gerlach.

[1]) Sie sind als Beilage zu diesem Briefe abgedruckt.

Beilage.

Zwei Briefe des Wasserbaudirectors Hübbe an den Präsidenten L. v. Gerlach.

I.

Hamburg, den 16. October 1851.

Verehrter Herr und Freund.

Daß ich infolge Ihrer dringenden Mahnung sogleich nach Frankfurt abging, werden Sie aus den vor meiner Abreise von hier abgesendeten Zeilen ersehen und auch die Nachricht aus Fr[ankfurt] erhalten haben, wie wunderbar Gott es fügte, daß ich schon unterwegs mit dem Grafen Th[un] zusammen kam. Von dem, was sich dort zugetragen, schreibe ich nicht, die Begebenheiten drängen zu rasch zur Entscheidung, um uns ein Verweilen bei ihrer Beschreibung zu gestatten. Es scheint mir, daß das Walten und Wirken des HErrn unverkennbar in dem Ringen der Geister, auch in Fr., wahrzunehmen ist; Er hat dort seiner rechten Jünger Einige hingestellt, die in Seinem Geiste und Sinne reagiren, und Er wird sich zu ihnen bekennen — deß bin ich gewiß!

Daß mir in die Freude über die dortigen Erfahrungen einige bittre Tropfen bei meiner Rückkehr geträufelt werden würden, habe ich vermuthet, und ich bin jetzt daran, sie zu trinken. Ich bin natürlich in Fr. offen aufgetreten, habe den Zweck meiner Anwesenheit dem hamb. Gesandten nicht verhehlt. Mein Bürgereid macht mir solche Offenheit zur Pflicht, und ich danke Gott, daß ich darin nicht einen Augenblick geschwankt habe. Heute nun ist mir vom Senate ein Verbot weiterer Schritte zur Förderung des Zweckes der (Ihnen bekannten) Eingabe beim Bundestage insinuirt.[1]) Diese Maaßregel ist nun zwar sicherlich nicht im Rechte begründet, vielmehr nach meiner innigen Überzeugung ein Eingriff in meine bürgerliche Freiheit, aber die geht von meiner ordentlichen Obrigkeit aus, der ich Gehorsam schuldig bin, und bindet mir die Hände bis zu ihrer Wiederaufhebung. Diese zu bewirken werde ich, vielleicht schon morgen, eine geziemende Vorstellung einreichen, aber es ist ungewiß, wann? ja ob? ich ein Decret darauf erhalte; und wenn es erfolgt, wird es wohl ein abschlägliches sein.

Ich bin gewiß, daß im Senate Mitglieder sind, die das Verbot nicht billigen, ja die es bekämpft haben, aber die Majorität hat dafür entschieden und „die alten Bande, die das ganze Corpus binden, zu handeln wie Ein Mann", sind so fest, daß auch eine im Recht befindliche Minorität sie nicht zerreißen kann. — Dessen freue ich mich als eines Beweises, daß die alten Institutionen, für deren Erhaltung ich kämpfe, dieses Kampfes werth sind. Gott kann es wohl fügen, daß ein neuer Geist sie einst wieder belebt, wenn auch ich es nicht erleben sollte.

---

[1]) Ist im Anschluß an diesen Brief abgedruckt.

Wie es nun werden soll, wenn die Entscheidung zögert? Gott weiß es! und ich denke, daß ich daraus lernen soll, wie es nicht auf mich und meine Mitwirkung dabei ankommt. Uebrigens ist ein motivirtes Gesuch um ein Inhibitorium von unsrer Seite am Mondtage, ehe das Verbot erlassen war, an den Bundestag abgegangen, und es ist möglich, daß fernere Schritte von uns nicht erfordert werden.

Einer von uns, Dr. Trummer, ist seit heute auf der Reise nach Wiesbaden, wohin er für den ganzen Winter und vielleicht auf längere Zeit mit seiner Familie übersiedelt. Er wird Gelegenheit suchen, sich auch dem Herrn v. Bismarck vorzustellen und in jeder zulässigen Weise für uns thätig zu sein.

Die hiesige Presse ist in der fraglichen Angelegenheit völlig stumm, wie auf Commando; nur einzeln taucht ein der Vossischen Zeitung entnommener Artikel auf, dem man die getriebene Arbeit anfühlt, sobald man ihn in die Hand nimmt.

Ihrem Herrn Bruder unter diesen Umständen meine Aufwartung zu machen, ist mir unmöglich, da ich einen Urlaub ohne Angabe des Reisezweckes jetzt zu fordern, in meinem Gewissen selber nicht billigen könnte, und ein Gesuch mit Angabe des Zweckes, dem bestehenden Verbote gegenüber, wie eine unehrerbietige Provocation gedeutet werden würde. — Daß Ihr Herr Bruder dies gelegentlich erfahre, mögte ich für wünschenswerth halten, doch stelle ich Ihrer bessern Beurtheilung anheim, ob es zu meiner Entschuldigung erfordert wird.

Die Vergleichung des heutigen Frankfurt mit demjenigen von 1848/49, welches ich einige Monate lang aus unmittelbarer Beobachtung kennen lernte, ist höchst interessant für mich gewesen; ein Gefühl von Sicherheit oder Beruhigung, im Hinblick auf das jetzt Werdende, habe ich nicht empfunden; es ist wie Windstille vor dem Sturm; oder wie Niederschlag aus der Auflösung noch ohne wahrnehmbare Cristallisation. Aber der Glaube an eine höhere Hand, welche den Lebensstrom in das Fluidum lenken wird, darf uns auch in den sorgenvollsten Stunden nicht verlassen, und in diesem Glauben wiederhole ich, der HErr wird sich zu seinen rechten Jüngern bekennen.

Möge Er denn mich auch stärken, daß ich in dem Kleinen, was Er mir anvertraute, treu erfunden werde!

Von Herzen
Ihr
Heinr. Hübbe.

Extractus Protocolli Senatus Hamburgensis,
Lunae, d. 13. October 1851.

Auf eingegangenen Bericht der Bundestagsgesandtschaft aus Frankfurt a. M., daß der auf Urlaub befindliche Wasserbaudirector Hübbe dort eingetroffen sei und zwar zu dem offen ausgesprochenen Zweck, um die

Förderung der Zwecke einer von ihm in Gemeinschaft mit einigen anderen hiesigen Bürgern der Bundesversammlung übergebenen, gegen den Rath- und Bürgerschluß vom 23. Mai 1850 gerichteten Eingabe durch mündliche Besprechung mit den Bundestagsgesandten zu betreiben, und auf fernere Mittheilung, daß derselbe seit Abgang jener Berichte bereits wieder hier eingetroffen sei,

Conclusum et Commissum Sr. Wohlweisheit Herrn Hartung Dr. als p. t. Präses der Schiffahrts- und Hafen-Deputation, dem Wasserbaudirector Hübbe wegen solchen Misbrauches des ihm ertheilten Urlaubs*) die ernste Misbilligung des Senats auszusprechen und ihm alle ferneren Schritte zur Förderung der Zwecke jener Eingabe ernstlich zu untersagen.

[unterzeichnet] H. L. Behn, Dr.

II.

Hamburg, den 25. October 51.

Verehrter Herr und Freund!

Meinen herzlichen Dank für Ihre heut Abend erhaltenen Mittheilungen, welche zu erwiedern ich mich beeile. Die Oberalten werden sich ohne allen Zweifel entschieden im conservativen Sinne aussprechen, sobald ihnen durch einen Bundesbeschluß die Fessel abgenommen ist, welche, nach ihrer unüberwindlich feststehenden Ansicht, der Rath- und Bürgerschluß vom 23. May 1850 (welcher die Neuner Verfassung genehmigte) ihnen angelegt hat. Ohne solche Befreiung durch höhere Hand werden sie nicht auf eine, außerhalb Hamburgs hörbare Weise reden.

---

*) In meinem Gesuche um Aufhebung dieses Conclusi habe ich Folgendes in Bezug hierauf bemerklich gemacht:

Der Urlaub ist mir von der competenten Behörde ohne Beschränkung des Reisezweckes ertheilt, ich habe ihn angewendet zu einer Wirksamkeit, die nicht bloß die Ausübung eines, mir als Bürger unzweifelhaft zustehenden Rechtes, sondern, nach meinen Begriffen, ein Act der Erfüllung meiner unabweislichen, in dem Bürger-Eide ausgesprochnen Bürgerpflicht ist. — Die zu diesem Zwecke erforderliche Reise habe ich auf meine eignen Kosten, ohne Versäumniß in meinen Amtspflichten (welches amtlich anerkannt ist) und mittelst großer persönlicher Anstrengung innerhalb der mir vergönnten Zeit ausgeführt.

Bei meiner Anwesenheit in Frankfurt habe ich offen, im Angesicht des Herrn Senator Geffcken, dem ich sofort meine Aufwartung gemacht und meine Absicht erklärt habe, gehandelt.

In Berücksichtigung dessen wird die Voraussetzung eines „Mißbrauches des mir ertheilten Urlaubes" als unbegründet sich herausstellen. H.

Dieses können Sie als zuverlässig feststehend betrachten; (ich habe noch heute über diesen Gegenstand mit einer leitenden Persönlichkeit geredet). —

Aus diesem Grunde habe ich bei meiner Anwesenheit in Frankfurt anheimgestellt

1) dem Senate die Beibringung einer Aeußerung der Oberalten über die ganze Sachlage, neben seiner eigenen Darlegung, aufzugeben;

2) den Rath- und Bürgerschluß vom 23. May 1850 formell aufzuheben (wozu der Inhalt desselben die B.-V. berechtigt).

Alles, was dazu dienen kann, Beschlüsse zu diesem Effect in Frankfurt zu fördern, dient unmittelbar zum Siege der guten Sache in Hamburg. —

Wesentlich kommt es übrigens darauf an,

1) daß die Aeußerung des Bundestags unverfälscht an die Oberalten gelange, und

2) daß die Aeußerung der Oberalten unverfälscht an den Bundestag gelange.

Dies zu sichern vermag nur die B. V. durch Entschiedenheit, ja große Schärfe in ihrem Auftreten.

Was mich persönlich betrifft, so wird die Einlage Ihnen einen Überblick des Thatbestandes geben; mein Petitum ist einfach auf „Aufhebung des Conclusi durch ein Decret" gerichtet und habe ich „Verwahrung gegen Beschränkung meiner bürgerlichen Freiheit" eingelegt, auch bemerklich gemacht, daß die Sache die Competenz der Bundes-Versammlung berühre.

Ein Decret habe ich noch nicht, muß auch darauf gefaßt sein, die hiesigen Instanzen alle durchzumachen. Ehe dies geschehen ist, weiß ich keinen Weg, an die B. V. die Sache zu bringen, wiewohl es diese ohne Zweifel nahe berührt, wenn von zwei vor ihrem Forum streitenden Partheien die stärkere über die schwächere herfällt und sie bindet.

Daß einzelne Gesandte von der Sache Kenntniß erhalten, mögte vielleicht nützlich sein, in keinem Falle kann es schaden. Wenn Sie diese Ansicht theilen, so habe ich gegen eine Mittheilung dahin von Ihrer Seite nichts einzuwenden. Die Sache ist hier kein Geheimniß, namentlich haben meine drei Genossen (von denen Dr. Trummer jetzt in Wiesbaden ist) Abschriften des Conclusi und meiner Gegenvorstellung in Händen.

Der lange Artikel in der †Zeitung war trefflich, wenn gleich der Gedanke einer Beerbung des Kaisers durch die beiden Großmächte nicht klar gedacht war und, so wie er dort vorlag, nicht durchgeführt werden kann. Ich würde in Behandlung dieses Thema versuchen, die Sache so zu stellen: (Die Aufgabe) das Amt des Kaisers umfaßte Verschiedenes:

Einiges ist auf die Gesammtheit des Bundes, Einiges auf die Großmächte, Einiges auf die Fürsten und freien Städte (NB. nicht auf die

Senate) übergegangen. Einiges mag auch erloschen sein. Die Ausführung der Classification setzt ein Studium voraus, mit dem ich noch nicht durch bin, nur das mögte ich schon jetzt als bestimmt durchführbar ansehen, daß

No. 2 Nach der Regel: Erst Frieden dann Gericht. — der höchste Schutz des Rechts auf die B. V. als Organ der Gesammtheit übergegangen ist, und daß er bei ihr bleiben muß; daß aber

No. 1 — die Aufrechterhaltung des Landfriedens nur von den beiden Großmächten wirksam gehandhabt werden kann.

ad 1. — In diese Erbschaft sollte die Gesammtheit die beiden Großmächte in aller Form einsetzen, soweit es nicht bereits durch die Bundesheerverfassung geschehen ist. —

Möge der „tiefe Eindruck“, dessen Sie erwähnen, wirklich ein tiefer sein!

Leider sind wir durch eine Reihe trauriger Erfahrungen sehr mißtrauisch in Betreff der Nachhaltigkeit solcher Eindrücke geworden. Ein einziges Ereigniß, welches die Aufmerksamkeit der B. V. oder der Cabinette anderweitig fesselt, könnte den Eindruck schnell verwischen.

Nun wir wollen Alles Gott dem HErrn anheimstellen — Er wird es wohl machen!

Von Herzen
Ihr
treu ergebener
Heinr. Hübbe.

V.

Magdeburg, 17. Nov. 51.

17. 11. 1851. Herzlichen Dank, verehrtester Freund, für Ihr gütiges Schreiben vom 11. Ich finde Ihre Hamburger That und den Erfolg glänzend und erlaube mir die naseweise Bemerkung, daß Sie wichtigere Aufgaben als diese und die Hannoversche dort schwerlich haben möchten. In dem, was Sie von den „Junkern des norddeutschen Flachlandes“ sagen, ahnde ich schreckliche Wahrheit. Wären nicht ewig-grüne Keime und unendliche Ziele in unsern politischen Tendenzen, so möchte man sie lieber ganz fallen lassen. Aber Gott sei Dank! es sind ewige Keime und unendliche Ziele darin.

Aus Anhalt komme ich so eben, ich war fünf Tage dort. Die Ordonnanzen sind ein Erfolg Ihrer „Reactions-Commission“, aber daß sie so und daß sie durch Goßler, den Urheber der Charte Habicht, und Plötz ergangen sind, ohne Scham und Gram, das ist

scheuslich. Wissen Sie keinen Minister für Dessau? Es gehört dieß doch recht eigentlich zu den Aufgaben Ihrer Stellung. Wageners Artikel sind kraß, — ich verweise auf die November-Rundschau. Schätzel ist in scharfer Opposition gegen die Dessauischen Minister. Er geht den Preußischen Weg einer formell-legalen Reform und benimmt sich im Ganzen sehr gut. Wie wichtig diese kleinen Länder sind, beweist das Jahr 48 und die Pauls-Kirche. 17. 11. 1851.

Bleiben Sie ja mit Ihrem Onkel in Coblenz in Verbindung und bemuttern Sie ihn etwas.

Was soll aus der zweiten Kammer werden ohne Sie und ihn? Würde es nicht namentlich Ihr — und eben so mutatis mutandis sein — Ansehen steigern, wenn der Bundestag quasi still stünde, während Herr v. Bismark in Berlin unentbehrlich ist?

Leopold ist nur einige Tage vor 6 Wochen auf Urlaub gewesen und längst wieder im Mittel-Punct.

Ihrer Frau Gemahlin empfehlen wir uns bestens. Hoffentlich realisirt sie bald mein Ideal weiblicher Thätigkeit in der Politik.

Mit alter Ergebenheit

Ihr

L. v. G.

VI.

Cantate [9. Mai] 52.

Ich habe es schriftlich von Ihnen, lieber Herr v. Bismark, daß es Sie noch nie gereut, meinen Rath befolgt zu haben. Heute rathe ich Ihnen, Sich vor dem Wege zu hüten, auf den Gr. Arnim uns führen will. Im März 48 segelte er mit dem Winde aus Paris und legte die Dämme weiter, als die Wellen schlugen. Grade so jetzt, nur daß der Pariser Wind jetzt bonapartistisch ist, und daß er mit Quehl statt mit Camphausen geht. 9. 5. 1852.

Ich hoffe Ihnen nachzuweisen, daß seine vorgestrige Rede unstaatsmännisch und revolutionär ist und uns in die Concessions-Politik des liberalen Beamtenthums führt, die schon 1843 seine Politik war.

Könnten und sollten wir nicht zusammen bleiben?

Ihr treu ergebner

L. v. Gerlach.

VII.

Magdeburg, 18. Juli 55.

Verehrter Freund!

18. 7. 1855. Meine Frau ist gestern mit ihrer ältesten Schwester nach Schlangenbad abgereist, wo ich sie Ihrer Protection, wenn sie deren bedürfen sollte, empfehle. Ich hoffe ihr in der ersten Woche des August dahin zu folgen, und dann, also etwa vom 6. August an, ist es unsre Absicht, auf einige Wochen zusammen in die Schweiz zu reisen. Es würde mir eine große Freude sein, wenn wir mit Ihnen in irgend einer Weise zusammentreffen könnten, und ganz besonders, wenn unsre Damen dann auch mit uns sein könnten; ich gedenke dabei unsres Ausflugs nach Heidelberg 1851; und bitte Sie daher um ein Paar Worte in diesem Sinne, mit dem Bemerken, daß unsre Pläne unreif und biegsam sind. — Für Ihre hamburgischen Thaten bin ich Ihnen sehr dankbar; es entsteht nun die Frage, ob die Unsrigen daselbst nach ihrem Siege verstehn werden zu regieren; dieselbe Frage, die unsern Staatsrettern im November 48 sich aufdrängte. — Ihren erhabnen Beruf, allem östreichischen Drängen nach links zu widerstehn und zugleich meinen Wahlspruch: Hand in Hand mit Oestreich! aufrecht zu halten, begleite ich mit meinen besten Wünschen und vergesse auch die von Ihnen mir eingeschärfte Fürbitte für Herbert Nicolaus[1]) nicht, die noch mit der für seinen Vater zusammenfällt. Ein mächtigeres Erziehungsmoyen haben Sie nicht, als die Anschauung eines christlichen Staatsmanns der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (— ich lege Accent auf diese Zeitbestimmung —) ihm vor Augen zu stellen. Sie wissen, ich bin sehr exigeant in Beziehung auf ihre künftigen Thaten; denn Ihr Capital und Ihr Credit sind groß. — Ueber Trotha hoffentlich mündlich. Bis dahin in Erwartung zweier Worte von Ihnen, Ihrer verehrten Gemahlin und Ihr

treuer Verehrer

L. v. Gerlach.

5.

Ein vertrauliches Wahlausschreiben der conservativen Partei Preußens aus dem Dezember 1848.

1848. Um bei den bevorstehenden Wahlen für die beiden hauptsächlich zur Revision der Verfassung berufenen Kammern in der Thätigkeit der Wohlgesinnten Einheit zu begründen, Zer-

[1]) Bismarcks ältesten Sohn.

splitterung der Stimmen, Durchkreuzung der guten Candidaten 1848. zu verhüten, hat sich in Berlin, als dem Mittelpunkte des Königreichs, ein Central-Wahl-Comitee gebildet, bestehend aus einer Deputation der Rechten der vorigen Nationalversammlung und aus Deputationen sämmtlicher die Sache der Ordnung vertretenden Vereine, das deshalb die verschiedenen Färbungen der monarchischen und conservativen Gesinnung in sich schließt und zur Ausgleichung zu bringen sucht. In diesem Comitee sind auch wir vertreten. Gleich den übrigen Vereinen haben wir es für nothwendig erkannt, auch unsrerseits noch ein besonderes Comitee für diese Angelegenheit zu bilden, um in den uns befreundeten Kreisen unsre volle Wirksamkeit zu entfalten. Die politische Gesinnung, die unser Comitee erfüllt, ist eine ungetheilte und ist vielleicht in mehreren Stücken schärfer gezeichnet als bei einigen andern Fractionen der conservativen Seite. Sie besteht darin, daß wir keinerlei Transact mit der Revolution eingehen, daß wir auf dem rechtlichen Boden der constitutionellen Monarchie die volle Integrität und Würde des Königthums, die Unverbrüchlichkeit des Rechts und damit den Schutz der in ihm begründeten materiellen Interessen, die Erhaltung, wenn auch Neugestaltung der gegliederten Verhältnisse in Gemeinde, Kreis und Provinz, die Stärke des Gesetzes und seiner Handhabung gegen den Mißbrauch der neu ertheilten Freiheiten wie gegen alles sonstige anarchische Treiben mit aller unsrer Kraft zu vertreten entschlossen sind. Diese Gesinnung ist kein Extrem, sie ist vielmehr die wahre und gesunde Mitte. Sollte sie aber auch in Folge der so sehr verbreiteten Unterwerfung oder doch Nachgiebigkeit auch gegen die Verirrungen der öffentlichen Meinung von Vielen als Extrem betrachtet werden, so müßten selbst diese dennoch die Vertretung derselben schon daher als unentbehrlich erkennen, daß durch ein starkes Gegengewicht die Kammer nicht nach der linken Seite ihren Schwerpunkt erhalte, wie das außerdem unfehlbar und nach der Erfahrung der letzten Nationalversammlung der Fall sein würde.

Indem wir voraussetzen, daß Ew. . . . . . diese unsre Gesinnung theilen, richten wir an Sie die Bitte, in solchem

1848. Sinn für die Wahlen wirksam zu sein und, soweit es dienlich, mit uns deshalb in Verbindung zu treten. Haben Sie einen Candidaten für die Abgeordnetenwahl, so theilen Sie uns denselben mit, und wir wollen denselben durch unsere Verbindungen unterstützen, wissen Sie keinen, dem Sie volles Vertrauen schenken, so wollen wir Ihnen unter Rücksprache mit dem Central-Wahl-Comitee Vorschläge machen. Wir erlauben uns aber dabei zu bemerken, daß es nach unserer Ansicht damit allein noch nicht gethan ist, wohlgesinnte Männer in die Kammer zu bringen; sondern es bedarf solcher, die im Stande sind, auch auf andere überzeugend einzuwirken, und einen moralischen Eindruck hervorbringen, der selbst beim Unterliegen in der Kammer noch eine nachhaltige Wirkung im Lande übt. Es ist eine solche geistige Bedeutsamkeit unserer Vertreter um so nöthiger, als wir vorerst noch nicht hoffen können, durch die Zahl etwas auszurichten.

Als Mittel, auf die Wahlen zu wirken, betrachten wir:

1. Die Bildung conservativer Wahl-Comitees oder den Anschluß an schon bestehende, zu denen von dem hiesigen Central-Comitee Anregung gegeben ist.

2. Verbreitung geeigneter Schriften, für deren Erscheinen wir Sorge tragen werden.

3. Persönlichen Rath und Belehrung an alle Diejenigen, welche durch irgend ein Band, sei es häuslicher oder gewerblicher Angehörigkeit, sei es geistiger Pflegbefohlenschaft an uns gewiesen sind. Es ist dabei aber auch die Vorsicht vonnöthen, seine eigne Stellung wohl zu kennen und richtig zu bemessen, inwiefern dies eigne Hervortreten mit Empfehlung eines Candidaten Erfolg verspricht, oder aber es zweckmäßiger ist, sich an solche zu wenden, deren Empfehlung größeres Vertrauen genießt. Desgleichen ist zu bemessen, für welche Fraction der conservativen Richtung das Terrain am günstigsten ist, und nicht aus Vorliebe für die eine, sei es strengere, sei es laxere Fraction, da, wo dieselbe doch nicht durchzusetzen ist, der andern hoffnungsreichen entgegenzutreten, und indem man ihren Sieg vereitelt, den Anarchisten in die Hände zu arbeiten.

4. Wenn es möglich ist, vorläufige Verständigung mit Denjenigen, deren Wahl zu Wahlmännern unterstützt werden soll, über die Abgeordneten, für die sie stimmen werden. 1848.

Wir hoffen mit dieser Aufforderung bei Ew. . . . . . Eingang zu finden. Es kann wohl Niemandem entgehen, wie entscheidend die nächste Kammersitzung für das Schicksal des preußischen, ja des deutschen Vaterlandes sein wird. Der Sturm der Märztage hat die Fundamente der öffentlichen Ordnung und Gesittung erbeben gemacht, und wir waren schon am Rande des Untergangs, als noch der Muth und die Weisheit des Königs uns rettete. Allein die Verfassung, die er, um ein früheres Königliches Wort im vollsten Umfang zu erfüllen, gab, bietet noch keine hinreichende Sicherheit gegen die Gefahr. Sie ist vielmehr ein Aufruf an des Volkes eignen Sinn für Gesetzlichkeit, für dauernde Ordnung und für gegliederte, die Zukunft verbürgende Verhältnisse, und wehe uns, wenn dieser Aufruf vergeblich wäre! — Bei diesem Stand der Dinge ziemt es jedem Wohlgesinnten, bei den Wahlen sich nicht darauf zu beschränken, daß er die eigne Stimme nach Gewissen abgebe, und das Uebrige dem Zufall zu überlassen; sondern durch Verabredung mit Gleichgesinnten und durch Einwirkung auf die Ueberzeugung Anderer ein günstiges Resultat herbeizuführen. Solches ist im constitutionellen Staat nicht blos erlaubt, sondern Bürgerpflicht. Die Zeit, da die Macht des Königthums allein die Ordnung schirmte, ist vorüber, und das Volk, dessen Repräsentanten jetzt der bedeutendste Einfluß auf den öffentlichen Zustand in die Hände gelegt ist, hat auch in seinen sämmtlichen Gliedern die dringende Aufforderung, aus allen Kräften zu wirken, daß es die wahren Repräsentanten stelle. Was der Erfolg ist, wenn die Passivität der Gutgesinnten den Gegnern das Feld überläßt, haben wir genugsam an der letzten Nationalversammlung gesehen.

Insbesondere dürften nach unserer Ueberzeugung die großen Grundbesitzer sich aufgefordert finden, mit dem ganzen Gewicht ihres Ansehens und ihres Einflusses bei den Wahlen sich zu betheiligen. Dazu dürfte sie schon das eigne Interesse bestimmen; denn wenn auch die Verfassung ihnen bereits

1848. manche Rechte vielleicht unwiederbringlich entzogen hat, so bleibt doch noch unendlich viel übrig an Vortheilen und Rechten, worauf ihre befriedigende und ehrenvolle Existenz beruht, und wonach bereits die auf Umsturz sinnende Partei (Verführer und Verführte) die lüsterne Hand ausstreckt; nicht minder aber auch ihre Verpflichtung gegen die Krone, an die sie durch ein verjährtes Band erprobter Treue geknüpft sind, und die Verpflichtung gegen ihre nachbarlichen kleinen Besitzer und Tagelöhner, die, wenn jetzt auch das Verhältniß rechtlich ein gleiches ist, doch thatsächlich und nach der Natur der Dinge an ihnen ihre Führer und Schirmer haben müssen.

Ebenso dürfte es auch den Geistlichen obliegen, Wahlen im Sinne des Gehorsams gegen Gesetz und Obrigkeit und der Treue gegen den König und der Achtung vor Recht und Besitz des Nächsten zu fördern durch ihr moralisches Ansehen und durch alle Mittel der Belehrung und Aufforderung, welche mit dem Gesetze und mit der Würde ihres Amtes verträglich sind, denn es sind ihnen die Gemeinden ja zu jedweder Pflege, daher auch zur Orientirung über die staatlichen Verhältnisse, soweit solche im Evangelium ein Gebot haben, anvertraut, und es hängt der Fortbestand aller kirchlichen Gemeinschaft, sei es in Verbindung oder sei es ohne Verbindung mit dem Staate, jedenfalls davon ab, daß es gelingt, einen geordneten bürgerlichen Zustand aus der jetzigen drohenden Bewegung zu retten, was nicht anders möglich ist, als auf den Grundlagen, wie wir sie oben als unser politisches Programm bezeichnet haben.

v. Bethmann-Hollweg, Geh. O.-R.-Rath. Stahl, Professor. v. Savigny, Leg.-Rath.
v. Bismarck-Schönhausen. Wagener, O.-L.-G.-Assessor. Bindewald, R. G.-Assessor.

Etwaige Mittheilungen und Anfragen in Bezug auf die Wahlen wollen Ew. . . . . . hochgeneigtest richten an die Redaction der Neuen Preußischen Zeitung.[1])

[1]) Verfasser war nicht Herr v. Bismarck, sondern Assessor Bindewald.

6.

Ein Brief Bismarcks an Graf Itzenplitz.

1849.

Vorbemerkung:

Während die Abgeordneten in großer Zahl an der table d'hôte saßen, erschien Graf Itzenplitz, ging die Wände entlang und durchspähte die Winkel, offenbar lebhaft nach einem Gegenstande suchend. Herr v. Bismarck, der ihn beobachtet hatte, rief ihm über die Tafel zu: „Verehrter Graf, was suchen Sie?“, wurde aber für die theilnehmende Frage mit einem zornigen Blicke belohnt. Am Nachmittag ließ ihn Graf Itzenplitz auf Pistolen fordern. Herr v. Bismarck theilte die Forderung und ihre harmlose Ursache dem Grafen v. Arnim-Boitzenburg mit und bat ihn um seinen Beistand. Graf v. Arnim beschwichtigte den erzürnten Grafen und bewog ihn zur Zurücknahme der Forderung. Herr v. Bismarck aber schrieb dem Gegner folgenden Brief:

Verehrter Herr Graf,

Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben habe ich gestern Abend zu erhalten die Ehre gehabt und weiß nicht, ob ich es lediglich als einen schmeichelhaften Beweis Ihres Vertrauens zu mir betrachten darf, daß Hochdieselben grade mich zum Adressaten des Ausdrucks einer Stimmung gewählt haben, deren Ursache meiner Ueberzeugung nach nicht allein in meiner theilnehmenden Frage nach dem Gegenstande Ihres Suchens liegen kann. 1849.

Es thut mir sehr leid, wenn ich, wie Ew. Hochgeboren sagen, schon einmal ohne allen Grund und Veranlassung eine Unhöflichkeit gemacht habe. Ich erinnre mich der Sache nicht, entnehme aber aus der Fassung Ihres sehr geehrten Schreibens und aus dem unerwarteten Eindruck, welchen Ihnen meine freundliche Anrede gestern gemacht hat, daß unsre Ansichten über Höflichkeit im Umgange verschieden sind, ohne daß ich deshalb den Beruf fühlte, modificirend auf die Ihrigen einwirken zu wollen. Jedenfalls darf ich annehmen, daß mir nach Empfang Ihres gefälligen Schreibens von gestern ein

1849. gewisses Guthaben an Höflichkeit bei Ihnen von unbefangnen Beurtheilern nicht abgesprochen werden würde. Wenn indessen dieses Schriftstück Ew. Hochgeboren Wunsch durchblicken läßt, den, wie ich bisher glaubte, wohlwollenden Beziehungen, welche, wenn ich nicht irre, seit etwa 20 Jahren zwischen uns bestanden, ein Ende zu machen, so stehe ich nicht an, auf jenes Guthaben zu verzichten, und wenn auch Ihr Entschluß mich mit dem lebhaftesten Bedauern erfüllt, so glaube ich doch, daß unsre beiderseitigen Verhältnisse uns die Ausführung desselben gestatten. Sollten aber unvorhergesehne Umstände mir wiederum die Ehre einer Begegnung verschaffen, so werde ich den Ausdruck: „Verehrter Graf, was suchen Sie?“ gern vermeiden, nachdem ich aus Ihrem Schreiben ersehn, daß derselbe etwas Verletzendes für Sie hat.

Genehmigen Sie, verehrter Herr Graf, die Versicherung der Hochachtung, mit der ich stets die Ehre gehabt habe zu sein

Ew. Hochgeboren rc.

v. Bismarck.

7.

Schreiben des Grafen v. Thun an Herrn v. Bismarck und Bismarcks Antwort.

1852.

Verehrtester College,

15. 1. 1852. das große Vertrauen, welches ich in Ihren Charakter und in die Rechtlichkeit Ihrer Absichten setze, macht mich in einem recht schweren Augenblicke die Feder ergreifen, um mich — wie es sich wohl von selbst versteht — **höchst vertraulich** an Sie zu wenden. Ich bitte Sie vor Allem, in diesem Schritte weder den Bundes-Präsidialgesandten noch den Vertreter Oesterreichs zu suchen — in beiden Stellungen hätte ich mich dazu nicht verstehen können — sondern bloß das Individuum, welchem die Vorsehung eine höchst schwierige Verantwortung übertragen hat, und das zur Beruhigung seines eigenen Gewissens nichts unversucht lassen will, um schweres

Unheil abzuwehren, um einst — mögen nun die Würfel fallen, wie sie wollen — sich mit Beruhigung sagen zu können: An mir liegt nicht die Schuld! 15. 1. 1852.

Ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß die letzten Maßnahmen der Kgl. preußischen Regierung gegen den Beschluß vom 7. Januar[1]) mein innerstes Rechtlichkeits- und Sittlichkeitsgefühl auf das tiefste und schmerzlichste verletzt haben. Nichts hat mich vielleicht in meinem Leben eine größere Ueberwindung und Selbstverläugnung gekostet, als diesen Maßregeln gegenüber noch Mäßigung zu bewahren und die Hand zur Versöhnung zu biethen. Allein es handelt sich nicht um meine Person, und da darf ich nur die Stimme der Vernunft und der Pflicht hören — so sei denn auch noch dieses größte Opfer einer Stellung gebracht, um die ich mich nie beworben habe und aus der bald möglichst erlöst zu werden ich die Vorsehung täglich bitte!

Als Sie Frankfurt verließen, standen die Sachen schon recht trostlos, indessen haben sie sich seitdem in jeder Weise so verschlimmert, daß man sich wohl mit Recht fragen muß: wo soll das hinaus?! Sie sind Zeuge gewesen unserer redlichen angestrengten Bemühungen ein Verständniß herbeizuführen, allein ebenso gut auch der Erfolglosigkeit aller dieser Bemühungen. Durch die Erklärungen Preußens auf den — doch gewiß soweit als nur immer möglich gehenden — Antrag vom 31. v. M., waren wir im eigentlichsten Sinne des Wortes au bout de notre latin; unser Verstand zeigte uns kein mögliches Auskunftsmittel, und wir durften wohl erwarten, daß die Regierung, die bisher alles verweigert hat, was wir in dieser Beziehung beantragt haben, nun selbst Anträge stellen würde; — das ist aber nicht geschehen! —

Hierdurch wurden wir, abgesehen von den prinzipiellen Fragen, in die kathegorische Nothwendigkeit versetzt, in Zeit von wenigen Tagen das ohne unser Verschulden sich ergebende Defizit für den Bedarf der Flotte im Monat Dezember — also eine schon bestehende Schuld, die nicht über die Bedingungen Preußens zur Zahlungs-

---

[1]) Am 7. Januar 1852 beschloß die Bundesversammlung die Aufnahme einer Anleihe, erforderlichen Falls bei Rothschild unter Verpfändung der bei diesem deponirten Bundesgelder bis zur Höhe der Rückstände von den Umlagen zum Besten der Flotte vom 28. April und 8. Juli 1851. Graf Thun als Substitut Preußens protestirte. Drei telegraphische Depeschen Bismarcks vom 9., 10., 12. Januar 1852 wiesen den Legationsrath Wentzel an, Rothschild von der ablehnenden Haltung Preußens gegenüber dem Flottenanlehen persönlich zu verständigen und ihm anzukündigen, daß sich Preußen den Regreß für alle ihm und dem Bunde aus der Zahlung erwachsenden Nachtheile vorbehalte; vgl. v. Poschinger I No. 46—48 S. 70 f.

15. 1. 1852. leistung der Umlage vom 8. Juli hinausgeht, die aber gerade durch diese Bedingungen veranlaßt wurde — zu decken, wenn wir nicht einer Meuterei an Bord der Schiffe oder dem Ausbruche der förmlichen Crida[1]) gewärtigen wollten. Unter solchen Umständen haben wir nach unserer Ueberzeugung das einzige praktische Auskunftsmittel ergriffen, dessen Bedenklichkeit wir uns übrigens gar nicht verhehlten, zu dem wir nur in der äußersten Noth und bis zu dem unabweislichen Bedarf Zuflucht nahmen. Nicht nur ich, sondern **alle** meine Collegen würden ein jedes andere, praktische Auskunftsmittel vorgezogen haben, wenn man uns eins zu nennen gewußt hätte. Warum gab uns Preußen keines an, wenn es eins weiß? Es würde da am deutlichsten gesehen haben, wie bereitwillig wir sind, eine jede Differenz mit ihm zu beseitigen. Warum wirft es aber auf uns den Stein, wenn kein anderer Ausweg blieb, aus einer imminenten Gefahr herauszukommen, in die der Bund gerade durch seine Handlungsweise versetzt worden ist? —

Man wird sagen: die Bundes-Versammlung hätte bloß die Bedingung zu erfüllen gebraucht, die es der Kgl. preußischen Regierung gefällig war, von Neuem zu ihrem Beitritte zum Antrage vom 31. Dezember v. J. zu stellen, und sie hätte Geld gehabt. — Dann befänden wir uns aber nach meiner und **aller** meiner Collegen unmaßgeblichen Ansicht — ganz abgesehen von der Annehmbarkeit oder Nichtannehmbarkeit der Bedingung selbst — nicht einmal mehr auf dem Standpunkte, den Sie selbst bisher zu vertheidigen gesucht haben: nehmlich, daß die Bundes-Versammlung nie eine Maßregel beschließen dürfe, gegen die Oesterreich oder Preußen stimmten, sondern wir hätten dem Grundsatze praktische Geltung eingeräumt, daß die Bundesversammlung blindlings alle Befehle der Kgl. preußischen Regierung befolgen müsse. Abgesehen davon lag uns aber auch nicht einmal ein Antrag vor, es wurde also der Bundesversammlung, die in ihrer großen Majorität Preußen zur Erfüllung des Bundesbeschlusses für verpflichtet erachtet, zugemuthet, auch noch selbst den Antrag zu formuliren, wodurch sie ihre Autorität und ihr Ansehen auf einmal zu Grabe tragen sollte. Ich frage, ob ein unpartheiischer, vernünftiger Mensch das erwarten konnte?

Wie mir Herr Legations-Rath Wentzel sagte, so hätte der Bundesbeschluß vom 7. Januar in Berlin außerordentlich überrascht und aufgeregt, und man schreibe ihm in dieser Beziehung, wenn die **Bundes-Versammlung** (!!) es aufs Aeußerste treiben wolle, so sei man bereit, ihr Schritt für Schritt zu folgen! Ich gestehe, daß ich auf diese Auffassung nicht gefaßt war! Also wir haben die Sache auf die Spitze getrieben? Sind Sie nicht selbst Zeuge

[1]) des Concurses.

gewesen, daß wir uns alle erdenkliche Mühe gegeben haben, einen höchst bedauerlichen Conflickt [sic] zu beseitigen — einen Conflickt, der nach unserer innigsten Ueberzeugung von der Kgl. preußischen Regierung ganz willkührlich heraufbeschworen worden ist, da man noch im letzten Augenblick mit vollkommener Wahrung der Rechtsansicht die Zahlung als einen bloß freiwilligen Beitrag leisten konnte — einen Conflickt, der in seinen nothwendigen Folgen mit dem Objekte von 160000 fl. in keinem Verhältnisse steht; daß wir uns diese Mühe gegeben haben, obwohl wir überzeugt sind, Preußen sei im Unrechte? Hat nicht Preußen selbst die Sache aufs Aeußerste getrieben und einen jeden möglichen Ausweg versperrt? — 15. 1. 1852.

Nachdem die Sache leider — und Gott ist unser Zeuge, ohne unser Verschulden — soweit gediehen war, konnten wir allerdings nicht erwarten, daß Preußen dem Beschlusse vom 7. Januar beistimmen oder auch nur zu demselben schweigen werde; ich war gefaßt, den Auftrag zu erhalten, in der nächsten Sitzung einen förmlichen Protest gegen denselben und Verwahrung gegen die etwaigen Folgen zu Protokoll zu geben. Hierdurch schien[en] mir aber auch die rechtliche Stellung Preußens und seine Interessen vollständig gewahrt. Daß es aber je dahin kommen könne, daß eine deutsche **Bundes**-Regierung ein Interesse haben könne, die Autorität und das Ansehen des Deutschen Bundes, **dessen Mitglied sie ist**, dermaßen in den Koth zu ziehen, daß sie gegen einen Bundesbeschluß bei einem Juden, der in seiner geschäftlichen Beziehung noch dazu dem Bunde untergeordnet ist, einen Protest eintragen werde, und so die bedauerlichen Differenzen im Schooße der Bundesversammlung vor das große Publickum [sic] bringt oder bestenfalls dieß der Diskretion eines Juden anheimstellt, das gestehe ich, darüber werde ich erröthen, so lange ich lebe! Am Abende, wo mir Leg.-Rath Wentzel diesen Protest vorlegte, hätte ich weinen können wie ein Kind über die Schmach unseres gemeinsamen Vaterlandes, und nie, seit ich dem Staate diene, habe ich Gott mit solcher Innbrust des Herzens gedankt, daß er es mir erspart habe, von meiner eigenen Regierung mit der Ausführung einer **solchen** Maßregel beauftragt worden zu sein!!

Doch hierüber steht mir kein Urtheil zu, darüber mögen Gott, unsere Vollmachtgeber und die Nachwelt richten!!! Nothwendig drängt sich mir aber die Frage auf: was will Preußen? und so sehr ich mich auch sträube, so drängt sich mir doch immer wieder die Antwort auf: daß sich der Bund durch Schwäche und Nachgiebigkeit selbst tödte oder — daß es zu einem förmlichen unheilbaren Bruche komme.

Das erstere wird, so wie ich die hiesigen Verhältnisse kenne, nicht geschehen; auch der schwächste und nachgiebigste wehrt sich

15. 1. 1852. seiner Haut, ja wird vielleicht, wenn er zum Aeußersten getrieben wird, um so verzweifeltere Gegenwehr leisten, und gibt es ein Mittel, alle deutschen Regierungen, etwa mit Ausnahme des undeutschen Hollands, zu einigen, so ist es gerade dieses; das letztere — nun ja, das kann allerdings Preußen jeden Augenblick bewirken, und ich zweifle, daß es ein großes Verdienst wäre, das erlangt zu haben. Ja muß es dazu kommen, dann ist es vielleicht sogar zu wünschen, daß es sobald als möglich geschehe, damit sich das arme Deutschland nicht unnütz aufzehre und sich das — traurige Schauspiel der Unverträglichkeit der Bundes-Regierungen nicht noch länger vor den Augen der Völker fortsetze. Dann ist auch das Objekt Nebensache und bloßer Vorwand, und es ist an sich ganz gleichgültig, ob der Bruch wegen 160000 fl. oder wegen Veröffentlichung der Bundes-Verhandlungen erfolge.

Eines glaube ich Ihnen aber noch ganz besonders ans Herz legen zu müssen. Unter den jetzigen Verhältnissen scheint mir eine Substitution Preußens in der Bundes-Versammlung geradezu eine Unmöglichkeit. Will Preußen wirklich an den Geschäften des Bundes noch Theil nehmen, — wie ich noch immer hoffe — so gebieten seine eigenen Interessen dringend, daß es einen eigenen Vertreter hier habe, der die Ansichten und Absichten seiner Regierung kenne und billige und im Stande sei, sie in und außer der Versammlung ins gehörige Licht zu stellen und zu vertheidigen. Ich kann dieß nicht thun, denn ich kenne und begreife sie nicht, kann auch unmöglich, wie die Sachen jetzt stehen, der Verfechter der ganz verschiedenen Auffassungen der Mehrheit des Bundes, Oesterreichs und Preußens sein. Zudem kommt es unter so dringenden Verhältnissen darauf an, den Augenblick zu benutzen. Vielleicht wären Sie in der Lage gewesen, in der Sitzung vom 7. einen Antrag zu stellen, der uns den gefaßten Beschluß erspart hätte; das kann aber ein substituirter Gesandter unmöglich thun.

Will sich aber Preußen — wie freilich vielseitig geglaubt wird — aus dem Bunde faktisch zurückziehen und eine Art isolirter Stellung annehmen, und werden Sie deshalb in Berlin zurückgehalten — dann ist das Prinzip der Substitution im Verhinderungsfalle nicht anwendbar, und es kann meiner individuellen Auffassung nach auf die Länge Oesterreich doch unmöglich zugemuthet werden, eine derartige Rolle zu übernehmen.

Denken Sie sich aber meine persönliche Lage in der Versammlung und in den Ausschüssen, wo ich zwei geradezu entgegengesetzte Ansichten vertreten soll und bestimmt weiß, der einen dieser Aufgaben durchaus nicht entsprechen zu können. Das ist eine für einen jeden rechtlichen gewissenhaften Mann unhaltbare Stellung! —

Ich beschwöre Sie also, dieser — noch nie dagewesenen Anomalie durch alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel ein schleuniges Ende zu machen! 15. 1. 1852.

Nunmehr habe ich Ihnen mein Herz ausgeschüttet und Ihnen dadurch den größten Beweis meiner persönlichen Achtung und meines individuellen Vertrauens in Ihren Charakter gegeben, den ein Mann einem andern zu geben im Stande ist.

Ich brauche nicht zu wiederholen, daß diese démarche auch nicht den geringsten Schein einer offiziellen hat, ja daß ich sie ganz auf eigene Verantwortung übernehme, ohne daß Fürst Schwarzenberg auch nur ein Wort darum weiß. Mich drücken die gegenwärtigen Verhältnisse aber dermaßen nieder, daß ich auch den letzten Schritt nicht unversucht lassen wollte, und wenn Individuen berechtigt sind, versöhnend einzuwirken, so sind es gewiß die Vertreter Oesterreichs und Preußens am Bunde. Muß es aber doch zum Aeußersten kommen — nun wohl, dann werde ich auch nicht zurückschrecken, und mir wenigstens das Zeugniß geben können, das Meinige redlich gethan zu haben!

Zum Schlusse nur noch eins. Legations-Rath Wentzel hat mir im Auftrag seiner Regierung eine telegraphische Depesche vom 12. d. mitgetheilt und mir auf meine Anfrage, ob ich darüber eine Erklärung in der Bundes-Versammlung abgeben sollte, heute in Ihrem Namen erklärt, diese vertrauliche Mittheilung sei nicht für den substituirten Gesandten Preußens, sondern für mich. Ich weiß eigentlich nicht, was ich damit thun soll, denn ich habe die Maßregel, gegen die darin protestirt wird, nicht persönlich, sondern im Auftrage der Bundes-Versammlung ergriffen, zu deren Kenntniß also die Erklärung Preußens gelangen sollte, während eine vertrauliche Mittheilung dazu nicht paßt.

In der Hoffnung einer bessern Zukunft

Ihr aufrichtigst ergebener

Frankfurt, den 15. Januar 1852. F. v. Thun.

Antwort Bismarcks.

Verehrtester College,

vor allem sage ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank für das persönliche Vertrauen, welches in Ihrem mir soeben zugegangnen Schreiben seinen Ausdruck gefunden hat und dem ich gern mit gleicher Offenheit entgegenkomme. Meine Aufgabe ist Preußische Politik, ebenso wie es die Ihrige ist, Oest- 19. 1. 1852.

19. 1. 1852. reichische zu treiben. Daß beide nicht überall dieselben Resultate erstreben, ist eine aus der Geschichte der Vergangenheit hervorgehende Nothwendigkeit, die weder wir beide noch unsre Cabinette vollständig beseitigen können. Wenn wir uns diese unzweifelhafte Thatsache stets gegenwärtig halten, so möchte ich glauben, daß wir uns auch bei bedeutenderen politischen Divergenzen unsrer Vollmachtgeber, als es die jetzigen sind, frei halten können von den schmerzlichen persönlichen Eindrücken, denen Sie in Ihrem Schreiben Worte verleihn. Wären Sie als Preuße geboren, so würden Sie auch die Interessen meines Landes mit derselben Lebendigkeit vertreten, mit welcher Sie jetzt dieselben zurückweisen, und wenn Sie Sich unbefangen in eine Preußische Auffassung und in meine Lage hineinzudenken versuchen, so können Sie es nicht unnatürlich finden, daß mein Rechtlichkeits- und Sittlichkeitsgefühl tief und schmerzlich verletzt ist, über die Art, in welcher die Bundes-Versammlung, ohne den Nachweis ihrer Berechtigung aus dem Bundesrechte auch nur zu versuchen, Majoritätsbeschlüsse über die fast zur Hälfte aus Preußischem Gelde geschaffene Flotte faßt, welche grade nach der Auffassung Oestreichs den Bund eigentlich nichts angeht, seine Glieder wenigstens zu Leistungen nicht verpflichtet. Man kann die Flotte als Eigenthum des Bundes behandeln oder nicht, aber man kann nicht beide Auffassungen gleichzeitig festhalten und von jeder grade die Consequenzen ziehn, welche nachtheilig für Preußen sind. Ein derartiges Verfahren gegen ein schwächeres Bundesglied wäre nur ungerecht, gegen Preußen angewandt hat es außerdem die nothwendige Folge, den Bund zu lähmen, wenn nicht zu sprengen. Vor 1848 hat man es vermieden, selbst innerhalb der Gränzen des formellen Bundesrechts Beschlüsse zu fassen, welchen gewichtige Stimmen entgegenstanden, wenn man aber jetzt, wie am 8. July geschehn ist,[1]) da, wo das Bundesrecht keine Waffe bietet, eine solche durch Beschlüsse, denen die Basis dieses Rechtes fehlt, schaffen will, so heißt es die Festigkeit des Bundes auf eine Probe stellen, für welche seine Stifter

[1]) Der Bundestag beschloß am 8. Juli 1851 trotz Preußens Protest eine Umlage von 532 000 fl. zum Unterhalt der Flotte.

ihn schwerlich berechnet haben, wenn grade Preußen zum ersten Object eines derartigen Verfahrens ausersehn wird. Nicht uns fällt es zur Last, wenn der Bund, wie Sie sagen, durch Verhandlung bei einem Juden in den Koth gezogen wird, sondern denen, die die Geschäftsverbindung des Bundes mit einem Juden dazu benutzt haben, auf eine verfassungswidrige Weise die im Gewahrsam des Juden befindlichen Bundesgelder ihrer tractaten- und beschlußmäßigen Bestimmung zu entziehn; es scheint mir natürlich, daß die Preußische Regirung, ehe sie fernere Zahlungen für Bundeszwecke leistet, das Bedürfniß empfindet, gegen die Wiederkehr eines derartigen Vorganges sicher gestellt zu sein. Ich kann mich in der That der Befürchtung nicht verschließen, daß die Bundesversammlung auf dem eingeschlagnen Wege der Krankheit entgegengeht, an welcher so viel deliberirende Körperschaften der Neuzeit gelitten haben, daß sie über die Debatten am grünen Tisch und über den Inhalt der Acten die thatsächliche Gestaltung der sie umgebenden Welt und über das ihnen Wünschenswerthe das Mögliche vergessen haben. Was ist der Zweck, über dessen Erreichung dieser ganze peinliche Conflict, der sich nach unsrer Verwahrung vom 8. July mit Sicherheit vorausberechnen ließ, heraufbeschworen worden ist? Nichts als ein Zeitgewinn von einigen Wochen, um den mehrmals zur Evidenz fehlgeschlagnen Versuch erneuern zu können, ob sich 20 oder 30 Staaten von sehr divergirenden Ansichten und Interessen über die Herstellung einer im glücklichsten Falle unbedeutenden Nordseeflottille einigen werden, deren Zustandebringung auch dann noch unbenommen blieb, wenn man darauf einging, Preußen nach Inhalt der in meiner letzten Abstimmung gemachten Theilungsvorschläge das zu gewähren, was ihm von Rechtswegen zukommt und was man ihm auf die Dauer ohne den Versuch einer rechtswidrigen Vergewaltigung nicht wird vorenthalten können. Ich hege selbst den Wunsch, so bald als möglich nach Frankfurt zurückzukehren, obschon mir von manchen Seiten nicht ohne Grund eingewandt wird, daß gar nicht dringlich für mich sei, zu Verhandlungen zurückzukehren, bei denen ich die Preußens auf die Dauer nicht würdige Rolle eines Zuhörers spiele, der

19. 1. 1852.

19. 1. 1852. wiederholt ohne Erfolg feierliche Verwahrungen gegen Beschlüsse einlegt, bei denen die entgegenstehenden Rechte Preußens nicht einmal einer eingehenden Prüfung gewürdigt werden und sich sonach für uns als rathsam herausstellt, einer Deutschen Politik, welche uns ignorirt, fair play zu lassen, bis man unsrer Mitwirkung zu bedürfen glaubt. Für den Augenblick hat mir Se. Majestät befohlen, dem morgen stattfindenden Krönungsfest noch beizuwohnen, was mich zu meinem Bedauern verhindert, mich am Montag bei der Frau Gräfin einzufinden. Dann aber werde ich meine Entlassung hier ernstlich betreiben und gebe mich gern der Hoffnung hin, daß es unsrer persönlichen Verständigung gelingen wird, die beklagenswerthe augenblickliche Lage der Dinge auf die den Umständen nach möglichst günstigste Weise zu entwirren.

Schließlich wiederhole ich meine schon mündlich ausgesprochne Bitte, die Streitigkeiten der Cabinette auf das Verhältniß des Grafen Thun zu meiner Person von keinem Einfluß sein zu lassen. Ich bin nach Frankfurt geschickt, um Preußische Politik zu treiben, aber ebenso, wie ich entschlossen bin, die Interessen meines Vaterlandes nach bestem Wissen und Gewissen unter allen Umständen zu verfechten, ebenso fühle ich das Bedürfniß, mir das persönliche Wohlwollen zu erhalten, welches Sie bisher in allen Beziehungen zu mir an den Tag gelegt haben.

Mit der Bitte, der Frau Gräfin meine ehrerbietige Empfehlung zu machen,

Ihr aufrichtig ergebner

Berlin, den 19. Januar 1852. v. Bismarck.

8.

Brief Bismarcks an den Abgeordneten Fr. Harkort und Harkorts Antwort.

1852.

Ew. Hochwohlgeboren

erlaube ich mir in Erfüllung der von mir in der gestrigen Kammersitzung gegebnen Zusage[1]) die ergebenste Mittheilung zu machen, daß mir bei der Aeußerung, welche Ihnen zu einer persönlichen Bemerkung Veranlassung gab, unter den vielen an einzelne Fabrikanten geleisteten Königlichen Unterstützungen vorzugsweise diejenige vorschwebte, welche im Frühjahr 1849 aus dem Kgl. Dispositionsfond bei der Seehandlung im Betrage von 25000 Thaler in Staatsschuldscheinen an Herrn Harkort bewilligt worden ist und über deren Veranlassung und Modalitäten ich, wenn es gewünscht wird, genauere Details würde beibringen können, die ich wegen möglicher Beziehungen zu dem Credit eines kaufmännischen Hauses für die Tribüne nicht geeignet hielt. Wenn Ew. Hochwohlgeboren mir gestern schon mitzutheilen die Güte hatten, daß nicht Sie, sondern Ihr Herr Bruder der Empfänger jenes Darlehns sei, so finde ich in diesem Umstande kein Moment, welches den Sinn der von mir gethanen Aeußerung als unrichtig erscheinen lassen

21. 3. 1852.

[1]) Vgl. Fürst Bismarcks politische Reden, herausg. von Horst Kohl I 413 f. In einer Rede vom 20. März 1852 sagte der Abg. v. Bismarck: „Ich will nur einen Grund hervorheben, warum der Adel die meisten Stellen in der Armee inne hat: das Geschäft ist zwar ehrenvoll, aber nicht so lucrativ, als Fabriken anzulegen und mit Königlicher Unterstützung fortzuführen und den Dank dafür durch Angriffe auf die Regierung zu zahlen.“ Der Abg. Fr. Harkort protestirte gegen diese möglicher Weise auf ihn zu beziehende Aeußerung, indem er erklärte, nie eine Königliche Unterstützung empfangen zu haben. Hierauf erwiderte Herr v. Bismarck: „Ich werde mir die Ehre geben, dem Abg. Harkort die Andeutungen, die ich in Bezug auf die Fabrikanten und die Unterstützung aus Königlichen Cassen gemacht habe, unter vier Augen mit den gewünschten Belegen nachzuweisen.“ Er that es in dem Briefe vom 21. März 1852.

21.3.1852. könnte. Im Falle, daß Ew. Hochwohlgeboren es für erforderlich halten, weitre Mittheilungen über diesen Gegenstand mir zu machen oder von mir entgegenzunehmen, werde ich Ihren Wünschen bereitwillig entsprechen.

Mit Vergnügen benutze ich diese Gelegenheit, Ew. Hochwohlgeboren die Versicherung der vorzüglichen Hochachtung auszudrücken, mit der ich die Ehre habe zu sein

Ew. Hochwohlgeboren

ergebner Diener

Berlin, 21. März 1852. v. Bismarck.

Antwort Harkorts.

Ew. Hochwohlgeboren

23.3.1852. geehrte Zuschrift von gestern erledigt meiner bescheidenen Ansicht nach den Fall nicht, denn nach dem Gange der Debatte wurde mir der Vorwurf der Undankbarkeit in Bezug auf empfangene Vorschüsse aus der Staatskasse gemacht.

Darüber erwarte ich den näheren Beweis! Auch ist die Voraussetzung unrichtig: daß mir eine derartige Negociation bekannt sei; zuerst erfuhr ich sie aus Ihrem Munde!

Wenn meine Verwandte Geschäfte mit der Seehandlung machten, so bin ich persönlich nicht dafür verantwortlich; ob nun Ew. Hochwohlgeboren als Vertrauensmann der Budgetcommission darüber näheren Aufschluß geben oder nicht, kann wohl auf meine Sache nicht von Einfluß sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

Berlin, 23. 3. 52. ergebener Diener

Friedrich Harkort.

9.

Zwei Briefe Bismarcks an Frhrn. v. Prokesch und Prokeschs Antworten.

1853.

I.

Ew. Excellenz,

der Generalmajor von Herwarth hat mir mitgetheilt, daß er am vergangnen Freitag Ew. Excellenz den Wunsch zu erkennen gegeben hat, Hochdemselben als K. K. Feldmarschall-Lieutenant das hiesige Kgl. Preußische Offiziercorps vorzustellen, und daß Ew. Excellenz darauf den nächsten Montag um 11½ Uhr als den Zeitpunkt bezeichnet haben, an welchem Hochdieselben bereit sein würden, den Besuch der Kgl. Preußischen Offiziere zu empfangen. Inzwischen hat der Generalmajor v. Schmerling Herrn v. Herwarth im dienstlichen Wege in Kenntniß gesetzt, daß der Kaiserl. Kgl. Bundes-Präsidialgesandte am Montage von ½11 Uhr an die Offiziercorps der hiesigen Garnison in der üblichen Reihenfolge empfangen werde. 6. 2. 1853.

Der K. K. Generalmajor von Schmerling scheint sonach von der Ansicht auszugehn, daß der dienstliche Verband der unter seinem Commando vereinigten Bundestruppen es mit sich bringe, Ew. Excellenz in Hochdero Eigenschaft eines Kaiserlichen Präsidialgesandten und auf Grund besondrer und directer Beziehungen des Bundes-Präsidiums zu der hiesigen Garnison und deren einzelnen Bestandtheilen den Besuch der Offiziercorps machen zu lassen. Ich brauche Ew. Excellenz als einem erleuchteten Kenner der Bundesverfassung gegenüber die Irrigkeit dieser Auffassung des Herrn Generalmajors v. Schmerling nicht besonders hervorzuheben; die mir bekannten Ansichten meiner Allerhöchsten Regirung verpflichten mich aber, unter diesen Umständen Ew. Excellenz geneigte Aufmerksamkeit aus-

6. 2. 1853. drücklich auf die Natur des Hochdemselben von dem Kgl. Offiziercorps zu machenden Besuchs zu lenken. Der König, mein Allergnädigster Herr, ist von dem Wunsche beseelt, daß von Seiten Seiner Diener jede sich darbietende Gelegenheit ergriffen werde, um die engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche ihn mit Se. Majestät dem Kaiser von Oestreich verbinden, auch in den äußern Formen zur öffentlichen Anschauung zu bringen. In Ausführung dieser Allerhöchsten Intentionen wird das Kgl. Offiziercorps morgen Ew. Excellenz als K. K. Feldmarschall-Lieutenant seine Aufwartung machen. Der Umstand, daß durch den nachträglich von dem Herrn Generalmajor v. Schmerling im dienstlichen Wege erlassenen Befehl die Natur des freiwilligen Actes militärischer Höflichkeit, welchen das Kgl. Offiziercorps vollziehen wird, in den Augen derer, welche mit der Bundesverfassung weniger vertraut sind, alterirt werden könnte, legt mir die unwillkommne Verpflichtung auf, diese Angelegenheit zum Gegenstand der vorstehenden Erklärung zu machen. Ich darf voraussetzen, daß Ew. Excellenz von meinem Wunsche, die Formen des gegenseitigen Verkehrs jederzeit zum Ausdruck ebensowohl des innigen Bündnisses unsrer Allerhöchsten Regirungen als meiner persönlichen Verehrung für den Kaiserlichen Präsidialhof und für Ew. Excellenz selbst zu machen, überzeugt sind und daß ich bei Hochdemselben keiner Entschuldigung bedarf, wenn ich im Verein mit Ihnen bemüht bin, die Prärogativen der Gesammtheit des Bundes ebenso gewissenhaft aufrecht zu erhalten, wie die des Präsidiums. In diesem Sinne würde ich es dankbar erkennen, wenn Ew. Excellenz die Gewogenheit haben wollten, den Herrn Generalmajor v. Schmerling geneigtest darauf aufmerksam zu machen, daß die Vorstellung des Kgl. Offiziercorps vor Ew. Excellenz weder im bundesdienstlichen Wege einzuleiten gewesen sei noch unter Bezugnahme auf Ew. Excellenz Eigenschaft als K. K. Bundespräsidialgesandter stattzufinden habe, daß dieselbe vielmehr einen, den Allerhöchsten Intentionen des Königs meines Herrn entsprechenden Act derjenigen militärischen Courtoisie bilde, welche Kgl. Offiziere gegen einen Feldmarschall-Lieutenant der

verbündeten K. K. östreichischen Armee an jedem Ort, wo sie mit demselben zusammentreffen, zu gewähren haben und gern gewähren. 6. 2. 1853.

Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung, mit der ich die Ehre habe zu sein

Ew. Excellenz ꝛc.

[Frankfurt,] 6. Februar 53. v. Bismarck.

Antwort Prokeschs.

Hochwohlgeborner Freiherr.

Ich erhalte soeben die Zeilen, mit welchen mich Ew. Excellenz heute zu beehren geruhten. 6. 2. 1853.

Der Kgl. Herr G.-M. von Herwarth hat die Gefälligkeit gehabt, mich zu befragen, ob ich die Kgl. Herrn Offiziere der hiesigen Garnison empfangen wolle. Es wäre unartig gewesen, diese Artigkeit abzulehnen. Ich gab ihm also mit Vergnügen für Montag die Stunde.

Daß G.-M. von Schmerling an jenen Kgl. Herrn Kollegen eine dienstliche Mittheilung wegen des Besuches richtete, war mir unbekannt und hat sicher keinen anderen Grund, als das in östreich. Garnisonen übliche Verhältniß. Ob gemischte Garnisonen, die in militärischer Beziehung ein Ganzes bilden, auch, was Höflichkeitsformen betrifft, sich als ein soches betrachten, weiß ich nicht. In älterer Zeit, aus der ich allein meine Erfahrungen leiten kann, war dies der Fall; die neueren Analogien kenne ich nicht.

Ob dem Bundespräsidialgesandten als solchem eine Aufwartung des Offiziercorps der Garnison gebührt, weiß ich auch nicht, bin aber schon deßhalb weit entfernt, irgend einen Anspruch zu erheben. Auch wäre mir ohne dem [sic] Anlaß, den mir der Kgl. Herr G.-M. v. Herwarth zu geben die Gefälligkeit hatte, nicht beigefallen, die Ehre des Besuches von Seite der Kgl. Herrn Garnisons-Offiziere zu erwarten.

Worauf ich, im Sinne meiner Stellung, allein Gewicht lege, ist, das innige und freundschaftliche Verhältniß, das zwischen beiden Allerhöchsten Höfen und zwischen beiden Armeen besteht, auf das sorgsamste zu wahren, und dabei meine Persönlichkeit, die nur eine zufällige ist, gar nicht in Betracht zu ziehen. Es genügt mir zu

6. 2. 1853. wissen, daß Ew. Excellenz den militärischen Rang, den ich bekleide, von meiner politischen Stellung hier bei diesem Besuche scharf geschieden haben wollen, um G.-M. v. Schmerling ganz nach Ihrem Wunsche anzuweisen.

In ausgezeichneter Hochachtung und Verehrung

Ew. Excellenz

ergebenster Diener

Frankfurt, 6. Februar 1853. v. Prokesch-Osten.

II.

Hochgeborner Freiherr.

18. 3. 1853. Bei der Umfänglichkeit der zu bewältigenden Materie bin ich leider nicht im Stande, das Separatvotum in der Festungsbausache bis morgen zu liefern. Wenn dasselbe auch unter ungewöhnlichen Anstrengungen hergestellt werden könnte, so würde doch dadurch allein die Sache nicht gefördert werden, da die Abstimmungen aus der Militär-Commission, welche für die Bundesregirungen die Grundlage für Erwägung der Sache bilden und welche mein Votum als bekannt voraussetzen muß, wenn es dieselben nicht reproduciren soll, ohnehin noch nicht gedruckt sind, und, nach Angabe des Baron Brenner, erst am Montag Abend fertig sein werden. Der Zweck der Beschleunigung des Vortrags könnte nur die Beschleunigung der Berichterstattung durch die Herrn Gesandten sein, eine solche wird aber nur dann vollständig geschehn können, wenn jene Vota der Militär-Commission vertheilt sind und beigelegt werden können, während umgekehrt, sobald letztre gedruckt in den Händen der Herrn Gesandten sind, diese zu vollständiger Information ihrer Regirungen im Stande sein würden. Ich wiederhole daher meine ergebenste Bitte, daß Ew. Excellenz die Kanzlei zur Beschleunigung des rückständigen Druckes gefälligst anweisen wollen, und wollen mir Ew. Excellenz er-

18. 3. 1853.

lauben, Hochdero geneigte Aufmerksamkeit auf die Verzögerungen zu lenken, welche dieser Druck erlitten hat. Die Militär-Commission ist in diesem Falle von dem regelmäßigen Herkommen abgewichen, nach welchem alle ihre Verhandlungen gedruckt werden, und die Bundesregirungen auf diese Weise Gelegenheit erhalten, vor den Verhandlungen der Bundes-Versammlung selbst das Gutachten der technischen Behörde einzusehn. Wenn im vorliegenden Falle, bei dem Umfange der Vota, der Abdruck der gewöhnlichen Anzahl von Exemplaren zu kostspielig erschien, so würde jener Zweck, zu welchem die Verhandlungen der Militär-Commission überhaupt gedruckt werden, doch im gewöhnlichen Stadium des Drucks durch Abdruck einer geringern Anzahl nach Analogie der Separatprotokolle haben erreicht werden können. Das desfallsige Bedürfniß trat auch schon in der am 1. c. stattfindenden Sitzung des Militär-Ausschusses so entschieden hervor, daß nicht nur mehre Mitglieder desselben die Ueberzeugung mitnahmen, die geäußerten Wünsche, den unterlassenen Druck nachzuholen, würden unverzügliche Berücksichtigung finden, sondern auch der Herr Vorsitzende der Militär-Commission in der am Tage darauf stattfindenden Sitzung der letztern, unter den Motiven, weshalb dort der Druck zu unterbleiben habe, dasjenige anführen konnte, daß derselbe durch den Militär-Ausschuß veranlaßt werde. Da sich die Annahme nicht bestätigte, so wurde in der Sitzung des Ausschusses am 8. die Nothwendigkeit erkannt, den baldigen Druck durch einen besondern Beschluß zu sichern. Am Abend des 12. c. sind darauf die Manuscripte der Druckerei zugegangen, und würde diese, wenn sie nicht gleichzeitig durch andre Arbeiten für die Bundesversammlung in Anspruch genommen wäre, in 2, jedenfalls aber in 3 Tagen, also am 15. oder, von der Sitzung des 8. an gerechnet, am 11. das im Ganzen 34 weitläuftig gedruckte Bogen betragende Opus haben liefern können! —

Ew. Excellenz gefälligem Ermessen stelle ich ergebenst anheim, ob Hochdieselben die Ursachen der seit dem 8. c. eingetretnen Verzögerungen des Druckes, durch welche die Möglichkeit der Information der höchsten und hohen Regirungen

18. 3. 1853. über die technischen Verhandlungen in der Sache einen nicht unerheblichen Aufenthalt erlitten hat, näher constatiren lassen wollen.

Genehmigen pp.

Fr[ankfurt], 18. 3. 53. v. Bismarck.

Antwort Prokeschs.

Frankfurt, den 18. März 1853.

Hochwohlgeborner Freiherr!

18. 3. 1853. Der Druck der Beilagen wird voraussichtlich Montag fertig werden, und es können dann unverzüglich Exemplare an die Herren Gesandten gegeben werden. Die hohen und höchsten Regierungen werden dadurch in die Möglichkeit gesetzt, Meinung und Gegenmeinung über die Vorfrage abzuwägen. Der Antrag der Majorität des Ausschusses, der die Geldfrage ins Auge faßt, und das Kgl. preußische Separatvotum können natürlich erst nach geschehener Vorlage an den Bund in Druck gelegt werden. Es schien mir wünschenswerth, daß der ganze Akt, Sitzungsprotokoll und Beilagen, zugleich an die Regierungen käme, aber auch der vorläufigen Sendung der letzteren steht nach dem Gebrauche nichts entgegen.

Die Zögerung des Druckes hat, wie Ew. Excellenz bekannt ist, zunächst ihren Grund in der ersten Angabe über die Ziffer der Kosten gehabt, die so hoch schien, daß sie eine weitere Erhebung nothwendig machte. Diese führte zu einer anderen Schätzung, deren Abstand eine neue Prüfung veranlassen mußte. Der wirkliche Druck zeigt keine dieser Schätzungen als genau. Die Frage des Druckes ist in der Militär-Commission verhandelt worden. Ich glaube, daß es dabei zu belassen ist.

Da Ew. Excellenz bis morgen die Ausarbeitung des Separatvotums auf Basis des in Händen habenden Majoritätsantrages des Ausschusses und der daran hängenden sämmtlichen Beilagen nicht für thunlich halten, so wollen Ew. Excellenz mich dann, wenn diese Arbeit zur Vorlage bereit sein wird, gefälligst davon unterrichten. Kann dies nicht in den ersten drei Tagen der Woche geschehen, so wird bis zum letzten des Monats wohl kaum eine Sitzung stattfinden können.

Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

v. Prokesch-Osten.

10.

Zwei Briefe des Ministers v. Stietencron an Bismarck und Bismarcks Antworten.

1853. 1855.

I.

Mein lieber Bismark!

2. 7. 1853.

Ich eröffne unsern Verkehr, der seit Göttingen allerdings von meiner Seite nur durch die freundschaftliche Erinnerung, die ich Dir bewahrte, geistig erhalten ist, jetzt nach 20 Jahren wieder, um Deine Beihülfe für meinen gnädigsten Landesherrn, den Fürsten zur Lippe, in Anspruch zu nehmen.

Die Beschwerde, welche die Ausschußdeputirten der im October v. J. bereits verabschiedeten d. h. zu Hause geschickten und aufgelösten Landtags-Abgeordneten des hiesigen Landes bei der hohen Bundesversammlung eingereicht haben, ist von einem Manne abgefaßt (Amtsassessor Petri), der den Schein des Gemäßigten, sogar Conservativen seit 1849 zur Schau getragen, der aber nichts ist als Bürocrat und seinen glühenden Adelshaß nicht mehr zu verbergen vermochte, als der Fürst die Absicht, durch die einem außerordentlichen Landtage im October v. J. vorgelegte Proposition, wonach die durch die Revolution abgedrungenen Rechtsverletzungen der Corporationen und also auch der Ritterschaft wiederum beseitigt werden sollten, kategorisch aussprach. Von diesem Augenblicke an schlug Petri vollständig um und übernahm die Führung der democratischen, in ihren Persönlichkeiten größtentheils nur zu verachtenden Abgeordneten.

Alle Darstellungen, welche die Zeitungen über die Lippische Frage gegeben haben, sind lügenhafte Verdrehungen der Thatsachen und Rechtsverhältnisse, wozu die Kreutz-Zeitung nicht wenig beigetragen hat, indem sie die Artikel, welche die Tartüffe unseres Landes einsandten, aufnahm, die Gegenartikel, welche von unserer Seite ihr gebothen wurden, aber zurückwies. So mußte das ganze Publicum, selbst das diplomatische, über die Berechtigung und Verpflichtung des Fürsten zu den gethanen Schritten getäuscht bleiben, bis ich durch Herrn v. d. Schulenburg, den Kgl. Preußischen Bevollmächtigten am hiesigen Hofe, veranlaßt wurde, ihm eine kurze, aber vollständig getreue Darstellung der Sache und der Motive zu geben. Ich habe dann dasselbe Exposé Herrn v. Wydenbruck nach Cassel

2. 7. 1853. auf dessen Wunsch mitgetheilt und die Kladde dazu dem Dir bekannten Oldenburg. Geh. Staatsrath Fischer mit nach Frankfurt gegeben. Da ich nicht weiter im Besitz derselben bin, so habe die Güte, Dir diese Kladde von Fischer geben zu lassen, und Du wirst eine andere Anschauung der Sache gewinnen.

Ich muß hier noch für Dich hinzufügen: daß eine democratischere, in ihren Tendenzen egoistisch[ere] und infamere Dienerschaft als die Lippische Regierung auf der Welt nicht existirt und daß gegen diese compakte Phalanks [sic] in Verbindung mit dem ebenso beschaffenen Landtage der Fürst in allen seinen Willensäußerungen vollständig gelähmt war. Er hat keinen Diener, auf dessen Geschicklichkeit, Energie und Gehorsam er sich verlassen kann, obschon die ganze Dienerschaft nur ihm allein verantwortlich ist. Mit Ausnahme weniger älterer Beamten auf dem Lande ist die ganze Dienerschaft, selbst die richterlichen Personen im Complot, welches eigenen Willen dem Regenten nicht zugesteht und jede Aeußerung desselben sofort lahmlegt, und machen selbst ohnmöglich, im Disciplinar-Wege einzuschreiten.

Es ist daher die Aufgabe des Bundes, den Fürsten zu stützen, der in seinem vollen Rechte, selbst durch kein persönliches Versprechen gebunden, seine heiligste Pflicht nur geübt hat, die factischen Folgen der Revolution wieder zu beseitigen und den durch Zwang nicht zu verändernden Rechtszustand des Landes wiederherzustellen. Die Anregung hierzu gab eine Bittschrift und Verwahrung der durch die Revolution und illegale Acte ihrer Rechte beraubten Ritterschaft, welche Serenissimum anging, die Rechtsverletzungen zu heilen und die Wahlvorschriften und den Landtag nach Vorschrift der durch Vertrag unter den Auspicien des hohen Bundes entstandenen Verfassung von 1836 wiederherzustellen und den sämmtlichen Corporationen des Landes ihre Vertretung wieder zu gewähren.

Sollte die Bundesversammlung die ganz unbegründete Beschwerde nicht sofort zurückweisen, so legalisirt dieselbe damit hier die Revolution von 1848, den frechen Ungehorsam einer democratischen Dienerschaft, opfert jenen einen conservativen, das Recht schützenden Fürsten und [die] Ritterschaft, wird sich selbst aber zum Gespötte der Democraten machen, denen dann ein neuer Herd zufällt, von wo aus sie ihr Gift in die Nachbarstaaten tragen werden. Die Beschwerdeführer selbst, wie Du aus anliegendem Briefe des Verfassers der Beschwerde (Amtsassessor Petri)[1]) ersehen wirst, beabsichtigen nur ein Märterthum zu gewinnen, erwarten aber nur eine abweichende Entscheidung des Bundes, was sie sogar scheinheilig als Wunsch aussprechen.

[1]) Als Beilage abgedruckt.

2. 7. 1853.

Ich lege Dir ferner ein mir durch Petri zugesandtes Exemplar der Beschwerde, mit Marginalbemerkungen von mir versehen, bey,[1]) woraus Du kurz das entnehmen willst, was diesen ganz verdrehten Darstellungen mit Recht und Wahrheit entgegenzustellen ist. Daß mir die Verhältnisse genau bekannt sein können, magst Du daraus abnehmen, daß ich seit 1836 Mitglied der Landstände (ich habe die Verfassung von 1836 selbst mitgeschaffen), von 1838 bis 1849 Präsident des Landtags und der Ritterschaft, von 1849 an aber Mitglied des jetzt aufgelösten Volkstages war, dessen Treiben ich allein nicht lähmen, womit ich aber bekannt bleiben konnte.

Euch ist es in Berlin gelungen, durch eine, wenn auch anfangs kleine, aber kräftige Parthey und ein Euch stützendes Ministerium der Krone und dem Adel die Rechte wieder zu erwerben, die schwach vergeben und schnöde entrissen waren; und doch mußte der König im Jahre 1849 auch durch Octroyirung die Unterlage dazu schaffen. Hier steht ein ritterlicher Fürst und wenige Edelleute allein gegen eine Rotte und verfechten ihr gutes Recht, das Recht des ganzen Landes gegen eine die Staatsgewalt an sich reißen wollende Dienerschaft und gegen einen den democratischen Auswurf personificirenden verabschiedeten Landtag. Das Volk, eine Masse dummer Köpfe, wird dem Sieger zujubeln. Wenn aber in den kleinen Staaten die Autorität des Regenten als das einzige Palladium des Rechts, nicht kräftig wieder hergestellt wird, so werden die Revolutionen wie Lavinen von diesen Punkten ausgehen und die Democratie stets ein Asyl behalten, von wo aus sie im Laufe sich verstärken und die größeren Nachbarländer überschütten würde.

Zur Charakteristik unserer Lippischen Verhältnisse muß ich Dir noch bemerken, daß seit langen Jahren **kein Edelmann** hier im Staatsdienst gestanden. Der Adel hat mit Ausnahme weniger Hofchargen entweder auf seinen Gütern gesessen oder diente in Oestreich, Preußen oder Hannover; er ist durchgehends wohlhabend und unabhängig, deshalb aber von der Dienerschaft beneidet und gehaßt.

Die Dienerschaft hat fast allgemein in Jena studirt, waren Mitglieder der Burschenschaft und suchten die Ideen dieser Pflanzschule des Satans hier seit 30 Jahren practisch einzuführen. Der hochseelige Fürst ließ regieren, er war menschenscheu, und so wuchs dieser übermüthigen und verderbten Bürocratie der frevelhafte Sinn soweit, daß die membra regiminis im Februar d. J. dem Fürsten in verschiedenen votis erklärten, daß sie eigentlich seine Mitregenten seien und er ohne ihre Genehmigung keine Anordnungen zu treffen habe; am 15. May d. J. erklärten 4 Mitglieder der Regierung

[1]) Hat sich noch nicht gefunden.

2. 7. 1853. zu Protocoll, daß sie dem Fürsten zur Durchführung seiner Maaßregeln zur Wiederherstellung des status quo ante der Revolution ihre Mitwirkung versagen müßten; nur der Regierungs-Director erklärte, daß er es für seine erste Pflicht halte, dem Fürsten zu gehorchen.

Du siehst daraus, wie hier das Laken geschoren ist. Es ist nur mit einer unumwundenen Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Schritte des Fürsten, wie solches das kaiserliche Cabinet von Wien aus bereits gethan, jetzt auch von Seiten des Bundes zu helfen.

Ich darf von Deinen Grundsätzen hoffen, mein lieber Bismark, daß Du das Deinige dazu thun wirst!

Dein Dir aufrichtig ergebener

Schötmar, den 2. July 1853. Iwan Stietencron.

Beilage.

Brief Petris an Herrn v. Stietencron.

Wie gern, mein werther Freund, wäre ich zu Ihnen gekommen, aber die mangelhafte Postverbindung zwischen Brake und Lemgo ist Schuld, daß ich erst soeben, am 2. Ostertag morgens, Ihr Briefchen vom 25. erhalte. Heute gehts nun nicht wohl mehr an, da ich zum Abend bereits eine Einladung angenommen habe, und abgesehn davon, morgen in der Frühe wieder an meinem Amtsstubentische sitzen muß. Herzlichen Dank daher für Ihre und Ihrer Frau Gemahlin freundliche Einladung. Gestatten Sie mir, daß ich zu gelegner Zeit mich daran erinnern darf.

Eben las ich den Anfang von Scherenbergs „Waterloo", Jacta est alea, und hatte noch die erste Seite nicht heruntergelesen, da kamen Ihre Zeilen und das Gesetzblatt. Ich habe es, nach Ihrer bestimmten Erklärung, nicht anders erwartet und meinen Herren Collegen gleich gesagt, daß es so kommen werde. Wir treten nun in ein neues Stadium unsrer vaterländischen Geschichte. Gott wolle geben, daß es ein Auferstehungsmorgen sey. Aber verhehlen wir uns nicht, daß unsre nächsten Wege dunkel und ungewiß sind. Die Wahlen werfen den Zunder ins Land, welches bisher ruhig der Entscheidung wartete. Ich vermuthe, daß er brennen wird. Wie dann? Ohne Landtag?! Das kann Niemand wünschen. Ich sehe nur Einen Ausweg, um zu einer unzweifelhaften legalen Grundlage zu gelangen. Das ist der: wir Ausschußdeputirten wenden uns an den Bundestag, und dieser entscheidet rasch ohne Zeitverlust, gegen uns. Dann kann und muß jeder Patriot den neuen Zustand als einen gesetzlichen anerkennen. Bis dahin bleiben unsre Gemüther beklommen, und jeder Tag hat Veranlassung, diesen Zustand zu vergrößern. Nur keine Incompetenzerklärung, denn diese würde die Sache lassen, wie sie ist. Die großen

Eigenschaften des verstorbenen Königs von Hannover haben nach zehn Jahren den Riß geheilt, aber Hannover ist nicht Lippe. Meines Erachtens, und das ist mir das Erfreuliche an dieser Wendung, zwingt der Geist der neuen Verordnung zu einem weitern energischen Brechen mit der Revolution: Eidesgesetz, Schulgesetz, Kirchengesetz u. s. w., und es ist eine große Aufgabe, dem Lande zu zeigen, daß die Reconstituirung der alten Repräsentation nicht das Ziel, sondern der Ausgangspunkt seyn soll.

Wir werden nun noch eine Weile von einander geschieden bleiben in unsern politischen Wegen, da ich als Ausschußdeputirter meine Schuldigkeit thun muß. Niederlegen meines Mandates wäre schimpflich und schmachvoll. Ich muß meine Wege gehn, aber ich werde es, wie ich stets gestrebt habe, mit Maaß und Besonnenheit thun, und nur da und so, wie ich muß, auf dem geordneten Heerwege nach der alten Kaiserstadt. Agitation hasse ich unter aller Form, und Sie werden mich daher, wenn Ihnen in unsrem Lande oder auswärts etwas begegnen sollte, was ihre Farbe trägt, nicht dahinter vermuthen dürfen.

Auf bessere Zeiten und baldiges Wiedersehn!

Brake, am 28. März 1853.

Der Ihrige
Petri.

Antwort Bismarcks.

Lieber Stietencron.

11. 7. 1853.

Herzlich habe ich mich gefreut, nach so langen Jahren einmal wieder in directe Verbindung mit Dir zu treten. Mangel an Zeit, durch Zusammenstoß von Bundesgeschäften und Prinzlichen Reisen veranlaßt, nöthigt mich, sofort in medias res zu gehn.

Wenn ich Sr. Durchlaucht dem Fürsten zu rathen gehabt hätte, so würde ich, nachdem dies im Moment des Regirungsantritts einmal nicht geschehn war, nicht den durchgreifenden Weg eingeschlagen haben. Se. Durchlaucht hat die Verfassung über zwei Jahr lang gehandhabt und dadurch zu einer auch unter der jetzigen Regirung „in anerkannter Wirksamkeit stehenden“, nach dem bundesrechtlichen Ausdruck, werden lassen. Die Continuität des Rechtes ist heut zu Tage viel werth, und es ist bedenklich, die Völker noch mehr als bisher an den Gedanken zu gewöhnen, daß Ein Tag das bestehende Rechtssystem eines Landes entwurzeln und beseitigen kann. Die formelle Rechtmäßigkeit der revolutionären Verfassung in

11. 7. 1853. Lippe kann aber nur mit der exceptio metus angefochten werden, und diese sollte billiger Weise im Fürstenrecht, auch in der Seele Verstorbener, nicht figuriren. Indessen die Angelegenheit ist nicht mehr res integra, Ihr seid einmal nach Husarenart tapfer vorgegangen, und soviel ich dazu thun kann, darf der Bund den Fürsten nicht im Stich lassen. Ich habe schon mit Fischer (von dem ich im Vertrauen gesagt, nicht weiß, ob er grade der Mann ist, schwierige Zustände zu entwirren) darüber gesprochen, ob es nicht am Richtigsten wäre, wenn Se. Durchlaucht der Fürst Sich jetzt Seinerseits ebenfalls an den Bund wendete, mit der Erklärung, den status quo zu belassen, nachdem die Sache einmal beim Bunde anhängig sei, aber nun auch nach Maßgabe des Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 die Herstellung einer mit den Bundespflichten des Fürstenthums verträglichen Verfassung verlangen zu wollen. Vor allen Dingen muß der Fürst Herr seiner Diener sein und im Stande, jeden zu cassiren, der nicht zitternd gehorcht. Das scheint mir das Wichtigste, und eine corrupte Beamtenschaft [ist] viel gefährlicher, als irgend welche salbadernde Kammer. Verlangte Se. Durchlaucht also eine Revision der Verfassung durch den Bund, so würde die Dienstpragmatik der Beamten m. E. in dies Verlangen einzuschließen sein. Der natürliche Erfolg der Petrischen Beschwerde ist das Ersuchen an die Fürstliche Regirung, sich über dieselbe zu äußern. Bei der Gelegenheit läßt sich dann anbringen, was der Landesherr seiner Seits glaubt verlangen zu müssen. Wir haben reichlich ängstliche und sylbenstechende Juristen in der Bundesversammlung, auch Popularitätsjäger, und pure abgewiesen wird die Beschwerde kaum werden. Nach meiner Beurtheilung des wahrscheinlichen Ganges, den die Sache nimmt, und der dabei mitwirkenden Persönlichkeiten in der Bundesversammlung, kann ich nur wiederholt rathen, daß Se. Durchlaucht der Fürst auch auf dem Felde des Bundestages zum Angriff übergeht, am liebsten noch bevor die Regierung zur Replik auf die Beschwerde aufgefordert wird. Dein Urtheil über Petri habe ich nach seinem ersten Besuch bei mir getheilt. Referent in der Sache ist Herr v. Münch, Gesandter für Darmstadt, und nicht ohne Sympathie für ein-

zelne Punkte der Beschwerde. Dagegen hoffe ich auf die Unterstützung von Prokesch, obschon die östreichische Stimme hier mitunter anders lautet als in Wien. Ich selbst halte entschieden zur Sache des Fürsten, wenn auch der eingeschlagne Weg, wie gesagt, nicht der meinige gewesen sein würde. Sieh nur zu, daß der Fürst Sich Hanovers und durch Hanover vielleicht Oldenburgs versichert. Auf Mecklenburg, Holstein, muthmaßlich auch Königreich Sachsen, wird zu zählen sein, auf Kurhessen auch noch, aber [auf] die Süddeutschen und die freien Städte schwerlich. 11. 7. 1853.

Verzeih dieses eilige und confuse Geschreibsel und betrachte dasselbe als nur für Dich bestimmt.

Dein treuer Freund

Fr[ankfurt], 11. July 53. v. Bismarck.

II.

Mein lieber Bismark!

Es macht mir ein besonderes Vergnügen, daß ich eine Veranlassung habe, Dir zu schreiben und damit ein Lebens- und Erinnerungszeichen Dir geben zu können, um so mehr, da Du mir Dein altes freundschaftliches Interesse stets bethätigt hast. Ich wünsche nur auch einmal eine Gelegenheit zu finden, Dir in irgend etwas dienen zu können, um Dir zu zeigen, daß Du keinen undankbaren Schuldner Dir verpflichtet. 29. 9. 1855.

Diesmal ist die nächste Ursache meines Schreibens ein unmittelbarer Auftrag meines gnädigsten Herrn des Fürsten, der eine Angelegenheit Dir vertraulich mitzutheilen mir befohlen und der Deine Ansicht und Deinen Rath in der Sache als maßgebend für seine fernere Entschließung betrachten will. Die Sache ist folgende:

Der Geh. Rath Fischer war, wie Dir bekannt sein wird, in einem besondern Auftrage Serenissimi Ende Juni v. J. nach Frankfurt gesandt und wurde auf einem Abstecher von da nach Coburg und Gotha am letztern Orte inhaftirt und auf Befehl Sr. Hoheit des Herzogs von Coburg wegen Majestätsbeleidigung in Criminal-Untersuchung gezogen, kurz darauf jedoch gegen eine cautio de judicio fisci von 800 Thaler wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Veranlassung zur Reise des Geh. Rath Fischer nach Gotha

29. 9. 1855. war die Absicht, an einer dortigen Feier Theil zu nehmen. Die Majestätsbeleidigung gegen Se. Hoheit den Herzog soll der Geh. Rath sich in einer Schrift für die Gothaische Ritterschaft bei hoher Bundesversammlung haben zu Schulden kommen lassen.

Mein gnädigster Herr fand sich nun persönlich verletzt durch das von dem Herzoge gegen den Geh. Rath Fischer angeordnete Haftverfahren und erkennt darin nicht nur einen Mangel derjenigen Rücksichten, welche Serenissimus von einem verwandten und befreundeten Bundesfürsten glaubte erwarten zu dürfen, sondern ist auch der Meinung, daß, da sich der Geh. Rath Fischer in einer Mission zu Frankfurt derzeit befunden habe, derselbe auch zu Gotha nicht habe verhaftet werden dürfen, vielmehr eine völkerrechtliche Unverletzlichkeit in der Person des Geh. Raths auch dort zu achten gewesen wäre.

Auf eine etwa in dieser Auffassung an Se. Hoheit den Herzog zu Coburg gerichtete Reclamation und geforderte Erklärung, welche Fischer entworfen, ich aber nicht gelesen habe, hat Serenissimus das in Abschrift anliegende Erwiderungsschreiben Sr. Hoheit vom 7. August d. J.[1]) nebst Abschrift eines an den Herzog gerichteten Berichts des Coburger Staatsministerii erhalten, worin letzteres aus den gerichtlichen Erhebungen und Acten nachweist, daß gegen den Geh. Rath Fischer zu Gotha so verfahren sei, wie es die dortigen Gesetze vorgeschrieben und wie es nach den Umständen gerechtfertigt erscheinen müsse.

Serenissimus theilte mir von Gastein aus die Lage der Sache, seine Auffassung sowie seine Absicht mit, eine Beschwerde in dieser Angelegenheit bei der Bundesversammlung gegen den Herzog zu erheben. Ich erlaubte mir, demselben dagegen vorzustellen, daß ich das Benehmen der Coburger gegen den alten Fischer für durchaus nicht fair halte, daß eine Rücksichtslosigkeit auch gegen Se. Durchlaucht nicht verkannt werden dürfe, daß aber eine desfallsige Beschwerde bei hoher Bundesversammlung schwerlich angebracht sein möge, einmal, weil der Geh. Rath Fischer zu Gotha jedenfalls leichtsinnig und nicht unverletzlich gewesen, und zweitens, weil die Bundesversammlung sich nicht competent halten werde, zumal in einer Angelegenheit, wo jede Handhabe fehle. Zugleich habe ich vorgestellt, daß Se. Hoheit in dem Schreiben vom 7. August doch jedenfalls eine das verletzte Gefühl des Fürsten zu befriedigen geeignete Erklärung abgegeben habe, und daß es also besser sein möchte, die Sache nunmehr beruhen zu lassen. Serenissimus hat mir alsdann von Zürich aus befohlen, Dir und dem K. K. Oest-

[1]) Ich habe dasselbe veröffentlicht, Bismarcks Briefe an General L. v. Gerlach S. 353 f.

reichischen Gesandten die Sache mitzutheilen, und will, falls beide Herren Gesandte dazu rathen sollten, die Sache beruhen lassen. 29. 9. 1855.

Da Herr v. Prokesch, wie ich aus den Zeitungen ersehen, jetzt in Paris ist, wo sich augenblicklich mein gnädigster Herr und der Herzog von Coburg auch befinden, so muß ich die Mittheilung der Sache an den K. K. Gesandten einer Zeit vorbehalten, wo sich entweder Herr v. Prokesch wiederum in Frankfurt befinden oder einen Nachfolger erhalten haben wird, bitte Dich aber, dem mir gewordenen höchsten Auftrage gemäß Deine Ansicht darüber mir gütigst mittheilen zu wollen: ob Serenissimus in dieser Angelegenheit und rebus sic stantibus eine Beschwerde bei hoher Bundesversammlung erheben, oder die Sache auf sich beruhen lassen und in dem Schreiben des Herzogs Satisfaction erkennen solle.

Der alte Fischer, nachdem er seine Entlassung aus höhern Rücksichten, die Dir gewiß nicht fremd und wofür Dir Lippia zu Dank verbunden, erhalten, ruhet jetzt von seinen politischen Abentheuern aus und schreibt Tristien über sein Märterthum; er wird hier bald vergessen sein, wenn die Confusion, die er durch seine heillose Sucht zu experimentiren angerichtet hat, durch eine gründliche und vorsichtige Beordnung wieder beseitigt sein wird. Es läßt sich eine solche Ordnung jedoch erst herstellen, wenn Serenissimus zurückgekehrt und für mündliche Vorträge nach dieser Richtung hin sein Ohr leihen wird. Ich habe es unter diesen Umständen für meine Pflicht gehalten, dem Fürsten meine Dienste anzubiethen, um ihn selbst und das Land für [sic] einen neuen Fischer zu bewahren; Serenissimus hat sich auf mein Erbiethen aber noch nicht erklärt, mich aber gebethen, während seiner Abwesenheit den [sic] provisorisch mit den Geschäften betrauten Regierungs-Präsident v. Meier zu assistiren.

Deiner lieben Frau, mein lieber Bismark, bitte ich mich angelegentlichst und gehorsamst zu empfehlen, und trägt mir meine Frau, die durch meine Erzählungen mit Dir und den Deinigen nun schon recht vertraut geworden ist, für Deine Frau und Dich herzliche Grüße auf.

Adieu, mein lieber Bismark.

Stets der Deinige

Schötmar, den 29. Septbr. 1855. J. v. Stietencron.

Bemerkung Bismarcks: resp. 19. 10. 55. Geht nicht! — Vgl. übrigens Bismarcks Brief an General v. Gerlach vom 20. Juli 1855 S. 241 (meiner Ausgabe).



11.

Aus dem Briefwechsel Bismarcks mit Graf Hatzfeldt.

1853—1858.

I.

Paris, den 9. August 1853.

Verehrtester Collegue.

9. 8. 1853. Die freundliche Aufnahme, welche Sie mir im vorigen Herbste in Frankfurt gewährten, und die angenehmen Stunden, welche ich bei Ihnen zubrachte, haben bei mir den natürlichen Wunsch zurückgelassen, daß es bei dieser kurzen Bekanntschaft wo möglich nicht sein Bewenden behalte. Ich sehe aus den Zeitungen, daß Sie oft kleine Excursionen machen; Sie könnten mithin auch einmal nach Paris kommen. Die Reise von Frankfurt hierher ist gar nichts mehr. Wir werden hier am 15ten August großes Volksfest haben, was viele Fremde anzieht. Sie sollten sich entschließen, wenn Sie nicht länger können oder wollen, doch wenigstens auf einige Tage hier herüberzufahren. Ich proponire Ihnen, bei mir zu wohnen. Eine schöne Wohnung kann ich Ihnen zwar nicht anbieten, aber ich denke, Sie nehmen mit dem Vorhandenen vorlieb. Es würde mich freuen, wenn Sie mein Project für ausführbar erachteten. Im Uebrigen bemerke ich, daß, wenn Sie es wollen, Sie sehr gut hierherkommen können, ohne daß irgend Jemand es erfährt und ohne daß Sie hier gesellige Verpflichtungen zu erfüllen haben. Nach der Wendung, welche die Orientalische Angelegenheit jetzt genommen hat, hoffe ich gegen Ende August Paris auf einige Zeit Urlaubsweise verlassen zu können.

Mich Ihrem freundlichen Andenken, verehrtester Collége, bestens empfehlend, zeichne ich mit ausgezeichneter Hochachtung

ganz ergebenst

M. G. v. Hatzfeldt

Rue de Lille No. 78.

Antwort Bismarcks.

Frankfurt, 12. August 1853.

Verehrtester College,

12. 8. 1853. mit dem lebhaftesten Danke habe ich Ihre freundliche Einladung erhalten und hat es mir nicht geringe Ueberwin=

dung gekostet, derselben nicht schon zum 15. Folge zu leisten. 12. 8. 1853.
Leider führt mich eine verabredete Zusammenkunft mit Herrn v. Schele, dem Hanöverschen Minister-Präsidenten, in diesen Tagen nach der Schweiz, wo ich gleichzeitig meine Familie für die Zeit der Bundesferien etabliren will; unmittelbar von dort, etwa den 17., begebe ich mich ins Seebad nach Ostende, welches ich nach Abreise Sr. K. H. des Prinzen von Preußen mit Norderney zu vertauschen beabsichtige, um von dort über Hanover wieder nach der Schweiz zu gehn. Ich kann das mir empfohlne Seebad der Jahreszeit wegen nicht länger hinausschieben; nach demselben aber hoffe ich eine Excursion nach Paris machen zu können, und da unsre Ferien bis zum Anfang November dauern, so habe ich vielleicht die Hoffnung, Sie dann schon wieder dort einheimisch zu finden, falls ich mich im Laufe des October einfinde. Jedenfalls wird es mir eine große Freude sein, dort, oder wenn Ihre Rückkehr in eine spätere Periode fällt, hier wieder mit Ihnen zusammenzutreffen und Ihnen mündlich die Dankbarkeit auszusprechen, mit der ich an Ihren liebenswürdigen Besuch vom vorigen Jahre zurückdenke. Canitz, den Sie damals bei mir trafen, ist soeben nach Turin ernannt, und Perponcher hierher, aber ohne Darmstadt, mit dem wir boudiren. Savigny wird stündlich mit der jungen Frau erwartet. Herr v. Manteuffel geht morgen nach Putbus, und ich denke auch die allerdings noch schwebende ministerielle Krise wird nach dem Beispiel der orientalischen verlaufen. Quehl hat gebeten, als Consul nach Antwerpen oder Kopenhagen geschickt zu werden. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung Ihr

ganz ergebenster

v. Bismarck.

Noch bitte ich, Graf Lynar von mir zu grüßen und ihm zu sagen, daß meine Frau und ich mich sehr freuen würden, ihn in Interlaken oder Vevey zu sehn, wo wir bis Ende September bleiben.

II.

Verehrtester Herr College,

1854. ich höre zu meinem größten Bedauern, daß Graf Lynar schwer erkrankt ist. Halten Sie es meiner und meiner Frau freundschaftlichen Theilnahme für den Patienten zu Gute, wenn ich Sie bitte, mir mit einigen Worten Nachricht von seinem Befinden zu geben und ihm unsre herzlichsten Wünsche für seine Genesung zugehn zu lassen.

In der Politik weiß ich nichts, was nicht schon in den Zeitungen stände. Die Kreuzung von Oberst Manteuffel und Feldzeugmeister Heß scheint an schwerer Geburt zu laboriren trotz aller assistirenden Wehmütter. An den kleinern Höfen ängstigt man sich durchgehends, daß Berlin und Wien sich von Kriegsgelüsten möchten fortreißen lassen. Man wünscht Neutralität und keine Kosten.

Mit der Bitte, der Frau Gräfin meine Ehrerbietung auszudrücken,

der Ihrige

v. Bismarck.

III.

Verehrtester College.

Aug. 1855. Für den Fall, daß es noch Ihre Absicht ist, nach Paris zu kommen, bemerke ich, daß am 15ten August nichts Besonderes loß sein wird, wogegen aber nach dem 18ten August, dem feierlichen Einzugstage der Königin von England, und bis zum 28ten August einige große Festlichkeiten stattfinden werden, die es vielleicht der Mühe lohnen dürfte zu sehen. Wollen Sie diese Feste mitmachen, so würde ich bitten, mir dies baldigst brieflich nach Paris mitzutheilen, indem ich schon aufgefordert bin, die Namen der Fremden, die während dieser Zeit in Paris sein würden, bei Hofe anzuzeigen, indem die Listen vorher angefertigt werden müssen.

Wollen Sie bei mir Rue de Lille No. 78 mit demjenigen vorlieb nehmen, was ich bei der unbequemen Eintheilung des Hotels

bieten kann, so soll es mich freuen. Convenirt es Ihnen, bei mir zu wohnen, so bitte ich mich ungefähr von dem Tage Ihrer Ankunft zu orientiren. Einen Bedienten würde ich in einer andern Etage meines Hauses logiren können. Aug. 1855.

Ich denke spätestens am 12ten d. M. wieder in Paris zu sein.

Mit ausgezeichneter Hochachtung empfehle ich mich Ihrem freundlichem Andenken

ganz ergebenst

M. G. v. Hatzfeldt.

Antwort Bismarcks.

Frankfurt, 12. August 1855.

Verehrtester College

ich hoffe am 17. oder 18. in Paris einzutreffen; sollten mich unvorhergesehne Hindernisse abhalten, am 16., wie es meine Absicht ist, zu reisen, so erlaube ich mir Ihnen nochmals zu schreiben. Mit dem herzlichsten Danke nehme ich Ihr freundliches Anerbieten an, bei Ihnen abzusteigen; und wenn es die beschränkte Schlafstelle ist, die Sie für mich übrig haben, so bleibt es immer eine große Beruhigung zu wissen, daß man sein Haupt sicher niederlegen kann. Alle, die von Paris jetzt kommen, wissen nicht genug von den Schwierigkeiten ihres dortigen Unterkommens zu erzählen, und ihre Räubergeschichten wären geeignet, mich von der ganzen Reise abzuschrecken, wenn ich nicht durch Ihre Güte vor ähnlichen Abentheuern sicher gestellt wäre. Die bevorstehenden Festlichkeiten zu sehn, werde ich mich sehr freuen, insoweit es geschehn kann, ohne Ihre Mühen im Geringsten zu vermehren; denn ich kann mir denken, daß ohnehin in diesen Tagen die Plage der reisenden Landsleute einen für Ihre Zeit und Ihre Ruhe bedenklichen Grad erreichen wird. Um so dankbarer bin ich für die Freundlichkeit, mit der Sie mich auszeichnen. 12. 8. 1855.

In der Hoffnung also, Ihnen den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bald mündlich erneuern zu können, bitte ich mich der Frau Gräfin im Voraus zu Gnaden empfehlen zu wollen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

IV.

Frankfurt, 7. Februar 1856.

Verehrtester Freund und College,

7. 2. 1856. bei der nahen Beziehung, in welcher die Frage unsrer Zuziehung zu den Conferenzen zu dem Inhalt des Beschlusses steht, welchen wir hier auf die heut eingebrachte öſtreichiſche Vorlage faſſen werden, iſt es Ihnen vielleicht nicht ohne Intereſſe, eine directe Nachricht über die Lage der Dinge hier am Bunde zu haben, und unſer gemeinſchaftlicher Chef empfiehlt mir, Ihnen, wenn ich es für erſprießlich hielte, darüber zu ſchreiben. Ich kann meine, von faſt allen meinen deutſchen Collegen getheilte Anſicht über unſre, d. h. des Bundes, Situation hier am Ort, in wenig Worten ausdrücken. Sobald die Theilnahme Preußens an den Verhandlungen der Conferenz geſichert iſt, werden wir einen den öſtreichiſchen Wünſchen entſprechenden Beſchluß ohne Schwierigkeit zu Stande bringen; ſo lange aber jene Theilnahme nicht feſtſteht, werden wir uns auf einen geſchäftsmäßigen Dank an Oeſtreich beſchränken, zu einer amtlichen Aeußerung unſrer Meinung über den Inhalt der Präliminarien und über die Stellung, welche der Bund zu deren Durchführung einnehmen will, aber keine Veranlaſſung haben. Die Motive dieſer Auffaſſung ſind folgende. Es iſt weder für den Bund noch für Preußen ein Unglück, an den Conferenzen keinen Antheil zu nehmen; es würde daraus nichts weiter folgen, als daß die Stipulationen, welche aus denſelben hervorgehn und welche für die Nichttheilnehmer nur von ſecundärem Intereſſe ſein können, der Garantie Preußens und des Bundes entbehren, und daß es während der Conferenzen zweifelhaft bleibt, für welche der ſich etwa ergebenden verſchiednen Auffaſſungen das Gewicht Deutſchlands in die Wagſchale fallen würde. Durch letztern Umſtand kann das Zuſtandekommen des Friedens erſchwert werden; dieſes zu erwägen liegt mehr in dem Intereſſe der kriegführenden Mächte als in dem unſrigen. Wir können es alſo ſehr gut ertragen, außerhalb der Conferenzen zu bleiben, dann aber muß auch

unser Verhalten gegenüber der östreichischen Vorlage am Bunde schon auf diese Eventualität zugeschnitten sein. Unpassend wird unsre Lage erst dann, wenn wir hier am Bunde in unsern offiziellen Noten und Erklärungen eine Haltung annehmen, welche offenbar auf unsre Zuziehung zu den Conferenzen berechnet ist, und uns dann, nachdem wir unsre Concessionen von uns gegeben haben, die Thür doch geschlossen bleibt. Gradezu komisch würde unsre Situation, wenn der Bund, wie Oestreich beabsichtigt, das Vertrauen ausspräche, daß Preußen und Oestreich die Interessen des Bundes wahrnehmen würden, und wir mit diesem Vertrauensvotum in der Tasche vor der verschlossenen Thür ständen. Wenn wir beschließen sollen, die Präliminarien anzunehmen und zu ihrer Aufrechterhaltung mitzuwirken, so müssen wir auch sicher sein, daß wir nicht von der Gelegenheit hierzu ausgeschlossen werden; denn daß unser Beschluß den Character eines effectlos zu den Acten gehenden Gutachtens, einer unfruchtbaren Meinungsäußerung, welche wir gewissermaßen en qualité d'amateur abgeben, behalten sollte, wäre eine Unwürdigkeit, der wir uns nicht aussetzen können. Unsre Entschlüsse aber für den Fall eintretender Ereignisse zu fassen, wenn der Friede etwa nicht zu Stande kommt, dazu ist später immer Zeit, und für den Fall will sich keiner der Bundesstaaten jetzt schon binden, auch Oestreich nicht, welches sich niemals zur Action ohne Preußen und den Bund entschließen wird. Einige der Mittelstaaten hatten zuerst eine besondre Vertretung des Bundes auf den Conferenzen verlangen wollen, wie sie hier jetzt einen Beschluß über die Präliminarien fassen sollten. Nach der dermaligen Lage der Instructionen aber hält die Gesammtheit der Bundesstaaten sich factisch für ausreichend vertreten, wenn Preußen theilnimmt; durch Oestreich allein aber nicht, weil dieses privative, dem übrigen Deutschland nicht eigne Interessen und Verbindlichkeiten bei der Sache hat. Ist daher Preußens Zuziehung verbürgt, so wird sich hier ein Oestreich zufriedenstellender Beschluß leicht herbeiführen lassen, und namentlich unserm Allergnädigsten Herrn wird es dann auf eine Handvoll Noten bei dem Inhalt des Beschlusses nicht ankommen. Im andern

7. 2. 1856.

7. 2. 1856. Falle aber muß die Stellung Deutschlands zu den Präliminarien so unbestimmt bleiben, wie sie jetzt ist, und damit fehlt ohne Zweifel ein nutzbares Element in der Wagschale des Friedens, zumal da Oestreich in letzter Instanz nicht handeln wird, wenn es Deutschland nicht hinter sich hat; das weiß man in Petersburg so gut wie in Wien. Wenn Frankreich den Bemühungen Oestreichs, uns in die Conferenzen hineinzubringen, ernstlich secundirt, so ist kein Zweifel, daß England nachgiebt; bis dies aber geschehn ist, wird hier am Bunde der unentschiedne Zustand fortdauern. Es ist zu leicht, uns, wenn wir hier unsre „Schuldigkeit" gethan haben, mit bedauerndem Achselzucken zu sagen: der Widerstand Englands gegen Euern Eintritt war nicht zu überwinden. Wir brauchen Gewißheit, ehe wir eine Haltung aufgeben, in der wir es noch mit Anstand ertragen können, daß man die Conferenzen ohne uns abhält. Versprechungen guter Dienste und Hoffnungen auf deren Erfolg sind keine Brücken, auf die wir treten können. Der Frau Gräfin lege ich mich in dankbarer Erinnerung an Ihre Güte zu Füßen.

Treu der Ihrige

v. Bismarck.

Antworten Hatzfeldts.

Paris, den 10. Februar 1856.

Verehrter Freund und College.

10. 2. 1856. Schönen Dank für Ihre interessanten Zeilen vom 7. d. M. Heute nur zwei Worte, indem ich mir vorbehalte, Ihnen in den nächsten Tagen mehr zu schreiben durch eine Gelegenheit.

Mit Ihrer Auffassung über die Behandlung der Sache, da, wo Sie zu leiten haben, bin ich ganz einverstanden. — Was die Europäische Sachlage anbetrifft, so spreche ich die Ueberzeugung aus, daß der Friede eigentlich schon gemacht ist, und ich gehöre gerade nicht zu den Leuten, die leichtsinnig hinsprechen.

Ich wünschte wohl, wir könnten etwas zusammen plaudern.

Wenn ich Ihnen mehr schreibe, so nehme ich im Voraus die Erlaubniß in Anspruch zu dictiren, weil mir das selbst-die-Feder-führen sehr schwer fällt.

Freundschaftlich der Ihrige

Hatzfeldt.

Paris, den 13. Februar 1856.

Verehrtester Freund und College.

Ich habe Ihnen vorläufig am 11. d. M.[1]) für Ihre freundlichen Zeilen vom 7. gedankt. Heute will ich mich etwas ausführlicher aussprechen. 13. 2. 1856.

Ueber die Behandlung des östreichischen Antrages am Bundestage bin ich mit Ihnen darin ganz einverstanden, daß Preußen als Deutsche Bundesmacht keine Verpflichtungen eingehen oder Ansichten aussprechen kann, wenn es als Europäische Macht dies nicht thut.

Es versteht sich von selbst also, wenn wir nicht zu den Unterhandlungen zugezogen werden, so übernehmen wir auch als Großmacht in der Zukunft keine Garantieen für die Aufrechterhaltung des Resultates des Friedens; mithin können wir auch als deutsche Macht uns nicht in die Lage setzen, in der Zukunft unsere Truppen als Garanten marschiren lassen zu müssen, wenn wir als Großmacht dann sagen könnten, es ginge uns nichts an. Unsere Zuziehung zu den Conferenzen muß wenigstens unter der Hand fest gesichert sein, bevor wir ein unsere Haltung in der Zukunft nach Oestreichs Wünschen bindendes Votum in Frankfurt abgeben können. Ebenso gewiß muß aber auch andrerseits Oestreich sein, daß, sobald unsere Theilnahme gesichert, wir alsdann auch dafür sorgen werden, daß der Bundesbeschluß, wie Wien ihn wünscht, zu Stande komme. Dieser Ansicht sind auch Sie nach Ihrem Briefe.

Indessen darf Preußen für jetzt in Frankfurt nichts thun, was als Opposition gegen die östreichischen Anträge ausgelegt werden könnte, weil dies sogleich einen üblen Einfluß auf die noch unentschiedene Frage unserer Zuziehung zu den Conferenzen ausüben würde. Mir scheint, daß vorläufig Preußen sich in Frankfurt stets freundlich und anscheinend ziemlich beistimmend zu den Wiener Anträgen äußern muß, jedoch so, daß es sich nicht die Hände bindet und sein schließliches Votum noch drehen kann, wie es will. Dies dürfte mit Hilfe der Geschäftsordnung, welche die Sache etwas in die Länge zu ziehen erlaubt, wohl thunlich sein. Wenn ich Ihren Brief richtig verstanden habe, so ist dies eben auch das Verfahren, welches Sie beobachten wollen.

Nun aber einige Worte über die außerdeutsche, Europäische Sachlage mit Rücksicht auf Preußen. — Sie scheinen von der Idee auszugehen, daß der Friede noch eine sehr unsichere Sache sei. Dies glaube ich nicht, sondern bin überzeugt, daß der Friede eigentlich so gut wie gemacht ist. Es würde zu lang sein, hierfür alle

---

[1]) lies: 10., s. o.

13. 2. 1856. Motive zu entwickeln; nur das möchte ich anführen, daß keines der betheiligten Cabinette, selbst jetzt nicht mehr das englische, mehr daran zweifelt (wenn sie es natürlich auch nicht offen erklären), daß der Friede bestimmt zu Stande kommen wird. Von dieser Auffassung bitte ich Sie also auch bei Ihrer Europäischen Beurtheilung auszugehen. Man braucht Preußen nicht, um jetzt den Frieden zu machen, und wir dürfen daher unseren etwaigen Erklärungen keinen zu großen Werth beilegen und auch nicht befürchten, daß selbige uns besonders compromittiren könnten, im Falle der Krieg fortdauerte, weil er eben nicht fortdauern wird. Die Erfahrung wird lehren, ob ich in dieser Beziehung nicht Recht habe. Gerade, weil aber der Friede jetzt zu Stande kömmt, finde ich, daß ein Ausschließen Preußens von den Conferenzen etwas sehr Nachtheiliges und Bedauerliches sein würde. Staaten wie Privatpersonen leben nicht blos materiell, sondern bedürfen auch eines äußeren Ansehens und einer Achtung ihrer moralischen Würde. Daß Letztere aber beeinträchtigt wird, wenn seine pairs Preußen von der Theilnahme an einem Werke ausschließen, wozu es unter anderen Verhältnissen seit dem Jahre 1815 stets berufen worden wäre, versteht sich von selbst. Wir können noch so viel erklären, daß wir deßhalb keinen Soldaten und keinen Thaler weniger besitzen, so bleibt es dennoch eine moralische Verminderung unseres Ansehens und unserer Stellung in Europa. Dies ist wenigstens meine Ueberzeugung, wobei ich freilich nicht in Abrede stellen will, daß ich einen etwas empfindlichen preußischen Stolz besitze. Ich sollte übrigens glauben, daß Preußen, welches materiell viel schwächer ist als die anderen Großmächte, eben einen ganz besonderen Werth auf alles legen muß, was sein moralisches Ansehen betrifft. Ich behaupte daher, es hat ein sehr großes Interesse für uns, an dem Friedenswerke Theil zu nehmen, und wir müssen daher thun, was die Verhältnisse gestatten, um dies zu erreichen. Selbstredend dürfen wir keine Mittel dazu gebrauchen, die unserer Würde zuwider wären. Was diese aber nicht verbietet, können wir thun.

Die Frage über unsere Betheiligung an den Unterhandlungen scheint mir immer noch eine unentschiedene zu sein. Dies wird jetzt freilich nicht mehr lange dauern können.

Von einer speciellen Vertretung des Bundes bei den Conferenzen scheint mir durchaus keine Rede sein zu können.

Frankreich ist augenblicklich der Hauptfactor, und dies will entschieden den Frieden auf der Grundlage der schon von Rußland bewilligten Bedingungen. Rußland aber wünscht ihn ebenso eifrig, denn sonst hätte es wohl diese Bedingungen nicht gerade in der Art angenommen, wie es geschehen. Das englische Cabinet aber

muß dem französischen Impulse folgen, und dies hat sich auch schon in den letzten Wochen gezeigt. 13. 2. 1856.

Sie werden übrigens sehen, welches komische Steeple-chase in der neuen Friedens-Situation zwischen den Regierungen beginnen wird, um sich möglichst gut mit Frankreich zu stellen. Rußland dürfte sich an diesem Steeple-chase auch recht eifrig betheiligen.

Leben Sie wohl und erhalten [Sie mich] in gutem Andenken.

(Eigenhändig): Freundschaftlich der Ihrige

M. G. v. Hatzfeldt.

Ich höre, daß Rechberg sich seiner persönlichen Beziehungen zu Ihnen sehr belobt. — Dies freut mich, da Sie wohl auch Ihren jetzigen östreichischen Colleguen lieber haben als seinen Vorgänger. Wenn wir jetzt im Frieden etwas mehr Ruhe bekommen, so hoffe ich, daß wir uns im künftigen Sommer irgendwo begegnen.

H.

V.

(Expeditionsvermerk: Praes. Paris 31/3. 57.)

Verehrter Freund und College,

bei Gelegenheit des Osterfestes fällt uns eine Sitzung aus, und ich möchte einen Theil der dadurch frei werdenden 14 Tage zu einer Excursion nach Paris benutzen. Nicht nur wegen Ihrer persönlichen Liebenswürdigkeit, sondern auch, weil ich manches gern mit Ihnen bespräche, liegt mir daran, nicht etwa Tage zu wählen, an denen Sie auf dem Lande oder sonst abwesend sind, und erlaube ich mir deshalb anzufragen, ob Sie in der ganzen Zeit von etwa dem 4. bis 20. April in Paris bleiben oder vielleicht das Fest über fortgehn? Von unserm gemeinschaftlichen Chef habe ich noch keinen Urlaub; sollte er wider Erwarten meinen Plan durchkreuzen, so schreibe ich Ihnen und sehe einstweilen einer baldigen freundlichen Antwort von Ihnen entgegen. 31. 3. 1857.

Mit der Bitte, der Frau Gräfin den Ausdruck meiner Verehrung zu Füßen zu legen,

der Ihrige

v. Bismarck.

Antwort Hatzfeldts.

Paris, den 1. April 1857.

Verehrter Freund.

1.4.1857. In großer Eile zwei Worte, denn ich muß gleich wieder in die Conferenz wegen Neuenburg, wo ich gestern schon beinahe fünf Stunden saß.

Es freut mich unendlich, daß Sie herkommen wollen. Ich gedenke die ganze Zeit vom 4. bis 20. April in Paris zu sein. Es müßte ein ganz außerordentlicher Fall eintreten, um eine Änderung hierin hervorzurufen. Die Aussicht, mit Ihnen plaudern zu können, ist mir sehr angenehm.

Leider kann ich Ihnen nicht proponiren, diesmal bei mir zu wohnen, weil im Gesandtschaftshotel gebaut wird und ich daher selbst allernächstens ausziehen muß.

Also auf baldiges Wiedersehen.

Freundschaftlich

der Ihrige

M. Gr. v. Hatzfeldt.

VI.

Frankfurt, 2. April 1858.

Verehrtester Freund und College,

2.4.1858. ich komme mit einer Bitte, welche gänzlich außerhalb der gesandschaftlichen Geschäfte liegt, und sich im Grunde mehr an die Frau Gräfin als an Sie adressirt; ich wage sie mir nicht direct und ohne Ihre collegialische Befürwortung zu stellen. Am 11. c. ist der Geburtstag meiner Frau, und ich will leichtsinnig genug sein, ihr einen Kaschmir zu schenken. Im vorigen Jahre habe ich recht schöne bei den Compagnies Lyonnaises am Boulevard, nicht weit von der Madeleine gesehn; wenn mein Gedächtniß mich nicht täuscht, so waren achtbar aussehende Tücher dieser Gattung für 12 bis 1500 Franken zu haben. Ihre Frau Gemalin hat stets so viel Gnade für mich gehabt, daß ich mich unterstehe, sie um die gütige Besorgung zu bitten, d. h. nur um die Auswahl und den Ankauf, die

Hersendung besorgt der Kaufmann, und wenn die Frau Gräfin die Cies Lyonnaises patronisirt, so kennt man dort wahrscheinlich meine Adresse noch. Die Bezahlung würde ich auf Rothschild anweisen, sobald ich die Rechnung habe, und sehr dankbar würde ich sein, wenn der Gegenstand bis Sonnabend den 10. c. hier eintreffen könnte. Von Berlin höre ich außer dem Offiziellen nur wenig; Privatbriefe meiner Freunde verrathen eine Erregtheit in doppelter Richtung, einmal eine landtägliche, in Betreff der Rübensteuer, dann eine allgemeine Besorgtheit, daß von Westen her der Friede bald gestört werden könnte. Das Letztre ist mir eigentlich überraschend, denn mir erscheinen die Dinge nicht so bedrohlich. Aber verschiedne Correspondenten in Berlin schreiben mir dasselbe, und es scheint, daß diese Stimmung von dem Agenten einer großen und mit uns eng verbundnen Macht in der Diplomatie und der Presse geflissentlich hervorgerufen und genährt wird. Außerdem giebt es eine Person in Berlin, die sehr viel zur Verschlechterung unsrer Beziehungen mit Paris beiträgt, während das Gegentheil ihre Aufgabe ist. 2. 4. 1858.

Leben Sie wohl, verehrtester Freund, und wenn Ihre Frau Gemalin das Tuch nicht besorgen kann, so erlangen Sie mir wenigstens ihre Verzeihung für meine Zumuthung.

In freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

Wegen der Farben des Kaschmirs bemerke ich noch, daß meine Frau brünett und blaß ist, was Sie vielleicht so genau nicht mehr wissen oder nicht in Anschlag bringen; auf die Größe kommt es wohl nicht an.

VII.

Verehrtester Freund.

Der Adressat der Einlage, Bruder unsres gleichnamigen Landsmannes in Rautenburg, für seine Person aber Russe, hat sich vielleicht bei Ihnen gemeldet, oder Rosenberg weiß, wo er zu finden ist. Der einliegende Brief, eilige Geschäfte 13. 9. 1858.

13. 9. 1858. betreffend, ist mir aus Kurland zur Besorgung geschickt, und ich sende ihn in einigen Abschriften in die Welt, hoffend, daß eine in seine Hände gelangt. Keiserlink[1]) ist zur ärztlichen Behandlung einer lahmen Tochter in diesem Frühjahr nach Paris gegangen, war im Juli noch dort, seitdem verlor ich seine Spur.

Auf der Durchreise durch Berlin fand ich üble Nachricht von dem Befinden unsres allergnädigsten Herrn. Die Minister glaubten nicht mehr an Besserung und waren, wie mir schien, alle bis auf Westphalen entschlossen, die Herstellung einer Regentschaft einzuleiten. Nur über die Fassung der Actenstücke, mit denen die Sache vor das Publikum und den Landtag zu bringen wäre und über das Maß der Mitwirkung des letztern bei dem Uebergange schienen noch Meinungsverschiedenheiten obzuwalten, welche zwischen Sanssouci, dem Prinzen und den Ministern verhandelt wurden und jetzt Manteuffel noch nach Domanze geführt haben. Der alte Landtag sollte zum 16. October zusammentreten, wenns nicht geändert ist, seit ich hier bin.

Wir langweilen uns hier mit dem dänischen Collegen, der uns heut ziemlich dürftige Eröffnungen gemacht hat. Die Minister in Kopenhagen haben die besten Absichten, aber sie fürchten sich bisher noch mehr vor der dortigen Democratie und der Danner als vor dem Bund.

Wenn Keiserlinks Aufenthalt bei Ihrer Gesandschaft nicht bekannt ist, so haben Sie vielleicht die Güte, auf der russischen nachfragen zu lassen. Weiß die auch nichts, so bin ich unschuldig und bitte Sie nur die Belästigung zu verzeihn, der Frau Gräfin aber den Ausdruck der wärmsten Verehrung zu Füßen zu legen.

Der Ihrige

Frankfurt, 13. Sept. 58. v. Bismarck.

---

[1]) Gemeint ist Graf Hermann Keyserling.

12.

Drei Briefe J. L. Motleys an Bismarck.[1])
1855. 1858.

I.

Lucerne, 11 August 1855.

My dear Bismarck.

You need not be alarmed upon receiving this. I am not about to inflict a letter upon you once a week, — but I have been uneasy ever since I left you, from the strong desire to express my sense of the kindness and affection with which you received me in Frankfort. I certainly did suppose that you would have remembered me and our old intimacy, but I had scarcely allowed myself to believe that I should have met as warm a welcome, and found myself as much at home under your roof, as if I had been your brother. You must allow me also to add a word of sincerest thanks to Madame de Bismarck for the frank and friendly hospitality with which she received me at once as an old acquaintance. Pray tell her that her kindness 11.8.1855.

Is registered where every day I turn
The leaf to read it.

---

[1]) Diese drei Briefe fehlen in der Ausgabe der Briefe Motleys; sie bilden eine werthvolle Ergänzung dieser Sammlung, sowohl wegen ihres Inhalts als wegen des Mannes, an den sie gerichtet sind.

Uebersetzung. Luzern, 11. August 1855.

Mein lieber Bismarck.

Du brauchst Dich nicht über den Empfang dieser Zeilen zu beunruhigen. Ich habe nicht vor, wöchentlich einen Brief über Dich zu verhängen, aber ich bin immer, seit ich Dich verließ, von dem ernsten Wunsche gedrängt worden, Dir meinen Dank für die Güte und Liebe auszudrücken, mit der Du mich in Frankfurt aufgenommen hast. Ich hatte wohl vermuthet, daß Du Dich meiner und unsrer alten Freundschaft erinnern würdest, aber ich hatte mir kaum gestattet zu glauben, daß ich einen so warmen Empfang finden würde, und ich befand mich unter Deinem Dach fast eben so heimisch, als wenn ich Dein Bruder gewesen wäre. Du mußt mir erlauben, auch ein Wort des aufrichtigsten Dankes an Frau v. Bismarck hinzuzufügen für die freigebige und freundliche Gastlichkeit, mit der sie mich sogleich wie einen alten Bekannten aufnahm. Sage ihr, bitte, daß ihre Güte eingetragen ist „in einem Buche, das ich täglich durchblättere, um es zu lesen."

11. 8. 1855. Pray present also my most respectful regards to Mr and Mme de Putkammer and to Mlle de Rochow[1]) (if I spell the name right) and don't let the children forget their oncle d'Amérique. I wish I could thoroughly enact that character (the Deus ex machina of every French comedy) and endow them all with boundless fortunes and with the gratification of every wish — but that unluckily is a portion of the role which Providence has not allowed me to sustain.

I suppose Flesh[2]) has left you — if not, you will of course give him my kindest regards and assure him that I shall depend upon finding him at Interlaken, where I expect to be in about ten days — Earthquakes permitting.

We left Berne very soon after my return from Frankfort. — I stumbled upon an Italian Vetturino at the Faucon, who brought us last year from Basel to Vevey, and engaged him to take us to this place. Here we have taken a very pretty little lodgings on the edge of the lake, commanding a very extensive view of the clouds and mist in which the Righi and the rest of the beautiful crags and promontories of the lake seem to be perpetually enshrouded.

---

[1]) Frl. v. Reckow.
[2]) Graf Hermann v. Keyserling.

Ich bitte Dich auch, meine ehrfurchtsvollen Empfehlungen Herrn und Frau v. Puttkamer und Frl. v. Rochow (wenn ich den Namen richtig schreibe) zu vermelden, und sorge dafür, daß die Kinder ihren oncle d'Amérique nicht vergessen. Ich wünschte, diesen Character (den Deus ex machina in jedem französischen Lustspiel) vollkommen darstellen und sie alle mit grenzenlosen Schätzen und mit der Erfüllung jedes Wunsches beglücken zu können, aber das ist unglücklicher Weise ein Theil der Rolle, welchen die Vorsehung mir nicht erlaubt hat zu spielen.

Ich setze voraus, daß Flesch Dich verlassen hat, wenn nicht, so übermittle ihm selbstverständlich meine freundlichsten Grüße und versichere ihm, daß ich mich darauf verlasse, ihn in Interlaken zu treffen, wo ich — wenn das Erdbeben es gestattet — in ungefähr 10 Tagen zu sein hoffe.

Wir verließen Bern sehr bald nach meiner Rückkehr von Frankfurt. Ich stieß zufälliger Weise im „Falken" auf einen italienischen vetturino, der uns letztes Jahr von Basel nach Vevey brachte, und dingte ihn, uns hierher zu fahren. Hier haben wir eine sehr hübsche kleine Wohnung am Rande des Sees gemiethet, die eine weit reichende Aussicht auf die Wolken und Nebel beherrscht, in die der Rigi und die übrigen schönen Klippen und Vorgebirge des Sees beständig verschleiert zu sein scheinen.

Whenever and wherever I enter upon the scene, it is always, instead of "flourish of trumpets," nothing but "thunder and lightning — enter Casca with his sword drawn". We have nothing but lowering clouds and drifting skies. 11. 8. 1855.

"Is there not rain enough in the sweet heavens?" However, having done every thing in my power to show a youthful republican family the scenes of the far famed Tell-ian mythology, I can do no more. The mountains envelop themselves in clouds and mea virtute me involvo — conscious that I have done my utmost to make the love of liberty glow the more brightly in the breasts of three small children. Whenever it stops raining, we shall go to Altorf, where Tell never shot the apple from his son's head — and to Küssnacht to see the sacred spot, where he probably never shot the tyrannical Vogt on his road to the "castle of Gessler", which certainly never belonged to Gessler. — After this has all been satisfactorily accomplished, we shall go to Interlaken, where, thank Heaven, nothing ever did happen, since the world was made.

I hope you will not back out from your promise of corresponding with me. I don't call this a letter and don't expect an answer to it. I shall write to you again one of these days and hope for a reply. It will give me the greatest pleasure to read any thing you may choose to write on the subject of

---

Wann und wo ich immer auf die Bühne trete, so geschieht es immer, statt mit einem „Tusch von Trompeten", nur mit „Donner und Blitz — Casca tritt ein mit gezogenem Schwert —". Wir haben nichts als dunkle Wolken und treibende Nebelmassen.

„Ist hier nicht Regen genug in den lieblichen Himmeln?" Doch, nachdem ich alles, was in meiner Macht steht, gethan habe, um einer jungen Familie von Republikanern die Stätten der weitberühmten Tellsage zu zeigen, so kann ich mehr nicht thun. Die Berge hüllen sich selbst in Wolken und ich mea virtute me involvo, in dem Bewußtsein, mein Aeußerstes gethan zu haben, um die Freiheitsliebe in den Herzen von drei kleinen Kindern zu hellerer Gluth zu entfachen. Wenn es mit Regnen aufhört, werden wir nach Altorf gehen, wo Tell niemals den Apfel von seines Sohnes Haupte schoß, und nach Küßnacht, um die geheiligte Stelle zu sehen, wo er wahrscheinlich niemals den tyrannischen Vogt auf seinem Weg zum Schlosse Geßlers erschoß, das sicher niemals Geßlern gehörte. Ist alles dies zur Genüge gethan, so werden wir nach Interlaken gehen, wo Dank dem Himmel niemals etwas geschehen ist, seit die Welt erschaffen wurde.

Ich hoffe, Du wirst von Deinem Versprechen, mit mir zu correspondiren, nicht zurücktreten. Ich nenne das keinen Brief und erwarte keine Antwort darauf. Ich werde Dir an einem von diesen Tagen wieder schreiben und hoffe dann auf eine Antwort. Es wird mir das größte Vergnügen machen, irgend etwas zu lesen, was Du — ganz nach Deiner

11. 8. 1855. politics — and I live such a secluded life, that I have small opportunity of learning anything from any body. I don't mean learning the news of the day (which in these times of telegraphs are not long a secret from any body) but of deriving information in a broad and general way upon matters which must interest every man who has brains enough to think with. It is not very often that men entrusted with the management of affairs have the sufficient combination of talent, character, courage and acquirement, to qualify them for the posts in which Fortune has placed them. You happen to be a signal exception to the general rule — and moreover honors[1]) have sought you instead of your seeking them. Every thing which you can say to me therefore, would be received with the deepest attention — both as coming from one whose intellect and character I so much respect; and as being views from so different a standpunkt from my own. My own notions of the present and future aspect of political affairs both in America and Europe are not identical with those of any party in either hemisphere. I try to look at things objectively instead of subjectively. If I chose[1]) to return home in time for the next Presidential election and go in tête baissée for democracy and slavery and Cuba and the rights of man in ge-

[1]) Motleys Schreibweise.

Wahl — mir über Politik schreibst. Und ich lebe ein so abgeschlossenes Leben, daß ich nur wenig Gelegenheit habe, von irgend jemand etwas zu erfahren. Ich meine das nicht mit Bezug auf die Tagesneuigkeiten (die in diesen Zeiten des Telegraphen nicht lange vor irgendwem geheim bleiben), sondern im Sinne einer gründlichen Unterweisung in breiter und allgemeiner Form über Dinge, die jeden Menschen interessiren müssen, der Verstand genug hat, mit seinen Gedanken zu folgen. Es geschieht nicht sehr oft, daß Leute, denen die Leitung von Staatsgeschäften anvertraut ist, die genügende Verbindung von Anlagen, Charakter, Muth und Fähigkeit haben, um sie für die Stellungen zu befähigen, in welche Fortuna sie gesetzt hat. Du bist glücklicherweise eine ausgezeichnete Ausnahme von der allgemeinen Regel, und überdem haben die Ehren Dich aufgesucht, anstatt daß Du sie aufgesucht hättest. Alles was Du mir in dieser Hinsicht sagen könntest, würde mit der tiefsten Aufmerksamkeit aufgenommen werden, einmal, weil es von jemand kommt, dessen Verstand und Charakter ich so sehr verehre, und dann, weil es Ansichten sind aus einem von dem meinigen so verschiedenen Standpunkt. Meine eignen Meinungen über die gegenwärtigen und zukünftigen Aspecten der Politik in Amerika und Europa sind nicht übereinstimmend mit denen irgend einer Partei in jeder der beiden Halbkugeln. Ich suche die Dinge objectiv anstatt subjectiv zu betrachten. Wenn ich mich entschließen sollte, rechtzeitig für die nächste Präsidentenwahl nach Hause zurückzukehren und tête baissée für Demokratie und Sklaverei und Cuba und die Menschenrechte im Allgemeinen einzutreten, so glaube ich

neral, I dare say I might arrive at something — but unfortunately this progress off a precipice does not suit my ideas of a healthy policy for my country. I have a very high idea of what America might become under a government of a lofty and enlightened character, but at its present tendencies I look with dismay. The key to our whole policy — foreign and domestic — may be written in six letters — Cotton. To raise more cotton, there must be more land taken in the tropics — more slaves — and to carry out this system, there must be more southern votes in the United States Senate — therefore more slave states. A struggle is already commencing on the Kansas question. It will probably be settled, as those things are always settled — in favor[1]) of slavery. At any rate there must be "bloody noses and cracked crowns", if any issue favorable to freedom is to be hoped for. There are certain symptoms of the parties coming to blows, but I don't think there will any thing come of it. The strength lies too decidedly with the slavery party — although the numerical superiority is with the free states. The combination of the pseudo-aristocracy of the south with the ochlocracy of the north makes an almost superhuman force, and you know very well, that since history began there have never been any such things as 11. 8. 1855.

[1]) Motleys Schreibweise.

wohl, daß ich zu etwas kommen könnte, aber unglücklicherweise paßt dieses Vorschreiten am Rande eines Abgrunds nicht zu meinen Anschauungen von einer für mein Land gesunden Politik. Ich habe einen sehr hohen Begriff von dem, was aus Amerika unter einer Regierung von erhabenem und erleuchtetem Charakter werden könnte, aber auf seine gegenwärtigen Bestrebungen sehe ich mit Bestürzung. Der Schlüssel zu unsrer ganzen Politik — auswärtigen und innern — läßt sich in 6 Buchstaben schreiben — Cotton (Baumwolle). Um mehr Baumwolle zu bauen, deswegen muß mehr Land in den Tropen — mehr Sklaven — gewonnen werden, und um dieses System besser durchzuführen, müssen mehr südliche Stimmen in den Senat der Vereinigten Staaten — deswegen mehr Sklavenstaaten. Ein Streit über die Kansas-Frage hat bereits begonnen. Er wird wahrscheinlich geschlichtet werden, wie Dinge dieser Art immer geschlichtet werden — zu Gunsten der Sklaverei. In gewissem Grade muß es „blutige Nasen und zerschlagene Köpfe" geben, wenn ein der Freiheit günstiger Erfolg davon erhofft werden soll. Es sind gewisse Anzeichen da, daß es zwischen den Parteien zu Schlägen kommt, aber ich denke nicht, daß irgend etwas daraus werden wird. Die Macht liegt zu entschieden auf Seiten der Sklaverei-Partei, obwohl die numerische Ueberlegenheit auf Seiten der Freistaaten ist. Die Verbindung der Pseudo-Aristokratie des Südens mit der Ochlokratie des Nordens giebt eine fast übermenschliche Kraft, und Du weißt sehr gut, daß, seit die Geschichte begann, niemals etwas wie Rechte

11. 8. 1855. rights in the world — there are only forces. One might as well oppose the action of gravitation, or the tendency of water to find its level, or the abhorrence of nature to a vacuum, by the most eloquent ratiocination founded upon impregnable moral principles. "Tis true tis pity — pity tis tis true". Therefore is it that liberty has very lately been defined by one of the most eminent demagogues in America (who has filled almost every office in the gift of the people) as the right to hold slaves. Therefore is it (as I believe) that Russia is destined to slide over and to crush all Europe in the course of a century or two, and America i. e. the United States to occupy all the Western continent from Labrador to beloved Feuerland — and both events I consider infinitely fearful and disastrous ones. Both governments are unlimited ones — the autocracy and the democracy — both are already too large — and one is gravitating towards Constantinople as certainly as the other towards Cuba — and small is the chance of the feeble doctrinaire party in America, founding itself merely upon moral principles, to avert the one catastrophe. On the other subject you are a thousand times better informed and better qualified to judge than I. I quite agree with you, that Prussia and Germany must have two fronts aud be well armed on both, and that the English press and parliament have shown a plentiful lack of wit

---

in der Welt gewesen sind, es giebt da nur Kräfte. Ebenso könnte man dem Gravitationsgesetz oder dem Streben des Wassers, sein Niveau zu finden, oder dem Abscheu der Natur gegen einen leeren Raum sich widersetzen mit der beredtesten Beweisführung, die sich auf unwiderstehliche Moralprinzipien gründet, „'s ist wahr, 's ist schade — schade ist 's, 's ist wahr". Daher kommt es, daß ein sehr hervorragender Demagog in Amerika, der fast jedes Amt bekleidet hat, das das Volk zu vergeben hat, erst kürzlich Freiheit definirt hat als das Recht, Sklaven zu halten. Daher kommt es — wie ich glaube —, daß Rußland bestimmt ist, ganz Europa im Verlauf von einem oder zwei Jahrhunderten zu überfluthen und zu zerdrücken, und daß Amerika, d. h. die Vereinigten Staaten, bestimmt sind, den ganzen Westcontinent von Labrador bis zum geliebten Feuerland in Besitz zu nehmen — und beide Ereignisse halte ich für unendlich gefährlich und unheilvoll. Beide Regierungen sind unumschränkt — die Autokratie ebenso wie die Demokratie —, beide sind schon zu groß, und die eine gravitirt ebenso sicher nach Constantinopel, als die andere nach Cuba, und nur gering sind die Aussichten der schwachen doctrinären Partei in Amerika, die sich rein auf Moralprinzipien stützt, die e i n e Katastrophe abzuwenden. Ueber die andern Fragen bist Du tausend mal besser unterrichtet und befähigter zum Urtheil als ich. Ich stimme ganz mit Dir überein, daß Preußen und Deutschland zwei Fronten haben und auf beiden gut bewaffnet sein müssen, und daß Englands Presse und Parlament einen reichlichen Mangel

in discussing the German policy, but I do wish that you would patch up a peace for them before the winter. I did not mean to say a word upon politics — and no doubt I have made you very impatient. You will perhaps wonder, what I call a letter, if eight pages cannot be termed one. I should like however one of these days to write again and to hear from you. You can instruct me on all European topics — and perhaps, although America is probably not often in your thoughts, you will not object to hearing occasionally of the phenomena presented in that very rapid country. History is mainly a bundle of repetitions from the Pharaohs downward — but you must admit that there have been a few new paradoxes exhibited in the Transatlantic world. My beloved country is always suffering from indigestion. She devours so gluttonously, swallows new laws, new institutions, new territories, new states so fast that there is no chance of her chyme turning to healthy chyle. She is a boa constrictor in a constant dyspepsia.

11. 8. 1855.

I hope to have the good fortune to find you in Frankfort when we pass through there on our way to Paris, but I suppose you hardly know yourself where you are likely to be — nor do we know what our own plans are. If you should happen to wish to write, address aux soins de Mr Fay, Minist. des États-Unis,

---

an Verstand bei Erörterung der deutschen Politik gezeigt haben, aber ich wünsche, daß Du für sie vor Einbruch des Winters einen Frieden zusammenflicken möchtest. Ich beabsichtigte nicht, ein Wort über Politik zu sprechen, und ohne Zweifel habe ich Dich sehr ungeduldig gemacht. Du wirst Dich vielleicht verwundert fragen, was ich einen Brief nenne, wenn 8 Seiten nicht so bezeichnet werden können. Ich möchte aber gleich an einem von diesen Tagen wieder schreiben und von Dir hören. Du kannst mich unterrichten über alle europäischen Fragen — und vielleicht, obschon Amerika wahrscheinlich nicht oft in Deinen Gedanken ist, wirst Du keinen Einspruch erheben, wenn Du gelegentlich von den Erscheinungen hörst, die in diesem sich mit rasender Schnelligkeit entwickelnden Lande uns entgegentreten. Geschichte ist in der Hauptsache ein Bündel von Wiederholungen von den Pharaonen an abwärts, aber Du mußt doch zugeben, daß sich in der Transatlantischen Welt einige neue Paradoxa darstellen. Mein geliebtes Heimathland leidet immer an Indigestionen. Es verschlingt so gefräßig, verschluckt neue Gesetze, neue Einrichtungen, neue Gebiete, neue Staaten so schnell, daß keine Aussicht ist, Chymus in gesunden Chylus umzuwandeln. Sie ist eine an beständiger Dyspepsie leidende boa constrictor.

Ich hoffe, das Glück zu haben, Dich in Frankfurt zu treffen, wenn wir auf unserm Wege nach Paris dort durchkommen, aber ich vermuthe, Du weißt kaum selbst, wo Du wahrscheinlich bist, noch auch wissen wir, was unsre eignen Pläne sind. Solltest Du zufällig den Wunsch haben, zu schreiben, so adressire zu Händen des Mr. Fay, Gesandten der Ver-

11. 8. 1855. Berne, but I repeat that I send this letter gratis, although I need not say how much pleasure it will always give me to hear from you.

My wife desires to unite with me in kindest regards to Madame de Bismarck and yourself. — Kiss your trefoil of pretty children-heads on my behalf. Susie sends her love to Mariechen. Most sincerely and affectionately your friend

J. Lothrop Motley.

II.

London, 15 June 1858.

My dear Bismarck.

15. 6. 1858. This is a letter which I expect you to answer. A former letter, written by me at a remote epoch, you had the ingenuity to discover to be "too good to be answered except upon due deliberation." Accordingly you deliberated until you forgot the matter altogether. This one will not furnish you with the same excuse for indulging yourself in your habitual laziness. — It shall be quite bad enough and quite short enough to deserve an answer. I only write indeed to thank you once more, and Madame de Bismarck, also for the uniform kindness and friendly hospitality, mani-

---

einigten Staaten, Bern, aber ich wiederhole, daß ich diesen Brief gratis sende, obwohl ich nicht zu sagen brauche, wie großes Vergnügen es mir immer machen wird, von Dir zu hören.

Meine Frau wünscht sich mit mir in den freundlichsten Grüßen an Frau v. Bismarck und Dich selbst zu vereinigen. Küsse in meinem Namen Dein Dreiblatt von lieben Kindsköpfen. Susie sendet Mariechen ihre Liebe.

Dein
treuer und ergebener Freund
J. L. Motley.

London, 15. Juni 1858.

Mein lieber Bismarck.

Dies ist ein Brief, den ich von Dir beantwortet zu sehen hoffe. Einen früheren Brief, den ich Dir in einer weiter zurückliegenden Zeit schrieb, hattest Du den Einfall zu gut zu finden, als daß er ohne gebührende Ueberlegung beantwortet werden konnte. Demgemäß überlegtest Du, bis Du die Sache gänzlich vergaßest. Dieser wird Dir nicht dieselbe Entschuldigung geben, wenn Du Dich Deiner gewohnten Trägheit überläßt. Er wird schlecht genug und kurz genug sein, um eine Antwort zu verdienen. Ich schreibe Dir in der That nur, um Dir noch einmal zu danken, und ebenso Frau v. Bismarck, für die gleichmäßige Güte

fested by you both towards a wandering American savage, and to pray you not to forget me and occasionally to let me have the privilege of hearing from you. Many days ago I sent the three volumes of the "Dutch Republic" to the care of Count Bernstorff. I did not call in person, because — as I thought it doubtful whether you had alluded to the subject in any letter to him — he would probably be puzzled to know who I was, or why I called at his house. The book will I trust eventually find its way to your house in Frankfort. That you will ever read it, I think extremely doubtful. I shan't examine you in it, when we next meet; so you may keep your mind entirely at ease, and abandon yourself, without remorse, to the daily "pig-doggeries" of your elevated position. Only — in order to spare my feelings — get some one or other to cut the leaves of the book all through — before the dust settles forever upon it. 15. 6. 1858.

I enjoyed myself extremely during my short visit at Frankfort, and I only hope that I didn't wear out my welcome, as I earnestly desire on some future occasion to make an other appearance at your door. Since I have been in London, I have been much occupied. I work, when I can, among the pig-doggery of the 16th century and read usque ad nauseam [1]) the diplomatic and

[1]) bis zum Ekel.

---

und freundschaftliche Gastlichkeit, die Ihr beide einem wandernden amerikanischen Wilden zu Theil werden ließet, und Dich zu bitten, mich nicht zu vergessen und mir gelegentlich das Vorrecht zu lassen, von Dir zu hören. Vor einiger Zeit sandte ich die 3 Bände der „Niederländischen Republik" zu Händen des Grafen Bernstorff. Ich besuchte ihn nicht in Person, weil — zumal da mir's zweifelhaft däuchte, ob Du in irgend einem Briefe an ihn auf die Person angespielt hättest — er sich wahrscheinlich den Kopf zerbrochen hätte, zu wissen, wer ich wäre oder warum ich in seinem Hause vorspräche. Ich glaube, daß das Buch am Ende seinen Weg zu Deinem Hause in Frankfurt finden wird. Daß Du es jemals lesen wirst, halte ich für äußerst zweifelhaft. Ich werde Dich nicht darin examiniren, wenn wir uns das nächste Mal treffen; so kannst Du Deinen Geist ganz gemächlich und Dich selbst ohne Gewissensbisse den täglichen „Schweins-Schindereien" [1]) Deiner erhabenen Stellung widmen. Nur um meine Gefühle zu schonen, laß durch irgendwen die Blätter des Buchs insgesammt aufschneiden, bevor der Staub für immer sich darauf setzt.

Ich war während meines kurzen Besuchs in Frankfurt äußerst glücklich, und ich hoffe nur, daß ich die freundliche Aufnahme nicht mißbrauchte, da ich ernstlich wünsche, bei einer künftigen Gelegenheit vor Deiner Thüre wieder zu erscheinen. Seit ich in London eingetroffen bin, bin ich sehr beschäftigt gewesen. Ich arbeite, wenn ich kann, in der pig-doggery des 16. Jahrhunderts und lese usque ad nauseam die diplomatischen und

[1]) So übersetzt Motley selbst weiter unten das Wort pig-doggery.

15. 6. 1858. mendacious letters of Leicester, Walsingham, Burleigh and other worthies to their friends in the Netherlands. My time is however a good deal broken in upon, for it is the height of the London season, and a great many people have been so kind as to exercise hospitality towards me. Breakfasts, luncheons, dinners, evening squeezes are without end. I have made the acquaintance of most of the political and literary celebrities of London. Palmerston, Clarendon, Ld John Russell, Macaulay, Brougham, Lyndhurst, Lansdowne, Thackeray, Mrs. Norton and many others, so that my visit has been a very entertaining one. I shall stop a few weeks longer, for my work accumulates daily on my hands, the less time I find to do it in. When I learn this, I go to the Hague, to bury myself in the Archives of that quiet little place, and by the end of the summer I expect to have a great quantity of brick and mortar collected in a very heterogeneous heap, and I shall then begin to think of building my house. I didn't mean to say so much about myself, but I am determined not to talk politics. Had I not made this resolution, I might communicate my opinion to you on the subject of the row between England and America, à propos of the visitation of vessels in the Caribbean-seas — "the still vexed Bermoothes"[1]) of our international politics — I

[1]) From the still vexed Bermoothes (= Bermudes) etc. etc. Shakespeare, Tempest I, 2, 229.

---

verlogenen Briefe von Leicester, Walsingham, Burleigh und andern Biedermännern an ihre Freunde in den Niederlanden. Meine Zeit wird jedoch vielfach unterbrochen, denn es ist die Höhe der Londoner Saison, und sehr viele Leute sind so freundlich gewesen, Gastfreundschaft mir gegenüber zu üben. Frühstücks, Luncheons, Diners, Abendgesellschaften nehmen kein Ende. Ich habe die Bekanntschaft der meisten politischen und literarischen Berühmtheiten von London gemacht, Palmerstons, Clarendons, Lord John Russells, Macaulays, Broughams, Lyndhursts, Lansdownes, Thackerays, der Mrs. Norton und mancher anderer, so daß mein Besuch sehr unterhaltend gewesen ist. Ich werde einige Wochen länger bleiben, denn mein Werk wächst täglich unter meinen Händen, je weniger Zeit ich finde, daran zu arbeiten. Wenn ich dies merke, so gehe ich nach dem Haag, um mich in den Archiven dieses kleinen und ruhigen Platzes zu vergraben, und am Ende des Sommers hoffe ich eine große Masse von Steinen und Mörtel zu einem recht bunten Haufen gesammelt zu haben, und dann werde ich beginnen, an den Bau meines Hauses zu denken. Ich beabsichtigte nicht, so viel über mich selbst zu sprechen, aber ich bin entschlossen, nicht über Politik zu schwatzen. Hätte ich nicht diesen Entschluß gefaßt, so möchte ich Dir meine Meinung über den Streit zwischen England und Amerika mittheilen, à propos des Besuchs von Dampfschiffen im Caraibischen Meere — „den noch immer streitigen Bermudas" unserer

could tell you that the orators in congress on each side, pro- and anti-slavery, vied with each other in hostile demonstration against England, and how the Times which was wont to thunder nothing but annihilation against America, is "roaring as gently as a sucking dove" — I could tell you, how the American newspapers from Maine to California are clamorous for war, and how it is very certain, that there will be no war — and all this you might have learned, as Grumio[1]) says, which shall now remain forever in oblivion, until we all return uninstructed to our graves. 15. 6. 1858.

I had a note from Flesh, a few days ago. He has decided to remain a couple of months in Paris, and the Doctor speaks encouragingly of Wanda's lameness. — I am going to answer him to-morrow. Please let me have a line from you. A brief note like this is easily answered, and I am anxious to hear from you. Pray present my most sincere regards, thanks and good wishes to your wife.

Believe me most affectionately

Your old friend

J. L. Motley.

Greet Mariechen and the boys from their American uncle.

[1]) Diener Petrucchios in der „Zähmung der Widerspenstigen".

internationalen Politik —, ich könnte Dir erzählen, daß die Redner im Congreß auf beiden Seiten — für und gegen die Sklaverei — einander überboten in feindseligen Kundgebungen gegen England, und wie die „Times", die gewohnt war, nichts als Vernichtung gegen Amerika zu donnern, „so sanft zankt wie ein trinkendes Täubchen", — ich könnte Dir erzählen, wie die amerikanischen Zeitungen von Maine bis California nach Krieg schreien, und wie es ganz sicher ist, daß es keinen Krieg geben wird — und alles das hättest Du erfahren, wie Grumio sagt, was jetzt für immer in Vergessenheit bleiben wird, bis wir alle unwissend zu unsern Gräbern heimkehren.

Ich bekam vor wenig Tagen eine Nachricht von Flesch. Er hat beschlossen, ein paar Monate in Paris zu bleiben, und der Doctor spricht sich ermuthigend über Wandas Lahmheit aus. Ich beabsichtige, ihm morgen zu antworten. Bitte, laß mir eine Zeile von Deiner Hand zugehen. Ein kurzer Brief wie dieser ist leicht beantwortet, und ich bin begierig, etwas von Dir zu hören. Bitte, übermittele Deiner Frau meine aufrichtigsten Empfehlungen, meinen Dank und meine guten Wünsche.

Halte mich in herzlicher Zuneigung für

Deinen alten Freund

J. L. Motley.

Grüße Mariechen und die Jungen von ihrem amerikanischen Onkel.

III.

The Hague, 11 Sept. 1858.

My dear Bismarck,

11. 9. 1858. I have just been reading your letter over again, which I received in London. Its date, horresco referens, is 20 June. It is obvious that I am as bad a correspondent as you proclaim yourself to be. I have also excuses enough, having created for myself a private pig-doggery of the 16th and 17th Centuries, where I have as many diplomatic letters to read and analyze and comment upon, per diem, as you can possibly have in your Gesandschafts-Bureau. It is great fun to see, how the world, as Falstaff observes very correctly, is always given to lying, and nothing is more instructive than to compare English, Spanish and Dutch despatches, written on the same day on the same subject. Probably depuis que le monde est monde (as Henry IV used to say) there were never so many lies crowded into one year than for example the year 1588, the famous Armada year. — However I didn't sit down to send you an unpublished chapter of a future work, having given you quite enough to do for the remainder of the century in the big volumes already sent. I beg to say too that I never expected you to read it, what with the schweinsschinderei and the abendsunterhaltung mit musik and dampfnudeln,

---

Haag, 11. September 1858.

Mein lieber Bismarck.

Ich habe soeben Deinen Brief noch einmal durchgelesen, den ich in London empfing. Er trägt das Datum — horresco referens — des 20. Juni. Es ist klar, daß ich ein ebenso schlechter Briefschreiber bin, als Du selbst zu sein erklärst. Ich habe auch Entschuldigungen genug, indem ich mir eine private aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammende pig-doggery geschaffen habe, wo ich vielleicht ebensoviel diplomatische Briefe zu lesen und zu analysiren und zu commentiren habe, per diem, als Du in Deinem Gesandtschaftsbüreau. Es ist ein großer Spaß zu sehen, wie die Welt — wie Falstaff sehr richtig bemerkt — sich immer der Lüge überläßt, und nichts ist lehrreicher, als englische, spanische und niederländische Depeschen zu vergleichen, die am gleichen Tage über den gleichen Gegenstand geschrieben sind. Wahrscheinlich, depuis que le monde est monde (wie Heinrich IV. zu sagen pflegte), sind niemals so viele Lügen in ein Jahr zusammengestopft worden, wie z. B. in das Jahr 1588 — das berüchtigte Armada-Jahr. Doch setzte ich mich nicht hin, um Dir ein unveröffentlichtes Kapitel eines zukünftigen Werkes zu senden, nachdem ich Dir in den kürzlich gesendeten dicken Bänden für den Rest des Jahrhunderts gerade genug zu thun gegeben habe. Ich bitte noch hinzufügen zu dürfen, daß ich nie erwartete, daß Du sie lesen wirst, theils wegen der „Schweinsschinderei“, theils wegen der „Abendsunterhaltung mit Musik und Dampfnudeln“, welche Deine Stellung

which your position inflicts upon you. You have enough to do without burying yourself in the musty past, even for the sake of so old and sincere a friend as I am. 11. 9. 1858.

The object of this notule is to say, that I am starting to-morrow from this place on my way to Suitzerland, where I am to take up my family on my back and early in october carry them all to Italy. Before accomplishing this feat, I wish very much to pass a day with you, if you are to be at Frankfort this coming week. I expect to reach Mayence Tuesday night — and I shall go to the post office there and ask for a letter directed to Mr. J. L. M. poste restante. This will be from you, and I shall come Wednesday morning by an early train to Frankfort — to breakfast and to dine with you. — In your letter you say that I shall find you from July to October in Frankfort. A lady who sat next me at dinner the other day at the English minister's here and who claimed the honor of your acquaintance (a certain Mdme du Jardin) said that you were perpetually at Baden-Baden. Thus in the absence of your family I regret to perceive that you have thrown off every restraint and have plunged into reckless dissipation, letting eine allerhöchste pig-doggery go to destruction.

Whilom in Frankfort's town did dwell a youth
Who ne in virtue's ways did take delight,
But spent his days in riot most uncouth
And vexed with mirth the drowsy ear of night. [Byron.]

über Dich verhängt. Du hast genug zu thun, auch ohne Dich in die müssige Vergangenheit zu vergraben, selbst um eines so alten Freundes willen, wie ich bin.

Der Zweck dieses Briefchens ist, Dir mitzutheilen, daß ich morgen von hier nach der Schweiz abzufahren gedenke, wo ich meine Familie auf meinen Rücken nehmen will, um sie alle zu Anfang October nach Italien zu bringen. Bevor ich diese That ausführe, möchte ich sehr gern einen Tag mit Dir verleben, wenn Du in der nächsten Woche in Frankfurt sein solltest. Ich hoffe Mainz Dienstag Nacht zu erreichen, und ich werde mich dort nach der Post begeben und nach einem an J. L. M. gerichteten poste restante-Brief fragen. Der wird von Dir sein, und ich werde Mittwoch Morgen mit einem Frühzug nach Frankfurt kommen, um mit Dir zu frühstücken und zu essen. In Deinem Briefe sagst Du, daß ich Dich vom Juli bis zum October in Frankfurt finden würde. Eine Dame, die neulich bei einem Diner im Hause des englischen Gesandten hier neben mir saß und die Ehre Deiner Bekanntschaft in Anspruch nahm (eine gewisse Mdme du Jardin), sagte, daß Du beständig in Baden-Baden wärest. Ich bemerke mit Bedauern, daß Du also in Abwesenheit Deiner Familie jeden Zwang abgeworfen und Dich in sorglose Ausschweifung gestürzt hast, indem Du eine allerhöchste pig-doggery zu Grunde gehen läßt. „Vormals wohnte in Frankfurt ein Jüngling, der nie Vergnügen fand am Pfad der Tugend, sondern seine Tage in wildem Saus verbrachte und mit Ausgelassenheit das schlaftrunkene Ohr der Nacht belästigte."

11. 9. 1858. I shall be very much disappointed if this letter doesn't reach you in time. I ought to have given you earlier[1]) notice, but I made up my mind very suddenly. Nevertheless as it leaves the day before I leave, and goes direct, it ought to catch you even at Baden-Baden. Pray telegraph if necessary poste restante Mayence. I will not leave that place, unverrichteter Sache, before Wednesday night (15th). I regret most deeply that there is no chance of my seeing Madame, as you tell me that she is to be absent with the children all summer. Pray give her my kindest regards when you write, and say that I still hope to have the pleasure of seeing her again next year. Where is Flesh? He wrote to me in May and I answered in August. Since then he hasn't written. He can't have gone back to Terra del Fuego certainly. Could n't you telegraph him into Frankfort? I should so like to meet him once more. Remember poste restante Mayence! Meantime I remain

most affectionately

Your friend

J. L. Motley.

[1]) Dieses Wort verlangt der Sinn, Motley hat an Stelle eines Wortes einen unleserlichen Schnörkel gesetzt.



Ich würde sehr betrübt sein, wenn dieser Brief Dich nicht rechtzeitig erreichen sollte. Ich hätte Dir schon früher Nachricht geben sollen, aber ich faßte meinen Entschluß ganz plötzlich. Nichtsdestoweniger, da der Brief einen Tag, bevor ich aufbreche, abgeht und direct geht, so muß er Dich noch in Baden-Baden erreichen. Bitte, telegraphire, wenn nöthig, poste restante Mainz. Ich werde diesen Platz nicht „unverrichteter Sache" vor Mittwoch Nacht (15.) verlassen. Ich bedauere tief, daß ich keine Möglichkeit habe, Deine Frau zu sehen, da Du mir mittheilst, daß sie den ganzen Sommer über mit den Kindern abwesend sein wird. Melde ihr, bitte, meine freundlichsten Empfehlungen, wenn Du schreibst, und sage ihr, daß ich noch immer das Vergnügen zu haben hoffe, sie nächstes Jahr wiederzusehen. Wo ist Flesch? Er schrieb mir im Mai, und ich antwortete ihm im August. Seitdem hat er nicht geschrieben. Er kann doch gewiß nicht nach Terra del Fuego (Feuerland) zurückgegangen sein. Kannst Du ihn nicht telegraphisch nach Frankfurt rufen? Ich würde so gern noch einmal mit ihm zusammentreffen. Vergiß nicht: poste restante Mainz! Einstweilen verbleibe ich

treulichst

Dein Freund

J. L. Motley.

13.

Ein Schreiben Bismarcks an Minister v. d. Heydt.

1856.

Frankfurt, 20. Mai 1856.

Ew. Excellenz.

... Bisher schien die Linie über Daber festzustehn. 20. 5. 1856.
Nach den Erklärungen des Oberpräsidiums, nach den Beschlüssen der Berlin-Stettiner Gesellschaft war man berechtigt daran zu glauben, und bedeutende Chausseebauten in der Richtung auf Daber und Massow waren von den betheiligten Kreisen bereits in Aussicht genommen. Erst in diesen Tagen erfahre ich gerüchtweise, daß die Hoffnungen, welche sich an den Bau über Daber knüpfen, Gefahr laufen, durch Ew. Excellenz entscheidendes Votum vernichtet zu werden. Da es sich dabei um die Interessen eines Landstriches handelt, dessen Verhältnisse ich durch langjährigen Aufenthalt genau kenne, und für welchen ich dem Herrenhause angehöre, so wollen Ew. Excellenz mich nicht für unberufen ansehn, wenn ich für denselben das Wort nehme.

Die nördlichere Linie über Daber entspricht den Bedürfnissen eines beträchtlich größern und besser bevölkerten Districtes, welcher die Gegend um Massow, Naugard, Greifenberg, Plathe und Daber umfaßt, also die östliche Hälfte des Naugarder, die nordwestlichen Theile des Regenwalder, die südlichen des Caminer und Greifenberger Kreises. Es sind dieß Gegenden, welche bisher von Eisenbahnen nicht berührt werden, auch voraussichtlich in der Zukunft nicht, für deren Verkehrsfähigkeit aber die Chausseen sprechen, welche schon jetzt zum Anschluß in Daber und Massow von Plathe, Naugard und Gollnow aus projectirt waren. Auch diese Chausseen werden fallen, wenn Massow und Daber nicht Bahnhöfe werden; die Gegend nördlich von Daber ist fruchtbar und besonders an exportirenden Rittergütern reich, deren Production allein in

20. 5. 1856. jener Gegend einen rentirenden Gütertransport begründen kann. Daber würde für den Eisenbahnverkehr ein ungleich bedeutenderer und einträglicherer Stations- und Anschlußort werden, als Freienwalde. Eine Station an letzterem Orte hat nur für den kleinen Kreis der allernächsten Umgegend dieses Städtchens Interesse; denn schon für die Gegend von Jacobshagen und alles, was südlicher ist, bleiben die bisherigen Anschlußorte Stargard und andre Stationen der Stargard-Posener Bahn die natürlichen, und schon der Bezirk von Wangerin hat seinen Anschluß bei Runow ebenso leicht an die Linie über Daber wie an die Freienwalder. Bei Erbauung der letztern würden also zu Gunsten der Wünsche weniger Nachbarn von Freienwalde die Interessen eines vergleichungsweise ausgedehnten Landstriches geopfert; die Eisenbahnlinie würde, gleich dem mit ihr zusammenfallenden Chausseezuge, allein den Vortheil des schon mit zwei Eisenbahnen ausgestatteten Saziger Kreises auf Kosten der nördlichen Nachbarn desselben wahrnehmen, und die Gegend von Massow und Daber, eine der kornreichsten der Provinz, würde nach wie vor auch der Chausseeverbindung entbehren; denn bei Freienwalde ist ein Anschluß vom Norden nicht möglich. Wenn auch der Naugarder Kreis die von ihm beabsichtigten Chausseebauten von Plathe und Naugard nach Daber über letztres hinaus auf dem Territorium des Saziger Kreises bis nach Freienwalde verlängern wollte, so würde man doch auch dann noch von Plathe und Naugard auf der Stettiner Chaussee eher bis Gollnow oder Hornkrug als bis Freienwalde gelangen und deßhalb gegen die bisherige Verkehrsrichtung nichts gewinnen.

Bei der Fürsorge, welche Ew. Excellenz jederzeit den allgemeinen und größern Interessen gegenüber denjenigen Einzelner angedeihn lassen, darf ich mich und mit mir meine Kreisgenossen, der Hoffnung hingeben, daß unsre Wünsche eine wohlwollende Prüfung finden werden. Alsdann zweifle ich nicht, daß dieselbe die überwiegenden Vortheile herausstellen wird, welche der Provinz sowohl wie der Rentabilität der Bahn aus der Wahl der Richtung über Daber erwachsen würden.

Ich bemerke dabei, daß diese Wünsche, welche ich mir zu vertreten erlaube, sich auch von andrer Seite lauter und entschiedner geltend machen würden, wenn nicht in dem Greifenberger und den betheiligten Districten des Caminer Kreises die pessimistische Berechnung vorherrschte, daß bei einer südlichern Lage der Stargard-Belgarder Linie ein zukünftiger directer Bau von Damm über Gollnow nach Greifenberg einer- und nach Swinemünde andrerseits an Chance gewinne. Sobald man sieht, daß diese Pläne illusorisch bleiben, wird man sich bitter genug beklagen, und es steht ohne Zweifel eine lebhafte Agitation für jene Sache noch dem Caminer-Greifenberger Kreise bevor. . . . 20. 5. 1856.

v. Bismarck.

Antwort des Ministers.

Mit Bezug auf das gefällige Schreiben vom 20. Mai d. J., in welchem Ew. Hochwohlgeboren die Führung der Stargard-Cösliner Eisenbahn über Daber befürworten, benachrichtige ich Sie ergebenst, daß diese Richtung aus überwiegenden Gründen hat aufgegeben werden müssen. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß die Führung über Daber gegen die gerade Linie über Freienwalde einen Umweg von 1620 Ruthen oder mehr als $^{3}/_{4}$ Meilen zur Folge haben und außerdem für den Verkehr von Stettin her die Anlage einer sogenannten Kopfstation bei Stargard unvermeidlich machen würde. Da nun schon in Stettin eine Kopfstation vorhanden ist, so würde die künftige zweite Schienenverbindung nach dem Osten auf der kurzen Strecke von 5 Meilen zweimal den mit einer solchen Station verbundenen erheblichen Nachtheilen für den Betrieb und einem Zeitverluste bei Weiterbeförderung der Transporte unterliegen, welcher auf eine Fahrzeit von etwa zwei Meilen anzuschlagen ist. Aus diesen Rücksichten, welche um so gewichtiger erscheinen, da namentlich auch im militärischen Interesse die Fortsetzung der Bahn nach Danzig in Aussicht zu nehmen ist und damit die Bahn die Bedeutung einer großen Handels- und Militärstraße erlangen würde, hat bei der schließlichen Erwägung von der Linie über Daber abgesehen und der Richtung über Freienwalde der 28. 7. 1856.

28. 7. 1856. Vorzug gegeben werden müssen, welche denn auch durch Allerhöchsten Erlaß vom 9. d. M. die landesherrliche Sanction erhalten hat.

Berlin, den 28ten Juli 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
In Vertretung:
Pommer-Esche.

An den Kgl. Geh. Legationsrath und
Gesandten beim Bundestage
Herrn v. Bismarck-Schönhausen
Hochwohlgeboren
II 6185 Cito. zu Frankfurt. Fr.

14.

Schreiben des Grafen v. Waldersee an Bismarck nebst Bismarcks Antwort.

1856.

Hochverehrtester Freund und Gönner!

7. 6. 1856. Der General von Gerlach hat mir Ew. Hochwohlgeboren Schreiben mitgetheilt, worin Dieselben neben anderen, mir schon auf amtlichem Wege bekannt gewordenen Beschwerden gegen unser Gouvernement in Luxemburg auch den Umstand anführen, daß sich von dort aus verschiedentlich direkt an den Grafen Rechberg und den General Schmerling gewendet worden sei.[1]) Ich glaube, voraussetzen zu können, daß hiermit nicht der gewöhnliche officielle Verkehr des Bundes-Gouvernements mit den Bundes-Behörden gemeint ist, sondern daß Ew. Hochwohlgeboren damit eine vertrauliche Korrespondenz Seitens der diesseitigen Generale mit jenen Organen der Kaiserlichen Regierung haben bezeichnen wollen. Da ich mich in diesem Falle für verpflichtet erachten müßte, einem solchen unzulässigen Verfahren in geeigneter Weise entgegenzutreten, so würden Ew. Hochwohlgeboren mich zu ergebenstem Danke verbinden, wenn Dieselben die Gewogenheit hätten, mir, soviel es möglich und thunlich ist, etwas Näheres

[1]) S. Bismarcks Briefe an General L. v. Gerlach, herausgegeben von H. Kohl S. 297.

über die gedachte Korrespondenz mitzutheilen. Insbesondere würde es von Wichtigkeit für mich sein: zu wissen, ob diese Korrespondenz von Seiten des Generals v. Wedell oder seiner rechten Hand: des Generals v. Olberg, oder etwa auch von Beiden ausgegangen? — ferner: welche Angelegenheiten dieselbe betroffen, und zu welchem Zeitpunkte sie stattgefunden hat? Auch erlaube ich mir, Ew. Hochwohlgeboren ergebenst zu ersuchen, sich geneigtest darüber aussprechen zu wollen, ob Dieselben mich autorisiren, bei der etwaigen Verfolgung der Angelegenheit, namentlich auch Sr. Majestät dem Könige gegenüber, mich nöthigenfalls auf meine Quelle zu berufen. 7. 6. 1856.

Entschuldigen Ew. Hochwohlgeboren gütigst, daß ich Dieselben mit diesen Anfragen belästige; da es jedoch im Interesse des Allerhöchsten Dienstes geschieht, so hoffe ich auf Dero gütige Nachsicht. Meinerseits hat der an sich zwar nicht eben erfreuliche Anlaß mir eine erwünschte Gelegenheit dargeboten, einmal wieder in nähere Relation mit Ew. Hochwohlgeboren zu treten und mir hierdurch den Frankfurter Aufenthalt zurückzurufen, der mir insbesondere auch durch die Verhältnisse zu Ew. Hochwohlgeboren stets eine angenehme Rückerinnerung gewährt.

Mit der ergebensten Bitte, Ihrer hochverehrten Frau Gemahlin meine gehorsamsten Empfehlungen zu Füßen legen zu wollen und mir ein freundliches Andenken zu bewahren, verharre ich hochachtungsvollst

Ew. Hochwohlgeboren

Berlin, den 7ten Juni 1856.

ganz ergebenster
Graf Waldersee.

Antwort Bismarcks.

Frankfurt, 11. 6. 56.

Ew. Excellenz

geneigtes Schreiben vom 7. habe ich erst gestern empfangen und beeile mich zu erwidern, daß meine gegen den General v. Gerlach ausgesprochnen Klagen über das Verfahren des Luxemburger Gouvernements allerdings nur auf den offiziellen Verkehr dieser Behörde mit dem Präsidium der Bundes-Militär-Commission Bezug hatten. Daß ein vertraulicher außerdem gepflogen, ist mir nicht bekannt und würde bei der Verschwiegenheit des Obristen Rzikowsky, der der Träger der Correspondenz gewesen, sich schwer constatiren lassen. Die Patres Redemptoristen, welche mit der Festungsbehörde das von unserm 11. 6. 1856.

11. 6. 1856. Gouvernement befürwortete Geschäft machen wollen, haben regelmäßig unerlaubte Mittheilungen über den Gang der Verhandlungen in der Militär-Commission erhalten; vermuthlich durch die Bevollmächtigten von Oestreich und Baiern. Der offizielle Verkehr derjenigen östreichischen, bairischen, würtembergischen, badischen Militärs, welche in Bundesfestungen commandiren, oder sonst Veranlassung zur Correspondenz mit dem Bunde haben, wird jederzeit in der Art betrieben, daß diese Herrn nichts an das Präsidium der Bundes-Versammlung oder der Militär-Commission, noch an die östreichischen Agenten gelangen lassen, ohne sich des Einverständnisses der eignen Regirung und deren Vertreters in Frankfurt vorher zu versichern und in streitigen Fragen dieser Regirung die Entscheidung zwischen der Ansicht ihres Militärbevollmächtigten und des von ihr eingesetzten Gouverneurs oder Commandanten zu überlassen, bevor sie ihre Anträge direct an das östreichische Präsidium richten. Nur bei uns kommt es vor, daß die Berichte und Anträge eines preußischen Gouvernements dem östreichischen Militärbevollmächtigten und Präsidium früher bekannt werden als deren preußischem Collegen, und daß sogar die Militär-Commission durch das Organ des östreichischen Vorsitzenden von dem preußischen Gouvernement zur Entscheidung seiner Meinungsdifferenz mit dem preußischen Militärbevollmächtigten angerufen wird, anstatt solche durch Entscheidung des preußischen Ministeriums ausgleichen zu lassen und demnächst vor der Militär-Commission an gleichem Strange zu ziehn.

Ueber diese Art des Geschäftsbetriebs muß ich Klage führen; denn der Vortheil, Luxemburg zu gouverniren, verliert für die Friedenszeit allen Werth, wenn unser Gouverneur sich lediglich als Bundesbeamten ansieht und mit Baiern und Oestreich zusammen gegen den Vertreter Preußens in der Militär-Commission Front macht. Die spezielle Veranlassung meines Briefes an Gerlach war ein während Reitzensteins Abwesenheit von dem Gouvernement an die Militär-Commission gerichtetes und gegen den auf preußischen Antrag gefaßten Beschluß remonstrirender Bericht, von dem Twardowsky durch

die Gefälligkeit Schmerlings Kenntniß erhielt, bevor er zur amtlichen Verhandlung gebracht wurde. 11. 6. 1856.

In der Hoffnung, Ew. Excellenz bei meiner demnächstigen Ferienreise meine Aufwartung machen zu können, 2c. 2c.

v. Bismarck.

15.

Eine Beschwerde Bismarcks gegen die Rheinischen Dampfschifffahrtsgesellschaften.

1856.

Mit Bezugnahme auf das sehr gefällige Schreiben vom 27ten Juny[1]) cr. beehre ich mich Ew. Hochwohlgeboren die Entschuldigung der Directionen der Cölner und Düsseldorfer Dampfschifffahrts-Gesellschaften wegen der beschleunigten Abfahrt des Dampfbootes „Graf von Paris" von Biebrich am 22ten Juni cr. Mittags 12 Uhr 45 Minuten zur geneigten Kenntnißnahme abschriftlich ganz ergebenst mitzutheilen. 4. 8. 1856.

Coblenz, den 4ten August 1856.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
H. v. Kleist-Retzow.

An den Kgl. Preußischen Bundestags-Gesandten
Herrn von Bismark
Hochwohlgeboren
zur Zeit
in
Stolpmünde.

No. 1357.

Abschrift.

Cöln und Düsseldorf, den 1. August 1856.

Auf Ew. Hochwohlgeboren geneigte Mittheilung vom 1ten v. M., deren Anlage wir gehorsamst hier wieder beifügen, haben wir alle den fraglichen Vorfall berührende Umstände einer eingehenden Unter-

[1]) Eine Abschrift desselben hat sich noch nicht gefunden; der Gegenstand der Beschwerde geht aus den mitgetheilten Stücken selbst hervor.

4. 8. 1856. suchung unterworfen, deren Resultat wir in Nachstehendem zusammenzufassen uns erlauben.

Den aus Frankfurt kommenden und auf den Rhein übergehenden Reisenden boten wir seither, wie auch unsere diesjährigen großen Fahrpläne wiederum nachweisen, nur in Castel einen regelmäßigen und gesicherten Anschluß. Seit vielen Jahren ist das reisende Publikum daran gewöhnt, so daß wir bisher keine Veranlassung finden konnten, in Biebrich nochmals an denselben Zug anzuschließen resp. auf ihn zu warten, und beförderten wir alle mit diesem Zuge in Biebrich eintreffenden Personen nur dann, wenn ersterer zufällig so frühzeitig eingetroffen war, daß letztere ohne Zeitaufwand von uns aufgenommen werden konnten.

Eine „amtliche" Versicherung der Eisenbahn-Behörde zu Frankfurt macht selbstverständlich keinen Anspruch auf Autorität, wenn die Auskunft nicht den Dienst der selbstverwalteten Bahn betrifft.

Aus diesen Gründen würde Herr v. Bismark am 22ten Juni cr. den in der fraglichen Tour fahrenden „Graf von Paris" in Biebrich überhaupt nicht mehr angetroffen haben, wenn dieser nicht, da das Bergboot von Coblenz bereits eingetroffen und an der uns zugehörigen Landebrücke mit Ausladen beschäftigt war, ausnahmsweise aufdrehen und mit Zeitaufwand an die weiter oberhalb, der Eisenbahnstation gegenüberliegende Landebrücke der Niederländischen Gesellschaft hätte anlegen müssen; woraus erhellt, daß das Einschreibe-Büreau, welches Herr v. Bismark dasjenige der Kölnischen Gesellschaft nennt und welches er leer fand, das Büreau der Kölnischen Gesellschaft nicht war.

Über den Vorfall selbst rechtfertigt sich der Agent Brenner in Biebrich insofern, als er auf Pflicht und Gewissen aussagt, „daß in dem Augenblicke, als Herr von Bismark ohne Damen und ohne Gepäck (resp. die noch nicht in Sicht waren) vom Bahnhofsgebäude auf die Niederländische Landestelle zugegangen sei, auf „Graf von Paris" sämmtliche einsteigende Passagiere ordnungsmäßig aufgenommen gewesen seien, und daß der Capitain das Vorderschiff zum Abfahren bereits gewendet, während Herr von Bismark in der Meinung gewesen zu sein schiene, das Schiff wolle erst anlegen." — Hieraus erklärt sich auch der Irrthum, als habe „Graf von Paris" nur 30 Secunden an der Brücke gelegen, während er in Wirklichkeit mindestens 5 Minuten lang zum Landen verwendet hat. —

Unter diesen Umständen und nach den allgemeinen Instructionen, die wir bezüglich der möglichst schnellen Beförderung der Passagiere an die Agenten ertheilt haben, durfte „Graf von Paris" nicht zum zweiten Male anlegen.

Unser Agent Brenner bedauert auf das Lebhafteste namentlich, daß der Unfall Herrn v. Bismark treffen mußte, und bittet, ihm

nicht irgend welche Unfreundlichkeit zur Last legen zu wollen, an die er in Erfüllung seiner Dienstpflicht nicht im Entferntesten gedacht haben könne. 4. 8. 1856.

Wir erlauben uns noch, Abschrift von dem Rapporte des Capitains und Conducteurs vom „Graf von Paris" beizufügen, und verharren mit vorzüglichster Hochachtung

Der Director der Preußisch-Rheinischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft.	Die Direction der Dampfschifffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittelrhein.
Norrenberg.	Wülffing.

An den Kgl. Ober-Präsidenten der Rheinprovinz,
Herrn v. Kleist-Retzow, Hochwohlgeboren
zu Coblenz.

* * *

Auf Grund ihrer Rapporte und ihres Gedächtnisses erklären die Unterzeichneten, daß der „Graf von Paris" am 22ten Juni Morgens 8½ Uhr von Mannheim, Mittags 12 Uhr 34 Min. von Castel, 12 Uhr 52 Min. von Biebrich nach Cöln gefahren, daß derselbe in Biebrich an der Landungsbrücke der Niederländischen Gesellschaft hatte anlegen müssen, weil unsere Brücke durch ein anderes Boot besetzt war, daß in Biebrich 9 Personen ein- und 15 Personen nebst Gepäck ruhig und ordnungsmäßig ausgeschifft wurden, und daß sie sich garnicht zu entsinnen wissen, daß sonst irgend Jemand noch zur Mitfahrt anwesend gewesen resp. herangekommen ist.

Cöln, den 17ten Juli 1856.

A. Nußbaum, Capitain.
Schürmann, Conducteur.

Antwort Bismarcks.

Stolpmünde, 11. August 1856.

Durch den Herrn Ober-Präsidenten von Kleist ist mir die Erwiderung des verehrlichen Directoriums auf meine Beschwerde über den Agenten Brenner[1]) in Biebrich mitgetheilt worden. Der letztre hat, wie ich danach annehmen muß, den von mir zur Sprache gebrachten Vorfall unrichtig erzählt; nach seiner Darstellung sollte man glauben, ich hätte ihm die un- 11. 8. 1856.

[1]) Bismarck nennt ihn durchgehends: Bronner.

11. 8. 1856. billige Zumuthung gemacht, das Schiff meinetwegen zum zweiten Mal anlegen zu lassen. Ich bin weit entfernt gewesen, irgend etwas zu verlangen, worauf nicht jeder Reisende meines Erachtens Anspruch hätte.

Bei der Erklärung der verehrlichen Direction, daß jener Zug auf Anschluß in Biebrich keinen Anspruch hatte, bescheide ich mich; aber hierauf kam es in diesem Falle nicht an, da ich nebst andern Reisenden jenes Zugs, wie schon in meiner frühern Eingabe erwähnt, nicht nur vor Abgang, sondern vor Ankunft des „Grafen von Paris" an dessen Anlegestelle eintraf.

Das Einschreibe-Büreau, welches ich leer fand, als ich meine Billets nehmen wollte, war nicht das Niederländische, sondern das mir sehr wohl bekannte der Cölnischen Gesellschaft, dasselbe, in welchem ich später die Billets für das nächste Schiff nahm. Ich bin überhaupt mit der Oertlichkeit und dem Betriebe auf derselben so vollständig vertraut, daß Irrthümer wie die bei mir vorausgesetzten nicht möglich waren.

Dasjenige, was Herr Brenner auf Pflicht und Gewissen über den Vorfall ausgesagt hat, ist in jedem Theile unrichtig, wie ich meinerseits versichre und durch mehre andre Zeugen beweisen kann. Er sagt, daß in dem Augenblicke, als ich vom Bahnhof rc. Hier ist jedes Wort falsch. Ich kam garnicht vom Bahnhofe nach der Niederländischen Anlegestelle; sondern nachdem ich das Büreau der Cölner Gesellschaft leer gefunden hatte, ging ich zur Anlegestelle der Cölner Gesellschaft, überzeugte mich, daß diese durch das Bergboot besetzt war, und ging deshalb dem soeben von Mainz her ankommenden „Grafen von Paris" entgegen, den Weg hart am Wasser hinter den Einschreibebüreaus haltend. Das Um- und Anlegen des „Grafen von Paris" erfolgte, während ich auf der Landungsbrücke war; in meinem Beisein erfolgte die Aufnahme der übrigen Passagiere; ich war im unmittelbaren Anschluß an die Andern der letzte derselben, weil ich meine Damen vor dem Gedränge hüten wollte. Ich wäre auch gleich den Andern mit meinem Gepäck an Bord gelangt, hätte nicht Herr Brenner mich zuerst mit der Frage aufgehalten, ob ich ein Billet hätte; ich verneinte dieß, da ich das Büreau leer gefunden hatte. Darauf

bat er mich zuerst höflich, das nächste Schiff zu benutzen; ich mußte dieß ablehnen, weil ich die Damen nur soweit begleiten wollte, daß meine Rückfahrt an demselben Tage möglich blieb. Brenner wiederholte seinen Wunsch, indem er anführte, dieses Schiff sei schon verspätet, das nächste, ein Schnellschiff, werde es ohnehin überholen; ich entgegnete, daß die Abfahrt durch unser Uebertreten auf das Schiff nicht im Mindesten verzögert werde u. s. w. Dieses ganze Gespräch wurde geführt, während der „Graf von Paris“ ruhig neben uns an der Landungsbrücke lag und ich mit einem Fuß auf den Verbindungsbrettern stand. Wenn hiernach B. behauptet, das Vorderschiff sei bereits zur Abfahrt gewendet gewesen, als ich vom Bahnhof auf die Landestelle zuging, so hat er der verehrlichen Direction „auf Pflicht und Gewissen“ etwas ausgesagt, über dessen Falschheit er selbst wohl nicht in Zweifel sein konnte. Die Damen, welche nach Angabe des Brenner nicht „in Sicht waren“, standen mit uns auf der Landungsbrücke in solcher Nähe, daß sie an meinem Gespräch mit Brenner Theil nehmen konnten, und das Gepäck hatten die Träger, als sie sahn, daß mir die Mitfahrt streitig gemacht wurde, am Rande der Landungsbrücke niedergesetzt. Dieses sowohl als unsre Personen an Bord des Schiffes zu versetzen, würde weniger Zeit erfordert haben, als B.'s unnöthige Discussion mit mir. Während der letztern gingen mehre Personen und Gepäckstücke an uns vorbei in das Schiff und aus demselben. Anstatt mich und die meinigen einfach über die Bretter gehn zu lassen, befahl Brenner, die Bretter, auf denen ich im Gespräch mit ihm so lange gestanden hatte, abzuwerfen; er mußte den Befehl zweimal wiederholen, da die Matrosen des „Grafen von Paris“, welche ihn auszuführen hatten, zuerst mit einiger Verwunderung fragten, ob ich denn nicht mitführe; Brenner befahl darauf kurz und ohne Antwort nochmals, die Bretter abzuwerfen und abzufahren. Ich kann mir keinen andern Grund seines Verfahrens denken als Rechthaberei oder den Wunsch, daß ich meine Billets nicht erst an Bord lösen sollte. Ich stellte ihn nach Abfahrt des Schiffes zur Rede, und er berief sich darauf, daß mein Gepäck nicht zur Stelle gewesen sei; ich bestritt dieß, worauf er sagte,

11. 8. 1856.

11.8.1856. daß er es nicht gesehn und daher nicht habe wissen können, ob es gleich oder in einer Viertel-Stunde kommen werde, übrigens wisse er sehr wohl, was er thun und lassen dürfe. Eine verehrliche Direction kann versichert sein, daß ich nicht noch nach 2 Monaten Zeit und Arbeit an diese Beschwerde wenden würde, wenn Brenner nicht mit einer verletzenden Willkühr gegen mich verfahren wäre, der nach Kräften entgegenzutreten ich für meine Pflicht halte.

Sollte diese meine wiederholte Darstellung des Vorfalls nicht genügen, um die verehrliche Direction von der Unrichtigkeit der Wohlderselben durch Brenner gemachten Angaben zu überzeugen, so bin ich bereit, die protokollarische Vernehmung mehrer Zeugen zu veranlassen; sollte aber der von mir vorgetragne Thatbestand zu einer Rüge gegen Brenner nicht ausreichend erscheinen, so bitte ich um gefällige Mittheilung darüber, damit ich meine Beschwerde in weitern Instanzen anbringen kann.

v. Bismarck.

16.

Zwei Briefe des Herrn v. Below-Hohendorf an Herrn v. Bismarck.

1858.

I.

Berlin, den 23. Merz 1858.

Werther Freund!

23.3.1858. In der Voraussetzung, daß es für Sie nicht ohne Interesse sein dürfte, Kenntniß zu nehmen von der fieberhaften Unruhe unserer innestehenden parlamentarischen Situation, veranlaßt durch den dem Landtage zur Ratification vorgelegten Zollvereins-Vertrag wegen Abänderung resp. Erhöhung der Steueransätze für die Zuckerrübe, des Vertrages von 1853 — benutze ich eine etwas späte Stunde

zu diesen Zeilen, indem ich morgen Abends zu den Osterferien unserer Session nach Hohendorf abzureisen gedenke. Absichtlich wird die Beschlußnahme über diese Regierungsvorlage bis nach Ostern verzögert, um im Hause der Abgeordneten Stimmen zu pressen. Das wäre erträglich, vielleicht zulässig, aber die ungeschickte Art und Weise ist mindestens unklug, denn sie wird versagen. Hätten wir ein halbwege einiges, nicht so überaus verbrauchtes Ministerium, so wären die entgegenstehenden Hindernisse, hervorgehend aus der Rechtswidrigkeit oder doch Unaufrichtigkeit, aus der Unkenntniß der gewerblichen und finanziellen berechtigten Interessen in dieser Vorlage, zu überwinden, allein, so wie die Dinge liegen, bleibt die Bestätigung dieses Vertrages zweifelhaft. Die Materie ist zu weitschichtig für einen Brief, lassen Sie sich den Bericht aus dem Abgeordnetenhause kommen, dessen Berichterstatter Nathusius seit Montag vergeblich auf den Correcturbogen wartet. Hier nur die Frage: wie steht Preußen in Deutschland bei einer eventuellen Verwerfung dieses vorläufig abgeschlossenen Vertrages? Die greifbarste Ansicht geht dahin: mit einer Regierung wird ferner niemand unterhandeln wollen, welche von unberechenbaren parlamentarischen Größen abhängig ist, der Zollverein wird lieber mit Oesterreich sich einen, schon aus dem Grunde, weil dort eine größere Einheit vorhanden und damit sicherere und leichtere Erfolge in den Unterhandlungen zu erlangen sind. Unsere Minister sagen: nicht wir sind bei einer Verwerfung compromittirt, Preußen ist compromittirt. Eine entferntere und tiefer liegende Anschauung sagt: Preußen hat sich selbst im Zollverein herabgedrückt, indem es Vorschläge macht und mit dem Angebot derselben die kleinen deutschen Staaten dazu animirt, möglichst wenig zu bieten, und wenn sie reussiren, so werden sie in der Meinung bestärkt, Preußen einen Dienst zu leisten, da Preußen alles daran gelegen sei und sein müsse, den Zollverein aufrecht zu erhalten. — Wer aber nicht führt und sich stets fügt, der kann auf eine Hegemonie keinen Anspruch machen. Möglich, daß die Cabinette der deutschen Staaten vor Verhandlungen eine Abneigung haben, die eine prompte und schnelle Bestätigung nicht finden, die Bewohner dieser Staaten werden sich aber dem vorzugsweise zuwenden, der den Glauben an die Wahrhaftigkeit offener und öffentlicher Zusagen aufrecht erhält und nicht leichthin dem Steuerempfänger tiefgreifende Interessen aufopfert. —

23. 3. 1858.

Die Hegemonie Preußens und die Einigung Deutschlands ruht aber nicht in den Cabinetten der deutschen Staaten, sie ruht vorzugsweise in der Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme und in ihrem Vertrauen zu der Zukunft Preußens. Ist die Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens Ziel und Zweck des Zollvereins, dem man so große materielle Opfer gebracht, so müssen

23. 3. 1858. diesem Hauptzweck die subalternen Verlegenheiten des jeweiligen Ministeriums weichen. Daher Ablehnung dieses Vertrages.

Gestern Abend habe ich Fractionssitzungen im Herrenhause angeregt, denen Mitglieder der Fraction Gerlach beiwohnten, um einen Weg bereits im Hause der Abgeordneten zu bahnen, der eine Ablehnung weniger herbe [macht][1]) und auch die Möglichkeit zuläßt, den Vertrag aufrecht zu erhalten. — Alvensleben hat sich dabei betheiligt, und ist folgender Vorschlag von ihm unterstützt worden, der in diesen Tagen als Amendement im Abgeordnetenhause eingebracht werden wird:

> Der Vertrag wird genehmigt unter der Bedingung, daß ein der Steuer entsprechender Rückzoll gleichzeitig der Raffinade aus Colonial- und Rübenzucker gewährt wird.

Das Amendement soll so gestellt werden, daß, wenn es durch beide Häuser geht, das Ministerium den Zollvereins-Staaten sagen kann: wollt ihr das Geld der Steuer, so nehmt auch die Bonification, die wir bereits gefordert, ihr aber abgewiesen. Wir werden hiemit den Runkelrübenfabrikanten gerecht und gleichen die Zusagen aus, die wir 1853 übereilt gegeben haben. Nehmen die Zollvereins-Staaten den so abgeänderten Vertrag an, so ist dies ein Sieg Preußens, thun sie es nicht, so haben wir einen etwas stärker compromittirten Finanzminister. Es könnte allerdings auch so kommen, daß das Ministerium nicht ruhiges Blut hat, diesen Weg zu gehn, sondern dies Amendement als eine Verwerfung hinnimmt und die Vorlage zurückzieht. Meine Absicht ist gewesen, dem Ministerium zu helfen.

Die Linke soll mit wenig Ausnahmen gegen den Vertrag stimmen wollen, alle andern Fractionen spalten sich. Das Herrenhaus steht noch mit der Ruhe von Reserve-Truppen da, die Action ist am Dönhofsplatz. Der Prinz von Preußen betheiligt sich leider persönlich zu sehr in der Sache. Auerswald wirbt für die Vorlage.

Ich bitte mich Ihrer Frau Gemahlin bestens zu empfehlen und eile damit zum Schluß dieses bereits zu lang gewordenen Briefes.

Ihr ergebener

v. Below.

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

Antwort Bismarcks.[1])

Frankfurt, 3. April 1858.

— — Ich bin mit Ihnen darüber einverstanden, daß unsre Stellung im Zollverein sehr unbequem ist, ich gehe noch weiter: ich bin der Ueberzeugung, daß wir den ganzen Zollverein kündigen müssen, sobald der Termin dazu gekommen ist. Die Gründe dieser Ueberzeugung sind zu weitschichtig, um sie hier zu entwickeln, und zu eng zusammenhängend, um einzelne zu nennen. Wir müssen kündigen auf die Gefahr hin, mit Dessau und Sondershausen allein zu bleiben. Es ist aber nicht zu wünschen, daß Letztres eintrete, oder doch, daß es lange dauere. Deßhalb müssen wir in der noch laufenden Periode den andern Staaten den Zollverein, wenn es sein kann, zum unentbehrlichen Bedürfniß machen, damit sie nach der Kündigung den Anschluß auf unsre Bedingungen suchen. Ein Theil dieses Systems ist, daß man sie aus preußischen Zuckerfabriken höhere Netto-Revenüen ziehn läßt, als sie selbst sich durch Gränzzölle auf Zucker ohne Preußen würden verschaffen können. Ein andrer Theil ist der, daß man ihnen nicht die Fortdauer eines Zollvereins mit Preußen als sachlich unmöglich erscheinen läßt; das wird er aber, wenn neben den 28 Regirungen noch einige 50 ständische Körperschaften, geleitet von sehr particulären Interessen, ein liberum veto ausüben. Fangen die preußischen Kammern damit an, so wird schon der Gleichheitsschwindel der deutschen Regirungen nicht zugeben, daß die übrigen zurückstehn; sie werden sich auch wichtig machen wollen.

3. 4. 1858.

---

[1]) Der Brief ist sowohl in der Ausgabe der Bismarckbriefe von Hesekiel, wie in v. Poschinger, Preußen im Bundestag IV 298 ff. abgedruckt; ich gebe ihn nach dem von Bismarck corrigirten Entwurf letzter Hand, der im einzelnen nicht unbeträchtlich von den bisherigen Texten abweicht. Der Brief ist bei Hesekiel vom 2. April, bei Poschinger vom 15. März datirt; daß letztere Datirung, für die ich mich in den Bismarck-Regesten (I 146) in blindgläubigem Vertrauen auf Poschingers Genauigkeit erklärte, falsch ist, lehrt die Datirung des in meinen Händen befindlichen Manuskripts.

3. 4. 1858. Es kann sein, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollvereine, um diesen Klippen zu entgehn, für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen den Unionsprojecten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zoll-Parlament einrichten müssen, mit Bestimmungen für itio in partes, wenn die Andern es verlangen. Die Regirungen werden schwer daran gehn; aber wenn wir dreist und consequent sind, können wir viel durchsetzen. Die in Ihrem Briefe ausgesprochne Idee, die preußischen Kammern vermöge der Vertretung aller deutschen Steuerzahler durch sie zur Grundlage hegemonischer Bestrebungen zu machen, steht auf demselben Felde. Kammern und Presse könnten das mächtigste Hülfsmittel unsrer auswärtigen Politik werden. Im vorliegenden Falle würde ich wünschen, daß die Zollvereins-Politik, der Schaden, den Preußen im Zollverein leidet, die Nothwendigkeit für uns, ihn künftig zu kündigen, auf das eingehendste und schärfste erörtert würde, damit die Erkenntniß darüber sich bei den deutschen Regirungen Bahn bricht. Ihr Brief sollte als Artikel in der Zeitung stehn, statt hier auf meinem Tisch zu liegen. Kammern und Presse müßten die Zoll-Politik breit und rückhaltlos aus dem preußischen Gesichtspunkte discutiren. Ich wünschte den Zollverein und den Bund nebst Preußens Stellung zu beiden in unsern Kammern dem Secirmesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehn; davon kann die Regirung und ihre Politik nur Vortheil haben. Aber ich wünschte doch als Resultat einer solchen Discussion die Vorlage angenommen zu sehn. Denn es handelt sich im nächsten Augenblick für den Zollverein mehr darum, deutsche Regirungen an die Fleischtöpfe desselben zu fesseln, als Sympathien ihrer steuerzahlenden Unterthanen zu gewinnen. Die Letztern sind für jetzt machtlos, und in Betreff ihrer erreicht eine kräftige, sachverständige Debatte dasselbe, wie die Zufälligkeit eines Abstimmungs-Resultates. Ich würde daher aus Gründen unsrer äußern Politik jedenfalls für die Regirungsvorlage stimmen, wenn ich dort wäre. Die Bedenken aus innern Gründen, die Ihr Brief enthält, vermag ich hier nicht alle zu beurtheilen. Drückend ist die Steuer nicht, denn die Leute

sind reich, und wem der Zucker zu theuer wird, der ißt keinen. 3. 4. 1858.
Gegen [Heydt][1]) aber würden Sie mit der Verwerfung der Vorlage garnichts erreichen, zumal er mit dieser Sache in keinem amtlichen Zusammenhange steht; aber auch [Bodelschwingh][1]) würde durch die Verwerfung keinen Schaden leiden. — —

II.

Hohendorf, den 14. December 1858.

Werther Freund!

Seit längerer Zeit rollen graue Erbsen auf der Eisenbahn 14. 12. 1858. gegen Frankfurt a/M., und diese Zeilen, wahrscheinlich mit etwas Politik durchwoben, werden denselben demnächst nachrollen. Beide verzichten aber aus billiger Bescheidenheit auf eine Anzeige ihres richtigen Eingangs. Ueber Rheinfeld bin ich in diesen Tagen beiläufig in Kenntniß gesetzt von Ihrer Auffassung unserer ministeriellen Situation, wie sie sich im Anfang November präsentirte, von Rheinfeld her ist diese Mittheilung mit dem strengsten Siegel der Verschwiegenheit plombirt, der mir hier vollständig überflüssig erscheint und den ich daher unbedenklich breche, mit der Mittheilung, daß ich vollkommen Ihnen zustimme, nämlich zunächst abzuwarten, um mit den demnächst zu erwartenden Thaten das neue Ministerium zu messen, nicht aber einseitig, durch Conjecturen und Folgerungen aus vergangenen Zeiten, sich ein Urtheil zu formiren. Diese zuwartende Haltung, die ja auch die Kreuzzeitung zu gewinnen bestrebt ist, ist aber nicht die Position des conservativen Publikums in den Provinzen, wenigstens nicht in hiesiger Gegend, woselbst die nahen Blutsverwandten es nicht vermögend sind, die treibende ministerielle Feder ohne Portefeuille einer scharfen Kritik erneut zu unterwerfen und die Möglichkeit, ja Gewißheit schlimmer Dinge für die Zukunft in sichere Aussicht zu stellen. Die vermeintliche treibende Feder dürfte aber mehr die Natur des weichen Wachses haben, welcher mit Gefügigkeit ein Gepräge annimmt, und darin liegt die Befähigung einer gefälligen, hohen Herrn stets bequemen Vermittelung und Erleichterung im Ertragen von Widerwärtigkeiten. — Bei allem Leichtsinn und vielem Unzuverlässigen baue ich aber doch bei besagtem Herrn auf einen Fond altpreußischen Patriotismus und chevaleresker Familientradition, getragen von dem ostpreußischen Aufschwung von

[1]) Die Namen sind in dem mir vorliegenden Manuskript durch Striche ersetzt.

14. 12. 1858. 1813 und der lebhaften Beweglichkeit dieser Colonisten-Lande. Es scheint nun nach der kalten Fischnatur des chronischen Leidens ein acuter Zustand unseres Staatslebens zu folgen. Welche ärztliche Behandlung und Methode wird nun aber unser Herrenhaus, das als Doctor von den Conservativen im Lande jetzt herbeigerufen und von den combinirten Liberalen und Demokraten als reactionäres Ungeheuer gefürchtet wird, zur Heilung des Schadens der nach links ausgefallenen Wahlen in Anwendung bringen? Wird der wild gewordene Junker an die Zügel, und wird der Geheimerath vorwärts gehn und wird der Haufe in der parlamentarischen Schlacht geordnet zusammenhalten? Wird der nächste Widerstand gegen das andere Haus und das Ministerium sich concentriren auf eine Abwehr destructiver Gesetzesvorlagen, und wird man soviel Verleugnung aufbringen, eventuell bei nicht gerade ungerechten und ungerechtfertigten Geldforderungen willig nachzugeben, um Athem zu behalten im Anlauf gegen schlechte Gesetze? — Es wäre schön, wenn Sie zur Eröffnung des Landtags nach Berlin kommen könnten, damit besser aus den Fractionen des Herrenhauses eine Art von Organisation zum einheitlichen Handeln sich vorbereitet, denn es droht aus der Rübendebatte der letzten Session ein leidiger Zwiespalt zwischen dem Junker und der professorlichen Intelligenz des Herrenhauses sich anzuspinnen, indem Freund Ploetz aus dem Vorstande der Stahlschen Fraction auszuscheiden erklärt hat. Ich vermuthe(?) in dem Streben, in anderen einseitig junkerlichen Verbindungen eine größere Geltung zu gewinnen. Vielleicht kömmt der gegenwärtigen Situation gegenüber nach dem Ausfall der Wahlen eine bessere Einsicht, denn in altständischer Abgeschlossenheit ist mit Geschäftsroutine und mäßiger Intelligenz durchzukommen, nicht aber auf parlamentarischem Boden des 19. Jahrhunderts mit Erfolg fortzukommen.

Ist es nicht gut und erfreulich, daß wir schließlich doch die Adresse an den König im Herrenhause fertig bekommen? Praktisches Gewicht hat allerdings unmittelbar die Antwort aus Meran vom 15. November nicht, allein mir ist das Königliche Wort und die Aufforderung, den Prinzen von Preußen in seinem Amt zu unterstützen, mehr als eine Redeweise, um etwas zu sagen, und es wird andern auch so sein, und daß es so sei, thut in der That Noth bei der politischen Aufgeregtheit der Partheistellungen, die einen gefangen nehmen wollen und wirklich oft einfangen und dumm machen, und noch dazu ungerecht und jedenfalls einseitig, wenn die Leidenschaft in der Politik das Urtheil gefangen nimmt. Und diese Leidenschaftlichkeit wird aufgestachelt durch eine officiöse Presse, die mit anmaßender Sicherheit selbst die noch nicht gebotene Hand der Conservativen zurückstößt, um sie fortdauernd den Liberalen und Demokraten

herzlich zu drücken, zu einer Zeit, wo man deren Hülfe, in der Regentschaft, Ministerwechsel und Wahlen bereits ausgebeutet! Wo will man nun noch weiter hin? Oder ist man bereits nicht mehr frei im Ministerium und höher hinauf in der Wahl des Weges und bereits Diener seiner Verbündeten? — Alles Fragen, auf die ich keine Antwort habe. — 14. 12. 1858.

Doch lassen wir die Dinge ihren Verlauf nehmen, und lassen Sie mich die Weihnachts- und Neujahrs-Grüße einbitten von Hohendorf in Ihren Familienkreis zu Frankfurt, und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren ergebenen v. Below.[1])

17.

Entwurf zu einem Berichte Bismarcks an Minister v. Schleinitz.

1858.

Frankfurt, 13. Dezember 1858.

Ew. Excellenz

würde ich, nach der dazu erhaltnen geneigten Autorisation, schon früher zu schreiben mir erlaubt haben, wenn mir die hiesigen Verhältnisse in der gegenwärtigen Stagnation der Geschäfte nicht allen Stoff von einigem Interesse versagt hätten. Unmittelbar nach unserm Cabinetswechsel waren manche meiner Collegen, in der Voraussetzung, daß ich zu den Gegnern und Opfern des neuen Systems gehören müsse, in ihren Urtheilen offenherziger gegen mich, und als die Gerüchte von der Ernennung des Herrn von Usedom auf den hiesigen Posten in Umlauf kamen, hatte ich die eigenthümliche Satisfaction, daß dieselben Herrn, welche sechs Monate früher meine Abberufung als nothwendig im Interesse der deutschen Einigkeit verlangt hatten, jetzt in aufrichtiger Besorgniß waren, mich zu verlieren. Graf Rechberg sagte mir mit krampfhaftem Händedruck, daß „wir beide nunmehr auf eine Seite gedrängt werden würden“, sprach zu mir von seinem Rücktritt aus dem 13. 12. 1858.

[1]) Die Antwort Bismarcks auf diesen Brief hat sich noch nicht gefunden.

13. 12. 1858. Dienst und äußerte zu seinen Freunden, daß man bemüht sein müsse, mich hier zu erhalten, weil man wenigstens wisse, was man an mir habe. Da ich aber auf die Besorgnisse, die man gegen mich aussprach, doch selbst zum Schein, ohne Gefährdung der dienstlichen Gesammtinteressen, nicht eingehn konnte, so ist man allmählich zurückhaltender gegen mich geworden. Nur durch dritte Hand höre ich manches, was namentlich in Betreff der Aeußerungen östreichischer Agenten von Interesse ist. Auf den benachbarten Hofjagden komme ich öfters mit dem Großherzog von Darmstadt, dem Herzog von Nassau und deren nächster Umgebung zusammen. Von jemand aus der letztern, der stets Sympathien für Preußen bewährt hat und den ich für ebenso zuverlässig als wohlunterrichtet halten darf, wurde mir heut auf einer Jagd beim Großherzog Nachstehendes mitgetheilt: Graf Rechberg habe unmittelbar nach Ernennung des neuen Ministeriums die Gefahren, welche den conservativen Interessen und besonders den Mittelstaaten von dem neuen System Preußens drohten, in den schwärzesten Farben geschildert. Seine vertraulichen Besprechungen mit Herrn von Dalwigk und die „directen Correspondenzen" aus Oestreich (vielleicht Prinz Alexander von Hessen) hätten seitdem in dem Sinne fortgewirkt, daß das Mißtrauen gegen unsre Regirung rege erhalten werde, und daß man sich durch die Haltung Oestreichs nicht möge beirren lassen. Oestreich müsse im Interesse der deutschen Einigkeit und seiner eignen Politik sich das preußische Cabinet freundlich zu erhalten suchen, und werde auf diesem Wege bedenklichen Bestrebungen in Berlin die Spitze abbrechen können. In derselben Weise empfehle es sich auch für die Mittelstaaten, Preußen keine Vorwände zur Unzufriedenheit zu geben; ohne Weitres würden wir die hegemonische Politik nicht wieder offiziell aufnehmen, man werde aber sehn, wie wir uns durch Unterstützung der Unzufriedenen in den einzelnen Staaten Freunde gegen die Regirungen zu erwerben suchten, zunächst in Kurhessen und Hanover, vielleicht auch bald in Würtemberg; die Regirungen könnten sich aber nach wie vor auf Oestreichs Schutz verlassen, nur möchten sie der Weisheit des Kaiserlichen Hofes vertrauen und nicht etwa wie

Herr v. Beust auf eigne Faust manövriren, sonst werde auch Oestreich schließlich genöthigt sein, nur noch seine eignen Interessen zu Rathe zu ziehn. Diese letztre Andeutung brachte mein Gewährsmann damit in Verbindung, daß Herr v. Dalwigk durch Vermittlung der Großherzogin Stephanie vertrauliche Beziehungen zu dem Kaiser Napoleon unterhält. Ganz dem Vorstehenden entsprechend, wurde mir weiter gesagt, seien die Mittheilungen, welche der Herzog von Nassau, der kürzlich von den Kaiserlichen Jagden bei Ischl zurückgekehrt ist, gebracht habe, dahin gehend, daß der Kaiser sich über die Gefahren des Systemwechsels in Preußen keine Illusionen mache, daß die Fürsten aber kein Mißtrauen zeigen und den Schutz ihrer Selbständigkeit Oestreich überlassen und [sich][1]) ehrlich bestreben [müßten],[1]) das Verhältniß zwischen Berlin und Wien zu fördern. Wenn sie nun aber in diesem Geschäfte sehr lässig sind, gelegentlich sogar an Förderung des Mißtrauens zwischen beiden Großmächten arbeiten, so kann man daraus schließen, daß sie zwei Stränge an ihrem Bogen haben und im Fall der Noth den wählen werden, der ihnen der stärkere scheint. Herr v. Hügel gab mir zu verstehn, daß er die Sorgen Rechbergs wegen der neuen Politik Preußens, möge sie den gothaischen oder den dualistischen Weg gehn, nicht theile, weil die kleinern Staaten zu mannigfaltige „Anlehnungen" und Beschützer ihrer Selbständigkeit hätten. Er wiederholte damit nur, was mir sein König zur Zeit des orientalischen Krieges offner mit den Worten sagte: das Hemd ist mir näher als der Rock, zunächst bin ich Würtemberger und dann Bundesglied; dem Einzelnen kann nicht angemuthet werden, sich für die Uebrigen hoffnungslos zu opfern.[2]) Der Prinz Alexander von Hessen war zu den Darmstädter Festlichkeiten aus seiner italienischen Garnison gekommen, wo er, beiläufig gesagt, mehr im Dienste Rußlands als Oestreichs steht. Nach seiner Erzählung hätte das Wiener Cabinet neuerdings versucht, sich Rußland zu nähern, und zu diesem Zweck die Entlassung des Grafen Buol angeboten, aber

13. 12. 1858.

---

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

[2]) Vgl. Die politischen Reden des Fürsten Bismarck Bd. II 276, V 52.

13. 12. 1858. ebenso erfolglos wie zur Zeit der durch ihn, Prinz Alexander, eingeleiteten Zusammenkunft in Weimar. Seine Nachrichten besagen ferner, daß die Oestreicher in Italien, ungeachtet aller offiziellen und offiziösen Angaben, nicht 100=, sondern kaum 50 000 Mann stehn hätten; keines der drei Corps erreiche den Effectivbestand von 18 000 Mann, und wenn ein Losbruch erfolgen sollte, so, meint er, werde sich zunächst derselbe Mangel an Streitkräften zeigen wie 1848. Ich lasse dieß dahingestellt sein, aber dergleichen brüderliche Insinuationen sind weder geeignet noch darauf berechnet, dem Großherzog die Furcht vor russisch=französischer Uebermacht zu benehmen, oder seine Zuversicht auf die defensive Kraft und die schützende Garantie des deutschen Bündnisses zu heben. Darmstadt und Würtemberg erwarten die Erhaltung ihrer Throne mit mehr Vertrauen von ihren russischen Verschwägerungen und ihren französischen Verbindungen als von dem Deutschen Bunde. Würtemberg hat verwandschaftliche und von Seiten des Königs intime persönliche Beziehungen zur Napoleonischen Dynastie. Darmstadt pflegt seine französische „Anlehnung" nicht bloß durch Herrn v. Grancy, sondern namentlich durch mannigfache persönliche Verbindungen, die Herr v. Dalwigk, abgesehn von den Verwandten seiner Frau, mit dem Kaiser Napoleon und den Mitgliedern der Kaiserlichen Familie unterhält.

Für die Fortsetzung des Schreibens sind in dem Entwurf nur folgende Bruchstücke notirt:

In Baden: Wenn von F[rankreich] Kriegsgefahr drohn sollte, kann man ziemlich sicher annehmen, daß [Badens] Verhalten [sich] nach Rußland richte. Stände dieses gegen Fr[ankreich] oder wäre seine Neutralität bis Ende [des Krieges] gesichert, so werden sie [d. i. die Badenser] die deutsche Seite stark genug halten, um ihr treu zu bleiben; im andern Falle würden ihnen Pr[eußen], Oe[streich], nebst E[ngland] auf [dem] Continent zu schwach und lose verbunden erscheinen, um in ihrem Lager sichern Schutz oder Wiedereroberung der von Fr[ankreich] etwa überlaufnen Länder zu erwarten, und sie würden unfehlbar ihre Separatverträge machen, wie sie können, ohne sich der B[undes]-A[cte] zu erinnern. Oestreich ist sich dieser schwachen Seiten des deutschen Bündnisses wohlbewußt, und so wichtig [es] ihm auch für Friedenszeiten ist, seine diplo-

matische Position durch England und Pr[eußen] verstärkt zu sehn, so glaube ich doch, [daß] in dem Augenblick, wo ein auswärtiger Krieg ernstlich auszubrechen drohte, Oestreich seinem Gegner lieber sehr weitgehende Concessionen machen [würde], als daß es uns in [Deutschland] freiere Hand läßt. Die bisherige Wahrnehmung läßt wenigstens kaum glauben, daß es uns Erhebliches einräumen würde, berechtigt vielmehr zur Vermuthung, daß es, soviel an ihm ist, den Fall nicht wird eintreten lassen, wo es auf uns allein auf [dem] Festland angewiesen sein würde. 13. 12. 1858.

18.

Schreiben Bismarcks an Finanzminister Frhrn. v. Patow.

1859.

Frankfurt a. M., den 12. Febr. 1859.

Hochwohlgeborner Freiherr.

12. 2. 1859.

Ew. Excellenz mir mündlich gegebner Erlaubniß gemäß, beehre ich mich in der Anlage die Berichte gehorsamst vorzulegen, welche ich in Betreff der Verzinsung unsrer Staatspapiere bei Rothschild im Jahre 1857 an den Herrn Ministerpräsidenten v. Manteuffel gerichtet habe.[1] Hochdieselben wollen geneigtest entschuldigen, wenn ich wegen augenblicklicher Ueberhäufung der Kanzlei mit dienstlichen Arbeiten die betreffenden Piècen in den bei den Akten befindlichen Originalien übersende. Ich erlaube mir denselben nachstehende Bemerkungen namentlich mit Bezug auf das Schreiben des Herrn Finanzministers v. Bodelschwingh vom 19. Juni 1857 gehorsamst zuzufügen.

Das Haus Rothschild wünscht nach wie vor nicht bloß in Betreff der 4 1/2 % Staatsanleihe von 1856, sondern wo möglich für unsre sämmtlichen Staatspapiere zur Einlösung der Zinscoupons hier am Orte mit 7 Gulden für 4 Thaler beauftragt zu werden. Bei dem analogen Abkommen in Be-

[1]) Vgl. v. Poschinger III No. 50. 65.

12. 2. 1859. treff der Anleihen von 1850 und 1852 ist bestimmt worden, daß die Berechnung mit der Seehandlung nicht in Thalern, sondern in Gulden erfolge, und das erwähnte Schreiben des Herrn Ministers v. Bodelschwingh nimmt deshalb an, daß der ganze Vorschlag von mir nicht klar aufgefaßt worden sei, wenn ich annähme, daß die auf Thaler lautenden Coupons von uns in Thalern eingelöst würden. Die Bestimmung hierüber ist aber eben Sache des zu schließenden Abkommens; Rothschild erbietet sich, die Berechnung auf Thaler zu stellen und unter allen Umständen nur den Nominalbetrag der Coupons in Thalermünze ersetzt zu verlangen, sobald dieser Ersatz nicht in Kassenanweisungen, sondern in klingender Münze geleistet werde, wie solches innerhalb der erforderlichen Summen aus der hiesigen Zollvereinskasse und aus den am Rhein gelegnen Regirungs-Hauptkassen ohne Schwierigkeit bewirkt werden könne. Wenn in den Jahren 1850 und 1852 das fragliche Abkommen vortheilhaft befunden worden ist, obgleich die Gefahren, welche Herr v. Bodelschwingh von den Kursschwankungen befürchtete, durch Zulassung der Berechnung in Gulden von uns übernommen wurden, so dürfte das jetzige Anerbieten des Banquierhauses um so vortheilhafter erscheinen, da es uns die Mittel gewährt, jenes Risico durch Zahlung in Silberthalern abzuschneiden.

Der Fall, daß bei einem niedrigen Stande des Thalerkurses die Fonds-Inhaber selbst von Preußen her ihre Coupons nach Frankfurt schicken, um sie in Gulden zu realisiren, dürfte, auch abgesehn von dem obigen Auskunftsmittel, so leicht nicht eintreten. Der Curs der Thaler an hiesiger Börse ist, soviel ich weiß, niemals unter 104½ gewesen, ganz vorübergehende Momente vielleicht ausgenommen. Der Vortheil, welcher auf dieses halbe Prozent unter Pari durch Einsendung von Coupons aus Preußen nach Frankfurt zu gewinnen wäre, würde für kleine Capitalisten ohne Zweifel durch Porto und die Rückverwerthung der Gulden in Thaler aufgehn, bei größern Posten aber würden außer diesen directen Kosten noch Wechselstempel, Provisionen und anderweite Lasten der zu empfangenden Rimessen dazutreten.

Gewöhnlich steht erfahrungsmäßig der Thaler-Kurs in Frankfurt über 105. In diesem Umstande, sodann in dem provisionsfreien Geldumsatz mit Berlin und in dem höhern Ansehn, welches die Agentur der preußischen Regirung verleiht, sind wohl die Vortheile zu suchen, wegen deren das Haus Rothschild das Abkommen erstrebt, und ich gebe gern zu, daß alle Versicherungen, mit welchen die Inhaber dieses Bankhauses ihre uneigennützige Hingebung für preußische Interessen bekräftigen, in das Gebiet geschäftsmäßiger Phraseologie zu verweisen sind. Die für uns entscheidende Frage dürfte aber lediglich die sein, ob der Staat und das Land von der fraglichen Einrichtung Vortheile zu erwarten haben, ohne erhebliche Gefahren zu laufen. Daß dieß der Fall sei, dafür sprechen außer den sachlichen Gründen, welche ich Ew. Excellenz höherer Sachkenntniß gegenüber nicht zu entwickeln brauche, äußerlich die Thatsachen, daß seit längerer Zeit Hanover ½%, Baiern und Baden ⅓% Provision zahlen, um ihren Staatspapieren diejenige weitre Verbreitung zu verschaffen, welche sie sich von der Domicilirung der Zinszahlung bei dem Hause Rothschild versprechen. Alle drei Staaten erfreuen sich bekanntlich geordneter Finanzen und eines guten Credits. In dieselbe Verbindung mit Preußen zu treten ist diesem Bankhause von größerer Wichtigkeit, und es bietet uns deshalb das analoge Abkommen unter Verzichtleistung auf jede Provision an.

12. 2. 1859.

Jede, auch selbst eine mäßige Erweiterung des Marktes für unsre Schuldpapiere im Auslande nützt immer als eine Verstärkung unsres nationalen Betriebscapitals und hilft dazu, unser eignes, in neuster Zeit von so mannigfaltigen Unternehmungen in Anspruch genommnes Vermögen durch den Zufluß fremder Capitalien zu degagiren. Im Südwesten von Deutschland liegen relativ bedeutende Vermögens-Antheile ziemlich müßig, und der Zinsfuß, zu welchem beispielsweise hypothekarische Darlehn auf sichre und bekannte Stellen hergegeben werden, geht vielfach unter den Nominalzinsfuß unsrer Staatsschuldscheine herunter, namentlich hier in Frankfurt selbst.

12. 2. 1859. Sollten nichtsdestoweniger dem Abkommen mit Rothschild noch anderweite Bedenken entgegenstehn, so erlaube ich mir die gehorsamste Anfrage zu stellen, ob dasselbe nicht probeweis getroffen werden könnte. Ein Mandat, wie das dem Hause Rothschild vom Staat zu ertheilende, ist an und für sich, wenn es nicht als vertragsmäßige Bedingung einer Anleihe auftritt, jeder Zeit kündbar. In der Bekanntmachung der Seehandlung vom 1. Juni 1850 in Betreff der 4 1/2 % Anleihe jenes Jahres ist ausdrücklich gesagt, daß „bis auf Weitres" die Realisirung der Coupons auch bei Rothschild erfolgen werde. Letztrer wird sich bereit finden lassen, auch bei einem solchen provisorischen Abkommen auf die Thalerberechnung einzugehn und auf Provision zu verzichten.

Ein andres hiesiges Bankhaus als das Rothschildische wird sich auf ähnliche günstige Bedingungen vielleicht schon deshalb nicht einlassen können, weil es die Mittel, welche es für Zinszahlungen von unbestimmtem Umfange an den Terminen vorräthig zu halten hätte, ausnahmsweise zu diesem Behuf disponibel stellen und deshalb Kosten dafür berechnen müßte, während der regelmäßige Betrieb und Baarbestand in dem Geschäft von Rothschild von dem Umfange ist, daß er einer Verstärkung für solche Fälle nicht bedarf.

Abgesehn von dem Titel Rothschilds als „Hofbanquier", welchen er mir gegenüber mit Vorliebe geltend macht, dürften auch bei keinem andern Bankhause in demselben Umfange die Vortheile zu erreichen sein, welche wir davon gewärtigen können, daß eine so weit verzweigte und einflußreiche Geldmacht durch ihren eignen directen Vortheil für die Verbreitung unsrer Papiere und für die Erhaltung des Kurses der preußischen Währung über Pari interessirt wird.

Nach meinem allerdings nicht competenten Urtheile bietet das fragliche Abkommen zwar dem Hause Rothschild, aber gleichzeitig auch uns, erhebliche Vortheile, und habe ich deshalb nicht unterlassen wollen, den Gegenstand, nachdem Rothschild ihn wiederholt bei mir angeregt hat, vor meinem Abgang von hier noch Ew. Excellenz geneigter Erwägung zu unterbreiten. Sollte ich ihn unrichtig beurtheilen, oder seine Wich-

tigkeit überschätzen, so bitte ich in Betracht der guten Absicht um Ew. Excellenz wohlwollende Nachsicht. 12. 2. 1859.

Falls Ew. Excellenz aber der Sache weitre Folge geben wollen, so stelle ich gehorsamst anheim, das Haus Rothschild durch eine directe Eröffnung zur Vorlage seiner Anerbietungen bei Ew. Excellenz zu veranlassen.

Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung, mit der ich die Ehre habe zu sein rc. rc.

v. Bismarck.

19.

Schreiben Bismarcks an ?[1]

1859.

Frankfurt a. M., den 17. Febr. 1859.

Euer Hochwohlgeboren

würde ich schon eher mit dem Versuche genaht sein, schriftlich denselben offnen Gedankenaustausch einzuleiten, den Sie mir mündlich gestatteten, wenn ich nicht mein Interesse für die hiesigen Angelegenheiten künstlich mit der Betrachtung unterdrückt hätte, daß es hier nicht mehr auf meine, sondern auf die Ansichten meines Nachfolgers ankommt. Ich glaube den letztern aber kaum entgegenzutreten, wenn ich von dem Abgange des R. R. Zitelmann und dem anscheinenden Eingehn der hiesigen Preßstelle den Anlaß zu einigen Zeilen nehme. Ich überschätze weder unsre bisherige Preßorganisation noch deren hiesige Leistungen. Der Alleinbesitz von 1 oder 2 Zeitungen in Deutschland, welche so redigirt worden wären, daß kein Blatt sie hätte ignoriren können, würde mehr geleistet haben, als der zahlreiche Landsturm mittelmäßiger Litteraten mit ihrem beschränkten Zutritt zu obscuren Provinzialblättern. Wie aber die Sachen einmal stehn, so glaube 17. 2. 1859.

[1]) Der Adressat hat sich noch nicht ermitteln lassen; vielleicht war es Flottwell, dem als Minister des Innern die Central-Preßstelle untergeordnet war.

17. 2. 1859. ich, daß wir in der öffentlichen Meinung von Süd- und Westdeutschland erheblich zurückkommen, wenn wir nicht zu unsrer Vertheidigung analoge Mittel anwenden, wie sie zu dem Zwecke, uns herabzudrücken, in Thätigkeit sind. Die Postzeitung und das Journal de Francfort gehören direct der östreichischen Regirung und werden auf der Präsidialgesandschaft redigirt. Die erstre hat kaum einen andern Zweck als den, am Ansehn Preußens zu nagen; sie thut es mit Geschick und hat dazu außer 3 oder 4 untergeordneten Litteraten (Hehner u. s. w.) zwei recht tüchtige Publizisten, die Herrn von Linde und Braun (den hiesigen Residenten). Bei letztrem findet der tägliche Vortrag aller hier im Solde Oestreichs stehenden Correspondenten statt, sowohl in Betreff des Inhalts der Postzeitung als der Correspondenzen, welche an fast alle süddeutschen und rheinischen Blätter auf Grund der von Wien an die Gesandschaft gelangenden generellen Inspiration täglich abgefertigt werden. Es giebt kaum ein erhebliches Blatt am Rhein und in Berlin, zu welchem nicht wenigstens ein im Solde Oestreichs stehender und von dort inspirirter Correspondent Zutritt hätte. Dieses wohlverzweigte Berieselungssystem findet das Terrain für die Befruchtung mit specifisch östreichischen Anschauungen zum Theil durch zwei andre Prinzipien vorbereitet, einmal durch das ultramontane und durch die Katholicität im Allgemeinen, dann durch dasjenige, was ich bambergische Bundespolitik nennen möchte, wie sie in München, Stuttgart, Carlsruhe, Wiesbaden, Hanover, Darmstadt verstanden und betrieben wird. Beide Elemente bieten sehr nutzbare Unterlagen für eine östreichische Preßpolitik, welche sich die Umgarnung und Abrichtung Preußens zum Ziele stellt. *Wir* haben dagegen keine andre Vertretung, als diejenige, welche wir selbst leisten. Jeder *gewöhnliche* Zeitungsleser bildet sich seine politischen Auffassungen einigermaßen nach dem Blatt, welches er täglich liest. Die so entstehende öffentliche Meinung *könnte* uns gleichgültig sein, weil sie in entscheidenden Momenten nichts leistet; sie *ist* es aber nicht, wir gestatten ihr Einfluß auf unsre Entschließungen, auch wenn wir wissen, wie sie entsteht, wie wandelbar sie ist

und wie schwache Unterlage sie uns zum Handeln gewährt. 17.2.1859.
Der Unsinn, wie ihn die Postzeitung in No. 75 ausspricht, daß wir „Oestreichs Kriege führen müssen, daß dieß keine Sache von Sympathie oder Antipathie, von Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit, von Leistung auf Dank hin, sondern einfach unser eignes Interesse" sei, wird widerspruchslos von allen deutschen Blättern vertreten, und bildet sich zu dem Axiom aus, daß die Existenzfähigkeit Preußens nur auf dem Schutze Oestreichs beruht, daß wir verloren sind, sobald diese unsre Schutzmacht besiegt wäre, und daß wir also zu einer von Oestreich unabhängigen Politik weder Recht noch Macht haben. Wenn wir jetzt Oestreich beistehn, so erscheint es als ein verdienstloser Akt, welchen die Pflicht der Selbsterhaltung uns auferlegt, höchstens als eine ganz natürliche und in jedem analogen Falle unvermeidliche Erfüllung der in unserm eignen Interesse erweiterten Bundespflicht. Ich würde mich gefreut haben, in der Wüste der Presse wenigstens einer Stimme begegnet zu sein, die es auszuführen gewagt hätte, daß es Preußen Ueberwindung kosten müsse, nicht nur Olmütz zu vergessen, sondern den jüngern Widerstand Oestreichs gegen unsre Theilnahme am Pariser Friedensschluß und an den Donau-Conferenzen, sowie die Haltung Oestreichs in der Neuenburger Sache, am Bunde (Rastatt, Mainz!), im Zollverein, daß es deshalb als ein besondrer Beweis deutsch-patriotischer Selbstverläugnung würde angesehn werden müssen, wenn Preußen die jetzige Lage mit der bundesfreundlichen Unbefangenheit auffaßte, welche sich erwarten ließe, wenn Oestreich von allem jenem das Gegentheil gethan hätte. Die ehrgeizigsten unter unsern preußischen Patrioten nehmen an, wenigstens haben es einige gegen mich ausgesprochen, Oestreich bitte uns dermalen mit der Beredsamkeit eines verschuldeten Cavaliers am Verfalltage um unsern Beistand, und wir brauchten uns unser Pfand, auf das wir die Armee herliefern, nur unter den Schätzen, auf welchen der Bundesdrache liegt, auszusuchen. Soviel ich weiß, weichen diese Vorstellungen sanguinischer Borussen sehr von der Wirklichkeit ab; es scheint fast, als sei uns bisher noch keine andre Eröffnung über die große Frage

17. 2. 1859. von Wien aus zugegangen, als das an Oldenburg und Nassau gleichmäßig gerichtete Circular vom 5. Uns ist dabei freilich gesagt, daß Oestreich von Schritten am Bunde sich nur nach vorhergegangner Verständigung mit uns Erfolg verspreche; aber ist nicht dieselbe Redensart auch Baiern gegenüber, und vielleicht bei allen Königreichen als schmeichelhafte Wendung benutzt worden? Jedenfalls ist das ganze Circular vom 5. ein Act der Bundespolitik ohne Verständigung mit uns. Rechberg sagte mir, er zweifle nicht, daß dieser Schritt einen sehr günstigen Eindruck in Berlin gemacht haben werde. In seiner wenig geschickten Manier hob er hervor, daß Oestreich weit entfernt sei, eine immerwährende Garantie seiner außerdeutschen Besitzungen zu verlangen, „denn eine solche Garantie würde uns eine Art von Recht zur Einmischung in Oestreichs italienische und orientalische Politik verleihn." Ich erwiderte scherzend: „Also thaten sollen wir mit, aber nicht rathen."

Wenn die Kriegsgefahr näher rücken sollte, so glaube ich an etwa folgende mise en scène der Wiener Politik. Zunächst wird die östreichisch-bairische Presse fortfahren, die öffentliche Meinung zu montiren; sie findet das bereitwilligste Echo bei allen Inhabern zinstragender Papiere, insbesondre östreichischer; diese hat man überzeugt, daß Preußens unbedingter Anschluß an Oestreich den Frieden und die hausse an der Börse sicher stellen würde. Analog bei den kleinen Fürsten, die für die Metalliques ihrer Privatvermögen, für ihre Behaglichkeit, ihre Schlösser und ihre Wildparks in Sorgen sind; dann bei allen geistlichen und weltlichen Ultramontanen, die es gerne sehn, wenn Preußen den Blitzableiter für Oestreich macht, indem es das französische Gewitter auf sich zieht; endlich bei den vielen ehrlichen Leuten, die mehr großdeutsch als preußisch fühlen. Es ist im Ganzen nicht schwer, den deutschen Philister zu Aeußerungen nationaler Erregtheit hinzureißen. In jeder größern Versammlung, besonders wenn die Mitglieder nicht militärpflichtig sind und kein Geld aus eigner Tasche geben sollen, ist eine sonore Stimme und eine blühende Phrase vollkommen ausreichend, um einen Ausbruch kriegerischen Nationalgefühls hervorzurufen, der am andern Tage in den

Zeitungen einen recht stattlichen Beleg der öffentlichen Meinung abgiebt. 17. 2. 1859.

Wenn wir auf solchen Wegen hinreichend zu der Einsicht gebracht sein werden, daß die öffentliche Meinung von uns den Anschluß an Oestreich verlangt, so denke ich mir auch den Moment gekommen, wo das Wiener Cabinet uns eröffnet, was es im Namen Deutschlands und im eignen Interesse Preußens von uns erwartet, voraussichtlich unter gleichzeitiger Circulardepesche an alle Bundesregirungen. Die Eröffnung an uns wird dann ihre Unterstützung in Sturmpetitionen finden, welche die übrigen deutschen Fürsten an uns richten, in begeisterten Artikeln der Kölnischen und der Spenerschen Zeitung, in patriotischen Adressen sowohl der Inhaber von Metalliques und Staatsbahn, als auch einer großen Zahl sehr ehrenwerther und mit der auswärtigen Politik durchaus unbekannter Leute.

Sollten die Eröffnungen des Wiener Cabinets demungeachtet bei uns noch nicht unbedingte Willfährigkeit finden, so werden die nöthigen Anträge am Bunde nicht von Oestreich — denn das sähe aus, als ob es in dessen Interesse läge — sondern lediglich im deutschen Interesse von Baiern als „dem größten rein deutschen Staate" gestellt werden. Nach Art. 47 der Schlußacte wird man mit erheblicher Majorität auch gegen Preußen beschließen, daß die Bedrohung der Lombardei Gefahr für das Bundesgebiet involvire; dann entwickelt sich die Sache genau verfassungsmäßig nach Art. 38 weiter; danach werden Vertheidigungsmaßregeln sofort beschlossen, also das Bundesheer aufgestellt, der Oberbefehlshaber gewählt, und die Wahl fällt auf den Kaiser von Oestreich. Dieser Oberfeldherr hat verfassungsmäßig eine dictatorische Gewalt über die Kriegsmittel des Bundes und ist nicht verbunden, seine Operationspläne irgend Jemand mitzutheilen (§ 49 des Kriegsverfassungsbeschlusses vom 11. July 22 und XII der organischen Bestimmungen vom 9. April 1821). Ich weiß nicht, wie weit unser Wille, einer solchen Wendung Widerstand zu leisten, gehn würde, verfassungsmäßig könnten wir nicht viel dagegen einwenden, und von unsern Bundesgenossen glaubt wohl keiner daran, daß wir uns nicht schließ-

17. 2. 1859. lich fügen würden, wenn der Plan fest und correct durchgespielt wird. Sie nehmen im Gegentheil an, daß wir es nicht bis zur Entwicklung einer östreichisch-bairischen Bundespolitik auf dem Rechtsboden von Art. 47 werden kommen lassen. Und in der That, wenn wir nicht entschlossen sind, gutwillig unsern Strang zu ziehn, so müßten wir schon in frühern Stadien eine Haltung annehmen, der gegenüber den andern der Muth verginge, uns maßregeln zu wollen.

Unsrer Depesche vom 12. zolle ich meine volle Anerkennung, aber der Haltung unsrer Presse nicht, sie giebt uns zu wohlfeil weg und erschwert das Terrain für die diplomatische Taktik der Folgezeit über Gebühr. Wir sollten mehr kaltes Wasser hineingießen, wie es die Nationalzeitung mitunter thut, aber viel kälter und viel mehr. Daß Frankreich eingeschüchtert wird, ist unter allen Umständen nützlich, aber auch, daß Oestreich geängstigt wird. Wenn Frankreich doch losschlägt, so ist uns die „freie Entschließung" durch Mitwirkung unsrer eignen Presse schon ziemlich schwer gemacht. Das Terrain ist sehr abschüssig gegen ein Bündniß à tout prix und auf Tod und Leben mit Oestreich geworden, wie auch die Dinge sich wenden mögen.

Abbruch des Manuskripts ohne Schluß.



20.

Siebenundzwanzig Briefe des Ministerpräsidenten O. v. Manteuffel an Bismarck.

1855—1858. — 1870.

I.

Ew. Hochwohlgeboren

2. 4. 1855. will ich durch Herrn v. Scheliha nur noch wenige Worte schreiben. Arnim berichtet fortwährend sehr günstig über die Wiener Conferenzen. Ich gebe aber darauf nicht viel, weil er nur das hört, was man ihm sagen will, und sich dabei auch pflichtschuldigst

beruhigt, es sogar für ein crimen laesae [majestatis] hält, wenn ich mir erlaube, Zweifel in die Aufrichtigkeit der Buolschen Versicherungen zu setzen. 2. 4. 1855.

Meine persönliche Ansicht von den Wiener Conferenzen und deren Resultat ist noch nicht ganz festgestellt. Einmal kann ich mir nicht verhehlen, daß im Allgemeinen eine friedliche Strömung Statt findet und daß diese, selbst wenn man auf divergirende Ansichten stößt, doch wohl einen Bruch noch wird vermeiden lassen, man wird suchen einen, wenn auch noch so dünnen Faden der Verständigung, sollte er sich auch nur [auf] eine Fassung beziehn, zu conserviren, um für gewisse Eventualitäten, die auf beiden Seiten Statt finden können, einen Anknüpfungs-Punkt zu haben. Sodann aber kann ich mir freilich nicht verhehlen, daß der dissensus ziemlich deutlich bereits vorliegt. Baron Werther telegraphirt mir, der Kaiser Alexander habe in der Audienz zur Ueberreichung der Creditive ihm gesagt, Lord Russell, der mit Fürst Gortschakoff auf gutem Fuße stehe, habe ihm vertraulich gesagt, daß England eine Limitation der Russischen maritimen Mittel im Schwarzen Meere kategorisch verlangen werde, das sei aber ein Punkt, auf welchem er, der Kaiser, unter keinen Umständen nachgeben könne. Baron Werther fügt freilich hinzu, Graf Nesselrode und andere Staats-Männer glaubten, es würde dieß nicht Lord Russells letztes Wort sein. Wenn ich indeß auf der andern Seite höre, man halte in Paris und London Lord John für zu friedlich und die Aufgabe der Sendung von Drouin sei de dire plus carrément ce que les puissances maritimes demandent, und wenn mir Graf Hatzfeldt schreibt, es sei zu bedauern, daß Drouin de l'H. nach London gegangen und durch eingegangene bindende Verpflichtungen sich jede Freiheit der Negotiation habe nehmen lassen, so weiß ich in der That nicht, was noch zu hoffen ist. Graf Bernstorff schreibt mir freilich, die Reise von Drouin sei ein gutes Zeichen, da er nur, um den Frieden zu machen, nach Wien gehe und andernfalls zu Haus geblieben sein würde, ich weiß aber nicht recht, wie man den Frieden machen will, wenn die Ansichten sich mit ja und nein entgegen stehn. Ich weiß sehr wohl, daß auch hierbei mit Fassungssubtilitäten sich viel machen läßt, nur hat das doch auch seine Grenzen. Oesterreich versichert uns fortwährend, daß es nichts mehr wünsche und anstrebe, als daß wir in den Conferenzen Platz nehmen. Andrer Seits schreibt mir Wildenbruch, daß Baron Koller, als er vernommen, daß die Türkei einen dieß-fälligen Antrag machen wolle, aus allen Kräften entgegengearbeitet. Auch hat die hiesige französische Gesandtschaft mir durch die dritte Hand insinuiren lassen, daß Oesterreich widerstrebe und Frankreich unsre Zulassung wünsche. Wer da lügt, mag schwer sein zu entscheiden, vielleicht beide, aber nach meinen Wahrnehmungen ist die Lüge auf

2. 4. 1855. Oesterreichischer Seite intensiver. Nichtsdestoweniger erscheint es mir zweifelhaft, ob es klug ist, Oesterreich, welches offenbar die große Frage vermöge seiner Betheiligung oder Nichtbetheiligung an dem aktiven Kampf mehr oder weniger in der Hand hat, mit Gewalt in das Lager der Westmächte zu drängen.

Heute ist General v. Wedell wieder hier einpassirt. Er bringt einen Brief des Kaisers an den König mit, worin sich die banale Phrase von dem den friedlichen Absichten des Königs widerstreitenden Betragen der Königlichen Gesandten in Deutschland (namentlich Frankfurt) wiederfindet. Ich bin im Begriff, auf eine dießfällige französische Depeche[1]) eine derbe Erwiderung zu erlassen. Uebrigens ist der Brief verbindlich.

Einen an mich gerichteten Privatbrief von Schulenburg in München, der nicht sehr tröstlich klingt, lege ich s. v. r. bei.

Hatzfeldt schreibt mir, die Veröffentlichung der Depeche vom 2. März habe sehr schlechtes Blut in Paris gemacht und er traue sich nicht mehr, irgend etwas dort zur Sprache zu bringen.

Bloomfield ist sehr heftig, Moustier weniger. Er giebt fortwährend zu verstehen, welch großes Gewicht man auf uns lege. Der König wird endlich etwas ruhiger wegen seiner Ausschließung in Wien. Er fürchtet, es werde der Friede jetzt zu Stande kommen, die Industrie-Ausstellung in Paris abgehalten werden und dann im Herbst der Krieg gegen das verlassene Preußen beginnen. Leben Sie wohl. Lassen Sie bald etwas von sich hören.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

B[erlin], 2/4. 55. ganz ergebener Diener

Manteuffel.

Meine Frau ist heute nach Crossen gereist, ich denke ihr übermorgen zu folgen, aber den Tag nach den Feiertagen hierher zurückzukehren.[2])

II.

Ew. Hochwohlgeboren

26. 6. 1855. habe ich für mehre geehrte Privatbriefe zu danken, was ich hiermit unter der Versicherung thue, daß dergleichen vertrauliche Mittheilungen für mich von besonderem Werthe sind und daß aus meinem Schweigen darauf nicht das Gegentheil, sondern höchstens Mangel an Zeit zum Antworten zu folgern ist. Ew. Hochwohlgeboren werden aus meinen

[1]) Manteuffels Schreibung.

[2]) Bismarcks Antwort vom 13. April 1855 in v. Poschinger II No. 117 S. 210 ff.

Depechen entnommen haben, daß ich in Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage wesentlich mit Ihnen übereinstimme. Vielleicht bin ich noch ängstlicher als Ew. Hochwohlgeboren bezüglich desjenigen, was wir von Oesterreich zu erwarten haben. Ich sehe mit Bestimmtheit großen Unannehmlichkeiten entgegen, welchen entgegenzutreten schwerer sein wird als bisher, weil bei der veränderten Sachlage an Allerhöchster Stelle schwerlich dieselbe Widerstandsfähigkeit sich finden wird wie bisher. Daß in letzter Beziehung bereits eine Abnahme eintritt, bemerke ich leider ganz deutlich; man denkt über den Berg zu sein und meint, daß es jetzt auf eine Hand voll Noten eben nicht ankomme, während es doch m. E. gerade jetzt von Wichtigkeit ist, daß wir uns recht ruhig und kritisch benehmen, um nicht im letzten Moment uns noch um die Früchte unseres bisherigen Benehmens betrogen zu sehn. Die Rückkehr von Prokesch nach Frankfurt, so sehr sie in anderer Beziehung zu bedauern ist, wird hier wohl die Augen öffnen. Die Westmächte sind übrigens gegen Oesterreich ungemein erbittert, und es gelingt dem Bloomfield wie dem Moustier nur ziemlich schlecht, ihren innern Groll unter die ihnen diplomatisch vorgeschriebene Hülle einer gewissen gleichgültigen Befriedigung zu verstecken. Graf Arnim schreibt mir zwar privatim aus Wien, Buol habe einem seiner Intimen, als dieser ihm Zweifel äußerte, ob Preußen auch so gut sein werde, auf Oesterreichs Wunsch zu ihm hinüber zu hüpfen, geantwortet: „nun dann sagt man, wir hätten uns geirrt." Indeß traue ich den Dingen doch nicht und glaube, daß dieses Geständniß, von dem man bisher nur das Gegentheil verlautbart hat, nur durch einen zähen Widerstand ausgepreßt werden könnte. Auf unsere bisherigen guten Freunde werden wir jetzt auch weniger zählen können, denn mit der Entfernung unmittelbarer Kriegs-Gefahr wird sich ihr politischer penchant wohl in gewohnte Bahnen zurückbegeben. Das mot d'ordre, welches für die westmächtlichen Gesandten in Wien ausgegeben worden, ist, daß Oesterreich auf das Primat in Deutschland verzichte, wenn es sich der bisherigen preußischen Haltung anschließe. Dieser Ton wird mutatis mutandis auch in Hannover angeschlagen. Wir thun also klug, ohne uns zu überheben, recht still, aber recht fest und recht negativ zu sein. Ein Anschluß an Oesterreich würde uns sogar von den Westmächten verdacht werden und könnte dahin führen, vielleicht die Gefahr von Italien an den Rhein zu wenden.

26. 6. 1855.

Baron v. Werther telegraphirt mir vom 25. d. M., daß der Kaiser zwar die Antwort nach Wien noch nicht genehmigt habe, daß aber der Kanzler dem Grafen Esterhazy die Versicherung gegeben, daß man in Wien damit zufrieden sein werde.

Ueber die Verluste der Alliirten beim letzten Sturm fehlt es mir noch an Details. Gestern hat Se. Majestät wieder einen

26. 6. 1855. leichten Fieber-Anfall gehabt. Heute soll es gut gehn. Ob die Reise nach Schlesien, welche übrigens nur 8 Tage in Anspruch nehmen sollte, noch, wie gestern festgestellt worden, am 1. Juli begonnen werden wird, weiß ich nicht.

In der Anlage erhalten Ew. Hochwohlgeboren ganz vertraulich Abschrift aus einem Polizei-Bericht, wie Se. Majestät sie erhält, als Beweis, wie freundlich Herr v. H[inckeldey] Ihrer gedenkt. Ich bitte davon aber keinen Gebrauch zu machen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B[erlin], 26/6. 55. Manteuffel.[1])

III.

Ew. Hochwohlgeboren

14. 8. 1855. danke ich verbindlichst für Ihr geehrtes Schreiben von vorgestern.[2]) Zu Ihrer bevorstehenden Reise nach dem Seebade wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen Glück und guten Erfolg. Ich liebe das Seebaden selbst so sehr, daß ich andre fast nicht ohne Neid dahin gehn sehn kann. Es ist indeß nicht dieses Gefühl, welches mich bestimmt, Sie zu bitten, doch bei Gelegenheit des Seebades nicht zu gänzlich und zu lange zu verschwinden, denn es ist nicht gerade unmöglich, daß ich in die Lage käme, mir Ihre Hülfe zu erbitten. Es stellen sich die Dinge in Erdmannsdorf[3]) ziemlich wunderbar; dort sitzt jetzt der alte Wedell, der gegen mich eine große Anklage erhoben hat, indem er mir Schuld giebt, ich hätte seine und Usedoms Mission[4]) hinter dem Rücken des Königs vereitelt. Diese Denunciation, zu der Usedom offenbar das Material geliefert hat, ist mir aus dem Cabinet mit einer ziemlich unfreundlichen Ordre zur verantwortlichen Erklärung zugefertigt worden. Ich bin mir nun zwar

[1]) Vom 11. August 1855 datiren 3 amtliche Schreiben: No. 1 benachrichtigt Herrn v. Bismarck von der Ertheilung eines sechswöchigen Urlaubs, No. 2 betrifft die Attachirung des Lieutenants v. Prillwitz an die Bundesgesandtschaft, No. 3 erbittet eine Aeußerung Bismarcks darüber, ob ein längeres Verbleiben des Seconde-Lieutenants v. Schreckenstein in Frankfurt mit Rücksicht auf den Conflikt desselben mit der Frankfurter Polizei Bedenken haben könnte.

[2]) v. Poschinger II No. 143 S. 260 f.

[3]) Am Hoflager des Königs.

[4]) nach Paris bez. London.

bewußt, in dieser ganzen Sache so correct als möglich gehandelt und nichts ohne Genehmigung Sr. Majestät gethan zu haben, und es wird mir auch leicht werden, dieß darzuthun, ebenso wissen Ew. Hochwohlgeboren, daß ich in jedem Augenbick mit Vergnügen meiner Wege gehe; indeß ist mir die Sache von Bedeutung wegen der Schlüsse, die man daraus auf gewisse Strömungen in hohen Regionen thun kann. — Den anliegenden Aufsatz verdanke ich einer sehr sichern Quelle; wenn auch nur Manches davon wahr ist, so geht doch daraus auch hervor, daß jetzt wieder stark gebraut wird. Wenn Sie über die Heidelberger Conventikel etwas wissen, so haben Sie wohl die Güte, mir darüber Mittheilung zu machen. Ich bitte Sie übrigens, diese Zeilen als nur für Sie bestimmt zu betrachten. 14. 8. 1855.

Meiner Frau, meinen Kindern und mir ist der Landaufenthalt, Gott sei Dank, gut bekommen.

Leben Sie wohl.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 14. August 1855. Manteuffel.

IV.

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich für mehre Briefe zu danken und wegen deren Nichtbeantwortung um Entschuldigung zu bitten. Auch heute bleibt mir nur ein Moment Zeit, und es ist mir daher nicht möglich, so ausführlich zu schreiben, als ich wünschte. Vielmehr muß ich mich auf eine Anlage beziehn, Abschnitt eines Briefes von mir an meinen Vetter Edwin, die hierneben folgt. 22. 1. 1856.

Es ist nämlich heute eine Oesterreichische Mittheilung, welche Ew. Hochwohlgeboren mit nächster Post erhalten sollen, eingegangen und welche im Wesentlichen Folgendes sagt: Oesterreich bemüht sich, uns den Eintritt ins Concert zu öffnen, dieß werde aber in Paris und London Schwierigkeiten finden, bevor wir uns nicht zu den Grundlagen der 5 Punkte bekannt hätten; das möchten wir daher unverzüglich thun. Es werde sich hieran eine Eröffnung an den Bund knüpfen, die man uns vorher mittheilen (nicht mit uns concertiren) werde und die nur den Zweck haben könne, den Bundesgenossen

22. 1. 1856. von der Sachlage Kenntniß zu geben und die Uebereinstimmung des Bundes mit der aufgestellten Friedensbasis zu constatiren. Auf das Wort aufgestellt dürfte Werth zu legen sein, denn in dem Briefe von Nesselrode an Esterhazy heißt es: nous acceptons les cinq propositions pour servir de projet de préliminaires et donner lieu à l'ouverture immédiate de négociations de paix. Hieraus dürfte folgen, daß, wenn England nicht unmittelbar verhandeln will, Rußland dann nicht gebunden ist.

Bei meinem heutigen Vortrage hat des Königs Majestät meine Idee, wie Ew. Hochwohlgeboren solche in dem Briefe an Edwin flüchtig angedeutet finden, nicht ganz genehmigt, endlich indeß zugestanden, daß wir uns nach Wien jetzt nicht äußern und es nur nach Paris und London thun. Ich habe meine Mittheilung daher sehr vorsichtig gefaßt, den Gesandten nur zu ihrer persönlichen Information gesagt, wir betrachteten die Russische Acceptation als etwas auch für uns und durch uns Erworbenes, da wir aber noch nicht wüßten, ob die Westmächte darauf eingingen, so geschehe das ganz selbstständig. In's Concert wollten wir uns nicht drängen, glaubten aber, daß alle die, welche einen dauerhaften Frieden wollten, unsere Garantie wünschen und herbeizuführen suchen müßten.

Ich lege noch Abschrift der Oesterreichischen Depeche bei und bitte wegen dieses schlechten, unter tausend Störungen geschriebenen Briefes um Entschuldigung.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin. Leben Sie wohl und schreiben Sie mir bald.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, 22/1. 56. Manteuffel.[1])

V.

Ew. Hochwohlgeboren

4. 2. 1856. kennen durch meine heutige telegraphische Depeche die Bedenken, die der König gegen die pure Annahme Ihres Vorschlags hat. Er besorgt durch dieselbe einmal seine Europäische Stellung insofern zu beeinträchtigen, als er zur Durchführung der Präliminarien sich

[1]) Bismarcks Antwort vom 25. Januar 1856 s. in v. Poschinger II No. 165 S. 297 ff., Bismarck-Jahrbuch II 57 ff.

4. 2. 1856.

nicht verpflichten will, so lange er nicht zur Conferenz eingeladen ist (nachher würde er sogar viel weiter gehn) und sodann, Oesterreich werde aus einem solchen Beschlusse eventuell die Verpflichtung, am Kriege sich zu betheiligen, deduciren. In letzter Beziehung wünscht der König die Einwirkung auf eine moralische Unterstützung beschränkt zu sehn. Ich bin indeß der Ansicht, daß dieß doch gar zu dünn ist, und daß es wie eine Zaghaftigkeit von unserer Seite aussieht, welcher unsre Bundes-Genossen bei aller Furcht vor dem Kriege sich doch des Decorums wegen nicht anschließen werden, so lange namentlich ein solcher nicht imminent ist, und dann, daß dieß für die Westmächte erst recht ein Grund sein möchte, eine Macht auszuschließen, die unter keinen Umständen handeln will. Auch scheint mir, da nicht ausgesprochen wird, daß der Krieg sich gerade gegen Rußland wenden soll, es sich vielmehr wesentlich um eine mit den nöthigen Reserven umgebene Aufrechterhaltung der 5 Punkte handelt, eine illimitirte Mitwirkung viel weniger bedenklich. Glauben Sie indeß, daß des Königs Idee Chance hat, so versuchen Sie es damit. Mein schließlich von Sr. Majestät genehmigter Vorschlag hat, wie ich mir selbst sage, eigentlich eine selbstverständliche Bedeutung und kann daher überflüssig erscheinen, immerhin hat er das Gute, daß er Oesterreichische, etwa später hervortretende Willkürlichkeiten auf künftige Berathungen und Beschlüsse hinweist, mithin der Vermuthung entgegentritt, als liege in dem dießmaligen Beschlusse schon Alles, auch der Krieg.

Den Oesterreichischen mit gegenwärtiger Sendung Ihnen zugehenden Entwurf wollen wir nicht annehmen, weil er nur in anderer Form ein Aufgeben unserer Stellung involvirt. Edwin warnt sehr vor Wien. Nichtsdestoweniger theilt der König Ihre Ansicht, daß man, *wo möglich*, den Dissens mit Oesterreich vermeiden muß. Ist es denn nicht möglich, die Sache hinzuziehn? Das, was uns genirt, ist der Mangel einer Entscheidung darüber, ob wir eingeladen werden oder nicht. Der König will diese Einladung durchaus nicht erkaufen, aber auch nichts thun, was sie hindert oder erschwert. Den Franzosen habe ich schon gesagt, daß sie sich über unsere etwaigen Zänkereien am Bunde nicht irre machen lassen sollten. Die Oesterreicher wissen, daß sie uns in eine Zwickmühle bringen, und deshalb gehn sie unsern Gegenvorstellungen ungeachtet vor. Das ist nicht sehr freundlich, man muß ihnen dieß bei andrer Gelegenheit entgelten lassen. Unsere Stütze müssen wir durchaus in Paris suchen, das hat aber hier und dort Schwierigkeit. Ew. Hochwohlgeboren sollten in meinem Interesse einmal an Hatzfeldt schreiben.[1])

---

[1]) Geschah in einem Briefe vom 7. Februar 1856, den ich o. S. 88 ff. nach dem *Original* veröffentlicht habe. Der Druck bei Poschinger II No. 174 S. 317 ff. ist ungenau.

4. 2. 1856. Er ist schrecklich unter dem Drucke der dortigen Verhältnisse und hält mich für einen Russen, weil ich nicht Alles thue, was man dort verlangt. Geschähe es Frankreich allein gegenüber, so ließe sich noch eher davon sprechen, Oesterreich aber nachzugeben, halte ich für unmöglich. Mit Moustier, der morgen nach Paris geht, habe ich eine lange Unterhaltung gehabt. Er verlangt quelque chose de signé entre nous et la France. Auf meine Frage, was das sein solle, da er doch nicht annehmen könne, daß wir den Russen in dem Augenblicke eine Ohrfeige geben sollten, in welchem Frankreich sich mit ihnen verständige, vielleicht alliire, erwiderte er: Je connais cela, la Prusse ou plutôt le parti russe à Berlin ne veut rien signer avec nous, nous sommes les Paria's. Alle meine Einwendungen waren fruchtlos. Er ist zu abhängig von Bloomfield und Loftus. Nach Bernstorffs letztem Berichte soll Lord Clarendon etwas vernünftiger sein, dennoch bezweifle ich unsere Zuziehung.

Verzeihen Sie die Flüchtigkeit dieser Zeilen und genehmigen Sie die Versicherung aufrichtiger Hochachtung, womit ich verharre

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 4. Febr. 1856. Manteuffel.

VI.

Ew. Hochwohlgeboren

9. 2. 1856. diese Nacht hier eingegangene telegraphische Depeche von gestern[1]) beweist in Uebereinstimmung [mit] einer solchen von Wien, daß dort das Wetter sich abermals geändert hat und Graf Buol nun wieder Sturm laufen will. Mir scheint es, daß man jetzt das Schlachtfeld ganz besonders nach Frankfurt zu verlegen und daher Ew. Hochwohlgeboren diejenige Freiheit zu gewähren hat, die erforderlich ist, um dem Gegner in Parade und Hieb zu dienen. Ich möchte also Sie so wenig als möglich von hier abhängig machen, sondern Sie recht ungenirt agiren sehn, zumal ich mich eines prinzipiellen Einverständnisses für versichert halte. Nichtsdestoweniger will ich Ew. Hochwohlgeboren meine Auffassung nicht vorenthalten, zumal es wichtig ist, daß ich in meinen Aeußerungen gegen G. Esterhazy mich mit den Ihrigen im Einklang befinde. Die von Wien aus mir angekündigte Eröffnung ist mir übrigens noch nicht zugegangen und werde ich sie wohl morgen zu genießen haben.

---

[1]) v. Poschinger II S. 319 Anm. 1.

9. 2. 1856.

Meine Ansicht geht nun dahin: es ist nicht an der Zeit, sich mit Oesterreich, so perfide es immerhin sein mag, zu brouilliren. Abgesehn von der Frage der Conferenzen schifft Oesterreich mit dem Friedenswinde, der nun einmal weht, und dagegen anzukämpfen, ist eine undankbare, wohl auch gefährliche Aufgabe. Je mehr wir aber Oesterreich auf den Dienst passen müssen, umso mehr sollen wir es vermeiden, ihm auf einem Terrain zu begegnen, wo es durch die Situation im Vortheil gegen uns ist. Der Bairische Vermittelungs-Vorschlag ist so übel nicht; er hebt eigentlich mit dem Vorbehalte die Concession auf, und er läßt sich daher als annehmbar betrachten. Dieser Ansicht ist auch General v. Gerlach, dem ich Ew. Hochwohlgeboren telegraphische Anzeige gezeigt habe. Dagegen verkenne ich auch die Kehrseite der Sache nicht. Einmal ist es schon nicht angenehm, auf einen Bairischen Vermittelungs-Vorschlag einzugehn. Sodann wird Oesterreich, obwohl meine Ew. Hochwohlgeboren bekannten Depechen uns immer den Weg der Verständigung offen erhalten haben, doch in der Annahme einen Sieg über uns erkennen oder Andere erkennen zu lassen sich bemühn. Daß unser Eintritt in die Conferenzen dadurch erleichtert oder gefördert werden möchte, muß ich nach den bisherigen Erfahrungen bezweifeln. Letztere ergeben, daß wir durch Concessionen oder Quasiconcessionen neue Forderungen und Impertinenzen, durch Festigkeit Nachgiebigkeit erzielt haben. Ew. Hochwohlgeboren sind der Ansicht, daß wir unsere Stellung am Bunde erst nehmen könnten, wenn über unsere Europäische Stellung entschieden sei. Diese Ansicht theile ich, muß aber doch bemerken, daß diese Entscheidung noch lange auf sich warten lassen kann und wahrscheinlich erst bei Eröffnung der Conferenzen, also erst in 14 Tagen erfolgen wird, vielleicht noch später, da dort vermuthlich die Frage discutirt werden wird. Die allerschlechteste Stellung für uns wäre doch die, wenn wir eine Erklärung am Bunde abgäben, aus der man deducirte (was meines Erachtens aus dem Bairischen Vorschlage nicht deducirt werden kann), daß wir alles acceptirt hätten, und uns hinterher gesagt würde, nun brauche Preußen gar nicht zugezogen zu werden. Das praktische Resultat, was ich für die fernere Behandlung der Sache daraus ziehe, ist folgendes: Wir dürfen uns zunächst von der Oesterreichischen Hast nicht überrennen lassen, müssen vielmehr aus rein formalen Gründen und immer mit dem Wunsche, die Verständigung mit Oesterreich herbeizuführen, ...[1]) Dazu werden wir auch die Unterstützung unserer deutschen Bundes-Genossen hoffentlich haben. Von dem unruhigen Herrn v. Beust erhielt ich zwar schon eine telegraphische Depeche, er sei mit dem Bairischen Vorschlage ein-

[1]) Ergänze etwa: unsere Entschließung uns noch vorbehalten.

9. 2. 1856. verstanden und wünsche die Sache bald erledigt zu sehn, dagegen hat mir Gr. Linden eine Depeche [vor]gelesen, wonach der Stuttgarter Hof sich gegen jede Beschlußfassung ohne Instructions-Einholung verwahrt. Mecklenburg äußert sich noch viel zurückhaltender. Daß Ew. Hochwohlgeboren sich bei der Discussion auf den Sächsischen Vorschlag zurückziehn, ist auch durch meine Ihnen inmittels zugegangene Depeche vom 6. d. M. nicht ausgeschlossen, doch wird das mit Vorsicht geschehn müssen, da Sachsen sein Kind, wie ich eben sagte, bereits verstößt; wie warm die Adoptiv-Mutter Hannover es vertreten wird, ist mir unbekannt. An Beust habe ich geantwortet, vor allen Dingen müsse man sich vor Ueberstürzungen in Acht nehmen, ich wollte daher zur Zeit ein Urtheil über den Bairischen Vorschlag nicht abgeben, der mir ganz vorsichtig gefaßt zu sein scheine, müsse aber in Uebereinstimmung mit andern Bundes-Genossen und im Interesse der Bundes-Versammlung dringend wünschen, daß die Sache da ihrer Wichtigkeit gemäß erwogen werde, wo sie hingehöre, d. h. im Schooße der Frankfurter Versammlung. Ist es dann möglich, dem Vorschlage noch eine Modification zu geben, welche ihm den Bairischen Charakter entzieht, so würde ich es für gut halten; geht das nicht, so wird man immerhin schließlich zustimmen können. Vielleicht könnte Preußen in Bezug auf seine Stellung als Signatair der Verträge von 1840 und 1841 noch besonders auf seine in dieser Beziehung ungeänderten Verpflichtungen aufmerksam machen. Ich gebe das indeß nur als einen Gedanken, ohne zu verkennen, daß derselbe auch sein Bedenken hat. Ew. Hochwohlgeboren Rückäußerung auf vorstehende Betrachtungen wird für mich von besonderem Interesse sein.

Moustier ist vor einigen Tagen nach Paris gereist, um Familien-Verhältnisse zu ordnen. Ich bezweifle, daß er zu unsern Gunsten wirken wird: er steht hier zu sehr unter dem Druck der Englischen Gesandtschaft und ist als parlamentarischer Mann überhaupt mehr Engländer als Franzose. Er ist bis auf die letzte Zeit dabei geblieben: il faut que la Prusse signe quelque chose avec nous. Worauf ich immer erwidert habe: Nous ne voulons pas acheter notre entrée dans les conférences, mais si Vous avez quelque chose à nous proposer, nous l'examinerons. Mit Bloomfield habe ich gestern eine ziemlich scharfe Scene gehabt. Er sprach mir von isolément Preußens après les conférences. Ich erwiderte ihm, er möge ganz ruhig darüber sein, wir würden unsere Alliancen schon haben, freilich würden wir sie nicht da suchen, wo man uns brutalisirte. General v. Gerlach fürchtet sehr eine Alliance Frankreichs mit Rußland. Der König, dem ich darin beistimme, theilt diese Besorgniß nicht, ist vielmehr der Ansicht, daß allerdings bis auf einen gewissen Punkt diese Alliance unvermeidlich sei, daß sie aber,

da sie unter ganz andern Umständen sich bilde wie im Jahre 1807, auch ganz andere Wirkungen haben werde als diese, und es Preußens Aufgabe vielmehr sei, sich dabei, sei es als Binde-Mittel oder als Keil, zu betheiligen. 9. 2. 1856.

Mit Bourqueney hat Edwin viele Conversationen gehabt, und dieser ist ihm sehr weit entgegengekommen und hat sich überhaupt sehr günstig für Preußen ausgesprochen.

Schließlich füge ich noch Abschrift einer von Sr. Majestät auf Grund der von mir gehaltenen Vorträge an Bernstorff und Hatzfeldt gerichteten Instruction zu Ihrer ganz vertraulichen Kenntnißnahme bei. Sie waren in verschiedene Fehler verfallen. Bernstorff bestürmte die Englischen Minister mit einem gewissen Ungestüm wegen Preußens Zulassung, und Hatzfeldt wieder schlug einen kritisch-elegischen Ton an, tadelte das hiesige Ministerium wegen Verkennung der Verhältnisse, der Schwächen Rußlands, der Uebermacht der Allianz, der Ungefährlichkeit zu übernehmender Verpflichtungen bei der Unvermeidlichkeit des Friedens u. s. w. und peinigt Walewsky mit Vorlesung alter Résumés über verjährte Unterhaltungen mit ihm. Ich finde die Königliche Schlußfolgerung sehr präcis.

Wenn ich Alles zusammenfasse, so ist mir unsere Ausschließung von den Conferenzen wahrscheinlicher als unsere Zulassung. Ich fürchte die Ausschließung gar nicht und habe nur einiges Grauen über das Geschrei, was dann selbst von wohlgesinnten Leuten erhoben werden wird.

Zum 16. oder 17. d. M. wird Orloff hier erwartet.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B[erlin], 9/2. 56. Manteuffel.[1])

VII.

Ew. Hochwohlgeboren

Schreiben von vorgestern, sowie das an General v. Gerlach gerichtete Schreiben von gestern[2]) habe ich aufmerksam gelesen und zum Gegenstande nicht nur meines Nachdenkens, sondern auch meiner 14. 2. 1856.

---

[1]) Bismarcks Antworten vom 10. und 11. Februar 1856 s. in v. Poschinger II No. 176. 177 S. 322 ff.

[2]) S. Bismarcks Briefe an den General L. v. Gerlach, herausgegeben von Horst Kohl S. 278 ff.

14. 2. 1856. Vorträge bei Sr. Majestät, sowie von Besprechungen mit Männern gemacht, auf deren Urtheil Sie sowohl als ich etwas geben. Ich bin weit entfernt, Ew. Hochwohlgeboren die lebhaften, in dem Schreiben an General v. Gerlach enthaltenen Aeußerungen irgend wie übel zu nehmen, vielmehr kann ich mich ganz gut in Ihre Lage versetzen und bedaure nur, Ihnen durch meine Instructionen Aerger und Verdruß zu bereiten. Ich beziehe mich indeß auf Ihre eigne sehr richtige Aeußerung, daß der hiesige Standpunkt doch ein anderer und weiterer als der dortige sein möchte, und will nicht unterlassen, hier wenigstens die Rücksichten anzudeuten, welche hier als maaßgebend erschienen, soweit dieß meine sehr beschränkte Zeit erlaubt. Ich verkenne durchaus nicht, was in dem Oesterreichischen Vorgehn für uns Unfreundliches und Verletzendes liegt, täusche mich auch darüber nicht, wie man Oesterreichischer Seits den Bundes-Beschluß ausbeuten wird. Letzteres muß man aber mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen, und Ersteres darf doch nicht auf die Beurtheilung des Fonds der Sache Einfluß haben. Betrachte ich nun diesen, so hat Oesterreich den Eingang des Bundes-Beschlusses nach unserm Vorschlage und, wie Sie selbst meinen, in abschwächender Fassung angenommen und am Schlusse desselben die mir sehr wesentlich erscheinende Concession des Vorbehaltes gemacht. Die Formulirung des Vorbehaltes scheint mir in der That nicht die Hauptsache zu sein, um so weniger, je leichter wir darüber hinweggehn. Nun haben wir in allen unsern Depechen immer gesagt, daß wir dem Zustandekommen eines Bundes-Beschlusses nicht entgegen sein würden, wenn in Anerkennung unserer Stellung die Formulirung mit dem nöthigen Vorbehalt versehn würde. Ein Vorbehalt ist nun da, und wenn seine Fassung nicht ganz genügt, so werden Ew. Hochwohlgeboren doch darüber mit mir einverstanden sein, daß unser Widerstand um so schwieriger und bedenklicher wird, je mehr man uns entgegenkommt. Dieß zeigt sich auch in der Haltung unsrer Deutschen Bundes-Genossen, welche es gar nicht begreifen können, wie wir diese Sache nicht annehmen sollten. Es bieten sich uns doch nur 3 Wege dar: 1.) der von Ew. Hochwohlgeboren zuletzt vorgeschlagene, den ich aber nicht als den eines kühlen Abwartens, sondern als den eines schroffen Umdrehens und Hinübertretens auf den Russischen Standpunkt bezeichnen möchte. Hätte ich darüber noch Zweifel, so wären sie vollkommen beseitigt durch einen Bericht von Brunnow, den mir Budberg abschriftlich mitgetheilt hat. Darin werden die großen Vortheile, welche aus einer solchen Haltung Preußens für Rußland entstünden, in klares Licht gestellt. Es dürfte nun daraus, daß wir uns eifrig für Annahme der Präliminarien verwendet haben und es doch nicht in unserm Interesse sein dürfte, diese Annahme wieder locker zu machen, hervorgehn, daß eine derartige

14. 2. 1856.

umgekehrte Haltung eine vollständige Wendung unserer Politik darstellen würde. Dank von Rußland werden wir dafür nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten haben, denn es ist mir kaum zweifelhaft, daß Rußland unsere Ausschließung von den Conferenzen wünscht, um uns zu verbittern und in uns eine Reserve bei den Verhandlungen zu gewinnen. Daß aber diese Wendung unserer Politik die Westmächte aufs Höchste erbittern würde, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Ich würde diese weniger scheuen, wenn nicht uns damit zugleich der Vorwurf der Friedensstörung gemacht und auch unsere deutschen Verbündeten uns dadurch entfremdet würden. Ein zweiter Weg ist der, den wir hier adoptiren, nämlich, daß wir den Vorschlag, wie er liegt, ohne besonderes Widerstreben annehmen und gewisser Maaßen als den unserigen bezeichnen, wodurch wir dann auch in die Lage kommen, damit freier zu handhaben. Der dritte Weg, welchen ich für den allerschlimmsten halten würde, wäre der, daß wir eine Zeit lang Widerstand leisteten, dadurch vielleicht eine kurze Frist gewönnen und endlich doch nachgäben, vielleicht um eine Secession in Deutschland zu vermeiden und aus einer immerhin unangenehmen Minorität herauszukommen.

Ein Argument gegen den ersten Weg, welches nicht von mir, sondern von General v. Gerlach ausgeht, und dessen Berechtigung ich nur bis auf einen gewissen Punkt anerkenne, will ich doch auch nicht unerwähnt lassen. Oesterreich mag sich gegen uns noch so perfide und schlecht benehmen, wir dürfen es in diesem kritischen Momente nicht ganz aus unserer Verbindung herauslassen, wir müssen, so schwer es uns auch fällt, doch zu vermeiden suchen, uns mit dieser Macht ganz zu entzweien und sie von uns zu stoßen. Die Gründe liegen auf der Hand. Ich füge freilich hinzu, daß diese Rücksicht nicht unsere Selbstständigkeit beeinträchtigen darf, und daß, wenn wir dadurch in eine abhängige Nachgiebigkeit gerathen sollten, der endliche Bruch um so gewisser und schroffer wird. Im vorliegenden Falle aber ist die Differenz, um die es sich handelt, doch kaum so erheblich, daß man in der öffentlichen Meinung uns nicht ungünstig beurtheilen sollte, wenn wir darüber zum Bruche kämen.

Dieß sind die leitenden Gedanken, welche hier die Entschließung motivirt haben. Ich bitte recht sehr, der Ausführung derselben nicht die Meinungs-Verschiedenheit entgelten zu lassen, dieselbe vielmehr mit gewohnter Umsicht und Tact zu bewerkstelligen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel.

14. 2. 1856. Soeben, fast gleichzeitig, erhalte ich Ew. Hochwohlgeboren Schreiben von gestern[1]) und die telegraphische Depeche von heut. Einen Brief von General v. Gerlach an mich schließe ich bei.[2])

Berlin, den 14. Febr. 1856
in dem Abgeordneten-Haus.

Der beigelegte Brief des Generals v. Gerlach lautet:

Ew. Excellenz

habe ich die Ehre, die drei mir anvertrauten Depeschen zurückzusenden. Ueber den Bismarckschen Brief habe ich den König ausführlich gesprochen und ausgeführt, daß eine Sonderung von Oestreich diesen Staat in die engste französische Allianz treiben, den Deutschen Bund sprengen und den von uns abfallenden Theil dem Wesen nach zu einem 2ten Rheinbund machen würde. Unsre Aufgabe ist, auf alle Weise Oestreich Rußland zu nähern.

Mit gewohnter Verehrung

B[erlin], 14/2. 56. v. Gerlach.

(vertas, si pl.)

Eben, als ich dieß abschicken wollte, erhalte ich Ew. Excellenz Zuschickung mit der Bismarckschen und Kgl. Einlage.

Ich möchte Bismarck sagen, dessen Correcturen des Bairischen Vortrags übrigens vortrefflich sind, daß man sich doch nicht für Rußland weiter avanturiren kann, als man weiß, daß es mitgeht.

Die Königliche Instruction geht mir im Schluß zu weit und zu positiv vor.

L. v. Gerlach.

VIII.

Ew. Hochwohlgeboren

2. 3. 1856. habe ich noch nicht für Ihren letzten Brief[3]) gedankt, der mir in recht wirrer und schwerer Zeit als ein wahrer Trost gekommen und mich aufrichtig erfreut hat. Nicht als ob ich mich des Triumphs, Ew. Hochwohlgeboren mit Gründen überwunden oder gegen Ihre Meinung die meinige durchgesetzt zu haben, erfreute, beides ist nicht der Fall,

---

[1]) v. Poschinger II No. 178 S. 328 ff.

[2]) Bismarcks Antwort vom 16. Februar 1856 s. in v. Poschinger II No. 182 S. 337 ff.

[3]) vom 16. Februar 1856.

aber das, was mich erfreut, ist, daß Sie mir trotz alle dem und alle dem nicht nur Ihrer Pflicht gemäß, sondern auch als treuer Freund zur Seite stehn. Ich will daher auch über die Vergangenheit hier Reflexionen irgend welcher Art nicht machen, sondern mich darauf beschränken zu bemerken, daß wirklich mit Zusammenfassung aller obwaltenden Umstände und zu nehmenden Rücksichten ein Mehres — wie der Jude zu sagen pflegt — nicht drin war. 2. 3. 1856.

Wegen der Indiscretion des Nord haben Ew. Hochwohlgeboren an mich amtlich[1]) und an General v. Gerlach privatim[2]) geschrieben. Mein amtlicher Erlaß enthält darauf die Antwort. Budberg schwört Stein und Bein, daß er bei der ganzen Sache unbetheiligt sei. Er hat mir einen Originalbrief der Redaction des Nord producirt, worin diese versichert, daß sie die Mittheilung aus einer Pariser Quelle habe, welche sich auch in einem frühern Falle als zuverlässig erwiesen habe, und er bittet mich zum Beweise seiner Unschuld durch Werther seinen an Nesselrode erstatteten Bericht einsehn zu lassen, woraus zu entnehmen sein werde, daß er die Sache mit dem Worte „insbesondere" falsch aufgefaßt habe. Richtig ist es übrigens, daß ich ihm zu seiner Beruhigung den Berichts-Entwurf gezeigt hatte, jedoch unter dem ausdrücklich von ihm geleisteten Versprechen äußerster Discretion. Ganz gereinigt ist er in meinen Augen nicht. Möglich ist indeß auch, daß die Indiscretion an einer andern Stelle begangen worden. Der König hatte nämlich die Piece dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz zur Ansicht mitgetheilt, und sie hat sich etwa 12 Stunden in seinen Händen befunden. Doch möchte ich nicht annehmen, daß der alte Herr einen Mißbrauch sollte gestattet haben. Hoffentlich wird auch hierüber Gras wachsen.

Was Ew. Hochwohlgeboren über die Protokollfassung schreiben, ist sehr merkwürdig und beweist das mir längst unzweifelhafte Verhältniß, daß nicht bloß mit des Geschickes Mächten, sondern auch mit Oesterreich kein Bund zu flechten ist. Ein mit solchen Bassessen geführtes Präsidium muß den Bund demoralisiren und zuletzt sprengen. Was die Vereidigung des Protokollführers betrifft, so werde ich die von Ew. Hochwohlgeboren vorgeschlagenen Schritte vornehmen, wenn sie aber auch zum Ziele führen sollten, so sehe ich davon doch eine dauernde oder wesentliche Verbesserung nicht ab. Ebensowenig glaube ich, daß mit dem von Buol proponirten Preß-Cartell irgend etwas zu erreichen ist. Mit dieser Gesellschaft ist auf anständigem Fuß einmal nicht zu leben, und sich fortwährend in der

[1]) Dieser Bericht an Manteuffel, vermuthlich vom 26. Februar 1856, fehlt in der Poschingerschen Sammlung.

[2]) S. Bismarcks Briefe an General v. Gerlach, herausgegeben von H. Kohl S. 283 f.

2. 3. 1856. Nothwendigkeit zu befinden, es der eignen Ueberzeugung zuwider zu versuchen, ist eine recht unangenehme Lage. Mein Vetter Edwin, der zu seinem großen Leidwesen noch fortwährend in Wien sitzen muß, während der Kaiser in Böhmen jagt, aber nun doch hoffentlich bald zurückkehren wird, schreibt die schönsten Berichte über Conversationen, die er mit dem alten Metternich gehabt, über Versicherungen, die ihm der Kaiser gegeben, [über] Artigkeiten, die ihm Grünne und Werner gesagt, aber ich frage: was thue ich damit? Edwin war übrigens in der Bundes-Sache Ihrer Ansicht. Er legt fortwährend einen großen Werth auf unsere Betheiligung an den Pariser Conferenzen und hat darüber die schönsten Oesterreichischen Versicherungen aufzuweisen. Mir ist diese ganze Frage nachgerade so eklig, daß es mir Ueberwindung kostet, mich nur damit zu beschäftigen. Auf Oesterreichische Versicherungen gebe ich überhaupt nichts, glaube aber überdieß, daß der Oesterreichische Einfluß in Paris ein sehr geringer und die Rolle des Grafen Buol daselbst wenig über die eines Statisten hinausgeht. Hatzfeldt überschüttet mich mit telegraphischen Depechen, welche den Thermometer-Stand der bald mehr, bald minder günstigen Laune des L. Napoléon und Walewsky bezeichnen und die fortdauernde Englische Widerhaarigkeit constatiren. Moustier spricht in sehr wohlgesetzten Reden von unserer Europäischen Stellung und der Nothwendigkeit, dieselbe bald wieder einzunehmen. Bloomfield berührt dieß Thema gar nicht, ist aber von unglaublicher Ueberhebung. Bei einer neulichen Unterhaltung über den Sundzoll sagte er, das Verhalten der Staaten in der orientalischen Frage sei der Maaßstab für die Behandlung der Staaten, und da Dänemark sich nicht so gut geführt habe, als man zu erwarten berechtigt gewesen, aber doch auch nicht zu große Sünden begangen, so werde man es wohl leidlich glimpflich durchbringen. Esterhazy, der sonst auf den General v. Gerlach geradezu zu schimpfen pflegt, so daß ich ihn in seine Schranken zurückweisen mußte, hat ihn kürzlich besucht und mit Achtungs- und Freundschafts-Bezeugungen, gleichzeitig aber mit Beschwerden über mich wegen schlechter Behandlung überhäuft.[1]) Der General und der König, welche beide mir das Factum mit Lachen erzählten, waren darüber ganz betreten.

Oberst Manteuffel ist der Ansicht, wenn wir in Paris ausgeschlossen blieben, so müsse irgend etwas geschehn, um das National-Gefühl wieder zu heben; der König müsse also den Landtag im Weißen Saale versammeln und ihm seine Politik eröffnen, auch einen Credit von 30 Millionen verlangen. Ich bin ein Feind aller Scenen, also auch von dieser, die überdieß noch ziemlich theuer zu stehn kommen würde. Große Kühle und Ruhe scheint mir die beste

[1]) Vgl. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 397 (23. Febr.).

Antwort auf unsere Ausschließung, die mich gar nicht wurmt. Beim Landtags-Schluß wird man mit Würde etwas sagen können und müssen, aber kein Geld fordern, sondern an die volle Tasche — wir haben 21 Millionen zu Kriegszwecken liegen — schlagen können. Ich bitte Sie übrigens, von dieser Sache nicht zu sprechen, da es meinem Vetter unangenehm sein würde, wenn er wüßte, daß ich seinen Vorschlag weiter mitgetheilt hätte. 2. 3. 1856.

Nach den neuesten Nachrichten der Indépendance fängt man ja an, sich in Paris zu zanken. Die Sache wird wohl zu Stande kommen, aber nicht so glatt, wie viele Leute glaubten. Die Russen wollen uns dort offenbar nicht haben, und sie sind dabei ganz auf dem ihren Interessen entsprechenden Wege. Wir dürfen uns dazu nicht drängen, ebensowenig aber nach meinem Dafürhalten uns selbst die Thüre dazu verschließen durch vorschnelle, immer das Gepräge der Gereiztheit tragende Erklärungen, sondern ruhig — nicht abwarten, sondern zusehn. In Paris trägt man, um L. Napoleon zu erbittern, die Nachricht umher, der König wünsche die Einladung nur zu dem Zwecke, um sie nach dem Empfange mit einem Fußtritt gegen den Neffen zu refüsiren. Die Erfindung muß von einem recht guten Freunde von uns ausgehn.

Meine Frau empfiehlt sich Ihrer Frau Gemahlin, und ich verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B[erlin], 2/3. 56. Manteuffel.

Soeben erhalte ich eine Couriersendung von Hatzfeldt, in welcher sich aber neue Thatsachen durchaus nicht, dagegen schwermüthige Reflexionen über seine jetzige, von mir verschuldete Position in Paris finden.

M.[1])

IX.

Ew. Hochwohlgeboren

würde ich schon längst von hier aus geschrieben haben, wenn ich nicht mit meiner Zeit außerordentlich im Gedränge gewesen wäre und wenn nicht die Unsicherheit der Posten mir Bedenken erregt hätte. Namentlich dieß letzte Hinderniß besteht noch. Da ich indeß 6. 4. 1856.

[1]) Bismarcks Antwort vom 12. März 1856 ist auszugsweise veröffentlicht in v. Poschinger II No. 187 S. 350 ff.

6. 4. 1856. Ew. Hochwohlgeboren doch Manches zu sagen habe, so beschränke ich mich auf die Frage, ob ich, wenn ich meinen Rückweg über Frankfurt nehme und etwa am Mittwoch, den 15. d. M., hier abreise, wohl hoffen darf, Sie dort anwesend zu finden und Sie nicht zu stören. Mein Aufenthalt dürfte sich auf ein Minimum an Zeit beschränken und wohl nur einen halben Tag dauern, immerhin aber würde sich Gelegenheit zu einem Gedanken-Austausch finden.

Sehr dankbar würde ich Ihnen, geehrter Freund, sein, wenn Sie die Güte hätten, mich genau zu informiren, wie ich meine Reise bezüglich der Ankunft und des Abgangs einrichten könnte.

Auf diplomatische Demonstrationen, namentlich auf ein Diner, welches mir vielleicht Ihre große Güte offeriren möchte, würde ich unter allen Umständen Verzicht leisten müssen, dagegen würde es mir zur besondern Ehre und Freude gereichen, wenn es mir vergönnt wäre, auch einen Blick in Ihren häuslichen Kreis zu werfen und namentlich die Bekanntschaft Ihrer Frau Gemahlin zu machen.

Ich bemerke schließlich noch ganz ergebenst, daß meine Reisepläne keineswegs feststehen, sondern noch von gar manchen Umständen abhängen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

Paris, den 6. April 1856. Manteuffel.

X.

Ew. Hochwohlgeboren

14. 10. 1856. erwidere ich auf das geehrte Schreiben vom 11. d. M.,[1]) daß ich zunächst den Krankheitszustand Ihrer kleinen Familie auf das Lebhafteste bedaure und von ganzem Herzen Besserung wünsche. Was sodann Ihre Hieherkunft betrifft, so war ich allerdings im Begriffe, um selbige zu bitten, da die leidige Neuenburger Angelegenheit zu meinem lebhaften Bedauern in Bahnen geleitet worden, wo man der Mitwirkung des Bundes bedarf. Se. Majestät wünschen hierüber und namentlich über eine frühere Einberufung des Bundestags mit Ew. Hochwohlgeboren zu reden, und auch mir wird es wichtig sein, darüber einen Ideenaustausch eintreten zu lassen. Indessen brauche

---

[1]) v. Poschinger III No. 20 S. 31.

ich Ew. Hochwohlgeboren doch Ihren kleinen Kranken und jetzt hoffentlich Reconvalescenten nicht sogleich zu entziehn. Theils nämlich scheint es mir wünschenswerth, daß in der Sache überhaupt nichts überstürzt werde, theils tritt der Umstand in Betracht, daß des Königs Majestät übermorgen nach Greifswald und von da nach Strelitz gehn, von wo die Rückkehr erst am 20. zu erwarten ist. 14. 10. 1856.

Ew. Hochwohlgeboren werden daher zeitig genug hier sein, wenn Sie Sich, worum ich bitte, so einrichten, daß Sie am 20. Vormittags hier eintreffen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung und mit Empfehlungen an Ihre verehrte Frau Gemahlin

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 14. October 1856. Manteuffel.[1])

XI.

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich für mehre geehrte Schreiben zu danken, welche mein lebhaftes Interesse erregt haben. Leider kann ich Ihnen nicht so ausführlich, wie ich wünschte, antworten, denn ich schreibe in einer unangenehmen Staats-Ministerial-Sitzung. 23. 11. 1856.

Besonders wichtig erscheint mir das, was Ew. Hochwohlgeboren über Graf Barral sagen.[2]) Ich habe darüber in Paris und Turin Erkundigung eingezogen, kann aber freilich von unsern an beiden Orten katholischen Gesandten keine recht eingehende Aufklärung erwarten.

Vielleicht kann ich indeß doch nach meinen Notizen einen einiger Maaßen brauchbaren Schlüssel liefern. Ich nehme die jetzige Situation so an: Rußland hat sich mit vielem Geschick an Frankreich angeschlossen, seine Vorschläge pure acceptirt und auf diese sich nach und nach mit denselben identificirt. Nun führten aber die Russisch-Französischen einer —, und die Englischen anderer Seits aus einander, und man legte sich in Paris die Frage vor, ob man sich von England trennen wolle und könne; man verneinte die Frage, man wollte mit England gehn und gerieth dadurch in Verlegenheit, wie man sich von dem an die Fersen Frankreichs gehefteten Rußland, das man anständiger Weise nicht ohne Weiteres abschütteln konnte, losmachen will. Dazu ergreift man nun folgendes Mittel: Man

[1]) Vom 20.—28. Oktober weilte Bismarck in Berlin.

[2]) s. v. Poschinger IV No. 102 S. 243 ff.

23. 11. 1856. sagt den Engländern ins Ohr: kommt, um uns in unserm consequenten Gange nicht zu stören, in die Conferenz, wir garantiren euch die Majorität. Man sagt den Sardiniern ebenfalls ins Ohr: wir wollen euch ein Mittel zeigen, England sowohl als Frankreich zu obligiren: stimmt in der Conferenz gegen uns und Rußland; wir nehmen es euch nicht nur nicht übel, wir sind euch dafür dankbar.

In der Neuenburger Sache sehe ich zu meinem Schmerze noch keine Lösung. Vielmehr macht sich der Erfolg der Verständigung zwischen England und Frankreich zu unserm Nachtheile bereits bemerklich. Diese Angelegenheit tödtet mich noch. Gott bessere es.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B[erlin], 23/11. 56. Manteuffel.[1])

XII.

Ew. Hochwohlgeboren

7. 1. 1857. will ich durch Herrn v. Reitzenstein wenigstens meinen Gruß in zwei Worten senden.

Nach Nachrichten aus Wien soll Buol, nachdem er unsern Ernst in der Sache wahrgenommen, jetzt günstiger für uns sprechen. Er verschanzt aber seinen angeblichen guten Willen hinter die Londoner Conferenz und hinter den Bundestag, für welchen er plötzlich eine Leidenschaft gefaßt zu haben scheint.

Rußland ist ganz correct. Der Kaiser Napoléon hat dem Könige eigenhändig geschrieben, er hoffe die Sache zu erledigen. Die nächsten Tage müssen das zeigen. Wir halten diesen Brief geheim, damit er nicht bei uns die bereits eingetretene Abkühlung vermehre. Ohnehin ist es zweifelhaft, wie die Versammlung votiren wird. Inmittelst nehmen wir noch immer den 15. d. M. als Mobilmachungstermin an.

Von den Deutschen Staaten ist Baden (mit Ausnahme von Oesterreich) am schwierigsten. Erst zeigte man Empfindlichkeit darüber, daß wir keine Convention abgeschlossen, obwohl Solches von uns nie verlangt worden, dann sagte man uns, wir müßten die Vorschläge zu der Convention machen, und als wir endlich einen Generalstabs=

[1]) Eine Antwort Bismarcks auf diesen Brief ist wohl nicht ergangen; er begab sich am 28. November nach Berlin.

Offizier mit ausgedehnten Vollmachten hinsandten, sagte man uns, es müßten erst im diplomatischen Wege Vorfragen erledigt werden. Savigny telegraphirt nun zwar, daß mit den Offizieren verhandelt werden solle, des Pudels Kern scheint aber zu sein, daß wir die Mobilmachung der Badischen Armee und womöglich auch noch Entschädigung für entgangene Handels-Vortheile zahlen sollen. 7. 1. 1857.

Die Württembergischen Demokraten regen sich ja recht stark. Wenn es zum Frieden kommt, was ich immer noch wünsche, so wäre zu bedauern, daß die Herren die verdiente Lection nicht erhalten.

Vom hiesigen Ebben und Fluthen wäre viel zu sagen, das würde aber zu weit führen. Leicht macht es die Geschäfte nicht. Zu meiner Erholung hat Se. Majestät das Allerhöchste Hoflager nach Potsdam verlegt, wohin ich täglich bei 10 Grad Kälte fahre.

General v. Gerlach ist jetzt in seine Function zurückgekehrt. Ich habe ihn noch nicht gesehn. Er soll das Verhältniß zu Bonaparte stark tadeln und Alles verdammen, was sich daran knüpft. Thatsache bleibt es aber doch, daß wir ohne oder gegen ihn uns gar nicht hätten rühren können.

England ist so schlecht als möglich gegen uns und communicirt haarsträubende Depechen.

Die orientalische Krisis hat ja durch den zweiten Pariser Congreß jetzt ihre Endschaft erhalten, auf wie lange, ist freilich die Frage.

Meine herzlichsten Glückwünsche für Sie, geehrter Freund, und Ihr Haus.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener
B[erlin], 7/1. 57. Manteuffel.[1])

XIII.

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich seit lange privatim zu schreiben nicht mehr die Zeit gefunden und will daher heute Abend einige freie Minuten benutzen, um Ihnen einige Worte, für welche ich indeß Ihr Vertrauen in Anspruch nehme und die nur für Sie bestimmt sind, zu sagen. Ich gehe in medias res. 19. 1. 1857.

Unser gemeinschaftlicher Freund General v. Gerlach, der, wie Sie wissen, in seiner Familie einen von mir aufrichtig beklagten

---

[1]) Eine Antwort Bismarcks auf diesen Brief ist noch nicht bekannt geworden.

19. 1. 1857. Verlust erlitten hat,[1]) ist jetzt hier in seine dienstlichen Functionen wieder eingetreten. Dazu rechnet der General bekanntlich auch die, in Politik zu machen. Meiner Seits habe ich dagegen gar nichts, denn er ist ein Mann, den ich wegen seiner vortrefflichen Gesinnungen und wegen seines Gedanken-Reichthums hochschätze. Wenn ich auch zuweilen an das Sprichwort: viele Köpfe u. s. w. denke, und meine Functionen durch solche Mitwirkung nicht eben erleichtert werden, so habe ich mich doch längst überzeugt, daß, wie bei uns die Dinge einmal sind, ein solches Doppelspiel unvermeidlich ist und die Aufgabe nur darin besteht, es möglichst unschädlich durchzuführen. Deshalb sehe ich auch den General v. Gerlach ganz gern an dieser Stelle, weil ich überzeugt bin, daß er nur das Gute ohne alle Nebenabsicht will und man von ihm eine geflissentliche Beschädigung der Landes-Interessen ganz sicher nicht zu erwarten hat. Im gegenwärtigen Moment aber, wo er ganz ohne Zusammenhang und Fühlung in die Verhältnisse hinein kommt und hinein greifen will, fürchte ich, daß in der That seine Bestrebungen, ohne daß er es will, sehr schädlich werden können. Er tadelt nämlich ganz offen unsere bisherige Politik (indem er freilich hinzusetzt, daß er es nicht besser gemacht haben würde) um deshalb, weil sie uns in Abhängigkeit von Frankreich gebracht habe, und geht darauf aus, durch allerhand verschiedene Wendungen, heißen sie: Europäisches Concert oder Bundestag, dem Kaiser Napoléon das, was er an Einfluß gewonnen, wieder zu entziehn. Dieß Bestreben ist jetzt um so gefährlicher, als es beim Könige ein günstiges Terrain findet, dem nicht nur die fortwährend in widerwärtigster Weise winselnden Berichte des Herrn v. Sydow, sondern auch die beiden exaltirten Weiber, namentlich die Gräfinnen Wesdehlen und Dohna, den Kopf warm machen und mit der Entfernung der Gefahr die Prätensionen wachsen. Ich halte das für höchst bedenklich und zwar aus vielen Gründen, von denen ich nachstehend nur einige anführe:

1. Es ist der Klugheit gemäß und liegt in unserm Interesse das, was jetzt geschehn ist, als einen Sieg für uns zu betrachten, wie es denn in der That ein solcher ist, wie er nicht zu oft vorkommt, sofern die demokratische Schweiz, bevor wir den Degen gezogen und einen Groschen ausgegeben haben, uns ein bereits abgeschlagenes Verlangen zugesteht. Wenn wir aber dumm genug sind, uns selbst als unbefriedigt und verdrießlich hinzustellen, so entgeht uns unser Vortheil und schlägt von selbst in Nachtheil um.

2. L. Napoléon würde die Wendung unserer Politik sehr bald erkennen und mit Recht als Undankbarkeit und rancune gegen ihn selbst sehr übel nehmen. Der Hauptvortheil, den wir durch ein

[1]) Durch den Tod der Tochter Ulrike v. Gerlach, 17. Dezember 1856.

günstiges Verhältniß zu ihm nicht ohne manche Mühe meiner Seits erreicht haben, würde unmittelbar in das Gegentheil umschlagen. Ich meine damit gar nicht, daß man jetzt Alles zu thun habe, was er verlangt, im Gegentheil sehe ich voraus und fürchte auch weiter nicht, daß manche Differenz-Punkte sich herausstellen werden; dieß ist aber sehr verschieden von der Tendenz de refaire ce qui été a fait, wie Gerlach es will. 19. 1. 1857.

3. Die nothwendige Folge hiervon wäre allerdings, daß wir dadurch in ein näheres Verhältniß, wie Gerlach es will, zu Oesterreich kämen, indeß, das gerade ist es, was ich besorge. Das Verhältniß zu Oesterreich wird nach meiner innigen Ueberzeugung nur dann ein gutes und für uns unschädliches sein, wenn man dort merkt, daß wir Oesterreich nicht brauchen. Nur in diesem Falle wird Oesterreich uns behandeln, wie wir es verlangen können, in allen andern Fällen wird es uns mißhandeln.

Doch genug hiervon; Ew. Hochwohlgeboren können Sich das selbst und viel mehr noch sagen. Meine Bitte geht nun dahin, daß Sie, sofern die dortigen Geschäfte es erlauben, einmal auf einige Tage hier Ihren Sitz im Herren-Hause einnehmen und dieselben weniger zu parlamentarischen als zu diplomatischen Bestrebungen in Beziehung auf unsern gemeinschaftlichen Freund benutzen. Sollte dieß aber Ihnen nicht ausführbar scheinen, so haben Sie vielleicht die Güte, an Gerlach zu schreiben, doch, ohne mich als Provocant zu nennen. Ich verlange auch keineswegs, daß Sie für mich und meine Auffassung eintreten, sondern stelle lediglich anheim, daß Sie Ihre eigne Ansicht, selbst wenn sie von der meinigen abweichen sollte, darlegen.[1]) Einige noch bevorstehende Jagden und die Hof-Gesellschaften würden Ew. Hochwohlgeboren auch Gelegenheit geben, Se. Majestät zu sehn, was auch nicht ohne Nutzen sein dürfte, und für mich würde es von Werth sein, Ihre Ansicht über die ferner einzuleitenden Verhandlungen zu vernehmen. Alvensleben, der hier ist, warnt dringend vor solchen Stipulationen, deren Verletzung Seitens der Schweiz wieder ein Ehren-Punkt für uns würde, und räth, sich der ganzen Geschichte citissime zu entäußern.

Herr von Rothschild in Frankfurt hat sich durch dritte Hand mit der Bitte an mich gewandt, ihm die 2. Cl. des Rothen Adler-Ordens dafür zu verschaffen, daß er Herrn Furrer[2]) mit seinem Darlehnsgesuche habe ablaufen lassen, wodurch er 400000 Gulden

[1]) Einen Brief des verlangten Inhalts an General v. Gerlach schrieb Herr v. Bismarck nicht, wohl aber begab er sich am 23. Januar 1857 nach Berlin, wo er bis zum 4. März blieb.

[2]) Vizepräsident des Schweizer Bundesraths.

19. 1. 1857. einbüße. Halten Ew. Hochwohlgeboren die Sache dazu angethan, so stelle ich ergebenst anheim, darüber amtlich an mich zu berichten.

Von den Oesterreichischen Intriguen in Nürnberg wissen Ew. Hochwohlgeboren wohl schon. Unser Commissarius Herr Bischoff hat sich in der Sache nicht fest gezeigt. Ich habe Lust ihn abzurufen, und unsern Entwurf ohne Weiteres unserem Landtage vorzulegen.

Verzeihen Sie diesen langen schlechtgeschriebenen Brief.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 19. Januar 1857. Manteuffel.

XIV.

Ew. Hochwohlgeboren

16. 3. 1857. geehrtes Schreiben vom 11. d. M.,[1]) wofür ich verbindlichst danke, habe ich nicht nur meiner Seits sorgfältig erwogen, sondern auch zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs gebracht. Auf Grund der mir allerhöchsten Orts ertheilten Ermächtigung befinde ich mich in der Lage, Ew. Hochwohlgeboren zu sagen, daß gegen eine Reise nach Paris in der von Ihnen beabsichtigten Weise durchaus nichts zu erinnern ist. Meinerseits erlaube ich mir hinzuzufügen, daß ich eine solche Reise recht sehr wünsche, weil ich Ew. Hochwohlgeboren Ansichten von der Sache im Wesentlichen theile, und weil ich in jeder Beziehung von Ihrem Auftreten in Paris Gutes erwarte, zumal der sonst so vortreffliche Hatzfeldt seit seiner letzten Krankheit ganz außerordentlich schwer zu behandeln ist und seine Thätigkeit lediglich auf eine Ausführung der ihm ertheilten Weisungen und in seinen Berichten hieher auf Hervorhebung von Bedenken beschränkt.

Anlangend die Holstein-Lauenburgische Sache, so möchte ich mich Ew. Hochwohlgeboren Auffassung doch mit der Maaßgabe anschließen, daß diejenige Theilnahme, zu welcher man die Europäischen Mächte und namentlich Frankreich engagirt, nicht über die Grenze hinaus geht, wo jene Mächte sich mit den Fragen selbst befaßt erklären und somit dem Bunde Stillschweigen auferlegen könnten. So wenig ich dafür bin, den Bund vorschnell in der Sache sprechen zu lassen, und so sehr ich namentlich die damit für uns verbundenen Gefahren anerkenne, ebenso sicher bin ich davon überzeugt, daß das

---

[1]) v. Poschinger IV No. 106 S. 253 f.

Mundtodtmachen des Bundes durch unsere Demarchen im Auslande einen Sturm von Invectiven zur Folge haben würde, in welchem Buol mit seinem diplomatischen und litterarischen Cabinet den Reigen führen würde. Diese Gesellschaft, welche nichts weniger will, als in der Sache der Herzogthümer Ernst machen, lauert nur darauf, uns den Vorwurf der Undeutschheit machen zu können, und hat schon längst den mot d'ordre ausgegeben, uns als Russisch und Französisch zu verschreien. 16. 3. 1857.

Alles, was ich von Oriolla[1]) über diese Dinge erhalte, ist höchst erbärmlich und besteht in etwas zugestutzten Stadt-Gesprächen. In den Anlagen sende ich Ew. Hochwohlgeboren ein an mich gerichtetes Schreiben des Consul Quehl über den Gegenstand. Dasselbe ist sehr flüchtig und unvorsichtig geschrieben, und ich theile durchaus nicht Alles, was darin aufgestellt wird, immerhin aber ermangelt es nicht des Geistes; ich bitte, dasselbe aber nur als zu Ihrer persönlichen Kenntnißnahme bestimmt zu betrachten und jeden Falls zu verhüten, daß dem Verfasser daraus Schaden entsteht. Wenn ich dessen thatsächliche Wahrnehmungen nicht gerade in Abrede stellen will, zumal sie mit anderweit mir zugegangenen Nachrichten übereinstimmen, so komme ich doch zu andern Conclusionen als Herr Quehl. Je mehr die Dänen wünschen, daß wir vorgehn, um so weniger müßten wir es thun, um so mehr müßten wir die Sache trainiren. Das Quehl'sche Manuscript erbitte ich mir nach gemachtem Gebrauch zurück.

In den nächsten Tagen hoffe ich nun auch unsere Erklärung in der Neuenburger Sache abgeben zu können; die Sache macht viele Schwierigkeiten. Ich werde Ew. Hochwohlgeboren sofort die Piece zusenden, damit Sie event., sofern Sie die Pariser Reise antreten, orientirt sind.

Ew. Hochwohlgeboren brauche ich nicht zu bitten, daß Sie dort unsere Stellung in Schutz nehmen und namentlich hervorheben, daß, obwohl bei dem Könige mancher Widerwille und schlimme Laune vorwaltet, doch im Ganzen die Forderung so glatt und unpräjudicirlich wie möglich gestellt ist.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

B[erlin], 16/3. 57. ganz ergebener Diener

Manteuffel.

Bevor Sie reisen, schreiben Sie mir wohl noch einige Worte.[2])

---

[1]) dem preußischen Gesandten in Kopenhagen.

[2]) Die Antwort Bismarcks vom 26. März 1857 s. in v. Poschinger IV No. 107 S. 255 ff. Poschingers Anm. 1 auf S. 255 beantwortet sich aus Manteuffels Brief.

XV.

13. 10. 1857. Zum Zwecke einer Besprechung über die in der Holsteinschen Angelegenheit zu thuenden Schritte ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst, Ihre Reise nach Frankfurt so einzurichten, daß Sie einige Tage hier verweilen können, ehe Sie Sich auf Ihren Posten begeben.

Nach Erwägung aller Umstände, namentlich in Betracht der Haltung Hannovers, welches die Absicht hat, gleich nach Eröffnung der Bundestagssitzungen eine Vorlage in Bezug auf Holstein an den Bund zu bringen, falls keine der Deutschen Großmächte die Sache aufnimmt, muß es der Kgl. Regierung rathsam erscheinen, die Verantwortung für die weitere Behandlung der Frage von sich ab und auf den Bund zu legen.

Da die Lauenburgischen Stände mit ihrer Beschwerde an den Bund sich wenden werden, so ist die Gelegenheit geboten, auch die Holsteinsche Beschwerde als mit jener connex dem Bunde zu weiterer Veranlassung zu übergeben.

Mit dem Wiener Cabinet hat bisher eine directe Verständigung nicht stattfinden können, da dasselbe jede Initiative in dieser Angelegenheit von sich weist, wir aber aus mehren Gründen dem Oesterreichischen Hofe weiter gehende Eröffnungen zu machen Bedenken haben tragen müssen. Es wird vielmehr Ew. Hochwohlgeboren Aufgabe sein, Sich in Frankfurt mit Ihrem Oesterreichischen Collegen über die dem Bunde zu machende Vorlage zu verständigen, und die Eröffnungen, welche wir dem Wiener Hofe über diese Frage direct zu machen gedenken, dürften sich vorläufig auf die Anzeige beschränken, daß Ew. Hochwohlgeboren autorisirt sind, Sich mit Graf Rechberg über die Form zu verständigen, in welcher die Holsteinsche Sache an den Bund gebracht werden soll, und auf die Bitte, Graf Rechberg mit gleicher Autorisation versehen zu wollen.

Es ist der Kgl. Regierung aber wichtig, daß Ew. Hochwohlgeboren nicht ohne die betreffenden Aufträge nach Frankfurt zurückgehen, damit wir im Stande sind, der Tendenz der Hannoverschen und anderer Deutschen Regierungen, in dieser Sache die Initiative zu nehmen, mit der Erklärung entgegentreten zu können, daß Ew. Hochwohlgeboren bereits mit den nöthigen Instructionen versehen seien.

Ich stehe daher nicht an, Ew. Hochwohlgeboren um eine Beschleunigung Ihrer Herreise zu ersuchen. Sollten Sie jedoch wünschen, noch einige Tage auf dem Lande zu bleiben, so werde ich Ihnen

einige kürzlich eingegangene auf diese Sache bezügliche Documente zu Ihrer Information dorthin senden können. 13. 10. 1857.

Berlin, den 13. October 1857.

Manteuffel.[1])

An den Kgl. Bundestagsgesandten
Geh. Legationsrath &c. &c. &c.
Herrn von Bismarck-Schönhausen
Hochwohlgeboren
z. Z. in
Reinfeld
bei Zuckers.

XVI.

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich schon längst schreiben wollen, immer aber erschienen mir die Notizen, die ich Ihnen geben konnte, zu unbestimmt, immer hoffte ich in nächster Zukunft sicherere Auskunft ertheilen zu können, und so ist meine Correspondenz stecken geblieben, ohne daß ich heute wesentlich Besseres liefern könnte. 22. 12. 1857.

Es geht mit dem Befinden Sr. Majestät — das versichern die Aerzte sowohl wie seine sonstigen Umgebungen — entschieden besser, doch bei Weitem noch nicht ganz gut. Namentlich bei längeren und complicirteren Unterhaltungen fehlt ein klarer Ausdruck, und Verwechselungen der Worte und Begriffe sind nicht selten. Schönlein läugnet die ärztliche Möglichkeit, auch nur mit Wahrscheinlichkeit den Zeitpunkt gänzlicher Wiederherstellung vorherzusagen, fügt aber hinzu, es könne geschehn, daß diese in 8 Tagen eingetreten sei. Ueber die Art, wie der Prinz mit mir die Geschäfte abmacht, kann ich meiner Seits nicht klagen. Es machen sich zwar manche Einflüsse bemerkbar, indeß haben dieselben, wie es mir scheint, ein entscheidendes Gewicht noch nicht gewonnen, und in allen Fällen, wo der Prinz seinem eignen Impuls folgt, ist er wohlwollend, eingehend, pflichtgetreu. Einige Zeitungsartikel und unpassende oder mißverstandene Aeußerungen hatten in ihm vor einiger Zeit die Ansicht hervorgerufen, man bestrebe sich bei Hofe, eine Mitregentschaft in die Wege zu leiten; dieß wies er mit großer Entschiedenheit von sich. Ich konnte ihm mit voller Ueberzeugung mein Einverständniß mit seiner Ansicht erklären und glaube ihn auf Grund von Aeußerungen, welche die Königin gegen mich gethan, beruhigt zu haben. Immerhin aber ist der jetzige Zustand eine Calamität, und ich habe darüber, namentlich mit Rücksicht auf das

---

[1]) Herr v. Bismarck weilte vom 17.—21. Oktober 1857 in Berlin.

22. 12. 1857. Verhältniß zu meinen Collegen, von denen einige sich sehr wenig bewähren, recht sehr zu klagen. Zum 12. Januar wird nun der Landtag einberufen werden; dann erst wird das Spiel der Intrigue beginnen. Haben Ew. Hochwohlgeboren wohl die Absicht, Sich zu dieser Zeit hier einzufinden? Vielleicht könnten Sie dann doch zum Guten und zur Vernunft wirken. Ich bemerke übrigens, daß wir außer dem Budget und den octroyirten Gesetzen eigentlich nichts vorzulegen beabsichtigen, daß also namentlich das Herren-Haus zunächst gar nichts zu thun haben wird.

Eine recht unangenehme und stachliche Sache ist die unglückliche Mainzer Geschichte.[1]) Sie ist recht dazu gemacht, uns in das Dilemma zu bringen, daß wir entweder vom Boden des Rechts weggedrängt oder als engherzig, geizig und particularistisch verschrien werden. Dazu kommt noch, daß der Prinz für alle Bewilligungen in dieser Beziehung geneigt ist und großes Zutrauen zu General v. Bonin hat. Ein sehr braver und erfahrener Mann, den ich Ew. Hochwohlgeboren mündlich nennen werde, hat mir die angeschlossenen Notizen mitgetheilt, welche ich lediglich für Sich zu behalten bitte, und welche ein eigenthümliches Licht auf die dortigen Verhältnisse werfen. Was das fortificatorische Retablissement betrifft, so scheint es mir das Richtigste und Beste, diese ganze Angelegenheit von Mainz fort und nach Frankfurt in die Militair-Commission zu verlegen. Bei dieser Gelegenheit müßte unser, wie wir behaupten, deteriorirtes Verhältniß zu Oesterreich in Mainz ganz ins Klare gestellt und von uns auch keine falsche Sparsamkeit an den Tag gelegt werden. Buol hat wiederholt und noch neuerlich mich wissen lassen, er wolle in Mainz keine Vorzüge vor uns in Anspruch nehmen, wir müßten aber doch sagen, wodurch wir verletzt zu sein glaubten. Dieß Verlangen scheint mir, wenn schon voraussichtlich Oesterreich doch hinterher Ausflüchte machen wird, billig zu sein, wenigstens nimmt uns unser Schweigen das Recht, Oesterreich anzuklagen. So viel ich weiß, handelt es sich in Mainz auch um erhebliche Neubauten. Ich meine nun nicht, daß Anträge von uns und für uns zu stellen sind, allein sie werden doch einen Anlaß geben, das Vorhandene und neu zu Bauende in einer Gesammt-Rechnung zusammenzustellen und mit unsern Rechtsansprüchen in der Hand dann einen Calcul anzulegen. Man muß die Dinge kommen lassen und dann mit dem richtigen Maaßstabe messen, das kann aber meines Dafürhaltens nicht in Mainz, sondern muß in Frankfurt geschehen. Ew. Hochwohlgeboren möchte ich diese Angelegenheit recht dringend zur Erwägung empfehlen, damit Sie danach Ihre Entschließungen fassen, wie weit Reitzenstein und event. Bonin zu dem Zwecke mit in Activität zu setzen sind.

[1]) Neubauten in der Citadelle von Mainz.

Daß wir Brunnow von hier nach London wandern sehn werden, steht fest; ich weiß es durch Werther, der die Nachricht zwar nicht von Gortschakoff, wohl aber von Chreptowitzsch hat. Letztrer hat den hiesigen Posten refüsirt, nicht aus Abneigung gegen Berlin, sondern aus dépit gegen Gortschakoff, wie denn überhaupt, im engsten Vertrauen gesagt, sich in Rußland eine starke Partei gegen diesen zu bilden scheint, an deren Spitze Fürst Orloff steht. Daß Herr Chreptowitzsch geradezu refüsirt hat, unter Gortschakoff zu dienen, ist ein novum in Rußland, welches Beachtung verdient. Ich bitte indeß, diese Notiz streng zu secretiren, weil sonst Werther compromittirt wird. Ohne daß ich mit Gortschakoff verheirathet bin oder seine Fehler verkenne, wünsche ich aus manchen Rücksichten doch, daß er bleibe; namentlich ist er mir lieber als Budberg, den man als seinen Nachfolger nennt. Wen wir erhalten werden, ist noch unbestimmt. Man nennt Kukoschkin (in Neapel), Ungern-Sternberg, Balabin, auch Fonton. Mit letzterem soll Ew. Hochwohlgeboren, wie die kleine deutsche Diplomatie colportirt, eine große Scene wegen des Rangstreites gehabt haben.[1]) Ich kann mir nicht denken, daß man eine solche Wahl treffen würde, und wäre geneigt, diesen Herrn zu refüsiren. 22.12.1857.

Uebermorgen gedenke ich aufs Land zu gehn, aber noch in diesem Jahre zurückzukehren.

Ich bitte Sie, diese Zeilen zu verbrennen, wünsche Ihnen vergnügte Feiertage und verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 22. Dec. 1857. Manteuffel.[2])

XVII.

Ew. Hochwohlgeboren

werden gestern die Benachrichtigung von der auf 3 Monate erfolgten Prolongation der Vollmachten für den Prinzen von Preußen erhalten haben, und heute wird Ihnen die Zeitung die Piece selbst gebracht haben. Die Sache hat sich nicht so leicht gemacht, wie sie sich auf dem Papiere liest. Neben andern Punkten bestand die Differenz darin, daß der König eine der Zeit nach unbestimmte, der 9.1.1858.

---

[1]) Vgl. v. Poschinger III No. 92 S. 182 ff.

[2]) Bismarcks Antwort vom 27. Dezember 1857 s. in v. Poschinger IV No. 120 S. 291 ff.

9. 1. 1858. Prinz aber nur eine auf 3 Monate lautende haben wollte. Die Gründe pro et contra aus einander zu setzen, würde zu weit führen, überhaupt liegt die Sache wie so manche andre als Thatsache hinter uns, und auf die Mühe und Verdrießlichkeit, welche das Zustandebringen gekostet hat, wird nicht weiter gerücksichtigt [sic], vielmehr rümpft jeder auf seine Manier die Nase darüber. Habeant sibi.

Vor uns dagegen liegt die unglückliche Mainzer Sache, in welcher der Prinz so unbedeutsam[1]) als möglich ist. Der gute Reitzenstein ist über sein Verfahren ganz außerordentlich betreten und verletzt. Er kommt zu mir und wiederholt mir alle die Declamationen, die er fruchtlos und mit herben Erwiderungen abgefertigt vor dem Prinzen von Preußen gehalten hat, was ganz unnöthig ist, da ich Reitzensteins Ansicht theile. Die Ansichten des Prinzen in dieser Sache stehn so fest, daß es nur von mir abgehangen hätte, mich ganz ernstlich mit ihm zu brouilliren, wenn ich meinen Widerstand fortgesetzt hätte. Dazu hielt ich die Sache aber nicht für wichtig genug, da durch die beliebten Anträge und Combinationen wohl weiter nichts erreicht werden wird, als daß der Casernen-Bau in der Citadelle, der fast gesichert war, weiter hinausgeschoben oder verhindert wird, und in der combinirten Rastatt-Landau-Germersheimer Angelegenheit, daß wir bei einigen Abstimmungen Fiasco machen. Das scheint mir noch nicht der Uebel größtes zu sein.

Indeß möchte ich doch anheimstellen, daß Ew. Hochwohlgeboren bei dem großen Werthe, welchen der Prinz auf diese Angelegenheiten legt, entweder nicht zur Eröffnung des Landtags kämen, oder wenn dieß dennoch geschieht, doch nur mit dem Nachweis, daß in dieser Beziehung nichts versäumt werde.

Manches, was ich noch auf dem Herzen hätte, muß ich für heute verschweigen, da ich Ihnen Lebewohl sagen muß.

Hochachtungsvoll

Ew. Hochwohlgeboren

B[erlin], 9/1. 58. ganz ergebener Diener

Manteuffel.[2])

---

[1]) d. h. er nimmt keinen Rath an.

[2]) Eine private Antwort Bismarcks auf diesen Brief Manteuffels ist bisher nicht bekannt geworden; auf einen amtlichen Erlaß vom gleichen Tage antwortete Bismarck in den Berichten vom 11. Januar 1858, v. Poschinger III No. 104. 105, S. 210 ff.

XVIII.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für Ihr Privatschreiben vom 5. d. M.,[1]) dessen Inhalt mein lebhaftes Interesse in Anspruch genommen hat. Mir scheint das Verhalten des Grafen Rechberg auch nicht lediglich dem Zustande seiner Nerven und zwar um so weniger zugeschrieben werden zu können, als die Ereignisse, welche diesen vicieusen Zustand herbeigeführt zu haben beschuldigt werden, schon einer ziemlich fernen Vergangenheit angehören. Offenbar hat Oesterreich etwas im Schilde. Herr v. Koller[2]) agitirt hier offen gegen mich und macht mir den Vorwurf, daß ich geflissentlich ein gutes Vernehmen mit Oesterreich dadurch störe und erschwere, daß ich nicht alle Differenz-Punkte mit ihm vorher durchspreche, was offenbar zu weiter gar nichts als zu einer bessern Orientirung des Wiener Cabinets führen würde, da Herr v. Koller der sehr gewissenhafte und niemals zu überzeugende Advocat des Grafen Buol ist. Bei der Zoll-Conferenz in Wien hat Oesterreich auch die unverschämtesten Präliminar-Bedingungen gestellt und unerwarteter Weise Baiern auf seiner Seite gehabt, während Herr v. Beust doch zuviel juristische Schaam besaß, um uns im Stiche zu lassen. 8. 3. 1858.

Ob Oesterreich in nächster Zukunft auf diesem Wege fortgehn wird oder ob ihm ein Halt geboten scheint, muß der Erfolg zeigen. Zwei Dinge sind ihm in letzter Zeit unangenehm in die Quere gekommen, das eine ist das Tory-Ministerium und das zweite der Orsinische Brief. Ueber den letzten ist man in Wien wahrhaft empört. Der Kaiser nennt ihn eine Orsinische Bombe, von Napoléon gegen Oesterreich geschleudert. Auch Herr v. Koller spricht davon mit Entrüstung. Die Prinzeß von Preußen zeichnet Herrn v. Koller bei jeder Gelegenheit geflissentlich aus, und man rechnet sehr auf die Zukunft. Ich lasse es meine Aufgabe sein, nicht gegen Oesterreich zu hetzen, aber doch die Dinge in ihr richtiges Licht zu stellen, in der Weise, daß es sich bei Oesterreich nicht um diese oder jene Gefälligkeit handelt, die man von uns verlangt, sondern um unsere dauernde politische Unterordnung, wozu freilich mit einzelnen Dingen der Anfang gemacht werden muß, wobei ich darthue, daß auf die Dauer mit Oesterreich, sofern man eben nicht abdiciren will, nur dadurch auszukommen ist, daß

[1]) Ein Brief Bismarcks an Manteuffel vom 5. März ist noch nicht bekannt geworden, vielleicht ist er identisch mit dem bei v. Poschinger III No. 126 S. 255 ff. abgedruckten, „vertraulichen Berichte" vom 3. März 1858.

[2]) Oesterreichischer Gesandter am Berliner Hofe.

8. 3. 1858. man diesen Versuchen bei Zeiten widersteht. Der Prinz von Preußen hat mit dem Kaiser von Oesterreich über die Ew. Hochwohlgeboren bekannten bundesrechtlichen Militair-Punkte eine eigenhändige Correspondenz [gehabt], welche ich Ihnen in der Anlage lediglich zu Ihrer Orientirung ganz vertraulich übersende. Ich bitte diese Abschriften nicht zu den Acten zu nehmen, sondern vorsichtig aufzubewahren. Um Ihrem Urtheil nicht vorzugreifen, spreche ich darüber keine Meinung aus und behalte mir vor, Ihnen einmal mündlich meine Ansicht mitzutheilen.

Daß Oesterreich wirklich in der Dänischen Sache ganz abspringen sollte, kann ich mir, wenn ich die ganze Entwickelung mir zusammenfasse, kaum denken, wohl aber bezweifle ich nicht, daß es nichts unterlassen wird, uns daraus Verlegenheiten zu bereiten. Im Uebrigen gehöre ich nicht zu denen, welche einen besondern Beruf dazu fühlen, diese Sache mit Sturmes Eile zu betreiben; nur müssen wir die Sache so halten, daß die Verzögerung dem Bunde zur Last fällt und wir im Bunde mehr nach vorn als nach hinten stehn. Dieß ist jetzt der Fall, und somit unsere Position meines Erachtens eine leidlich gute. Daß große Verlegenheiten besonders für uns daraus entstehn können, verkenne ich gar nicht, indeß halte ich es schon für einen Gewinn, wenn diese möglichst spät eintreten. Aus dem letzten Ihnen mitgetheilten Oriollaschen Bericht[1]) werden Sie entnommen haben, mit welchen wunderlichen Dingen man sich in Kopenhagen als Erwiderung auf die Bundesbeschlüsse trägt. Zwei Briefe von Quehl, ein älterer und ein neuerer, welche dasselbe Thema behandeln, schließe ich an; ich bitte diese Correspondenz gegen Niemand zu erwähnen und die Briefe mir zurückzusenden. Namentlich über den ersten Ihre Meinung zu hören, würde mir erwünscht sein.

Vielleicht werde ich Ew. Hochwohlgeboren Hülfe noch in Anspruch nehmen, um das Rüben-Zucker-Steuer-Gesetz, welches im Herren-Hause ernstlich bedroht ist, durchzubringen. Ueberhaupt möchte es nicht übel sein, wenn Sie einmal bei jetziger ruhigerer Zeit während einiger Tage hier wären, um den Prinzen von Preußen zu sprechen.

Budberg wird den 13. d. M. hier eintreffen und dann Brunnow sein Abberufungs-Schreiben übergeben. Anfangs beabsichtigte er länger hier zu sein, aber Fürst Gortschakoff hat ihn aufgefordert, dem Tory-Ministerium nicht zu lange seine lumières zu entziehn.

Mit dem Befinden des Königs geht es zwar besser, doch ist der Fortschritt kein recht wesentlicher. Neulich bin ich ihm zufällig

[1]) vom 28. Februar 1858, vgl. v. Poschinger III No. 128 S. 258.

begegnet, als er unerwartet dem Prinzen von Preußen einen Besuch machte, während ich gerade vortrug. Der Prinz ist noch immer unbeweglich auf seiner chaise longue. Die Besserung scheint sehr langsam fortzuschreiten. Ob wir mit dem Landtage vor Ostern fertig werden werden, bleibt noch dahin gestellt; ich wünsche es, fange aber an, die Möglichkeit zu bezweifeln. 8. 3. 1858.

Nachdem wir mehre Tage starke Stürme und Nachts immer 4 bis 5 Grad Kälte gehabt, hat sich heute gewaltiges Schneetreiben eingestellt, welches zwar wegen der bisherigen Dürre erwünscht, übrigens aber doch mehr ein Januar-Vergnügen als ein März-divertissement ist.

Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen,

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 8. März 1858. Manteuffel.[1])

XIX.

Ew. Hochwohlgeboren

möchte ich bitten, nächstens einmal auf kurze Zeit hierher zu kommen, theils um das ziemlich zweifelhafte Durchgehen der Rübensteuer an Ihrem Theile zu fördern, theils und besonders aber, weil ich doch manche Dinge mit Ihnen zu besprechen habe, welche gründlicher als es im Schriftwechsel geschehn kann, zum Austrag gebracht zu sehn in unserm beiderseitigen Interesse liegt. 17. 4. 1858.

Heute ist die Rübensteuer durch das Abgeordneten-Haus genehmigt, Montag, vielleicht auch Dienstag wird die Commissionsberathung im Herren-Hause dauern und der Bericht wohl schwerlich vor Donnerstag zur Vertheilung und vor Freitag zur Debatte kommen; so lange wie im Abgeordneten-Hause wird die Debatte wohl nicht dauern, vor Sonnabend aber wohl die Abstimmung nicht Statt finden. Am Dienstag würde ich dann den Landtag schließen.

Es kann sich indeß in dieser Berechnung noch Manches ändern, und würde ich Ew. Hochwohlgeboren davon durch den Telegraphen in Kenntniß setzen.

Vor der Hand glaube ich, daß Sie zu rechter Zeit kommen, wenn Sie dort am Donnerstag Abend abreisen.

---

[1]) Bismarcks Antwort vom 14. März 1858 s. in v. Poschinger III No. 132 S. 266 ff.

17. 4. 1858. Ich bitte um Benachrichtigung, ob und wann ich Ihrer Ankunft entgegensehn darf. Hoffentlich hält Sie nicht Unwohlsein mehr ab.

Mit Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B[erlin], 17/4. 58. Manteuffel.[1])

Am Donnerstag den 29ten d. M. verheirathen wir den Allertreuesten König.[2])

XX.

Ew. Hochwohlgeboren

30. 6. 1858. will ich im engsten Vertrauen nur mit zwei Worten von einem Schritte Kenntniß geben, welchen Herr v. Koller gestern bei mir im Auftrage des Grafen Buol gethan hat.

Derselbe brachte mir nämlich mit besonderer Hervorhebung der Wichtigkeit der Sache ein eigenhändiges an ihn gerichtetes Schreiben des Grafen Buol, worin dieser als letzten Versuch in der Rastatter Sache eine Ausgleichung herbeizuführen, proponirt: Oesterreich sistirt die Verhandlungen am Bundestage und versucht eine Ausgleichung zwischen Preußen, Oesterreich und Baden. Dagegen soll Preußen seine Zustimmung zu einem gegenseitigen Territorial-Garantie-Vertrage zwischen Preußen, Oesterreich und dem Deutschen Bunde geben. Ich muß gestehn, daß mich die Sache im höchsten Grade überraschte. Einen gleichen Eindruck machte die Mittheilung auf S. K. H. den Prinzen von Preußen, welcher mich, nachdem er alle die Gründe des Grafen Buol angehört hatte, ermächtigte, die Sache abzulehnen.

Dieß habe ich heute in einem Briefe an Graf Flemming gethan, welcher Ew. Hochwohlgeboren mit Nächstem mitgetheilt werden soll. Oesterreich hat um äußerste Discretion in der Sache gebeten; das soll ihm nach Befehl des Prinzen gewährt werden; ich habe nur die einzige Reserve hinzugefügt, daß, wenn ich erführe,

---

[1]) Am 23. April traf Herr v. Bismarck in Berlin ein, wohnte am 27. noch dem Schluß des Landtags bei und kehrte am 28. nach Frankfurt zurück.

[2]) Pedro V. von Portugal; seine Gemahlin wurde die Prinzessin Stephanie Friederike v. Hohenzollern-Sigmaringen.

daß man unsere ablehnende Erklärung bei unsern Deutschen Bundes-Genossen zu unserer Verdächtigung mißbrauchte, ich mich dann auch meines Versprechens für entbunden erachtete. 30. 6. 1858.

Ew. Hochwohlgeboren mußte ich aber von der Sachlage in Kenntniß setzen, da Sie dort wohl zuerst die Rückwirkungen unseres Refus zu tragen haben werden.

Immerhin bitte ich aber recht sehr um Discretion, damit uns wenigstens in dieser Beziehung kein Vorwurf trifft.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener
Berlin, den 30. Juni 1858. Manteuffel.

XXI.

Ew. Hochwohlgeboren

sind durch einige Zeilen, welche ich Ihnen in großer Eile vorgestern von Berlin aus schrieb, von dem überraschenden Schritte in Kenntniß gesetzt, welchen Graf Buol bei uns gethan hat. Um Ew. Hochwohlgeboren soweit als möglich von der Sachlage zu unterrichten, sende ich anbei, wie ich es Ihnen schon in Aussicht gestellt habe, Abschrift meines an Graf Flemming gerichteten Briefes nur zu Ihrer persönlichen Kenntnißnahme. 2. 7. 1858.

Ich gestehe, daß mich der Oesterreichische Schritt in hohem Grade überrascht hat. Daß man nach dem Ziele hindränge, war mir niemals zweifelhaft, daß man aber den Ziel-Punkt so schnell und ich darf wohl sagen in so plumpem Anschluß an Rastatt demasquiren würde, kam mir unerwartet. Hält man uns für so schwach oder für so dumm, daß man uns dieß so unverhüllt glaubt bieten zu können?

Es würde mich sehr interessiren zu erfahren, was Ew. Hochwohlgeboren darüber annehmen oder vermuthen. Meiner Seits möchte ich bezweifeln, daß man so weit gegangen sein würde, wenn nicht unsere Zukunfts-Politiker soviel von dem Bündniß mit Oesterreich gesprochen hätten. In der Persönlichkeit des Prinzen von Preußen irrt man sich übrigens, wenn man glaubt, ihn mit derartiger Tendenz-Politik einfangen zu können; das ginge mit dem Könige noch eher. Möglich ist es auch — und darauf deuten sogar einige Aeußerungen von Koller hin — daß es den Oesterreichern darum zu thun war, gegen mich persönlich zu constatiren, daß ich ihr Anerbieten zurückgewiesen. Auf die Hineinziehung von Holstein war ich bereits durch eine Aeußerung von Budberg vorbereitet,

2. 7. 1858. welcher mir neulich mündlich sagte, Oesterreich benutze diese Sache, um uns an seinem Seile zu führen; er fügte aber auch hinzu, wenn wir die Sache allein in Händen hätten, so würden die Europäischen Großmächte viel aufrichtiger bemüht sein, sie nach unsern Wünschen zu erledigen, als jetzt, wo das Allen unliebsame Oesterreich die Finger mit darin habe. Auf die Aufrichtigkeit dieser letzten Aeußerung gebe ich allerdings nur insofern etwas, als die Abneigung gegen Oesterreich wohl eine Wahrheit sein mag.

Ich bin sehr gespannt, wie man nun in Wien weiter operiren wird und welche Wahrnehmungen Ew. Hochwohlgeboren dort auf dem Bundes-Gebiete machen werden. Ich bitte recht genau Acht zu geben, ob die Deutschen Gesandten von den Oesterreichischen Schritten durch Graf Rechberg oder sonst Kenntniß erhalten. Ist dieß der Fall, dann würde ich meiner Seits auch Lärm schlagen.

In meinem Schreiben an Graf Flemming, welches ich übrigens durchaus nicht für ein gelungenes Werk halte, habe ich mich bemüht, den Gefühlen der Ueberraschung und Entrüstung, welche bei mir im ersten Momente lebendig waren, keinen Ausdruck zu geben und den Oesterreichischen Wolken-Flug einiger Maaßen auf den praktischen Boden zurückzuführen. Es wäre leichter gewesen, eine recht schlagende und niederschlagende Antwort zu schreiben; ich hielt das aber nicht an der Zeit.

Ew. Hochwohlgeboren Ansicht möchte ich mehr aus Neugierde, als weil ich glaubte, daß der Fall eintreten könnte, darüber vernehmen, ob Sie glauben, daß, wenn wir auf den Oesterreichischen Antrag eingingen, dieser wirklich am Bunde durchzusetzen wäre. Ich kann mir kaum denken, daß die übrigen Staaten sich dazu herbeilassen möchten. Preußen gewinnt bei einem solchen Garantie-Vertrage wenigstens den nominellen Schutz für Preußen und Posen; was gewinnt aber z. B. Sachsen? und ist anzunehmen, daß man für Nichts sich in alle die Gefahren mit einschiffen möchte, welche die Oesterreichische jetzt verschiedentlich hervortretende Starrheit und die ziemlich allgemeine Mißliebigkeit des wenig retrospectiven Doppel-Adlers hervorrufen möchte? Eine gefällige Antwort auf diese Zeilen bitte ich nach Berlin zu adressiren. Ich trinke hier Brunnen und suche durch Ueberschüttung meines Magens mit Wasser die schmerzlichen Eindrücke der unerhörten Dürre zu ertränken.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

Crossen, den 2. Juli 1858. ganz ergebener Diener

Manteuffel.[1])

---

[1]) Bismarck antwortete auf die beiden Briefe vom 30. Juni und 2. Juli in dem Schreiben vom 5. Juli 1858, v. Poschinger III No. 169 S. 358 ff., Bismarck-Jahrbuch II 141 ff.

Das in Abschrift beigefügte Schreiben an Graf Flemming hat folgenden Wortlaut:

Vertraulich.

Ew. Hochgeboren

sind bereits durch meinen vertraulichen Erlaß vom 27. d. M. davon unterrichtet, daß des Prinzen von Preußen Königliche Hoheit auch durch die neuerlichen confidentiellen Eröffnungen des Wiener Cabinets Sich nicht hat veranlaßt sehn können, den Standpunkt aufzugeben, welchen Preußen in der Rastatter Angelegenheit, nicht so wohl aus eigner Wahl als vielmehr durch das Vorgehen Oesterreichs und Badens am Bunde gezwungen, eingenommen hat. Ich konnte mich dabei auf die Recapitulation der Sachlage und vielfach bereits entwickelter Gründe beschränken. 30. 6. 1858.

Wenn ich heute Ew. Hochgeboren gegenüber in dieser noch vertraulichern Form auf diesen Gegenstand zurückkomme, so bin ich dazu durch einen eigenhändigen Brief veranlaßt, den Graf Buol darüber an B. v. Koller geschrieben und von welchem dieser mir ganz vertraulich Kenntniß zu geben die Güte hatte. Der Kaiserliche Herr Minister-Präsident will einen Verzicht auf die am Bunde bevorstehende Entscheidung in der Rastatter Sache in Carlsruhe bevorworten und macht sich anheischig, die weitern Verhandlungen darüber in Frankfurt zu sistiren, wenn dafür ein ernstes und wichtiges politisches Ergebniß geboten werde, und dieses könne nur in der Gesammt-Garantie des Besitzstandes Oesterreichs, Preußens und des Deutschen Bundes bestehn. Baron v. Koller erhält den Auftrag, mir diese Idee im engsten Vertrauen vorzutragen und sich Gewißheit zu verschaffen, ob überhaupt der Prinz von Preußen dem Gedanken zuneige und ob demselben ohne Gefahr compromittirenden Fehlschlagens Folge gegeben werden könne.

Ew. Hochgeboren brauche ich nicht erst zu versichern, daß ich meiner Seits die wichtige Oesterreichische Mittheilung der sorgfältigsten Erwägung unterzogen habe und daß ich auch nicht gesäumt habe, darüber die Befehle Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen von Preußen einzuholen, nachdem ich Höchstdemselben alle die Betrachtungen und Motive, welche das Schreiben des Herrn Grafen Buol enthält, ausführlich und vollständig dargelegt hatte.

Es liegt mir ob, Ew. Hochgeboren die hierauf getroffene Entscheidung zur weitern gefälligen Mittheilung an den Herrn Grafen Buol dahin zu eröffnen, daß der Prinz von Preußen Kgl. H. in keiner Weise wünschen, die Rastatter Besatzungs-Frage mit dem neuesten tief einschneidenden Antrage Oesterreichs in Verbindung gesetzt zu sehn. Zur Erläuterung dieser Entschließung erlaube ich mir, an den Inhalt des Schreibens des Herrn Grafen Buol anknüpfend, noch einige Bemerkungen hinzuzufügen, welche Sie dem

30. 6. 1858. gedachten Staats-Manne nicht vorenthalten wollen, damit demselben über unsere Auffassung kein Zweifel bleibe und uns nicht der Vorwurf mangelnder Offenheit treffe.

Wenn Herr Graf Buol in seinem Schreiben von dem Wunsche ausgeht, die unliebsame Collision, zu welcher die Rastatter Besatzungs-Frage Anlaß gegeben, beseitigt zu sehn, so begegnet er darin unserer eignen Ansicht. Auch wir wissen und bedauern, daß diese Sache sowohl innerhalb als außerhalb Deutschlands mit einer Aufmerksamkeit verfolgt wird, welche ihre Quelle gewiß nicht immer im Wohlwollen oder auch nur in der Uneigennützigkeit hat. Der Beurtheilung der Differenz selbst aber und der Bezeichnung der beiderseitigen Standpunkte, wie sie der Kaiserliche Herr Minister-Präsident hinstellt, vermag ich mich in keiner Weise anzuschließen. Ohne oft Gesagtes hier wiederholen zu wollen, mache ich nur darauf aufmerksam, daß wir in der Sache niemals eine Initiative zur Abänderung des rechtlich bestehenden status quo ergriffen, sondern uns lediglich auf die Abwehr einer uns nachtheiligen Aenderung desselben beschränkt haben und unser angeblich auf keiner Rechts-Basis beruhender Anspruch nichts ist, als ein von uns zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes vorgeschlagener Ausweg, welcher unter Anwendung von Formen verworfen werden soll, die wir für ebensowenig in den Bundesgesetzen begründet, als für uns empfindlich verletzend erachten. Ist Oesterreich der Majorität der Bundesversammlung bei der schließlichen Entscheidung sicher, — und wir wollen das nicht bezweifeln — so kann für uns darin kein Motiv liegen, unsere rechtliche Ueberzeugung aufzugeben und derselben diejenigen Folgen zu geben, welche wir für unerläßlich halten. Daß diese Folgen auch auf unser Verhältniß zu Oesterreich eine Rückwirkung üben können, ist nicht in Abrede zu stellen, wir werden das bedauern, uns aber mit dem Bewußtsein trösten, daß wir sie nicht hervorgerufen haben. Immerhin werden uns aber diese Verhältnisse nicht abhalten, die Pflichten gegen Deutschland zu erfüllen, namentlich in der Holstein-Lauenburgischen Angelegenheit unsere volle Schuldigkeit zu thun und das Interesse zu bewähren, welches wir in mehr als einem Falle der andern Deutschen Großmacht zugewandt haben.

Herr Graf Buol erinnert, um der gegenseitigen Gesammt-Garantie das Wort zu reden, an den auf 3 Jahre geschlossenen Vertrag vom 16. Mai 1851 und den April-Vertrag von 1854. Der Vertrag von 1851, unter sehr abnormen Verhältnissen geschlossen, hat niemals praktische Bedeutung erlangt. Die Erfahrungen aber, welche sich an den Vertrag vom 20. April 1854 knüpften, waren, als dessen Gültigkeit mit dem Friedensschlusse aufhörte, nicht von der Art, daß Preußischer Seits Neigung vorhanden gewesen

wäre, den Grundsatz der Territorial-Garantie ohne sehr bestimmte Zwecke und in eine unbekannte Zukunft auszudehnen. In dieser Auffassung weiß Se. Kgl. Hoh. der Prinz von Preußen sich mit des Königs Majestät in vollster Uebereinstimmung, und kann es dabei auf die Natur des Mandats, welches übrigens ein ganz unbeschränktes ist, nicht ankommen. 30. 6. 1858.

Das, was Graf Buol vorschlägt, kann vielleicht einmal unter bestimmten gegebenen Verhältnissen und unter sehr genauer Präcisirung der beiderseitigen Leistungen, der Dauer u. s. w. Gegenstand eines völkerrechtlichen Actes werden, wie es ja auch der April-Vertrag war; der jetzige Moment erscheint indeß Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen nicht dazu geeignet, derartige Stipulationen zu vereinbaren. Wenn in dem Schreiben des Herrn Grafen Buol als Motiv die unaufgeklärten Tendenzen der Politik Frankreichs erwähnt werden, so sind wir zwar weit entfernt, einer vollen Sicherheit über die Ziel-Punkte dieser Politik uns rühmen zu wollen, wir glauben indeß, daß unter den größern Staaten wohl schwerlich jemals darüber zur völligen Aufklärung zu gelangen ist, und halten dafür, daß, selbst wenn man dem mächtigen westlichen Nachbar bedenkliche Absichten unterlegen möchte, es der Klugheit angemessen ist, das Hervortreten derselben nicht durch Coalitionen zu fördern. Herr Graf Buol selbst bemerkt, daß die Verlautbarung nur der Absicht einer solchen Vereinigung die aufgeregte Stimmung in Paris nur steigern könnte. Ich theile diese Meinung vollkommen; ich frage aber weiter, welchen Erfolg würde die doch unvermeidliche Verhandlung dieser Sache am Bundestage in Paris hervorrufen?

Nach meiner unvorgreiflichen Meinung ist die gegenwärtige Weltlage zwar eine sehr ernste, aber die Verhältnisse sind noch nicht dahin gediehen, daß man sich künftigen Eventualitäten gegenüber die Hände zu binden hätte. Unser Bestreben wird es sein, mit allen Staaten in einem möglichst freundlichen Verhältnisse zu verharren, das Auge offen zu haben und mit dem Maaße zu messen, mit welchem wir gemessen werden. Unsere lebhaften und aufrichtigen Sympathien sind dem Oesterreichischen Kaiserstaate zugewendet; ich hoffe und wünsche, daß man daran in Wien nicht zweifelt, daß man aber auch nicht geflissentlich bemüht ist, sie zu erkälten.

Was die Discretion betrifft, welche der Kaiserliche Herr Minister-Präsident für die Behandlung dieser Angelegenheit in Anspruch nimmt, so kann er derselben vollständig versichert sein. Nur für den einen Fall, nämlich wenn das Oesterreichische Cabinet sich veranlaßt sehn sollte, von seinem Schritte bei uns den Deutschen Bundesstaaten oder einzelnen von ihnen Mittheilung zu machen, müßte ich mir meiner Seits vorbehalten, ein Gleiches zu thun.

30. 6. 1858. Ew. Hochgeboren ersuche ich dem ausdrücklichen Befehle Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen von Preußen gemäß, Sich im Sinne des Vorstehenden ganz vertraulich gegen Graf Buol auszusprechen.

Nachdem ich mich solcher Gestalt rückhaltlos und mit völliger Aufrichtigkeit über die angeregte wichtige Angelegenheit geäußert habe, erübrigt mir noch, Ew. Hochgeboren zu bitten, dem Herrn Grafen Buol recht angelegentlich zu versichern, daß wir den Werth des Vertrauens, mit welchem [sich] das dortige Cabinet an uns gewendet hat, vollständig zu würdigen verstehn, und daß, wenn auch eine Uebereinstimmung der beiderseitigen Ueberzeugungen nicht zu erzielen gewesen, ich in dem gethanen Schritte doch mit lebhaftem Danke einen Beweis des Bestrebens einer Annäherung erkenne, zu welchem ich jederzeit gern die Hand bieten werde, so weit es irgend die Interessen Preußens und meine Ansichten von der gesammten politischen Situation gestatten.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 30. Juni 1858. v. Manteuffel.

XXII.

Ew. Hochwohlgeboren

2. 8. 1858. erhalten in der Anlage Abschrift eines von dem Großherzog von Oldenburg an den Prinzen von Preußen K. H. gerichteten Schreibens sowie der demselben beigefügt gewesenen Anlage. Auf dem Hannöverschen Schriftstück finden Ew. Hochwohlgeboren sowohl die Bemerkungen des Großherzogs als auch die des Prinzen. Zur Erläuterung der letztern habe ich noch Folgendes hinzuzufügen:

Ich habe dem Prinzen sowohl Ihren Bericht vom 28.[1]) als auch den darauf unter Herrn G. R. Balans Unterschrift von Berlin aus Ihnen ertheilten Bescheid vorgelesen und zu beiden das Einverständniß erlangt. Auf meine Frage, wie ich mich nun den Bemerkungen auf der Hannöverschen Piece gegenüber zu verhalten hätte, hat mir der Prinz, nachdem ich noch ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß es mir unthunlich erscheine, Ihnen die Weisung zu ertheilen, gegen den von Ihnen im Ausschuß genehmigten Bericht im Plenum aufzutreten, eröffnet, dieß sei auch nicht seine Absicht, überhaupt

[1]) Dieser Bericht ist noch nicht veröffentlicht; vgl. v. Poschinger III S. 381 Anm. Zwei Immediatberichte vom 29. Juli 1858 s. in v. Poschinger III No. 177. 178 S. 381 ff.

finde sich in Seinen Bemerkungen nichts, was Ihr Verfahren mißbillige; nur in dem einen Punkte, daß nämlich nicht ausgesprochen sei, man erachte Seitens des Bundes die §§ 1—6 für aufgehoben, habe er ein sachliches Monitum gemacht; überhaupt wünsche er nur, daß Sie seine Bemerkungen kennten und darüber Sich noch äußerten. In Beziehung auf jenes sachliche Monitum habe ich sogleich die Ansicht geltend gemacht, daß die gewählte Fassung eigentlich noch schärfer sei als die von Ihnen empfohlene, indem Dänemark sehr wohl zu einer falschen Interpretation hätte schweigen können, während jetzt von ihm eine ausdrückliche Erklärung noch erfordert würde. Dieß räumte der Prinz zwar ein, meinte aber doch, daß durch einen Ausspruch, wie er ihn gewünscht hätte, die Sache mehr gefördert und das Nichtvorgehen mit Execution besser gerechtfertigt gewesen wäre. Ew. Hochwohlgeboren fernerer Aeußerung, welche ich möglichst zu beschleunigen bitte, sehe ich hiernach entgegen. Ob Sie dieselbe an mich richten oder an Se. Kgl. Hoheit direct schreiben wollen, überlasse ich Ihnen natürlich und bemerke nur, daß es sich vielleicht empfehlen möchte, die Aeußerung zu theilen und ein Schreiben so einzurichten, daß es dem Großherzog von Oldenburg mitgetheilt werden könnte. Wir bleiben übrigens, wenn nicht unerwartete Dinge eintreten, bis zum 10. August Mittags hier.

2. 8. 1858.

Herr Balan schreibt mir sehr entrüstet über das Zimmermannsche Gebahren. Ich sehe übrigens, daß die Cölnische Zeitung bereits gegen Hannover instruirt ist, während andrerseits die Patrie uns stark angreift.

Die Abstimmung in der Rastatter Sache hat mich doch verdrossen.

Nach meinem Gefühle wird man die Sache so stillschweigend nicht hinnehmen können, es fragt sich aber, was man dabei zu thun hat.

Ich erbitte mir Ihre Ansicht darüber. Mit den Mittleren und Kleinen darüber Worte zu wechseln, scheint mir nicht am Orte, wohl aber möchte ich nach Wien in einer Depeche mich aussprechen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Ostende, den 2. August 1858. Manteuffel.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen für Sie und den Dank für die freundliche Aufnahme in Frankfurt auf. M.[1])

[1]) Bismarck äußerte sich zur Sache in einem Berichte an den Prinzen von Preußen vom 4. August, s. v. Poschinger III No. 183 S. 394 ff.

XXIII.

Ew. Hochwohlgeboren

8. 8. 1858. habe ich zu meinen heutigen Expeditionen eigentlich etwas Wesentliches nicht hinzuzufügen. Dem Prinzen schien der von Ihnen vorgeschlagene Schritt doch etwas zu scharf, namentlich scheute er die Oeffentlichkeit, welche er erlangen müßte. Deshalb habe ich den Mittelweg einer Eröffnung an Oesterreich vorgeschlagen. Ihr Vorschlag ist deshalb noch immer nicht ausgeschlossen. Der Zeitverlust dürfte aber nicht zu bedauern sein, sondern beweisen, daß wir nicht ab irato handeln. Ich stelle ergebenst anheim, Ihren Entwurf einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen und dann bei Ihrer Anwesenheit in Berlin ihn nochmals zu besprechen. Wichtig ist die Sache immerhin. Sie wird Leute wie König Max und Minister Beust sehr verschnupfen, und man wird sagen: „Jetzt sehn wir des Pudels Kern, Preußen will am Bunde Alles hindern; wenn wir dort etwas erreichen wollen, müssen wir uns an Oesterreich halten.“[1]) Ich weiß sehr wohl, daß man die Bevölkerungen von den Regierungen trennen muß, und daß mit letztern überhaupt nicht[2]) auf einen grünen Zweig zu kommen ist; indeß muß man doch mit ihnen leben, darf also die Rücksicht auf ihre Auffassungen nicht ganz aus den Augen lassen, jedenfalls ihrer Perfidie möglichst wenig Angriffs-Punkte bieten.

Den 12. d. M. Abends hoffe ich wieder in Berlin zu sein. Ich bin des heimathlosen Lebens recht müde, und wenn die vortrefflichen Seebäder mich nicht hier festhielten, hätte ich meinen Aufenthalt wohl kaum so lange ausgedehnt.

Wir sind hier in größter Ungewißheit, ob die Königin Victoria in Antwerpen oder hier landen wird. Letzteres sagt eine telegraphische Depeche des Prinzen Albert (Consort) auf das Bestimmteste. Der König Leopold, der jetzt hier ist, behauptet aber, das müsse eine Irrung sein. Es ist jetzt wiederum telegraphisch angefragt worden.

Heute Mittag soll ich beim König Leopold essen. Die Herzogin von Brabant nebst Gatten ist auch hier.

Die ganze Wirthschaft hier will mir nicht recht zusagen.

---

[1]) Anm. Bismarcks am Rande: „Das muß man ihnen auch sagen, dann wird Baiern nicht mehr in Hoffnung auf [den] Bund solche Sprünge machen wie jetzt.“

[2]) Anm. Bismarcks: never!

In der Erwartung eines baldigen glücklichen Wiedersehns in Berlin und in der Hoffnung, daß Ihr Augenleiden wieder beseitigt ist, verharre ich mit ausgezeichneter Hochachtung 8. 8. 1858.

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Ostende, den 8. August 1858. Manteuffel.[1])

XXIV.

Ew. Hochwohlgeboren

Bericht vom 7. d. M.,[2]) die Holstein-Lauenburgische Sache betreffend, habe ich leider Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen nicht persönlich vortragen können, da der König Leopold und andere Hindernisse störend eintraten. Gleichwohl legte ich großen Werth darauf, daß der Prinz Ihre Darlegung, namentlich von dem Besuche in Hannover kennen möchte, und bat ihn daher, selbigen zu lesen. Heute nun erhalte ich den Bericht mit dem anliegenden eigenhändigen Vermerk in Aachen zurück. Da dieser Vermerk doch zu Ihrer Aufklärung und Direction dienen kann, so sende ich ihn direct von hier und bitte das Blatt mir retenta copia nach Berlin zu senden. 10. 8. 1858.

Morgen Abend hoffe ich mit Gottes Hülfe in Berlin zu sein. Heute ist mir unterwegs mein Sohn etwas unwohl geworden; dieß soll aber morgen meine Reise, wenn das Befinden nicht wider Verhoffen sich verschlimmert, nicht aufhalten.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Cöln, den 10. August 1858. Manteuffel.

XXV.

Ew. Hochwohlgeboren

sende ich in der Anlage zwei Abschriften, welche einen Schriftwechsel zwischen Graf Buol und mir enthalten. 26. 8. 1858.

Ew. Hochwohlgeboren werden auch ohne Commentar von meiner Seite entnehmen, wie ich das Buol'sche Schreiben auffassen

---

[1]) Eine Antwort auf diesen, wie auf den folgenden Brief ist nicht ergangen, Bismarck begab sich am 13. August nach Berlin.

[2]) S. die Berichte vom 6. und 7. August 1858 in v. Poschinger III No. 184. 185. S. 398 ff.

26. 8. 1858. zu sollen geglaubt habe. Gern hätte ich mich bei der Abfassung meiner Antwort Ihres Rathes bedient, die Unsicherheit Ihres Aufenthaltes aber und die Hast, mit der Herr v. Koller die Antwort betrieb, haben mir dieß nicht gestattet.

Sehr dankbar würde ich sein, wenn Sie die Güte hätten, mir Ihre Ansicht über die Sache mitzutheilen. Auch möchte ich bitten, daß Sie Ihre Rückreise [1]) so einrichten, daß wir doch hier noch einige Tage zu Besprechungen haben, und mich davon, wann Sie kommen werden, unterrichten, damit ich nicht etwa zu jener Zeit abwesend bin.

Ich bitte mich Ihrer Frau Gemahlin und Frau Schwiegermutter gehorsamst zu empfehlen und verharre

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 26. August 1858. Manteuffel. [2])

XXVI.

Ew. Hochwohlgeboren

15. 9. 1858. sende ich in der Anlage zur ganz vertraulichen persönlichen Kenntnißnahme Abschrift desjenigen Schreibens, welches ich als Antwort auf das Ihnen bekannte Schreiben des Grafen Buol an denselben gerichtet habe. Das Schreiben wird erst morgen in seine Hände kommen, da ich es nicht absenden mochte, ohne dazu die Genehmigung Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen von Preußen einzuholen, welche mir gestern in Domanze ertheilt worden ist.

Einen Commentar zu meinem Schreiben brauche ich nicht zu geben. Meine Absicht war, den Oesterreichischen Vorschlag auf sein richtiges Maaß zurückzuführen, ihn aber anzunehmen und also auf diese Weise eine Lösung der Differenz zu versuchen, zugleich aber die Ueberzeugung zu gewähren, daß wir nicht zu schnell vergessen und daß wir entschlossen sind, unsere Selbstständigkeit zu wahren.

Prinz Carl wird in Wien mit Höflichkeiten überhäuft. Die Manoeuver in Schlesien gehn, vom Wetter begünstigt, zur Zufriedenheit von Statten.

Unsere große innere Frage ist noch nicht entschieden und macht mir viel Herzeleid. Um dieß mir etwas aus dem Sinne zu schlagen,

---

[1]) von Reinfeld.

[2]) Vom 6.—8. Septbr. 1858 hielt sich Herr v. Bismarck in Berlin auf.

fahre ich morgen, jedoch nur für 2 Tage, nach Crossen, wo ich 15. 9. 1858.
meinen Zorn an den Rebhühnern kühlen will.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 15. September 1858. Manteuffel.[1])

XXVII.

Ew. Excellenz

sage ich meinen verbindlichsten Dank für das geneigte Telegramm 12. 9. 1870.
von gestern Abend, welches meiner Frau und mir gar sehr zur Beruhigung gereicht. Mein Sohn hatte mir schon früher einmal geschrieben, er habe, als er in das Haupt-Quartier Sr. Majestät des Königs gesandt gewesen, die Ehre gehabt, von Ew. Excellenz angeredet, nicht aber erkannt zu werden. Er selbst hat es nicht für dienstmäßig erachtet, über seine Person sich auszusprechen, wie er denn überhaupt Alles vermeidet, was einem Vordrängen ähnlich sehn könnte. Als einen besondern Beweis von Güte und alter Bekanntschaft würde ich es betrachten, wenn Ew. Excellenz die Geneigtheit haben möchten, sofern Sie — was Gott verhüten wolle — über Verwundungen oder Unglücksfälle, die meinem Sohne zugestoßen, Etwas vernehmen, mir darüber telegraphische Notiz zugehn lassen zu wollen.[2]) Ew. Excellenz werden denken: welch ein Beweis von Dank, wenn an eine Freundlichkeit sogleich neue Bitten angeknüpft werden! Ich acceptire den Vorwurf, will aber doch noch einen wenigstens negativen Beweis von Dankbarkeit hinzufügen, und für den Fall, daß Ew. Excellenz — was aber gar nicht nothwendig ist — diese Seite noch herunterlesen wollen, als ächter Krautjunker nur Notizen über meine Wirthschaft geben. Ich stehe inmitten der Grummt-Ernte, welche ebenso wie der Heuschnitt sehr reichlich ausfällt; gestern war das Wetter sehr günstig, aber heute scheint sich ein Landregen einzustellen, die Pferde-Gespanne werden daher zur Saat-Arbeit verwendet werden müssen. Die Hälfte des Wintergetreides ist bereits in der Erde. Die Roggen-Ernte ist sehr gut ausgefallen, auch gut eingebracht, Weitzen [sic] war weniger zufriedenstellend und zum Theil sehr mit Windhalm gemischt, Hafer war

---

[1]) Eine Antwort Bismarcks auf diesen Brief ist noch nicht bekannt geworden.

[2]) Orig.: lassen wollten.

12. 9. 1870. reichlich, das ungünstige Ernte-Wetter hat aber veranlaßt, daß viel draußen verloren ging. Die Rüben, die hier nur als Futter verbraucht werden, stehn sehr gut. Was von den Kartoffeln zu sagen, die für meine Wirthschaft wohl das wichtigste Product bilden, ist noch im Zweifel, da größere Flächen noch nicht ausgemacht sind. Heute habe ich auf meinem hiesigen Hofe einen unangenehmen Besuch, nämlich den Thierarzt, der meine hiesige Schaaf-Stamm-Herde, in welcher sich Pocken gezeigt haben, impft. Sonst sind die Viehstämme gesund, auch meine kleine Fohlenherde befindet sich wohl. Ich habe jetzt drei junge, noch nicht völlig rittige [sic] Pferde, die mich viel beschäftigen. Eins der Pferde, die mein Sohn in der Compagnie reitet, ist hier gezogen. Ein großer Uebelstand sind die jetzt von allen Seiten kommenden Capital-Kündigungen. Doch das führt mich auf das politische Gebiet, welches ich nicht betreten wollte, ich breche daher hier ab.

Sollte des Königs Majestät Sich meiner zufällig erinnern, so bitte ich Allerhöchstdemselben meine ehrfurchtsvolle Huldigung zu Füßen zu legen. Verzeihn Sie, verehrter Herr Graf, diese lange Epistel, und genehmigen Sie die Versicherung meines wiederholten Dankes und meiner ausgezeichneten Hochachtung, womit zu zeichnen ich die Ehre habe

Ew. Excellenz

ganz ergebener Diener

Manteuffel.

Crossen bei Golßen, den 12. Sept. 1870.

Meine Frau verlangt, daß ich ihren Dank noch besonders verzeichne. —

Rebhühner giebt es wenige, dagegen fehlt es nicht an Fasanen.



21.

Ein Brief des Grafen Harry v. Arnim an Bismarck.

1858.

Berlin, den 6. April [1858].

6. 4. 1858. Mein verehrtester Gönner.

Seit 14 Tagen liege ich im Anschlag, um Ihnen anzuzeigen, daß meine Frau einer Tochter genesen ist, und seit 3 Tagen wünsche ich Ihnen auf Ihren Brief zu antworten, aber Furcht vor

Thurn und Taxis und Mangel jeder sicheren Gelegenheit haben mich bis jetzt daran verhindert. Auch heut fehlt mir eine solche, aber ich wage es auf gut Glück unter der Adresse von Frau v. Bismarck. 6. 4. 1858.

Was nun zuerst Ihr mémoire betrifft,[1]) so hat der Prinz es nicht gründlich gelesen. Es liegen noch ganze Haufen ungelesener Briefe auf seinem Tische, und etwas hat ihn sein Unwohlsein in der Geschäftsabwickelung wohl zurückgebracht. Er hat es auch bald an Manteuffel abgegeben. Was dort daraus geworden ist, kann ich Ihnen nicht sagen, da der Minister mir gegenüber kein Wort darüber verloren hat. Goltz hat das mémoire auch nicht gelesen, da es ihm nicht sub volanti zugegangen ist und der Prinz es ihm nachher nicht gegeben hat. — Uebrigens werden Sie sich wohl selbst gedacht haben, daß die Wirkung derartiger exposés, so nothwendig und interessant sie auch sind, im jetzigen Augenblick — ich habe kein Bedenken es auszusprechen — gleich Null ist. Von Politik ist hier weniger als je die Rede. Die Thätigkeit, die wir entwickeln, besteht lediglich im Nummern-Abmachen. Auf die Depeche x folgt die Depeche y, und in den Akten haben wir immer Recht und sind stets correct; wie die Thatsachen, aus denen dereinst die Geschichte bestehen wird, sich daneben entwickeln, ist eine andre Frage. Von einem System ist nirgends die Rede, und jeder Versuch, ein solches zu ersinnen und in Anwendung zu bringen, scheitert an der Persönlichkeit unsers chefs, der nicht Willens und auch nicht im Stande ist, von der politique des espiègleries abzugehen, die ihm bis jetzt am sichersten durch alle Schwierigkeiten durchgeholfen hat, die sich seinem Verbleiben im Amte bisweilen entgegensetzen. Dieses Verhältniß und die Ueberzeugung, daß mit Manteuffel doch nichts anzufangen und auf ihn kein Verlaß ist, entmuthigt auch alle diejenigen, denen das Rathlose und Unwürdige unsrer Situation klar ist und zu Herzen geht. — Mir ist es oft schon leid gewesen, Sie unter diesen Umständen auf der Bresche zu sehen, während Niemand hinter Ihnen steht, und Zeuge davon zu sein, wie Sie als tapferer Vorposten eine Stellung vertheidigen, welche von der Hauptarmee längst aufgegeben worden ist.

Ich will damit nicht sagen, daß man Sie in den einzelnen Fragen, in welchen im jetzigen Augenblicke eine Differenz mit Wien zu Tage getreten ist, nicht vertreten und unterstützen wird; es wird das im Gegentheil geschehen, so lange die Sache in den Akten bleibt; was aber daraus werden soll, wenn sie aus den Akten heraustritt, und das muß bald geschehen — weiß hier Niemand.

---

[1]) Gemeint ist die große Denkschrift aus dem März 1858 bei v. Poschinger III No. 224 S. 487 ff., Bismarck-Jahrbuch II S. 93 ff.

6. 4. 1858. Was hilft alles Plänkeln und Fechten in Frankfurt, wenn im Hauptquartier kein Kriegsplan existirt und die Entschlüsse einzig und allein von den Manövern des Gegners abhängen? — Es ist mir nun allerdings ohne sichere Gelegenheit nicht möglich, hierüber so eingehend zu schreiben, als ich wünsche — aber mein ceterum censeo ist, daß derjenige, welcher eine politische Reputation zu verlieren und eine Position zu vertheidigen hat, beides zu verlieren in Gefahr ist, so lange in den obersten Funktionen keine Aenderung eintritt. Ob und wann das sein wird, weiß ich nicht, aber manche Anzeichen lassen mich vermuthen, daß in dieser Beziehung noch allerhand Unerwartetes eintreten kann. — Die Holsteinische Sache liegt dem Prinzen sehr am Herzen, und er will sie nicht aus der Hand geben; darin würde er Recht haben, wenn er die letzten Konsequenzen sich klar gemacht hat und entschlossen ist, diese Frage als einen Hebel zu benutzen, um unsre Stellung in Deutschland aus dem Moraste herauszuwinden, in den wir immer mehr versinken. Das Nähere wird Ihnen nächstens geschrieben werden.

Was die Rübenzuckersteuer betrifft, so ist dieselbe doch in beiden Häusern bis jetzt keineswegs gesichert, und alle Parteien sind darüber in sich gespalten. Der Prinz hat sich der Sache persönlich sehr angenommen und das Gewicht seiner Person in die ministerielle Wagschale geworfen; vielleicht bewahrt er so das Ministerium vor einer eklatanten Niederlage. Viele aber sind der Meinung, daß es dem Auslande gegenüber vielmehr darauf ankäme, zu zeigen, daß die Preußische Landesvertretung an gewissen Principien festhält, als darauf, ein Ministerium quand même zu halten, dessen Existenz uns gerade im Auslande heruntergebracht hat und täglich mehr herunterbringen wird. Wahrscheinlich ist, daß die Regierungsvorlage im Abgeordnetenhause mit Hängen und Würgen durchgeht, im Herrenhause aber fällt. Das Resultat davon wird sein, daß der Prinz sich in seiner Abneigung gegen die „Herren" mehr und mehr festreitet und den Ministern sich viel homogener fühlt, weil er die Niederlage persönlich mit empfinden will, anstatt sie zu einem Vorwand zu benutzen, um sich von Männern zu trennen, die er in einer früheren Periode *selbst* durch seine Aeußerungen fremden Souverainen gegenüber um allen Kredit gebracht hat.

In der revirements-Frage ist noch nichts entschieden. Der Prinz hat hinsichtlich Wiens noch keine Entschließung gefaßt. Manteuffel sprach auch einmal wieder von Ihnen als Gesandter für Wien, aber davon ist im Ernste keine Rede. Werther hat wohl schließlich die meiste chance. Es ist auch ganz gleichgültig, ob Schulze oder Müller hingehen, da der Eine so wenig wie der Andre wissen wird, was er dort soll. Oriolla soll von Kopenhagen fort, weil er sich mit Rhyno Quehl nicht vertragen kann. Man hatte

diesen Vertrauensposten erst Galen angeboten, der ihn abgelehnt hat. Jetzt ist die Rede von Savigny, der auch wenig erbaut von der Aussicht ist, aber doch jedenfalls annehmen wird. — Alles Uebrige ist noch unentschieden; ich glaube aber, daß de manière ou d'autre Schleinitz bei dieser Gelegenheit wieder herangezogen werden wird. Auch ist nicht unmöglich, daß Auerswald zur Belohnung für Dienste, die er in der Rübenfrage geleistet hat, ein Stück Brot haben soll. Wenigstens war die Rede davon, und er nimmt alles. 6. 4. 1858.

Im Ganzen, theurer Freund, habe ich das Gefühl, täglich mehr mit meinem Preußischen Selbstgefühl vom Pferd auf den Esel und schließlich auf den Hund zu kommen. Vielleicht wäre es gut, Sie sähen sich die Sache einmal in der Nähe an, ehe das Schiff scheitert.

Mit herzlicher Verehrung und vielen Empfehlungen für Ihre Frau Gemahlin

Ihr

sehr ergebener

H. v. Arnim.

22.

Ein Brief des Generals G. v. Alvensleben an Bismarck.

1858.

Lieber Bismark,

Sie haben von unsern geheimen Sanitätsräthen eine zu hohe Meinung. Noch bringe ich mein Leben großentheils in horizontaler Weltanschauung zu, d. h. im Bette und kann zu meinem unendlichen Bedauern Ihrer Frau Gemahlin weder meine Aufwartung machen, noch meinen Salons die Ehre gönnen, sie in ihren Räumen aufzunehmen. Ich verfalle also, weil Sie es sind, der flüssigen Tinte, unter der Bedingung, daß Sie diese unerhörte Ausnahme für Sich behalten, um meinen durch Dickfelligkeit, Grobheit und stinkende Faulheit mühsam erworbenen Weltgeruch nicht leichtsinnig auf's Spiel zu setzen. 10. 11. 1858.

Freilich ist es kaum der Mühe werth, denn da ich nicht aus der Stube komme, so beschränkt sich meine ganze Wissenschaft von hiesigen Zuständen auf das Wenige, was die Besuche müßiger, also oberflächlich unterrichteter Leute mir zutragen. Der Berliner Witz findet das neue Ministerium bunt wie eine Thüringer Tendel-Schürze und ist zweifelhaft, ob ihre Grundfarbe mehr roth oder mehr changeant schillert. Ernste Leute drücken sich anders aus, denken aber ungefähr dasselbe. Sie fragen sich, wozu der Sprung

10. 11. 1858. in die Karte Waldeck zurück, wozu die Ueberstürzung und der Umsturz eines Inventariums, welches, wenn auch fehlerhaft, für eine neue Richtung immer noch eine brauchbarere Operations-Basis abgegeben hätte, als jene. Sie meinen, daß, wer mit Feuer spiele, darauf gefaßt sein müsse, daß ihm das Haus abbrenne 2c. 2c. Eine gedrückte Stimmung soll unverkennbar sein und sich namentlich in dem besitzenden Bürgerstande äußern. Die Militairs sind niedergeschlagen und sehn sich nach den Instructionen über Erklärung des Belagerungszustandes um, damit sie bei Zeiten mit der Wissenschaft von dem, was sie dürfen, die nöthige Sicherheit gewinnen. — Wie viel nun eigentlich zu fürchten ist, wie viele hier sind, die in dem gewöhnlichen Unverstande solcher Crisen bloß unwissentlich mit der Gefahr spielen, wie viele, die es absichtlich thun, um, wenn es ihnen paßt, den Brand anzublasen, darüber werden erst die Wahlversammlungen entscheiden, die gestern hier begonnen haben, deren Resultate ich indessen noch nicht kenne. In dem Ministerium soll bereits eine Spaltung herrschen, wie dieß auch kaum anders sein kann. Unmöglich kann Bonin, kann der Fürst Hohenzollern links gehn wollen, und man erzählt sich, ein Compromiß habe sie für eine Richtung über das rechte Centrum weg allesammt vereinigt; allein, wenn Patow, wenn Auerswald auch dieses Opfer bringen wollen, werden sie es verwirklichen können, vis-à-vis ihrer früheren Stellung in der Kammer und da es in praxi kein Centrum giebt, dieses vielmehr nur ein Hirngespinnst, eine Illusion für schwache Charactere, ein Lückenbüßer der Doctrinairs ist, die Null zwischen Plus und Minus, die Quarrée-Intervalle für verlegene Cavallerie? Werden die beiden Generale auf diese Intervallen losreiten wollen, wo es sich in der hervorgerufenen Krisis um ein bestimmtes Gefecht und bestimmte Resultate handelt? Wird nicht instinctmäßig der General rechts, das Civil links ziehn und die Stange darüber zerbrechen? Diese Fragen, behauptet man, suchten schon jetzt die Minister-Hotels in schlafloser Alp-Stunde heim und droheten dem Ministerium Auerswald (so nennen es die Leute, auch das Schürzen-Ministerium) schon in der Wiege Verderben.

Vorläufig scheint es sich damit zu trösten, die Wahlen würden gut ausfallen. Was mit dem „gut“ gemeint ist, habe ich nicht erfahren. Vielleicht 72 Landräthe. Wer die Presse und den Umschlag gewisser inspirirter Blätter und Behörden beobachtet hat, könnte wohl auf eine solche Deutung geheimster Wünsche verfallen.

Inzwischen treibt die Stellenjägerei ihr Wesen. Ob Sie einer von den Edelhirschen sind, welcher gejagt werden und einer zweischläfrigen Diana zum Opfer fallen soll, darüber vermag ich nichts zu berichten. Unmöglich wäre es nicht; denn da sehr viel Coburger Wind mit an dem Getriebe unserer äußeren Politik arbeiten

wird, der sowohl aus Brüssel wie aus London nach Wien hin steht, um uns dort blindlings an die Schleppe des Oestreichischen Interesses festzunesteln, so sind Sie allen Denen ein Dorn im Auge, die diese Alliance à tout prix schon seit lange anbauen [sic], und ihrer sind viele und auch mächtige! 10. 11. 1858.

Ich würde in dieser Beziehung dem Prinzen vertrauen, welcher Ihnen immer gewogen war. Allein in den Maaßregeln der letzten Tage sieht auch das blödeste Auge einen Einfluß, der mächtiger ist als Sein Wille, und welcher uns daher noch vieles Unheil bringen wird, denn eine Militair-Monarchie wie die unsrige kann nur in Manneshand gedeihen. — In allen übrigen Maaßregeln schwach, weil man um die öffentliche Gunst buhlt, wird man in Parthei-Haß und Leidenschaft stark sein, wenigstens hat es bis jetzt allen Anschein dazu. Und nun lassen Sie mich schließen, und haben Sie Nachsicht mit diesem undeutlich geschriebenen confusen Schreiben, in Rücksicht darauf, daß es im Bette unter tausend Unterbrechungen und nur aus des on dit abgefaßt ist. Geh ich erst aus und präsentirt sich eine günstige Gelegenheit, so verspreche ich mehr und Besseres, bis dahin verbrennen Sie diesen Brief.

Mein erster Ausgang wird vor Anfang des nächsten Monats schwerlich ausführbar sein, und auch dann noch ziemlich lahm ausfallen. Ich muß mich mit andern hinkenden großen Männern trösten, wie Mephisto, Richard 3., Arnim-Heinrichsdorf ꝛc. ꝛc.

Leben Sie wohl.

Ihr

Berlin, 10/11. 58. treu ergebener

G. v. A.

23.

Eine Denkschrift Bismarcks.

1861. (?)*)

So lange das Bündniß der drei östlichen Großmächte bestand, war die Aufgabe des Deutschen Bundes in der Hauptsache darauf beschränkt, das im Jahre 1815 gegen Frankreich 1861.

*) Die Datirung ergibt sich aus der Bezugnahme auf die Militärconvention mit Coburg-Gotha, die am 1. Juni 1861 unterzeichnet, am 30. Juli 1861 von dem vereinigten Landtage der Herzogthümer angenommen wurde. Sollte es die Denkschrift über die „deutsche Frage“ sein, die Bismarck im Juli 1861 in Baden-Baden dem Könige überreichte?

1861. und die Revolution errichtete Defensivsystem zu vervollständigen. Hinter dem Bunde stand die vereinigte Macht von Preußen, Oestreich und Rußland, und die Bundescontingente wurden für den Kriegsfall zwar als Zuwachs in Betracht gezogen, aber die Mängel ihrer Organisation, die Möglichkeit des Abfalls der einzelnen bei unglücklicher Kriegführung fielen neben den massenhaften Streitkräften der drei großen Militärmächte der heiligen Allianz nicht entscheidend ins Gewicht.

In der Anlehnung des Bundes an die drei östlichen Mächte fand Deutschland Bürgschaften des Friedens und der Sicherheit, über welche manche drückende Folgen der Zerrissenheit seines Gebietes vergessen werden konnten. Nachdem diese Bürgschaften mit der Auflösung der heiligen Allianz geschwunden sind, machen sich der Bevölkerung in verstärktem Maße alle die Uebelstände fühlbar, welche aus der unnatürlichen Mannigfaltigkeit der Landesgränzen im Innern Deutschlands hervorgehn und verstärkt werden durch die in früheren Zeiten unbekannte Höhe, auf welche das Souveränetätsbewußtsein der Einzelstaaten sich heut zu Tage gesteigert hat. In den kleinern Staaten ist das demüthigende Gefühl des Mangels an Würde und Sicherheit nach Außen und die Empfindung des Druckes vorherrschend, welchen die Beschränktheit der politischen Lebenskreise auf die Strebsameren und Befähigteren ihrer Angehörigen ausübt. Das preußische Volk dagegen fühlt die Ungerechtigkeit, welche darin liegt, daß Preußen, nachdem Oestreichs innere Zustände die Bereitschaft des Kaiserlichen Bundes-Contingentes für die Stunde der Gefahr als sehr zweifelhaft erscheinen lassen, mit den Kräften von 18 Millionen unter höchster Anspannung aller Kräfte für die Vertheidigung des Gebietes von mehr als 40 Millionen der Hauptsache nach einstehn soll, daß es dabei in seiner Gesammtheit kein stärkeres Recht am Bunde hat, als die kleinen Nachbarstaaten, die es schützt, durch die es aber im Frieden seine materielle Entwicklung beschränkt, seinen Verkehr eingeengt sieht, und von denen es im Kriege, sobald er unglücklich verliefe, verlassen werden würde. In der gesammten deutschen Bevölkerung nährt und steigert sich das Mißvergnügen durch das niederschlagende Gefühl, daß eine

große und kräftige Nation durch die Mängel ihrer Gesammt- 1861.
verfassung verurtheilt ist, nicht nur auf die ihr gebührende Geltung in Europa zu verzichten, sondern in steter Sorge vor dem Angriff von Nachbarn zu leben, denen sie unter Umständen mehr als gewachsen sein würde. Je mehr dieses Gefühl und die Erkenntniß seiner Ursachen das allgemeine Bewußtsein durchdringen, um so schärfer und zuletzt gefährlicher kehrt sich seine Spitze gegen die Gesammtheit der deutschen Regirungen. Von den letztern wird erwartet, daß sie mit mehr practischem Erfolge als bisher dem Ziele einer engeren Einigung Deutschlands zustreben, und diese Erwartung erscheint auch der conservativsten Auffassung nicht unberechtigt, soweit es sich darum handelt, die Wehrkraft Deutschlands einheitlicher und straffer zusammenzufassen und der allgemeinen Wohlfahrt diejenige freie Bewegung im Gebiete aller materiellen Interessen zu sichern, welche für Handel und Verkehr durch den Zollverein angebahnt ist. Mit der jetzigen Bundesverfassung ist es nicht möglich, den bestehenden Uebelständen abzuhelfen. Die Gränzen, innerhalb deren der Bundestag durch Majoritäten beschließen kann, sind sehr eng, und außerhalb derselben würde selbst eine besser intentionirte Majorität als die jetzige durch den Widerspruch Einzelner gelähmt werden. Dänemark oder Luxemburg sind berechtigt, jeden Fortschritt zu hemmen. In Erkenntniß dieses Uebels wurde daher innerhalb der letzten zehn Jahre von der Coalition, in welche Oestreich mit den Mittelstaaten getreten war, vielfach versucht, in ihrem Interesse die Competenz der Majoritäts-Beschlüsse zu erweitern. Dieses Auskunftsmittel ist aber für Preußen in der jetzigen Bundesverfassung nicht annehmbar. Bei Erweiterung der Befugnisse der Majorität wäre das Veto gegen Majoritätsbeschlüsse, welches in den Händen eines zu selbständiger Politik nicht befähigten Kleinstaates oder im Besitz einer außerdeutschen Macht als Abnormität erscheint, für die Großmacht Preußen unentbehrlich. Preußen kann nicht in Deutschland die Rolle einer beherrschten Minorität übernehmen, wenn der Bundesbehörde wesentliche Attributionen der Militär- und Finanzgesetzgebung für Deutschland beigelegt würden. Dem Bundesstaate, welcher

1861. an Macht alle übrigen zusammengenommen aufwiegt, gebührt ein *vorwiegender* Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten, und seine Bevölkerung würde darauf nicht verzichten wollen.

Eine andre Vertheilung der Stimmrechte am Bunde, eine stärkere Betheiligung der mächtigern Mitglieder, bietet immerhin nur ein unzulängliches Correctiv der bestehenden Mängel. Bei *gerechter* Vertheilung müßten beide Großmächte zusammen die geborne Majorität bilden, und nach der Bevölkerung und nach dem Machtverhältniß müßte Preußen allein mehr Stimmen haben als die Gesammtheit der übrigen rein deutschen Staaten (18 Million gegen $17^1/_2$). Abgesehn von dieser Schwierigkeit würde durch die mechanische Operation der Zählung der vertragsmäßigen Stimmen eine lebensfähige und am Tage der Gefahr haltbare Einigung schwerlich erreicht werden. Um einem solchen Ziele näher zu treten, ist vielleicht *eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundes-Centralbehörde* das einzige Bindemittel, welches den divergirenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag. Nachdem eine Volksvertretung, zum Theil mit sehr weitgehenden Befugnissen, in jedem deutschen Staate besteht, kann eine analoge Einrichtung für die Gesammtheit unmöglich an und für sich als eine revolutionäre angesehn werden.

Die Form und die Competenz einer solchen Vertretung könnte nur durch eingehende Erwägung, durch Verständigung zwischen den Bundesstaaten festgestellt werden. Die weitesten Gränzen ihrer Wirksamkeit würden immer nur die Bestimmungen über die Wehrkraft des Bundes und die Zoll- und Handelsgesetzgebung mit dem Gebiete der verwandten materiellen Interessen umfassen, so daß die Regirungsgewalt im Innern jedem Staate unverkümmert bliebe. Für die Intelligenz und die conservative Haltung einer solchen Vertretung würde es einige Bürgschaft gewähren, wenn ihre Mitglieder nicht direct von der Bevölkerung, sondern von den einzelnen Landtagen erwählt würden. Eine solche deutsche Gesammtvertretung dürfte zugleich mit einiger Sicherheit dahin führen, daß der bedauerlichen Tendenz

der meisten deutschen Landtage, sich vorwiegend kleinlichen 1861. Reibungen mit der eignen Regirung zu widmen, eine heilsame Ableitung auf breitere und gemeinnützigere Bahnen gegeben würde, und die subalternen Streitigkeiten der Ständesäle einer mehr staatsmännischen Behandlung deutscher Gesammtinteressen Platz machten. Das verfassungsmäßige Recht Preußens, einen dahin gerichteten Antrag in der Bundesversammlung zu stellen, ist ebenso unzweifelhaft als die Ablehnung desselben, zu welcher der Widerspruch jedes einzelnen Bundesstaates ausreichen würde.

Die ehrliche Betheiligung Oestreichs an derartigen Einrichtungen würde selbst dann noch kaum ausführbar werden, wenn zwischen den deutschen und den nicht deutschen Provinzen des Kaiserstaates das Verhältniß einer bloßen Personalunion herzustellen wäre. Auch von den übrigen Bundesstaaten ist die Zustimmung mit der verfassungsmäßigen Stimmen-Einhelligkeit jedenfalls nicht zu erwarten, und der Bundestag in seiner jetzigen Zusammensetzung wäre kaum geeignet, um mit parlamentarischen Körperschaften zu verhandeln. Die practische Verwirklichung einer deutschen Nationalvertretung hat demnach auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege bisher wenig Wahrscheinlichkeit und könnte nur mit einer Umgestaltung der Centralbehörde Hand in Hand gehn. Minder hoffnungslos wäre vielleicht das Bestreben, auf dem Wege, auf welchem der Zollverein entstand, die Herstellung anderweiter nationaler Einrichtungen zu bewirken.

Ob und wie der Zollverein sich bei Ablauf der jetzigen Periode erneuern läßt, kann nur der Erfolg ausweisen. Wünschenswerth ist aber gewiß, daß er nicht in seiner jetzigen Verfassung fortbestehe, vermöge welcher das Widerspruchsrecht der Einzelnen jede Entwicklung unsrer Handelsgesetzgebung abschneidet. Auch hier dürfte, neben Einführung des Beschlußrechtes wenigstens einer Zweidrittel-Majorität, die Lösung der weitern Schwierigkeiten am leichtesten dadurch gefunden werden, daß Ausschüsse von mehr oder weniger starker Mitgliederzahl aus den Ständeversammlungen der einzelnen Staaten zusammentreten und durch ihre Berathungen und Beschlüsse die

1861. Meinungsverschiedenheiten der Regirungen auszugleichen suchen. Ein solches „Zollparlament" kann unter Umständen und bei geschickter Leitung das Organ werden, auch auf andern Gebieten Vereinbarungen anzubahnen, welchen deutsche Staaten um so leichter beizutreten geneigt wären, wenn sie stets kündbar bleiben. Die ersten Anfänge der Zolleinigung mit Darmstadt sind kaum erheblicher gewesen, als es in ihrer Art die Militär-Conventionen mit Coburg-Gotha und andern ähnlich disponirten kleinen Staaten sein würden. Die Einwirkung der bestehenden parlamentarischen Körperschaften stellt in jetziger Zeit schnellere Fortschritte für nationale Bestrebungen der Art in Aussicht als vor dreißig Jahren, und äußre Ereignisse können förderlichen Einfluß üben. Als letztes, vielleicht spät erreichbares Ziel würden dabei gemeinschaftliche Heeres-Einrichtungen vorschweben, denen die gemeinschaftlichen Einnahmen aus den Zöllen und den verwandten Abgaben als Budget und eine gemeinsame Gesetzgebung für Handel und Verkehr als Ergänzung dienten, alles auf vertragsmäßiger und kündbarer Basis, unter Mitwirkung einer aus den Landtagen combinirten Volksvertretung. Ehe Preußen mit derartigen Bestrebungen außerhalb des Bundestages offen hervorträte, würde es sich jedenfalls empfehlen, ähnliche Reformen in Frankfurt auf bundesverfassungsmäßigem Wege zu beantragen. Der erste Schritt dazu wäre die offne und amtliche Erklärung, daß die bestehende Bundes-Verfassung sich nicht bewährt hat und eingreifender Umgestaltung bedarf. Daß dem so sei, wird allgemein erkannt, aber keine Bundesregirung hat es bisher amtlich ausgesprochen.

Eine offizielle Erklärung Preußens, dahin gehend: daß wir die jetzige Bundes-Verfassung den Bedürfnissen der Bundesgenossen und der deutschen Nation nicht entsprechend und der Reform für bedürftig halten, daß wir entschlossen sind, am Bunde Vorschläge für eine solche Reform zu machen, durch welche die Mitwirkung einer nationalen Vertretung in Aussicht genommen wird, daß wir die freie Einwilligung unsrer Mitverbündeten in unsre Anträge durch Verhandlung erstreben, und wenn wir sie sofort nicht erlangen, von der Zeit erwarten

wollen in der Hoffnung, daß richtigere Ansichten sich Bahn 1861.
brechen werden, daß wir, bis dieses Ziel erreicht sein werde, in freiwilligen und kündbaren Vereinigungen neben dem Bunde Surrogate für die fehlenden Bundesinstitutionen herzustellen suchen werden — eine derartige Erklärung würde als erster Schritt zu bessern Einrichtungen tiefen Eindruck in Deutschland machen und besonders der Regirung Preußens ihre Aufgabe im Innern den Wahlen und den Kammern gegenüber wesentlich erleichtern. Die Fassung der Erklärung müßte auf die doppelte Wirkung berechnet sein, einmal, daß die deutschen Fürsten über die Tragweite unsrer Pläne beruhigt werden und erkennen, daß wir nicht auf Mediatisirung, sondern auf freie Verständigung zum Nutzen Aller ausgehn, und zweitens, daß im Volke der entmuthigenden Besorgniß entgegengetreten wird, als fände Preußen den Gang der deutschen Entwicklung mit dem heutigen Bundestage abgeschlossen und strebe nicht ernstlich nach fortschreitender Reform desselben. Eine fertige Vorlage von Reformplänen, ein ausgearbeiteter Entwurf einer neuen Bundes-Verfassung erscheint erst dann Bedürfniß, wenn das Maß des Erreichbaren sich aus den Verhandlungen mit den andern Bundesregirungen erkennen läßt. Nur die Constatirung der Ansicht im Schoße der Bundesversammlung, daß die jetzigen Einrichtungen unzulänglich sind, daß wir nicht davor zurückschrecken, das Element einer National-Vertretung in die zukünftige Combination mit aufzunehmen, daß aber unsre Aenderungsvorschläge nicht über das Bedürfniß, das heißt nicht über das Gebiet der Militäreinrichtungen und der materiellen Interessen hinausgreifen werden, und daß wir, den Verträgen und dem Rechte treu bleibend, nur von der freien Entschließung unsrer Bundesgenossen die allmähliche Verwirklichung der Pläne erwarten, welche wir dem Interesse aller Betheiligten gleich förderlich und durch die gerechten Ansprüche des deutschen Volkes auf Sicherheit und Wohlfahrt für geboten erachten, [halte ich für erwünscht].[1])

Eine Anzeige in Betreff der Militär-Convention mit Sr. Hoheit dem Herzoge von Gotha würde einen zweckmäßigen

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

1861. Anknüpfungspunkt für eine principielle Erklärung im obigen Sinne darbieten. Die Kgl. Regirung wird dann in der Lage sein, ihren Bundesgenossen von Neuem und in überzeugender Weise darzuthun, daß sie weder eigennützige Zwecke noch Umgestaltungen erstrebt, welche dem Recht und der Geschichte Deutschlands widersprechen, sondern daß sie in der Consolidirung der Wehrkraft des Bundes nur die Mittel sucht, den gesammten Rechtsbestand der deutschen Staaten gegen äußere Gefahren wirksamer zu schützen, und daß sie diesen nach der Natur der Dinge ihr vorzugsweise obliegenden Beruf mit gleicher Treue für die Rechte ihrer Bundesgenossen wie für die eignen erfüllen wird.

24.

General v. Manteuffel und Bismarck (Privatcorrespondenz).

1865.

I.

Ich will so deutlich als ich kann schreiben.

Ew. Excellenz

10. 9. 1865. habe ich meinen und Baron Zedlitzens Bericht in Betreff der Anstellungen eingereicht, aber Ihrer Erlaubniß nachkommend nehme ich daraus Veranlassung, Ihnen auch noch privatim und ohne Förmlichkeiten und mit Wallensteinschen Citaten, also ganz in und nach meiner Individualität zu schreiben.

Wenn für den Ausgang ich mit meinem Kopf soll stehn
Und meiner Ehre, muß ich Herr darüber sein!

Nun weiß ich, daß, wenn ich hier nicht reussire, des Königs Majestät mir nicht gleich den Kopf werden zu Füßen legen lassen, aber verbraucht für Sr. Majestät Dienst wäre er doch, und meine Reputation erlitte doch einen Eschec [sic], der nur in Merseburg enden müßte. Ew. Excellenz sehen, ich stehe mit Leben und Existenz in der Sache, und wie ich die Dinge bis jetzt beurtheile und wie sie sich gestalten in meinen Augen, habe ich frischen Muth. Aber ohne Vertrauen des Königs und ohne Vertrauen seines Ministers kann

ich nichts leisten. Ich habe daher eine sehr herzliche Bitte und appellire an Ihre mir doch vielfach bewährten freundschaftlichen Gefühle. Das gestrige chiffrirte Telegramm enthält eine Beschränkung der mir durch meine Ernennungsordre und durch die Instruction von Ew. Excellenz gegebenen Machtvollkommenheit. Wenn Ew. Excellenz die Allerhöchste Ordre vorlegen, welche diese Beschränkung dann definitiv festsetzt, so bitte ich Sie, bei des Königs Majestät sogleich meine Abberufung zu beantragen. Ist die Ordre selbst erst da, so wird es mir schwerer, als ich es aussprechen kann, wenn ich einer Allerhöchsten Ordre gegenüber dann darum bitten müßte, und doch wäre es unabweisbar. Ich bitte Ew. Excellenz aus vollem Herzen, hierbei gar keine Rücksicht auf meine Person zu nehmen. Ich lebe, webe und denke im Dienste, und Rücksichten auf mein eigenes Ich kenne ich nur insoweit, als ich den Dienst nur mit dem Bewußtsein erfolgreich thun kann, dem Könige und dem Staate zu nützen. Ich kann Ew. Excellenz versichern, daß in dieser Bitte nicht die geringste persönliche Empfindlichkeit wurzelt; ich kenne das wirklich nicht, und dann kann ich mich so lebhaft in Ew. Excellenz Stellung hineindenken. Sie bekommen Ihre Berichte, die Zeitungen, Erzählungen, Privatbriefe, — Sie müssen den Wunsch haben, durch directes Einschreiten in der Luft liegenden Fehlgriffen vorbeugen zu können. Und doch liegen hier so außergewöhnliche Verhältnisse vor, daß ich es nicht für möglich halte, die Dinge siegreich durchzuführen, wenn nicht unmittelbares, persönliches Sehen, Einschreiten und Eingreifen stattfindet. Beamtenthum und Bevölkerung muß den Eindruck haben, daß der Mann, der an der Spitze der Provinz steht, volles Vertrauen, volle Autorität, volle Gewalt besitzt. Der Mann selbst muß das Gefühl behalten, daß er das Vertrauen des Königs und seines obersten Ministers hat, und daß er nicht bei jedem Schritt, den er thut oder den er nicht thut, an seine Rechtfertigung über die Specialität zu denken hat. Wenn ja, so ist hier der Fall, wo momentan eine Art Dictatur nothwendig ist, wie in alten Zeiten, wo es keine Eisenbahnen und Telegraphen gab. Es handelt sich um einen vorübergehenden Zustand, der mit Gottes Hülfe nicht lange dauern wird, aber gerade in dieser extraordinären Zeit muß der Mann, der an der Spitze steht, seine ganze Frische und Initiative bewahren können und das Sicherheitsgefühl haben, daß, wenn er zur Erreichung des Zweckes etwas für nöthig erachtet, er es von Oben bewilligt erhält ohne Zeitverlust und ohne lange Motivirungen und langes Hin- und Herschreiben. Denn gerade Telegraphen, Eisenbahnen und Presse machen es nothwendig, daß die Dinge schlagweise erfolgen, und selten kommt auf den Moment da so viel an als bei den obwaltenden Verhältnissen hier in den Herzogthümern. Es ist eben eine Vertrauensfrage im Großen

10. 9. 1865.

10. 9. 1865. und Ganzen. Ich glaube in Kurzem ein gutes Resultat, nicht nur in Bezug auf Ordnung und Gesinnung in Schleswig, sondern auch in Hinsicht auf Umschlag in Holstein — kurz auf das, was der König will — zu erreichen, wenn ich Autorität und Machtvollkommenheit und Geldmittel zur Disposition habe. Es giebt nichts, was so viel gutes Blut machen wird, als das schnelle in die Hand nehmen öffentlicher Landesbedürfnisse. Es ist nun eben die Frage, ob ich der Mann bin, dem solches unbedingtes Vertrauen auf eine kurze Zeit geschenkt werden kann. Treue und Hingebung für den König — die ist da; Handeln im Sinne und Geiste seiner Politik und innerhalb seiner Instructionen — dazu ist der Wille auch da; Charakter, daß er mit Ew. Excellenz Zielen im Einverständniß bleibt und gegen Sie persönlich so verfährt, daß er Ihnen stets mit alter Offenheit ins Auge blicken kann — dafür geben viele Jahre Garantie, und ich hoffe zu Gott, daß mein Charakter sich nicht mehr ändert. Es bleiben die Fähigkeiten — ich sage es offen, ich traue sie mir auch zu, aber darüber haben nur der König und Ew. Excellenz zu entscheiden. Für die ersten 3 Punkte trete ich mit vollem Bewußtsein ein, über die letzte Frage kann ich es nicht. So liegt die Sache, und nun entscheiden Ew. Excellenz, ob die beschränkende Ordre erlassen werden soll oder ob die bisherige Vollmacht mir erhalten bleiben soll. Habe ich scheinbar zu arrogant geschrieben, so halten Sie es nicht für Arroganz, es ist wahrhaftig nur Offenheit und Vertrauen zu Ihnen, damit Sie meinen innern Menschen hierbei kennen, um Ihre Beschlüsse ganz objectiv im Interesse des Königs, des Staates und Ihrer Politik fassen zu können. Ich habe den Kopf sehr voll, und die Post drängt. Noch eine Sache: vergessen Ew. Excellenz Prinz Hohenlohe nicht: bis dat qui cito dat. Dann noch eine Bitte: unterstützen Ew. Excellenz meine Bitte an Minister Roon, jetzt wegen früher projectirter, provisorischer Marinebauten keine Bäume auf der Lieblingspromenade der Kieler fällen zu lassen. Es macht einen zu bösen Eindruck in ganz Holstein. In sehr herzlicher Verehrung

E. Manteuffel.

Schleswig, 10. September 1865.

Geht Frau Gemahlin mit nach Biarritz? Meine Frau ist hier.

Antwort Bismarcks.

Berlin, 11. Sept. 65.

Ew. Excellenz

11. 9. 1865. danke ich herzlich für den gestrigen Brief und beeile mich, vorbehaltlich und ausschließlich der amtlichen Correspondenz, Ihnen einstweilen mit derselben freundschaftlichen Offenheit,

wie sie durch unsre langjährigen vertrauensvollen Beziehungen 11. 9. 1865.
berechtigt und bedingt ist, privatim zu antworten. Ich acceptire die Wahrheit des Wortes:

„Wenn für den Ausgang ich mit meinem Kopf soll stehn
Und meiner Ehre, muß ich Herr darüber sein.“

Wen aber trifft das Mißlingen der Politik in den Herzogthümern? Nicht den Gouverneur, sondern das Ministerium und mich insbesondre. Die Folgen der Mißgriffe, die Zedlitz in Personalien gemacht hat, brachten unsre Gesammtpolitik dicht an den Schiffbruch, nur das Wagniß auf den Krieg und die Schwäche Oestreichs rettete uns davor. Wurde deßhalb Zedlitz angeklagt? Gewiß nicht, sondern mit Recht die von mir geleitete preußische Politik, und meine Schuld lag daran, daß ich es habe geschehn lassen, daß Zedlitz selten und spät berichtete und in den Anstellungen mit einer Unabhängigkeit verfuhr, wie sie in dem ruhigen Inlande selbst das Gesammtministerium niemals dem Könige gegenüber besitzt. Nun haben Sie zwar in Ihrem kleinen Finger mehr Menschenkenntniß und politischen Blick, als Zedlitz je erwerben wird; darum aber handelt es sich bisher nicht, denn Sie selbst haben erklärt, die Ernennungen in diesem für den ersten Eindruck und für die nächste Zukunft entscheidenden Augenblicke Zedlitz überlassen zu wollen. So ist für eins der wichtigsten Aemter die Gefahr vorhanden, daß ein Mann[1]) ernannt wird, dem, ganz abgesehn von jedem politischen Einfluß,[2]) die öffentliche Achtung fehlt. Er ist von Jugend auf ein Schuldenmacher gewesen, und im Amte hat er solche Schulden gemacht, für die er im preußischen Dienste disciplinarisch entlassen werden würde, nämlich Schulden bei den ihm untergebenen Bauern. Nun wollen Sie Ihre Stellung daran setzen, diesen Zedlitzschen Mißgriff zu decken. Als ich dem Könige vorschlug, die Regirung in die Hände des commandirenden Generals zu legen, besprach ich mit Ihnen den Nutzen, welchen diese Einrichtung für die schnelle, sichre und einheitliche Handhabung der Regirungspolitik vermöge der

[1]) Graf A. Reventlow.

[2]) So ist wohl zu lesen statt: Eindruck, wie im Ms. steht.

11. 9. 1865. stricteren militärischen Disciplin haben werde. Bei der ersten Meinungsverschiedenheit aber setzen Sie mir den Stuhl vor die Thür, falls ich nicht einwillige, den Echec auf mich zu nehmen, den unsre Politik durch Wiederholung der Zedlitzschen Mißgriffe in Anstellungen erleiden würde. Ich bin sehr gern bereit, dem Könige die von Ihnen gewünschte Ordre vorzulegen, nur bitte ich darin aufnehmen zu dürfen, daß der König Sie zum Minister und mich zum Gouverneur von Schleswig macht, und ich verspreche Ihnen, ein für Sie stricte folgsamer Ausführer Ihrer Politik zu sein, der Ihre Gedanken zu errathen und auszuführen suchen, aber nicht zur Vermehrung der Schwierigkeiten Ihres Ministeriums beitragen wird. Es wird mir das auch nicht schwer werden, denn ich diene Gott und nicht den Menschen und bin oft genug in der Lage gewesen, den meinigen entgegengesetzte Ansichten des Königs und der Majorität des Ministeriums mit Eifer und Freude auszuführen. Wollte ich in solchen Fällen mich für verbraucht erklären, so würde mir der äußerliche Friede des Privatlebens längst gewonnen, der innere, den ich aus dem Bewußtsein des Dienstes für König und Land schöpfe, aber verloren sein. Seien Sie nicht böse, wenn ich ganz offen bin; ich würde es in dem Sinne gegen Niemand sein, den ich nicht liebe und verehre. Sie kannten aus Thatsachen und Mittheilungen die Fehler, die Zedlitz bei allen seinen guten Eigenschaften hat, Mangel an politischem Instinct, an Menschenkenntniß, leicht zu gewinnende Gutmüthigkeit; dennoch überließen Sie ihm auch dießmal die im Winter von ihm schlecht angewandte Selbständigkeit in der Wahl der Beamten. Daß dieselben nur provisorisch ernannt werden, ändert nichts; denn wenn es schon fast unmöglich ist, ihre provisorische Ernennung vor der Unterschrift aufzuhalten, so wird es noch schwerer sein, sie abzusetzen, wenn sie sich kein Vergehn grade zu Schulden kommen lassen. Man kann über den Werth der politischen Bedenken gegen Ernennung der durch dänischen Eifer compromittirten Beamten hinwegkommen; aber ein Mann ohne persönliche Achtung, ein leichtsinniger Schuldenmacher, bringt uns weiter vom Ziele zurück als etwa eine Räumung

von Rendsburg. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß das „Vertrauen des Königs und seines Ministers" Ihnen ungeschwächt zur Seite steht, aber Sie haben uns Zedlitz für Manteuffel in dieser Frage substituirt, und zu Zedlitz' Blick habe ich kein Vertrauen; Sie würden anders gewählt haben, wenn Sie erst mit den Dingen dort soweit bekannt wären, wie ich es durch zweijährige, ich könnte fast sagen durch 14-jährige Beschäftigung mit Schleswig-Holstein und seinen Bewohnern bin. Legen Sie nur einmal Hand aufs Herz und sagen Sie mir auf die uns gemeinsame Dienstpflicht gegen die Krone Preußen: wenn Sie Minister wären und dem Könige vorgeschlagen hätten, mich in persönlichem Vertrauen auf meine Eigenschaften mit Schleswig zu betrauen, weil Zedlitz diese in mir geschätzten Eigenschaften erfahrungsmäßig mangelten, und ich hätte das Vertrauen an Zedlitz weiter cedirt, Warnungen, die mir zugegangen wären, aus Courtoisie für Zedlitz unbeachtet gelassen und einen Ihnen, dem Minister, unmöglich erscheinenden Mann durch Zedlitz ernennen lassen, und ich erklärte Ihnen dann, wenn Sie mir in dieser und in der ganzen Schleswigschen Sache, obschon die Reputation, die Zukunft, der Erfolg oder das Fiasco der Regirung davon abhängt, nicht blindlings freie Hand lassen, so bitte ich, sich einen andern Gouverneur auszusuchen — was würden Sie mir darauf geschrieben haben?

11. 9. 1865.

Ich kann mir denken, daß das chiffrirte Telegramm Ihnen meine Sache nicht mit dem Eindruck plaidirt hat, den ich ihm hätte geben mögen, wenn ich es hätte begleiten können, aber sehen Sie diesen Brief als einen schwachen Beweis an, wie peinlich es mir ist, mich mit Ihnen in Meinungsverschiedenheit zu wissen; ich glaube, daß ich kaum an den König, und sicher an keinen andern, einen eigenhändigen Brief von mehr als zwei Seiten seit 3 Jahren geschrieben habe.

Wir dienen beide derselben Sache mit derselben Treue, und ich halte mich nicht für den weisern von uns beiden, aber für jetzt kenne ich das Terrain dort noch genauer, und so lange Sie der Krücke Zedlitz bedürfen, kann ich auf das Mitreden nicht verzichten, des Königs und mein eignes enjeu

11. 9. 1865. ist zu hoch. Setzen Sie ab, wen Sie wollen, und sobald Sie selbst glauben, die Brille Zedlitz entbehren zu können, bin ich gewiß, daß auch über die Anstellungen keine Meinungsverschiedenheit mehr zwischen uns sein wird.

Nehmen Sie diesen Brief, darum bitte ich herzlich, als einen Ausdruck freundschaftlichen Vertrauens auf, den ich lieber mündlich auf der Bank an der Bicksteiner Kirche gegeben hätte.

Der Ihrige

v. Bismarck.

II.

Repliken Manteuffels.

Ew. Excellenz

12. 9. 1865. lieben Brief vom gestrigen Tage — denn wenn Sie mich auch darin kanzeln, so ist er mir doch lieb, weil Sie selbst in dem Briefe sind — habe ich heute in Neumünster erhalten und antworte sogleich, denn ich muß wieder Wallenstein citiren:

Ich stehe schwankend, weiß nicht, was ich soll!

Ich habe Ihren Privatbrief vom 11. d. M. und soeben ein officielles Schreiben von demselben Datum erhalten. Ersterer ist eine Antwort auf mein Privatschreiben, ob letzteres auch eine Antwort auf meinen officiellen Bericht mit der Zedlitzschen Anlage ist, weiß ich nicht. Nun hoffentlich bekomme ich noch eine bestimmte officielle Entscheidung, weil die Sache eben in allen ihren Consequenzen zu wichtig ist, um in Unklarheit bleiben zu können.

Ich bin frei von dem Gedanken, in erster Meinungsverschiedenheit mit Ew. Excellenz Ihnen den Stuhl vor die Thüre zu setzen. Wahrhaftig nicht. Hier handelt es sich aber um ein Princip. Ich bekomme eine Ordre, eine Instruction von Ihnen, die mir bestimmte Machtvollkommenheiten geben, denen gemäß ich meine Stellung hier antrete. Plötzlich kommt ein chiffrirtes Telegramm, das mir diese Machtvollkommenheiten nimmt und Specialverordnungen giebt. Denen bin ich in dem vorliegenden Falle nachgekommen, aber die Sache kann definitiv nur durch eine Ordre geregelt werden, und erfolgt diese, so bin ich, wie ich einmal bin, moralisch lahm gelegt und kann dem Könige nicht mehr mit Nutzen und Erfolg in dieser wichtigen Stellung dienen. Das ist mein inneres Ich, und das habe ich Ew. Excellenz, damit Sie Ihre Beschlüsse danach fassen, offen vorgelegt.

Die allgemeinen Landes- und Ressortverhältnisse kenne ich, und bei den Truppen, wo Alles geordnet, denke ich nicht daran, zu prätendiren, einen Fähnrich ernennen zu dürfen. In der Landesverwaltung liegen aber extraordinäre Verhältnisse vor, und um diese zu bewältigen, ist Machtvollkommenheit und inneres Selbstvertrauen nothwendig. Nimmt man mir beides, nachdem man es mir erst gegeben, so bin ich matt und diene nicht mehr als Ich und kann nichts nützen. Dabei bin ich weit entfernt, die Königliche Autorität nicht anerkennen zu wollen. Wenn der König eine Ordre giebt, die heute aufhebt, was ich gestern angeordnet, dann ist es gut, dann sage ich, Se. Majestät haben befohlen, und da hat der Soldat nicht mehr zu denken, sondern nur zu gehorchen. Anders ist es, wenn man mir einmal übertragene Macht nimmt, um zu verhüten, daß ich dumme Streiche mache. Glauben mir Ew. Excellenz: es ist besser, ich mache 10 dumme Streiche und werde dann dafür gerüffelt, als ich mache gar keine und schreibe und berichte und decke mich vor jeder Verantwortlichkeit. Das ist das Sentiment, das mich leitete und leitet. Nun aber zu dem Detail Ihres Briefes, für den ich Ew. Excellenz nochmals sehr herzlich danke, weil ich eben weiß, daß Sie mir keinen größeren Beweis persönlicher Gesinnungen geben konnten als durch das Schreiben dieses langen Briefes. Ew. Excellenz haben Recht, die von mir angeführte Wallenstein-Stelle trifft Sie noch mehr als mich, aber ich rathe es Ihnen wahrhaftig aus treuem Herzen, gönnen Sie Ihren Organen auch Lebensathem. Sie behalten sonst nur Maschinen! Ew. Excellenz haben ferner Recht, die Anstellung des Grafen A. Reventlow ist ein Mißgriff. Diese Aussprachen in beiden Punkten bin ich Ew. Excellenz schuldig, die Vorwürfe, die Sie mir in Betreff meiner Passivität darüber aussprechen, daß ich Baron Zedlitz zu selbstständig bei den Wahlen hinstellte, könnte ich vielleicht widerlegen, aber sind die Dinge geschehen, so nehme ich lieber die Schuld auf mich, als zu discutiren. Nur das Eine bitte ich Ew. Excellenz zu glauben, daß ich noch in meinem ganzen Leben nicht meine Ansicht im Dienste aus Courtoisie zurückbehalten habe, daher auch nicht gegen Herrn v. Zedlitz die mir zugegangenen Warnungen aus diesem Grunde unbeachtet gelassen hätte. Wie schwer aber die Wahlen sind, beweist folgendes: Ew. Excellenz empfehlen den Bruder von Graf A. Reventlow, der in Fehmarn ist, in erster Linie. G. Eugen Reventlow hat mir gesagt, daß er im Augustenburgischen Schwindel vorn an gewesen, sich erst später zurückgezogen. Festigkeit und Autorität ist es, was hier Noth thut, um Stimmung zu machen, auch in Nordschleswig, wo sich die Leute die Zukunft sichern wollen, weil es heißt, wir träten es ab. Ich habe Ihren Scheel-Plessen gefragt, was ich thun solle: Graf A. Reventlow anstellen oder Baron Zedlitz, der zu weit gegangen, compromittiren.

12. 9. 1865.

12. 9. 1865. Er rieth mir zu ersterem, weil letzteres hier nachtheiliger sei. Die Schulden Graf A. Reventlows bei Untergebenen hat mir Niemand nachweisen können, nur die bei Höheren, als Herzog von Glücksburg. Die Frage, die ich Baron Plessen vorgelegt, liegt auch Ew. Excellenz jetzt vor. Die übrigen Anstellungen, über die Baron Zedlitz berichtet, sind untergeordneter, und selbst Baron Rosen hat sehr viele Stimmen für sich und soll doch sehr befähigt sein. Der Hauptpunkt bleibt Graf A. Reventlow. Soll er nicht angestellt werden, so kenne ich nur ein Mittel ohne weiter gehende Nachtheile. Der König giebt telegraphisch eine Ordre: Ich stelle den Commissar der adlichen Güterdistricte Kammerherrn Baron v. Plessen als Amtmann von Gottorp und Hütten an. Sollten bereits anderweitige Anordnungen in Betreff dieser Stellen getroffen sein, so cessiren diese und ist Mir hierüber behufs weiterer Entscheidung zu berichten.

Dann ist das Princip gerettet, Zedlitz und ich haben uns zu fügen, und Sie haben das, was Sie für das Richtige halten, durchgeführt. Der König wird durch den Schritt persönlich populär und läßt seine Macht fühlen. Plessen ist der von Ihnen empfohlene Bruder von Scheel-Plessen und war von Zedlitz für später als Amtmann nach Apenrade bestimmt, hat also amtliche Qualification für solche Stelle. Eine gleich definitive Anstellung ist auch gut, weil die Augustenburger schon sagen, die definitiven Anstellungen würden bis zur Einsetzung des Erbprinzen offen behalten. Bis zum Eintreffen von Plessen, wenn sich dieser verzögert, commandire ich einen Officier zur Verwaltung des Amtes.

Ew. Excellenz sehn, ich kann wenigstens Rathschläge gegen meine eigne Person geben, wenn es die Sache gilt. In herzlicher Verehrung, aber bitte, bitte eine Antwort, denn sonst bleibt ja Alles, weil auf meinen Bericht noch keine Entscheidung [eingegangen] ist und ich ihm sagte, daß noch keine Entscheidung eingegangen.

Prinz Hohenlohe bekommt doch andere Stellung zum 15., Baron Zedlitz wünscht es.

In herzlichster Verehrung

E. Manteuffel.

Kiel, 12. Sept. 1865.

Hochverehrte und wirklich geliebte Excellenz.

1. 10. 1865. Ich wende mich noch einmal, wenn mir auch Graf Eulenburg gerathen hat, es nicht zu thun, als ich es nach seiner Sendung[1])

[1]) S. den unter No. 25 mitgetheilten Brief Eulenburgs an Bismarck.

thun wollte, in einem Privatschreiben an Ew. Excellenz, reiche Ihnen die Hand und beginne wieder mit Schillerschem Spruch: 1. 10. 1865.

Laßt Zwischenreden nicht das Band zerreißen,
Das manchen Schicksalswechsel ausgehalten!

Wir leben mitten in der Revolution, und es ist, abgesehen von allen Gefühlen und wenn Sie auch viel höher stehen, wahrhaftig nicht gut, daß wir uns veruneinigen. Ich kann es in meinem militärischen Gefühle nicht ertragen, wenn mein Untergebener verantwortlich gemacht wird für das, was er mit meiner Zustimmung oder auf meine Anordnung gethan hat, oder wenn er, wie es heute geschehen, directe Anweisungen bekommt, Beamte zu entlassen. Hierin schonen mich Ew. Excellenz, ich bitte Sie aus Herzensgrunde darum. Was aber wünschen Ew. Excellenz, daß ich es anders mache? Sagen Sie es mir in alter Offenheit, und ich werde mich in den Gedanken hineindenken und danach handeln oder Ihnen sagen, daß ich es nicht kann. In der Beamtenfrage herrscht wahrhaftig kein Widerspruch zwischen uns. Die ganze Sache beruht auf Mißverständniß, auf Kreuzung von Briefen und Telegramms, auf Zeit- und Manipulationsfragen. Ich habe den Brief sehr gut gemeint; nehmen Ew. Excellenz ihn auch so auf.

In sehr herzlicher Anhänglichkeit und Verehrung

Altenhof, 1. Oct. 1865. E. Manteuffel.

III.

Ein Schreiben des Staatssekretärs v. Thile an Bismarck.

Berlin, 18. October 1865.

Hochverehrter Chef,

Die Sachen, welche ich Ew. Excellenz persönlicher Entscheidung oder wenigstens Kenntnißnahme anheim geben möchte, haben sich nachgerade so gehäuft, daß ich nicht länger anstehe, sie Ihnen per Courier zu senden. Sie finden darunter: 18. 10. 1865.

I. Die Manteuffeliana, offenbar das fatalste Thema, was uns dermalen vorliegt. Ew. Excellenz sehen aus der anliegenden Zusammenstellung, welchen Verlauf die Sache bis jetzt genommen, wie rücksichtsvoll (vielleicht zu sehr) der König, wie bockbeinig M. war und noch ist. Ich für mein geringes Theil habe Manteuffel privatim

18. 10. 1865. in zwei Briefen zuzureden gesucht. Den ersten nahm er sehr warm auf und schrieb, es sei das erste freundliche Wort, das er seit seiner Gouverneurschaft vernehme, und er sei gar nicht so schlimm u. s. w. u. s. w. Aber diese beschwichtigende Wirkung ist flüchtig gewesen, und jetzt ist er grimmiger denn je, gegen Sie und die ganze Welt. Ich fürchte sehr, das Verhältniß bricht zusammen, sobald Sie kommen. Es wäre mir recht leid, denn einerseits scheinen die Sachen in Schleswig unter M[anteuffel] materiell jetzt ganz gut zu gehen, (wenigstens hat er einen schönen Glauben in die Vortrefflichkeit seiner Wirksamkeit) und andrerseits würde seine Abberufung nach außen doch einen recht üblen Eindruck machen und als ein Zeichen der Schwenkung in unserer Politik gedeutet werden. Endlich darf ich mir nicht verhehlen, daß Ew. Excellenz, wenn Sie M[anteuffel] stürzen, einen Kampf mit demjenigen unternehmen, was ich den verbohrten General-Adjutantismus nennen möchte. M[anteuffel] ist Ihnen gegenüber natürlich le pot de terre contre le pot de fer, aber der König wird ihn ungern verlieren, und Leute wie er und Alvensleben werden — in der vollen und ehrlichen Ueberzeugung, daß Ew. Excellenz ein crimen laesae maj. begangen haben — dafür sorgen, die Wunde in des Königs Empfindung nicht heilen zu lassen. Aus allen diesen Gründen wünschte ich, daß Sie mit dem Knaben Absalom säuberlich verführen, wenn er selbst es Ihnen nicht unmöglich macht.

II. Ecclesiastica. Herr v. Mühler schreibt Ihnen selbst; ich füge also nur noch einige Actenstücke bei. Horn hat gegen Ledochowski in der 12. Stunde Sturm geläutet, wie Sie sehen werden, ohne Erfolg. Horns Standpunkt ist der eines Stockbureaukraten, der einen katholischen Erzbischof anstellen möchte wie einen berittenen Grenzaufseher. Ob Herr v. Mühler ihm übrigens von der Combination Ledochowski nicht etwas früher confidentielle Mittheilung hätte machen sollen, vermag ich nicht zu beurtheilen.

III. Die Acten wegen des Abgeordnetentages lege ich vor. Beust hat sich über unsere Collectivdemarche geärgert, und so ist wohl der Hauptzweck erreicht.

IV. Den Entwurf eines Postvertrages mit Lauenburg wollen Ew. Excellenz prüfen. Ich wollte die Sache nicht auf eigne Kappe nehmen. Ihre Absicht ist doch wohl, die Lauenburger Frage von jeder, auch indirecten Einmengung der Kammer frei zu halten, und Ew. Excellenz wollen prüfen, ob hierfür in dem Entwurfe genügend gesorgt ist. Ich glaube es. Am 1. November will die Post einen Beamten nach Lauenburg senden, um den Leuten für die Reorganisation des dortigen Postwesens, welches augenblicklich gänzlich in Verfall ist, nützlichen Rath zu ertheilen. Die Convention würde aber erst mit dem 1. Januar in Kraft treten.

V. Auf das pro memoria wegen des terminus a quo der Dänischen Schuldübernahme darf ich Ihre Entscheidung erbitten. Sie scheint mir unzweifelhaft, seit der Justizminister unserer ursprünglichen (den Dänen günstigen) Auffassung beigetreten ist. 18. 10. 1865.

Einen Privatbrief von Werther an mich füge ich gehorsamst bei.

Das Schreiben von Manteuffel an Ew. Excellenz, welches ebenfalls angeschlossen ist, liegt schon eine Weile hier, da M[anteuffel] mir geschrieben, es sei nicht eiliger Natur, könne aber nur per Feldjäger befördert werden.

Schließlich habe ich noch nachträglich Ihre Verzeihung wegen des groben Versehens zu erbitten, vermöge dessen jener Erlaß an Goltz wegen der Pariser Presse per Post (!) befördert worden ist. Der größere Theil der Schuld trifft wohl Nepke, der vergessen hat, auf das Concept das wichtige Wörtlein „sicher“ zu setzen. Doch muß ich auch mich anklagen, daß ich dieses Versehen nicht bemerkt.

Mit den besten Wünschen für den Fortgang Ihrer und der Ihrigen Badecur[1]) verbinde ich die Bitte, daß Ew. Excellenz nicht zu lange wegbleiben möchten. Es ist doch unheimlich hier, wenn Sie fehlen.

In aufrichtiger Ergebenheit

Ew. Excellenz

gehorsamster

H. v. Thile.

25.

Schreiben des Ministers F. v. Eulenburg an Bismarck.

1865.

Hamburg, den 22. September 1865.

Verehrter Freund,

Ich lasse heute einen vorläufigen Bericht an Se. Majestät abgehen, der das Resultat meiner Besprechung mit Richthofen, Rößler und Ungern-Sternberg enthält. Alle drei sind gescheute und gebildete Leute. Die beiden letzteren scheinen mit den Zuständen und Persönlichkeiten in den Herzogthümern vollständig vertraut. 22. 9. 1865.

[1]) in Biarritz.

22.9.1865. Daß ich mich stundenlang eingehend mit ihnen unterhalten habe, wird mir für meine Mission nach Schleswig von großem Nutzen sein.

Dieselben meinten, Zedlitz habe, sobald die gemeinschaftliche Verwaltung der Herzogthümer und die negative des Herrn v. Halbhuber begonnen hätte, alle Initiative verloren und sei wesentlich Schuld an dem für Preußen unerträglichen Zustande, in welchem sich diese Verwaltung vor dem Gasteiner Vertrage befunden habe. Auch jetzt mache an und für sich die Verwaltung in Schleswig noch den Eindruck, als sei man sich des Zieles nicht bewußt, wohin man steuere: dies müsse natürlich, wenn auch nicht gerade demoralisirend, so doch dahin auf die Bevölkerung wirken, daß sie nicht daran gewöhnt werde, die Preußische Zukunft bestimmt ins Auge zu fassen, so sehr auch im Allgemeinen die Gasteiner Uebereinkunft den Eindruck hervorgerufen habe, daß den Herzogthümern nun nichts anderes übrig bleibe, als Preußisch zu werden. Die Manteuffelsche Proclamation soll keinen guten Eindruck gemacht haben. Als der General hier durchgereist ist, hat er dem ersten Bürgermeister Sieveking einen Besuch gemacht und dabei in Gegenwart des hiesigen Preußischen Consuls den Satz aufgestellt:

> Die gemeinschaftliche Aufgabe aller Deutschen Regierungen, der großen wie der kleinen, sei, die Demokraten zu bekämpfen, denn diese wollten der Kleinstaaterei ein Ende machen, während die großen Regierungen, und namentlich Preußen, es sich zur Aufgabe gemacht hätten, alles Wohlerworbene und also auch die kleinen Fürsten und Regierungen in ihren Rechten und ihrer Machtvollkommenheit zu schützen.

Mit sichtlichem Erstaunen hat der Bürgermeister diese Erklärung entgegengenommen und sie mit einigen ironischen Bemerkungen beantwortet.

Keinen guten Eindruck soll auch der vom General angeordnete durchgängige Garnison-Wechsel in Schleswig gemacht haben. Offiziere und Leute sollen sich in den meisten bisherigen Garnison-Orten eingelebt, beliebt gemacht und Preußische Propaganda gemacht haben. Jetzt ist, so sagt man mir, plötzlich alles durch einander geworfen; die dringendsten Bitten der städtischen Vorstände, ihnen ihre bisherigen Garnisonen, mit denen sie in ein befreundetes Verhältniß getreten seien, zu belassen, sind von dem General mit dem Bemerken zurückgewiesen worden, daß das militärische Angelegenheiten seien, in welche sich niemand zu mischen habe; mancher Offizier, welcher auf gutem Wege war, eine Tochter des Landes zu erobern, ist in seiner Curmacherei unterbrochen worden.

Bisher habe ich es vermieden, Richthofen gegenüber eine Anspielung darauf zu machen, daß er unter Umständen dazu bestimmt

sei, Zedlitz zu ersetzen. Ich will erst den Erfolg der Verhandlungen mit letzterem abwarten. Aber es kommt mir so vor, als sei in Richthofen selbst schon der Gedanke aufgestiegen, daß er die geeignete Persönlichkeit für die Civilverwaltung von Schleswig sei. Namentlich deuteten darauf seine vielfachen Fragen über die Stellung von Zedlitz zu Manteuffel. Er wollte Näheres über die Abgrenzung des Geschäftskreises beider und insbesondere wissen, ob Zedlitz blos dem Gouverneur oder dem Gouvernement untergeordnet sei, so daß, im letzteren Falle, bei Abwesenheiten des Generals Zedlitz den Befehlen des den Gouverneur vertretenden Gouvernements-Offiziers, beispielsweise des Herrn v. Podbielski unterworfen sei. Dieser letztere ist mir schon früher und jetzt wieder aufs Bestimmteste als ein Offizier bezeichnet worden, der des politischen Takts entbehre und dessen Rathschläge unheilvoll seien. 22. 9. 1865.

Ich gehe heute nach Schleswig und möchte von da gern einen Ausflug nach Flensburg, Sonderburg und womöglich auch nach Kiel machen. Komme ich dazu, letzteres zu thun, so werde ich nicht vermeiden können, auch Gablenz einen Besuch zu machen, wogegen Sie hoffentlich nichts einzuwenden haben.

Beschließen Sie nichts, bevor Sie nicht einen Bericht von mir aus Schleswig haben.

Ganz der Ihrige

Eulenburg.

26.

Zwei Briefe des Gutsbesitzers Andrae in Roman an Bismarck.

1865. 1866.

I.

Mein hochverehrter theurer Freund,

Wenn ich es nicht für eine Untreue hielte zu schweigen, und wenn ich nicht wüste [sic], daß Sie diese Zeilen als ein Zeichen großen Vertrauens aufnähmen, so würde ich sie nicht an Sie richten. Im übrigen werden sie mir herzlich sauer, und ungern werfe ich Ihnen Etwas in die schöne Festzeit hinein, das sie vielleicht trüben kann, aber ich hoffe, Ihre mir so vielfach bewiesene Güte und Nachsicht 24. 12. 1865.

24. 12. 1865. wird es damit entschuldigen, daß ich eine Zeit zu treffen suchte, in der Sie etwas weniger als sonst von Staatsgeschäften in Anspruch genommen sind.

Von Ihren Gegnern werden Sie in öffentlichen Blättern und Reden zwar laut und rückhaltslos genug getadelt und bemängelt, aber es geschieht das in einer Weise, die Sie berechtigt, ein gut Theil des Wortes Matth. 5, 10. 11. 12 darauf anzuwenden.[1]) Mit Koth und Steinen kann man aus der Ferne werfen, aber einem von Gott und seinem Könige so hochbegnadigten Manne einen Tadel auszusprechen, dazu gehört mehr Selbstverleugnung, als in der Regel auch die am nächsten stehenden Freunde besizen [sic], und das allein ist die Ursache meines Schreibens.

Als ich im Herbste mit einem bewährten, in weitesten Kreisen der Christen geachteten Berliner Geistlichen — Sie kennen ihn schwerlich näher — über Sie sprach und mich darauf bezog, daß das unsre Hoffnung und unser starker Trost sei, einen Mann an der Spize zu wissen, der, wenn auch troz aller seiner großen Gaben dem Irrthum unterworfen, die feste Aufgabe sich gesezt habe, seinen Willen allewege gefangen zu geben in des Herrn Willen, erwiederte er mir: „Woher weiß man das? Er besucht fast nie das Gotteshaus, er sezt die höchsten Interessen aufs Spiel, sein oder eines Virchow Leben giebt er Preis in augenblicklicher Aufwallung und beharrt dabei, ohne die ungeheure Verantwortung zu würdigen, die er damit, gerade unter diesen Verhältnissen, vor Gott und Menschen auf sich läd; er läßt sich mit einer öffentlichen Sängerin[2]) photographiren — das sind Dinge, die auf ein ernstes Christenthum nicht eben schließen lassen."

Mein hochverehrter inniggeliebter Freund, dem Herrn sei Lob und Dank, wir haben auf die Frage eine bessere Antwort als jener Geistliche, aber die Thatsachen sind ja leider wahr. Und wenn auch über die Bedeutung der mittleren[3]) einige Ihrer Freunde zu Ihren Gunsten abweichen, so hat sie doch im Ganzen unter denen, die für Sie beten, ein großes Staunen und Stuzen verursacht, ja es war nahe daran, daß, wie Sie vielleicht gehört haben, eine öffentliche

[1]) Selig sind, die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn das Himmelreich ist ihr. Selig seid ihr, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen und reden allerlei Uebels wider euch, so sie daran lügen. Seid fröhlich und getrost, es wird euch im Himmel wohl belohnet werden. Denn also haben sie verfolget die Propheten, die vor euch gewesen.

[2]) Pauline Lucca (Frau v. Rhaden).

[3]) erg.: Thatsache, d. h. der Forderung Virchows (3. Juni 1865).

mißbilligende Erklärung gläubiger Geistlicher darüber erschien; die erste aber ist nicht so allgemein bekannt, und die lezte wird nicht geglaubt. Ich selbst habe auf die Erzählung bis zu ihrer Bestätigung von ganz zuverlässiger Seite nur die Antwort gehabt: „Das ist einfach nicht wahr." Jezt bekräftigt sie mir zu meiner innigen Betrübniß allerdings nur das Wort eines Ihrer treuesten und von Ihnen geachtetsten Freunde, das er im Sommer gegen mich aussprach: „H[err] v. B[ismarck] gilt in weiten Kreisen für den rücksichtslosesten und gewissenlosesten Staatsmann der Gegenwart, und in dem ersten liegt etwas Wahrheit, das leztere aber urteilen nicht nur die Demokraten, sondern auch eine große Anzahl ernster Christen im Süden und Norden. Derer Viele würden Sie freilich noch nicht dadurch eines Besseren belehren, daß Sie nicht mit der Lucca zum Photographen, sondern sonntäglich zum Gotteshause gingen, und eine gewisse Rücksichtslosigkeit rechne ich zu Ihren Tugenden, aber das meine ich: ein Christ soll Alles vermeiden, was unter Christen Anstoß erregt, wenn es vermieden werden kann, und hat doppelte Ursache dazu, wenn er auf eine Höhe gestellt ist, wo Millionen Augen ihn sehen. Sie werden mir nicht sagen: „Zum regelmäßigen Kirchenbesuch habe ich keine Zeit", denn Sie wissen so gut wie ich, daß Gott keine Ordnung einsezt, die nicht zu halten ist, sondern vielleicht wie in Frankfurt: „Ich erbaue mich an einer guten Predigt zu Hause besser, als an einer schlechten im Gottes-Hause." Aber Berlin hat keinen Mangel an ausgezeichneten Pastoren, und außerdem liegt ein besonderer Segen darauf, daß wir die von Gottes Wort und seiner Kirche gesezten Ordnungen einhalten, und Niemand wird sich ungestraft darüber hinwegsezen. Das ist's aber, was ich Ihnen durch diese Zeilen ans Herz legen möchte. Gott hat Sie mit reichen Gaben begnadigt, Er hat Sie ausgezeichnet durch unsers theuern Königs Liebe und Vertrauen, Er hat Ihre Anschläge und mehr als diese über Bitten und Verstehen gelingen lassen, aber Sie werden auch von den Gebeten so vieler Christen — und denen steht nicht Preußen, sondern das Reich Gottes in erster Linie — getragen, wie kaum je ein Staatsmann. Glauben Sie, daß diese einen wesentlichen Antheil an Ihren Erfolgen haben — und ich zweifle nicht daran —, so haben Sie auch alle Ursache, die Verbindung mit ihnen festzuhalten. Verborgen bleibt aber auch in weitern Kreisen von Ihrem Thun und Lassen auf die Dauer Nichts, und in eben dem Maaße werden die für Sie aufgehobenen Hände sinken, als Zweifel aufsteigen an Ihrem Feststehen auf Gottes Wort.

24. 12. 1865.

Und nun, mein theurer, hochverehrter Freund, Gott segne Ihnen das Fest mit Seinem reichsten Segen und lenke Ihr Herz, daß Sie in Liebe und Geduld aufnehmen, wozu Aufrichtigkeit und Treue mich gedrungen haben. Verzeihen Sie, wenn ich in der

24. 12. 1865. Ausdrucksweise fehlte. Es bedarf ja nur eines Zeichens von Ihnen, um meine wohlgemeinten Mahnungen ein für alle Mal verstummen zu machen, bis dahin aber würde ich es für eine schwere Untreue halten, wollte ich schweigen, wo ich Gefahr für Sie sehe. Natürlich erwarte ich keine Antwort; bei unserem nächsten Wiedersehen, hoffentlich im Februar, werde ich ja früh genug erfahren, was ich zu meiden habe, bis dahin erlauben Sie mir zu hoffen, daß mein guter Wille eine gute Stadt [sic] gefunden.

Haben Sie die Güte, mich Ihrer hochverehrten theuren Frau Gemahlin gehorsamst zu empfehlen, grüßen Sie Ihre Kinder herzlich, und gestatten Sie, daß ich fortfahre, in aufrichtiger Verehrung und herzlicher Liebe mich zu nennen

Ihren dankbaren

Roman in der Christnacht 1865. A. Andrae.[1])

Antwort Bismarcks.[2])

Berlin, den 26. Dezember 1865.

Lieber Andrae!

26. 12. 1865. Wenn auch meine Zeit knapp bemessen ist, so vermag ich doch nicht mir die Beantwortung einer Interpellation zu versagen, die mir in Berufung auf Christi Namen aus ehrlichem Herzen gestellt wird.

Es ist mir herzlich leid, wenn ich gläubigen Christen Aergerniß gebe, aber gewiß bin ich, daß das in meinem Beruf nicht ausbleiben kann; ich will nicht davon reden, daß es in den Lagern, welche mir mit Nothwendigkeit politisch gegenüberstehen, ohne Zweifel zahlreiche Christen giebt, die mir auf dem Wege des Heils weit voraus sind, und mit denen ich doch vermöge dessen, was beiderseits irdisch ist, im Kampf zu leben

---

[1]) Randbemerkung Bismarcks aus jüngerer Zeit: ein eitler poseur!

[2]) Diese Antwort Bismarcks ist zwar bereits gedruckt (Bismarck-Briefe S. 184, Kohl, Bismarck-Regesten I 267), des Zusammenhanges wegen wird sie hier wiederholt; eine Vergleichung des gedruckten Textes mit dem Original war nicht zu ermöglichen.

habe; ich will mich nur darauf berufen, daß Sie selbst sagen: 26. 12. 1865.
„Verborgen bleibt vom Thun und Lassen in weiten Kreisen nichts." Wo ist der Mann, der in solchen Lagen nicht Aergerniß geben sollte, gerechtes oder ungerechtes? Ich gebe Ihnen mehr zu, denn Ihre Aeußerung vom Verborgenbleiben ist nicht richtig. Wollte Gott, daß ich außer dem, was der Welt bekannt wird, nicht andre Sünden auf meiner Seele hätte, für die ich nur im Vertrauen auf Christi Blut Vergebung hoffe!

Als Staatsmann bin ich nicht einmal hinreichend rücksichtslos, meinem Gefühl nach, eher feig, und das, weil es nicht leicht ist, in den Fragen, die an mich treten, immer die Klarheit zu gewinnen, auf deren Boden das Gottvertrauen wächst. Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt, thut mir Unrecht; er soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatze erst selbst einmal versuchen.

Was die Virchow'sche Sache anbelangt, so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rath annimmt; wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in demjenigen Glauben, den ich mir in langem und schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demüthigem Gebet vor Gott gestärkt habe, und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche nicht umstößt.

Was Kirchenbesuch anbelangt, so ist es unrichtig, daß ich niemals ein Gotteshaus besuche. Ich bin seit fast sieben Monaten entweder abwesend oder krank; wer also hat die Beobachtung gemacht? Ich gebe bereitwilligst zu, daß es öfter geschehen könnte, aber es ist nicht so sehr aus Zeitmangel, als Rücksicht auf meine Gesundheit, daß es unterbleibt, namentlich im Winter, und denen, die sich in dieser Beziehung zum Richter an mir berufen fühlen, will ich gern Auskunft darüber geben; Sie selbst werden es mir ohne medicinische Details glauben.

Ueber die Luccaphotographie würden auch Sie vermuthlich weniger streng urtheilen, wenn Sie wüßten, welchen Zufälligkeiten sie ihre Entstehung verdankt hat. Außerdem ist

26.12.1865. die jetzige Frau von Rhaden, wenn auch Sängerin, doch eine Dame, der man eben so wenig wie mir selbst jemals unerlaubte Beziehungen nachgesagt hat. Dessenungeachtet würde ich, wenn ich in dem[1]) ruhigen Augenblick das Aergerniß erwogen hätte, welches viele und treue Freunde an diesem Scherz genommen haben, aus dem Bereich des auf uns gerichteten Glases zurückgetreten sein.

Sie sehen aus der Umständlichkeit, mit der ich Ihnen Auskunft gebe, daß ich Ihr Schreiben als ein wohlgemeintes auffasse und mich in keiner Weise des Urtheils derer, die mit mir denselben Glauben bekennen, zu überheben strebe. Von Ihrer Freundschaft aber und von Ihrer eignen christlichen Erkenntniß erwarte ich, daß Sie den Urtheilenden Vorsicht und Milde bei künftigen Gelegenheiten empfehlen; wir bedürfen deren alle. Wenn ich unter der Vollzahl der Sünder, die des Ruhmes vor Gott mangeln, hoffe, daß seine Gnade auch mir in den Gefahren und Zweifeln meines Berufs den Stab demüthigen Glaubens nicht nehmen werde, an dem ich meine Wege zu finden suche, so soll mich dieses Vertrauen weder harthörig gegen tadelnde Freundesworte noch zornig gegen liebloses und hoffärtiges Urtheil machen.

In Eile

Ihr

v. Bismarck.

II.

Replik Andrae's.

Mein hochverehrter theurer Freund,

30.3.1866. Inmitten der bedenklichen Anzeichen von Südosten und der anstrengenden Vorkehrungen, die das drohende Gewitter abwenden oder doch Schaden verhüten sollen, scheint Ihres Geburts[tags] Morgensprüchlein: „Es ist vollbracht" diesmal nicht recht am Platze zu sein; der alte Bogazki sagt aber dazu: „Herr bewahre mich vor

[1]) Es ist wohl zu lesen: in einem ruhigen Augenblick.

falschen Ruhestätten, bis Alles vollbracht ist, aber laß Deine Wunden und vollbrachtes Werk stets meine Ruhestätte sein"! So bleibts kein Schlußwort, sondern ein ernster Mahnruf für die Zukunft, doppelt ernst (Ms. erst) in dieser heiligen Festzeit. Und wie auf den Charfreitag der Siegesgruß des Osterfestes folgt, so stimmt dazu denn auch gar köstlich Ihr Abendspruch Ps. 119, 45. 52: „Ich wandle fröhlich, denn ich suche Deine Befehle. Herr, wenn ich gedenke, wie Du von der Welt her gerichtet hast, so werde ich getröstet". 30. 3. 1866.

Der Herr gebe Ihnen diesen Trost und diese Fröhlichkeit, das erbitte ich um so inniger, da ich leider höre, daß Sie an Leib und Geist nicht so frisch sind, als wir das sonst an Ihnen kennen, und da Ihnen beides gerade jezt nötiger ist als je. Noch immer hoffe ich, daß Gott das schwere Unglück dieses Krieges von uns, von Europa abwende, obwohl ich kaum sehe, wie Oestreich sich ohnedem mit Ehren zurückziehen will; sollte uns diese Heimsuchung aber bescheert sein, so fehlt es mir gottlob nicht an der guten fröhlichen Zuversicht eines für uns glücklichen Ausganges. Nicht Düppel und Alsen, nicht unser „schlagfertiges, siegesgewisses" Heer, nicht Oestreichs scheinbar verzweifelte Lage, noch weniger Victor Emanuels Flankenstellung — Gott behüte uns vor einem Bündnisse mit ihm — berechtigen mich dazu, das alles sind Größen, mit denen ein Christ vorsichtig rechnet, sondern die bisherige wunderbare Führung der Geschicke unsers Landes, mit dem der Herr noch etwas besonderes vorzuhaben scheint, die ehrliche, offene, gerechte Sache, die wir verfechten, das Kruzifix am Fußende des Bettes unseres königlichen Herrn zu Babelsberg, das, vor sonstigen Augen fast verborgen, doch von ihm dazu gesezt ist, seinen Augen beim ersten Erwachen zu begegnen, und endlich, daß seine Räthe, daß Sie, den er an die Spize des Regimentes stellte, „Gottes Befehle suchen" auch und vornämlich in dieser ernsten Angelegenheit. Das weiß ich gewiß, und hätten meine lezten Zeilen daran irgend zweifeln lassen, so läge das allein an meiner ungenauen Ausdrucksweise. Ich hätte diesen Irrthum, der freilich nur leise in Ihrer gütigen, von mir durchaus nicht erwarteten Antwort durchklang, wie auch so manches andere darin längst mündlich oder schriftlich berührt, wenn ich es nicht für Pflicht hielte, unaufgefordert jede unnötige Inanspruchnahme Ihrer Zeit zu vermeiden. Und nötig war es weder, Sie meiner innigsten Dankbarkeit und meiner festen Zuversicht zu Ihrer Glaubensstellung zu versichern, die, mich tief beschämend, aus Ihren Zeilen spricht, noch aus einander zu sezen, daß Ihre Anführungen mich nicht in allen Punkten überzeugen konnten. Sie sind auch ohne dem gewiß, daß es mir eine Herzensfreude ist, Ihnen einen Dienst leisten, für Sie eine Lanze brechen zu können, und Gelegenheit dazu findet sich

30. 3. 1866. leider und hat sich oft genug in den allerverschiedensten Kreisen gefunden. Es ist mir aber eine große Befriedigung, daß die Angriffe gegen Sie in lezter Zeit mit viel mehr Respekt und Anerkennung gefärbt sind als früher.

Ohne alles Mahnen gehts freilich auch heute nicht zu, und an eins mögte ich erinnern und darum bitten, daß Sie nämlich bei allen drängenden Sorgen nach Außen die 10000 Schüler des Professor Gneist und die 100000 seiner Gesinnungsgenossen nicht vergessen. Es ist ja ein Wunder vor unsern Augen und eine besondere Gnade Gottes, daß troz des gottvergessenen grundstürzenden Lehrerpersonals an Schulen und Universitäten noch so viel gesunder conservativer Sinn unter der Jugend gefunden wird. Täusche ich mich aber nicht gänzlich, so ist auch hierin ein erheblicher Rückgang bemerkbar, ja selbst unter entschiedenen Christen findet man mehr und mehr eine Ideenverwirrung, die zu den ernstesten Erwägungen auffordert. Was ist seit 1848 auf diesem Gebiete von ungeheuerster Bedeutung versäumt! Ich kenne die vielen Hindernisse, die der Anstellung eines Wangemann, Otto, Cuen entgegenstehen, Männer, die nicht nur der Kirche, sondern auch dem Preußischen Königthum die wesentlichsten Dienste leisten würden, und es ist ja wahr — in Rücksicht auf die Stellung unseres Königshauses dazu leider wahr — daß gute Conservative hauptsächlich unter den guten Lutheranern zu finden sind, während die politische Stellung der meisten Reformirten und Unionisten selten ohne Bedenken ist. Aber die Tragweite des Einflusses, den unsere Lehrer und Professoren ausüben, ist zu ungeheuer, als daß man nicht Alles daran sezen müßte, ihn zu brechen, so weit er schädlich ist.

Verzeihen Sie, es ist eine Bitte für Friedenszeit, die kaum gehört werden wird bei dem Kriegsgeschrei, und doch nüzt auch ein Sieg über Oestreich so wenig als über Dänemark, wenn hier nicht geholfen wird. Es ist in der That keine Zeit zu versäumen. Indeß ist die Ihrige längst zu Ende, es hat mich ja auch diese Bitte nicht zum Schreiben gedrängt, sondern der lebhafte Wunsch, Ihnen ein Liebeszeichen zu geben und Ihnen in dieser schweren Zeit des Herrn Nahesein ins Gedächtniß zu rufen, des Herrn, der da heißet „Rath, Kraft, Held, Ewigvater, Friedefürst“, der auch zu Ihnen spricht wie zu Josua vor fast hoffnungslosem Kampfe: „Ich habe Dir geboten, daß Du getrost und freudig bist“, der zu Gideons 32000 sagte: „Des Volks ist zu viel“ und ihrer 300 den Sieg gab über 140000 Midianiter.

Er geleite Sie denn in und durch das neue Lebensjahr mit Seinem Rathe, mit Seiner Kraft, mit Seinem reichsten Segen. Er erfülle Ihr Herz allezeit mit Frieden und Freude und führe

Alles herrlich hinaus! Er lehre Sie immer lebendiger und zuversichtlicher sprechen: „Ich wandle fröhlich, denn ich suche Deine Befehle." 30. 3. 1866.

Indem ich bitte, mich und meine Helene Ihrer hochverehrten theuren Frau Gemahlin gehorsamst zu empfehlen, grüße ich Sie aufs allerherzlichste in alter Treue und Verehrung

Ihr

dankbarster

A. Andrae.

Roman in der Charfreitagsnacht [30. März] 1866.

27.

Ein Brief des Erzbischofs Ledochowski an Bismarck und Bismarcks Antwort.

1866.

Excellence,

J'apprends dans ce moment l'odieux attentat[1]) qu'un malheureux forcené s'est efforcé d'accomplir sur la personne de Votre Excellence; je ne saurais m'empêcher de Lui exprimer à l'heure même d'un côté la profonde indignation que ce crime détestable m'inspire, d'un autre ma joie sincère de ce que la Providence a daigné Vous protéger dans ce grave péril. S'il est douloureux 8. 5. 1866.

[1]) Cohen-Blinds vom 7. Mai 1866.

Uebersetzung.

Excellenz,

Ich erfahre in diesem Augenblick das verruchte Attentat, das ein gewaltthätiger Unglücklicher auf Ew. Excellenz auszuführen versucht hat; ich kann nicht umhin, Ihnen einerseits den tiefen Abscheu, den dieses abscheuliche Verbrechen mir einflößt, andrerseits meine aufrichtige Freude darüber auszusprechen, daß die Vorsehung Sie gnädig in dieser schweren Gefahr beschützt hat. Wenn es schmerzlich für die Menschheit ist,

8. 5. 1866. pour l'humanité de constater l'étendue de la dépravation qui envahit quelques âmes, il est consolant cependant de voir la protection spéciale de Dieu s'étendre sur ceux, qu'Il a placés si haut dans ce monde.

Je fais des vœux, Excellence, pour que le Seigneur Vous tienne toujours sous sa sainte garde et pour que le saisissement qu'a dû Vous causer cet affreux attentat, ne produise sur Votre santé aucune fâcheuse conséquence.

Je prie Votre Excellence d'agréer à cette occasion l'assurance de ma très haute considération.

Posen, le 8 mai 1866.

M. Archevêque de Gnesen et Posen.

Antwort Bismarcks.

Berlin, le 16 may 1866.

Monseigneur,

16. 5. 1866. la lettre que vous avez bien voulu m'adresser à l'occasion de l'attentat commis contre moi, m'a profondément touché, et parmi les marques de sympathie qui me sont parvenues à cette occasion, j'attache à celle qui me vient de votre part, un prix tout particulier et indépendant des relations officielles, où

---

den Umfang der Schlechtigkeit zu constatiren, die einige Seelen befallen hat, so ist es doch tröstlich zu sehen, wie der besondere Schutz Gottes sich über die erstreckt, die Er in dieser Welt so hoch gestellt hat.

Ich wünsche inständig, Excellenz, daß der Herr Sie immer unter Seiner gnädigen Obhut halten und daß die Aufregung, die Ihnen dieses abscheuliche Attentat hat verursachen müssen, keine ärgerlichen Folgen auf Ihre Gesundheit hervorbringen möge.

Ich bitte Ew. Excellenz bei dieser Gelegenheit die Versicherung meiner höchsten Verehrung zu genehmigen.

Posen, den 8. Mai 1866.

M. Erzbischof von Gnesen und Posen.

Antwort Bismarcks.

Berlin, den 16. Mai 1866.

Hochwürden,

der Brief, den Sie aus Anlaß des gegen mich begangenen Attentats an mich zu richten die Güte gehabt haben, hat mich tief gerührt, und unter den Beweisen der Theilnahme, die ich bei dieser Gelegenheit erhalten habe, lege ich demjenigen, der mir von Ihrer Seite kommt, einen ganz besondern Werth bei, der unabhängig ist von den amtlichen Beziehungen, die zwischen

nous nous trouvons; il résulte du besoin de réciprocité de sentiments que nous avons dans le cœur. La protection divine, en sauvant ma vie, en même temps m'inspire la confiance que ce ne sera pas pour porter malheur à mon pays que Dieu aura voulu me protéger contre un péril aussi grave, mais qu'ayant conservé mes jours, Il daignera me donner la force et les lumières pour suffire à une tâche au dessus de celles que je possède. 16.5.1866.

Permettez-moi, Monseigneur, de vous féliciter des succès que Vous avez obtenus dans la „province“, où vous avez gagné des cœurs dont l'accès n'était pas facile.

Je vous prie, Monseigneur, d'agréer l'assurance etc.

v. Bismarck.

---

uns bestehen; er geht aus dem Bedürfniß nach Gegenseitigkeit der Gefühle hervor, die wir in unsern Herzen haben. Indem der göttliche Schutz mein Leben rettete, flößt er mir gleichzeitig das Vertrauen ein, daß Gott mich nicht, um meinem Lande Schaden zu bringen, gegen eine so schwere Gefahr hat schützen wollen, sondern daß er, indem er mein Leben schirmte, mir Kraft und Einsicht gnädig gewähren wird, um einer Aufgabe zu genügen, die über die Geisteskräfte hinausgeht, die ich besitze.

Erlauben Sie mir, Hochwürden, Sie zu den Erfolgen zu beglückwünschen, die Sie in der „Provinz“ erreicht haben, wo Sie Herzen sich erschlossen haben, zu denen Eintritt zu gewinnen nicht leicht war.

Ich bitte Sie, Hochwürden, die Versicherung zu genehmigen rc.

v. Bismarck.

28.

Ein Brief des Grafen Bismarck an Fürst Gortschakow.

1866.

Putbus, 11. November 1866.

Hochverehrter Freund,

ich benutze eine Abwesenheit meiner Frau, die mich wie Argus hütet, um mit der ersten Feder, welche ich seit 6 Wochen 11.11.1866.

11.11.1866. in meine des Schreibens entwöhnte Hand nehme, Ihnen den wärmsten Dank für Ihr theilnehmendes Schreiben vom 3./15. zu sagen. Ich war recht ernstlich krank, hoffe aber nun mit Gottes Hülfe mich für längere Zeit mit meiner Gesundheit abgefunden zu haben. Die Aerzte wollen mich zwar noch länger sequestriren, ich fühle mich aber kräftig genug, um gegen Ende des Monats nach Berlin zu gehn und spätestens mit dem neuen Jahre wieder in volle Thätigkeit zu treten. Man hat mir bisher nur Briefe angenehmen Inhalts zu lesen gestattet; meine Frau übte die Censur und hat den Ihrigen natürlich in die wohlthuende Kategorie gezählt; ich würde durch ihre Hand längst geantwortet haben, hätte ich nicht darauf gehalten, es eigenhändig zu thun. Länger kann ich es nicht aufschieben, Ihnen zu sagen, wie sehr mich neben Ihrer persönlichen Theilnahme der politische Theil Ihres Briefes gefreut hat. An der Zuverlässigkeit der Freundschaft, welche nun seit länger als 100 Jahren unsre beiden Länder und ihre Herrscher verbindet, habe ich seit dem Beginn meiner politischen Laufbahn niemals gezweifelt. Mein Glaube an diese Freundschaft, mein Bestreben, sie zu fördern, wird seit meinem Aufenthalte in Petersburg von den Gefühlen persönlicher Dankbarkeit und Anhänglichkeit getragen, und ich freue mich daher nicht nur politisch, sondern von Herzen über die Bürgschaft, welche ein Manneswort wie das Ihrige meinem Glauben und meinen Wünschen gewährt.

Meine Frau, dankbar für Ihr Andenken, empfiehlt sich Ihnen und bittet mit mir, bei Gelegenheit der Vermählung[1]) den Kaiserlichen Majestäten unsre ehrfurchtsvollen Glückwünsche zu Füßen zu legen.

v. Bismarck.

[1]) des Großfürsten Thronfolgers Alexander (III.) mit Marie Sophie Friederike Dagmar (Maria Feodorowna) am 9. November (28. October) 1866.

29.

Ein Brief des Grafen Robert v. d. Goltz an Bismarck.

1866.

Persönlich. Paris, den 12. September 1866.

Ew. Excellenz

wollen mir geneigtest gestatten, meinem gestrigen Immediatberichte einige ganz vertrauliche Zeilen hinzuzufügen. 12. 9. 1866.

Zunächst bin ich es Herrn Benedetti schuldig zu erwähnen, daß derselbe sich in seiner vertraulichen Privatcorrespondenz mit dem Staatsminister Rouher bis zuletzt in der conciliantesten und für Ew. Excellenz persönlich sympathischsten Weise geäußert und auch nicht die geringste üble Laune verrathen hat. Ich kann an dieser Versicherung Rouhers nicht zweifeln, da er bereit war, mir 3 bis 4 Briefe Benedettis, welche er zu Lavalette mitgebracht hatte, zu lesen zu geben, wovon ich nur dadurch abgehalten wurde, daß es für die beiden Minister die höchste Zeit war nach St. Cloud zu fahren. Man hat denn auch hier keine Ahnung davon, daß eine Erkältung in den Beziehungen zwischen Ew. Excellenz und dem Botschafter eingetreten sein könnte, welchen man nach wie vor als eine uns gratissima persona ansieht. In diesem Sinne müssen daher die Designation Benedettis für das Auswärtige Ministerium (falls solche, was ich noch nicht habe constatiren können, wirklich erfolgt sein sollte), sowie seine Decoration mit dem Großkreuz der Ehrenlegion interpretirt werden. Beiläufig schließe ich hieran die Bemerkung, daß sich Lefevre seiner Unterredung mit Ew. Excellenz nicht berühmt zu haben scheint.

Als ich auf das unangenehme Drängen und Drohen Benedettis hinwies, wurde mir von Lavalette und Rouher erwidert, daß dasselbe einer früheren Phase angehöre, nämlich auf Drouyn de Lhuys-schen Instructionen beruhen müsse, wenngleich mir zugestanden wurde, daß man auch hier, besonders an höchster Stelle, sehr ungeduldig gewesen sei, die in Berlin zu fassenden wichtigen Entschließungen zu erfahren, um darnach das Programm der auswärtigen Politik festzustellen.

Wie diese Entschließungen ausfallen würden, daran hat man hier nach den Benedettischen Berichten nicht gezweifelt. Namentlich sagte mir Rouher, welcher an die ihm von Ew. Excellenz in zahlreichen früheren Gesprächen, insbesondere auch noch im vorigen Jahre gemachten ausdrücklichen Hinweisungen auf Belgien und Luxemburg

12. 9. 1866. erinnerte, daß der Entwurf eine gemeinsame Arbeit Ew. Excellenz und Benedettis und mindestens ebenso Ihr Werk wie das des letzteren sei[1]). Er sowohl wie der Kaiser hätten daher mit Zuversicht erwartet, daß ich die Zustimmung des Königs zu dem Vertrage mitbringen würde.

Diese Lage erlaube ich mir Ew. Excellenz besonderer Aufmerksamkeit zu empfehlen, weil sich daraus auf den Rückschlag schließen läßt, welchen eine definitive Enttäuschung hier zur Folge haben würde. Es würde dadurch das Vertrauen, sei es in die Absichten Ew. Excellenz, sei es in das Gewicht Ihrer dem Könige ertheilten Rathschläge erschüttert und die Preußische Politik im Gegensatze zu der Consequenz, welche man an ihr bisher bewundert, als unberechenbar betrachtet werden.

Diese Betrachtungen sind es hauptsächlich, welche mich veranlaßt haben, die Frage von dem geheimen Tractat nochmals der Allerhöchsten Erwägung zu unterbreiten. Meine mündlichen Versicherungen genügen dem Kaiser nicht, theils, weil sie eben nur mündlich ertheilt sind, theils, weil sie weniger besagen, als der Vertragsentwurf. In ersterer Beziehung deutete mir der Kaiser an, daß er daraufhin seine Politik um so weniger auf eine Reihe von Jahren fixiren könne, als es ganz natürlich sein würde, wenn der Kronprinz, durch Affinitätsrücksichten geleitet, der ohne bindende Verpflichtung in Aussicht gestellten Politik weniger geneigt wäre. Ich habe erwiedert, daß ich zwar dem Kronprinzen von der delicaten belgischen Frage nicht ein Wort gesagt, wohl aber Gelegenheit gehabt hätte zu constatiren, daß S. K. H. hinsichtlich der Rolle, welche England in den continentalen Angelegenheiten, sei es zu Gunsten Preußens, sei es gegen diese Macht zu spielen geneigt sein könnte, völlig frei von Illusionen sei. Gleichwohl hat der Kaiser die Unmöglichkeit festgehalten, ohne den Vertrag sein beabsichtigtes Programm festzustellen und zu publiciren. Dieses Novum scheint mir in der That eine wiederholte Erwägung zu motiviren. Der Kaiser muß sich der öffentlichen Meinung gegenüber aussprechen. Von unsern jetzigen Entschlüssen hängt es ab, in welchem Sinne er dies thun, ob er der Preußischen Politik durch offene Sympathiebezeugungen eine moralische Unterstützung gewähren und sich dadurch zugleich ihr gegenüber öffentlich binden, oder ob er durch eine reservirte Sprache sich die Freiheit der Action bewahren und hierdurch andere Mächte zu einer diplomatischen Opposition ermuthigen, oder ob er endlich in der letzteren Richtung durch einen mehr oder weniger accentuirten, wahrscheinlich den s. g. modernen Principien zu entlehnenden Tadel noch weiter gehen wird? Für seine künftige Politik hat

[1]) Gleichzeitige Randbemerkung Bismarcks: Er zog ihn fertig aus der Tasche!

er kaum eine andere Wahl als zwischen der Allianz mit und Coalitionsversuchen gegen Preußen, denn Krieg kann und will er für jetzt und längere Zeit allein gegen uns nicht führen, und er wird es daher auch sorgfältig vermeiden, uns einen Vorwand dazu zu gewähren. An Elementen zu einer Coalition, welche zunächst in concertirten diplomatischen Intriguen, Interpellationen, Verwahrungen u. s. w. sich äußern und allmälig zu einer festeren Solidarität für die Action heranwachsen würde, fehlt es weder in Petersburg noch in Wien. Letzteres kann insbesondere so gut wie wir Italien durch Abtretung von Südtyrol desinteressiren und Frankreich Belgien und mehr als Belgien versprechen. 12. 9. 1866.

Wenn ich nach Vorstehendem ein festes Abkommen im Sinne des vorliegenden Entwurfs durch unsere wichtigsten Interessen für geboten halte, so scheint es mir darum nicht unbedingt nothwendig, daß dieser Entwurf ganz in derselben Fassung unterzeichnet werde. Ich halte denselben, so wie er vorliegt, für überwiegend günstig für uns; aber vielleicht nimmt der König in Folge einzelner Aenderungen und Abschwächungen weniger Anstoß daran. Solche Aenderungen werden hier keinen Widerstand finden; vielmehr scheint man solche im Auge zu haben, und zwar dürften dieselben zum Theil für uns unannehmbar sein, zum Theil aber auch gerade den Bedenken des Königs entsprechen. Zu ersteren gehört eine Randbemerkung Rouhers gegen die arrangements pris et à prendre en Allemagne. Ich glaube, daß wir an den unterstrichenen Worten unbedingt festhalten müssen. Eine andere Marginalbemerkung befindet sich indessen bei dem letzten auf das Offensiv- und Defensivbündniß und die gegenseitige Besitzgarantie bezüglichen Artikel. Es wird hier die Frage aufgeworfen: „auf wie lange?“, indem es nicht üblich sei, dergleichen Verbindlichkeiten für immer zu übernehmen. Ich habe constatirt, daß der Kaiser diese verschiedenen Fragezeichen genehmigt, wenn nicht selbst veranlaßt hat, und erklärte er sich mir gegenüber nicht allein geneigt, die Dauer der Verpflichtungen auf eine kurze Zeit, etwa 5, 3 Jahre oder noch weniger zu beschränken, sondern auch auf die gegenseitige Besitzgarantie zu verzichten. Er ging dabei von der Ansicht aus, daß auch eine nachfolgende Regierung von einem einmal abgeschlossenen Vertrage dieser Art nicht so leicht wieder zurücktritt. Meines Erachtens ist die Garantie, sowie überhaupt eine möglichst lange Dauer des Vertrages überwiegend in unserem Interesse. Da indessen der König, wie ich mich erinnere, gerade an der Garantie und an dem Eingehen positiver Verbindlichkeiten für fern liegende zukünftige Eventualitäten mit dem Bemerken Anstoß nahm: „ich kann das nicht thun; wenn es mein Sohn später thun will, so mag er es“, so liegen in den vorstehenden Andeutungen vielleicht gerade die Elemente zu einer Verständigung. Ein Gleiches

12. 9. 1866. gilt von der, in meinem Immediatberichte angeführten Idee des Kaisers, Belgien nicht ausdrücklich zu nennen.

Wie ich in meinem Berichte gesagt habe, liegt dem Kaiser sehr viel an einer schnellen Antwort. Eine solche braucht nicht allein er, sondern sie entspricht auch unserem Interesse. Ich glaube, wir sind eines günstigen Programms sicherer, wenn dasselbe vor Moustiers Eintritt vom Kaiser in Gemeinschaft mit Rouher und Lavalette festgestellt und dem neuen Minister octroyirt wird, als wenn der letztere, welcher für einen ergoteur[1]) gilt, an der Ausarbeitung Theil nimmt. Außerdem wünscht der Kaiser vor Seiner, resp. meiner Abreise nach Biarritz womöglich zu wissen, woran er ist. Es scheint mir darum nicht nöthig zu sein, daß der Vertrag sofort unterzeichnet werde; dies kann ja doch erst nach Benedettis Rückkehr geschehen, und dann können die etwa wünschenswerthen Modificationen noch immer in Ruhe besprochen und im Wege der Correspondenz festgesetzt werden. Aber sehr wünschenswerth wäre es mir, wenn Ew. Excellenz mich telegraphisch benachrichtigen könnten, daß Se. Maj. im Princip und zwar sowohl, was den wesentlichen Inhalt als was die (Vertrags-) Form anbetrifft, den Vorschlag annehmen. Dann ist der Kaiser m. E. in der Lage, sein Preußen freundliches Programm sofort per Circular im Moniteur herauszugeben. Sollten Ew. Excellenz dagegen keine Aussicht haben, die Genehmigung Sr. Majestät zu erlangen, so würde ich für einen diesfälligen sofortigen telegraphischen Wink sehr dankbar sein. Ich würde mir und dem Kaiser alsdann eine nochmalige peinliche Audienz in St. Cloud, welche vor der Zeit unsern definitiven refus constatiren würde, zu ersparen suchen, die nöthigen Explicationen den gelegentlichen, zwangsloseren Begegnungen in Biarritz vorbehalten und unabhängig von dem Zeitpunkte der Abreise des Kaisers meinerseits dorthin abgehen, weshalb ich auch bereits eventuell von ihm bis Biarritz Abschied genommen habe. Es liegt mir um so mehr daran, diese Reise recht bald anzutreten, als ich für den Zeitpunkt der Ankunft Moustiers (Ende September oder Anfangs October) wieder hier sein möchte. Ich hatte daher schon heute Abend abreisen wollen, habe es aber in Folge meiner gestrigen Audienz für Pflicht gehalten, nunmehr noch einige Tage zu warten, um wo möglich noch dem Kaiser hier eine befriedigende Mittheilung machen zu können.

Schließlich erlaube ich mir noch darauf aufmerksam zu machen, daß ich es nach den Äußerungen des Kaisers und Lavalettes nicht für unmöglich, wenn gleich noch weniger für gewiß halte, daß eine schleunige Erledigung der Luxemburger Angelegenheit im französischen Sinne den Vertrag in den Hintergrund drängen und die Publication

[1]) Rechthaber.

des Programms gestatten würde. Beide legten einen großen Werth 12. 9. 1866.
darauf mit dieser Erwerbung aus Preußens Händen sobald als möglich vor das große Publicum treten zu können, welches darin eine Rechtfertigung der Kaiserlichen Politik sowie eine deutliche Bezeichnung der Richtung beider Mächte erkennen und sich deshalb um so leichter mit den Preußischen Vergrößerungen versöhnen würde. Was mich anbetrifft, so wiederhole ich, daß ich den Vertrag, welcher uns die Sicherheit gewährt, daß die Luxemburger Concession nicht umsonst erfolgt, für wichtiger halte.

Genehmigen Ew. Excellenz den wiederholten Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung und ausgezeichneten Hochachtung.

Goltz.

30.

Zwanzig Briefe Albrechts v. Roon an Bismarck.[1])

1852. 1857. 1862. 1863. 1866. 1867.
1870. 1873. 1874. 1878.

I.

Coblenz, 14. 7. 52.

Geehrter Freund!

Da das Ministerium des Innern dem General-Lieutenant 14. 7. 1852.
v. Hirschfeld, command. General des 8. Armee-Corps, den telegraphischen Befehl geschickt hat, den Herrn Präsidenten der französischen Republik bei Gelegenheit der Inauguration der Paris-Straßburger Eisenbahn in Nancy Namens unserer Regierung zu bekomplimentiren, so wird der General morgen dorthin abreisen und zwar über Frankfurt, wo er morgen Abend eintreffen wird, und Saarbrück. Er und sein Gefolge reisen, wie sich versteht, in Uniform. Es ist dabei die Frage aufgeworfen worden, ob er nicht dennoch für sich und seine Suite eines Passes und zwar eines von einer französischen Gesandschaft visirten Passes bedürfe, um tracasserien von Unterbeamten zu verhindern. Ich habe soeben mit Kleist darüber Rath gepflogen, dessen Resultat ist, Sie, verehrte Excellenz, zu bitten, uns einen solchen Paß gütigst zu besorgen und zu morgen Abend

[1]) Die Briefe fehlen, einen einzigen (No. XX) ausgenommen, in den „Denkwürdigkeiten aus dem Leben des General-Feldmarschalls Kriegsministers Grafen v. Roon“.

14. 7. 1852. unter meiner Adresse nach dem Weidenbusch zu senden. Wollen Sie mich zugleich unterrichten, ob ich Ihnen alsdann meinen Besuch (im Reise-Costüme) machen darf, so werden Sie mich doppelt verpflichten; ich habe Ihnen eine Bestellung von Kleist und von ihm und Moritz [v. Blanckenburg] viele Grüße zu bringen.

In Betreff der Paß-Angelegenheit bemerke ich noch, daß ich unverdienterweise zum Begleiter Sr. Excellenz ausersehen worden bin, außer mir Hauptmann v. Schkopp, sein Adjutant, und Lieutenant v. Hirschfeld, sein Sohn; sodann 2 Ordonnanzen (in Uniform) und 1 Kammerdiener. —

Für den Fall, daß Sie mich morgen nicht sehen wollen oder können, werde ich mein Glück auf der Bockenheimer Chaussee bei Gelegenheit der Rückreise versuchen; ich bin unvermeidlich.

Ihrer verehrten Frau Gemahlin meinen tiefsten Respect; ich hoffe ein bischen, sie werde sich unserer Begegnung in Meran und Venedig noch dunkel erinnern.

Mit der aufrichtigsten Ergebenheit

Ihr v. Roon.

Event. Notiz für den Paß { Oberst und Commandeur des 33. Inf.-Regts.

Für den Fall, daß ich Sie morgen nicht sehe, bemerke ich noch, daß der Ober-Präsident mir aufgetragen, Ihnen zu sagen, er werde Sie in nächster Woche mit seiner Gemahlin besuchen. Das ist Alles!

II.

Posen, 23. October 1857.

Mein verehrter Freund!

23. 10. 1857. Im Vertrauen auf unsere langjährige Bekanntschaft und alte bewährte Sympathien liege ich eigentlich schon lange mit diesen Zeilen im Anschlage; Ihre Unstätigkeit in den letzten Monden und die Besorgniß, deshalb bei Ihnen vorbeizuschießen, hat mich bisher verhindert, sie zu schreiben und abzusenden. — Erlauben Sie, daß ich nunmehr ohne alle diplomatische Umschweife geradezu auf meinen Gegenstand losmarschire und Ihnen mein Anliegen mit altpommerscher Ehrlichkeit vortrage.

Da man einem Diplomaten keine indiskreten Fragen vorlegen soll, so hebe ich jetzt nicht an: „Ist es wahr, daß u. s. w.“, sondern ich sage vielmehr: Angenommen, daß, wie man sagt, General v. R.[1])

[1]) v. Reitzenstein, preußischer erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militärcommission zu Frankfurt.

nicht mehr lange in F. bleiben wird, sei es nun, daß er zum Nachfolger seines Schwagers, des Generals Reyher, oder zu irgend einem andern Posten in der Armee bestimmt ist: so supponire ich mit einigem Recht, 1) daß er event. in F. einen Nachfolger erhalten muß, und 2) daß Sie bei der Wahl des letzteren einigermaßen interessirt sind. Ist dies richtig, so dürfte es auch nichts Befremdendes haben, wenn Sie auf diese Wahl den Ihnen angemessenen Einfluß auszuüben versuchen. Freilich waltet dabei das Bedenken ob, daß ein von Ihnen in dieser Beziehung ausgedrückter positiver Wunsch Sie späterhin vielleicht gereuen kann; dennoch ist es möglich, daß Sie Sich etwa, in dem Vertrauen zu dem Charakter und den Eigenschaften des von Ihnen zu bezeichnenden Kandidaten, über dies Bedenken hinwegsetzen zu können vermeinten. — Doch erlassen Sie es mir, noch deutlicher und damit auch unbescheidener zu werden. Und wenn Sie wegen des Vorstehenden schon den Stab über mich zu brechen geneigt wären, so halten Sie ein. Erinnern Sie Sich vielmehr Ihrer mir bisher bewiesenen freundlichen und vertrauensvollen Gesinnungen. Sollten Sie nicht meine offenherzige Selbst-Empfehlung in gewissem Grade entschuldigen? — Sie müssen es wissen, daß mir eine solche bei meinem Charakter und meinen Ansichten nicht ganz leicht wird. Alles Vordrängen scheue ich, und jede Stellenjägerei — so sehr ich sonst der edlen Jägerei ergeben bin — ist mir ein Gräuel. — Aber ich habe lang genug in der Welt gelebt, um auch zu wissen, daß blöde Zurückhaltung, die Tugend der Verzagten und Schwachen, in vielen Fällen ein Unrecht und noch öfter blos ein Produkt der Trägheit und Unentschlossenheit ist. Mögen es Andere in dieser Beziehung bequemer haben, denen Tanten und Basen die Mühe eigener Bestrebungen abnehmen. Ich habe solches Vorspanns bisher immer entbehrt. Was mir gelungen ist in meinem Leben, habe ich meinem eignen Bemühen zu danken, dem Gott das Gelingen folgen ließ, indem Er mir günstige Beurtheiler erweckte, aber an eigner Anstrengung und Rührigkeit habe ich es nie fehlen lassen; das hielt und halte ich noch heute für meine Schuldigkeit, denn Niemand soll „sein Pfund vergraben“. — Dies beiläufig zur Rechtfertigung meiner Selbst-Empfehlung. Uebrigens kennt Oberst von Manteuffel meinen Wunsch, und ich habe keinen Grund anzunehmen, derselbe sei ihm zuwider. Auch ist, wie mir dieser Tage aus Berlin mitgetheilt wird, schon beim Kriegsminister von R.s eventueller, d. h. beim Uebergang des „Oberbefehls“ an Oesterreich stattfindenden Ablösung die Rede gewesen, und ich bin dabei genannt worden. Wenngleich ich darauf nicht viel gebe, so scheint mir doch daraus hervorzugehen, daß meine Bewerbung nicht geradezu als eine krasse Unbescheidenheit angesehen werden kann. Es bedarf vielleicht nur noch des Gewichts Ihrer Zustimmung, um

23. 10. 1857.

23.10.1857. etwanige Mitbewerber zu distanciren. Ob Sie es einlegen wollen und können, muß ich Ihnen, der Sie die dortigen Verhältnisse und Erfordernisse besser kennen als ich, vollkommen anheimstellen, ich habe nur nicht versäumen wollen, Sie bei dieser Gelegenheit an mich zu erinnern; ich hoffe zu Gott, Ihnen in jedem Falle gut bleiben zu können, sonst hätte ich gar nicht geschrieben. Verletzt würde ich mich durch die von Ihnen etwa zu beobachtende „Neutralitäts-Politik" nicht fühlen, sondern höchstens dadurch, wenn über diese eingefädelte „Pommersche Intrigue" nicht ein „mehr als diplomatisches Stillschweigen beobachtet" würde. Deswegen bitte ich auch kaum, mich Ihrer verehrten Frau Gemahlin zu empfehlen, so gern ich ihr empfohlen sein möchte.

Schließlich die Bitte, mich (natürlich ohne Präjudiz) mit zwei Worten zu benachrichtigen, daß Sie es verzeihlich finden, wenn jemand eine kleine Anstrengung macht, um aus dieser Hundetürkei erlöst und aus dieser schnuddligen Sackgasse in den breiten Strom des lebendigen Lebens und Wirkens zurück versetzt zu werden. Kürzlich bin ich in meiner hiesigen Abgeschiedenheit herzlich erfreut worden durch den Besuch des alten Eduard [v. Blanckenburg], seines Sohnes Moritz und seiner Tochter Wiersbitzky, aber die Freude dauerte leider nur wenige Tage.

Von Sanssouci circuliren hier, trotz der günstigeren Bulletins, fortwährend die bedenklichsten Gerüchte. Doch Sie sind gewiß besser unterrichtet als ich. Gott wolle Alles zum Besten lenken! aber — es ist schwer, sehr schwer, nicht trübe in die Zukunft zu blicken. Sie verstehen mich. — Nun will ich Sie nicht länger belästigen. Gott sei mit Ihnen und Ihrem ganzen Hause! — Unter allen Umständen und Entschließungen

Ihr treu ergebener

v. Roon, Generalmajor pp.

N. S. Wenn der Ritterschlag am 18. d. stattgefunden hätte, so würde ich Gelegenheit gehabt haben, Ihnen meinen Wunsch mündlich vorzutragen, was mir in mehrfacher Beziehung angenehmer gewesen wäre. Die Zeitungen sagten wenigstens, daß Sie zu gleicher Zeit nach B[erlin] gekommen wären.[1])

---

[1]) Bismarck kam dem Wunsche Roons nach, indem er in einem Bericht an Manteuffel vom 22. Dezember 1857 (v. Poschinger III No. 94 S. 186) den Generalmajor v. Roon als einen ihm „von competenten militärischen Stimmen allseitig" als geeignet empfohlenen Offizier zum Nachfolger des General-Lieutenants v. Reitzenstein in Vorschlag brachte. Doch wurde nicht Roon, sondern General-Major Dannhauer zum ersten preußischen Militärbevollmächtigten in Frankfurt ernannt. — Bismarcks Antwort vom 27. Oct. 1857 s. u. No. 31 I S. 257.

III.

Berlin, 4. Juni 1862.[1])

Mein lieber Bismarck!

Schon seit längerer Zeit schreibe ich an Sie, nämlich in Gedanken; das tägliche Flöhen meines Pudels nahm mir die Zeit dazu. Von kaiserlichen Auffahrten und Audienzen kann ich Ihnen freilich nichts melden, desto mehr von der hiesigen misère. Heut vor 8 Tagen habe ich $8^1/_2$ Stunden in der Addreß-Commission sitzen und mir Flatterien sagen lassen müssen, und hinterher habe ich den Aerger erlebt, daß meine besten Gegenschläge durch die verlogene Presse zu Sauhieben herabgewürdigt worden sind. Am Sonntage sprach mir Schleinitz über den Ersatz für Hohenlohe und meinte, Ihre Zeit wäre noch nicht gekommen. Als ich ihn fragte, wer denn als Haupt des Ministerii fungiren sollte, zuckte er die Achseln, und als ich hinzusetzte, es bliebe dann nichts übrig, als daß er sich selbst erbarmte, schlüpfte er darüber hinweg, nicht abwehrend, nicht zustimmend. Daß mich dies beunruhigt, kann Sie nicht wundern. Ich nahm daher gestern Gelegenheit, an maaßgebender Stelle die Minister-Präsidenten-Frage auf die Bahn zu bringen, und fand die alte Hinneigung zu Ihnen neben der alten Unentschlossenheit. Wer kann da helfen? Und wie soll dies enden? In der heute begonnenen Addreßdebatte im Plenum begegneten wir so viel Unverstand, üblem Willen und finsterem Groll, bei noch viel mehr Gleißnerei und Verlogenheit, daß ich die Ueberzeugung habe, die Gesellschaft muß baldigst fortgeschickt werden, wenngleich mir eine Auflösung in der Kürze nicht rathsam erscheint. Keine regierungsfähige Parthei! Die Demokraten sind selbstverständlich ausgeschlossen, aber die große Majorität besteht aus Demokraten und solchen, die es werden wollen, wenngleich ihr Addreß-Entwurf von Loyalitäts-Versicherungen trieft. Daneben die Constitutionellen, d. h. die Eigentlichen, ein Häuflein von wenig mehr als 20 K[öpfen], Vincke an der Spitze, c. 15 Conservative, 30 Katholiken, einige und [sic] 20 Polen. Wo also findet eine mögliche Regierung die nöthige Unterstützung? Welche Parthei kann bei dieser Gruppirung regieren, außer den Demokraten, und diese können es, dürfen es erst recht nicht. Unter diesen Umständen, so sagt meine Logik, muß die jetzige Regierung im Amte bleiben, so schwierig es auch sein mag. Und eben deshalb muß sie sich mit

4. 6. 1862.

[1]) Dieser Brief ist nicht Roons Antwort auf Bismarcks Brief vom 2. Juni, wie der Herausgeber der Denkwürdigkeiten (II 92) annimmt; offenbar erhielt Roon Bismarcks Brief erst nach Absendung des seinigen. Aus der Vergleichung des Inhalts beider Briefe läßt sich das unschwer beweisen.

4. 6. 1862. Nothwendigkeit verstärken und zwar je eher je lieber. Montag saß ich beim Mühlerschen Diner neben Gräfin Bernstorff. Sie grub nach Würmern in meiner Nase, meinend, ob es denn nicht unerläßlich geboten sei, Sie sofort zu berufen; ich antwortete, dazu sei sie mir zu lieb, worauf sie verlegen äußerte, daß B[ernstorff] es doch nicht mehr lange aushalten könne; seine Nerven seien zu angegriffen — und dies Gespräch wurde nicht fortgesetzt. Daß Graf B[ernstorff] immer zwei große Posten in Beschlag habe, scheint mir nun nicht eben durch Preußens Interesse geboten zu sein. Ich werde mich daher sehr freuen, wenn Sie nächstens zum Minister-Präsidenten ernannt werden, obgleich ich überzeugt bin, daß B[ernstorff] dann binnen Kurzem aus seiner Doppelstellung treten und nicht länger den Koloß, 1 Fuß in B[erlin] 1 in London, spielen wird. Ich schiebe es Ihnen ins Gewissen, keinen Gegenzug zu thun, da er schließlich dazu führen könnte und würde, den König in die offenen Arme der Demokraten zu treiben.

Die Hessische Frage bleibt noch in ihrer hängenden Lage. Wollen und Nichtwollen balanciren sich fortwährend. Rechberg will nicht oder kann nicht mehr drücken helfen; er scheint mir nicht mehr an unseren Ernst zu glauben. Das Hessische Ministerium ist abgetreten, dimittirt, aber noch in Function. Es kommt mir übertrieben vor, wenn man den Ku[rfürsten][1]) hier der Mühe überheben will, sich selbst andere Minister zu wählen. Auch diese Geschichte beweiset die Steuerlosigkeit des Staatsschiffes; es ist daher ein bloßer Zufall, wenn es nicht strandet. Und so ist es in allen, allen Dingen! Wir brauchen einen thatkräftigen Premier-Minister, einen Mann, der selbst handeln und andere dazu fortreißen kann. Sie wollen dort noch reifer werden? aber ich habe Sie stark in Verdacht, Sie wollen faul werden. Nichts davon! Bedenken Sie, um was es sich handelt. Zum 11. d. M. ist Hohenlohe's Urlaub um. Er wird nicht wiederkommen, sondern nur sein Entlassungsgesuch. Und dann, ja dann hoffe ich, wird der Telegraph Sie herrufen. Alle Patrioten ersehnen dies. Wie könnten Sie da zaudern und manövriren?

Ich schicke diesen Brief recommandirt an Major v. Stein,[2]) da mir gesagt wird, es sei ganz unbestimmt, wenn wieder ein Courier nach Paris ginge. Tausend Grüße!

Ihr v. Roon.[3])

---

[1]) Der Brief ist beim Oeffnen verletzt worden. Die richtige Ergänzung aber ergiebt der Sinn.

[2]) Preußischer Militärbevollmächtigter in Paris.

[3]) Bismarcks Antwort von Pfingsten (8. Juni) 1862 s. in Roons Denkwürdigkeiten II 92 ff.

Adresse: Sr. Excellenz | 4. 6. 1862.

dem Königl. Wirkl. Geh. Rath und außerordentlichen Gesandten pp.
Herrn v. Bismarck-Schönhausen.

Durch die Gefälligkeit des Herrn Major v. Stein sofort zu übergeben.

Vom Kriegsminister.

IV.

Berlin, 21. Juni 1862.

Lieber Bismarck!

Die Dinge in K[ur]-Hessen treiben zu einer Entscheidung, zum Handeln. Wahrscheinlich wird heute der Marschbefehl an die Truppen abgehen, um den Kaiserlichen Einflüssen in Cassel und der tendenziösen Verschleppung der definitiven Regelung der Verfassungs-Frage seitens des K[ur]-F[ürsten] ein Ende zu machen. Wir können, Dank der incorrecten Direction unserer letzten Schritte, nicht zurück. Es ist möglich, daß wir zum Handeln gedrängt werden, nicht blos wegen etwaniger Oesterreichischer, sondern auch vielleicht wegen gleichzeitiger nationalvereinlicher Machinationen, indem letztere nicht blos die Hessische, sondern auch die Deutsche Frage durch Preußen gelöset wissen wollen. Man meint wohl, wenn wir nur erst die Bundesbestimmungen ein wenig gebrochen haben, so werden wir schließlich durch die Consequenz der Thatsachen gezwungen werden, den Bund überhaupt an den Mond zu sprengen. Dem sei, wie ihm wolle; wir können nicht zurück, obwohl wir über dem Unterfangen vielleicht den Hals brechen können. | 21. 6. 1862.

Den 26./6.

Durch eine schnellere Umdrehung meiner Tretmühle verhindert, den vor 5 Tagen begonnenen Brief zu beendigen, will ich nur bemerken, daß er den Anlauf nahm, um Ihre Unentbehrlichkeit für die sich damals vorbereitenden sehr ernsten Dinge im Rathe des Königs darzuthun. Nun, da „der sanfte Friedensmarsch heimwärts geblasen", bin ich keineswegs andrer Meinung geworden. Die uns in Cassel gedrehte Nase schmerzt mich, ungeachtet aller formalen Erfolge, und ich würde, wären wir vollwichtig, mich für entschieden unbefriedigt erklärt haben. Aber im entscheidenden Augenblicke fehlte der muthige Entschluß, und — zum National-Verein werde ich nie gehören. Dieser Hessische Erfolg beweiset mehr als Alles, daß uns die Fähigkeit zu energischen Thaten fehlt, und durch diese allein ist | 26. 6. 1862.

26. 6. 1862. die Heilung der inneren Geschwüre zu erzielen. Wie aber sollen wir dazu gelangen? Ich habe heute wieder mit schwerem Kummer Notiz genommen von der über die endlich erfolgte[1]) Beseitigung Winters[2]) empfundenen Reue. — Mehr Muth! mehr energische Thätigkeit nach Außen und Innen! mehr Handlung muß in dies langweilige Ifflandsche Familien-Drama gebracht werden, oder wir sterben an allgemeiner Geringschätzung! Dazu sind Sie unentbehrlich, wiewohl auch dies nur ein Versuch sein würde. Schleinitz, den man von gewisser Seite entschieden in Scene setzen wollte, geht Gottlob nicht auf den Leim. Bernstorff, der nun die Hessische Frage zu Ende gebracht, wartet nur noch auf die Unterzeichnung des Handelsvertrags,[3]) um dann mit der doppelten Gloriole (!) nach London oder — Paris zu gehen. Sonntag kehrt Ihre Majestät die Königin nach Babelsberg zurück — sehr agitirt über Winters Entlassung. Es wird Scenen geben, und die Temperatur gegen das Ministerium wird auf und unter Null fallen. Rechnen Sie diesen verderblichen Dualismus, die parlamentarische misère und die im Lande nicht verminderte Aufregung hinzu — wie ist es möglich, daß Preußen nicht untergeht? — Und dennoch! dennoch muß man kämpfen bis auf den letzten Blutstropfen! Geht das aber mit einem Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt? — Sie gehen nach London, Vichy, Trouville, ich weiß nicht, wo und wann Sie dieser Brief treffen wird und sende ihn daher wieder durch Stein, der Sie vor dem Abgange nach Mexico doch jedenfalls noch sehen wird.

Am Montag will ich einen Hauptsturm für meine Zwecke wagen; ich thäte es früher, kann aber kaum früher ankommen; überdies ist die Laune sehr finster jetzt, und es ist keine Aussicht, daß sie rosiger werde. Aber was thuts? ich scheue den Bruch nicht, der d[adurch][4]) herbeigeführt wird, daß ich meine Schuldigkeit thue.

In aller herzlichen Freundschaft

Ihr

v. Roon.[5])

Adresse: Sr. Excellenz

dem Herrn Gesandten v. Bismarck.

Durch die gütige Vermittelung des Herrn Major v. Stein sicher zu überhändigen.

Abs. v. Roon.

---

[1]) Ms.: über der endlich erfolgten.

[2]) aus seiner Stellung als Polizeipräsident von Berlin.

[3]) mit Frankreich.

[4]) Der Brief ist an dieser Stelle beim Oeffnen verletzt worden.

[5]) Bismarck ließ den Brief unbeantwortet, vgl. seinen Brief an Roon vom 15. Juli 1862, Roons Denkwürdigkeiten II 97 ff.

V.

Zimmerhausen, 31. August 1862.

Mein lieber B.!

Sie werden Sich ungefähr denken können, warum ich Ihnen bisher nicht geantwortet;[1]) ich hoffte und hoffte immer wieder auf eine Entscheidung oder doch auf eine Situation, welche eine akute Lösung herbeiführen müßte. Leider haben meine, unsere Leiden noch immer einen ganz chronischen Charakter. Jetzt ist ein neues Moment — die Freisprechung der Verleumder v. d. H[eydts] — hinzugetreten, aber auch das wird sich im märkischen Sande verlaufen. Ich habe mich der misère générale auf einige Tage entzogen, als ich bei der Abreise des Königs nach D[oberan] hierher floh, um Hühner zu schießen. Bernstorff, den ich vor 3—4 Wochen ganz entschlossen fand, seinen Posten zu verlassen, der ihm viel zu schwer und sauer wird, sagte mir vor 8 Tagen, daß er doch nicht wisse, ob er nach dem Schluß der parlamentarischen Session nicht dem Wunsche des Königs (falls er ausgesprochen werden sollte) werde nachgeben und bleiben müssen, wiewohl seine Sehnsucht nach Erlösung nicht erloschen sei, d. h. in die Wirklichkeit übersetzt: die Session hat sich so lange hingezogen, daß ihr Schluß voraussichtlich mit der Entbindung der Gräfin ungefähr zusammenfallen wird; daß daher eine Versetzungsreise im Winter alsdann noch viel weniger passen würde, als ohne dies. Schon früher sagte er mir nämlich, daß seine Versetzung nach L[ondon] spätestens im September stattfinden müsse, wenn sie für ihn annehmlich sein sollte. Diese vielleicht verdammliche Selbstsucht auf der einen und die Unentschlossenheit des K[önigs] auf der anderen Seite, verbunden mit v. d. H[eydts] Ansicht, daß er sich zwar einen Präsidenten, nicht aber einen solchen aus der Zahl jüngerer Collegen gefallen lassen könne und werde, läßt mich zu der früheren Behauptung zurückkehren, daß Sie als Minister-Präsident und zwar vorläufig ohne Portefeuille eintreten müssen; letzteres wird sich später von selbst finden. Daß wir in die Winter-Session in der bisherigen Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit eintreten sollten, halte ich für ganz widersinnig und unmöglich, und zu dieser Meinung habe ich mehr als eine Allerhöchste Zustimmung. Gefochten muß und gefochten wird werden. An Concessionen und Compromisse ist gar nicht zu denken; am wenigsten ist der K[önig] dazu geneigt. Gefährliche Katastrophen sind daher mit Sicherheit voraus[zu]sehen, auch ganz abgesehen von den Verwickelungen in unserer äußeren Politik, die schon jetzt einige recht interessante Verhedderungen aufzuweisen hat. — Ich kann mir

31. 8. 1862.

[1]) auf den Brief vom 15. Juli.

31. 8. 1862. denken, daß Sie, mein alter Freund, sehr disgustirt sind; ich kann an meinem eigenen Ekel den Ihrigen ermessen. Aber ich hoffe noch immer, daß Sie um deswillen nicht boudiren, sondern Sich vielmehr der altritterlichen Pflicht erinnern werden, den König herauszuhauen, auch wenn er, wie geschehen, sich muthwillig in Gefahr begab. Aber Sie sind ein Mensch und was mehr ist, ein Gatte und Familienvater. Sie wollen, neben aller Arbeit, auch eine Häuslichkeit und ein Familienleben. Sie haben ein Recht darauf; c'est convenu! Sie müssen also wissen, bald wissen, wo Ihr Bett und Ihr Schreibtisch aufgestellt werden soll, ob in P[aris] oder B[erlin]. Und das Wort des K[önigs], daß Sie Sich in P[aris] nicht etabliren sollen, ist bis jetzt, soviel ich weiß, noch nicht zurückgenommen. Sie müssen Gewißheit haben. Ich will das Meinige — und zwar nicht blos aus Selbstsucht, sondern aus patriotischem Interesse — dazu beitragen, daß Ihnen diese Gewißheit baldigst werde. Ich fingire daher, und zwar so lange, bis Sie es mir untersagen, von Ihnen zur Herbeiführung dieser Gewißheit privatim beauftragt zu sein. Nach den letzten Unterredungen mit Serenissimo über Sie habe ich ohnehin mein spezielles persönliches Interesse für Sie bereits verwerthen müssen. Ich kann daher auch von Ihrer unerträglichen Situation sprechen, die besonders darin begründet ist, daß Sie ausdrücklich verhindert werden, Sich in P[aris] zu etabliren. Dergleichen Motive werden verstanden, wirken daher vielleicht mehr als politische Erwägungen. Ich fingire daher Ihr Einverständniß und rathe, Sie einstweilen zum M[inister]-Pr[äsidenten] ohne Portefeuille zu ernennen, was ich bisher vermieden; es geht nicht anders! Wollen Sie dies absolut nicht, so desavouiren Sie mich oder gebieten Sie mir Schweigen. Ich spreche den Herrn am 7. in einer ganz vertraulichen Audienz, die er mir für diesen Tag bei seiner Durchreise nach Carlsruhe zur Taufe (am 9./9.) zugesagt hat. Sie haben also auch noch Zeit zum Protestiren.

Von der allgemeinen Situation will ich heut nicht reden. Die innere Katastrophe wird jetzt nicht stattfinden, wie ich vermuthe, sondern erst im Frühjahr, und da müssen Sie nothwendig dabei sein. Sie wird über unsere Zukunft endgültig entscheiden.

Sie sind mir durch Ihre Badereise ganz unnahbar geworden. Diese Zeilen gelangen daher über Reinfeld zu Ihnen; ich weiß mir nicht anders zu helfen.

In alter Treue und Liebe

Ihr

v. Roon.

Viele Grüße von M[oritz] und Father[1]) pp.

---

[1]) Wohl Eduard v. Blanckenburg. — Die Antwort Bismarcks vom 12. September 1862 s. in Roons Denkwürdigkeiten II 108 ff.

VI.

Se. Majestät der König hat mir das anliegende Promemoria 13. 10. 1862.

„Bemerkungen über die Behandlung des Vereinswesens
und der Presse vom 20. Juni c."

nebst dem

Immediatberichte des Herrn Ministers v. Jagow vom 2. d. M.

zustellen lassen, in der Absicht, dem darin behandelten Gegenstande näher zu treten.

Die inzwischen in dem innern Bestande des Ministeriums eingetretenen Veränderungen haben diese Angelegenheit eine Weile ruhen lassen. In dem gegenwärtigen Augenblicke scheint es mir jedoch von der höchsten Wichtigkeit, den Verhältnissen der Presse und des Vereinswesens scharf ins Auge zu sehn. Ich stelle daher Ew. Excellenz ganz ergebenst anheim, in diesem Sinne den anliegenden Schriftstücken Ihre Aufmerksamkeit geneigtest zuwenden zu wollen, indem ich ergebenst hinzufüge, daß ich meine Bemerkungen über den Gegenstand in der Anlage in der Kürze verzeichnet habe.

Diese die Stelle eines förmlichen Anschreibens vertretenden vertraulichen Zeilen bitte ich lediglich als zu Ew. Excellenz Orientirung geschrieben zu betrachten und den Acten nicht einzuverleiben.

Berlin, den 13. October 1862.

v. Roon.

VII.

Berlin, 29. Novbr. 62.

Ich habe gestern mit Itzenplitz gesprochen. Er ist zu Allem 29. 11. 1862. bereit, würde aber am liebsten Handelsminister. Außerdem habe ich über Herrn v. Wedell sehr zuverlässige Nachrichten theils eingezogen, theils einziehen lassen. Meine Gewährsmänner sind E. Manteuffel und Westphalen. Beide halten ihn, wenn auch nicht für einen idealen, doch für einen sehr brauchbaren, muthigen und schneidigen Mann. Sprechen Sie mit ihm. Gefällt er Ihnen, würde ich folgende Combination vorschlagen:

Inneres: Minister v. Wedell.
Unterstaatssekretär v. Mirbach.
Handel: Itzenplitz.
Ackerbau: Jagow oder Below-Hohendorf oder Tettau.

29. 11. 1862. Mit diesem Apparat wirds, hoffe ich, gehen.

Die Stelle v. Wedell könnte Jagow erhalten; letzteren zum Ober-Präsidenten in Posen zu machen, hätte doch einige Bedenken. Sehen wir uns heute vielleicht?

Herzlichst

Ihr

v. Roon.

VIII.

Ew. Excellenz

28. 12. 1862. beehre ich mich vertraulich anliegende durch zuverlässige Hand mir zugekommene „Extrabeilage zum Kreisblatt für das Westhavelland" mit einem Abdrucke des Müllensiefenschen Briefes ergebenst zu übersenden.[1]) Die Hauptsache in dieser Extrabeilage ist die vorn mit größerer Schrift gedruckte, auf den Eindruck im großen Publico berechnete Nachricht, daß Se. Kgl. Hoheit der Kronprinz das fragliche Schreiben mit Dank angenommen habe. In dieser Form ist — wie man mir erzählt — der fr. Brief durch die ganze liberale Localpresse, die sonst den langen confusen Brief kaum abdrucken würde, colportirt worden.

Hieraus dürfte — bei der Wichtigkeit, welche die Stellung Sr. Kgl. Hoheit des Kronprinzen zu den jetzigen Ereignissen unzweifelhaft einnimmt — der Schluß gerechtfertigt sein, daß es sehr wünschenswerth wäre: wenn Sein Secretariat angewiesen würde, auch mit bloßen Höflichkeitsformen, zu welchen ich das „mit Dank angenommen" rechne, vorsichtig zu sein.

Ew. Excellenz gebe ich die weitere Erwägung hiernach ganz ergebenst anheim.

Berlin, den 28. Decbr. 1862.

v. Roon.

Extra-Beilage
zum
Kreisblatt für das Westhavelland.

Dortmund, 4. Decbr. Der Abgeordnete Müllensiefen hat sein Mandat niedergelegt. Derselbe veröffentlicht jetzt folgendes Schreiben, welches er am 26. Septbr. 1862, als der Schluß

---

[1]) Ist als Beilage zu diesem Briefe abgedruckt.

des Landtags stündlich erwartet wurde, an den Kronprinzen richtete und das von diesem, wie Herr v. Stockmar schriftlich anzeigte, mit Dank angenommen wurde:

„Königliche Hoheit! Die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten bereiten sich zur Heimkehr vor. Ein zweites Mal in diesem Jahre hatten die schönsten Hoffnungen sie zur Hauptstadt begleitet; sie verlassen dieselbe mit demjenigen Gefühl des Unmuths, das sich nur irgendwie an getäuschte Hoffnungen zu knüpfen vermag, und wie einst Moses von dem Gipfel des Pisga das Land der Verheißung nur von Ferne schauen durfte: „Ich habe es Dich sehen lassen mit Deinen Augen, aber hinein sollst Du nicht kommen“; so mögen die Alten unter uns von dem schönen lebensvollen Bilde scheiden, das ein ehrlich verfassungsmäßig[es] Regiment den Augen ihrer Seele zeigte.

Schreiber dieser Zeilen überschritt sein 60. Lebensjahr: zu viel der Jahre bereits, täuschenden Bildern anzuhangen, und war seine parlamentarische Thätigkeit auch die allerbescheidenste, die anererbte Liebe zu seinem Königshause will ihn nicht von dannen ziehen lassen, bevor er seine Auffassung der gegenwärtigen Verhältnisse in wenigen Worten in die Hände Ew. Königlichen Hoheit niedergelegt.

Hat der Kampf um verfassungsmäßiges Leben bereits viel Wohlstand zerstört, manches Unternehmen gelähmt, so wird ein Versuch, wie verlautet, ohne Verfassung weiter zu regieren, wenn auch nicht sofort, doch in seinem Verlauf, der Wirkung eines jener Winde Afrikas gleichen, dessen Gifthauch blühenden Gefilden den Stempel der Verödung aufdrückt.

Nur ehrliches Walten nach verfassungsmäßigem Recht vermöchte es, so großes Unglück abzuwehren und Segen statt Fluch über Volk und Land zu bringen, und der Majorität des Abgeordnetenhauses in ihrer Allgemeinheit, so wie sie eben zusammengesetzt ist, andere als patriotische Bestrebung unterschieben, heißt Ehrenmännern im Kampfe für garantirtes Recht nur mit Verläumdung danken. — Diese Majorität kann nicht von ihrem Standpunkt weichen, denn greift beispielsweise der Schreiber dieser Zeilen in seinen eigenen Busen, da findet er mahnend und warnend den Eid, den er der Verfassung geschworen, und schon der Gedanke entsetzt ihn, an irgend etwas sich zu betheiligen, was mit diesem Landesgrundgesetz im Widerspruch. Nein, lieber den Tod auf seinem Sitz in der Kammer, als den Fluch des Meineids auf der Seele! Den Leib möchte man immerhin tödten, nähm' er doch den freien Geist mit sich hinüber in eine besondere Welt!

Geruhen nun Ew. Königliche Hoheit, solchen Standpunkt zu erwägen, solche in tiefer religiöser Ueberzeugung wurzelnden Motive zu prüfen, dann werden Sie das Drückende der Stellung eines ehrlichen Abgeordneten mitzufühlen vermögen, der auf einer Seite die Bahn sieht, die niederwärts führt, mit ihrem traurigen Gefolge der Zerrüttung durch alle Verzweigungen des Volkslebens hindurch und auf der andern all' die Er-

folge, welche Gesetz und Recht zur Seite haben, dem er nun den Rücken zu wenden verurtheilt wird.

Der Unterzeichnete gehört seiner Lebensstellung nach der Industrie an, und ob dies Leben zum allergrößten Theil auch bitter und hart gewesen, schon früh hat er den Wahlspruch: „ein Wort — ein Wort! ein Mann — ein Mann!" zu dem seinigen gemacht, treu genützt die ihm beschiedene Zeit, und was er über den Unterricht der Elementarschule hinaus sich angeeignet, den nächtlichen Stunden entrungen. So konnte auch nur Weniges der Länder- und Völkergeschichte an ihm vorübergehen, und was davon sein Eigen wurde, war die klare Ueberzeugung, daß Völker schnell erblühten, je wie Gesetz und Recht ihr Banner war, und wie sie eben so schnell wieder sanken, oft bis zum Erlöschen des nationalen Lebens, je wie sie diesem Banner untreu wurden.

Königliche Hoheit, vermögen Sie es, so wehren Sie ab unausbleiblichem Verderben, so wehren Sie ab, daß das geheiligte Haupt Seiner Majestät nicht auch mit Kummer in die Grube fahre; und das wird es, so unzertrennlich von dem eingeschlagenen Wege, als die Wirkung von ihrer Ursache unzertrennlich ist.

Ist es denn überhaupt ein revolutionärer Geist, der in den Völkern Europas drängt und treibt? ist es nicht vielmehr ein providenzielles Einwirken zur Hervorbringung einer ganz neuen Zeit, dem dies legitime Ringen nach menschenwürdigerer staatsbürgerlicher Stellung entspricht? und weise wäre es, dieser — eben weil sie providenziell — unbezwingbaren Strömung ein breites Bett zu graben. Oder sind die Lehren von 1848 so ganz vergeblich gewesen? vergeblich das Beispiel Hollands, der Beweis Belgiens, daß ein Volk in Fried' und Zuversicht dahin leben kann, ob auch die Wogen der Revolution um seine Grenzen schäumen, weil hinter ihnen Gesetz und Recht eine heimische Stätte gefunden.

O es bedarf auch bei uns nur des Einen: ehrlich und fest es einmal auf die Verfassung gewagt! also Umkehr, Umkehr vom Rande gähnender Kluft! denn wie es für jeden Menschen einen Pfad durchs Leben giebt, auf dem er nicht irren kann, den: mit Abstreifung aller Streitigkeiten und Vorurtheile einfach ehrlich thun, was das Evangelium gebietet, so können auch Lenker und Leiter von Staaten nicht irren, wenn sie, sich selbst vergessend, der Majestät des Rechts sich unterordnen, denn Recht und Wahrheit stammen nicht von dieser Erde, und ob ein Reich nach Hunderten von Millionen seine Kinder zähle, das Regiment wird leicht in allen seinen Theilen, denn der ganze Mechanismus der Verwaltung folgt dann nicht vermeintlicher schwacher Sterblichen Weisheit, sondern der Allgewalt einer Macht, die über der Zeit und dem Raum thront.

Und welcher Art wäre die uns damit sofort gebotene Perspektive? ein glücklich Volk, dem schon der Name seines Königs die Pulse wärmer schlagen macht. Und dieses Volk, wie hing es ihm noch an im letztver-

flossenen Jahre? mit ganzer Lieb' und Treue, opferwillig wie je ein Volk. Dies leugnen heißt lügen, heraus aus schwarzer Seele voll selbstsüchtiger Hintergedanken, heißt die Wahrheit verrathen, und die Rolle einer Natter spielen, die unter Blumen schleicht.

Mein Haupt zum Pfande, daß ich die Wahrheit sagte!

Euer Königlichen Hoheit ist es anheimgegeben, von diesen Zeilen geeigneten Gebrauch zu machen. Möchten sie alsdann aufgenommen werden wie eine Appellation von dem schlecht berathenen Könige an den besser berathenen König, und keiner 14 Tage würde es bedürfen, und das Volk würde wie erlöst vom schweren Banne und in dem Gefühl, sich wieder einig mit seinem Könige zu wissen, der kurzen, herben Täuschung jüngstvergangener Zeit gar bald vergessen haben. Sich aber mit der ungeheuren Mehrheit eines glücklichen, dankbaren Volkes eins zu wissen, mehr kann auch ein Fürst, schwacher Sterblicher wie Alle, nicht wollen können, und die größte und beste Armee wird nie auch nur entfernt ein Volk ersetzen, das wie ein Mann hinter seinem Könige steht.

Möchte es verstanden werden, dies preußische Volk, auf welches auch, und nicht mit Unrecht, die Worte Marquis Posa's gedeutet werden können:

Ein herrliches, ein großes Volk,
Und auch ein gutes Volk,
Und Vater dieses Volks zu sein,
Das, dacht' ich, das muß göttlich sein!

Euer Königlichen Hoheit gehorsamster

Theodor Müllensiefen,
Abgeordneter für Bochum-Dortmund, Potsdamerstr. 11.

Berlin, den 26. September 1862.

IX.

Berlin, 1. 2. 63.

Alvensleben war eben bei mir. Es scheint, als müßte noch eine anderweitige Disposition in Betreff seiner Sendung[1]) getroffen werden. Schriftlich sich darüber auszulassen, ist ein wenig weitläufig. Ich höre, Sie fahren um 1 Uhr zu Sr. Majestät in dieser Angelegenheit. Darf ich 10 Minuten vorher zu Ihnen kommen, 1. 2. 1863.

[1]) nach Petersburg und Warschau behufs Information über die polnische Frage, vgl. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. II 489 ff.

1. 2. 1863. um mich mit Ihnen zu embouchiren? Event. würde ich bereit sein, mit Ihnen zum Könige zu fahren. Aber erledigt muß die Angelegenheit heute werden, wie mir scheint.

Voll Verehrung

Ihr

v. Roon.[1])

X.

Berlin, 4. 4. 66.

Lieber B.!

4. 4. 1866. ich habe in der vergangenen Nacht viel hin und her gesonnen über die Situation, wie solche aus unserer Besprechung von gestern Abend sich ergab, und bin zu folgenden Resultaten gekommen:

1) Der König hat, indem er Ihnen die Insinuationen des Schützen-Ernst[2]) und den von diesem in Wien bestellten Brief seines Vetters, Ihres Amtsbruders, mittheilte, den Beweis geliefert, daß Er noch auf Ihrer Seite steht. Er war loyal und correct, daß er Ihnen die Briefe schickte; loyaler und correcter wäre es freilich gewesen, wenn Er Ihnen zugleich eine derbe Antwort darauf mitgetheilt, mit der Er den Briefträger heimgeschickt, aber eine solche ideale Leistung war doch wohl nicht zu erwarten; bedenklicher und verdächtiger wäre es doch ohne Zweifel gewesen, wenn Ihnen der König die Correspondenz nicht mitgetheilt hätte.

2) Die ganze Koburgsche Manscherei ist durch die Frau Nichte des Schützens-Herzogs, der von ihr adorirt wird, angezettelt, um Sie zu stürzen; daher auch gewisse süße Mienen, die uns seit einiger Zeit auffielen. Die gesegnete Dame hat den eiteln Ohm zu Briefen nach Berlin und Wien veranlaßt. Ohne Zweifel ist Mensdorff in die Intrigue eingeweiht und hat seinen Brief nach dem Koburgschen Rezept geschrieben. Daher ist dieser Brief auf die Person, der er durch eine planmäßige „Indiscretion" mitgetheilt werden sollte, so wohl berechnet. Wie sollte sonst M. dazu kommen, seinem liberalen Vetter gegenüber, die conservativen Interessen so stark zu betonen, welche durch die Lösung des Bündnisses gefährdet erschienen? — Darauf ist m. E. Se. Majestät aufmerksam zu machen; es muß Ihm einleuchten.

---

[1]) Briefe Roons vom 13. Nov. 1864, 14. Nov. 1865 s. u. 31 XVI. XVIII S. 272. 273.

[2]) Wohl in dem Briefe, den er zum Geburtstage des Königs nach Berlin sandte und von dem er einige Stellen in den Denkwürdigkeiten (Aus meinem Leben III 497) mitgetheilt hat. Dort findet sich auch ein Bruchstück aus der Antwort des Königs.

3) Eine geringe Milderung Ihres Noten-Entwurfs können Sie Sich gefallen lassen, sofern sie sich nur auf die Form bezieht, eine Verstümmelung der Gedanken wäre allerdings nicht erträglich. 4. 4. 1866.

4) Setzen Sie Sich in die Lage des Königs; versetzen Sie Sich auch, wo möglich, in seine Haut und seine ganze Natur, Denk- und Gefühlsweise und sagen Sie Selbst, ob es zu verwundern, wenn Er, bei den in Scene gesetzten Intriguen aus nächster Hand, schwankend, unsicher und zweifelhaft wird? Soll Er, darf Er deswegen aufgegeben werden? Wiewohl gestern geneigt, diese Frage zu bejahen, ist mir doch über Nacht, nach ernster Erwägung unserer Pflicht gegen Ihn und unser Land, die Ueberzeugung gekommen, daß wir das vor Gott nicht verantworten können, wenn wir nicht die gewissenhafte Ueberzeugung in uns tragen, daß wir alle Mittel erschöpft haben, um Ihn, uns und das Land bei Ehren zu erhalten. — Sie sagen nicht ohne Berechtigung, Sie könnten diese entsetzliche Friction nicht mehr ertragen, welche aus solchen Velleitäten und schwächlichen Bedenklichkeiten erwächset; tausendmal — vielleicht bei geringeren Anlässen — habe ich dieselbe Empfindung gehabt, aber mit Gottes Hülfe habe ich sie abgeschüttelt. Allerdings dürfen wir — wenn wir die Parthie schließlich verlieren — die Ehre nicht mit in die Schanze schlagen; aber wir dürfen den Herrn und das Land nicht aufgeben, so lange es sich nur um die größere oder geringere Leichtigkeit der Geschäfte, um persönliche Empfindlichkeit, nervöse Gereiztheit, größere oder geringere Unbehaglichkeit handelt.

Sie, mein lieber und verehrter Freund, werden Sich dies Alles selbst gesagt haben und sagen, aber lassen Sie mich immer einmal Eulen nach Athen tragen, wenn ich damit mich selbst dafür strafe, daß ich gestern Abend die Lage nicht mit der nöthigen Ruhe und Selbstlosigkeit bedacht und beurtheilt habe.

Gott sei mit Ihnen auf allen Ihren Wegen; auch vorzüglich auf dem sauren ins Palais!

Herzlich ergeben

Ihr

v. Roon.

XI.

Berlin, 13. Dezember 1866.

Hieneben übersende ich ganz ergebenst das mir gefälligst übermittelte Exemplar des Bundesverfassungsentwurfs mit der Bitte um Rückgabe und dem Anheimstellen, die zu den §§ 50—60 (Bundeskriegswesen) von meiner Hand marginaliter gemachten 13. 12. 1866.

13.12.1866. Redactionsveränderungen, die ich als Verbesserungen oder Ergänzungen des Entwurfs betrachten würde, [zu erwägen];[1]) ich erachte dieselben übrigens weder für sehr erheblich noch für ganz unentbehrlich.

Das mir so eben übersandte Sedez-Actenstückchen vom 7. September c., welches sich wohl auf die Dotations-Angelegenheit und die Frage wegen Kriegsbeute und Contribution bezieht, kann ich in keinen Zusammenhang bringen mit der Kontingentirungs-Frage, über welche ich mein heutiges Billet schrieb. Es folgt, wie gewünscht, anbei zurück, nachdem ich mich seines Inhaltes gefreut habe.

v. Roon.

XII.

Berlin, 17. 11. 67.

17.11.1867. Auf den Ihnen bekannten, nach langem Zaudern heut Mittag mit innerem Widerstreben abgesandten Brief[2]) an Se. Majestät habe ich vor 1 Stunde schon die beifolgende gnädige Antwort erhalten,[3]) die ich Ihnen s. p. r. wegen des Passus über meine Vertretung zur Durchsicht zusende mit der Bitte, mir morgen vor oder nach der Sitzung, mit der Rückgabe, Ihre Meinung darüber zu sagen, ob Sie eine andere Vertretung als die Podbielski's wünschen. Bei einer Unterredung mit diesem vor einigen Tagen gab er selbst zu, daß er befürchten müsse, Ihnen bei den Berathungen im St[aats]-Ministerium nicht in erwünschtem Maaße nützlich sein zu können, weil er, wenn man ihm auch einen Sitz, doch keine Stimme einräume[4]), der dazu nöthigen Ebenbürtigkeit ermangele. Bei der Erwägung, ob eine andere Vertretung möglich, kamen wir schließlich auf Gustav Alvensleben, als den einzigen, der mit Ihnen im Allgemeinen harmonire,[5]) dessen Meinungen und Ansichten bei Sr. Majestät Geltung haben würden. Außer ihm wüßte ich zu diesem letzteren Zweck nur noch Moltke zu nennen, der sich wahrscheinlich eben so sehr sträuben würde als Alvensleben, und — Manteuffel, gegen den indeß noch viel ernstere Bedenken von den verschiedenen,

---

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

[2]) Bitte um Enthebung von seinen Aemtern, vgl. Denkwürdigkeiten II 353.

[3]) Denkwürdigkeiten a. a. O.

[4]) Ms. einräumend.

[5]) Ms. harmonirend.

dabei betheiligten Seiten geltend zu machen sein würden. Die Summe meiner Erwägungen ist daher, daß ich bei Podbielski stehen bleiben würde. Da Sie dabei indeß gewissermaßen ebenso sehr interessirt erscheinen können, als ich, so mag ich dem Könige auf die Vertretungsfrage nicht ohne Ihre Zustimmung antworten. Vielleicht haben Sie bis morgen einen Moment Zeit, um darüber nachzudenken. 17. 11. 1867.

Herzlichst

Ihr

v. Roon.[1])

XIII.

Berlin, 19. 3. 70.

Unser alter Freund Senfft verläßt mich soeben, nachdem er mir mitgetheilt, daß am 24. d. M. die entscheidende Conferenz über seine Pacht-Angelegenheit hier stattfinden soll. Er wünscht sehr, daß Dieze[2]) derselben — wie er versprochen — beiwohnen und ihm dabei hülfreich sein möge durch Geltendmachung seines sachkundigen Urtheils über das Pacht-Object, nicht durch Aktienzeichnung, auf welche Senfft verzichten zu können glaubt. Letzterer ersucht mich, Sie zu bitten, den p. Dieze dazu durch irgend ein freundliches Wort zu encouragiren, daß er wirklich in der bezeichneten Weise eingreife, weil D[ieze]s anerkannte Sachkunde von entscheidender Wirkung sein dürfte. — Moritz sagte mir vor etwa 14 Tagen, er habe mit Ihnen über die Senfft'sche Sache gesprochen und Ihnen dargethan, daß das fragliche Projekt keineswegs schwindelhafter Natur sei, wie hin und wieder angenommen worden. Ist dies der Fall und haben Sie Moritzens Darstellung Glauben geschenkt, so dürfte es Ihnen auch nicht schwer werden, dem alten S[enfft] den bezeichneten kleinen Dienst zu erweisen, da Dieze, wie jener sagt, heute Abend in Ihrem Salon erscheinen wird. 19. 3. 1870.

Unser alter Eduard in Zimmerhausen scheint zum Abmarsch blasen zu wollen, weshalb Moritz wohl heute nicht, wie er wollte, nach Berlin zurückkehren dürfte.

Ihr

treu ergebener

v. Roon.

---

[1]) Roons Briefe vom 24. Febr., 22. Aug. und 1. Sept. 1869 s. u. 31 XXVII, XXVIII und XXIX S. 278. 279. 290.

[2]) Amtsrath v. Dietze (Barby).

XIV.

Versailles, 1. 12. 70.

1. 12. 1870. Da der Zustand meiner Gesundheit mir anräth, heute das Haus zu hüten, so würde ich [Sie sehr bitten],[1]) falls Ihre Geschäfte und Dispositionen gestatteten, mich auf einige Augenblicke mit Ihrem Besuche zu erfreuen, womöglich vor Ihrer Vortragsstunde bei Sr. Majestät.

In alter Verehrung

Ihr

sehr verdrießlicher alter Freund

v. Roon.

N. S. Mein heutiger Vortrag bei Sr. Majestät war überaus unerfreulich.[2])

XV.

Berlin, 16. 1. 73.

16. 1. 1873. Sie wollen, Illustrissime Principe, vielleicht schon morgen heimkehren, und dann werden Sie diese Zeilen in Friedrichsruh vielleicht gar nicht mehr ereilen; indeß ich wags im Vertrauen auf Ihren heiligen Stephan.

Im Ganzen habe ich mich Ihrer Mittheilung von gestern[3]) sehr gefreut, denn sie ist nicht blos freundlich, sie ist auch frisch. Gratulire, daß Ihre Unpäßlichkeit ausreichte, um Sie von dem O[rdens]feste u. s. w. zu befreien. Der Herr hat Ihren Brief erhalten und das Entsprechende demgemäß geordert [sic].

Wagener giebt sein Ehrenwort, daß er dem Kölner Artikel ganz fremd sei; Andere sprachen von Kruse. Eine Dummheit war es von Hahn, daß er, um seinen Meister herauszubeißen, den Staub von Neuem aufwirbelte und zwar in der Meinung, damit Ihren Preßhähnen eins zu versetzen.

---

[1]) Das Ms. hat: so würde ich mich sehr freuen. Dazu paßt dann das Folgende nicht.

[2]) Die Differenz zwischen Roon und dem Könige, in der Bismarck auf Seiten Roons stand, betraf bekanntlich die Frage der Beschießung von Paris; vgl. Denkwürdigkeiten II 511 f. — Roons Schreiben vom 10. Nov. 1872 s. u. 31 XXXIV S. 296.

[3]) Dieser Brief wird u. 31 XXXV S. 298 veröffentlicht; eine Stelle daraus ist in Roons Denkwürdigkeiten II 589 f. publicirt.

Königsmarck hat seine Ankunft zum Sonntag oder Montag angemeldet; ich denke ihn am Donnerstag ins Staats-Ministerium einzuführen, früher wird eine Sitzung nicht möglich sein. 16. 1. 1873.

Die Allocutions-Geschwätze[1]) sind verhallt. — Daß E. sich auf Sie zurückziehen würde, hat mich nicht überrascht. Hätte ers aber nicht gethan, so wäre des Geschwätzes darüber in der Presse und auf der Tribüne noch kein Ende.

Die große Falkenjagd[2]) hat heute begonnen. Den Gesetzen wird doch von verschiedenen Seiten mehr Opposition gemacht werden, als ich erwartete. Aber der Kampf selbst ist eine Stärkung, sogar ohne den Sieg.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief, denn er erfreute mich, und ich unterschreibe von Herzen, daß wir gegen einander die alte Unvorsichtigkeit und Offenherzigkeit nicht abstellen wollen.

In den aufrichtigsten Sympathien

Ihr v. Roon.

XVI.

Berlin, 27. Februar 73.

In williger Anerkennung Ihrer Ueberlegenheit in mannigfachen Beziehungen habe ich mich immer — wie ich meinte — zum Heile des Dienstes bemüht, mit Ew. Durchlaucht auf gutem Fuße zu bleiben; auch heute — wo der Ton Ihrer Vorhaltungen[3]) es mir schwer machte, einen Bruch zu vermeiden. Offenbar unterschätzte Ihre „Explosivität" die meinige. Hätten Sie aber nur halb die von mir zu demselben Zwecke aufgewendeten Anstrengungen gemacht, um Ihren doch nicht von mir verschuldeten Unwillen zu mäßigen, 27. 2. 1873.

---

[1]) Am 22. Dezember 1872 beklagte Papst Pius IX. in einer an das Geheime Consistorium gerichteten Allocution bitter die „Verfolgung" der Katholiken in Deutschland, wo man „nicht nur mit verborgenen Machinationen, sondern auch mit offener Gewalt darauf hinarbeite, die Kirche von Grund aus zu vernichten." Eulenburg verbot unter Berufung auf Bismarck die Veröffentlichung der Allocution und bestrafte einzelne Zeitungen, die sie gleichwohl abdruckten, mit Beschlagnahme.

[2]) Bezieht sich auf die Vorlegung der kirchenpolitischen Vorlagen durch Falk.

[3]) Worauf sich diese „Vorhaltungen" bezogen, lehrt der nächste Brief. Fürst Bismarck hatte an die Adresse des Grafen v. Roon den Vorwurf gerichtet, daß er von seinen Freunden nicht genügend im Kampfe gegen seine Feinde unterstützt werde. — Vgl. auch Bismarcks Antwort vom gleichen Tage s. u. 31 XXXVI S. 299 f.

27. 2. 1873. so würden Sie und ich die besprochenen Angelegenheiten in viel diensamerer Weise erörtert haben.

Indeß diese unerfreuliche Angelegenheit liegt hinter mir; es freut mich, daß ich Sie ohne äußerliche Symptome meiner leider sehr berechtigten Verstimmung verlassen konnte.

Für die Zukunft aber ähnliche Begegnungen zu vermeiden, ist vielleicht im beiderseitigen, jedenfalls in meinem Interesse.

Deshalb richte ich, in der Erinnerung an langjährige freundschaftliche Verbindung, an ein Decennium gemeinsamen Strebens, an Ew. Durchlaucht die inständige Bitte, Sich jederzeit versichert zu halten, daß Sie immer voll und ganz auf mich rechnen können, so lange Sie meine Wirksamkeit in angemessener Weise in Anspruch nehmen, daß Sie dagegen Vorhaltungen oder gar Vorwürfe in Betreff meines dienstlichen Wirkens nur unter Uebernahme aller in meiner „Explosivität“ liegenden Chancen an mich richten können.

Mir liegt sehr wenig an der Fortsetzung dienstlicher Thätigkeit ohne gesegneten Erfolg und eben deswegen sehr viel an einmüthigem Wirken und Streben mit Ihnen; — gegen Sie meine alternden Kräfte und meinen geringen Einfluß zu versuchen: dazu bin ich weder thöricht noch selbstsüchtig genug. Das ist ganz gewiß!

Aber eben so gewiß auch, daß ich es nicht dulden kann, wenn Sie mich in voller Verkennung meiner Natur, wiederum rücksichtlos und feindselig oder gar wie einen renitenten oder saumseeligen Untergebenen zu behandeln versuchen sollten, der ich nie war, noch bin, noch sein werde.

In dieser schriftlichen, durch beiderseitige Reizbarkeit nicht beeinflußten Erklärung bitte ich nichts anderes zu sehen, als den Versuch, Ew. Durchlaucht in Betreff meiner Auffassungen über unsere gegenseitigen Beziehungen und der unerläßlichen Bedingungen ihrer möglichen Fortsetzung vollkommen aufzuklären, und wünsche ich Ihnen dadurch zugleich einen neuen Beweis dafür zu geben — mögen wir uns trennen oder nicht — wie gerne ich bliebe

Ihr
alter Freund
v. Roon.

XVII.

Berlin, 28. 2. 73.

Lieber Bismarck!

28. 2. 1873. Wenn ich solche „kühle“ Briefe an Sie schreiben muß, wie mein gestriger, so müssen Sie wissen, daß ich dabei von den schmerzlichsten Empfindungen zerrissen werde; es kann Ihnen ja nicht verborgen geblieben sein, wie hoch und werth ich Sie halte; auch

werden Sie Sich sagen müssen, daß ich in diesem Gefühl täglich Gelegenheit habe, Lanzen für Sie zu brechen, und diese Gelegenheit nach Kräften wacker benutze, überall, wo ich der Feindschaft gegen Sie begegne. Die Annahme, daß ich, unempfindlich für Ihre Ehre und Ihren Ruf, geneigt wäre, Sie in Lauheit und Gleichgültigkeit Ihren Verleumdern Preis zu geben, verletzte mich daher aufs empfindlichste, und Sie gaben solcher Annahme gestern ausdrücklich Worte; Sie knüpften bedenkliche und, wie mir schien, unmotivirte Drohungen daran. Und als ich meinem Befremden, weshalb dies Alles gegen mich gerichtet werde, Ausdruck gab, erfolgten neue Ergießungen unbegründeten Mißtrauens auch in meinen Eifer und Wiederholungen Ihrer zornigen Zweifel an meiner theilnehmenden Sympathie für Sie, an meiner Entrüstung über die niederträchtigen Verleumdungen der Presse. Inwiefern ich im Stande gewesen wäre, Ihnen dagegen „freiwillig" beizustehen, was Sie nach Ihrer gestrigen schriftlichen Rückäußerung vermißten, ist mir auch in diesem Augenblicke noch unerfindlich. Daß Sie mir, wäre ich der Angegriffene, beistehen würden, ist mir unzweifelhaft und von um so größerem Werthe, als Sie dazu ausgerüstet sind mit dem innerlichen Geschick und dem äußerlichen Apparat, während mir die Möglichkeit abgeht, auf die Presse einzuwirken, da ich von deren Nichtswürdigkeiten nach der bisherigen Einrichtung erst Notiz bekomme, wann es zu spät ist, um darauf loszuschlagen. Nach den neuesten Erfahrungen bin ich entschlossen, die fehlerhafte Einrichtung zu ändern. Wenn Wagener im Stande gewesen wäre, mich rechtzeitig zu präveniren, so würde die Angelegenheit auch von mir zur richtigen Stunde beachtet worden sein; die niederträchtigen Auslassungen der Volkszeitung sind mir aber erst gestern Abend zu Gesicht gekommen. Wageners gegenwärtige physische und moralische Lähmung[1]) weiset mich auf die Mitarbeit von lauter neuen Leuten an, die noch nicht orientirt sind und zu denen ich noch erst Vertrauen zu gewinnen habe. Daß ich, wie Sie mich verstanden haben, geäußert haben soll, ich könne mit W[agener] überhaupt nicht „weiter wirthschaften", war nicht meine Meinung; ich warf nur die Frage auf, ob dies möglich sein werde, selbst für den Fall seiner vollständigen Purification. — Aber genug von gestern und dem hinter uns liegenden! Nur noch Ein Wort über die Zukunft. Ich solle, so schreiben Sie, „Geduld mit Ihnen haben, es werde nicht auf lange nöthig sein". Es ist überflüssig, darauf zu antworten. Sie kennen mich hinlänglich, um zu wissen, daß ich das apostolische Wort „Einer trage des Andern Last" gern immer beachten möchte, und

28. 2. 1873.

---

[1]) durch die Angriffe Laskers in der Frage der Ertheilung von Eisenbahnconcessionen.

28. 2. 1873. mich demgemäß redlich bemühe. Aber ich bin auch nur ein schwacher Mensch, der es über sein Vermögen findet, wenn er von Solchen, die er vor Anderen besonders hoch hält und von Herzen lieb hat, verkannt wird und sich mißhandelt glaubt. Das geht eben über mein Können. Daher müssen Sie auch mit mir Nachsicht haben und mir nicht zumuthen, als stumme Scheibe zu dienen, wenn es Ihnen unmotivirt „von der Pfanne brennt". Was aber die kurze Zeit anlangt, während ich nur noch mit Ihnen Geduld haben möge, so ist es meines Herzens Wunsch und Hoffnung, daß Sie auf die Geschicke unseres Landes noch lange gesegneten Einfluß üben mögen, wenn meine Gebeine längst im Grabe ruhen werden.

Ihr

v. Roon.

XVIII.

Sorrento, 9. Januar 74.

Lieber Bismarck!

9. 1. 1874. Ob Sie die nichtswürdigen Wespenstiche der Germania[1]) beachten wollen oder nicht, mögen Sie Selbst entscheiden. Da man meine arme alte Person benutzt hat, um Ihnen Schaden zuzufügen, so hielt ich es für meine Pflicht, die angebogene Erklärung aufzu-

---

[1]) Die „Germania" vom 3. Januar 1874 enthielt in der Wochenschau folgende Bemerkungen:

Nicht unerwähnt, als ein Zeichen der Situation, darf der in gewissen Kreisen vielbesprochene Brief eines gewissen hohen Herrn an seinen Freund und Collegen bei dem Ausscheiden des letzteren aus dem Staatsdienste bleiben, in welchem diesem Freunde, der gegenwärtig in Italien weilt, gratulirt wird, daß er aus „der ganzen Teufelsgeschichte" herausgekommen und den Rest seines Lebens in Frieden zubringen könne, während der Schreiber so unglücklich sei, ganz isolirt zu stehen, nachdem nun auch sein letzter Freund, v. Bl. [M. v. Blanckenburg], sich von ihm losgesagt habe. Die krankhafte Erregtheit des Schreibers giebt den Beweis, daß gewisse Dinge nicht unternommen werden können, ohne auch in Gemüthern, die sich für gepanzert gegen mancherlei sittliche Einflüsse halten, tiefe Wunden zu reißen, und daß auch den scheinbar Glücklichsten Strafen ereilen, von denen die Welt wenig ahnt. Es können aus diesem Klagerufe aber auch die Schaaren derer, die des einsamen Mannes Freundschaft und Vertrauen zu besitzen glaubten, lernen, wie sehr sie nur seine Werkzeuge sind, und wie ferne sie seiner Zuneigung stehen. — Der Brief Bismarcks an Roon vom 20. Nov. 1873 wird u. 31 XXXVII S. 301 ff. veröffentlicht.

setzen und sie Ihnen zur Verfügung zu stellen. Ich dachte zuerst dieselbe an Braß zu schicken zur Aufnahme in die „Post"; mir kam das Bedenken, ob Ihnen damit unbedingt gedient sein möchte; es war und ist ja denkbar, daß Sie es für weiser erachtet, in dem stinkenden Geklatsch nicht zu rühren. Unbedingt aber mußten Sie wissen, was in meiner Erklärung steht; es ist die volle Wahrheit. 9. 1. 1874.

Mir geht es leidlich. In einigen Tagen denke ich nach Palermo zu gehen, da es mir hier nicht warm genug ist. Gott sei mit Ihnen, den Ihrigen, Ihren Plänen und Ihren Thaten. Dies ist der aufrichtige Wunsch

Ihres
abgedankten Collegen und alten Freundes
v. Roon.

Die dem Briefe beigefügte Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Sorrento, 9. Januar 1874.

Mit dem größesten Befremden lese ich so eben, daß die Germania in ihrer jüngsten Wochen-Rundschau neben anderen Ungeheuerlichkeiten auch den Inhalt des Briefes „eines gewissen hohen Herrn an seinen Freund und Collegen bei dem Ausscheiden des Letzteren aus dem Staatsdienste" bespricht, und darüber keinen Zweifel läßt, daß mit dem Schreiber und Empfänger dieses Briefes Niemand anders gemeint sein kann, als der Fürst Bismarck und der Graf v. Roon, welcher Letztere freilich „gegenwärtig in Italien weilt". 9. 1. 1874.

Da dem Artikel ohne Zweifel diese Deutung gegeben werden wird, so fühle ich mich gedrungen zu erklären, nicht nur, daß der dem Briefe angedichtete Inhalt das gerade Gegentheil von der Wahrheit ist, [sondern auch], daß der eigenhändige freundschaftliche Brief des Fürsten, den ich etwa 8 Tage nach meiner Dienstentbindung erhielt, von Niemand gelesen worden ist, als von mir und meiner mich begleitenden Gemahlin, daß ich in meiner damaligen schweren Erkrankung m. W. überhaupt mit Niemand darüber gesprochen habe, am allerwenigsten aber in der wahrheitswidrigen Weise, die allein zu solchen albernen und tendenziösen Auslassungen hätte Veranlassung geben können, wie solche nun von der Germania zu meinem großen Erstaunen gemacht worden sind, vielleicht um den alten Jesuiten-Grundsatz, daß „der Zweck die Mittel heiligt", durch einen neuen Beleg zu illustriren.

Der Generalfeldmarschall.
Gr. v. Roon.

XIX.

Palermo, 20 1. 74.

Lieber Bismarck!

20. 1. 1874. Ihre Zeilen vom 9. d. M.[1]) mit dem Ausschnitt der Germania vom 3. sind mir vorgestern hier behändigt worden, nachdem ich mich über den lügenhaften Inhalt jenes Ausschnittes, der mir aus einem anderen Blatte bekannt geworden war, gegen Sie bereits unter dem 9. oder 10. d. M., wie beiliegender Empfangsschein bezeugt, noch von Sorrento aus geäußert hatte. Wenn neuerdings — wie ein mir von Rom aus mitgetheilter Zeitungsausschnitt aus dem Univers darthut — von der verlogenen ultramontanen Presse behauptet wird, ich hätte von Rom aus an Moritz im Sinne der Anschuldigung Mittheilungen aus Ihrem Briefe gemacht: so ist das ebenfalls im Wesentlichen erlogen. Ich glaube von Rom aus an Moritz gar nicht geschrieben zu haben, da ich bestimmt weiß, ihm während meiner Reise nur einmal geschrieben [zu haben] und zwar — wie ich mich sicher zu erinnern meine — von Venedig aus. Der Ort ist freilich nebensächlich; die Hauptsache vielmehr, ob ich so geschrieben habe, daß wenn der Brief gestohlen worden, derselbe die Unterlage zu dem Germania-Artikel hätte bilden können, und dies muß ich aufs allerunzweideutigste verneinen. Ich habe gegen Moritz Ihres Briefes — wie ich glaube — nur nebenbei gedacht und ihm Ihre Beschwerden über ihn nicht einmal mitgetheilt, und diese bildeten ja den Hauptinhalt Ihres Schreibens an mich. Wenn ich über diese Materie weitere Aeußerungen mir versage, so geschieht es, weil ich das Schicksal dieser Zeilen nicht garantiren kann, und weil mein Schreiben von Sorrent eigentlich Alles enthält, was ich Wesentliches darüber zu sagen habe. Zweifeln Sie nicht daran, daß mir die Nichtswürdigkeit Ihrer ultramontanen Gegner nicht geringeren Abscheu einflößt, als Ihnen selbst. Es ist empörend, zu welchen Mitteln dieses Jesuiten-Gesindel greift, um Ihre Politik zu kreuzen.

In herzlicher Ergebenheit

Ihr alter Freund v. Roon.[2])

---

[1]) Dieser Brief hat sich noch nicht gefunden.

[2]) In der gleichen Sache schrieb M. v. Blanckenburg an Fürst Bismarck:

Zimmerhausen bei Plathe, den 26. Januar 1874.

Vater Roon schickt mir einen Ausschnitt aus der Union 9/1., in dem aus dem Moniteur universel ein Skandalartikel über die Briefgeschichte wiedergegeben wird. Darin befindet sich die Behauptung, daß ich eine Abschrift Deines Briefes von Roon aus Rom erhalten hätte. Ich kann mir denken, daß es Dir doch von Werth ist zu hören, daß diese Neuigkeit eine einfache Lüge ist. Ich habe allerdings einen Brief von Roon aus Florenz erhalten, in dem nichts weiter steht, als daß er überhaupt einen

XX.

Crobnitz (bei Reichenbach, Oberlausitz),
den 7. Juni 1878.[1])

Hochverehrter Freund!

Gestatten Sie Ihrem einstigen alten Kampf- und Leidensgefährten diese vertrauliche Anrede heute wie sonst. Ich habe Sie, seitdem mein Beruf im Zuschauen besteht, niemals mit politischen Rathschlägen belästigt, warum sollte ich heute Wasser ins Meer tragen? — Dennoch mögen Sie mir heute einen kurzen Zuruf gestatten: „Handeln Sie! ohne Verzug mit der Ihnen natürlichen Energie und Klugheit!" Es muß nothwendig und zwar baldigst etwas Ernsthaftes, Energisches geschehen, um dem verletzten, nach Hülfe rufenden Rechtsbewußtsein der Nation Trost und sichere Stütze zu gewähren. — Denn verläuft diese jüngste Teufelei[2]) und der Kampf dagegen wiederum im Flugsande constitutioneller Bedenken und Doctrinen, ohne Spuren und practicable Geleise zu hinterlassen: so geht das Vertrauen zu der Thatkraft der Regierenden den besseren Schichten des Volkes gänzlich verloren, und die schlechteren werden hohnlachen und triumphiren, da ihre Frechheit keine Schranke findet: das Chaos ist fertig!

7. 6. 1878.

Kann und darf dies das End-Resultat Ihres Lebens und großartigen Wirkens sein? — Mögen widerwärtige Strömungen und Winde das Staatsschiff, trotz sorgfältiger Curs-Berechnungen, in ein Fahrwasser voller Strudel und Klippen geführt haben: die feste, starke Hand am Steuer, sie und keine andere wird den Schiffbruch verhindern; sie muß es, um des Schiffes wie um des Piloten willen. — Der Moment ist da! Also hinaus mit dem schiefgestauten doctrinären Ballast, der bei der nächsten Sturzwelle das Schiff nach links hin zum Kentern zu bringen droht, „l'excès du mal ramènera le remède".

Brief von Dir erhalten hat, in welchem Du lebhaft beklagst, daß ich den Ministerposten nicht angenommen habe. Dieser Brief kam hier unverletzt an, ihn hat Niemand gelesen. Es ist daher eine Unmöglichkeit, daß auf diesem Wege Mittheilungen aus Deinem Briefe an die giftigen Nattern der Germania gemacht sind.

Ich wäre bereit, diese Räubernachricht der Union zu dementiren, — wenn Du es wünschst — mir will aber scheinen, daß nach Roons Erklärung dies ganz unnöthig ist, — ja vielleicht dieselbe abschwächen könnte.

Dein B.

[1]) Der Brief ist aus einem Concept in Roons Denkwürdigkeiten II 677 ff. herausgegeben worden; das Original weist mannigfache Aenderungen auf.

[2]) Das Attentat Nobilings auf Wilhelm I.

7. 6. 1878. Ich bin mir bewußt, damit keiner Contre-Revolution das Wort zu reden; keinen Staatsstreichen, wenn sie zu vermeiden sind. Aber das in äußerster Gefahr schwebende Vaterland, unser Vaterland, das Vaterland unserer Kinder muß gerettet werden, das Centrum aller christlichen Gesittung. Nicht wegen des wiederholt versuchten Meuchelmordes an dem Edelsten und Huldreichsten aller Monarchen ist diese Gefahr eminent, sondern wegen unserer hyperliberalen Gesetzgebung, welche die Abrichtung zum Meuchelmord, zum Umsturz aller göttlichen und menschlichen Autorität und Sitte nicht nur gestattet, sondern begünstigt und die Nation zur völligen Entsittlichung und Verwilderung zu verführen droht. — Was nützt aber alle sittliche Entrüstung gegen solches Treiben, wenn sie müßig bleibt, statt demselben einen festen starken Damm entgegen zu bauen? Noch ist dies möglich! Noch hat die Nation die alte Pietät und die alten Traditionen christlicher Gesittung nicht ganz verloren; noch wird, so hoffe ich, die Armee ihre Pflicht thun, wenn es zum Aeußersten kommt — eine neue Schmach für den deutschen Namen, wenn es dazu käme! — Der Zauberbann des doctrinären Idealismus muß gebrochen werden, weil seine Impotenz notorisch ist, und alle von ihm verordneten Rezepte werden sich gegen diese internationalen Assassinen als wirkungslos erweisen. Jedermann, der ihren Plänen hinderlich, wird Scheibe für ihre Kugeln sein, wenn die Gesellschaft nicht von diesen durch unsere doctrinäre Gesetzgebung entmenschten Ungeheuern befreit wird.

Doch gegen meine ursprüngliche Absicht — schon zu viel für Ihre Geduld! —

Verzeihen Sie meinem Eifer für die Sache, wie für Ihre Person und Ihren Ruhm jedes überflüssige Wort, und erblicken Sie in der Zuschrift überhaupt nur ein Zeichen meiner Theilnahme für die bedenklichen Zustände der Gegenwart, meiner Wünsche für die Zukunft, sowie für Sie selbst, dem die Lösung der schwierigsten Aufgabe, die Heilung der gefährlichsten chronischen Krankheit gelingen muß und gelingen wird mit Gottes Hülfe. Dadurch wird Ihr Name zwar kaum neuen Glanz gewinnen; das Gegentheil aber würde ihm eine Einbuße bereiten, die Niemand tiefer beklagen dürfte, als

Euer Durchlaucht

altbewährter treu ergebenster Freund

Gr. v. Roon,

G.-F.-M.

Eine Antwort erwarte und begehre ich nicht.

31.

Achtunddreißig Briefe Bismarcks an Graf Roon.[1])

1857. 1863. 1864. 1865. 1866. 1868. 1869. 1870. 1872. 1873. 1877.

I.

Frankfurt, 27. Oct. 57.[2])

Verehrtester Freund,

ich bin Ihnen, ohne Phrase, sehr dankbar dafür, daß Sie meinem Gedächtniß oder vielmehr meiner Combinationsgabe zu Hülfe gekommen sind. Ich bin auf das Vollständigste mit Ihnen einverstanden und werde demgemäß thun, was ich vermag, um dieser Ansicht auch anderweit Boden zu verschaffen. 27. 10. 1857.

Meine Frau ist noch nicht hier; ich erwarte sie etwa zu Ende der nächsten Woche und habe von ihr und meinen Kindern die besten Nachrichten. Ich bin sehr im Arbeitsgedränge theils wegen der Fluth kleiner Sachen, die sich während der Ferien angesammelt hat, theils wegen der dänischen Frage, die wir vielleicht schon morgen am Bunde anhängig machen. Verzeihn Sie daher, wenn ich mich ebensosehr aus Zeitmangel als aus Rücksicht auf die Neugierde unsrer Post einer Aussprache über manche naheliegenden Gegenstände enthalte und nur bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen.

Treu der Ihrige

v. Bismarck.

---

[1]) Die hier mitgetheilten Briefe Bismarcks an den Generalfeldmarschall Grafen v. Roon werden nach den Originalen veröffentlicht, die Generallieutenant Graf Roon dem Herausgeber des Jahrbuchs einzusenden die Güte hatte. No. XXXIII lag nur in einer zu den Privatacten des Fürsten Bismarck genommenen Abschrift vor.

[2]) S. o. 30 II S. 230 ff. Roons Brief vom 23. Oct. 1857.

II.

Carlsbad, 6. July 1863.

Lieber Roon,

6. 7. 1863. dem Könige geht es sehr gut, die Kur greift ihn wie es scheint garnicht an. Ich arbeite und laufe über die Berge, sobald ich meine Vorträge, die Se. Majestät regelmäßig nach dem Essen annimmt, um nicht einzuschlafen, beendet habe.[1]) Ich ginge gern an irgend eine See, aber der König ist Anspielungen auf meine Abreise unzugänglich, und ich mag ihn nicht beunruhigen. Er wünscht, daß ich bei dem von Tage zu Tage erwarteten Besuch des Kaisers von Oestreich hier sei, und der fürchtet durch Berührung mit mir die Westmächte und seine eignen Liberalen zu verletzen. Er hat sich vor 10 Tagen angemeldet, der König antwortete, daß ihm jeder Tag recht sei, und dabei ist es geblieben.[2]) Die Oranienstraßen-Crawalle[3]) nimmt unser Herr leicht, sie machen ihm keinen Eindruck. Ich fürchte mich nur, wenn die Geschichte weiter spielt, vor zu früher Verwendung von Truppen; wir müssen dahin gelangen, daß bei dem Erscheinen des Militärs jeder sofort auf Kugeln gefaßt ist, wie in England. Es ist besser, der Unfug dauert etwas länger, als daß die Soldaten ohne scharfen Waffengebrauch Steinen und Insulten ausgesetzt werden.

Ich höre, daß Schöler in Magdeburg eine große Anzahl Gebäude demoliren will, die seit Jahren stehn. Wenn sie nicht rayonmäßig gebaut sind, so finde ich, daß die Schuld davon noch mehr die frühern Commandanten, also den Staat trifft, als die Erbauer oder gar jetzigen bona-fide-Besitzer. Die Commandantur hat den Consens zu versagen und sich zu

[1]) Orig.: sind.

[2]) Der Kaiser von Oesterreich kam überhaupt nicht nach Carlsbad. Erst als König Wilhelm sich zum Kurgebrauch nach Gastein begeben hatte, empfing er dort am 2. Aug. den Besuch des Kaisers.

[3]) Sie entbehrten jedes politischen Hintergrundes. Die gerichtliche Exmission eines Schankwirthes gab Veranlassung zu Pöbelzusammenrottungen, die sich seit dem 29. Juni mehrere Tage lang wiederholten und die Polizei zu zahlreichen Verhaftungen veranlaßten, in der Nacht zum 4. Juli auch zum Gebrauch der Waffen zwangen. Militärische Hülfe brauchte nicht nachgesucht werden.

überzeugen, ob consensmäßig gebaut wird; aber bauen und Jahre lang stehn lassen und dann den Abbruch verlangen, geht meines Erachtens nicht ohne Entschädigung an. Es wäre eine unbillige Strenge, die uns mit Recht weitres odium zuziehn würde. Ist die Sache schon unwiderruflich und schon in Angriff genommen? Ich höre, daß Sie einige Tage in B[erlin] bleiben und käme gern während dessen hin; aber der König besorgt, daß der Kaiser inzwischen kommen könnte. Die Dinge in Wien scheinen ganz den Weg der neuen Aera zu gehn; der Kaiser mag nichts von den Geschäften hören, nur von Popularität, Rechberg ist ohne Einfluß, Schmerling und die Advocaten und Redacteure des Reichstags machen den Wind für die Segel des Staatsschiffs. Was treibt Eulenburg, arbeitet er? Herzliche Grüße an die Ihrigen. 6. 7. 1863.

In treuer Freundschaft

Ihr

v. Bismarck.

[Am Rand]: Die Desertionen im 14. Rgt. haben den König lebhaft afficirt; ich mag nicht hineinreden, aber ich würde die 7. Brigade doch nicht verlegen, wenn auch noch 20 desertirten. Die Crawalle in Berlin wären ein passender Anlaß, das Hinkeldeysche Regime der Ausweisungen aus Berlin zu erneuern und auf Literaten besonders anzuwenden; wollen Sie das nicht Eulenburg suppeditiren? Kann man nicht ermitteln, wer in Stettin (30. Juni bis 2. July) mit dem Kronprinzen verkehrt hat? es sind in der Zeit Zeitungsartikel und Briefe von ihm ausgegangen — vgl. Brockhaussche Zeitung, eine Correspondenz datirt „Berlin, 2. July", die genau meinen Briefwechsel mit dem Kronprinzen enthält —[1]) die auf erneute Winterliche[2]) Einwirkung schließen lassen. Ist Duncker vielleicht dort gewesen? ich vermuthe eher auf parlamentarische Schwindler. Hat die Kronprinzeß wirklich Schulze-Delitsch [sic] bei sich gesehn in Berlin?[3])

---

[1]) Als Anhang zu diesem Briefe mitgetheilt.

[2]) d. h. v. Winters, der nach seiner Entfernung aus dem Amte eines Polizeipräsidenten von Berlin Bürgermeister in Danzig geworden war.

[3]) Die Nachricht war tendenziös erfunden, s. Deutsche Allg. Zeitung 8. 7. 1863 No. 156 S. 1558.

Anhang.

Der erwähnte Artikel findet sich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Juli 1863 No. 153 und lautet:

⁑ Berlin, 2. Juli. Das Auftreten des Kronprinzen nach der Preßverordnung vom 1. Juni d. J. ist noch entschiedener gewesen, als selbst nach dem bekannten Times-Artikel angenommen werden mußte. Der Kronprinz hat noch vor der Danziger Rede dem Ministerpräsidenten v. Bismarck einen Protest gegen die octroyirte Verordnung mit der Aufforderung zugesendet, denselben dem Staatsministerium vorzulegen. Zwar hat diese förmliche Vorlegung auf speciellen Befehl des Königs nicht stattgefunden, indeß hat Herr v. Bismarck es dennoch für nöthig erachtet, seinen Collegen eine nicht officielle Mittheilung von dem bedeutungsvollen Act des Thronfolgers zu machen. Einige Tage darauf ist dann von Herrn v. Bismarck ein Schreiben an den Kronprinzen ergangen, in welchem ausgeführt wird, daß allerdings der Kronprinz die schwere Aufgabe des Ministeriums sowohl erleichtern als sehr erschweren könne, daß die Minister indeß die treuen Diener des Königs seien und deshalb nicht anders als wie geschehen handeln könnten. Nebenbei wird ausgeführt, daß die Verordnung vom 1. Juni nicht als verfassungswidrig betrachtet werden könne. Obwohl man die Ansichten des Kronprinzen seit langer Zeit kennt und schon im vorigen Herbst ein förmlicher Protest für den Fall von Octroyirungen in Aussicht gestellt war, erwartete man gegenwärtig in den feudalen Kreisen eine derartige Erklärung nicht; sie überraschte und bestürzte daher nicht wenig. Den lebhaftesten Eindruck soll sie auf den König selbst gemacht haben; sie befestigte den bereits gefaßten Entschluß, weitere Octroyirungen nicht vorzunehmen, die freilich schließlich vielleicht nur vertagt sind.

Unter demselben Zeichen schreibt der gleiche Correspondent unter dem 6. Juli (D. A. Z. 8. Juli 1863 No. 156 S. 1558):

Ueber den Briefwechsel des Kronprinzen mit dem Könige in Veranlassung der Preßordonnanz erfährt man infolge des Times-Artikels noch manche Einzelheiten. Schon vor dem 1. Juni, nämlich in den letzten Tagen des Mai, soll der Kronprinz dem Könige ungefähr geschrieben haben, daß er zwar vor zwei Jahren sich bereit erklärt habe, sich nicht gegen das Verfahren der jeweiligen Minister auszusprechen, daß er aber doch jetzt nicht mehr schweigen könne, da er sehe, daß durch die Maßregeln des Ministeriums nicht nur eine schwere Verwickelung hervorgerufen, sondern auch seine Stellung und seiner Kinder Zukunft bedroht werde. Er wisse wohl, daß der König streng verfassungsmäßig regieren wolle; da aber die Minister nicht nur die verfassungs-

mäßigen Rathgeber des Königs, sondern auch auf die Verfassung vereidet seien, so sei zu befürchten, daß ihre Behauptung der Verfassungsmäßigkeit ihrer Anträge Glauben finde. Er sei anderer Ansicht und bitte daher dringend, den betretenen Weg nicht weiter zu verfolgen. Der König antwortete darauf erst nach Erlaß der Verordnung vom 1. Juni. Indem er den Kronprinzen auf seine Zusage hinwies und deren strenge Innehaltung forderte, erklärte er, daß die Preßverordnung vom 1. Juni ganz verfassungsmäßig sei. Als durch den Grafen Schwerin das Gesetz, wonach Concessionen der Buchhändler und Verleger nur durch Ausspruch der Gerichte entzogen werden können, vorgelegt worden sei, habe er, der König, nur unter der Bedingung beigestimmt, daß ein Gesetz im Geist der jetzigen Verordnung dem Landtage vorgelegt werde. Leider habe das Graf Schwerin nicht ausgeführt. Wie ich höre, befindet sich in diesem Schreiben eine Hindeutung auf die liberale Haltung aller Kronprinzen und die Neigung, ihnen der Popularität wegen nachzuahmen. Auf dieses königliche Schreiben folgte, wie ich erfahre, der Protest an das Staatsministerium, die Danziger Rede, welche der Kronprinz entworfen hat, die aber in abgeschwächter Form in die Presse gelangt ist, und eine Rechtfertigung dieses Auftretens, in welcher die früheren Ausführungen dem Königlichen Vater wiederholt werden. Von der Wirkung der Rede ein anderes mal; sie war, wie ich bereits mittheilte, eine sehr lebhafte.

Weitere Mittheilungen finden sich D. A. Z. 9. Juli 1863 No. 157 S. 1569:

Obwohl mehrere Blätter bereits Mittheilungen, zum Theil freilich unrichtige, über den Briefwechsel hoher Personen bringen, scheint es doch zweckmäßig, nichts, was über denselben bekannt wird, zu verschweigen. Für Preußens Zukunft und zwar selbst für die nächsten Jahre ist es ohne Zweifel sehr wichtig, die politische Stellung des Thronfolgers genau zu kennen. Gleich nach der Danziger Rede erging von Berlin aus ein Schreiben, in welchem der Kronprinz aufgefordert wird, die Rede zu berichtigen, falls die Presse sie falsch und unrichtig mitgetheilt habe, die gesprochenen Worte, falls die Mittheilung richtig wäre, zurückzunehmen, die Fortschrittler, welche sich vorstellen lassen würden, kühl zu behandeln und dagegen zu den Conservativen in enge Beziehung zu treten. Sollten noch einmal ähnliche Aeußerungen fallen, so war die sofortige Zurückberufung nach Berlin und eventuell auch die Entkleidung von allen Commandos in Aussicht gestellt. Dieser Brief war viel milder, als die Umgebung des Königs erwartet hatte. Anfänglich waren Vorschläge von großer Strenge namentlich Seitens mehrerer hoher Militärs gemacht worden. Herr v. Bismarck hatte zugestimmt, und auch der König scheint sich dieser Ansicht zugeneigt

zu haben. Am folgenden Tage sah indessen Herr v. Bismarck ein, wie ungeschickt und unpolitisch jene Vorschläge eigentlich waren; er trat ihnen daher entgegen und zwar bald mit Erfolg. Der Kronprinz erklärte darauf in einem Schreiben, welches er durch seinen Adjutanten nach Berlin befördern ließ, daß er seine privatim und öffentlich ausgesprochenen Ansichten nicht modificiren könne; er müsse auf seinem Standpunkte stehen bleiben, wie der König selbst unverrückt auf dem seinigen beharre. Er lege alle seine Stellen dem Könige zu Füßen und bitte, ihm in der Provinz einen Wohnsitz anzuweisen, wo er fern von der Politik leben könne. Ob diesem Wunsche anfänglich nachgegeben wurde, ob daher das Gerücht kam, das Kloster Oliva werde für das kronprinzliche Paar in Stand gesetzt, weiß ich nicht; ich halte das letztere aber um so mehr für möglich, als zu Oliva plötzlich ernstliche Bauten begonnen wurden. Den Schluß der Verhandlungen vor der Reise nach Karlsbad machte ein neues Schreiben des Königs, das fast noch milder als das frühere gehalten war; augenscheinlich hatte das Auftreten des Thronerben auf die feudale Partei am Hofe niederschlagend gewirkt, und sie fürchtete den Kampf mit Demjenigen, den sie bei ihren Plänen kaum als Factor in Betracht gezogen hatte. Noch vor wenigen Wochen hatte sie es gewagt, auf Grund eines Artikels der Schlesischen Zeitung die Entfernung seiner Umgebung fast gebieterisch zu fordern; jetzt lernte sie es, mit Handschuhen anzufassen. Sollte sie von neuem vorgehen, so scheinen ernstliche Zurechtweisungen in Aussicht zu stehen; wenigstens ist man hier der Meinung, daß die Dinge sich weiter entwickeln werden.

III.

[Pr. 21. 1. 64.]

21. 1. 1864. Herzlichen Dank für Ihren gestrigen Brief.[1]) Ich bin weit entfernt von übereilten oder selbstischen Entschlüssen, aber ich habe das Vorgefühl, daß die Parthie der Krone gegen die Revolution verloren ist, weil das Herz des Königs im andern Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt ist. Wie Gott will. Nach 1 bis 30 Jahren[2]) ist es für uns gleichgültig, für unsre Kinder nicht. Der König hat befohlen, daß ich vor der Sitzung zu ihm komme, um zu

[1]) Roons Brief vom 20. 1. 1864 hat sich noch nicht gefunden.

[2]) So das Original. Doch hat das b von „bis“ die Form einer 6, es ist also wohl zu lesen „16 [b]is 30 Jahren.“

bereden, was gesagt werden soll. Ich werde nicht viel sagen, einmal habe ich die Nacht kein Auge zugethan und bin elend, und dann weiß ich eigentlich nicht, was man den Leuten, die ja jedenfalls die Anleihe[1]) verwerfen, sagen soll, nachdem so gut wie klar ist, daß Se. Majestät doch auf die Gefahr hin, mit Europa zu brechen und ein schlimmeres Olmütz zu erleben, sich schließlich der Demokratie und den Würzburgern fügen will, um Augustenburg einzusetzen und einen neuen Mittelstaat zu schaffen. Was soll man da noch reden und schimpfen? Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren, und auf uns wird die Schuld von Mit- und Nachwelt geworfen. Wie Gott will, Er wird wissen, wie lange Preußen bestehn soll. Aber leid ist mirs sehr, wenn es aufhört, das weiß Gott! 21. 1. 1864.

Ihr v. Bismarck.

IV.

Berlin, 26. Jan. 1864.

Lieber Roon,

wollen Sie den anliegenden Bericht[2]) zeichnen und an Se. Majestät gelangen lassen, so gebe ich meinen Segen dazu, der allerdings wirksam wird sein müssen, wenn der alte „Abjott Deitschlands“[3]) uns nicht bedenkliche Sprünge machen soll. Seinen beiliegenden Brief an den König bitte ich Sie, mir wiederzuschicken. Auf Wiedersehn morgen. 26. 1. 1864.

Ihr v. Bismarck.

Ohne Bedenken über den kriegerischen Theil der Instruction bin ich nicht, aber ich mag den allerh. Zorn nicht wieder anfachen, und bei dem Geist, der aus dem Briefe weht, besorge ich, daß das Abwägen der Worte den alten Herrn doch nicht binden wird.

---

[1]) zur Führung des dänischen Krieges. — Vgl. Bismarcks Aeußerungen in der Anleihecommission und seine Rede vom 21. Jan. 1864 in den Politischen Reden des Fürsten Bismarck (herausgegeben von H. Kohl) II 247 ff.

[2]) Betr. die Instruction für Feldmarschall Wrangel.

[3]) Der alte Wrangel.

V.

Sonntag [Pr. 31. 1. 64.]

31. 1. 1864. Die Anlage ist aus einem Briefe von Gablenz an Karolyi. Haben wir auch genug Geschütz da, und wird der alte Abjott nicht zu leichtsinnig dem Musketier zumuthen, wie die Fliege an der Wand die seit 1848 sehr veränderten Werke zu erklettern?

Ihr v. Bismarck.

Die Anlage lautet:

Auszug.

Verehrter Graf und werther Freund!

.... Wir sind hier in voller Arbeit. Die Truppentransporte gehen pünktlich und im Ganzen schnell, so zwar, daß am 1. Alles an der Eider aufmarschirt sein wird. Am 20. [Januar] ist Kriegsrath beim Feldmarschall, wozu ich befohlen bin. Das eingetretene heftige Thauwetter und ein Landregen hat diese ohnehin moorigen Länder zu einem Sumpf gemacht. Mehr als mit den Dänen werden wir mit den Elementen zu kämpfen haben, und die eingetretenen Witterungsverhältnisse wirken natürlich sehr ermuthigend auf unsere Gegner.

Die formidable Stellung des Dannewerks, die in letzter Zeit und noch fortwährend armirt und verstärkt wird, und die durch künstliches Stauen vor der Angriffsfront überschwemmt ist, wird eine harte Nuß sein, und die Artilleriemittel, die wir den Dänen entgegenzustellen haben, sind im Hinblick auf Kaliber durchaus nicht ebenbürtig. Der Generalstabschef General Vogel von Falckenstein verbirgt sich diese Schwierigkeiten nicht.

Unsere Truppen sind im besten Humor und ganz enchantirt von dem Empfang im ganzen Königreich Preußen hier angekommen. Auch die Population in größeren Städten, besonders wo länger Halt gemacht wurde, hat sich an den Ovationen betheiligt oder wenigstens geschwiegen, so zwar, daß nicht der geringste Mißton hörbar geworden ist. Im Allgemeinen erinnert man sich, auf die Geschichte zurückblickend daran, daß wir im Anfang des Jahrhunderts vereinzelt auftretend schlechte Geschäfte gemacht haben, vereint aber nach Paris marschirt sind.

Im Uebrigen ist das ganze Land, wie bereits gesagt, ein Sumpf und die Elemente — darauf kann nicht genug der Accent gelegt werden — werden uns unendliche Schwierigkeiten machen. General Vogel v. Falckenstein gefällt mir sehr gut und envisagirt

die militärische Situation ganz in derselben Weise, wie selbe sich mir darstellt.

Das preußische Obercommando ist übrigens bemüht, uns in allgemeinen Zügen, wie es sich für so eine hohe Stelle ziemt, Weisungen zu geben und den Unterbefehlshabern einen angemessenen und nothwendigen Spielraum zu lassen, ein Moment, das mich sehr angenehm berührt . . .

Ew. Hochgeboren

Dem Herrn Minister-Präsidenten meine Verehrung

ergebenster

Gablenz
F.-M.-Lt.

VI.

Montag [1. Febr. 1864].

1. 2. 1864.

Wenn unsre Truppen von der 10. Infanterie-Brigade 2c. 2c. im Norden nicht mehr nöthig sein sollten, ist es dann nicht gut, gleich auf dem Hinmarsch nach Schleswig angemessene Abtheilungen von ihnen in Altona, Neumünster, Kiel „verlängerten Ruhetag“ halten zu lassen und Reclamation des Bundes dagegen abzuwarten? Ich denke, daß an genannten Orten keine Bundesgarnison steht. In Rendsburg wird die Sache schon brennender, weil die Sachsen freiwillig nicht räumen werden.

Ihr

v. Bismarck.[1])

VII.

3. Febr. [1864].

3. 2. 1864.

Mir scheint, daß die Instruction in Betreff der Demonstrationen bekannt gegeben werden muß, damit die Befehlshaber wissen, wie sie zu verfahren haben. Könnten Sie nicht Falckenstein darüber schreiben?

Der König hat mir in der Nacht geschrieben, will die ganze Sache wieder umwerfen, nachdem sie in Wien ange-

[1]) Einen zweiten ausführlicheren Brief Bismarcks an Roon vom gleichen Tage s. in den Denkwürdigkeiten aus dem Leben Roons II 158.

3. 2. 1864. nommen und von dort schon nach London mitgetheilt ist. Darum conseil. Wollen Sie mit mir hinfahren?

Ihr
v. Bismarck.

VIII.

[Undatirt; wahrscheinlich 15. Febr. 1864].

15. 2. 1864. Manteuffel ist bei mir und bittet Sie mit mir zur Besprechung von Wichtigkeit und Eile in Manteuffels beifolgendem Wagen möglichst schnell herzukommen.

Ihr
v. Bismarck.[1])

IX.

Donnerstag [Pr. 17. 3. 64.]

17. 3. 1864. Ist nicht 2 Compagnien in Fehmarn sehr viel zu wenig? Ole Bull wird Succurs von Alsen holen, den Fehmarn-Sund dänisch occupiren, und unsre beiden Compagnien sind in der Mausefalle, wenn unsre Artillerie nicht besagten Sund beherrscht. Wir haben ja Truppen in Holstein übrig, warum sollten wir die Insel nicht stärker besetzen? Verzeihn Sie mir diese Majorsbetrachtungen.

Ihr
v. Bismarck.

X.

Berlin, 4. Mai 1864.

4. 5. 1864. In der Anlage übersende ich Ew. Excellenz, unter Bezugnahme auf die im Staatsministerium getroffenen Verabredungen, die unter dem 30. v. M. von Sr. Majestät dem

---

[1]) Manteuffel begab sich am 15. Febr. nach Wien in besonderer Mission an den Kaiser Franz Joseph. — Ein zweites Billet, Berlin, 15. [Febr. 1864] datirt, s. Denkwürdigkeiten II 164.

Könige vollzogne allerhöchste Ordre wegen Verstärkung der Festungen und des Artillerie-Materials. 4. 5. 1864.

Den allerhöchsten Intentionen gemäß wollen Ew. Excellenz Sich über Entnahme des jeweiligen Geldbedarfs aus dem Staatsschatze mit dem Herrn Finanz-Minister verständigen. Ew. Excellenz Einverständniß darf ich dahin voraussetzen, daß die politische Situation einstweilen die Secretirung der Ordre und des sich an die Bestimmungen derselben knüpfenden Verfahrens erforderlich macht.

v. Bismarck.

XI.

Reinfeld, 18. Sept. 1864.

Lieber Roon,

ich habe meine Frau leidender gefunden, als ich nach allem, was ich in Berlin wußte, vermuthen konnte; dabei ist nur klar, daß ihr Nervensystem angegriffen ist, im Uebrigen sind die Aerzte nicht in der Lage, der Krankheit einen bestimmten Namen zu geben. Herzklopfen, Ohnmachten, kein Schlaf, kein Appetit, Beklemmungen, Hypochondrie, ein ganzes Arsenal von Elend und dabei eine solche Verzagtheit, wie ich sie bei ihrem tapfern Gemüth unmöglich gehalten hätte. Ich kann mich unter diesen Umständen um so schwerer zur Abreise entschließen, als ganz ersichtlich ist, daß meine Anwesenheit beruhigend und gradezu bessernd auf ihren Zustand wirkt, und die Aussicht auf Trennung umgekehrt. Meine Erklärung, einstweilen 2 Tage länger (bis Dienstag) bleiben zu wollen, war nützlicher als alle Latwergen. 18. 9. 1864.

Wollen Sie wohl die Güte haben, dieß Sr. Majestät dem Könige vorzustellen und Ihn um die Erlaubniß zu bitten, daß ich, ungeachtet der Ankunft des Kaisers, noch einige Tage hier bleibe. Ist es nach Sr. Majestät Wunsch nicht angänglich, so bitte ich um Telegramm (Reinfeld, Staffette von Stolp) und werde 24 Stunden nach Empfang in Berlin sein. Schneller ist es nicht möglich, ich muß entweder 14 Meilen nach Dirschau,

18. 9. 1864. oder 20 nach Nakel oder 15 nach Cöslin ohne Eisenbahn fahren, und im letztern Falle stoße ich auf eine Fahrzeit von 3 Meilen per Stunde. Schneller wird es dem Hinterpommern nicht gegönnt.[1])

Bitte benachrichtigen Sie mich telegraphisch (per Post von Stolp) von Eingang dieses und von Sr. Majestät Aufnahme des Inhalts. Auch würde ich sehr dankbar für eine Mittheilung des letztern an Keudell für das Auswärtige sein. Empfehlen Sie mich den Ihrigen und bitten Sie Gott mit mir, daß es hier bald besser wird. Ist es nöthig, daß ich komme, gleich komme, so lassen Sie es mich ohne Weichlichkeit wissen. Geht es aber ohne, so wäre es eine große Wohlthat.

Ihr

v. Bismarck.

Für die Zollverhandlungen mit Oestreich ist es ganz günstig, wenn man im Ministerium sich eine Zeit lang auf meine Abwesenheit berufen kann.

XII.

Reinfeld, 22. Sept. 1864.[2])

Lieber Roon,

22. 9. 1864. in der Schmiesing-Kerssenbrockschen Sache theile ich vollständig die in den mir eben zugehenden Papieren von Ihnen vertretnen Ansichten, und glaube, daß der König Sich auf die plumpe Tactlosigkeit der Herrn nicht einlassen kann, vielmehr würde ich Sr. Majestät rathen, die Unterzeichner bei allen Vorkommnissen persönlich kühl zu behandeln, auch für kein Mitglied ihrer Familien die Erlaubniß zum Eintritt in fremde Dienste zu geben, so lange sie bei uns der Militärpflicht nicht vollständig genügt haben. Der Kürze wegen habe ich, auf Ihre Nachsicht rechnend, die Aenderungen, die ich vorschlage,

[1]) In den Denkwürdigkeiten Roons II 211 ist dieser letzte Satz dem Briefe vom 22. Sept. angefügt.

[2]) Zum Theil veröffentlicht in den Denkwürdigkeiten Roons II 210.

mit Blei auf Ihrem Entwurfe angegeben. Mir scheint es richtiger, daß die Antwort rein ressortmäßig vom Kriegsminister, nicht vom Staatsministerium gegeben wird. 22. 9. 1864.

Mit meiner Frau geht es unter Gottes Beistand täglich etwas besser, aber langsam. Gefahr ist, wenn Rückfälle ausbleiben, nach ärztlicher Meinung nicht mehr vorhanden, und ich würde jetzt abreisen, wenn ich nicht selbst unwohl wäre. Mein alter nervös-rheumatischer Schmerz sitzt mir unter dem linken Schulterblatt quer durch den Leib, und ich wage ihn nicht hart zu behandeln, weil ich vor 5 Jahren so schlimme Erfolge damit gehabt habe. Es scheint, daß in der Ruhe zum Vorschein kommt, was die Anspannung so lange zurückdrängte. Mich zieht es sonst nach Berlin; es sitzt dort nahe an unserm politischen Herzen ein geheimräthlicher Rheumatismus im Handels- und Finanzministerium, für den uns bisher das richtige Senfpflaster fehlt. Die Herrn sind sich darüber ganz klar, daß sie der jetzigen Regirung Verlegenheiten bereiten, wenn sie unsre Beziehungen zu Oestreich und Baiern durch unnöthige Schroffheiten erschweren, von denen wir nicht den mindesten realen Vortheil haben, höchstens den augenblicklichen Kitzel triumphirender Zeitungsartikel, die practisch keinen Pfifferling werth sind, und die wir auf dem Felde der wirklichen Politik theuer zu bezahlen haben werden. Ich kann von hier aus gegen diesen politischen Fehler nicht mit Erfolg ankämpfen, weil ich die Gefühlsseite des Königs gegen mich habe, die durch die systematische Einwirkung Ihrer M[ajestät] und der dienstbaren Geister auf diesem Punkte so wundgerieben ist, daß jeder auf Bestellung geschriebne Zeitungsartikel hinreicht, unsern Herrn schmerzlich zu berühren und Ihm den Eindruck einer Niederlage zu machen. Ich würde, wenn ich in Berlin gewesen wäre, mich für Bewilligung des 14tägigen Aufschubs, den Oestreich wünschte, eingesetzt haben; von hier aus kann ich das nicht, wenn der König nicht von Hause aus mit mir einverstanden ist.

Ich muß der Post wegen schließen, nach deren unzweckmäßiger Combination der Brief um 12 hier aufgegeben sein muß, um 30 Stunden später nach Berlin zu gelangen, wäh-

22. 9. 1864. rend 14 Meilen Chaussee und 70 Meilen Eisenbahn doch stets in weniger als 20 Stunden gefahren werden. Herzliche Grüße an Ihre Damen und Moritz [v. Blanckenburg].

Der Ihrige v. Bismarck.

XIII.

Berlin, 29. Sept. 1864.

Lieber Roon,

29. 9. 1864. ich schreibe diese Zeilen, um Ihnen M. Eads, von dem ich heut sprach, vorzustellen. Er will Pläne über Anwendung eiserner Drehthürme auf Landbefestigung vorlegen; er hat die Modelle in seinem Gasthof Hôt. d'Angleterre stehn, und sie sind schwer zu transportiren. Seine Bitte ist, daß Sie dieselben sehn und prüfen, und wenn wir sein System für uns anwendbar finden, ihn nach anständigem Ermessen der Preuß. Regirung belohnen durch Patentirung oder Geld. Gerolt empfiehlt ihn lebhaft; er hat in Amerika ein Etablissement für Bau von Panzerschiffen, seit 25 Jahren, abweichendes System von Ericson und Cobs, jetzt stillstehend, weil die amerikanische Regirung in nicht mehr annehmbarem Papier zahlt und weil seine Krankheit, die ihn nach Europa führt, ihn an Thätigkeit hindert. Er macht mir einen soliden Eindruck, spricht aber nur englisch; Sie haben wohl einen Offizier, der diesem Uebelstand abhilft, bei der Hand. Er will Sonntag, spätestens Montag abreisen.

Ihr v. Bismarck.

Ich komme morgen mit Vergnügen.

XIV.

Biarritz, 7. Oct. 1864.[1])

Lieber Roon,

7. 10. 1864. allen Ihren Zweifeln zum Trotz sitze ich hier im Angesicht des Meeres und höre sein Brausen durch das offne Fenster in der wärmsten Sommernacht, die ich in diesem Jahre erlebt

[1]) Theile dieses Briefes sind in Roons Denkwürdigkeiten II 212 veröffentlicht.

habe; mein erstes Bedürfniß bei der Ankunft waren Sommer- 7. 10. 1864.
kleider, von denen mir nicht träumte, als ich vorgestern früh fröstelnd durch das bereifte Baden fuhr. Ich habe mein erstes Bad genommen und befinde mich so wohl, daß [ich] auf dieser Welt kein Verlangen weiter habe als Nachricht, und zwar gute, von meiner Frau; die letzten am Dienstag in Baden erhaltenen waren vollständig erwünschte, aber bei 300 Meilen Entfernung werde ich doch die Sorge nicht los, daß es inzwischen anders sein könnte.

Ich habe zuverlässige Leute über Armand gesprochen; sie sagten mir, daß er vor Allem persönlich ein Ehrenmann sei; er habe nach einem liquidirten Bankerott neues Vermögen gewonnen und zunächst alle seine ausgefallenen Gläubiger bezahlt; ein in der kaufmännischen Welt allerdings nicht die Regel bildender Act von Rechtlichkeit. Dagegen sei er nicht im Stande, so große Geschäfte, wie er jetzt hat, zu beherschen [sic] und seine Finanzen zu übersehn. Den, wie man mir sagt, beabsichtigten Abzug von 400000 Frcs. wegen mangelnder Schnelligkeit der gelieferten und die Nichtabnahme des dritten Schiffes werde er sich gütlich schwerlich gefallen lassen, und Sachkundige meinen, daß wir vor französischen Gerichten nicht obsiegen würden. Es fragt sich, ob es unter diesen Umständen sich nicht empfiehlt, die Ausrüstungsgegenstände, die er nach Bremen geliefert hat und die von uns an unsern dortigen Consul überwiesen sein sollen, pfandmäßig zurückzuhalten, zunächst vielleicht nur in der Form, daß man ohne gerichtliche Beschlagnahme den Consul, wenn er sich in juristischem Besitze der Objecte befindet, unter der Hand anweist, sie nicht fort zu lassen. Das dänische Panzerschiff, welches er nach demselben Modell wie unsres gebaut hat, soll noch festliegen und unfähig sein, See zu halten. Ich schreibe Ihnen, was ich gehört habe, ohne die Sachlage selbst zu kennen. Es ist danach auch zweifelhaft, ob man mit Armand, soweit er wirklich im Unrecht ist, nicht besser fährt, wenn man an seine Ehrlichkeit appellirt, als wenn man gerichtlich einschreitet.

9. Oct. Ich habe erst heut Gelegenheit, diese Zeilen ab- 9. 10. 1864.
zusenden. Ich füge über Armand noch 2 Notizen hinzu; einmal

9. 10. 1864. steht er sehr gut mit Kaiser und Regirung, und dadurch wird juristisches Verfahren gegen ihn sehr erschwert; dann warnt man mich vor seinem Agenten, der den Vertrag mit uns geschlossen hat und dessen Namen ich vergesse[n]; derselbe soll ein leichtfertiger Schwindler sein, mit dem sich Keiner gern einläßt.

Ich weiß nicht, ob es bei uns noch so kalt ist, wie vor 8 Tagen; ich habe mir hier Sommerhosen kaufen müssen, sitze um die ungewöhnliche Stunde von halb 8 am offnen Fenster, und das Meer sieht im Sonnenlicht so blendend, wie im Juli aus. Gestern Abend saßen wir um 10 noch an der See, und nach dem Bade wird auf einer Klippe im Freien gefrühstückt. Ich glaube nicht, daß ich hier jemals wieder fortgehe, wenn ich meine Frau nur erst hier hätte.

Herzliche Grüße an die Ihrigen und die Herrn Collegen.

Ihr v. Bismarck.

XV.

Berlin, 11. Nov. 64.

Lieber Roon,

11. 11. 1864. ich muß heut mit der Lauenburger Deputation beim Könige tafeln und kann daher leider nicht bei Ihnen sein.

Se. Majestät wünschten, ohne daß ich noch zugeredet hatte, sehr entschieden die Aufrechterhaltung des Vertrags mit Armand unter Zahlung der 500000 Frcs. und brannten offenbar vor berechtigtem Verlangen, schnell und gewiß in Besitz eines Panzerschiffes zu gelangen.

Ihr v. Bismarck.

XVI.

Sonntag [13. 11. 64.]

Lieber B.!

13. 11. 1864. Hat Ihnen Stiehle von der Idee gesprochen, den Prinzen Friedrich Karl als Statthalter oder Militär-Gouverneur nomine der Besitz ergreifenden Großmächte in den Herzogthümern zu belassen? Und wie denken Sie darüber? Ich will nichts, was Ihnen

nicht paßt, könnte aber vielleicht schon heute veranlaßt sein, mich dafür oder dawider aussprechen zu müssen, da der Commando-Apparat in Schleswig-Holstein zu ordnen ist. Bitte um 2 Worte Antwort. 13. 11. 1864.

Ihr

v. Roon.

Antwort Bismarcks.

Wir können uns m. E. nicht ohne des östreichischen Einverständnisses versichert zu sein, in solcher Form und bei solcher Gelegenheit, daß die Sache nach Wien transpirirt, für den Gedanken aussprechen. Sonst würde ich gegen denselben, soweit er bei Oestreich durchzubringen ist, nichts einwenden, im Gegentheil.

Ihr

v. Bismarck.

XVII.

Montag [2. 1. 1865].

Bodelschwingh hat sich zwischen 1 und 2 bei mir ansagen lassen, wahrscheinlich um die Militär-Budget-Sache[1]) zu besprechen, die der König mir zur Aeußerung zugefertigt hat. Ist es nicht nützlich, wenn Sie auch kommen? 2. 1. 1865.

Ihr

v. Bismarck.

XVIII.

Berlin, 14. Nov. 1865.

Anbei übersende ich ganz vertraulich zwei Ordre-Entwürfe nebst einem solche motivirenden P. M.,[2]) über welches letztere ich Sr. Majestät am 9. d. M. Vortrag erstattet und dabei die Allerhöchste Bereitwilligkeit zur Vollziehung gefunden habe. Bevor ich diese bewirke, scheint es mir nützlich, Ihrer Zustimmung und event. Ihres Raths mich zu versichern. — Um diese Angelegenheit in ganz der Routine entsprechender Weise zu erledigen, würde ein voraussichtlich sehr langer und breiter und schließlich doch nicht zum Ziele führender 14. 11. 1865.

[1]) Es galt Etatsdifferenzen zwischen Roon und dem Finanzminister Bodelschwingh auszugleichen [Bemerkung Roons].

[2]) Promemoria.

14. 11. 1865. Schriftwechsel mit dem Finanzminister vorangehen müssen. Mir scheint, daß die Ordre an das Staatsministerium diese langweilige und resultatlose Prozedur unnöthig macht; andrerseits möchte ich aber Freund B[odelschwingh] nicht verstimmen, um jede unnöthige Friction zu vermeiden. Ich kann mich nach Ihren letzten gelegentlichen Aeußerungen über die Nothwendigkeit unseres maritimen Wachsthums wohl der Aufzählung der Gründe enthalten, welche die sofortige Bestellung zweier Panzerfregatten motiviren.

Mit der Bitte um recht baldige Rückäußerung und Rückgabe herzlichst guten Morgen!

v. Roon.

Die heute früh erfolgte Entbindung Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Prinzeß Friedrich Karl von einem Prinzen veranlaßt mich zu der Frage, ob das Staats-Ministerium in corpore eine Gratulations-Salve oder ein Gratulations-Tirailleur-Feuer zu geben hat?

Antwort Bismarcks.

Ich bin einverstanden, aber Verdruß wird es geben, wenn der Angriff in Form der Umgehung ausgeführt wird. Unter die Motive wäre m. E. noch aufzunehmen, daß wir der Anleihe-Forderung das Bedürfniß schnelleren Mehr-Bau's zu Grunde gelegt haben, und bei dem Behaupten dieser Nothwendigkeit beharren und danach handeln müssen, und daß die erneute Anleiheforderung weniger wirksam motivirt ist, wenn wir nur zu verwenden beabsichtigen, was im Budget vorgesehn ist.

Wegen Gratulation setze ich eine Staats-Ministerial-Adresse in schleunigen Umlauf, schreibe mich außerdem ein.

Ihr

v. Bismarck.

XIX.

Weihnachten [1865].

25. 12. 1865. Unerwartete Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit Italien,[1]) die ich morgen abzuschließen gehofft hatte, nöthigen

[1]) Ueber Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags zwischen Italien und dem Zollverein.

mich vor der Hand hier zu bleiben. Ich telegraphire daher an Asseburg, daß ich nicht [zur Jagd][1]) kommen kann. Sonst geht es mir besser, meiner armen Frau aber schlecht, Halsleiden von Erkältung. Frohes Fest! 25. 12. 1865.

Ihr
v. Bismarck.

XX.

Freitag [16. 3. 1866].[2])

Können Sie dem General Govone nicht einen Offizier beigeben, der ihm die Etablissements zeigt? Der König hat ihn aufgefordert, sich alles anzusehn, und Barral fragte mich, wie er sich dabei benehmen solle. 16. 3. 1866.

Ihr
v. Bismarck.

XXI.

Dienstag [27. 3. 1866].[3])

Es ist sehr zu wünschen, daß der König noch morgen seine definitiven Befehle[4]) giebt. Donnerstag [Gründonnerstag][1]) wird er nicht in der Stimmung für dergleichen sein. Sie sehn ihn morgen beim Turnen, können Sie nicht einrichten, daß er uns **beide** nachher zum Vortrag befiehlt. Ich gehe nicht aus vorher. 27. 3. 1866.

Ihr
v. Bismarck.

---

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

[2]) General Govone kam Mittwoch, den 14. März 1866 zu Unterhandlungen nach Berlin; es läßt sich vermuthen, daß der „Freitag" des Billets Freitag der 16. März war.

[3]) Dies Billet ist unter falschem Datum schon in der Deutschen Revue 1890 IV 259 veröffentlicht.

[4]) zur theilweisen Mobilmachung.

XXII.

Donnerstag [31. 5. 1866].

31. 5. 1866. Der König würde bereit sein, die Anweisung auf die Gen.-Militär-Kasse für Krupp, zahlbar in 3 Monaten, zu genehmigen, wenn Sie ihm die desfalsige [sic] Ordre vorlegen. Für den Fall erwartet Sie Se. Majestät heut Abend damit. Ich halte es unbedenklich, da wir um die Verfallzeit entweder mehr Geld als wir brauchen oder garnichts haben.

Ihr
v. Bismarck.

XXIII.

Freitag [1. 6. 1866].

1. 6. 1866. Der König sagte mir, daß er nochmals wegen Krupp mit Ihnen sprechen wolle, ob es nicht thunlich sei, ihm die sequestrirten Geschütze abzunehmen und dafür Zahlungsanweisung auf 3 Monat zu geben.

Ihr
v. Bismarck.

XXIV.

Donnerstag [13. 12. 1866].

13. 12. 1866. Vielen Dank für die gute Nachricht von Sr. Majestät.

Aus der Anlage (s. p. r.), die ich eben unter den Acten finde, sehn Sie, daß ich mit der Mehrheit der Minister, welche dem Könige die Dispositionsbefugniß über das Eroberte bestritten, nicht einverstanden war.

Ihr
v. Bismarck.

XXV.

Varzin, den 15. November 1868.

Verehrtester Freund,

15. 11. 1868. Zeitungsnachrichten über die Petersburger Conferenz wegen der Sprenggeschosse erwecken in mir die Besorgniß, daß

unsre dortigen Vertreter über das, was bei uns von solchen Geschossen vorhanden und nicht vorhanden, sich zu Erklärungen herbeilassen. 15. 11. 1868.

Bis jetzt war die Annahme, daß wir geheimnißvolle Sprenggeschosse besäßen, welche, aus Handwaffen befördert, furchtbare Wirkungen hervorbringen könnten. Das Fortbestehn dieser Vorstellung halte ich für den Frieden nützlich, und deshalb den Interessen der Menschlichkeit förderlicher als den principiellen Verzicht auf diese Waffe und das dadurch bekundete Eingeständniß, daß wir nichts der Art besitzen. Dieser Verzicht wäre auch außerdem meines Wissens für uns in der That ein Nachtheil, weil keine andre Armee so gute Schützen wie die unsrige besitzt, und wir in der Anzahl der Leute, welche auf gewisse Entfernungen einen Protzkasten durch eine Büchsenkugel sprengen können, jeder andern Armee überlegen sind und überlegen bleiben werden.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansicht über die Sachlage mittheilen wollen.

(E.) Der Ihrige

v. Bismarck.

XXVI.

Berlin, 22. Febr. 1869.

Verehrtester Freund,

ich bin unwohl und kann nicht ausgehn, auch dem Bundesrathe nicht präsidiren. Sind Sie einverstanden, daß ich, ungeachtet Ihres Eintrittes, wie bisher Friesen substituire, und wollen Sie in dem Falle hingehn oder fortbleiben? 22. 2. 1869.

Gern spräche ich Sie heut; ich bin mit meinen Kräften wieder fertig; ich kann die Kämpfe gegen den König gemüthlich nicht aushalten.

Ihr

v. Bismarck.

XXVII.

Berlin, 24. 2. 69.

24. 2. 1869. Die Einladung zu der für gestern Abend anberaumten vertraulichen Besprechung ist mir erst zu Gesicht gekommen, als ich im Begriff war, mich zu Bette zu legen. Ich habe es daher versäumt, mich rechtzeitig zu entschuldigen, was ich, in Folge des heftigsten Ohren- und Zahnreißens, jedenfalls hätte thun müssen.

Nach einer schmerzlich durchwachten Nacht bin ich, bei der Fortdauer meiner Schmerzen und bei dem deprimirten Zustande meiner Stimmung und meines wüsten Kopfes, für heute außer Stande zu dem Gespräche an Allerhöchster Stelle, worüber wir gestern verhandelt haben. Es wird also bis morgen ausgesetzt werden müssen. Ist Ihr Brief abgegangen und wann? Das wenigstens möchte ich bestimmt erfahren, um mich danach einzurichten.

Möchten Sie Sich, verehrter Freund, wohler fühlen als

Ihr

treuergebener

v. Roon.

Antwort Bismarcks.[1])

Mit herzlicher Theilnahme für Ihr Leiden melde ich, daß ich heut wie gestern 12 Stunden geschlafen habe, ohne daß ich mich im Befinden gebessert hätte. Brief vor einer Stunde abgesandt, um Aufschub der Entscheidung bis nach dem Reichstage bittend.

Ihr

v. Bismarck.

XXVIII.

Vorbemerkung: In einer Sitzung des Staatsministeriums vom 19. August 1869 war durch den Geheimen Ober-Regierungsrath Ribbeck die Behauptung aufgestellt worden, daß die Marinebeamten nicht mehr preußische, sondern auf Grund von Artikel 53 der Bundesverfassung[2]) lediglich Bundesbeamte seien und infolge dessen auch juristisch nicht im Besitz der den

---

[1]) Am Rande des Briefes Roons.

[2]) Die Bundes-Kriegsmarine ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt Sr. Majestät dem Könige von Preußen ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind.

preußischen Militärbeamten wie den Post- und Telegraphen-Beamten — letzteren, weil sie in gewisser Beziehung preußische Beamte blieben — zuerkannten Freiheit von Communalsteuern sich befänden. Gegen eine solche Deduction sträubte sich Roons preußisches Gefühl, doch überstimmte ihn die Mehrheit der Minister, und da Geheimer Ober-Regierungsrath Eck als Stellvertreter Delbrücks behauptet hatte, daß Graf Bismarck der vom Geheimen Ober-Regierungsrath Ribbeck gegebenen Interpretation des Artikels 53 beistimme, so richtete Roon folgendes Schreiben an Bismarck:

Gütergotts, 22. 8. 69.

22. 8. 1869.

Aus der anliegenden Abschrift wollen Sie, verehrter Freund, entnehmen, daß und in welchen Conflict ich mit der Majorität des Staats-Ministerii gerathen bin. Außer Ihnen war nur noch Mühler abwesend. Handelte es sich dabei nur um die Frage, ob die Marine-Beamten zu den Communalsteuern herangezogen werden dürfen, so würde ich mich natürlich der Majorität gefügt haben. Die Deduction aber, welche Geh. Rath Ribbeck mit behaglicher Breite zum Besten gab, um darzuthun, daß die Marine-Beamten nicht mehr Preußische, sondern lediglich Bundes-Beamte seien, namentlich die Interpretation des Art. 53 der Bundes-Verfassung empörte mein Preußisches Pflichtgefühl,[1]) und es ist mir auch heute noch unmöglich, der Sache eine andere Seite abzugewinnen. Ich halte es, wiewohl meine Herren Collegen die Ribbeck'sche Auffassung für ganz unverfänglich[2]) zu erachten schienen, mit den Pflichten eines Ministers des Königs für unvereinbar, eine zweifelhafte Gesetzesstelle anders als zu Gunsten des Herrn auszulegen. Nur wenn der König selbst diese Interpretation für unbedenklich erachten sollte, würde ich mich darin ergeben können, wiewohl nicht ohne schmerzliches Bedauern.[3]) Se. Majestät deshalb durch ein Abschiedsgesuch zu interpelliren, erscheint mir nicht ziemlich, wenn ich nicht vorher jede Möglichkeit erschöpft habe, welche sich mir darbietet, um entweder mich oder die Collegen eines Bessern zu belehren. Daher mein an v. d. H[eydt] gerichtetes Schreiben; daher auch diese Sie belästigenden Zeilen. Ich durfte Sie nicht damit verschonen, zumal Sie in der Doppelstellung als Ministerpräsident und Bundeskanzler von dem Grunde der Differenz doppelt affizirt werden; ich durfte es um so weniger, als ich mich Ihnen, ungeachtet flüchtiger Trübung, von Herzen ergeben und verbunden weiß und unfähig bin, Ihnen vorsätzlich Unannehmlichkeiten zu bereiten. — Wie werden Sie nun zu der Differenz Stellung nehmen? G. R. Eck, der m. E. ganz unberufener Weise[4]) als Stellvertreter Delbrücks jener Sitzung bei-

---

Randbemerkungen Bismarcks: [1]) und Ihr deutsches nicht? wie viele hat man denn? [2]) richtig. [3]) Particularist! [4]) ja.

22. 8. 1869. wohnte, behauptete, der Bundeskanzler habe sich bereits für die von mir angefochtene Interpretation erklärt; ich nöthigte ihn einzugestehen, daß dies nur von Seiten des Bundeskanzleramtes, also „jedenfalls mit Ihrer Zustimmung“ geschehen sei. Auf Grund mündlicher Auslassungen Ihrerseits glaubte und glaube ich dies bezweifeln zu müssen. Habe ich mich geirrt?[1])

Wäre dies der Fall — was ich schmerzlich bedauern müßte — so fehlt mir jedenfalls das Verständniß für die Möglichkeit meines Verbleibens im Amte. Daß dies nicht als Drohung oder als „tragisch“ aufzufassen — wie der thörichte E. meinte — versichere und betheure ich. Ich glaube nicht, daß das Ausscheiden eines alten, fast verlebten Mannes irgend jemand beschädigt oder benachtheiligt, als mich selbst und die mir angehören, und ich meine aus vollster Ueberzeugung, daß ich ohnehin mit meinen abnehmenden Kräften und antiquirten Ansichten den Verhältnissen nicht mehr gewachsen bin.[2]) Wo es sich um Prinzipien handelt, müssen ohnehin alle persönlichen Rücksichten schweigen. Wenn Ueberzeugung gegen Ueberzeugung steht, da gilt es entweder Belehrung und Bekehrung auf der einen oder der andern Seite oder Trennung.

Den Erfolg meines Schreibens an das Staats-Ministerium werde ich schweigend abwarten, falls er sich nicht ungebührlich verzögert. Kann ich aber — wie ich glaube — nicht davon überzeugt werden, daß ich Unrecht habe, wenn ich annehme, daß der König durch die fragliche Interpretation mediatisirt wird,[3]) so muß ich meinem Gewissen Folge leisten.

Es ist nicht hübsch, soviel zu schreiben und soviel von sich zu sprechen; ich konnte es aber nicht kürzer machen, denn mir liegt daran, von Ihnen nicht verkannt zu werden.

Herzlich ergeben

Ihr

v. Roon.

Das in Abschrift beigefügte Schreiben Roons an Minister v. d. Heydt lautet:

Gütergotts, den 21. August 1869.

21. 8. 1869. In seiner Sitzung am 19. d. Mts. hat das Königliche Staats-Ministerium sich in der zwischen dem Herrn Minister des Innern und mir streitigen Frage:

„ob die Beamten des Preußischen Marine-Ministeriums als Preußische oder als Bundes-Beamte anzusehen und daher der Communalbesteuerung minder oder mehr zu unterwerfen sind“

Randbemerkungen Bismarcks: [1]) ja. [2]) fishing for compliments! [3]) Der Kriegsherr des Bundes aber nicht! vielleicht der Preußische Marine-Minister!

für die Ansicht des Herrn Ministers des Innern entschieden und 21. 8. 1869.
zwar vornehmlich auf Grund einer Interpretation des Artikels 53 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, welche ich perhorresziren muß, weil ich sie nicht in Einklang zu bringen vermag mit meinen als Minister Seiner Majestät des Königs von Preußen übernommenen Pflichten: einer Interpretation, welche mir vom Standpunkte des Preußischen Staats-Ministeriums aus als unzulässig erscheint.

Mögen scharfsinnige juristische Auseinandersetzungen im Stande sein, einer deutungsfähigen Gesetzesstelle einen unrichtigen Sinn unterzulegen und dadurch eine meines Erachtens unzulässige Interpretation scheinbar zu begründen, so reichen dergleichen doch nicht aus, um eine staatsrechtliche Frage definitiv zu entscheiden. Ich glaube, Niemand wird aber die staatsrechtliche Natur der Frage in Zweifel ziehen wollen, ob Seine Majestät der König von Preußen lediglich im Auftrage des von Allerhöchstdemselben geschaffenen Bundes oder kraft Seines eigenen Souverainitäts-Rechtes die von Ihm ins Leben gerufene Preußische, aus eigener Entschließung zur Bundes-Seemacht erklärte Marine organisirt und befehligt, ihre Offiziere und Beamte ernennt und entläßt und für Sich in Eid und Pflicht nimmt. Ist aber diese Frage eine eminent staatsrechtliche, so kann sie auch nicht auf Grund juristischer Deductionen definitiv entschieden werden. Ist sie aber auch nur im Mindesten zweifelhaft, so dürfen sich meines Erachtens die Minister des Königs nicht für eine die Rechte Allerhöchstdesselben mindernde Interpretation aussprechen. Haben dieselben dies dennoch durch Majorität gethan, so kann ich, wiewohl zu meinem schmerzlichen Bedauern, die Kluft nicht ignoriren, welche meine politische Ueberzeugung von der dieser Majorität trennt.

Nach reiflicher mehrtägiger ruhiger Ueberlegung bin ich daher in der schon der qu. Sitzung angedeuteten Entschließung bestärkt worden, Seine Majestät event. um meine Entlassung als Staats-Minister zu bitten. Weil ich ein gedeihliches Wirken in einem Collegium für unmöglich erachten müßte, dessen Majorität zu meiner Ueberraschung einer Ansicht beigetreten ist, deren Consequenzen ich mit meinen Pflichten als Minister des Königs nicht als vereinbar zu erachten vermag, so erscheint mir ein solches Ansuchen als unbedingt pflichtmäßig.

Es widerstrebt mir indeß einen solchen Schritt, welcher durch eine Anschuldigung gegen meine Herren Collegen motivirt werden müßte, zu thun, ohne dieselben vorher davon in Kenntniß zu setzen. Es ist für meinen Entschluß gleichgültig, ob diese Anschuldigung vielleicht nur auf meiner subjectiven Ansicht beruht und — nach der Meinung der mir gegenüberstehenden Majorität — vielleicht der objectiven Begründung entbehren möchte. Mich kann nur meine

21. 8. 1869. eigene Ueberzeugung leiten. Die Voraussetzung, die Richtigkeit meiner Ansicht von der Allerhöchsten Instanz anerkannt, die der Majorität dagegen von derselben reprobirt zu sehen: diese Voraussetzung — sie mag nun, nach der Meinung meiner Herren Collegen, irrig oder richtig sein — ist gleichfalls nicht maaßgebend für mich, sondern lediglich die Ueberzeugung von der Unzulässigkeit prinzipiell politischer Divergenzen im Rathe Seiner Majestät.

So gern ich daher, wenn ich es um des Gewissens willen vermöchte, den erwähnten Schritt unterließe, so wenig kann ich mich dazu bestimmt finden, wenn nicht das Königliche Staats-Ministerium etwa Veranlassung nehmen sollte, den Gegenstand qu. noch einmal in Berathung zu ziehen und zwar zunächst lediglich in Betreff der von mir angefochtenen Interpretation des Artikels 53, auf welcher die ganze Argumentation des Herrn Ministers des Innern beruht.

Die Ablehnung der nochmaligen Prüfung der Frage würde aber für mich dieselbe Bedeutung haben, als wenn das Königliche Staats-Ministerium sich, ungeachtet solcher wiederholten Berathung, für zweifellose Richtigkeit der in Rede stehenden Interpretation aussprechen sollte.

Es war — wie ich zum Schlusse noch offen bemerken will — verhängnißvoll, daß ich in der Sitzung am 19. d. Mts., gebunden durch ein vor meiner Kenntniß der anberaumten Sitzung gegebenes Versprechen, das Ende der Berathung über diese Frage mit Ungeduld zu beschleunigen trachtete und deshalb auch, nicht ohne eigenes Verschulden, zu einem sehr unerwünschten Ende gelangte, bevor der eigentliche Gegenstand der Berathung, d. h. die Communalsteuerpflichtigkeit der Marine-Beamten erschöpfend und allseitig beleuchtet war. Zu meiner Entschuldigung muß ich jedoch anführen, daß die qu. Interpretation und die Wahrnehmung, daß sich gegen dieselbe keine Stimme erhob, mich einigermaaßen außer Fassung brachte, weil ich — ohne in dem Augenblick die angemessenen vorbeugenden Ausdrücke für meine Gedanken finden zu können — die daran sich knüpfenden unangenehmen Verwickelungen und Erörterungen im Voraus fühlte.

Ungeachtet dessen, daß Graf Bismarck sich momentan von den Geschäften des Königl. Staats-Ministeriums fern hält, habe ich doch geglaubt, demselben von dem Inhalte dieses Schreibens Kenntniß geben zu sollen, das ich an Ew. Excellenz mit der sehr ergebenen Bitte richte, dasselbe meinen Herren Collegen geneigtest mittheilen zu wollen und zwar sobald als irgend möglich, damit bei der nahe bevorstehenden Rückkunft Seiner Majestät die Akten über diesen Gegenstand für mich als geschlossen angesehen werden können und ich das eventuell Erforderliche mit derjenigen Loyalität zu vollbringen vermag, die sich für mich ziemt.

v. Roon.

Antwort Bismarcks.

Varzin, 27. Aug. 1869.[1])

Lieber Roon,

27. 8. 1869.

Ihren Brief vom 23. erhielt ich gestern und erbrach ihn mit der freudigen Erwartung, welche der lang entbehrte Anblick Ihrer Hand mir in dieser Einsamkeit nach andern weniger sympathischen Schriftzügen erweckte. Leider sah ich bald, daß es sich um eine geschäftliche Frage handelte, von der ich bereits Kenntniß erhalten hatte, ohne ihre Dimensionen so hoch zu veranschlagen, wie sie sich in Ihrer Auffassung darstellen. Ich hätte nicht geglaubt, daß über diese Frage, die staatsrechtliche nämlich, eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns eintreten könnte oder vielmehr vorhanden wäre, noch weniger, daß Sie aus derselben eine Cabinetsfrage machen würden. Die principielle Streitfrage ist in erster Linie eine staatsrechtliche, in zweiter eine juristische. Sie in der zweiten zu beurtheilen, bin ich nicht hinreichend geschult und vermag noch nicht auf den Standpunkt zu verzichten, von welchem aus ich die Immunität aller Bundes-Beamten gegenüber der preußischen Communalsteuer behaupten möchte, gewissermaßen die Exterritorialität gegenüber den Landesregirungen. Staatsrechtlich aber vermag ich die Bestimmungen der Bundes-Verfassung im Art[ikel] 53 nur dahin auszulegen, daß die Norddeutsche Marine eine Bundesmarine ist. Wir haben dieses Resultat bei Herstellung der Verfassung sorgfältig und bewußter Weise erstrebt und darin nicht eine Verminderung der Stellung des Königs gesehn, zu der ich gewiß nicht die Hand geboten hätte, sondern eine Mediatisirung der übrigen Bundesstaaten zu Gunsten Sr. Majestät bezüglich der Marine, wie sie analog in Betreff des Post- und Telegraphenwesens und mancher andern juristischen Gebiete stattgefunden hat. Die Form, in welcher der König die Herrschaft in Deutschland übt, hat mir

[1]) Schon gedruckt in der Deutschen Revue 1891 II 132 ff. und Bismarck-Regesten I 376 f., hier nach dem Original mit Text-Verbesserungen mitgetheilt.

27. 8. 1869. niemals eine besondre Wichtigkeit gehabt; an die Thatsache, daß er sie übt, habe ich alle Kraft des Strebens gesetzt, die mir Gott gegeben, und daß unser Herr der Gebieter über die deutschen Seekräfte in vollstem Maße ist, steht außer Zweifel. Sollen wir denen, die nicht den Namen Preußen führen, die Unterordnung, ohne welche die Einheit unmöglich ist, durch äußerliche Formen erschweren? Gewiß nicht; in verbis simus faciles, und in der Sache bleibt es dasselbe, mögen Sie die Marine Preußisch, Deutsch oder Norddeutsch nennen, es ist unsres Königs Marine. Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte waren 1866 unsre Bundesgenossen, denen wir, nach dem rechtzeitigen Entschlusse, den sie zu unsern Gunsten gegen Hanover und viele Chancen gefaßt hatten, Gewalt nicht anthun konnten. Sie haben ihrer See-Hoheit und vielen andern Rechten zu Gunsten des jedesmaligen Königs von Preußen bereitwillig entsagt, aber nicht zu Gunsten Preußens, sondern des Bundes-Oberhauptes. Denken wir uns in die Lage der Leute. Ihre Unterordnung hätte sich erzwingen lassen; aber die freiwillige ist doch ein großer Gewinn, und an der Freiwilligkeit hat der Name einen wesentlichen Antheil. Keiner von ihnen und Keiner von uns bestreitet ein Deutscher, und für jetzt, ein Norddeutscher zu sein; aber das particularistische und dynastische Gefühl widerstrebt der Einbeziehung unter die Benennung als Preußen. Hätten wir 1866 sofort das „Deutsch" oder auch nur „Norddeutsch" dem „Preußisch" substituiren können, wir wären jetzt schon um 20 Jahre weiter. Wie schwer solche Namen wiegen, das zeigt Ihr eignes Beispiel, und Sie werden doch zugeben, daß wir beide und unser allergn. Herr geborne Norddeutsche sind, während vor etwa 170 Jahren unsre Vorfahren sich im höheren Interesse ruhig gefallen ließen, den glorreichen Namen der Brandenburger gegen den damals ziemlich verschollenen der Preußen zu vertauschen, ohne Preußen zu sein. Ich hoffe zu Gott, daß die Zeit kommen wird, wo unsre Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer Kön. deutschen Flotte und im Kön. deutschen Heere zu dienen. Dazu aber müssen wir uns Freunde mit dem ungerechten (?) Mammon

der Redensart machen und nicht als Preußen, wie an jeder andern Spitze, auch an der des Particularismus stehn. 27. 8. 1869.

Sie sehn aus Vorstehendem, daß ich in dem ministeriellen Streite nicht, und zwar mit nationaler Schwärmerei principiell, nicht auf Ihrer Seite stehe, obschon oder weil ich mit Begeisterung Preuße und Vasall des Königs, ja des Markgrafen von Brandenburg bin, und bei entstehender practischer Spaltung bis zum letzten Athemzuge bleiben werde. Aber so lange die Gewässer in demselben Bette, und zwar in dem von uns gegrabenen und beherrschten Bette fließen, ist es meines Erachtens nicht unsre Aufgabe, die Scheidelinie zwischen dem gelben Gewässer des Main und dem klaren unsres Rheines durch eine Betonnung mit Preußischer Flagge zu kennzeichnen. Vor allem aber scheint mir die Frage nicht von der Bedeutung, daß Sie vor Gott und Ihrem Vaterlande durch dieselbe berechtigt würden, dem Könige in seinem 73sten Jahre den Stuhl vor die Thüre zu setzen und auf Ihre Collegen, mich eingeschlossen, durch Ihr Ausscheiden einen Schatten zu werfen, der in der Armee und in der conservativen Partei die treuen Herzen beirren und zu der Frage berechtigen würde, ob an einer Sache, der der älteste Zeuge für dieselbe den Rücken dreht, nicht aus Müdigkeit, sondern in principieller Verurtheilung, ob an dieser Sache die Königlichen und die conservativen Interessen noch den berechtigten Antheil haben. Sie kennen die Leichtigkeit, mit der das Urtheil der Massen durch das Beispiel einer Persönlichkeit wie die Ihrige bestochen wird, Sie wissen, wie begierig unter den Besten des Landes der Hang zur Kritik, die Mißgunst, die Beschränktheit jeden Vorwand ergreift, um den lange in der Tasche getragnen Stein auf die Regirung zu werfen, auf eine Regirung, deren Pfade ungebahnt und schwer zu kennen sind, wie die Hannibals über die Alpen. Sie sagen, und ich weiß es, daß Ihre persönliche Freundschaft für mich die alte ist, und als ich im September 62 ohne Bedenken in Ihre Hand einschlug, da habe ich wohl an Kniephof und Sabow gedacht, aber nicht an die Möglichkeit, daß wir nach 7 glorreichen Campagne-Jahren über die actenmäßige Bezeichnung der Marine in principielle

27. 8. 1869. Meinungsverschiedenheiten gerathen könnten. Was uns damals verband: das Streben, dem Könige in schwieriger Zeit zu dienen, gilt noch heut. Lesen Sie die Loosung vom 14. August[1]) mit weltlicher Interpretation, wie sie sich mir aufdrängte; den Abschied erhalten Sie doch nicht, Sie haben einen Kampf mit dem Könige, aus dem er als Sieger hervorgeht und Sie als Minister. Einen practischen Erfolg könnte der Schritt höchstens dann haben, wenn wir seine Spitze nach einer andern Seite zu wenden vermöchten. Wollen Sie da hinaus, dann müssen Sie den Topf acht Tage lang am Feuer erhalten und zum 5. mit dem Könige nach Stettin kommen. Ich würde in dem Falle sicher auch kommen und bitte telegr[aphische] Nachricht. Dann würde ich aber in Ihrer Stelle kein formales Abschiedsgesuch an den König richten, weil S. Majestät das immer als Fahnenflucht übel nehmen, sondern dem Könige nur die Streitfrage zur Instruction allerhöchster Entscheidung vorlegen, und eventuell für die Marinebeamten eine ihren Gemeindelasten äquivalente Zulage verlangen, um sie mit dem Landheere gleichzustellen. Vielleicht läßt sich auf diesem Wege die Immunität factisch erreichen. Doch ist es nur ein augenblicklicher, sachlich ungeprüfter Einfall. Aber, wie immer die Sache sich entwickelt, keine Entschließung ab irato, und seien Sie gewiß, daß ich sie, wenn auch als College andrer Meinung, doch als Freund mit Ihnen aus der Welt schaffe, wenn wir uns nur darüber besprechen können. Noch keine Nachricht aus Genthin? Mit herzlichen Empfehlungen an Ihre Frau Gemalin

der Ihrige v. Bismarck.

XXIX.

Vorbemerkung: Graf Bismarck als Generalpostdirektor hatte in einem von Delbrück gezeichneten Berichte an Se. Majestät einen ehemaligen hannöverschen Postbeamten H. für das Amt eines Ober-Postdirektors in Frankfurt a. M. empfohlen. Dieser Antrag war mit der Begründung, daß der Betreffende erst drei Jahre in preußischem Dienste stehe, im Cabinet

[1]) Luc. 16, 9: Machet euch Freunde mit dem ungerechten Mammon 2c.

des Königs bemängelt worden. Graf Bismarck schob den unerwarteten Widerstand auf weibliche Einflüsse, die bei Hofe wider ihn arbeiteten; in Wirklichkeit waren die Bedenken des Herrn v. Mühler aus andern Erwägungen hervorgegangen. Er hatte erfahren, daß Korrespondenzen von Hietzing häufig den Weg über Frankfurt a. M. nahmen, und war der Meinung, daß die Ausführung etwaiger Beschlagnahme-Maßregeln gegenüber solchen Correspondenzen für einen ehemaligen hannöverschen Beamten schmerzlich sein müsse. Aus diesem rein sachlichen Grunde hatte er dem König die Einforderung eines andern Vorschlages rathen zu dürfen geglaubt. Graf Bismarck schrieb seine Auffassung über solche Einmischung in eine Frage seines Ressorts in folgendem

Promemoria

nieder:

Varzin, 28. August 1869.

28. 8. 1869.

Des Königs Majestät hat auf den Antrag des Bundeskanzlers und Ministerpräsidenten das Prinzip sanctionirt, daß für die große Anzahl altländischer Beamten, deren Verwendung in den neuen Landestheilen nothwendig wurde, nun auch hanöversche, hessische, nassauische, holsteinische Beamte, soweit sie zuverlässig und brauchbar, befördert werden sollen. Den diesseitigen Postbehörden ist die vertrauliche Instruction gegeben worden, sich in ihren Vorschlägen darnach zu richten. Nun ereignet sich der Fall, daß für die erledigte Oberpostdirectorstelle in Frankfurt a. M. die Ernennung eines ausgezeichnet qualificirten Hanoveraners auf den Wunsch des Bundeskanzlers bei Sr. Majestät beantragt und die technische Qualification desselben in dem Allerhöchsten Handschreiben vom 20. d. M. um deshalb bemängelt wird, weil er erst drei Jahre in preußischem Dienste stehe. Einmal aber ist der Betreffende im hanöverschen Dienste ein vollständig ausgebildeter Postbeamter geworden und würde die preußischen Eigenthümlichkeiten, wenn in drei Jahren nicht, überhaupt nie bemeistern. Mit einem solchen Grundsatze würde allen neuländischen Beamten die Beförderungsfähigkeit bis auf Weiteres abgesprochen werden, und es läßt sich doch nicht annehmen, daß Se. Majestät den für heilsam erkannten Grundsatz mindestens unparteiischer Behandlung der neuländischen Beamten aufgeben will. Außerdem aber ist es bisher nie vorgekommen, daß die *technische* Beurtheilung der Qualification einer Person in die

28. 8. 1869. Instanz des Civilcabinets verlegt worden wäre. Wenn dem Generalpostdirector nicht mehr die Fähigkeit zugetraut wird, die technische Qualification der Beamten seines Ressorts zu beurtheilen, so müßte derjenige Cabinetsrath, der sie richtiger zu schätzen weiß, an seine Stelle gesetzt werden, falls Ordnung im Dienste verbleiben soll. Die letztere ist unvereinbar mit einem System, nach welchem die persönliche Qualification im Cabinet beurtheilt und damit der Schwerpunkt der Personalfrage in eine dienstlich nicht verantwortliche Stelle verlegt würde. Es wäre mit einem solchen System dem Nepotismus eine weite Thür geöffnet, über die bei uns, namentlich bezüglich der Verwendung in den neuen Provinzen, wie es scheint, nicht mit Unrecht geklagt wird. Der vorliegende Fall stellt sich als ein in der preußischen Dienstpragmatik unerhörter dar. Wenn der König persönlich eine Vorliebe für einen besondern Beamten gehabt hätte, so würde Se. Majestät wohl mit Seinem Wunsche nicht zurückgehalten haben. Die Beurtheilung der dienstlichen Qualification eines Postbeamten hat Allerhöchstderselbe bisher dem Generalpostdirector vertrauensvoll überlassen. Man kann daher die in diesem Falle ergangene Königliche Entscheidung, mit welcher ein amtlicher Antrag abgelehnt wird, nur den postalischen Erinnerungen des Herrn von Mühler zuschreiben — einer Art von Beeinflussung der Allerhöchsten Entschließungen im laufenden Dienst, welche mit der Stellung des Cabinetsraths unverträglich ist und die Geschäfte vermehrt und erschwert.

Herr v. Roon, der die Allerhöchste Ordre gegengezeichnet hatte, erhielt außer dem amtlichen Schreiben noch folgenden Privatbrief: [1])

Varzin, 29. Aug. 1869.

Verehrter Freund,

29. 8. 1869. Wehrmann wird Ihnen schon Mittheilung gemacht haben von der Post-Bombe, die bei mir einschlug, am Tage, nachdem ich mein bewegliches Schreiben an Sie abgelassen, ohne zu

[1]) Derselbe ist schon gedruckt in der Deutschen Revue 1891 II 135 und daraus in den Bismarck-Regesten I 378, wird aber hier mit Verbesserungen und Ergänzungen aus dem Original mitgetheilt.

ahnen, wie schnell ich in eine der Ihrigen analoge Lage gerathen würde. Ein Concept zu einem amtlichen in Berlin zu mundirenden Schreiben an Sie wird Ihnen Wehrmann zeigen. Ich habe es eben dictirt, bin todtmatt und gallenkrank und nehme daher Bezug auf das Elaborat, unfähig, es hier zu wiederholen. Ich weiß nicht, ob Mühler (Cabinet) einen andern Post-Candidaten in petto hat, oder ob er nur jene frivole Motivirung der allerh. Entscheidung fabricirt hat, um irgend welcher weiblichen Einbläserei [folgen Namen einflußreicher Damen] den Mantel umzuhängen. Aber ich kann weder mit der Post-Camarilla noch mit Harems-Intriguen bestehn, und niemand kann verlangen, daß ich Gesundheit, Leben und selbst den Ruf der Ehrlichkeit oder des gesunden Urtheils opfre, um einer Laune zu dienen. Ich habe seit 36 Stunden nicht geschlafen, die ganze Nacht Galle gespien, und mein Kopf ist wie ein Glühofen, trotz Umschläge. Es ist aber auch, um den Verstand zu verlieren. Verzeihn Sie meine Aufregung, nachdem Ihr Name unter der Sache steht, aber ich kann ja nicht annehmen, daß Sie bei der Form der Unterschrift Sich die Sache angeeignet oder auch nur geprüft haben. Ich selbst überlasse dergleichen dem makellosen Philipsborn, aber nicht dem Cabinets-Mühler oder [Name einer Frau]. Da mag der Kukuk noch ralliirter Hanoveraner sein, wenn die Leute en bloc für minorenn erklärt werden, oder Bundes- resp. Post-Kanzler, wenn man mit solchen Abfertigungen zur Ruhe verwiesen wird. Wenn der Karren, auf dem wir fahren, zerschlagen werden soll, so will ich mich wenigstens vom Verdachte der Mitschuld frei halten. Es ist Sonntag, sonst fürchte ich, daß ich mich an Leib und Seele schädigen würde, um meinem Ingrimm Luft zu machen.

29. 8. 1869.

Wir sind vielleicht beide zu zornig, um die Galeere weiter rudern zu können, man muß Herz und Gewissen aus bergisch-märkischem Actien-Pergament haben, um das zu ertragen. Gute Nacht, wollte Gott, ich könnte schlafen.

Ihr

v. Bismarck.

Antwort Roons.

Gütergotts, 1. September 69.

Verehrter, lieber Freund!

1. 9. 1869. Ihr gestern hier vorgefundenes Schreiben vom 29. v. M. hat mir in Wahrheit empfindliche Schmerzen verursacht, indem ich daraus entnahm, daß Sie Sich verletzt und tief geärgert fühlten und demgemäß in Ihrer Gesundheit beschädigt wurden durch einen Vorgang, den ich nicht kannte. Erst heute durch Wehrmanns Mittheilung von gestern gewinne ich die mir fehlende Erkenntniß über den Grund Ihres Verdrusses, von dem ich meine, daß er viel zu groß war in Betracht der Geringfügigkeit des bisher entstandenen, jedenfalls reparablen Schadens. Es thut mir herzlich leid, daß ich durch meine Contrasignatur zum Mitschuldigen geworden bin, aber zu meiner Entschuldigung darf ich wohl daran erinnern, daß wir nicht selten Dinge contrasigniren, ohne sie materiell approfondirt zu haben. Hätte ich eine Ahnung von der Bedeutung und dem Effekt jener Ordre auf Sie gehabt, so würde ich dagegen remonstrirt haben. Dies zu thun, bin ich auch heute bereit. Wenn Sie nicht selbst den bezüglichen Bericht an Se. Majestät, der auf Grund Ihres und Philippsborns P. M. zu entwerfen ist, zeichnen wollen, so bin ich, in meiner Eigenschaft als Ihr Vertreter, dazu von Herzen bereit.

Es stimmte mein Vertrauen in das Gelingen der Aufgaben der Zukunft sehr herunter zu erfahren, daß Sie von einem so kleinen Widerstande in einer jedenfalls nicht großen Sache körperlich in dem beschriebenen Maaße afficirt worden sind.

Wenn ich meinen neulichen Aerger — wie Sie gethan — mit dem Ihrigen vergleichen soll, so scheint es mir denn doch, daß ich mehr Anlaß dazu hatte und habe, aber incommensurable Personen und Dinge soll man nicht an einander messen.

Mein Telegramm werden Sie erhalten haben. Daraus schon konnten Sie entnehmen, daß ich — am wenigsten ab irato — von hastigen Entschlüssen sehr weit ab bin. Wenn ich solche nicht ausführe im ersten Wallen meines kochenden Blutes, so bin ich Gottlob ziemlich sicher, nach dem Beschlafen einer Sache nicht von einer Gemüthsbewegung Direction und Impulse zu erhalten. In der fraglichen Angelegenheit, in welcher Sie mich wohl nicht ganz verstanden und daher auch nicht überzeugt haben, erwarte ich ruhig das Weitere, nachdem ich mich je länger je fester überzeugt habe, nicht fehl zu gehen. Dieselbe zu wenden, wie Sie andeuten, halte ich aus materiellen Gründen für jetzt unausführbar, so lange . . . . Mich mit Ihnen zu verständigen, habe ich keineswegs aufgegeben, aber ich

mag und kann nicht schriftlich mit Ihnen disputiren, wenn ich Hühner schießen kann und eine Einquartirung von 13 Offizieren erwarte. 1. 9. 1869.

Gestern früh wurde meine Frau nach Genthin gerufen, und gestern Abend ist dort ein einziges kleines Mädchen nach schweren Kämpfen ans Licht gekommen, während ich sehnlich erwartet, es würde eine ganze Rotte Jungen sein. Wie Mutter und Kind die neue Lage, in der sie sich befinden, überstehen werden, steht noch dahin. Gott wolle helfen! — Hedwig ist gestern, nach 3monatlicher Kur, auf Krücken aus Teplitz zu uns gekommen, lediglich mit Vertröstung auf die Nachwirkung.

Mit meinen herzlichsten Empfehlungen an Ihre Damen und den besten Wünschen für Ihre jungen Herrn, in treuester Ergebenheit und Freundschaft

Ihr

v. Roon.

XXX.

Varzin, 24. Sept. 1869.[1])

Lieber Roon,

herzlichen Dank für Ihren Brief vom 21.,[2]) und ich freue mich des Mißverständnisses, das ihn mir eingebracht hat. In Sachen der Marine und ihrer Beamten hatte ich keine Antwort weiter von Ihnen erwartet, und gewundert hätte ich mich, eingedenk eigner Abneigung gegen die unreinliche Handarbeit in Tinte, überhaupt nicht, wenn Sie nicht schrieben. So ist es mir allerdings lieber. Die Sache kam so: Itzenplitz, der selbst den Fuchs nicht beißen will, wollte wiederholt verlangen, daß ich, brieflich, den Goldonkel[3]) morde; ich verwies ihn und die andern Collegen auf Selbsthülfe und erwähnte dabei, daß Sie mir auf eine Andeutung in dieser Richtung nicht geantwortet hätten. An die Marine dachte ich nicht mehr, nachdem ich annahm, daß Sie Ihren Rücktrittsgedanken nicht verfolgten. Mein Verbleiben mache ich nicht grade vom Ausscheiden des vergoldeten Onkels abhängig, wenn ich mich 24. 9. 1869.

---

[1]) Gedruckt in der Deutschen Revue 1891 II 135 und Bismarck-Regesten I 380, hier mit Verbesserungen nach dem Original.

[2]) Der Brief Roons vom 21. Sept. 1869 hat sich noch nicht gefunden.

[3]) Finanzminister von der Heydt.

24. 9. 1869. auch freuen würde, ihn freiwillig, befriedigt und mit „Suum cuique" scheiden zu sehn, da seine Unsicherheit und Unklarheit, sein Mangel an Festigkeit, Wahrheit und staatsmännischem Beruf es sehr erschweren, mit ihm zu arbeiten. Für seine Person habe ich eher ein gewohnheitsmäßiges Wohlwollen; aber als Cabinetsfrage sehe ich das Festhalten an dem Princip an, daß wir nicht wieder vom Capital zehren, um das Budget zu equilibriren, sondern daß wir zu letztrem Zwecke Steuern fordern oder Ausgaben streichen. Werden uns die Steuern abgelehnt, so haben wir das Unsrige gethan und können nicht mehr ausgeben, als wir haben. Auf diesem Punkte fand ich Se. Majestät in Pansin[1]) schon weicher gestimmt, als mit der Politik verträglich ist. Ich würde an Heydts Stelle 25 % zu den Klassen- und Mahlsteuern, 50 % zur Einkommensteuer auf 1 Jahr fordern; aber jede Quälerei der Ziffern und Hülfsquellen, um das Defizit kleiner erscheinen zu lassen, als es thatsächlich und dauernd ist, halte ich für den gröbsten politischen Fehler, den ich nicht mitmachen will.

Die 3monatliche Steuer-Kürzung ist nichts als eine Wiederholung der vorjährigen Palliative, und zwar auf gemeinsame Kosten des Staates und der Rüben- und Kartoffelbauer.

Ich spräche so gern mit Ihnen mündlich, denn viel mehr schreiben, als ich auch hier dienstlich täglich muß, kann ich nicht. Ich hoffe wenigstens auf Moritz [v. Blanckenburg] dieser Tage, um mich auszuschütten. Was Sie über Gewissensbisse wegen Hemmung der „neuen Aera" sagen, darüber könnte ich allein 3 Tage mit Ihnen reden, schreibend kann ich den Block nicht bewältigen; als Grundthema nur der Satz, daß die Art, wie, und die Gränze, bis zu der regirt werden kann, durch die Persönlichkeit des Souveräns bedingt ist. Das weiß ich, werden Sie sagen, ohne Besprechung; aber zu dem Thema habe ich 20 Bogen Variation, nicht bloß die Nüance zwischen Vater und Sohn! Auch *unser* Herr ist heut anders besaitet als 1862; er hat den Kelch der Popularität getrunken und will ihn nicht zerschlagen. Ich bin noch zu reizbar, um zu

[1]) 9.—11. Sept.

kommen, ich würde Unfug anrichten und bin nicht arbeits- 24. 9. 1869. fähig genug, um ihn wieder gut zu machen.

Herzlich freuen wir uns über die guten Berichte von Genthin, und möchten bald ähnliches von der Schwester hören. Tausend Grüße von den Meinigen und von mir. In alter Treue

Ihr v. Bismarck.

XXXI.

Varzin, 28. Nov. 1869.

Lieber Roon,

ich kann nicht viel schreiben, aber die Celler Discussion [1]) 28. 11. 1869. veranlaßt mich nochmals auf den Gedanken zurückzukommen, über den wir vor einigen Wochen, ohne Verabredung, gleicher Meinung waren. Die politischen Interessen, um die es sich handelt, sind zu ernst, um sie der Frage zu opfern, wer in dem Streitpunkte juristisch Recht hat und wer nicht. Ich bin mit dem, was Sie gesagt haben, nachdem geschehn, was geschehn, ganz einverstanden, und wollte, Sie hätten allein gesprochen. Eulenburgs Auffassung ist m. E. nicht haltbar, wenigstens nicht in thesi, wenn man auch practisch gelegentlich danach handeln mag. Schwarzkoppen hat mit mehr Zorn als Gewandheit operirt, wie der Bär, der die Fliege mit dem Stein zermalmte; die elende Polizei hat ihn im Stiche gelassen; sie durfte nach allen Regeln guten Geschmacks ohne Scrupel interveniren; für Andre war eine so kitzliche Sache wie Denkmäler für Todte, namentlich für gebliebene Soldaten und in

---

[1]) Am 15. October 1869 wurde ein von Privatpersonen in Celle aufgestelltes Denkmal zu Ehren der bei Langensalza gefallenen hannöverschen Soldaten auf Befehl des Generals v. Schwarzkoppen, weil es auf einem dem Militärfiscus gehörigen Terrain errichtet worden war, von einer dazu commandirten Truppenabtheilung niedergerissen, obgleich das zuständige Amtsgericht der Militärbehörde insinuirt hatte, die Angelegenheit in statu quo zu lassen unter Androhung einer Strafe von 100 Thalern. Am 26. October interpellirte der Abg. Miquel die Regierung wegen des Vorkommnisses. Kriegsminister v. Roon antwortete ausweichend. (Vgl. Schultheß, Geschichtskalender 1869.)

28. 11. 1869. der Lage wie die unsre dem hannöverschen[1]) militärischen Gefühl gegenüber, m. E. mit mehr Vorsicht zu behandeln, weil wir die Macht der Lüge kennen und ihr nicht unnöthige Kristallisationspunkte liefern sollen. War Schwarzkoppen einmal durch die Schwäche oder Untreue der Polizei verleitet, das schwere Geschütz des „Comm[andirenden] Generals“ auf diesen Fuchsbau abzuprotzen, so mußte er sich auch gefallen lassen, daß selbst der Comm. General des Königs vor dem Gerichte des Königs halt machte und wenigstens Anstandshalber der richterlichen Autorität die honneurs eines verspäteten telegr. Inhibitoriums erwies. Wir haben soviel ernste Schwierigkeiten auf dem Halse und blasen uns eine solche Laus zum Scorpion auf.

Sie konnten m. E., nach der Stimmung des Königs, nicht anders reden als geschehn, aber daß Se. Majestät die Sache auf die in der Anlage entwickelte Weise beilegt, halte ich für ein Gebot der politischen Klugheit, und wenn wir von der nichts mehr wissen wollten, so dürfen wir den Abgeordneten auch nicht mehr vorwerfen, daß jeder von ihnen mit seinem Rechtsboden durch die Wand will, ohne zu ermitteln, was dabei aus dem Staate wird.

Die Carlsbader Mattigkeit verliert sich langsam, aber seit gestern reite ich doch wieder und habe mehr Zutrauen. Meine Frau schalt neulich, daß Sie kein Wort von den Ihrigen geschrieben, und meinte, Sie pflegten doch sonst nicht so ein herzloser Geschäftsmann zu sein, deshalb füge ich hinzu, daß es meinen Damen gut geht, meinem Schwiegervater etwas matt, Herbert einen Hieb über den Kopf hat und noch liegt, von Bill nichts bekannt.

Herzlich der Ihrige

v. Bismarck.

Die Anlage bitte ich Sie, Sr. Majestät vorzutragen, und aus dem Briefe, soviel Ihnen courfähig scheint.

[1]) Hier auch im Original mit doppeltem n geschrieben.

XXXII.

Varzin, 2. Decbr. 1869.

Nachdem ich von den heut aus Berlin eingegangenen Actenstücken über den Besuch des Marquis Chateau Renard auf dem Königstein Einsicht genommen habe, kann ich nicht umhin, Ew. Excellenz vertraulich mitzutheilen, daß die Sache im auswärtigen Ministerium nicht nach meinem Sinne behandelt worden ist. Ich habe eine Rectificirung des Königl. Gesandten in Dresden darüber, daß er nicht die unbescheidene Aeußerung des Marquis fest und mit Anspielung auf den Vorfall in Châlons zurückgewiesen habe, und eine in diesem Sinne gehaltene Mittheilung an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßt. Es würde ganz meinen Wünschen entsprechen, wenn Ew. Excellenz auch den General von Rohrscheidt über diese Auffassung vertraulich verständigen wollen, weil durch die Wichtigkeit, mit welcher man eine anmaßliche Beschwerde eines französischen Diplomaten hat behandeln sehn, in den dortigen militärischen Kreisen vielleicht unrichtige Schlüsse über unsre politische Haltung Frankreich gegenüber gezogen werden könnten.

2. 12. 1869.

v. Bismarck.

XXXIII.

Mittwoch [30. 11. 1870].

Ich habe das Papier mit eindringlicher Mahnung Sr. Majestät geschickt. Daß er mich zu einer Besprechung meines Schreibens[1]) und aller darin angegebenen politischen Momente nicht zuzieht, zeigt Mangel an Vertrauen für mich und an Neigung für die Sache.

30. 11. 1870.

Ihr

v. Bismarck.

[1]) Ueber die Nothwendigkeit einer Beschießung von Paris.

XXXIV.

Berlin, den 10. November 1872.

10. 11. 1872. Eine Reform des Herrenhauses würde auch ich, gleich meinen Herren Collegen, als eine Nothwendigkeit anzuerkennen bereit sein. Wenn jedoch der Herr Minister-Präsident diese Reform sofort in Angriff genommen und bis zu ihrer Durchführung die Regelung der Kreisordnungsfrage hinausgeschoben haben will, so glaube ich, nach Lage der Verhältnisse, nicht unbedingt an die Ausführbarkeit einer solchen Disposition.

In der von dem Minister des Innern vor der Schlußabstimmung über die Kreisordnung im Herrenhause abgegebenen Erklärung ist für die — gleich darauf eingetretene — Eventualität der Ablehnung des Gesetzes die unverweilte Schließung des Landtags und die Einbringung eines neuen Kreisordnungs-Entwurfs sofort nach dem Wiederzusammentritt der Kammern in Aussicht gestellt worden. Durch diese Erklärung ist, wenn anders und so lange nicht etwa inzwischen ein Wechsel in der Person des Ministers des Innern eintritt, das Staatsministerium solidarisch engagirt, es kann m. E. schlechterdings nicht umhin, entweder den Minister des Innern preiszugeben oder dem Abgeordnetenhause ohne Verzug eine neue Kreisordnung vorzulegen.

Gleichzeitig aber mit diesem Gesetze die viel wichtigere Reform des Herrenhauses parlamentarisch in Scene zu setzen, erscheint mir ganz unthunlich. Beide Vorlagen würden dadurch in eine unerwünschte Wechselwirkung zu einander gebracht werden; die Regierung würde sich damit in beiden Fragen gleichsam mit gebundenen Händen dem Abgeordnetenhause und seiner liberalisirenden Majorität überliefern.

Hiernach kann ich zunächst nur für die Wiedereinbringung einer neuen Kreisordnung mich aussprechen, da ich mich nicht in der Lage befinde, über den sonst erforderlichen Personenwechsel beschließen zu können.

Von dem Schicksale, welches die Kreisordnung im Abgeordnetenhause erleidet, werden alsdann die weiteren Schritte der Regierung abhängig zu machen sein.

1. Wird die Kreisordnung im Wesentlichen nach den Regierungsvorschlägen angenommen, so ist alsdann der Moment gekommen, einen sogenannten Pairsschub vorzunehmen zu dem doppelten Zwecke: im Herrenhause die Kreisordnung und die Reform des Herrenhauses durchzubringen.

2. Wird die Kreisordnung von den Abgeordneten in einer für die Regierung unannehmbaren Weise amendirt, so wäre alsdann

ein Pairsschub ad hoc m. E. zunächst noch nicht indicirt, damit 10. 11. 1872.
nicht durch diese immerhin unerwünschte und bedenkliche Maßregel der feste Bau, den wir an dem Herrenhause besitzen, erschüttert wird, bevor wir übersehen können, was wir dagegen eintauschen. Bevor daher von der Regierung über das Modell zu dem umzugestaltenden Herrenhause nicht ein gültiger Beschluß gefaßt ist, bleibt die Umgestaltung ein frommer Wunsch. Ist ein solcher Beschluß gefaßt, so wird er im Herrenhause, mit Hülfe des erforderlichen Nachschubes, leicht durchzubringen sein; wenn aber der Majorität des Abgeordnetenhauses der Modus der Reform des Herrenhauses, wie ihn die Regierung will, nicht genügen sollte, so würde das alte Herrenhaus zwar numerisch, aber nicht organisch umgestaltet sein, und damit wäre wenig gewonnen. Um diese Situation zu vermeiden, thäte daher die Regierung m. E. wohl daran, keine dem Herrenhause feindlichen Schritte zu thun, bevor nicht feststeht, daß das Abgeordnetenhaus das Reformprojekt für das Herrenhaus in allen wesentlichen Punkten anzunehmen entschlossen ist.

Hiernach würde ich für die Eventualität sub 2 empfehlen, die Reform-Novelle zunächst in das Abgeordnetenhaus zu bringen und erst, wenn dieses sie angenommen hat, den Pairsschub vorzunehmen, um mit Hülfe desselben auch das Herrenhaus seiner eigenen Umwandlung zustimmen zu lassen.

v. Roon.

Antwort Bismarcks.[1]

Vielen Dank; ich habe aus Utilitätsrücksichten mehr Glauben an den Erfolg des andern Weges, den ich Eulenburg entwickelt, ich kann aber nicht verlangen, von hier aus einzugreifen, wenn Se. Majestät und die Collegen andrer Meinung sind. Die principielle Hauptsache bleibt meo voto die Reform des Herrenhauses, die Sie ja zu meiner Freude auch beabsichtigen. Ich bin in den letzten Tagen wieder schlecht daran, liege seit vorgestern und habe viel an Muth verloren über diesen Rückfall, nachdem ich seit Berlin in zunehmender Besserung war. Gott sei mit Ihnen, schlimm kann es nach menschlicher Ansicht nicht gleich werden; nur keine Auflösung jetzt.

Ihr

v. Bismarck.

[1]) Mit Bleistift auf Roons Brief geschrieben.

XXXV.

Friedrichsruh, 15. Jan. 1873.

Lieber Roon,

15. 1. 1873. ich habe Se. Majestät gebeten, mich für das Ordensfest dispensiren zu wollen, und habe Wrangel, wegen Capitels, telegraphisch davon benachrichtigt. Ich kann nicht viel gehn, noch weniger stehn oder Treppen steigen, und letztres ist doch im Schlosse unvermeidlich, das Stehn ebenso. Sonst geht es mir gut, ich gehe früh zu Bett, stehe um 8 auf und fahre oder reite, bis es finster wird. Beim Reiten thut mir nichts weh, nur beim Auf- und Absitzen versagt der linke Hinterlauf unter Schmerzen. Ich habe sitzend 2 Schaufler gefehlt, obschon sie so gefällig waren, sehr nah zu kommen. Ich fürchte, die Zeit ist nicht fern, wo ich wie alte podagrische Engländer im Rollstuhl oder auf dicken kleinen Ponies mein Jagdbedürfniß abmache.

Ich denke Freitag oder Sonnabend zurück zu sein. Wie ist eigentlich der wunderliche Artikel in der Kölner Zeitung, auf den offiziös so zornig geantwortet wurde, entstanden? Meine Preßleute haben Wagener im Verdacht. Mir ist es Wurscht, nur die Insinuation kann ich nicht laufen lassen, als hätte ich gegen die amtliche Regirungsvorlage mit der Herrenhausopposition conspirirt. Ich habe gegen Collegen nie anders als mit offnem Visier gekämpft. Eulenburgs Allocutionsrede[1]) machte von meiner Concession, sich auf mich beziehn zu können, einen Gebrauch, der meine Erwartung weit übertraf. Danach sieht es aus, als hätte ich den ganzen Unsinn mit der generellen Beschlagnahme und Verwarnung veranlaßt, während mir Ein gerichtliches Urtheil genügt hätte. Ich werde künftig in Privatmittheilungen vorsichtiger sein, wenn auch nicht Ihnen gegenüber; wir wollen es bei der alten Unvorsichtigkeit unter uns beiden belassen.

Ihr v. Bismarck.

Bitte bei Sr. Majestät meine Entschuldigung zu unterstützen![2])

---

[1]) S. o. S. 249 Anm. 1.

[2]) Roons Antwort vom 16. Januar 1873 s. o. 30 XV S. 248 f.

XXXVI.

Berlin, 27. Febr. 1873.

Lieber Roon,

es thut mir leid, daß Sie mir einen so kühlen Brief[1]) geschrieben haben, denn ich glaube, daß ich schon stärkere Explosionen Ihrerseits wie die meinige von heut hingenommen, oder in kurzer Frist vergessen habe. Ich habe auch von heut den Eindruck, daß der contagiöse Ausschlag des Zornes bei Ihnen früher ausbrach als bei mir. Ich glaube nicht, daß Sie Sich so in meine Haut hineindenken, wie es ein langjähriger Freund sollte, und wie ich es versuchen würde, wenn Sie durch ähnliche Niederträchtigkeiten öffentlich angegriffen würden, wie die sind, unter denen ich zu leiden habe. Ich erinnere mich nicht, daß Ihnen jemals öffentlich vorgeworfen worden wäre, Sie suchten unredlichen Vortheil durch Ihr Amt und auf Kosten des Staates. Mir wird dieß vorgeworfen, mit großer Dreistigkeit und in systematischem Zusammenhange der feindlichen wie der offiziösen Presse. Ich weiß, daß ich mir in 10 Jahren viele Feinde gemacht habe, am Hof, unter alten Partheigenossen, Jesuiten und Polen und Fortschritt ungerechnet. Aber ich hatte geglaubt, daß ich einer eifrigen Sympathie meiner Collegen sicher sein würde, wenn meine Ehre und Integrität öffentlich angefochten würde, wie es in Anknüpfung an Wagener geschehn ist. Dazu hätte gehört, daß dieser Fall rasch und öffentlich geklärt wurde. Sie haben vielleicht zu viel zu thun, um für persönliche Empfindungen Andrer Zeit und Nerven übrig zu haben. Die Thatsache ist aber, daß sich keine Stimme eines Collegen, eines Blattes, eines Freundes hat vernehmen lassen, um mir gegen unverdiente und schwere Kränkung freiwillig beizustehn. Ich muß mich selbst in der offiziösen Presse vertheidigen, und ich muß amtliche Schritte thun, um den Beistand zu erlangen, den mir Freundschaft und persönliches Wohlwollen nicht leisten. Ich fragte Sie auf dem Schlosse vorgestern, ob Wagener durch

27. 2. 1873.

[1]) S. o. 30 XVI S. 249 f.

27. 2. 1873. Schuhmann vernommen sei; Sie bejahten es mit dem Hinzufügen, daß sich nichts ergeben habe, Sie aber mit Wagener doch nicht weiter wirthschaften könnten. Sie waren darin nicht richtig berichtet, W[agener] ist auch heut noch nicht verhört, und ich fürchte, Sie täuschen Sich, wenn Sie annehmen, daß alle Leute bereit seien, Wagener und mich getrennt zu beurtheilen. Ich habe Andeutungen, daß die Angriffe der Volkszeitung auf mich aus hohen Kreisen stammen. Ich fürchte auch, daß Sie meine Sorgen über die Ihrigen wegen Wageners nicht wahrnehmen und für erstre nicht Zeit und Lust haben. Ich hatte mir vorgenommen, das heut unter 4 Augen mit Ihnen zu reden, und ich weiß nicht mehr, wie es kam, daß mir die Ladung zu früh von der Pfanne brannte. Ich dachte aber, daß es mit geschäftlicher Ruhe geschehn wäre. Jedenfalls waren meine Empfindungen nicht so überhebend, wie Sie annehmen, sondern die eines Collegen, der bei schwerer und ungerechter Kränkung da, wo er auf Freundeshülfe glaubt rechnen zu können, geschäftlichen Bedenken und zorniger Zurechtweisung begegnet.

Haben Sie in Erinnerung an 10 Jahre gemeinsamer Arbeit und noch mehr an ältere Zeiten Geduld mit mir, es wird nicht auf lange nöthig sein. Den Kampf für meinen guten Ruf will ich noch durchfechten mit der letzten Nervenfaser, die Gott mir läßt; dazu will ich die Unmöglichkeit der Fortsetzung der bisherigen Thätigkeit des Handelsministers nachweisen. Dann werde ich Ihnen keine Gelegenheit mehr bieten, durch ähnliche Unterredungen und Correspondenzen wie die heutigen den Bestand der alten Freundschaft gefährdet zu sehn, die ich gern über mein Dienstverhältniß hinaus mir erhalten möchte.

Der Ihrige

v. Bismarck.[1])

---

[1]) Roons Antwort vom 28. Febr. 1873 s. o. 30 XVII S. 250 ff.

XXXVII.

Varzin, 20. Nov. 1873.

Lieber Roon,

Ihre freundlichen und traurigen Mittheilungen vom 12. v. M.[1]) an mich gingen parallel mit Ihren amtlichen Eingaben an Se. Majestät und machten mir leider im Verein mit Ihrem Schreiben an Moritz und mit der amtlichen Mittheilung des Kaisers vom 14. über Ihre immediate Abschiedseingabe eine Situation klar, mit der ich ungern vertraut werden wollte. Ich verschob meine Aeußerung, bis ich in Wien mit Sr. Majestät mündlich darüber reden konnte, und empfahl die Bewilligung bezüglich des Kriegsministeriums, den Aufschub bezüglich des Präsidiums. Der Kaiser war damit einverstanden. In Berlin sah ich Eulenburg und Camphausen, welche für schwierig hielten, dem Landtage ohne Definitivum gegenüberzutreten. Ich selbst war nicht gesund genug, um die Geschäfte in die Hand zu nehmen, ich war pflichtmäßig nach Wien gegangen, kam acut krank hier wieder an und brauche noch Ruhe, Eulenburg wollte oder konnte nicht, und Camphausen hatte die Anciennetät nicht, um einstweilen an die Spitze zu treten, so ist es gekommen, daß ich dem Kaiser von hier aus empfahl, was inzwischen von Ihm befohlen ist. Gleichzeitig wurde der Eintritt von Moritz von uns verabredet und von mir in demselben Schreiben bei Sr. Majestät beantragt. Ich habe es abgelehnt, Moritz vertraulich zu sondiren; ich hatte das, bezüglich Stettin und Berlin, zweimal gethan, und nachdem ich sein Widerstreben überwunden, wurde nichts daraus. Ich verlangte also, daß er dießmal auf allerh. Befehl amtlich und nicht von mir freundschaftlich gefragt werde. Das Weitre wird Ihnen genauer als mir bekannt sein. M[oritz] hat mir am 16. c. geschrieben. Ueber seine privaten Ehehaften urtheile ich nicht, er hat kein schneidiges Berufsgefühl für die Gesammtinteressen des Landes, sonst hätte er nie sein Mandat nieder-

20. 11. 1873.

[1]) Roons Brief vom 12. October 1873 hat sich noch nicht gefunden. — Bismarcks Brief ist bereits im Auszug gedruckt in den Denkwürdigkeiten II 605 ff.

20. 11. 1873. gelegt; es ist das ein Nachhall der Ader, die ihn abhielt, Landwehroffizier zu werden; hätte er jenes vaterländische Gesammtgefühl, so[1]) würde er damals und jetzt nicht den „Acker“ oder „fünf Joch Ochsen“ oder ein „Weib“ als Hinderniß gehabt haben.[2]) Die politischen Bedenken halte ich noch weniger zutreffend; sein Beruf wäre gewesen, landwirthschaftliche Interessen en gros zu fördern, aber nicht Politik zu treiben. Seine Fractionsfurcht ist größer als seine Hingebung für König und Land. Und er ist doch so grünes Holz, wie erst mit dem dürren! Die Fraction und die Preßbengel Nathusius, und bei den Dürren der neidische Junkerdünkel. Gott hat die Fahnenflucht unsrer Junker von Thron und Evangelium zugelassen und dadurch unser Rüstzeug schwer geschädigt; aber ich schöpfe auch hier wie 63, 66, 70 in all den Kämpfen, die wir, lieber alter Freund, Schulter an Schulter siegreich bestanden haben, Muth aus dem mich tief innerlich berührenden und leitenden Worte: „Gott widersteht den Hoffärtigen“, und auch im Kampfe mit Kleist, Waldow und Gerlach, wie mit den ehrgeizigen Priestern des römischen Götzendienstes, sehe ich die Hoffart zu meinem Trost im feindlichen Lager. Gefochten soll sein, das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf deutsch direct befohlen hätte, ich stehe dienstlich an der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine factiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagmäßig verwendet, und der Verbrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justificirt. Durch Ihren Austritt bin ich vereinsamt, unter — Ministern — die einzige fühlende Brust. Der Rest vom alten Stamme,[3]) der bleibt, ist faul; ich will nicht zu ihm sagen: „Heinrich, mir graut vor Dir“, aber ich habe mitunter Lust, falls ich noch körperlich stärker bin, es ihn empfinden zu lassen. Unsre troupiers haben ein kurzes Wort über seine Landsleute, Sie werden es

[1]) Orig.: sonst.

[2]) Vgl. Ev. Luc. 14, 18—20.

[3]) des Ministeriums.

kennen. Ich wollte Ihnen nur ein herzliches Lebewohl schreiben, 20. 11. 1873. und nun komme ich auf sechs Seiten solcher Abirrungen. Sehn werden wir uns ja doch im Winter, und persönlich also nehme ich nicht Abschied. Wir werden mündlich doch noch manchen Rückblick auf die 11 Geschichtsjahre thun können, die Gott uns zusammen hat durchkämpfen lassen, und in denen wir mehr von Seiner Gnade erlebt haben, als wenigstens mein Verstehn und Erwarten faßte. Im Amte aber wird es einsam um mich sein, je länger je mehr; die alten Freunde sterben oder werden Feinde, und neue erwirbt man nicht mehr. Wie Gott will. Im gelben Sitzungszimmer werde [ich] die Lücke auf Ihrem Sophaplatze nicht ausgefüllt finden und dabei denken: „ich hatte einen Kameraden —". Man wird alt, das hat sein Gutes, man ist zufrieden mit Knochen und Leder an sich und Andern. Der Postbote mahnt, herzlichen Gruß und auf baldiges Wiedersehn.

Ihr

treuer Freund

v. Bismarck.

XXXVIII.

(Telegramm.) Friedrichsruh, 30. April 1877.

Herzlichen Glückwunsch zum heutigen Tage im Andenken 30. 4. 1877. an gemeinsame Freuden und Leiden, Kämpfe und Erinnerungen.

v. Bismarck.

Anhang.

Berichtigungen

zu den in den „Denkwürdigkeiten aus dem Leben des General-Feldmarschalls Kriegsministers Grafen v. Roon“ veröffentlichten Briefen Bismarcks an Roon.

Band II (2. Auflage)

S. 27 Z. 5 v. u. l.: Auerhühner statt: Auerhähne.
S. 29 Z. 1 v. o. l.: Politik statt: Haltung.
S. 29 Z. 15 v. u. l.: Gossen statt: Gassen.
S. 29 Z. 3 v. u. l.: treu bis in die Vendee statt: treu bis in die Waden.
S. 30 Z. 13 v. u. l.: ein sehr heilsames Mittel.
S. 79 Z. 10 v. o. l.: vertraulichen statt: traulichen.
S. 91 Z. 15 v. o. l.: kurz und erbaulich statt: kurz und vertraulich.
S. 92 Z. 7 v. o. l.: muß statt: möchte.
S. 93 Z. 13 v. u. l.: vermuthlich statt: wahrscheinlich.
S. 93 Z. 3 v. u. l.: zu denen statt: zu dem.
S. 94 Z. 13 v. u. l.: freundlichen statt: freundschaftlichen.
S. 99 Z. 6 v. o. l.: alberne Kleinigkeiten.
S. 99 Z. 11 v. o. l.: großes Glück.
S. 99 Z. 13 v. o. ergänze nach „ausgeht“: und die Kreisrichter müssen mit den Kosten ihrer Stellvertretung geängstigt werden.
S. 109 Z. 5 v. o. l.: leider statt: wieder.
S. 109 Z. 14 v. u. l.: oder Monate.
S. 109 Z. 1 v. u. ergänze nach „Ende zu machen“: Gelingt dieß nicht bald, so muß ich die Dinge nehmen, wie sie liegen, und mir sagen, ich bin des Königs Gesandter in Paris, lasse zum 1. October Kind und Kegel dorthin kommen und richte mich ein. Ist das geschehn, so kann Se. Majestät mich des Dienstes entlassen, aber nicht mehr zwingen, nun sofort wieder umzuziehn; lieber

gehe ich nach Hause aufs Land, dann weiß ich, wo ich wohne. Ich habe in meiner Einsamkeit die alte Gesundheit mit Gottes Hülfe wiedergewonnen und befinde mich wie seit 10 Jahren nicht; von unsrer politischen Welt aber habe ich kein Wort gehört; daß der König in Doberan war, sehe ich heut aus einem Brief meiner Frau, sonst könnte ich das D. in dem Ihrigen nicht deuten. Ebenso, daß er zum 13. nach Carlsruh geht ꝛc. (S. 110).

S. 158 Z. 10 l.: Sydow, der Wollträger.

S. 194 Z. 15 v. u. l.: stets in Treue statt: stets im Train.

S. 395 Z. 11 v. u. ergänze nach „anheim": finden Sie nöthig, den Collegen gegenüber die Anlage zu benutzen, so bitte ich das in der Form zu thun, daß Sie die Pièce an Wagener geben, der sie zu behandeln hat, als hätte ich ihm zu den Acten des Staatsministeriums das Concept meines Schreibens an den Finanzcollegen eingesandt.

S. 395 Z. 8 v. u. ergänze nach „entgegengetreten sind": und denen ich in der s. p. rem. beigefügten Fassung geantwortet habe.

S. 396 Z. 4 v. o. Der Anfang des Briefes an v. d. Heydt lautet: Verehrtester College, von dem Gedanken, das Deficit aus dem Activvermögen des Staates zu decken, kann ich nur dringend abrathen. Einmal ꝛc.

S. 397 Z. 8 v. o. ergänze nach „müssen": und daß die laufenden Ausgaben auf die Höhe der vorhandenen Deckung beschränkt bleiben müssen.

S. 397 Z. 12 v. o. l.: Hindeutung statt: Andeutung.

S. 397 Z. 14 v. u. ergänze nach der Ueberschrift „Lieber Roon": Anliegend schicke ich Ihnen das neulich fehlende Actenstück s. pet. rem.

S. 397 Z. 11 v. u. l.: Senfft statt: S.

S. 398 Z. 5 v. o. ergänze nach „dazwischen": Letztre streifen an Gemeinheit, die ich S., nicht W. zur Last lege.

S. 398 Z. 9 v. o. ergänze nach „würde": wie S. das andeutete.

S. 398 Z. 10 v. o. l.: Rücksichten statt: Gründen.

S. 398 Z. 13 v. o. l.: Ministerialrath statt: Ministerrath.

S. 410 Z. 15 v. u. ergänze nach „erschöpft": Ich komme von dem Orte der Erleichterung garnicht mehr los seit 2 Tagen und werde ꝛc.

S. 410 Z. 10 v. u. ergänze nach „verlangt": Diese badische Unruhe tölpelt in jede politische Berechnung störend hinein.

S. 410 Z. 8 v. u. l.: sollte man doch ꝛc.

S. 410 Z. 6 v. u. ergänze nach „zeigen": Was hat Sch....... mit der Arcona aufgestellt, daß der Condensator gebrochen? Er muß sie übertrieben haben. Kann man dieser Hof-Theerjacke auch soviel Menschenleben sicher anvertrauen, wie auf dem Schiffe sind?

S. 424 Z. 13 v. u. ergänze nach „gezeichnet“ (statt: u. s. w.): werde bestimmen, daß beides erst Montag an S. Maj. abgeht, damit Sie vielleicht auch Ihrerseits eine empfehlende Zeile an S. M. vorher richten. Ich habe zwar keine Zweifel, aber besser ist besser. — G. ist Geßner.

S. 581 Z. 4 v. o. ergänze nach „betreibt“: Ich bin nachgerade in Ungnade bei allen Gliedern des Kgl. Hauses, und das Vertrauen des Königs zu mir ist im Abnehmen. Jeder Intrigant findet sein Ohr. Dadurch wird der auswärtige Dienst für mich schwieriger. Ich habe Goltz und Usedom Jahre lang getragen, es wird mir aber sauer und unwürdig im Gefühl, mich mit einem so leichtfertigen und gewissenlosen Egoisten wie Harry Arnim vor dem Könige über mein Recht als Minister streiten zu sollen.

S. 581 Z. 8 v. o. l.: Die landesfeindliche Desertion.

S. 581 Z. 4 v. u. l.: Die ruchlose Ueberhebung.

II.

Reden, Vorträge, Abhandlungen.

1.

Zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck.

Festrede von Gallus Thomann.

New York, am 1. April 1895.[1]

Der äußere Anlaß und Zweck unseres heutigen Beisammenseins ist der ganzen Welt bekannt. Ueber die auf Geist und Gemüth der geehrten Festtheilnehmer bestimmend und maßgebend einwirkenden geschichtlichen Thatsachen herrscht in diesem Saale sicherlich völlige Meinungseinheit, und ich könnte daher ohne Weiteres übergehen zu der ebenso ehrenvollen wie schwierigen Aufgabe, in meiner schwachen Weise Ausdruck zu verleihen dem starken, ja übermächtigen Gefühle unauslöschlicher Dankbarkeit, das uns heute hier vereint.

So ohne Weiteres geht das aber leider nicht. Wir schulden es uns und unseren Mitbürgern, unsere Stellung kurz, aber klar und deutlich zu präcisiren sowohl gegenüber den Angriffen ultra-radikaler Dogmatiker, als auch gegenüber denjenigen schwärmerischen Verehrern Bismarcks, die da wiederholt versuchten, eine für den unsterblichen Ruhm des Gefeierten durchaus überflüssige deutsch-amerikanische Legendenbildung in den imposanten Rahmen der Einigungsgeschichte hineinzuzwängen.

Wir wollen über die Kritik der Ersteren nicht stillschweigend hinweggehen, denn das wäre Hochmuth; wir dürfen uns aber

[1]) Dieser Beitrag eines Deutsch-Amerikaners, der für das Bismarck-Jahrbuch II zu spät einging, wurde für den 3. Band zurückgelegt. Dr. H. K.

auch nicht unter Hintansetzung unserer Ueberzeugung vor ihr beugen, denn das wäre Feigheit.

Dem Ueberschwang der letztgenannten Schwärmer müssen wir den Dämpfer der Wahrheit aufsetzen. Beginnen wir mit ihnen. Wenn ein hiesiger Redacteur, der seither unserer Allmutter Natur, leider allzu früh, den letzten Tribut entrichtet, bei Uebersendung eines goldenen Bierhumpens dem Fürsten versichert, daß auch wir Deutsch-Amerikaner eine wesentliche Hebung unserer Lage als Folge der Reichs-Einigung erfahren hätten, so mag dies, als eine bloße Höflichkeitsformel betrachtet, noch hingehen; wenn aber ein Brooklyner Pfarrer in einem gedruckten Eingesandt sich zu der rhetorischen Frage hinreißen läßt: „Was wäre ohne Bismarck aus uns Deutsch-Amerikanern geworden?" — dann scheint es denn doch geboten, zur Steuer der Wahrheit zu sagen, daß das Deutschthum in Amerika seine jetzige, achtunggebietende Stellung nur sich selbst, seiner Mitarbeiterschaft an dem Auf- und Ausbau unseres Gemeinwesens und seiner hervorragenden, zielbewußten Betheiligung an allen freiheitlichen und fortschrittlichen Bewegungen der neueren und neuesten Zeit zu verdanken hat. Schon bei einer früheren Gelegenheit sah ich mich genöthigt, öffentlich zu betonen, daß gegentheilige Auffassungen vollkommen irrig, geschichtlich unhaltbar sind.

Die Schlacht von Sadowa war noch nicht geschlagen, als das Deutschthum in Amerika schon lange in der Achtung der Anglo-Amerikaner weit höher stand als irgend ein anderer Bestandtheil unseres Nationalitäten-Conglomerats; und welch' hohen Ansehens das Deutschthum sich schon zu Beginn des deutsch-französischen Krieges hier erfreute, geht am deutlichsten wohl aus der Thatsache hervor, daß es ein Deutsch-Amerikaner war, der im Bundes-Senat den zu Gunsten Frankreichs geplanten Waffenschacher mit unvergleichlicher Beredsamkeit an den Pranger stellte. Seither saß kein Deutscher mehr im Bundes-Senat; und es wird schwerlich Einer leugnen wollen, daß gerade jene Zeit, also die Zeit vor der Wiedergeburt des Deutschen Reiches, die eigentliche Glanzperiode der politischen Thätigkeit der Deutsch-Amerikaner war, — die Periode, in

welcher Deutsche zu Dutzenden im Congreß, im höheren diplomatischen Dienste, in den höchsten Verwaltungsstellen, an der Spitze mehrerer Staatsregierungen und in den Vorderreihen der politischen Führer Gelegenheit fanden, sich auszuzeichnen. Das Verdienst, seine achtunggebietende Stellung sich selbst aus eigener Kraft erworben und mit mehr oder weniger Erfolg seither behauptet zu haben, kann dem Deutsch-Amerikaner Niemand rauben, und fürwahr, Otto v. Bismarck hat es am wenigsten nöthig, sich von der überhitzten Phantasie überschwänglicher Panegyriker einen erborgten Ruhm andichten zu lassen. — Nichts liegt uns ferner, als eine Erwägung ähnlich der des Brooklyner Pfarrers; unsere Beweggründe sind, gottlob, anderer Art.

Und nun zu den Angreifern! Der fähige Nachfolger und geistige Testamentsvollstrecker des genialen Heinzen schleudert uns den Vorwurf ins Angesicht, daß wir dem „Gewaltpolitiker Bismarck eine speichelleckerische Ovation darbringen wollen," dadurch beweisend, daß wir „noch nicht eingedrungen in den Geist des Republicanismus und den Knechtsinn des Unterthanen noch nicht losgeworden seien." Wir könnten uns hier berufen auf Stockamerikaner, und zwar auf die Edelsten unter ihnen, die nie Unterthanen waren, denen Knechtsinn ein unfaßlicher Begriff, für die der Republicanismus ein unentbehrliches Lebenselement ist, und die trotzdem und deßungeachtet in aufrichtiger Verehrung zu dem Geisteshelden emporblicken, dessen ganzes Dichten und Trachten, Streben und Wirken darauf gerichtet war, sein Vaterland einig, stark und groß zu machen. Wir könnten Namen vom allerbesten Klange citiren, wie beispielsweise die der Historiker Bancroft und Motley, der Gelehrten White und Bishop, der Dichter Taylor und Lowell, der Generale Grant und Sheridan, der Publizisten Dana und Halstead, gar nicht zu gedenken der Legion von weniger bedeutenden Gelehrten und Schriftstellern, die sich unserm Freunde Steiger gegenüber aus Anlaß der heutigen Feier als Bewunderer des großen Mannes zu erkennen gaben. Eine solche Deckung suchen und brauchen wir aber nicht. Unserer Angreifer eigene Worte sollen uns zur Waffe werden! Vorher aber eine kleine

Abschweifung. Es ist bemerkenswerth, daß es zu allen Zeiten unter den Deutsch-Amerikanern solche sonderbare Käuze gegeben hat. Schon im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts, als die Philadelphier Deutschen nach der Völkerschlacht bei Leipzig eine Friedensfeier veranstalteten, mußten sie gegen ähnliche Angriffe Stellung nehmen und thaten dies in einem Trinkspruch, der da lautete:

„Wer je aufhören kann, Antheil an den Begebenheiten seines Vaterlandes zu nehmen, wem die glückliche Veränderung in demselben nicht herzliche Freude macht, der ist unwerth, unter Amerikas Bürger aufgenommen zu werden."

Als im Jahre 1871 die New Yorker Deutschen das glänzende Friedensfest feierten, waren es wiederum deutsche Radikale, die über die herrliche Begeisterung der Deutsch-Amerikaner die ätzende Lauge ihres Spottes ausgossen, und es ist gewiß recht bezeichnend für die Geistesbeschaffenheit ihrer heutigen Nachfolger, daß, was damals gesagt wurde, auch heute wieder aufgefrischt und aufgetischt wird. Doch nun zurück zur Sache. „Unsere Liebe," sagt der Radikale, „gilt dem deutschen Volke, und ist sie echt, so müssen wir wünschen, daß es ein freies Volk sei." Wahr gesprochen! Wir alle lieben unser Volk und wünschen nichts sehnlicher, als daß es frei sei; allein weil wir es lieben und wissen, daß es, um frei werden zu können im eigenen Hause, erst befreit werden mußte vom Joch und Druck der äußeren Feinde, dies sehnlichst erhoffte Ziel aber nicht erreichen konnte, ohne vorher einig zu sein, ist es uns eine heilige Pflicht, den Mann zu ehren, dem Manne auf immerdar dankbar zu sein, der unseres Volkes unzählige Feinde zu Boden warf und Deutschlands Einheit begründete.

Wir feiern Bismarck, den Einiger und Mehrer des Deutschen Reiches, bekennen aber offen und unumwunden, daß wir für die Sache der Freiheit unendlich viel mehr von der Wiederherstellung des Reiches erhofften und erwarteten, als uns geworden ist. Dafür aber Bismarck verantwortlich machen zu wollen, Bismarck, dessen König es als ein Verbrechen am

Gottesgnadenthum betrachtet hätte, die Kaiserkrone aus der Hand des Volkes zu empfangen, denselben Bismarck, der zu rechnen hatte mit einem Dutzend auf ihre göttlichen Rechte pochenden deutschen Fürsten und mit ebensovielen deutschen Bruderstämmen, die ihren angestammten Herrschern mit gerade-zu fanatischer Loyalität ergeben waren — das wäre ungefähr ebenso unphilosophisch, geschichtswidrig und ungerecht, als wenn wir die 48er Patrioten tadeln wollten, weil das Frankfurter Parlament, anstatt die Republik zu proklamiren, dem damaligen Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone anbot. Die eben erwähnte historische Thatsache hätte übrigens den „Freidenker" doch zum Nachdenken anregen sollen; er hätte dann vielleicht nicht geschrieben, daß wir Republikaner den Bismarck nicht ehren sollten, weil er nur im Interesse des monarchischen Prinzips und ausschließlich für die Hohenzollern-Dynastie gewirkt habe. Die letztere Behauptung ist durchaus unwahr, und was die erstere betrifft, die ja auch nur halb wahr ist, so würde nach der Logik des „Freidenkers" eben nur daraus folgen, daß wir auch unser Volk weder lieben noch ehren dürfen; denn, wie tief wir es auch beklagen mögen: es ist und bleibt Thatsache, daß die Reichsdeutschen, ihrer überwältigenden Mehrheit nach, Monarchisten sind und in der Republik eine Freiheit sehen, die sie nicht meinen und auch nicht mögen.

Zu behaupten, daß Bismarck nur im Interesse der Hohenzollern-Dynastie gewirkt habe, ist einfach eine Geschichtsfälschung, wider die jeder halbwegs belesene Deutsche die geistig bedeutendsten deutschen Historiker, und unter ihnen gerade diejenigen zum Zeugniß heranziehen kann, die noch heute, wie erst kürzlich Felix Dahn, unumwunden bekennen, daß sie, von Preußenhaß und Particularismus verblendet, im Jahre 1866 die erbittertsten Gegner desselben Bismarck waren, den sie heute vergöttern. Deutschland geht unserm Bismarck in der That über Alles, und darf er, der vordem gewaltthätigste und kühnste Vorkämpfer des Feudalismus, auch nicht mit Jahn von sich sagen, daß „Deutschlands Einheit der Traum seines erwachenden Lebens, die Morgenröthe seiner Jugend war",

so darf er doch, was unendlich viel mehr ist, von sich behaupten, daß die Verwirklichung jenes herrlichen Traumes „der Sonnenschein war seiner Manneskraft und jetzt der Abendstern ist, der ihm zur ewigen Ruhe“ und, nebenbei gesagt, zur Unsterblichkeit winkt. Im Zusammenhang mit dem schon Gesagten verdient es übrigens als Kennzeichen der Unberechenbarkeit radikaler Anschauungen hervorgehoben zu werden, daß Jahn die citirten Worte in der Paulskirche sprach, gleichsam als Antwort auf die Verunglimpfungen, die ihm damals, wie heute Bismarck, von jener Seite zu Theil wurden. Mit dem feudalen Bismarck heute noch ins Gericht gehen zu wollen, hieße den Saulus gegen den Paulus ausspielen. Mit dem Bismarck hatte der Eiserne selber schon gründlich aufgeräumt, als er zuerst das weltgeschichtliche Wort von „Blut und Eisen“ gebrauchte, und es war zu unseres Volkes Glück, daß weder unter seinen Feinden noch unter seinen Freunden ein Einziger sich fand, der die Wandlung, die seit dem Jahre 1859 in ihm vorgegangen war, begreifen konnte oder daran glauben wollte. Er hat jene nicht betrogen, denn die Wahrheit war sein Leitstern, und wenn je Goethes Wort „die Weisheit ist nur in der Wahrheit“ sich an einem Sterblichen bewährte, so war es an Bismarck. Weder die Freunde noch die Gegner wollten ihm aber die Wahrheit glauben, und so haben sie sich der Reihe nach zu Alldeutschlands Vortheil und zu Bismarcks Ruhm und Ehre selber betrogen.

Nachdem jene Wandlung sich vollzogen hatte, gab es für ihn nur ein Ziel und das war die Einigung Deutschlands. Darum ehren, ja, wir fürchten uns nicht zu sagen, verehren wir ihn und verzeihen ihm freudigen Herzens seine Verstöße gegen Volksrechte und all das Gewaltsame seines Vorgehens in den Zeiten der unvermeidlichen Conflikte. Ohne diese wäre Deutschland ja nie einig geworden. Weder Freunde noch Feinde konnten oder wollten ihn verstehen, und er durfte doch jene auf die Gefahr hin, ein großes Werk scheitern zu sehen, nicht einweihen in seine kühnen, welterschütternden Pläne. Die mit ihm das große Ziel anstrebten, standen aber auf einem ganz anderen Boden und gehörten zum großen Theile zu jenen

Theoretikern und Dogmatikern, die Carlyle so treffend schildert. Sie hatten sich — jeder unter spezieller Berücksichtigung seiner eigenen partikularistischen Bedürfnisse — das Werk nach unverbrüchlichen Grundsätzen und erprobten Dogmen zurechtgelegt und waren überzeugt, daß es so gelingen müsse, genau so oder gar nicht. Wir unterschätzen diese Patrioten nicht; ihr Wirken hat wesentlich dazu beigetragen, den rein idealen Einheitsgedanken — ohne Seitenblicke auf die Mittel zur Verwirklichung — wachzuerhalten. Ohne sie, vor allem aber ohne die Achtundvierziger, ohne die Helden und Sänger des ersten Freiheitskrieges, ohne die Edeln, die ihr Herzblut für das hehre Ideal hingegeben, die in Kerker und Ketten dafür geschmachtet oder im Exil dafür gedarbt und gelitten; die das nationale Weh und das nationale Hoffen in herzerschütternden Liedern besungen oder in geistbezwingenden Reden und Schriften geschildert — ohne sie wäre Bismarcks Mission unmöglich gewesen. Ebenso wahr ist es aber auch, daß ohne Bismarck Deutschland noch heute der Spielball der europäischen Mächte wäre, ein zerrissenes und zerklüftetes Land, ohne Macht und Stärke, ohne Ansehen und Ehre, das hilflose Opfer der Ländergier und Ruhmbegierde, der Gleichgewichtsschrullen und Launen fremder Tyrannen, des Uebermuths und Nationaldünkels fremder Völker.

In unsern Tagen, da ein Deutscher Reichstag den traurigen Muth besitzt, sich dem Gespötte der ganzen Welt preiszugeben, indem er dem Schöpfer des Deutschen Reiches einen Glückwunsch zum Geburtstag versagt, ist es die heilige Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes, die Fälschungen der Gegner bloszustellen und zu zeigen, daß es auch heute noch, wie die Reichstags-Coalition der Polen, Elsässer und Ultramontanen ja beweist, die unversöhnlichsten Reichsfeinde sind, die Bismarck mit ihrem ohnmächtigen Hasse verfolgen. Auf diese Volksvertretung blickt das deutsche Volk mit derselben Verachtung, demselben grimmen Groll, den es in unzweideutiger Weise bekundete, als vor einigen Jahren der Schablonenstaatsmann Caprivi seinen Uriasbrief nach Wien schickte.

Gewaltpolitiker nennen sie ihn! Nun ja, dem Schicksal sei es gedankt, daß er es verstand, den Gewaltpolitiker nach

außen hin dort zur Geltung zu bringen, wo Gewalt und nur Gewalt den denkbar genialsten Plänen einer unvergleichlichen Staatskunst die erstrebte Verwirklichung bringen konnte. Die Geschichte erzählt uns indessen, daß gerade er nach jedem siegreichen Kriege, den letzten vielleicht ausgenommen, Milde befürwortete; und daß er namentlich den besiegten Bruderstämmen gegenüber nichts weniger war als ein Gewaltpolitiker, dafür zeugt in unwiderleglicher Weise die einmüthige Begeisterung, mit der Süddeutschland im Jahre 1870 zu den Waffen eilte und sich unter Preußens Führung stellte.

„Wenn wir nach Wien marschiren, reite ich an der Spitze eines Regimentes in den Tod," das war des Gewaltpolitikers Antwort auf die ungestüme Forderung der preußischen Heerführer, die siegreiche Armee müsse ihren Einzug in die Hauptstadt des Besiegten erzwingen. Seiner Mäßigung und schonenden Milde, seinem scharfsichtigen und wohlwollenden Eingehen auf die Stimmung der süddeutschen Stämme und Fürsten sind die günstigen Friedensbedingungen und späteren Zugeständnisse zuzuschreiben, die den Bruderbund ermöglichten. Seiner kampfbereiten Friedfertigkeit und Vertragstreue, gepaart mit überragender Klugheit und diplomatischer Meisterschaft, ist es zu danken, daß all die schlau angelegten Intriguen fremder Mächte kläglich scheiterten und jede Deutschland zugedachte Niederlage oder Demüthigung auf den Gegner zurückfiel, so daß, als die eisernen Würfel endlich gefallen waren, die ganze Welt erkennen und bekennen mußte, Deutschland kämpfe nur für sein gutes Recht und zur Wahrung seiner Ehre.

Wo Gewalt am Platze war, da freilich ließ er es, gottlob, nicht an ihr fehlen. Weder mit schönen Reden, noch mit patriotischen Manifesten, noch mit den Kniffen und Schlichen der alten diplomatischen Schule war die Schmach und Schande von Olmütz auszutilgen! Gewalt allein und nur Gewalt vermochte die deutsche Ehre aus den „Gräbern am Meere" zu holen, in die Oesterreichs erbärmliche Haltung, Preußens schwächliche Politik und die Mißgunst der europäischen Mächte sie vor 44 Jahren versenkt hatten! Gewalt und wieder Gewalt

gehörte dazu, Storms prophetisches Wort mit Bezug auf Schleswig-Holstein wahr zu machen:

„Denn kommen wird das frische 'Werde!'
Das auch bei uns die Nacht besiegt,
Der Tag, wo diese deutsche Erde
Im Ring des großen Reiches liegt."

Gewalt und diplomatische Kraftgenialität waren nöthig, um Oesterreichs Hegemonie zu zertrümmern, aus der alles innere und äußere Elend, die Hinopferung deutscher Ehre, deutscher Würde, deutscher Einheit und deutschen Volksthums entsprangen; und Gewalt des Geistes und physische Gewalt waren erforderlich, um den Erbfeind unseres Volkes niederzuschmettern, die natürlichen Grenzen unseres Landes wieder herzustellen, die uns geraubten Provinzen wieder zu erobern, und kommenden Cäsaren und zukünftigen Olliviers und Gramonts zu beweisen, daß weder die Androhung der Greuelthaten eines Mélac, noch die Anrufung des partikularistischen Geistes, noch die Hinweise auf mögliche österreichische, italienische oder russische Bündnisse es vermögen, das deutsche Volk einzuschüchtern. Daß Bismarck in diesem Sinne „Gewaltpolitiker" war, mögen es ihm die Dänen und die Oesterreicher und die Franzosen verargen — die Deutschen danken ihm dafür und werden nimmermehr vergessen, daß er, wie Friedrich Hecker einst sagte, „der Vollstrecker der einen Hälfte des Vermächtnisses der Achtundvierziger" geworden ist.

Man mag Bismarcks innere Politik nicht gutheißen können, oder gar sie verdammen müssen, ohne darum minder dankbar anzuerkennen die heroische Größe, die unerreichte Staatskunst, die Alles überragende Verstandesschärfe, die riesenhafte Kraft des Willens und der Beharrlichkeit, die unerschütterliche Vaterlandsliebe des Mannes, der trotz allen Ränken und Tücken zahlloser inneren und äußeren Feinde, trotz den verführerischsten Verlockungen Napoleons, trotz allen erbärmlichen Machenschaften deutscher Fürsten, trotz der partikularistischen Kurzsichtigkeit der deutschen Stämme, trotz allen Anfeindungen im eigenen Hause, das *eine* große Ziel verfolgte, „*mit*

eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Macht und Herrlichkeit entgegenstand." Das sind Bismarcks eigene Worte; sie kennzeichnen sein Wirken besser als Alles, was über ihn gesagt oder geschrieben werden mag, und setzt man daneben den Satz, den er auch in Momenten der höchsten Gefahr unseren Feinden trotzig entgegenschleuderte: „Keinen Fußbreit deutscher Erde treten wir ab", so hat man die Erklärung für die unerhörte Begeisterung, die heute Alldeutschland durchbraust und in den entlegensten Ländern, überall wo Deutsche wohnen, volltönigen Wiederhall findet.

Gewiß ließ seine innere Politik, von unserem Standpunkt aus betrachtet, viel zu wünschen übrig, allein auch als Republikaner wird man ihr in manchen wesentlichen Dingen rückhaltlose Zustimmung nicht versagen können. Ist es etwa kein Verdienst, allgemeines Wahlrecht, Arbeiterschutz, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Reichsindigenat eingeführt, und all den alten Plunder ausgetilgt zu haben, der in früheren Jahren den Deutschen einer abscheulichen Büreaukratenwirthschaft und Polizeiwillkür preisgab? Oder ist es in den Augen des Radikalen kein Verdienst, den Culturkampf zu einer Zeit geführt zu haben, wo der pontifikale Aberwitz sich dem Geiste des 19. Jahrhunderts mit einem Unfehlbarkeitsdogma und der Lehre von der unbefleckten Empfängniß entgegenzustemmen suchte? Daß dem deutschen Volke die Freiheit nicht gegeben wurde, die wir ihm wünschen, ist ja leider nur zu wahr; allein der Vorwurf trifft zunächst die deutschen Fürsten, hauptsächlich und insbesondere aber das deutsche Volk. Freiheit wird nur in den seltensten Fällen, wenn überhaupt je, gegeben, sie muß von Dem, der ihrer bedarf, genommen werden. Daß der Deutsche dieses Bedürfniß noch nicht fühlt, das ist eine beklagenswerthe Thatsache, die uns jedoch nicht entmuthigt. Früher oder später muß ihm, wenn der Druck unerträglich wird, Stauffachers Ueberzeugung aufdämmern, und dann „greift er

Hinauf getrosten Muthes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte."

Das mag bei der bejammernswerthen Ertragungsfähigkeit und Geduld, der tiefeingewurzelten monarchischen Gesinnung des Volkes noch recht lange dauern;[1]) allein, selbst wenn es noch Jahrhunderte dauern sollte, auch dann wird der Deutsche noch dankbaren Herzens des Mannes gedenken, dem wir die unerläßliche Vorbedingung künftiger Freiheit verdanken: die deutsche Einheit! Wenn dereinst die Freiheitsglocken die deutschen Krieger zu den Waffen rufen,

„Auf daß sie streiten für des Volkes Recht,
Auf daß sie sterben für des Volkes Ehr',“

auch dann wird man den Helden preisen, der den alten Barbarossa erlöste aus seinem vielhundertjährigen Zauberschlaf, befreite aus dem Felsgelaß des Kyffhäusers, in das er

„Hinabgenommen
Des Reiches Herrlichkeit;“

und dem kommenden Geschlechte können wir nichts Besseres wünschen, als daß ihm zur Vollstreckung des ganzen Vermächtnisses der Achtundvierziger ein neuer Bismarck erstehe.

In diesem Sinne stimmen wir heute ein in den Jubel der deutschen Nation, beseelt von dem Wunsche, daß es dem Alten im Sachsenwalde noch recht lange beschieden sein möge, heiteren Sinnes und frohen Gemüthes sich zu erfreuen der begeisterten Dankbarkeit und Liebe, die das deutsche Volk stets wird bewahren dem Begründer der deutschen Einheit.

---

[1]) Dem Republikaner wird man diese Phrasen nicht verübeln; es versteht sich von selbst, daß der Herausgeber des Bismarck-Jahrbuchs die von dem Deutsch-Amerikaner beklagte „tiefeingewurzelte monarchische Gesinnung des Deutschen Volkes“ für den rocher de bronze hält, an dem die Wogen der Revolution sich brechen werden. Dr. H. K.

2.

Rede des Geh. Reg.-Raths Professor Dr. Ulmann,

gehalten beim Festcommers der Bürgerschaft von Greifswald, 18. Januar 1896.[1])

Das Vaterland, von dem wir gesungen, ist dem deutschen Volk nicht als gnädiges Geschenk in die Wiege gelegt worden. Deutschland hat sich, anderen Völkern gegenüber, verspätet mit seiner nationalen Entwickelung. Auch nach den Befreiungskriegen war uns noch nicht ein einiges Vaterland beschieden. Unter dem Deutschen Bund, in der ganzen langen Periode seit 1815, blieb das deutsche Volk getheilt und kraftlos. Das Jahr 1848 hat eine Klärung der Geister über unsere Einigung zwar gefördert, aber eine Lösung nicht bringen können, weil man das Recht der geschichtlichen Entwickelung in der Gluth eigener Begeisterung nicht achten wollte. — Erst als unser heldenmüthiger und deutsch gesinnter König Wilhelm I. Willens geworden war, Preußens Macht einzusetzen für die hohe Aufgabe, erst da schlug die Stunde für die Erlösung der verzauberten Jungfrau Germania.

Ihr Ritter und Retter wurde Bismarck.

Er war es, der den deutschdenkenden König allmählich mit der Ueberzeugung vertraut machte, daß eine Auseinandersetzung mit Oesterreich in Frieden oder mit dem Schwert unerläßlich sei, er war es, der ihn bestimmte, dem Recht und Interesse Preußens die Rücksicht auf seine Mitfürsten nachzu-

[1]) Vom Verfasser eingesandt mit der Bitte um Abdruck im Bismarck-Jahrbuch.

setzen. Für Bismarcks Ruhm war es freilich ein unvergleichliches Glück, daß er diesen edlen und opferbereiten Herrscher über sich sehen durfte; er hat diese Gunst des Geschicks wett gemacht, indem er durch schöpferisches Thun im preußischen und deutschen Volk den alten Glauben an den Segen eines lebendigen Königthums neu begründet hat.

Fast noch schwerer war es, das deutsche Volk, das verging vor Sehnsucht nach Einheit des Vaterlandes, aber den einzig möglichen Weg nicht sehen, nicht begreifen wollte, zu gewinnen, gleichsam einzureihen unter die Kämpfer für unsere nationale Auferstehung.

Es frommt heut, zu erinnern, wie lange Bismarck der verkannteste, der verhaßteste Mann in Deutschland gewesen ist. Als waghalsigen Spieler, als Verräther deutschen Landes an Frankreich wagte man ihn zu beschimpfen! Und doch war er ins Amt getreten mit dem festen Entschluß, Deutschland zu einigen unter Preußens Führung. Oesterreich hat er von vornherein seinen Schwerpunkt außerhalb, in Ungarn, anweisen wollen. Das ist der feste Punkt. Aber die Einzelheiten der Ausführung bestimmten sich bei diesem großen Staatsmanne nicht nach der Schablonenweisheit vom grünen Tisch. Nur weil dieser Mann so ganz Leben ist, nur darum konnte es ihm gelingen, Leben zu gestalten.

Es ist nicht zweifelhaft, daß er zum Krieg mit Oesterreich entschlossen war, wenn Preußens deutsche Interessen auf keinem anderen Wege gefördert werden konnten. Das gute Schwert Preußens mußte in der That 1866 die Bahn frei machen, damit der deutsche Norden um das vergrößerte Preußen zu festem Bund sich zusammenschließen könnte. Nur aus Rücksicht auf Frankreichs Einspruch mußte der Süden zunächst für sich bleiben; aber Bismarcks Meisterhand hat gleich damals die Bogen geschlagen, die bald die Brücke über den Main tragen sollten.

Er hat es fertig gebracht, inmitten lauernder Feinde und Neider, ohne Opfer an deutschem Land, ohne Verpflichtung einer theuren Bundesgenossenschaft. Nur Offenheit war seine

Sprache; und List hat er gegen List gesetzt gegenüber Napoleon III., der von ihm Unterstützung hoffte bei Vernichtung der Verträge von 1815.

Aber die Franzosen konnten uns Königgrätz nicht verzeihen: sie empfanden unsere Erfolge gegen einen Dritten als Beleidigungen. Sie ließen nicht ab, uns gleichsam mit der Faust vor den Augen herumzufuchteln und mit ihrer Ueberlegenheit zu drohen. Und so haben sie dann ihre Hitze gesteigert bis zur offenen Herausforderung. Grundverkehrt ist die Behauptung, daß Bismarck diesen Krieg gewünscht und künstlich herbeigezogen habe. Auf Böhmens Schlachtfeldern und Lazarethen hatte er den Krieg geschaut und hatte genug davon. Freilich hat er eine Abrechnung auch mit Frankreich für höchst wahrscheinlich gehalten. Aber es schien ihm Pflicht vor Gott und Menschen, den blutigen Zusammenstoß zu vermeiden, wenn es mit Ehren anginge. Ganz ausgeschlossen war es ja nicht, daß eine Veränderung in Frankreich den Krieg beider großen Nationen doch entbehrlich machte! Sorgfältig verhütete er deshalb jede Reizung des empfindlichen Nachbars; darum wollte er nichts hören vom Anschluß des Südens oder eines Theils desselben an den Nordbund; deshalb verzichtete er auf das Besatzungsrecht von Luxemburg, und er würde wohl Frankreich noch mehr Vortheile gegönnt haben, wohlverstanden ohne Beeinträchtigung seiner deutschen Schöpfung.

Aber Eines freilich war nicht zu dulden: der Eindruck, als ob wir Frankreich fürchten müßten. Als Träger dieser Empfindung wuchs der geniale Staatsmann in jenen unvergeßlichen Julitagen von 1870 vor dem inneren Auge von ganz Deutschland empor zum Heros unserer nationalen Ehre. Was habe ich da noch hinzuzufügen? Seine Weisheit hat dafür gesorgt, daß König Wilhelm und seine Paladine jenen gerechtesten aller Kriege durchkämpfen durften ohne Einspruch der anderen Mächte. Dank dem Schrecken unserer Waffen, der Raschheit unserer Erfolge, der imponirenden Eintracht der Nation von der Hütte bis zum Throne, wurde Straßburg, so lange das Ausfallsthor wider unsern Süden, wiedergewonnen

und als köstlichster Preis des Kampfes die deutsche Einheit mit heimgebracht. König Wilhelm wurde der erste Kaiser des Deutschen Reiches. Gewiß hat er, haben die deutschen Fürsten, Staatsmänner und Heerführer reichen Antheil an dem großen Werk; an den Namen Wilhelm I. wird die Geschichte immerdar es anknüpfen: aber ohne Bismarck wäre es nie geglückt. Nur er verstand die schwere Kunst, die Tragweite der Erfolge richtig zu schätzen, abzuwägen, worauf zu bestehen, worauf zu verzichten sei. Nur er besaß die Autorität, sein Resultat den Widerstrebenden, sei es Freund oder sei es Feind, annehmlich zu machen. Manchmal hat er — er hat es selbst gesagt — Wasser in den brausenden Wein gießen müssen. Was ihm die Ueberlegenheit gab, war neben größter Sachkenntniß jenes eherne Pflichtbewußtsein, das ihn lehrte, auch das eigene Temperament zu zügeln. Ja so paradox es zunächst klingen könnte von dem Mann von Eisen und Blut: Bismarck ist ganz nur zu verstehen als der Staatsmann der Versöhnung, des maßvollen Ausgleichs.

Das geht durch seine ganze Laufbahn. Auf den Ruf seines königlichen Herrn ist er diesem in schwerster Zeit als Rathgeber zur Seite getreten. Mit fester Hand zwang er das Staatsschiff durch die aufgeregten Wogen, unbekümmert um die Klippen seitwärts; er vermochte das, weil sein sieghafter Blick von fern den rettenden Hafen erschaute, und weil er in der Faust die Kraft fühlte, das Schiff dahin zu lenken. Er hat es unterlassen, während des Sturmes beschwichtigendes Oel auf die empörten Wogen zu gießen. Aber als die Zeit gekommen war, als die Krone im Glanz ihrer Siege in der Lage gewesen wäre, mit dem Landesrecht so umzuspringen, wie es dem Ministerium Bismarck oft genug vorgeworfen worden war, da veranlaßte sein weiser Rath den Träger der Krone, Frieden zu schließen mit seinem Volk.

Dem gleichen Grundsatz hat er auch in der Politik von Staat zu Staat gehuldigt. Nach seiner Ueberzeugung ist nicht die Rache Aufgabe der Politik; ihr Zweck nicht sowohl zu strafen, was geschehen, als zu sorgen, daß es nicht wieder geschehe.

Er hat 1866 den süddeutschen Staaten, die auf Oesterreichs Seite gefochten, keine Landabtretung zugemuthet, sondern durch die Schutz- und Trutzbündnisse ihnen eine Gewähr verschafft gegen die bedrohliche französische Ländergier. Und als im Ringen mit Oesterreich selbst die eine Schlacht bei Königgrätz den Feldzug entschieden hatte, da hatte alsbald Bismarck die Parole ausgegeben, unter Verzicht auf Einzug in Wien und auf Landabtretung die künftige Versöhnung vorzubereiten. Es ist ihm nicht leicht geworden, seine Gründe siegreich zu behaupten. Aber wie sein Verhalten im ersteren Fall bestimmend geworden ist für die treue Kampfesbrüderschaft von 1870, so hat sein unausgesetztes Bemühen schließlich doch zu inniger Verbindung des Deutschen Reichs mit dem schicksalsverwandten Oesterreich geführt. Was das für den Frieden bedeutet, wissen Sie alle.

Und Frankreich? Nun, sicherlich hat es nicht an Bismarck gelegen, wenn dort zum Schaden der Culturarbeit zweier auf einander angewiesenen Völker die Wunden nicht haben verharschen wollen.

Und hat nicht der große Staatsmann in seinem Pflichtgefühl dieselben Anschauungen bethätigt beim Aufbau und Ausbau unseres Reichs? Vergessen wir nicht, woran die Bewegung von 1849 wesentlich gescheitert war. Bismarck hat in verständnißvoller Abwägung der vorhandenen Kräfte den Fürsten Deutschlands im Bundesrath die gebührende Stelle neben dem Kaiserthum eingeräumt; aber auch den Bürgern des Reichs ist eine reichlich bemessene Mitwirkung zu Theil geworden. Auch inmitten der Streitigkeiten des Culturkampfes hat er von vornherein die Pflicht des Staates betont, immer von Neuem die Wege zu suchen, die zum Frieden mit seinen katholischen Unterthanen führen könnten. Er hat stets das Vaterland thurmhoch gestellt über die Partei.

Mit ganzer Schroffheit hat er sich nur Richtungen entgegengeworfen, die Parteiansichten über das allgemeine Beste, über den Staat selbst zu stellen schienen. Aber auch da ist ihm kraftvolle Repression erst recht Antrieb gewesen zu gleich-

zeitiger schöpferischer Thätigkeit im Sinne sozialer Gerechtigkeit und Fürsorge.

Denn nicht Kampf an sich, sondern Friede war ihm das Ziel. So hat er nie dem eigenen Ehrgeiz, sondern stets dem Vaterland gedient. Man weiß nicht, soll man seine Kühnheit mehr bewundern oder sein Maßhalten. Sicher hat beides Theil an seiner Größe!

Nur dadurch war er im Stande, dauernd Wohlthätiges zu schaffen, statt gleich anderen Heroen, wie ein zerstörendes Element durch die Welt zu brausen. Nicht minder seiner versöhnlichen Weisheit als seiner eminenten Thatkraft und seinem weltumspannenden Blick haben wir es zu danken, daß wir — im politischen Sinne — wieder ein Volk geworden sind. Nur indem er selbst stets die salus publica zu seinem Leitstern nahm, konnte es ihm gelingen, die Raben der Zwietracht zu verscheuchen, die um den Kyffhäuser flatterten. Er konnte das Reich erstehen machen, er konnte es aufrecht erhalten inmitten des überraschten und unzufriedenen Europa.

Es wird weiter blühen nur kraft der politischen Tugenden, die seine hehre Gestalt mahnend uns predigt und hoffentlich noch lange predigen wird. Denn noch ist er der Unsere! Möchten wir die Kraft besitzen, ihm nachzueifern in Hingabe an das Vaterland, im Verzicht auf das, was uns trennt! Mag der alte Recke im Sachsenwalde manchmal ungeberdig seinen Unmuth äußern, er ist doch der getreue Eckart unseres Volkes, der unvergeßlich theure Mann, dem wir unsere Einheit verdanken. Vereinigen Sie sich mit mir in dem Wunsche: Gott erhalte noch lange den Schöpfer unseres Reiches, den Altreichskanzler Bismarck, und stimmen Sie ein in den Ruf: Fürst Bismarck, unser Bismarck, er lebe hoch!

3.

Der Gardejäger von 1838.

Trinkspruch,
ausgebracht von Redacteur H. Jacobi (Berlin),
bei der Gedenkfeier der Kriegsfreiwilligen des Garde-Corps
19. Januar 1896.

Geehrte Herren und Kameraden!

Die dankbarste Aufgabe, die heute einem Redner in diesem Kreise gestellt werden konnte, ist mir zugefallen: Namens der hier versammelten ehemaligen Freiwilligen unserer großen Kriege dem ruhmreichsten Freiwilligen des deutschen Heeres, dem Gardejäger von 1838, dem Pfadfinder, Bahnbrecher und Vollender unseres Deutschen Reiches, dem Fürsten Bismarck das Glas ehrfurchtsvoller und begeisterter Huldigung zu weihen; um so dankbarer an einem Tage, an welchem wir, umrauscht von der Erinnerung an die Schlachten bei Saint Quentin und am Mont Valérien, die nationale Feier des 18. Januar in uns voll nachklingen fühlen, der ja auch diese festliche Stunde gilt.

Ohne den Fürsten Bismarck hätte es wohl nie einen solchen 18. Januar in Versailles gegeben. Wie in der Geschichte der Hohenzollern, wie in der Geschichte unseres jungen Reiches, so ist auch in der Geschichte der amtlichen Wirksamkeit unseres glorreichen Kanzlers der 18. Januar 1871 der höchste Glanz- und Ehrentag. Denn was kann es Glänzenderes und Ehrenvolleres für einen Staatsmann geben, als den

Preis theurer und blutiger Kämpfe seinem Könige in Gestalt der Kaiserkrone darzubringen: das Zeichen der Erfüllung des Sehnens und Ringens ganzer Geschlechter, das Symbol der Vereinigung von Nord und Süd, der Weltmachtstellung der deutschen Nation! Aber, meine Herren, die Geschichte, die Lehrmeisterin der Völker, ist mitunter etwas sarkastisch. So war denn auch dieser höchste Glanz- und Ehrentag äußerlich für den Fürsten Bismarck nichts weniger als ein solcher. Er war an diesem denkwürdigen Tage in vollster Ungnade bei seinem alten Herrn, und Aufzeichnungen von Augenzeugen bestätigen, daß unser alter König in jenen weltgeschichtlichen Stunden mit sehr vielen Anwesenden gesprochen und ihnen dankend die Hand gereicht hat — nur seinem Kanzler nicht, ja, daß diese Ungnade mehrere Tage anhielt. Der Grund lag in der Titelfrage. Unser hochseliger Herr war dem Kaisertitel, dem Kaiserbegriff an sich sehr abgeneigt, er bezeichnete ihn in jenen Tagen als „Charakter-Major". Er sah in der durch so große Erfolge gehobenen realen Machtstellung des Königs von Preußen erheblich mehr. Wenn die preußische Königswürde für die höchste Leistung, die deutsche Oberfeldherrnschaft in einem so erfolgreichen Kriege, genügt habe, weshalb sollte sie für fernere friedliche Aufgaben dem Kaisertitel Platz machen, der ihm, dem Könige, von wesentlich geringerem Gehalt schien? Erst die Bemerkung des Kanzlers, daß der König nicht ein Neutrum, „das Präsidium", bleiben könne, der Hinweis auf die nationale Schwungkraft, die in dem Kaisertitel liege, bestimmte den König zur Annahme des letzteren.

Aber dann ward dieser Titel selbst wieder Gegenstand der Erörterung. Der Titel „Deutscher Kaiser" schien dem Könige nicht ausreichend, er verlangte die Bezeichnung Kaiser von Deutschland. Die Differenzen darüber kamen noch am 17. Januar nicht zum Austrag; sie erstreckten sich bis in die Eröffnungsstunde der Feierlichkeit, und die Berichte über die letztere besagen denn auch, daß der Großherzog von Baden, der sich zwischen dem Willen des Königs einerseits, dem Briefe des Königs von Bayern und den Beschlüssen von Bundesrath

und Reichstag andererseits in einer schwierigen Lage befand, das Hoch auf den Kaiser in die Form kleidete: Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm lebe hoch! So ist denn auch in der Proklamation vom 18. Januar und der voraufgegangenen Ansprache wohl von der deutschen Kaiserwürde und dem Kaiserlichen Titel die Rede, aber eine bestimmte Form dafür ist vermieden. Ebenso wird in dem Armeebefehl nur von der Stellung „eines deutschen Kaisers", nicht „des" deutschen Kaisers gesprochen. Nun, meine Herren, Kaiser Wilhelm I. selbst hat den Titel „Deutscher Kaiser" noch zu den höchsten Ehren gebracht und sich im Laufe der Jahre vollkommen mit ihm ausgesöhnt, aber diese kleine historische Reminiscenz wirft ein zu bezeichnendes Licht auf den Werdegang der deutschen Geschichte, auf Bismarcks mühevolle Arbeit, die große Frucht in die Scheuern zu bringen, als daß sie völlig übergangen werden könnte in einer Huldigung, die gerade in diesen festlichen Tagen und in diesem Kreise ihm gelten soll.

Ich komme nunmehr auf diejenige Seite in seinem Leben, die ihn uns speziell in dieser soldatischen Erinnerungsfeier näher führt. Der berühmteste Freiwillige des deutschen Heeres hat, wie Ihnen bekannt, seine militärische Dienstpflicht bei den Jägern erfüllt. Er ist am 1. April 1838 — damals bereits Referendar bei der Regierung zu Potsdam — also zu seinem Geburtstage, genau bereits einige Tage vorher, als Einjährig-Freiwilliger bei den Gardejägern eingetreten und hat dann vom Oktober ab das Dienstjahr beim 2. Jägerbataillon in Greifswald fortgesetzt, sei es, um dem elterlichen Hause und der kränkelnden Mutter näher zu sein, die ihm am 1. Januar 1839 entrissen wurde, sei es, um sich durch landwirthschaftliche Studien in Eldena auf den landwirthschaftlichen Beruf vorzubereiten. Bereits nach Beendigung seines Dienstjahres übernahm er in Gemeinschaft mit seinem Bruder die Bewirthschaftung dreier pommerscher Familiengüter. Am 12. August 1841 wird Otto v. Bismarck Secondlieutenant der Landwehr im 1. Bataillon Stargard des 9. Landwehr-Regiments, den Reserve-Offizier gab es damals noch nicht. Im folgenden

Jahre macht er die Landwehrübung in Lippehne mit; in diese Zeit fällt die bekannte Errettung seines Reitknechts aus dem dortigen Wendelsee. Im August erfolgt die Versetzung zur Landwehr-Cavallerie (4. Landwehr-Ulanen), der Uebertritt zu den 7. schweren Landwehr-Reitern dürfte mit der Uebersiedelung nach Schönhausen zu Ende des Jahres 1845 geschehen sein. Er ging noch als Landwehr-Lieutenant nach Frankfurt, wo er bei den Soldaten „Seine Excellenz der Herr Lieutenant“ hieß, dort erwarb er die bundestäglichen Großkreuze „vor dem Feinde“, und dort gewann er die unerschütterliche Ueberzeugung: „Stahl, von Männerfaust geschwungen, rettet einzig dies Geschlecht“. Von dort datirt für seine preußische Politik die Richtschnur: „Und setzet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein!“ Am 19. August 1852 finden wir ihn in der Lieutenantsuniform auf einer Truppenbesichtigung bei Griesheim, die der Prinz von Preußen, unser nachmaliger Kaiser als Bundesinspecteur abhielt. Erst im Oktober 1859 ward Bismarck zum Rittmeister, 1861 zum Major befördert. Als solchem begegnen wir ihm auf dem Schlachtfelde von Königgrätz, und deutlich erinnere ich mich noch des Augenblicks, als bald nach der Erstürmung der großen Batterie bei Lipa der König neben der vorgehenden Cavallerie vorreitend an uns heransprengte und die Frage: War Bismarck auch dabei? durch die Reihen der Offiziere ging.

Den Siegeszug vom 20. September machte er unter Ueberspringung zweier Chargen bereits als Generalmajor und Chef des 7. schweren Landwehr-Reiter-Regiments mit. Es galt diese außerordentliche militärische Auszeichnung nicht nur dem hervorragenden Staatsmanne oder der Absicht, den civilistischen und den militärischen Rang des Ministerpräsidenten mehr in innere Uebereinstimmung zu bringen, sondern es war dies wohl die Anerkennung für die Verdienste Bismarcks um die Aufrechterhaltung und Durchführung der Armee-Reorganisation, ohne welche die großartige militärische Aktion des Jahres 1866 überhaupt nicht möglich gewesen wäre, sodann aber auch die Anerkennung für wirkliches militärisches Ver-

dienst. Der erste Gedanke zu der bekannten Umgehungsbewegung bei Preßburg, die ohne Eintritt des Waffenstillstandes das Schicksal von Wien und der österreichischen Armee bei Floridsdorf entschieden hätte, rührt nach des Königs eigener Mittheilung vom Fürsten Bismarck her. Der Generalstab hat seiner Zeit diese civilistische Einmischung derartig übel genommen, daß im Jahre 1870 beim Kriegsausbruch besonders dafür Sorge getragen wurde, ihre Wiederholung auszuschließen, so daß es in Versailles bekanntlich zu nicht unerheblichen Reibungen kam, bei denen Roon stets auf der Seite Bismarcks stand, und die nur mühsam durch die Autorität des Königs ausgeglichen wurden. Alle diese Dinge hat wohl die Cabinetsordre vom 1. September 1884 im Auge, mit welcher dem Fürsten der Orden „pour le mérite“ und „um Versäumtes nachzuholen“ gleich mit Eichenlaub verliehen wurde, wobei der Kaiser ausdrücklich hervorhebt, daß Bismarck ihm „in zwei Kriegen auch als Soldat zur Seite gestanden“. „Sie haben in zwei Kriegen an Meiner Seite voll und ganz bethätigt, daß Sie neben jeder andern auch auf eine hervorragende militärische Auszeichnung den vollsten Anspruch haben. Mir selbst gewähre Ich hierdurch die Beruhigung, daß Ich dem Manne, den Gottes gnädige Fügung Mir zur Seite gestellt und der so Großes für das Vaterland gethan, auch als Soldaten die wohlverdiente Anerkennung zu Theil werden lasse.“

Am Tage der Kaiserproklamation in Versailles ward Bismarck zum Generallieutenant befördert und damit auch militärische Excellenz; später als nach dem Kriege das 7. schwere Landwehr-Reiter-Regiment aufgelöst wurde, ward er zum Chef des 26. Landwehr-Regiments ernannt, und als auch dieses in Folge der Umformung der Landwehr aufhörte, ward er durch den jetzigen Kaiser à la suite des 2. Garde-Regiments zu Fuß gestellt. General der Cavallerie wurde er am 22. März 1886, General-Oberst bekanntlich bei seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzler-Amte.

Sie sehen, meine Herren, was aus einem freiwilligen Garde-Jäger Alles werden kann. Was ihn damals gerade zu

dieser Truppe geführt hat, ist nicht bekannt. Das Maß hatte er ja auch hinlänglich für das 1. Garde-Regiment, aber sei es die Vorliebe für die grüne Farbe, sei es die Erinnerung an die freiwilligen Jäger von 1813, die Poesie der Befreiungskriege, jene ersten Freiwilligen, deren gottlob nicht unwürdige Erben und Nachfolger wir heute sind, er hat sich in Potsdam wie in Greifswald der Jägertruppe zugewendet, vielleicht auch, weil er ein guter Schütze und der Dienst bei den Jägern damals noch ein wesentlich anders gearteter als bei der Infanterie war. Dann ist Fürst Bismarck in seinem ferneren Soldatenleben Infanterist und Cavallerist, schließlich auch beides zugleich gewesen und ist es noch heute. Aber er war auch Artillerist und Pionier und beides musterhaft. Er hat die gröbsten und wirkungsvollsten Geschütze gegen die Feinde des Vaterlandes mit bestem Erfolge angewendet, er hat die Brücke über die Eider, über den Main und endlich auch die Brücke über den Rhein geschlagen, die Alldeutschland nach Frankreich hineinführte, und auf der wir uns die Vogesen als Grenzwall gewannen. Aber noch eine andere Brücke hat Fürst Bismarck geschlagen: die Brücke, die ihn unauflöslich mit dem Herzen des deutschen Volkes verbindet, eine Unauflöslichkeit, von der der 1. April des vergangenen Jahres ein in der Weltgeschichte einzig dastehendes Zeugniß abgelegt hat. Wir hier als ehemalige Freiwillige des deutschen Heeres dürfen mit Recht stolz auf diesen unseren berühmtesten Kameraden sein, der einst wie wir die schwarzweiße Schnur um die Achselklappen getragen; mit dieser Schnur ist für ihn der größte Ruhmeskranz unserer Zeit gebunden. Fürst Bismarck selbst hat in seiner vorjährigen Erwiderung auf den Toast des Kaisers gesagt: „Der Landwehroffizier des 9. Regiments ist für mich der Wegweiser gewesen, der mich anno 48 von Hause aus in die richtigen Bahnen geworfen hat.“ Ja, dieser Landwehroffizier stand doch auf der militärischen Erziehung des Einjährig-Freiwilligen, der — damals auch schon im bürgerlichen Staatsdienst stehend — im Soldatenkleide die fundamentalen Begriffe von dem Zusammenleben und Ineinandergreifen aller Kräfte des Staates in sich aufnahm.

Einer der Unseren ist er gewesen, das haben wir vor den anderen Volksgenossen voraus, als einen der unseren dürfen wir ihn noch besonders feiern. Meine Herren Kameraden — an die Gläser: es gilt dem Helden des Tages! Achtung, Präsentirt das Gewehr! Dem Gardejäger von 1838, dem berühmtesten Freiwilligen des deutschen Heeres in Krieg und Frieden, dem Pfadfinder, Bahnbrecher und Vollender unseres Deutschen Reiches, dem Fürsten Bismarck Hurrah!

4.

Zwei Erlasse des großen Kurfürsten zu Gunsten Derer von Bismarck-Schönhausen, Deichbauten im Schönhausener Gebiet betreffend.

Mitgetheilt von Georg H. Gerson (Charlottenburg).

Vorbemerkung: Die Urkunden sind einerseits dadurch interessant, daß sie zeigen, in welcher Gunst die Vorfahren des Fürsten beim großen Kurfürsten gestanden haben, andererseits als Beweismaterial für das hohe Alter der altmärkischen Elbdeiche.

I.

F. W. C.[1])

V. g. g. z.[2]) Liebe getrewe, wir haben schon anno 1662 denen Altmerckischen vndt Prignitzerischen Städten, als welchen der schade von den Schönhausischen Elbteichen etlichermafsen mitbetrifft, rescribirt, denen von Bifsmarcken mit einem subsidio zu reparirung solcher teiche zu hülffe zu kommen, vndt da Sie es aus ihren Eigenen mitteln nicht thuen könten oder wolten, besagten den von Bifsmarcken, Ihr

---

[1]) Friedrich Wilhelm Churfürst. — Die Originale sind im Besitze des Herrn G. Gerson.

[2]) Im Original: Uggz., vielleicht aufzulösen: U(nsern) g(nädigen) G(ruß) z(uvor). Dr. H. K.

bey den Städten stehendes capital zu erlegen, damit Sie solches zu angeregter reparation anzuwenden hetten. Aldieweillen aber sich vorgedachte die von Bifsmarcke höchlich beklagen, das ihres vielfeltigen erinnerns vngeachtet, nicht einmahl erklerung drauf erfolgt, Vndt gleichwoll Ihnen vnmöglich felt mit denen von den Ritterhoffen[1]) etwan einkommenden subsidien dieses werck zu heben, wo nicht aufs weinigste das bier vndt brot vor die Soldaten aus den nechsten Städten erfolgt, So befehlen wir Euch hiermit alles ernstes, vor Ewer contingent des capitals, damit ihr denen von Bifsmarck richtig verhafftet, zu dem hochnötigen Schönhausischen Elbteichbaw, bier vndt brot anzuschaffen vndt herzugeben, mit den vielermelten von Bifsmarcken auch Euch defswegen förderlichst auf ein gewisses vnfelbar vndt bei vermeidung schleuniger militarischer execution, so in wiedriger bezeigung, auf derer von Bifsmarck weiters vnterthenigstes erinnern, gewifs erfolgen wirdt, zu vergleich[en].

Daran p. p. 17. Febr. 665.

An
den Rath zu
Tangermünde
Stendall
Gardelegen.

Aufschrift:

betrifft

Den Schönhausischen Elbteich-Bau Vnd was defshalb an den Raht zu Tangermünde, Stendall vnd Gardelegen geschrieben.

den 17. Febr. Ao. 1665.

---

[1]) d. i. Ritterhufen. Nach Ritterhufen wurde der Deichbeitrag der Rittergüter geleistet.

II.

Die Räthe der Städte Tangermünde, Stendal und Gardelegen scheinen sich um die Aufforderung des Landesherrn nicht viel gekümmert zu haben, deshalb erfolgte auf erneute Beschwerde derer von Bismarck am 20. März 1665 eine Aufforderung an den Hauptmann der Altmark, die Städte durch „Amts-“ und andere „Zwangsmittel“ zur Herausgabe des den Bismarcks schuldigen Kapitals anzuhalten, oder wenigstens zur Lieferung von Bier und Brot an die auf den Deichen arbeitenden Soldaten. Im äußersten Falle sei militärische Execution anzuwenden.

F. W. C.

V. g. g. z. Vester Rath vndt lieber getrewer Wir haben, laut beylage No. 1 Burgermeistern vndt Rathmännern Vnserer Städte Tangermünde, Stendal vndt Gardelegen am verwichenen 17. Febr. anbefohlen, vor ihr contingent des capitals damit Sie denen von Bißmarck zu Schönhausen richtig verhafftet, bier vndt brot, vor die Soldaten so an den höchstnöthigen Schönhausischen Elbteichbaw arbeiten werden, anzuschaffen vndt mit obermelten Denen von Bißmarcken sich deßhalb auf ein gewißes vnfelbar zu vergleichen, Nachdem sich aber besage einschlußes No. 2 erwehnte von Bißmarcken vnterthenigst beklagen, das gedachte Städte sich hierunter gar ungehorsamblich bezeigen, Ihnen [in] nichts zu willen sein, in keine handlung einlaßen, ja sich die außtheilung derer von Bißmarck Capitals allerdings verweigern wollen, Vndt aber unmöglich das solch wichtiges werck ohne der Städte hülffe angefangen werden kan, Alß befehlen wir Euch hiermit gnädigst vorgedachte Städte durch Ambts- vndt andere Zwanksmittel da-

hin anzuhalten, das unserer verordnung zu schuldigster folge, denen von Bißmarcken, Sie mit bier undt brot, weßhalb Ihnen die andern Städte billig wieder gerecht werden müßen, zu angezogenem behueff zu hülffe kommen undt sich mit Ihnen hierunter unverzüglich uf ein gewißes vergleichen, gestalt ihr dan ufe bedürffenden Fall die, in angezogenen Unserm rescript vom 17. Febr. Ihnen angedrohete execution zu verstatten undt anzuordnen habet.

20 Martij 665.

An
den haubtmann der
Altenmark.

5.

Zur Charakteristik der politischen Reden des Fürsten Bismarck.

Von Geh. Schulrath Dr. Theodor Vogel (Dresden).[1])

„Zur Charakteristik der politischen Reden des Fürsten Bismarck“ lautet das von mir angekündigte Thema. Daß es sich nur um Beiträge zu dieser Charakteristik handeln werde, war schon aus der gewählten Fassung zu entnehmen. Bescheidentlich bekenne ich dazu, daß ich mehr als Beiträge zu liefern auch völlig außer Stande gewesen wäre.

Als stiller Gelehrter und Aktenmann, der von hoher Politik herzlich wenig versteht, werde ich mich auf einen ganz anspruchslosen Ausschnitt aus dem schier unerschöpflichen Stoffgebiete beschränken, der meiner Art und Studienrichtung am nächsten liegt. Ich darf ihm vielleicht die Ueberschrift geben: „Der Stilcharakter der Bismarckschen Beredsamkeit“, das Wort Stil dabei im weiteren Sinne genommen, wie die Kunstlehre es zu brauchen pflegt. Auf den ersten Blick erhellt darnach, daß ich das Politische und Staatsmännische (also gerade das Wesentliche bei einem Staatsredner) nur leichthin streifen, überwiegend Ihre Aufmerksamkeit auf das Aesthetische und Menschliche hinlenken werde. Vielleicht lohnt es sich doch einigermaßen, bei dieser Seite zu verweilen, von der andere Staatsredner zu betrachten freilich wenig Aufforderung vorhanden sein möchte.

[1]) Dieser, am 13. November 1895 im Gemeinnützigen Verein zu Dresden gehaltene Vortrag ist zwar schon in der Zeitschrift für den deutschen Unterricht X. Jahrg. 1. Heft veröffentlicht, wird aber hier als ein werthvoller Beitrag zur Bismarck-Litteratur mit Erlaubniß des Verfassers und des Verlegers der Zeitschrift wiederholt.

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen befinde ich mich in der erfreulichen Lage, sofort in die Behandlung der Sache eintreten zu können. Viele von uns können sich des Vorzuges rühmen, den Parlamentsredner Bismarck gehört zu haben, alle übrigen haben politische Reden des Altreichskanzlers durch Zeitungen und Sammelwerke genügend kennen gelernt. Die Merkmale dieser Beredsamkeit im Vergleich zu jeder andern sind aber so scharf ausgeprägt und darum so mächtig sich einprägend, daß es sich bei einer pedantisch gründlichen Behandlung des „Stilcharakters“ nur darum handeln könnte, das, was in uns allen lebt, in tönende Worte umzusetzen. Fruchtbarer und ergötzlicher möchte es sein, durch Verweilen bei den und jenen Einzelheiten gewisse Gesichtspunkte der Auffassung zu gewinnen, die sich weniger von selbst darbieten und von manchen der verehrten Anwesenden vielleicht noch nicht mit Bewußtsein verfolgt worden sind. Kommt bei solcher Einzelbetrachtung auch sattsam Bekanntes mit an die Reihe, so darf ich mich dessen getrösten, daß niemand in diesem Saale mit der Erwartung erschienen sein dürfte, über Fürst Bismarck aus meinem Munde etwas Neues zu hören.

Vor sechsundzwanzig Landtagen und ebenso vielen Reichstagen, sieben norddeutschen und drei Zoll-Parlamenten hat Fürst Bismarck gesprochen. Von 1847 bis 1889, abzüglich der zehnjährigen Pause von 1852 bis 1862, also über ein Menschenalter im Sinne Herodots erstreckt sich seine rednerische Thätigkeit als Abgeordneter, Ministerpräsident und Kanzler. Eine gewisse Ungründlichkeit haftet darnach von vornherein jeder Besprechung dieser Beredsamkeit en bloc an. Für mich war solche summarische Behandlung geboten. Zum Glück ist sie gerade bei Bismarck statthafter, als es bei jedem anderen Redner der Fall sein würde. Wie viel jener in seinem so groß verlaufenen Leben auch hinzu- und umgelernt hat, im wesentlichen ist er derselbe geblieben. Was die erste größere Rede vom 1. Juni 1847 von der letzten am 18. Mai 1889 gehaltenen unterscheidet, tritt zurück hinter der stark ausgeprägten Familieneigenthümlichkeit, die diese wie alle Erzeugnisse des Bismarckschen Geistes aufweisen.

Zudem stehen wir noch erst in den Anfängen einer litterargeschichtlichen Würdigung der Bismarckreden. Schon bis jetzt fehlte es ja nicht an schätzbaren Beiträgen zur Erkenntniß der genialen Eigenart unseres großen Altreichskanzlers als Redners. Eine gründliche Behandlung dieser Frage nach der Seite des Stilcharakters ist aber erst möglich geworden mit dem Anfange dieses Jahres, das uns den 12. und letzten Band der einzig vollständigen, kritisch verlässigen, mit gediegenen Sacherklärungen versehenen und — last, not least — vom Fürsten selbst bevorworteten und durchgesehenen Ausgabe der Reden von Horst Kohl gebracht hat.[1]) Durch sie hat die wissenschaftliche Forschung erst eine ausreichende Grundlage gewonnen, durch sie die Bismarcksche Beredsamkeit erst einen würdigen Einzug in den Ehrentempel der deutschen Nationallitteratur gehalten. — —

„Ich mache nicht den Anspruch, ein Redner und ein Redekünstler zu sein. Ich bin ein Minister, Diplomat und Staatsmann und würde mich für gekränkt halten, wenn man mich einen Redner nennte", hat Fürst Bismarck am 26. März 1886 dem Abgeordneten Richter erwidert, auf dessen Vorwurf, daß der Kanzler sich zum öftern wiederhole. Ähnlich hat er sich auch bei anderen Gelegenheiten geäußert.[2])

Laut müßte die ganze Nation dieser Selbstbeurtheilung widersprechen, ergäbe sich nicht aus dem Zusammenhange, daß der Fürst nur den Redekünstler, den parlamentarischen Berufsredner hat ablehnen wollen. Das aber durfte er thun. Nach den Gesetzen der Rhetorik aufgebaute und ausgeschmückte Reden hat Bismarck nie gehalten, auch nicht als Abgeordneter in der Zeit ausgiebiger Muße. Eine vorher ausgearbeitete Rede in einem Parlament vorzutragen, unbekümmert um eben Vorausgegangenes und das augenblickliche Tableau der Redeschlacht,

[1]) Die letzten Worte bedürfen der Einschränkung. Fürst Bismarck hat die von mir besorgte Ausgabe nicht im Einzelnen durchgesehen, wohl aber dem Herausgeber in schwierigen Fragen Auskunft gewährt, auch einige der geschichtlichen Einleitungen vor dem Abdruck durchgelesen. Dr. H. K.

[2]) So am 3. Februar 1866: „Ich vermag nicht, mit Worten spielend, auf Ihr Gefühl zu wirken, um damit Thatsachen zu verdunkeln."

wäre Bismarck sicher nie fähig gewesen. Auch die dem Inhalte nach sicher reiflichst vorher erwogenen ein- und zweistündigen Staatsreden (wie z. B. die vom 6. Februar 1888 mit 10977 zu telegraphirenden Worten) sind der Form nach augenscheinlich entweder ganz oder doch in wesentlichen Theilen improvisirt. Ausgefeilte Bismarcksche Redekunst liegt uns nur in den Thronreden vor, soweit er als Verfasser derselben mit einiger Bestimmtheit bezeichnet werden kann.

Gewisse Wendungen in diesen wie: „Feinde von der Landkarte wegfegen, berechnete Mißleitung für persönliche Zwecke, eine Ehrenschuld Deutschlands einlösen, des Krieges Feuerprobe bestehen, das wiederhergestellte Reich ein Wahrzeichen deutscher Größe", und Kraftsätze wie: „solche Vergewaltigungen seines Rechtes und seiner Ehre ertrug Deutschland früher nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war" sind sicher nicht Cabinets-, sondern Bismarckscher Stil. Ueberwiegend aber bewegen sich diese vom Königsthron verlesenen Reden naturgemäß in den herkömmlichen Geleisen der Staatsetikette und kühler Geschäftsbehandlung, sodaß herzhaftere Wendungen wie die angeführten doch nur als vereinzelt aufgesetzte Lichter wirken.

Kunstvoller Aufbau, rhetorische Figuren, wirkungsvoll abgerundete Perioden — alles das ist Bismarcks Sache nicht, wie er auch allem Phrasenthum gründlichst abhold ist. Wird er einmal pathetisch und braucht hohe Worte, so sind sie sicher voll zu nehmen. Je geringer sonach die Ausbeute für die schulmäßige Redekunst ist, um so werthvoller werden eben darum diese Reden gerade durch das Unmittelbare, Impulsive an ihnen für den, der Tieferem nachgeht als den Regeln einer schellenlauten Kunst.

„Markige, herzhafte Natürlichkeit" wird wohl jeder als das Hauptcharakteristicum dieser Beredsamkeit ohne Besinnen bezeichnen. Lassen Sie mich hierbei zunächst verweilen. Wodurch hat schon der jugendliche Abgeordnete als Redner Aufsehen gemacht, am 3. Dezember 1850 sogar nach gewichtigem zeitgenössischen Urtheil die Krone des Tages davon-

getragen? An äußerer Beredsamkeit, Fachkenntnissen, vielseitiger Belesenheit waren ihm damals viele Andere überlegen, auch an politischem Durchgereiftsein. Was schlug bei ihm durch? Ganz vornehmlich gewiß seine damals noch etwas junkerlich-burschikos gefärbte, dabei aber doch herzgewinnende, dazu mächtig-eindringliche Herzhaftigkeit und Natürlichkeit.

Bis auf Fürst Bismarck (so darf man sich wohl ausdrücken) war man gewöhnt, zu der unentbehrlichen Ausrüstung eines hohen staatlichen Würdenträgers neben einer gewissen Grandezza des Auftretens unpersönliche Sachlichkeit, kühle Reserve bis zum Orakelhaften zu rechnen. Die Kunst des Verschweigens wie des klugen Verhüllens seiner Gedanken hat Fürst Bismarck als Diplomat sicher geübt, so oft es noth that, obschon es ein offenes Geheimniß ist, daß er auch als solcher durch verblüffende Offenheit mitunter große Erfolge erzielt hat. Als Sprecher in deutschen Parlamenten macht er auch in der Zeit, in der die Fäden der europäischen Politik in seiner Hand zusammenliefen, überwiegend den Eindruck der Offenheit, des Kämpen, der, mit weitgeöffnetem Visir auf sein Ziel losstürmend, sich geradedurch eine Gasse haut. Nicht sorgt er dabei, wie der von der Rednerbühne donnernde Perikles, daß die züchtigen Falten seines Gewandes sich nicht verwirren. Ist er von einem Gedanken mächtig erfüllt, so läßt er auch als Ministerpräsident und Kanzler seiner starken Natur die Zügel schießen und redet eine Sprache, wie sie in gleicher Deutlichkeit vom Ministertische wohl selten vernommen worden ist, nicht einmal fremde Regierungen, ja hochgebietende Souveräne dabei schonend.

Ein paar Beispiele für viele. Wie geißelt er das Parlamentswesen und -Unwesen! Ausdrücke wie: „Reptilien, Berufsparlamentarier, Raschmacherarbeit, Angstproduct, Hemmschuhpartei, Parteimarasmus, eine vernagelte Sitzung, Abschlachtung eines Ministers, die Commissionen — Marterkammern der Regierungsvertreter, der Luxus der eigenen Meinung, Byzantinismus in der Anbetung der Majoritäten" ꝛc. sind theils Geschöpfe seiner sprachbildenden Phantasie, theils durch ihn wenigstens in Kurs gebracht worden.

Und was muß die Presse sich sagen lassen! Da ist die Rede von Preßbengelpolitik und publizistischen Klopffechtern, von Druckerschwärze auf Papier, vor der sich kein Mensch fürchtet, von moralischer Brunnenvergiftung durch die Presse u. dergl. Daneben Liebenswürdigkeiten, wie: „Manches, was in den Zeitungen steht, ist doch auch wahr", „lügen wie telegraphirt", „bekanntlich", ein beliebtes Schlagwort für unbekannte Dinge.

Ermüdend müßte es wirken, wollte ich in dieser Weise dem Redner noch auf andere Gebiete folgen. Jeder meiner Hörer wird aus der Erinnerung manches der Art beizufügen wissen und ohne weiteres zugeben, daß man bei vielen Stellen der Bismarckreden an Luthers Tischgespräche und an derbe Auslassungen des jungen Goethe sich gemahnt fühlt.

Die Wucht und Derbheit ist aber wahrlich nur eine, so zu sagen nur die zunächst in die Augen fallende Signatur dieses staatsmännischen Redners. Wie in Shakespeares Stücken Hohes und Niederes, Scherz und Ernst, Entsetzliches und Anmuthiges hart aufeinander folgen, so wechselt in Bismarcks Reden Ingrimm und heller Kampfeszorn wohlthuend ab mit liebenswürdig graziösen Bemerkungen, stachligen, aber auch völlig harmlosen Scherzen, ja gemüthlichen Plaudereien aus der großen und kleinen Welt. Diese Ganzheit und Frische der Persönlichkeit, die selbst in der unbehaglichsten Situation, in der sich ein Redner befinden kann — ich meine die Stellung eines stets angefochtenen, vielfach verkannten und gehaßten Staatslenkers — sich geltend zu machen weiß, hat etwas gewaltig Imponirendes und zu dem Respekte Nöthigendes, den wir nur auserlesenen Geistern zollen.

Am bewundernswerthesten ist mir immer das feste Insichgegründetsein dieser Vollnatur erschienen in der Zeit des Conflictes. Woher hat der gewaltige Mann in diesen mit ungewohnter Amtsarbeit überbürdeten Jahren, in denen er als Gegenstand des Hasses und Hohns der Mehrzahl seiner parlamentarischen Hörer gegenüber stand, die Stimmung genommen, das ihm durchaus aufsässige Haus in jeder Sitzung wiederholt, oft vielmals zur herzlichen Heiterkeit zu stimmen?

Nie wäre ihm das möglich gewesen, hätte er mit der Annahme der Ministerpräsidentschaft den Corpsburschen und Offizier, den schlichten Rittergutsbesitzer, den jovialen Tollkopf, der in Frankfurt und an den Höfen zu Petersburg und Paris so manche Allotria getrieben, wie Schlangenhäute abgelegt und seine lebensvolle Persönlichkeit völlig in dem goldverbrämten Amtsmantel verschwinden lassen.

Beim landläufigen Schablonenmenschen wird mit jeder höheren Lebensform die niedere als werthlos abgestoßen; beim inneren Wachsthum einer wahren Natur legt sich organisch Ring an Ring. Alles, was er je erlebt, klingt in Bismarcks Reden wieder — die Träume und Sentimentalitäten des frühen Jünglingsalters, die Fechtbodenerlebnisse des Corpsburschen, der freiwillige Dienst, die Stromtid des sogenannten „tollen Bismarck“, das agrarische Stillleben auf eigener Scholle, der Bundestagskarneval der Eschenheimer Gasse, das Ränkespiel, die heiße Arbeit und der heitere Sport an Fürstenhöfen bis zu den „Friktionen“ und Aergernissen in hohen amtlichen wie in parlamentarischen Kreisen.

Am glanzvollsten tritt dieses sich Aussprechen bis auf des Herzens Grund in den sogenannten Junkerreden hervor, die darum in einem gewissen Sinn den Schlüssel zur ganzen Bismarckschen Beredsamkeit bilden, etwa wie die Schriften des jungen Goethe den Schlüssel zur eigensten und innersten Art des Dichters. Mag der Abgeordnete Bismarck über die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone, die dänische Frage, Civilehe, Patrimonialgerichte, Mahl- oder Schlachtsteuer sprechen, mit Gneist, Waldeck, Virchow oder dem steten Widerpart Herrn von Vincke die Klinge kreuzen — immer derselbe anstürmende Muth, dieselbe Frische in Gedanken und Worten, derselbe gesunde agrarische Erdgeruch, vornehmlich dieselbe vollste Natürlichkeit, die auf Momente sogar die Grenzen der Würde nicht einhält in dem stolzen Bewußtsein, auch ohne Pose und vornehmes sich Geben doch immer in voller Geltung sich behaupten zu können.

Infolgedessen üben die Reden auf alle einigermaßen gebildeten Deutschen auch unleugbar den Zauber einer gewissen

Volksthümlichkeit aus. Bismarck hat Hunderte der schwersten Fragen behandelt, allgemeine und ganz specielle, aber niemals als bloßer Fachmann für Fachmänner. Sogar den Schein der Zunftgelehrsamkeit hat er vermieden. Wann citirt er geschichtliche, staatsrechtliche oder nationalökonomische Werke? Kaum je, und wenn doch, so höchstens leise anstreifend. Wie ganz anders hierin die Lasker, Bamberger u. a.! Aber auch von sonstigem Bildungsflitter ist bei Bismarck so gut wie nicht die Rede. Eigentliche Citate aus der schönen Litteratur, bestimmt als Schönheitspflästerchen zu wirken, wüßte ich kaum anzuführen. Führt er im Ernst oder Scherz Dichterstellen an, so verwebt er sie zumeist in seine Ausführung, modelt sie auch wohl frei um, mehr anklingend als citirend. Vereinzelt erscheinen so Erinnerungen an Lessing, romantische, schwäbische Dichter, auch an bekannte französische Schriftsteller älterer Zeit; recht häufig wird an Shakespearesches angeklungen. Weitab am häufigsten aber wird auf Schiller und Goethe Bezug genommen, bei dem ersteren vornehmlich auf Fiesko, Carlos, Tell und vor allem auf die Trilogie Wallenstein, die zu dem in seiner Machtstellung immer bedrohten Reichskanzler noch in anderer Sprache redete als zu gewöhnlichen Sterblichen; von Goethe wird neben den Gedichten mit besonderer Bevorzugung und immer wiederkehrend der Faust, 1. und 2. Theil, herangezogen. Auf das Buch aller Bücher wird öfter angespielt, als es der nicht ganz bibelfeste Leser wohl merkt; besonders ins Gewicht darf dabei fallen, daß Anklänge an weniger bekannte Stellen des alten Testaments auch in solchen Aussprachen sich finden, die augenscheinlich ganz aus dem Stegreif entstanden sind.

Daß Bismarck es nach alledem vermieden hat, bei den schöngeistigen Zuthaten zu seinen Reden, wenn ich so nüchtern sprechen darf, über den Kreis des allen gebildeten Deutschen Geläufigen hinauszugehen, ist sicher nicht die Folge eines Grundsatzes gewesen. Er war thatsächlich nie ein Büchermensch und Zunftgelehrter; als selbständiger Geist fühlte er wenig Bedürfniß, auf Autoritäten sich zu berufen, als geistvoller Mann brauchte er Anleihen nicht zu machen bei anderer Leute

Geist. An Schiller, Goethe, Shakespeare und andere große Schriftsteller knüpfte er an, so oft es ihm so in den Mund kam, weil gewisse Gedanken einmal von diesen mit einem Gepräge versehen worden sind, das sie in gebildeten Kreisen Deutschlands gangbar gemacht hat wie Scheidemünze. Gelegentlich eingestreute lateinische Brocken gehörten für den Juristen alter Schule nur zur Alltagsgewohnheit, ein dann und wann eingewobenes Citat aus Horaz, dergleichen sich ziemlich viele in den Reden finden, zu den Gepflogenheiten gelehrter Herren der früheren Zeit. Abgesehen aber von Zuthaten dieser Art, die sich nur zeilenweise da und dort einschmuggeln, sind Bismarcks Reden von einer bewundernswerthen Gemeinverständlichkeit für deutsche Männer und deutsche Frauen, die nur die Arbeit des Denkens nicht scheuen. Abgerechnet eine Anzahl eingebürgerter Fremdwörter, deren Vermeidung ein begeisterter Patriot wie Bismarck nur als Mückenseigerei angesehen haben würde, ist die Sprache der Reden deutsch durch und durch. Die ganze Kraft und Herzhaftigkeit, deren unsere Muttersprache fähig ist, aber auch die feinsinnige, gemüthvolle, herzige Zartheit, die ihr eignet, kommt in den Reden voll zur Geltung.

Fanatiker des reinen Deutschthums mögen es beklagen, daß der Fürst beispielsweise der Symbolsprache der griechisch-römischen Mythologie sich oftmals bedient hat, daß das Nessusgewand, die Sisyphusarbeit, die Pandorabüchse, die saturnische Politik, der Erisapfel, das trojanische Pferd, das Penelopegewebe ꝛc. von ihm gelegentlich bildlich verwerthet werden, anstatt daß er in der Edda nach urgermanischen Ausdrücken für dieselben Gedanken geforscht hätte. Wir begnügen uns mit der Thatsache, daß der politische Redner Bismarck auch bei derartigen Einkleidungen seiner Gedanken nie über das hinausgegangen ist, was jeder gebildeten deutschen Frau geläufig ist oder sein möchte.

Bekundet sich hiernach auch an solchen Stellen der Reden, die einigermaßen auf dem Kothurn einhergehen, das bewußte oder unbewußte Streben des Redners, aus dem Bereiche des Allgemeinverständlichen, Volksthümlichen nicht herauszutreten,

so tritt dieses natürlich noch voller zu Tage, wenn er sich, wie oft, in Gedanken und Ausdrücken vornehm gehen läßt. Redensarten wie die folgenden: „die Suppe versalzen, das Reichsfaß anbohren, die Reichsbude zumachen, ein Wort über die Schnure hauen, den Deckel des Kastens offen lassen, den betrübten Lohgerber spielen, schmutzige Wäsche vor dem Auslande waschen, Pferdehandel in der Politik treiben" würden bei den meisten anderen Staatsrednern als Verstöße gegen die herkömmliche parlamentarische Stiletikette wirken. Der Günstling der feinen Hofkreise in Petersburg und Paris hat nie Bedenken getragen, vom Ministerplatze aus, oft im unmittelbaren Anschluß an hochpathetische Auslassungen, sich in so volksthümlicher Weise auszudrücken, wenn es ihm gerade darnach ums Herz war. Gelegentlich hat er sogar Alltäglichkeiten von der Berliner Gasse nicht verschmäht, wie: „J wo? schön raus, nicht hübsch finden; friß Vogel, oder stirb; haust du meinen Juden, hau ich deinen Juden, darum keine Feindschaft nicht, auf das Eis trete ich noch lange nicht" und dergleichen. Nicht einmal das „Schwamm drüber" aus dem Bettelstudenten, den „Grafen Derindur" aus Müllners Schuld, „Meine Mittel erlauben mir das" aus unseres Räders Artesischem Brunnen und den „nicht geschenkten" Adler aus Kinds Textbuche zum Freischütz hat Bismarck sich gescheut, der Ehre einer Anspielung von der Ministerbank aus zu würdigen.

Ueberraschend stark ist auch das deutsche Sprichwort vertreten, eine Behauptung, die ich durch eine Wolke von Beispielen zu erhärten vermöchte. Neben dem allerorts Gangbaren stößt man dabei auch auf viel Eigenartiges, wie: „das letzte Geläute auf dem Dom ansagen, der Strohhalm, der dem Kamel den Nacken bricht, wer das Kreuz hat, segnet sich, wer den Daumen auf dem Beutel hat, hat die Macht, unter den Blinden ist der Einäugige König," — auch auf Plattdeutsches, wie: „wat nich will dieken, dat möt wieken." Neu war mir: „ein braves Pferd stirbt in den Sielen."

Den Agrarier mit Leib und Seele bekunden die zahlreichen Bilder aus diesem Lebensbereich von der „Heckenschere, der melkenden Kuh, dem Absahnen des Milchtopfes, dem

Tödten der Henne, die goldene Eier legt, der Jagd hinter wilden Gänsen zu Pferde, dem „Auff“ vor der Krähenhütte“ bis zu den stets höchst sachkundigen Auslassungen des Gutsbesitzers und großen Brenners vor dem Herrn über ländliche Wirthschaftsfragen.

Gleich ergiebig würde die Ausbeute sein, wollte man aus den zwölf Bänden die Stellen zusammensuchen, die des Fürsten lebhaftes Interesse für jede Art von Waffenführung, Kriegsdienst und noblem Sport bekunden.

Das alles untermischt mit hochpolitischen Ausführungen und nüchternen Erörterungen geschäftlicher Tagesfragen würde stilwidrig wirken, hätten wir es mit kühl vorher ausgearbeiteten, ausgefeilten Reden zu thun. So dient es nicht nur zur wohlthuenden Abwechselung, sondern verschafft uns die tiefere ästhetische Befriedigung, die wir stets empfinden dem freien, unmittelbaren Ergusse eines bedeutenden Menschengeistes gegenüber, der mit einem gebieterischen „hie bin ich“ uns entgegentritt.

Ein weiteres Charakteristicum der Bismarckschen Reden finde ich in der geradezu beispiellosen Schlagfertigkeit und in der Unerschöpflichkeit an kühnen, frappanten Einfällen, die in ihnen uns entgegentritt.

Die idealen Höhepunkte der Staatsreden Bismarcks sind ja ohne Zweifel die Partien, in denen er seine überlegene staatsmännische Weisheit, seine Vaterlandsliebe oder bezüglich großer Staats- und Lebensfragen sein innerstes Fühlen und Denken mit Pathos ausströmen läßt. Die Eigenart seiner rednerischen Begabung kommt aber am glänzendsten zur Erscheinung, sowie er sich in die Parade legt, um Angriffe abzuschlagen oder seinerseits anzugreifen. Für vieler braven Deutschen Geschmack hat er dies ja nur zu oft und nachhaltig gethan. Auge um Auge, Zahn um Zahn, auch nicht das Geringste hinnehmen[1]), jeden Angriff auf seine Person und seine Sache zurückschlagen bis zur völligen Lahmlegung des Gegners — das waren entschieden seine parlamentarischen Losungen. Man

[1]) „Ich schlage wieder, wenn ich geschlagen werde“ (30. Nov. 1881).

richte darüber, wie man wolle, man finde darin eine vom Göttinger Fechtboden her bewahrte Rauflust oder einen in seiner Natur zurückgebliebenen Rest vom unbekehrten Sachsenhäuptling; jedenfalls sind Kampfeslust und Kampfeszorn wesentliche Charakterzüge des politischen Redners Bismarck, wie des großen Mannes überhaupt.

Was auch zur Berathung stand, Staats- oder Handelsverträge, Steuerprojekte aller Art, Riesenunternehmungen wie Gotthardtunnel und Ostseekanal, Arbeiterversicherung, Sozialistengesetz, hohe Kirchenpolitik oder Bagatellfragen der inneren preußischen Verwaltung: immer erneut fühlte der gebietende Staatsleiter sich veranlaßt, mit gewissen „Catonen" der Opposition, mit ganzen Fraktionen und Richtungen, wohl gar mit ganzen Theilen von Deutschland anzubinden und den Hohlspiegel seiner Kritik dabei gründlichst zu brauchen.

Die Erreichung des nächsten Zweckes hat er dadurch jedenfalls oftmals gefährdet, auch seine Aufgabe als Parlamentsredner in so ausgesetzter Stellung sich arg erschwert. Hat er seiner innersten Natur nach so verfahren müssen oder geglaubt, zu Deutschlands Heil so verfahren zu sollen? Wer will das entscheiden? Ohne Zweifel hat er durch das hundertfältig wiederholte ceterum censeo bezüglich bestimmter, immer wieder von ihm herbeigezogenen Streitfragen als Redner sich der Gefahr einer gewissen Eintönigkeit ausgesetzt.

Nur ein Geist von seiner Unerschöpflichkeit und Schlagfertigkeit konnte es wagen, mit dem Particularismus aller Spielarten, den ultramontanen Sondergelüsten, der liberalen Ueberklugheit, den verschiedenen höfischen, geheimräthlichen, Fraktions- und Interessentenringen, wie mit gewissen durchaus unbekehrbaren Parteiführern sich immer erneut auseinanderzusetzen. Während aber Andere sich verwirren, so wie sie leidenschaftlich werden, verfügt Bismarck nie mit souveränerer Sicherheit über sein ganzes Wissen, seine Lebenserinnerungen, seinen Citatenschatz, seine Dialektik, seinen sprudelnden Humor, als wenn er sich ausgelegt hat auf der rednerischen Mensur.

Einzelne Wiederholungen konnten dabei ja nicht ausbleiben. Der Abgeordnete Lieber hat dies 1885 sogar einmal ausdrücklich festgestellt, und Eugen Richter hat dem gehaßten Kanzler, wie schon gesagt, auch den Vorwurf nicht erspart, er halte immer dieselbe Rede. Der unparteiische Leser wird aber feststellen müssen, daß die Wiederkehr derselben Wendungen oder Citate auch bei dem amtsmüden und von neuralgischen Schmerzen gepeinigten Kanzler in keinem Verhältniß steht zu der geradezu verblüffenden Fähigkeit desselben, zehnmal schon Gesagtes in immer wieder fesselnden neuen Einkleidungen vorzubringen. Welch ein brillanter Einfall war es z. B., die Parlamentsreden Eugen Richters auf den eben erwähnten Vorwurf hin mit dem endlos erscheinenden Festzuge in der Jungfrau von Orléans zu vergleichen, bei dem immer die gleichen Statistengruppen wiederkehren!

Auf ein paar Kunstmittel, die Fürst Bismarck unbewußt anwendet, um auch widerwillige Hörer immer wieder an seine Lippen zu fesseln, lassen Sie mich durch Anführung von Beispielen hindeuten.

Zunächst eine stark an Goethe erinnernde Bildlichkeit des Ausdrucks, und zwar eine solche, die nicht nur „ornamental“ wirkt, sondern den Gedanken belebt und anschaulich macht. „Rußland und Frankreich sind die Hechte im europäischen Karpfenteich, denen gegenüber wir so stark sein möchten, daß sie uns nur ermuntern. — Zwei Großstaaten sind wie Reisende, die zur Nachtzeit in einem wüsten Walde sich treffen; hört der eine des andern Hahn knacken, so feuert er schon. — Die Sicherheit des Reichsgebäudes darf nicht der Schönheit der Façade untergeordnet werden. — Der Reichslocomotive werden Steine in den Bahnstrang geworfen. — Camphausen als Finanzminister hat sieben Jahre gehabt wie die fetten Kühe Pharaos, aber keinen Joseph, die nachfolgenden mageren zu prophezeien. — Um den armen Mann hat man sich gerissen wie um die Leiche des Patroklus. — Berlin, eine Wüste von Mauersteinen, Pflastersteinen und Zeitungen. — Das Abgeordnetenhaus gleicht der falschen Mutter Salomos, die lieber will, das Kind gehe zu Grunde, als daß anders als nach ihrem Willen damit ge-

schehe. — Die belgische Verfassung erst 18 Jahre, ein sehr empfehlendes Alter für junge Damen, aber nicht für Constitutionen. — Gewisse Fractionen wollen durchaus, daß ein Tropfen demokratischen Oels, den Uhland für die Salbung des deutschen Kaisers verlangt hat, gerade ein Eimer werden solle (9. Juli 1879). — Dem Simson der Monarchie werden von der constitutionellen Delila die Locken verschnitten, um ihn den demokratischen Philistern wehrlos in die Arme zu liefern. — Der preußische Geist ist ein Bucephalus, der den gewohnten Reiter und Herrn mit muthiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber auf den Sand setzt. — Die preußische Krone ist der tragende Mittelpfeiler des Staatsgebäudes, die englische nur ein zierlicher Kuppelschmuck."

Manches Reizende dieser Art hat unser Dr. Lyon zusammengestellt in seinem schönen Buche „Bismarcks Reden und Briefe" 1895.

Um Sie nicht zu ermüden, nur noch ein paar Pröbchen aus dem einen staatswirthschaftlichen Gebiete, wie: „Infolge der Freihandelspolitik herrscht wirthschaftliche Anämie. Die Productionsmuskeln des Landes erlahmen. Neue Hungerquellen brechen hervor. Das Bier, das Pfeifchen des armen Mannes ist ein stets zugkräftiges Agitationsmittel. — Das Wirthschaften vom Kapital heißt die Henne tödten, die goldne Eier legt. Eine Existenz auf der Basis der Phäaken ist leichter als die auf der Basis der Spartaner" 2c.

Nahe verwandt mit der Bildlichkeit ist der Witz, zumal wenn dieser definirt wird als das Auffinden fernliegender oder nur ganz einseitig vorhandener Aehnlichkeiten bez. Gegensätze. Ich werde nicht das Ungeschick begehen, auch hierfür Beispiele anzuführen; das könnte doch nur abgeschmackt wirken. Andeuten möchte ich nur, daß die 32 Jahrgänge der Reden alle denkbaren Spielarten des Humors aufweisen von dem feinsinnigen Bonmot, dem treffenden Citat, dem harmlosen, mitunter durchaus nicht hoffähigen Schwank bis zu dem bittern Spott über Personen und Dinge, ja dem schnödesten Hohn. Wenn Bismarck in Beziehung auf den alten Windthorst sagt: „ein Jäger ist er nicht, aber der Hang zum Uebertreiben ist

da" oder dem Ehrenprädikat „Perle von Meppen" mit dem Bemerken zustimmt: „für mich hängt aber der Werth einer Perle sehr von ihrer Farbe ab, ich bin darin etwas wählerisch," so wird der greise Herr dazu sicher herzlich mitgelacht haben. Andere Abgeordnete dagegen, Eugen Richter voran (das wissen wir alle), haben von leitender Stelle aus eine Ueberschüttung mit so bösem Hohn ertragen müssen, daß ein unausreißbarer Stachel davon in der Erinnerung wohl haften bleiben durfte. Wie unsäglich malitiös ist z. B. der folgende Passus aus der Rede vom 9. Mai 1884 bezüglich der Abgeordneten Struve und Haenel:

„Den Ausdruck eines banausischen Gelächters habe ich nur auf das, was so massenhaft aus jener Gegend kam, gebraucht. Ich habe vorhin eine Stimme sehr verspätet lachen hören, — ich glaubte die des Abgeordneten Struve zu erkennen. — Ich schließe, daß ihm inzwischen die Sache auseinandergesetzt worden ist, daß eigentlich hätte gelacht werden müssen an dieser Stelle, und er, da er sich auf der Tribüne nicht vernehmlich macht, doch mindestens den Pflichten gegen seine Partei durch Lachen nachgekommen ist. Diese Art geschäftsmäßigen Lachens ist sehr verschieden von dem, was sich bei dem Abgeordneten Haenel, einer Zierde unserer Wissenschaft, findet." — Ich müßte lügen, wollte ich behaupten, daß ich für meine Person Derartiges schön finde. Wie sehr wünschte man sich dies und Derartiges an mancher anderen Stelle hinweg! Nur wird man so billig sein müssen, einer Titanennatur manches nachzusehen, was einem kleineren Geiste nimmer hätte verziehen werden dürfen.

Die Kraft und Schlagfertigkeit der Bismarckschen Beredsamkeit wird vielleicht am überzeugendsten nahegeführt durch die nähere Betrachtung einer beliebigen Rede, die einen Stoff von geringer Tragweite behandelt. Ich greife heraus die Auslassungen des Ministerpräsidenten vom 3. Februar 1866, die Vereinigung des kleinen Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußen betreffend.

Artikel 55 der preußischen Verfassungsurkunde lautet: Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zu-

gleich Herrscher fremder Reiche sein. Liberalerseits war dieser Artikel angezogen worden, um daraufhin zu bemängeln, daß die Vereinigung Lauenburgs mit Preußen stipulirt worden sei ohne ständische Zustimmung.

Wie ergötzlich ergeht sich Bismarck über diesen liberalen Doctrinarismus, der im Sinne der antiken Soriten als nicht ausgemacht gelten lassen will, daß Lauenburg kein Reich sei, da man nicht wisse, wie groß ein Staat sein müsse, um als Reich zu gelten. Er sagt:

„Noch jetzt in dem amtlichen Kirchengebet wird für unser deutsches Vaterland gebetet. Solcher Thatsache gegenüber können Sie mir ein deutsches Land nicht als fremdes hinstellen. Mit dieser Auslegung versündigen Sie sich an der deutschen Sprache, an unserer eigenen deutschen Nationalität, und die Regierung will sich der Mitschuld an dieser Sünde nicht theilhaftig machen."

„Durch solche sprachliche Spielereien (bezieht sich auf das Wort Reich) wird zuletzt bewiesen, daß ein Greis ein Kind und ein Kind ein Greis sei, weil die Grenze der verschiedenen Lebensalter sich nicht feststellen läßt." —

Der Abgeordnete Dr. Frese hatte ein Bismarcksches Citat aus Shakespeares Heinrich VI, 3, 2, 1, übersetzt von Schlegel, welches zwischen Herzogthum und Reich unterscheidet, bemängelt, weil es nicht ganz dem Original entspreche. Darauf erwidert Bismarck in derselben Sitzung:

„Es wäre mir in der That schwierig gewesen, Schlegel englisch zu citiren und aus seinem Texte einen Streit über die Bedeutung eines deutschen Wortes zu schlichten. — Im übrigen ist Redenhalten nicht meine Beschäftigung, und ich lasse Disteln und Dornen des Herrn Vorredners unbeantwortet. — Meine Herren, ich habe schon vorher darauf hingedeutet, ich bin kein Redner (Widerspruch), ein Vorzug, den ich dem Herrn Vorredner bereitwillig einräume. Ich vermag nicht, mit Worten spielend, auf Ihr Gefühl zu wirken, um damit Thatsachen zu verdunkeln." —

Weiterhin sagt er:

„Wenn wir mit Ihnen eine glücklichere Ehe in diesen drei Jahren geführt hätten, dann würden wir Ihnen auch diese Vorlage gemacht haben, — ohne dazu verpflichtet zu sein —, aber wir würden dann unsererseits die Rücksichten genommen haben, die wir bei Ihnen vermissen. Wenn Sie jede Vorlage nur dazu benutzen, um neue Elemente zu einer Scheidungsklage in dieser Ehe zu suchen, warum sollten wir Ihnen Dinge vorlegen, zu deren Vorlegung wir nach dem Buchstaben der Verfassung nicht verpflichtet sind?"

Dem Abgeordneten Twesten wird geantwortet:

„Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen. Sie sollten auch so denken, denn Sie könnten ja, was Sie im Innern etwa an Terrain verlieren möchten, unter einem etwaigen liberalen Ministerium, was vielleicht auch nicht ausbleiben wird, rasch wiedergewinnen. Es ist dies keine Einbuße auf ewig. In der auswärtigen Politik aber giebt es Momente, die nicht wiederkommen."

Auf eine Weile bitte ich zuletzt noch Ihre Gedanken bei einer dritten Grundeigenschaft der Reden festhalten zu dürfen. Ich möchte sie den großen prophetischen Zug nennen im Sinne der althebräischen und griechischen Prophetie, bei der das Vorhersagen der Zukunft ja doch nur die Zugabe, die Hauptsache aber war: tiefstes Erfassen der Volksseele, der nationalen Hoffnungen, Wünsche und Verpflichtungen. Ob ich zuviel hiermit gesagt habe, mögen Sie schließlich selbst entscheiden.

Der Propheten gewöhnliches Loos ist, daß sie eine Zeit ihres Lebens oder ihr Leben lang als Sehende unter Irren Prediger in der Wüste bleiben, wohl gar verfolgte und verhöhnte.

Alle Welt weiß, wie vielen Deutschen, auch begeisterten Patrioten, Bismarck von 1862—1865 als ein Greuel dastand, bis 1870 noch vielen eine unheimliche Gestalt war, wie auch weiterhin dem auf beiden Hemisphären gefeierten Staatsmanne als dem angeblichen Knechter der inneren Freiheit, übermüthigen Hausmeier, Starrkopf auf wirthschaftlichen und sonstigen Ge-

bieten, als dem „inneren Politiker mit der unglücklichen Hand,“ schließlich als dem „amtsmüden, alternden Kanzler, der gut thue, das Altentheil aufzusuchen,“ der Ausbau des neuen Reiches erschwert worden ist.

Alles das spiegelt sich mit dramatischer Wirkung in den Reden von 1862—1889 wieder. Seit 1859 hatten die Träume der Dichter von Barbarossas Wiedererweckung und der Patrioten Begeisterungsruf: „Deutschland, Deutschland über alles,“ zu entschiedeneren Einheitsbestrebungen sich krystallisirt. Ich deute Derartiges nur obenhin an, denn das Gebiet der Politik will und darf ich hier nicht betreten. Jedenfalls haben aber damals kaum ein paar Dutzend Engvertraute die dem gehaßten Ministerpräsidenten schon 1862 klar vorschwebenden Etappen, höchste Schlagfertigkeit Preußens, Hinausdrängung Oesterreichs, Militärconventionen mit den kleineren Staaten, festgefügter deutscher Staatenbund mit preußischer Spitze, auch nur geahnt. Da platzten in die verbrüderungsselige Sänger-, Schützen- und Turnerfeststimmung der ersten sechziger Jahre Worte von eisigem Realismus hinein: „das Geld nehmen, wo wir es finden,“ „Eisen und Blut,“ „Macht geht vor Recht“, nicht ganz so von Bismarck gesprochen, wie sie mit Entsetzen von Lippe zu Lippe weitertönten, mit Einschränkungen aber doch seiner innersten Meinung entsprechend. Welche grellen Mißtöne in die schon in den besten Gang gebrachten Verbrüderungen von Süd und Nord, Ost und West! Wie abstoßend-verletzend für den deutschen Idealisten, zumal den liberal gerichteten! Eisen und Blut — das dem Volke der Denker und Dichter! Und Macht vor Recht — das dem Volke, dessen Beste in dem vielbewunderten englischen Parlamentarismus immer der politischen Weisheit letzten Schluß gesehen hatten! „Das ist eine harte Rede, wer kann sie hören?“ (Joh. 6, 60) war das nicht der Eindruck, den die frühesten Reden Bismarcks auf uns Aeltere fast ausnahmslos gemacht haben? Wie viele herbe Realismen in ihnen, gegen deren erkältend eiserne Umarmung wir uns gesträubt haben nach Vermögen! Der bald nach Bismarcks Auftreten anhebende Siegeslauf der Darwinistischen Lehre vom Kampfe ums Dasein,

der Ausblick nach feindselig-neidischen Nachbarn rechts und links, der Einblick in innere Gährungsprocesse bedrohlicher Art, alles das hat uns allmählich dazu gebracht, daß Sätze wie „Blut und Eisen“ uns jetzt nicht mehr in Erstaunen versetzen. Und der Rocher de bronze der Souveränität! Wie vielen Zuhörern des Ministerpräsidenten Bismarck ist er ein Stein des Anstoßes gewesen, und wie viele klammern sich heutzutage an diesen Felsen als das Feststehende im Gewoge der Zeit!

Für alle Schwächen der Deutschen, von der selbst in der Besetzung der Wirthshaustische sich kundgebenden Isolirungssucht des Einzelnen und kleiner Gruppen bis zu der Anstaunung alles Ausländischen, die nur zu gern von „bei uns drüben in England, in Amerika“ spricht, für deutsche Nörgelei, Piep- und Heulmeierei hat keiner ein schärferes Auge und eine herbere Geißel gehabt als Fürst Bismarck. Von ihm stammt das scharfe Wort, daß bei den meisten Deutschen vor der Vaterlandsliebe erst der Dorf-, Stadt-, Landschafts-, Fractionspatriotismus kommt, bei Geheimen Räthen dazu wohl noch der Ressortpatriotismus. Gegen deutsche Gefühlsduselei in staatlichen Dingen, den gutgemeinten Doctrinarismus, der allem Möglichen mit Grundsätzen und Statuten beizukommen sich getraut, gegen das Kannegießern ohne volle Sachkenntniß am Biertisch und in den Fractionen hat er seine spitzesten Pfeile abgedrückt. Aber auch der Meinung, „tröstet, tröstet mein Volk! spricht euer Gott, redet freundlich mit Jerusalem“ ist er nachgekommen. „Setzen wir Deutschland in den Sattel; reiten wird es schon können,“ „ein Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals ein Echo,“ „wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt,“ — hätte Fürst Bismarck zu alledem, was er für Deutschlands Macht und Ruhm gethan, nur diese drei Sätze hochfliegenden deutschen Selbstgefühls gesprochen, sie würden sattsam bezeugen, daß er in der Tiefe seines Herzens seine Deutschen hochgehalten hat und das Höchste ihnen zutraute, was er auch im einzelnen an ihnen auszusetzen hatte.

Welches Capital nicht nur politischer Fachkenntniß, sondern auch politischer Weisheit in den Reden beschlossen liegt,

wird wohl erst die Zukunft voll ermessen. Wir stehen noch zu sehr mitten drin, soweit wir Parteileute sind, sogar nicht ohne Liebe und Haß. „Um geistreich zu sein, braucht man nur vor nichts mehr Respect zu haben,“ „von Leidenschaften frei zu sein, ist nicht immer eine öffentliche Tugend,“ „das gehässigste aller Monopole ist das der politischen Einsicht und Tugend,“ „je constitutioneller, desto theurer,“ „Lautersprechen macht eine Sache nicht wahrer,“ „alles Verfassungsleben ist eine Reihe von Compromissen,“ „Consequenz ist das höchste Ideal nur für Politiker mit wenig politischen Gedanken,“ „jedes Land ist auf die Dauer für die Fenster verantwortlich, die seine Presse einschlägt,“ — wie viel Beherzigenswerthes liegt in diesen und ähnlichen, aufs Gerathewohl von mir herausgegriffenen Sätzen.

Das sind ja alles keine absonderlichen Gedankenfunde; in großer Zeit von bedeutendem Munde ausgesprochen, dürften sie aber nicht blos vergängliche Eintagsgeschöpfe sein „aus der Zeit — für die Zeit!“

Besondere Beachtung gebührt natürlich den zahlreichen staatsmännischen Winken, die dem deutschen Volke für Gegenwart und Zukunft gegeben werden. Hierher gehören zunächst die zahlreichen Stellen, in denen Bismarck von dem Standpunkte des Patrioten zugleich und nüchternen Realpolitikers unserem Volke seine Geschichte ausdeutet, deren Verlauf ihm mit einer staunenswerthen Klarheit und Sicherheit des Wissens immer gegenwärtig war. Mag er bei den Hohenstaufen, den Kämpfen zwischen Kaiser und Papst, dem Zeitalter Ludwigs XIV., des großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen, bei Bildern deutscher Ohnmacht oder deutscher Erhebung verweilen — immer derselbe Grundgedanke, daß das begabte und tüchtige deutsche Volk auf der großen Bühne der Welt eine ganz andere Rolle hätte spielen können, wenn es seine Kräfte nur entschlossener zusammengefaßt, in seiner Zerrissenheit auch nur geahnt hätte, wie stark es sei. — Ein paar Beispiele auch hier. Daß Preußens König 1849 die Kaiserkrone abgelehnt hat, war durchaus nach dem Herzen des damaligen Abgeordneten für

Westhavelland: Bismarck. „Wir alle wollen,“ sagt er am 6. September 1849, „daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehn, nicht gefesselt durch einen neuen Reichstag von Regensburg, nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenschere aus Frankfurt, — die erst in Gotha zu einem friedlichen Instrumente umgeschmiedet wurde, während sie wenige Wochen vorher in Frankfurt als drohende Waffe gegen das Preußenthum gegeschwungen wurde.“ So der Abgeordnete Bismarck.

Dem Ministerpräsidenten (das hatten Frankfurt, Petersburg und Paris gewirkt) schwebt wenigstens seit 1867 ein mächtiges Deutschland vor, mit preußischer Spitze und ohne Oesterreich, aber nicht als Einheitsstaat. Welche Herkulesarbeit nöthig gewesen ist, um durch die Armeeorganisation ein starkes Preußen zu schaffen, nach 1866 die liberalen Gelüste der einen, die Annexionsgier der anderen abzuwehren, die zahlreichen Particularismen, den preußischen voran, niederzuhalten, einen Bund und dann ein Reich mit einer genügend starken Centralgewalt durchzusetzen unter steter Bekämpfung offenbarer Bundes- und später Reichsfeinde im Innern, — davon werden die Bismarckreden in ihrer lapidaren Sprache noch einer späten Nachwelt Kunde geben. Wie hoch oder gering meine geehrten Zuhörer die Verdienste des ersten Kanzlers auf kirchenpolitischem, finanziellem, wirthschaftlichem und socialem Gebiete einschätzen, kann ich nicht wissen, kümmert mich auch wenig. Ich sage nur das: wie viele Goldkörner tiefer Staatsweisheit in diesen Fachreden enthalten sind, ermißt ein späteres Geschlecht sicher besser als wir; pflegen doch auch die Irrthümer eines großen Mannes von der Art zu sein, daß sich aus ihnen Vieles lernen läßt. Ein nationaler Besitz von unbestrittenem Werth werden aber für immerdar die Reden von europäischer Bedeutung sein, in denen der größte Staatsmann der Zeit über weittragende Fragen der hohen Politik mit der ihm eigenen muthigen Offenheit sich ausgelassen hat. Daß sich auch in dem Werden, Blühen und Vergehen der Staaten ein harter Kampf ums Dasein abspielt,

in dem jeder Staat möglichst große Vortheile für sich zu erraffen sucht und der Kräftige die minder Kräftigen schließlich überdauert, daß man vor jedem Grenznachbar stets auf der Hut sein muß, daß Einwohnerzahl, Steuerkraft, Anzahl der Bajonette und Kriegsschiffe Gewichte in der Wagschale sind, welche nie außer Acht gelassen werden dürfen, — dies und Derartiges hat der große Realpolitiker dem zu idealen Selbsttäuschungen nur zu sehr neigenden Volke der Dichter und Denker hundertfältig nahegeführt. Seine staatsmännische Größe liegt aber vielleicht noch mehr darin, daß er nicht nur kühler Rechenkünstler und Statistiker war, sondern auch das, was er selbst Imponderabilien der Politik nennt, stark in seinen Calcul hereinzog, als da sind Glauben und Aberglauben, herrschende Vorurtheile, tiefgewurzelte Zu- und Abneigungen, Grad der Begeisterung und Aufopferungsfähigkeit, die Fähigkeiten und Gesinnungen gerade tonangebender Persönlichkeiten. Das größte imponderabile für den ganzen Welttheil war freilich er selbst mit seiner löwenhaften Unerschrockenheit, seiner nicht zu beugenden Energie, seiner die letzten Absichten klug verhehlenden Offenheit und der meist so überraschenden Kühnheit seiner diplomatischen Schachzüge.

Und das End- und Strebeziel dieser Bismarckschen Politik ist seit 1871, was wohl jeder Bismarckfeind zugeben muß, ausschließlich Deutschlands Macht, Ehre und Heil gewesen; oft genug hat er den Vorwurf hören müssen, der Preuße sei bei ihm allzusehr aufgegangen in dem Deutschen. Wie hat er, unter dem schwarz-weiß-rothen Banner stehend, von des Reiches höchster Zinne bei kräftigem Eintreten für jedes Bundesfürsten altererbte Rechte darüber gewacht, daß der Ausbau des Reiches nach innen ungefährdet sich vollziehe, wenn möglich ganz nach seinen Bauplänen, im Nothfalle auch nach abgeänderten, daß nur ja der Main sich nicht vertiefe oder sonst eine Rückläufigkeit der Reichsfluth sich bemerklich mache! Auf die Einrede v. Bunsens am 11. Dezember 1867, die Waldecker, nunmehr Bürger keines Staates, würden in Arolsen ihren Mikado haben, in Berlin dagegen ihren erhabenen und mächtigen Taikun, erwidert er das schöne Wort: „den Waldeckern bleibt

der Ehrenname von Deutschen; einen anderen als den deutschen nationalen Patriotismus zu pflegen, haben wir keine Veranlassung; es ist nicht unsere Aufgabe."

Den preußischen Vollblutpatrioten, die 1866 am liebsten die schwarz-weißen Grenzpfähle bis zum Main und Erzgebirge vorgerückt gesehen hätten, hält er die festen Worte entgegen (17. August 1866): „Die Regierung denkt die Schwierigkeiten auf deutsche Art zu überwinden, durch Schonung der Eigenthümlichkeiten und allmähliche Eingewöhnung, nicht, wie es bei romanischen Völkern üblich ist, mit einem Schlage. — Je rückhaltloser Preußen zeigt, daß es seine Feinde von der Landkarte wegfegen kann, um so pünktlicher muß es seinen Freunden Wort halten. In Süddeutschland wird dieser Glaube an unsere politische Redlichkeit von großem Gewicht sein."

Eine geradezu klassische Stelle aus dem Jahre 1867 (4. März) bitte ich noch im Auszuge anführen zu dürfen: „Blicken Sie im Mittelalter von dem Russischen Reiche der Ruriks bis zu den westgotischen und arabischen Gebieten in Spanien, so werden Sie finden, daß Deutschland vor allen die Aussicht hatte, ein einiges Reich zu bleiben. Was ist der Grund, der uns die Einheit verlieren ließ und uns bis jetzt verhindert hat, sie wieder zu gewinnen? — Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthat, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern. — Liefern auch wir den Beweis, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt."

In einer der letzten großen Reden, der denkwürdigen vom 6. Februar 1888, heißt es den russischen Preßdrohungen gegenüber: „Wer den Frieden bricht, wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesammte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahne rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, daß der, welcher sie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird, jeden Wehrmann mit dem Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein."

War ich im Rechte, als ich dem großen politischen Lehrmeister und Züchtiger des deutschen Volkes eine Stellung anwies, vergleichbar (natürlich mutatis mutandis) der alttestamentlicher Propheten? — Ich eile zum Schluß. Ein geistvollerer Mann als ich könnte bei solchem Stoffe um ein großartig wirkendes Schlußtableau, beispielshalber aus der Geschichte der politischen Beredsamkeit, nicht verlegen sein. Meinem Sinn und Können entspricht es mehr, ganz schlicht des nach der menschlichen Seite erbauenden Eindrucks, den die Reden zurücklassen, abschließend noch kurz Erwähnung zu thun.

„Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein" sagt Faust unter dem fröhlichen Bauernvolke. Fürst Bismarck hat sich auch als höchster Würdenträger auf der Ministerbank, wo er es nach herkömmlicher Anschauung nicht durfte, immer als Mensch mit seinem Lieben und Hassen, seinen hohen Tugenden wie üblen Eigenschaften gegeben. War sie bedroht, so hat er alle Rechte seiner amtlichen Stellung bis zum Jota geltend gemacht und den major domus nicht sinken lassen, der er thatsächlich war. Dabei aber klingt unsäglich wohlthuend das nihil humani a me alienum esse puto durch alle Reden hindurch von 1847 bis 1889. Wie gern plaudert er gelegentlich Selbsterlebtes aus! Aber auch das, was er dem Volke abgelauscht. Wie der deutsche Tagelöhner, Bauer und Förster denkt, wie dem Corpsstudenten durch die Mensurbrille die Welt erscheint, wie es in der Armee zugeht vom General bis zum Offiziersburschen hinab, was für Kurzweil junge Mädchen zu treiben lieben, was am Stammtisch geplaudert zu werden pflegt, worüber der großstädtische Pöbel seine Scherze zu machen liebt, was in Theatern eben gerade das Parterre und die oberen Ränge ergötzt, bis hinauf zu dem Leben und Treiben in hohen, höchsten und allerhöchsten Kreisen — alles kommt gelegentlich zur Aussprache, nicht selten in urkräftiger, oft aber auch in graziös zugespitzter und menschlich in höchstem Grade liebenswürdiger Fassung.

Nach alledem ist es sicher nicht als eine Ueberschwenglichkeit abzuweisen, wenn Fürst Bismarck unter dem Gesichtspunkte der Prophetie im bezeichneten Sinne neuerdings öfters mit

Luther und Goethe zusammengestellt worden ist. Die Vergleichung mit Goethe kann freilich nur dem einigermaßen einleuchtend sein, der den ganzen Dichter kennt, insbesondere „den jungen Goethe.“ Bei aller sonstigen Unvergleichbarkeit haben diese drei sicher das miteinander gemein, daß sie gottbegnadete Kernnaturen waren, daß sie dem in der Tiefe von ihnen erfaßten deutschen Volke auf ihren Gebieten leuchtendes Beispiel gegeben und auf weithinaus die Wege gewiesen haben. „Für mich hat es immer nur einen einzigen Kompaß, einen einzigen Polarstern gegeben, nach dem ich steure, das gemeine Wohl“ sagt Bismarck am 24. Februar 1881, wie es auf religiösem Gebiete Luther, auf ästhetischem Goethe von sich rühmen durften. Freuen wir uns, daß auch von dem großen Staatsmanne der Deutschen der Zukunft noch etwas anderes übrig bleibt als sein Nachruhm und die von ihm geschaffenen, dem Gesetze des Wandels ja doch unterstehenden politischen Gebilde, daß wir neben zahlreichen Briefen die Reden besitzen als Vermächtnisse seines Fühlens und Denkens, seines Deutsch- und Menschenthums zur Erbauung für alle Zeiten.

Lassen Sie mich mit dem schlichten Wunsche schließen, daß der erleuchtete „Prophet“ des deutschen Volkes im Sachsenwalde uns noch recht lange bei frischer Kraft erhalten bleiben und auf seine alten Tage in dem Glauben an seine Deutschen nicht erschüttert werden möge, zu dem er sich in jüngeren Jahren trotz vielfacher unerfreulicher Wahrnehmungen wiederholt in erhebender Weise bekannt hat.

6.

Von Goethe zu Bismarck.

Eine litterarisch-politische Betrachtung von Prof. Emil Walther (Chemnitz).

Von Goethe zu Bismarck! — Was haben die Beiden miteinander gemein? Mit welchem Rechte können sie in dieser logischen Folge zusammengestellt und genannt werden? — Goethe, der Künstler und phantasievolle Beherrscher im Reiche des Schönen, und Bismarck, der nüchterne, scharfsinnige Realpolitiker! — Goethe, der nie ein patriotisches Lied, nie ein eigentliches vaterländisches Drama geschaffen, dem man seine Bewunderung des korsischen Eroberers und seinen Mangel an Patriotismus so oft vorgeworfen, der sich nicht einmal für den großen Befreiungskampf von 1813 sonderlich begeistert, der vielmehr allenthalben eine Art spröder Zurückhaltung an den Tag gelegt, wo es energische politische und nationale Bestrebungen gegolten, — und Bismarck, der sein Volk mit zwingender Kraft in die nationale Bewegung hineingerissen, der mit genialer staatsmännischer Kunst, mit überlegener Gedankenwucht und alldurchschauender Einsicht, zugleich aber auch mit stählerner Energie zum Ziele geführt hat, was seit den Tagen Steins und Scharnhorsts einer unbestimmten Ahnung gleich die deutschen Stämme beseelt hatte!

Lassen sich zwei größere Gegensätze denken, als diese beiden Männer? — Scheinbar wohl kaum. Und doch berühren sich diese Gegensätze; doch verhalten sie sich, im Grunde genommen, wie Ursache und Wirkung. Und dies nach Möglichkeit darzuthun, soll die Aufgabe dieser litterarisch-politischen Betrachtung sein.

Es giebt Persönlichkeiten, die der Epoche ihres Wirkens den Stempel ihres Geistes aufprägen und deren Einfluß den ganzen Umkreis ihres Volkes so lange beherrscht, als eben ihr Wirken dauert; — Persönlichkeiten, die für die besten und bedeutendsten ihrer Zeitgenossen gewissermaßen das Richtmaß abgeben, nach dem diese das eigne Wollen, Thun und Können abmessen, in deren Dasein sie sich mit Liebe und Begeisterung versenken, um sich im Vollgenuß ihres Wesens und Wirkens selbst zu bereichern, zu fördern und zu erheben; — kurz, Persönlichkeiten, nach denen ihr Zeitalter sich nennt. So kann man von einem Zeitalter des Perikles, des großen Karl, Luthers, aber auch von einem solchen Goethes und Bismarcks sprechen.

Ja noch mehr. Wie unsere heutige politische Centrale, die Reichshauptstadt Berlin, das alte klassische Weimar als eine Art geistigen Mittel- und Brennpunktes zur geschichtlichen Voraussetzung hat, so dürfen wir von dem gewaltigen Hersteller unserer politischen Macht und Größe, Otto von Bismarck, denselben logischen Rückschluß machen auf den genialen Schöpfer unserer idealen Macht und unseres geistigen Ansehens, Johann Wolfgang von Goethe. Beide bedingen einander.

Doch sei hier gleich bemerkt: Wenn es sich um die Hebung der idealen Güter und um die Schaffung eines neuen geistigen Lebensinhaltes, oder anderseits, wenn es sich um die Neugestaltung des politischen Lebens und um die nationale Wiedergeburt unseres Volkes im letzten Jahrhundert handelt, so dürfen Goethe und Bismarck nicht als die alleinigen dabei in Frage kommenden Faktoren angesehen werden; noch weniger aber als Erscheinungen, die unvermittelt und unvorbereitet aus Zeit und Volk hervorgewachsen sind; — nein, eine Reihe führender und bahnbrechender, vorbereitender und mitarbeitender Geister sind dabei auch thätig gewesen. Nur sind die genannten Beiden die gewaltigen Gipfel, in denen der Lebensinhalt, das Denken und Fühlen, das Wollen und Ringen ihrer Zeit und ihrer Nation den sichtbarsten, Alles überragenden Ausdruck gewonnen, auf die das strahlende Sonnenlicht des Ruhmes am herrlichsten und hellsten fällt. — Und so ruht

auch das prüfende Auge des Betrachters vor Allem auf diesen allüberragenden Häuptern aus der Geschichte des letzten Jahrhunderts, auf Goethe und Bismarck.

Der feinsinnige Historiker und Politiker Dahlmann sagt einmal von Goethe: „Sein Blüthenalter rankte sich um die Ruine des Deutschen Reiches, die, ehe sie gänzlich unbewohnbar war, den edelsten deutschen Geistern ein friedliches Obdach gewährte.“ — In der That, eine trostlose Ruine war das weiland so stolze heilige römische Reich deutscher Nation in dem entsetzlichen Zerstörungsprozeß des dreißigjährigen Krieges geworden. Nicht nur die Reichsverfassung lag in völliger Erstarrung; es war überhaupt ein Stillstand im ganzen politischen, geistigen und physischen Leben der Nation eingetreten. Das katholische Kaiserhaus der Habsburger träumte zwar nach dem westfälischen Frieden noch immer den alten Traum von Weltherrschaft; aber sein Ansehen war zum hohlen Schaugepränge geworden, und der Spott des In- wie des Auslandes galt dem Reich in gleichem Maße wie dem Reichstag, diesem dauernden europäischen Gesandtenkongreß, und dem Reichsheer. — Die weltlichen Fürsten hatten in trotzigem Sondergeist und mit zäher Kraft die verlotterte und brüchig gewordene Form der Reichseinheit gesprengt; Höfe und Adel waren in Tracht und Mode, in Sitte und Sprache meist zu Affen Frankreichs geworden; die städtischen Gemeinwesen waren verrottet und die einst so stolzen, trotzigen Bürger zu knechtischer Unterwürfigkeit und vielfach sogar zu stumpfsinnigem Kleinmuth herabgesunken; ja die tiefe Verachtung des Auslandes sprach sich deutlich und beschämend genug in der hohn- und schmachvollen Frage des Franzosen Bouhours (1628 bis 1702) aus, ob es denn überhaupt möglich sei, daß ein Deutscher Geist haben könne?

Noch ist also von dem Obdach, das nach Dahlmann die Reichsruine den edelsten Geistern gewähren sollte, verzweifelt wenig zu merken. Im Gegentheil, man möchte dem boshaften Franzosen beinahe Recht geben. Während die übrigen gebildeten Nationen um den Anfang des 18. Jahrhunderts den Höhepunkt ihres geistigen Lebens entweder erreicht oder schon

überschritten haben, leidet unsere deutsche Geisteskultur noch unter öder, unfruchtbarer Schulweisheit, verknöchertem religiösen Formelkram und starrem Absolutismus landesfürstlicher Politik; die Muttersprache aber ist verroht, verlottert und, unter dem Druck des Französischen und Lateinischen, mit fremden Flittern behängt, so daß sie, verachtet von den Gelehrten und Vornehmen, ein verkümmertes Aschenbrödeldasein fristet. Welch eine weite Wegstrecke ist da noch zurückzulegen, von dieser Schmach und Zerrüttung, von dieser Erbärmlichkeit und Ohnmacht deutscher Kultur an bis dahin, wo die baufällige Reichsruine ein höher entwickeltes Geistesleben beherbergen, oder gar bis dahin, wo ein neuer Bau sich kraftvoll und herrlich aus den Trümmern des alten erheben kann! Wieviel Blut und Thränen, wieviel Schweiß der Edeln hat es gekostet, um nur erst einen nothdürftigen Ausblick auf bessere Tage, um nur eine gewisse Zuversicht zu gewähren, daß es nicht gar aus sei mit dem deutschen Volke!

Soviel aber erhellt deutlich aus der ganzen Entwicklung der Dinge in der Folgezeit: Wohl war eine stark aufstrebende politische Einzelmacht nothwendig, die sich, in lebendigem Gegensatz zu dem fossilen Kaiserthum des alten Reiches, als energische Verfechterin der nationalen Sache herausbildete, die ferner politisch und wirthschaftlich den deutschen Sondergeist unter die Idee eines einheitlichen monarchischen Staateszwang und so den Grundstein zu einem künftigen neuen Reichsgebäude legte, — wie dies der brandenburgisch-preußische Staat schon von der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts an mit zäher Kraft angebahnt hatte; — aber bloße politische Gewalt und staatsmännische Klugheit hätten dies Kunststück nimmer zuwege gebracht, hätten nimmer die Geschicke unseres Volkes entschieden und seine Machtstellung in der Reihe der Nationen bewirkt. Dazu bedurfte es eines neuen geistigen Lebensinhaltes, der eigentlichen Geistesarbeit, die den Völkern erst ihre Bedeutung verleiht und ihnen den gebührenden Rang in der Weltgeschichte anweist. Der Geist mußte also erst erstarken, um sich später selber seinen Körper zu gestalten; denn „es ist der Geist, der sich den Körper baut."

So wie der Staat im achtzehnten Jahrhundert organisirt war, als bloße Zwangsanstalt mit übermächtiger, starrer Beamtenwirthschaft, ohne Theilnahme und Mitwirkung der Gebildeten, — so konnte er nur als nothwendiges Uebel empfunden werden. Das eigentliche Volk war von jedem politischen Leben ausgeschlossen, und weil eben das, was wir Staatsbürgerthum und Nationalgefühl nennen, trotz Justus Mösers „Patriotischen Phantasien", im Großen und Ganzen unbekannte Begriffe waren, so setzten sich diejenigen, die nach geistiger Selbständigkeit strebten, einfach über die Stufe des Nationalen hinweg und träumten sich in ein ideales Weltbürgerthum hinein. Man fühlte sich nicht als Theil einer Nation, sondern als Mitglied der gesammten Menschheit.

Nun ist ja nicht zu verkennen, daß durch die Großthaten Friedrichs II. eine Wendung in den Anschauungen angebahnt worden ist. An der Heldengestalt dieses einzigen Fürsten richtete sich das Selbstgefühl der Deutschen wieder empor, und bei dem sichtbaren Zusammenbruch der alten Kaiserherrlichkeit dämmerte ihnen in Friedrichs Staat, wenn auch noch fern und nebelhaft, ein neues Vaterlandsideal. Aber der Gedanke an einen nationalen Staat war doch noch zu wenig faßbar; vor allem weckte die leuchtende und wärmende Sonne des fridericianischen Ruhmes in dem verödeten Deutschland einen neuen Dichterfrühling, der naturgemäß seine eigentliche Nährkraft in dem Geiste protestantischer Freiheit und Aufklärung fand. Die ganze klassische Dichtkunst der Folgezeit trägt einen rein protestantischen Charakter und darf getrost als die Frucht einer national-litterarischen Reformation betrachtet werden.

Doch abgesehen davon besteht Goethes Wort aus „Dichtung und Wahrheit" zu Recht: „Der erste wahre und eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Thaten des siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie." Daran ändert auch die leidige Thatsache nichts, daß der Freund Voltaires die deutsche Sprache für untauglich hielt und für die Aeußerungen des deutschen Geistes, die anfänglich mitunter noch recht unbeholfen oder zum mindesten derb und ungestüm waren, nur Spott und Hohn bereit hatte.

Immer mächtiger trat von jener Zeit an die Sehnsucht nach einer Wiedergeburt unserer Nationallitteratur hervor; und je weniger die Idee eines politischen Zusammenschlusses der deutschen Stämme Geltung erlangen konnte, desto mehr fing das Bürgerthum an, sich in die Welt des Wahren, Guten und Schönen zu vertiefen, desto schrankenloser träumte es, von keiner staatlichen Form eingeengt, von dem Ideale reiner Menschenbildung, desto siegreicher aber überwand es auch, die eigene Kraft erkennend, fremde Einflüsse. Anfänglich war die ganze Bewegung nur auf den Mittelstand, und zwar auf einen erlesenen Kreis desselben, beschränkt; und wie Friedrich der Große, im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Fürsten vom Kaiser, von einer „Deutschen Fürstenrepublik“ sprechen konnte, so war man auch bald berechtigt, mit Klopstock von einer „Gelehrtenrepublik“ zu reden, d. h. von einer Anzahl unabhängiger Männer, die der neu aufblühenden Litteratur ihr ganzes Interesse zuwandten und durch eine straffe Sammlung aller Geisteskräfte in fabelhaft kurzer Zeit eine neue Aera im Geistesleben der Nation hervorriefen. Später nahmen auch die besseren Elemente des bisher völlig vom französischen Geschmack abhängigen Adels Antheil, und so entstand jene wundervolle Mischung bürgerlicher und aristokratischer Elemente, die auf der geistigen Höhe der Zeit standen.

„So haben, nach Treitschke, seit dem Jahre 1750 etwa drei Generationen deutscher Männer, neben und nach einander wirkend und oft in leidenschaftlichem Kampfe mit einander ringend, die jüngste der großen Litteraturen Europas geschaffen, die, selber vom Auslande lange kaum bemerkt, unendlich empfänglich den dauernden Gehalt der klassischen Dichtungen Englands und Frankreichs, Spaniens und Italiens in sich zusammenfaßte und schöpferisch neu gestaltete, um schließlich in dem vielseitigsten aller Dichter, in Goethe, ihre Vollendung zu finden.“ Fröhlich und ersprießlich waren sie nun alle am Werke, die denkwürdigen Helden des Geistes: Winckelmann und Lessing, Kant und Herder, Klopstock und Wieland; „soll aber,“ sagt auch Hermann Grimm mit Recht, „soll diese neueste Arbeit mit dem Namen Eines

Mannes symbolisch umfassend bezeichnet werden, so sagen wir Goethe."

Und damit wäre er ja genannt, der große Zauberer, der mit seinem sprachgewaltigen Genie, mit seiner lebendigen, unerschöpflich quellenden Kraft, mit seiner ungeheuern Vielseitigkeit mehr denn ein halbes Jahrhundert deutschen Kulturlebens beherrscht, der vor hundert Jahren das Fundament bereitet hat zu dem politischen Einheitsbau, den dann in unsern Tagen Bismarck voll Kraft und Herrlichkeit aufgeführt hat.

Wenden wir nun einmal den Blick genauer auf ihn, der schon die Fabeln eines Gellert und den Messias eines Klopstock und der noch die Lieder eines Heine und die ersten Dramen eines Grillparzer entstehen sah, — dessen geistigem Blick und Einfluß sich nichts entzog, was innerhalb dieses gewaltigen Zeitraumes vorging, — dessen Dichtungen nach und nach Alles umspannten und wiederspiegelten, was im Umkreis deutschen Lebens geschah, — der mittelbar oder unmittelbar den Anstoß gab zu jedem bedeutenden geistigen Schaffen vom Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an bis zum Anfang der dreißiger Jahre des unsrigen.

Als Goethe 1749 geboren wurde, fing es eben erst an sich leise zu regen in dem verödeten und kraus verworrenen deutschen Dichterwalde. Gellerts Fabeln erfreuten die bescheidene und anspruchslose Leserwelt, und die ersten Gesänge des Messias riefen das begeisterte Staunen der Gebildeten hervor. Aber erst Lessing und Herder wirkten eigentlich fruchtbar für die Entwicklung des Geisteslebens und der Muttersprache. Und nun erschien der Frankfurter Advokatensohn, aufgewachsen in den glücklichsten Familienverhältnissen und in der stolzen, an historischen Erinnerungen reichen, wenn auch sonst eng begrenzten Reichsstadt! — Als Leipziger Student noch völlig im Banne französischen Regelzwanges und Tändelstils, sprengt er bald darauf in Straßburg, unter dem Einfluß Herders und genährt vom Geiste Rousseaus und Voltaires, besonders aber aufgerüttelt durch den Genius Shakespeares, die Fesseln der Unnatur und Verkünstelung. Die Urquelle echter, herzfrischer Poesie entströmt seiner Seele in unsterblich

schönen Liedern, in denen das Herz des deutschen Volkes selber zu klingen und zu singen, zu klagen und zu jubeln scheint; in trunkener Shakespeare-Begeisterung schafft er bald darnach in seinem Goetz von Berlichingen ein Schauspiel von so urwüchsiger Kraft und Naturwahrheit, von so lebensprühender Charakterzeichnung und zugleich in so ursprünglicher, von Empfindung und Leidenschaft gesättigter Sprache, daß er all seine dichtenden Zeitgenossen mit einem Schlage weit überholt hat. Staunend schauen seine Landsleute dieses ergreifende Bild deutschen Lebens, deutscher Derbheit und deutschen Gemüthes. Im Kampfe des ehrlichen Raubritters mit den trostlosen Zuständen des Reiches erkennen sie ihr eignes drangvolles Ringen nach Erlösung aus den Wirrsalen des Tages, und der ungestüme Geist dieser Dichtung hebt sie empor in die Region freieren Denkens und freudigen Schauens in eine bessere Zukunft.

Dem Goetz folgt der Werther, gleichfalls eine Schöpfung von urechter Einfachheit und zauberhafter Gewalt. Mochte auch der Held des Romans selber, als das Urbild der krankhaften Empfindsamkeit jener Tage, ohne Selbstbeherrschung, ohne männliche Energie, ohne Thätigkeitstrieb, — mochte er auch ein schlimmes Wertherfieber in der gleichgestimmten Leserwelt hervorrufen, so griff der Roman doch in die innerste Seele der Zeit und des Volkes hinein; und wohl nie zuvor hatte es ein Dichter verstanden, die Landschaft so wunderbar zu beseelen und die Menschenschicksale mit den elementaren Mächten der Natur in so innigen Zusammenhang zu bringen; nie waren in deutscher Sprache so naive und herzergreifende Naturlaute entbunden worden. In dieser Dichtung ist Alles Geist und quellende Empfindung, Kraft und warm pulsirendes Leben.

Aber abgesehen von der unvergleichlichen Kunst, Umgebung, Zeit und Erlebtes bis ins Kleinste organisch zu verschmelzen und in der Sprache das innerste moderne Herzensleben des Volkes zu enthüllen, — wo finden wir eine Gestalt von so einfacher, prunkloser Natürlichkeit und, ich möchte sagen, deutscher Familienhaftigkeit, wie Werthers Lotte? Verschwunden

ist hier der Heiligenschein der Seraphsgestalten aus Klopstocks Schule; diese Lotte ist bei aller bürgerlichen Hausbackenheit das Ideal eines deutschen Mädchens, einer deutschen Frau; „soviel Einfalt bei soviel Verstand, soviel Güte, bei soviel Festigkeit und die Ruhe der Seele bei dem wahren Leben und der Thätigkeit,“ wie Goethe sie uns mit seinen eignen Worten zur reinsten Anschauung bringt, — daß gar nicht zu verwundern ist, wenn sich damals nicht bloß Deutschland, sondern ganz Europa für diese köstliche Frauenfigur begeistert hat.

„Goetz und Werther stehen,“ wie Josef Hillebrand sagt, „in der deutschen Litteratur als die Eingangssäulen zu ihrem neuen klassischen Tempel,“ und, möchte ich hinzufügen, die Goethesche Lyrik jener Tage umrankt diese Säulen mit dem Zauber unvergänglicher Blüthenpracht. — Und all diese Herrlichkeit kaum hundert Jahre nach dem Elend des großen Krieges, innerhalb der morschen Mauern eines dem Untergange geweihten Reiches!

Im Jahre 1775 durchbricht der 26jährige Stürmer und Dränger mit Gewalt den engen Bann der reichsstädtischen Verhältnisse und geht — nicht nach Wien und nicht nach Berlin, sondern — nach Weimar. Nichts bezeichnender als diese Thatsache für die damalige Zersplitterung unseres Vaterlandes, dem jeder große politische, wie geistige Mittel- und Anziehungspunkt fehlte. In Paris vereinigten sich alle klassischen Größen im goldenen Zeitalter der französischen Dichtkunst; nach dem London der Elisabeth zog es den Genius eines Shakespeare; aber die deutsche Reichshauptstadt Wien war zur Zeit unserer Litteraturblüthe eine katholische, dem deutschen Leben entfremdete Stadt, und Berlin schien entlegen und galt als Herd der französischen Bildung; von beiden Städten war also nichts zu hoffen. Da wurde denn das Thüringer Ländchen, das schon im 13. und im 16. Jahrhundert unter schirmenden Herrschern dem aufblühenden deutschen Geistesleben eine gastliche Zufluchtsstätte geboten, auch im 18. Jahrhundert unter einem genialen Fürsten wieder die berufene Heimath der Litteraturpflege, — da strahlte bald Weimar

vor allen andern Städten Deutschlands als die geistige Centrale, und Goethe konnte an der Seite seines fürstlichen Freundes bekennen:

„Klein ist unter den Fürsten Germaniens freilich der meine;
Kurz und schmal ist sein Land, mäßig nur, was er vermag.
Aber so wende nach innen, so wende nach außen die Kräfte
Jeder, da wär' es ein Fest, Deutscher mit Deutschen zu sein."

Hier in Weimar, wo sich unter Goethes Führung die erlauchtesten Geister der Nation sammelten, hier wurde Schillers Wort (Ueber die ästhetische Erziehung des Menschen, IX. Brief) zur Thatsache: „Schließe deine Zeitgenossen ringsum mit den Symbolen des Vortrefflichen ein, bis der Schein die Wirklichkeit, und die Kunst die Natur überwindet." Hier, unberührt und ungehemmt von dem lärmenden und leidenschaftlichen Wogenschlag der großen Welt, entfaltete sich jener freudige Idealismus im dichterischen Schaffen und Streben, der trotz seines weltbürgerlich-antiken Gepräges das Geschlecht hinaustrug über das Elend des Tages und seinem geistigen Blick eine neue, schöne Zukunft enthüllte. Die Poesie überwand in der That die trostlose Wirklichkeit und gab in herrlichen Gebilden dem Volk einen neuen Gedanken- und Gefühlsinhalt; sie erfüllte seine Seele mit vaterländischem Stolz und stählte seine geistige und sittliche Kraft zu großen Thaten. Alle die Männer, die später an Deutschlands Erhebung mitgearbeitet, die der Nation die Waffen geschmiedet und ihr die Führer gegeben haben zum Kampfe gegen Europas Zwingherrn: Stein und Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau, Arndt und Körner, Fichte und Schleiermacher u. s. w., sie alle waren getränkt mit jenem Idealismus, wie er von Weimar gleich einem lebenweckenden Segensstrom in die Lande gegangen ist. An der Begeisterung für alles Große und Schöne, für die heiligsten und höchsten Erdengüter, wie sie durch die deutsche Dichtkunst geweckt worden, entzündeten sich von selbst die Vaterlandsliebe und der heilige Zorn gegen den brutalen Tyrannen.

Und immer wieder ist es Goethe, dessen Erscheinung unter den großen geistigen Segensspendern im Vordergrunde

steht, der mit seiner unerschöpflichen Geistesfülle Alle überragt und gewissermaßen in seiner Person die Kultur der Zeit verkörpert. Er erhebt die unscheinbare thüringische Residenz zur geistigen Hauptstadt Deutschlands und einigt das strebende und ringende Volk unter seinem geistigen Scepter. Geläutert von den Schlacken der Sturm- und Drangperiode unter dem sonnigen Himmel des Südens, schreitet er, unbekümmert um die lärmenden Stimmen einer in ihren Grundtiefen erschütterten Zeit und doch erfüllt von den höchsten Idealen dieser Zeit, durch die Welt und schafft, ein Bürger derer, die da kommen werden, für die Anerkennung des Jahrhunderts. Er breitet in Iphigenie und Tasso die höchsten und reinsten Menschheitsideen in einer Sprache vor uns aus, in der „jedes Wort ein Gedanke" ist und die in ihrem goldenen Wohllaut und in ihrer krystallhellen Klarheit bis jetzt unerreicht geblieben ist. „Diese Jamben," behauptet H. Grimm, „haben Schiller Jamben machen gelehrt und Schlegel die Sprache geliefert, in der er Shakespeare wie zu einem deutschen Dichter umwandelte. Ohne Tasso wäre unsere heutige poetische Diktion nicht zu dem geworden, wozu sie sich entwickelt hat." —

Deutschlands klassische Epoche war erschienen. Alles schaute nach dem kleinen Thüringer Lande, wo die glänzendsten Geisteshelden, Allen voran das erhabene Zweigestirn Goethe und Schiller, inmitten der baufälligen Ruine des alten Reiches einen geistigen Staat aufgerichtet hatten. Alle Gebildeten fühlten sich als Bürger dieses geistigen Staates; aber alle wußten auch, daß Goethe und Schiller in erster Linie es waren, die den ungeheuern Schatz von neuen selbstständigen Idealen für die deutsche Nation geschaffen; so daß diese sich fortan geistig als die erste der Welt fühlen konnte, mochte sie auch politisch die letzte sein. Und dies Bewußtsein drang bald in die Weite und auch in die Breite, und namentlich Deutschlands Jugend erkannte in diesem mächtigen Erstarken des deutschen Genius untrüglich den Ausdruck und das Aufleben nationaler Eigenart; alles Große und Herrliche der Folgezeit, alle Thatkraft und Begeisterung der heranwachsenden Geschlechter: sie erblühten aus diesem Hochgefühl

und aus dem gemeinsamen Besitz dieser Fülle neuer Ideen und Gedanken.

Zehn Jahre lang, bis zu Schillers frühem Tode, dauerte das Dichterbündniß, das in der ganzen Weltgeschichte einzig dasteht, — und zehn Jahre lang überschütteten die beiden das deutsche Volk mit den goldenen Früchten, gereift auf der Sonnenhöhe klassischer Kunst; und so wurden sie die Schöpfer der geistigen Vorherrschaft unserer Nation, so wurden sie „unser“, und auch wir haben Antheil an ihrem Ruhm.

Nun ist es ja unzweifelhaft, daß Schiller damals in der Gunst des Gesammtvolkes höher stand als Goethe. Auch heute ist das noch der Fall, und zwar mit Recht, wenn wir das Gewicht auf aktuelle Wirkung, hinreißende Gluth und unmittelbare Kraft sittlicher Erziehung legen. Da steht Schiller voran. Aber dennoch war Goethe der Gebende und Schiller der Empfangende. Wohl griff unser großer Dramatiker mit einer rhetorischen Macht und mit einem sturmgewaltigen Pathos, deren Goethe gar nicht fähig gewesen wäre, in die Gemüther und Gewissen der Nation; wohl eroberte er sich siegreich die breiteren Schichten des Volkes und brachte dort mit zündender Gluth die erstarrten Kräfte rascher ins Fließen; wohl war er der geborene Herrscher auf den Brettern, die die Welt bedeuten, und ist es auch bis heute geblieben; — aber dennoch ist Goethe der Reichere, Tiefere, der Weltumspannende: „Das All belebte sich,“ wie es Treitschke so schön ausdrückt, „vor seinen ahnenden Blicken, und indem er erkannte, wie das Ewige sich in allen Wesen fort regt, hielt er nur um so freudiger den Glauben fest an das selbständige Gewissen, die Sonne unseres Sittentages. Seit er den Gott ahnte, der die Welt im Innersten bewegt, erschien die heitere Weltfreudigkeit seines Dichtergeistes verklärt durch die Weihe einer frommen, heiligen Andacht: »strömt Lebenslust aus allen Dingen, dem kleinsten wie dem größten Stern, und alles Drängen, alles Ringen ist ewge Ruh in Gott dem Herrn.«“ —

Nicht mit der funkelnden und überwältigenden Pracht Schillerscher Diktion, wohl aber mit der stillen Gewalt einer Sprache, die das Höchste wie das Tiefste, gleichsam spielend,

zum treffenden Ausdruck bringt, mit unvergleichlicher, fein abgestufter Anschaulichkeit und Gegenständlichkeit, — so gestaltet Goethe die Bilder seiner unerschöpflichen Phantasie zum Leben, wobei ihm aus einer fast unbegrenzten Weltweite des Wissens die Gedanken und Ideen zuströmen. — So beherrscht er alle seine Zeitgenossen, ohne daß sie sich dessen bewußt sind, so hat er ihnen den Tisch gedeckt, von dem sie sich und andere nähren. Schiller hat seine Begeisterung an Goethes ewigem Feuer entzündet, und die nachgeborenen Dichter bis auf Platen und Geibel reden im Grunde seine Sprache.

Doch wieder zurück zu Goethes Thätigkeit und Einfluß am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, von dem Richard M. Meyer in seiner Goethe-Biographie (S. 305) mit Recht sagt: „Niemals ist in dem Zeitraum von hundert Jahren soviel für das Wohl der Menschheit geschehen wie in diesem achtzehnten Jahrhundert. Wie wenig hatte es von dem siebzehnten geerbt! Wie unendlich viel vererbte es dem unsern! Die englische Aufklärung wird durch die Franzosen in alle Welt getragen. Monarchen wie Friedrich der Große und Joseph II. machen die Humanität und den Dienst des Gemeinwohls zum leitenden Prinzip. Die moderne Wissenschaft wird begründet. Endlich thut die französische Revolution ungeheuere Schritte zur Annäherung der Völker. Beherrschend steht in der Mitte dieser Bestrebungen Goethes unvergleichliches Bild."

Es ist im Interesse dieser Betrachtung weder geboten noch angebracht, auf die ganze Folgenreihe der Werke unseres Dichters einzugehen. Soviel nur sei hervorgehoben, daß die auf und nach der italienischen Reise entstandenen Arbeiten eine hohe Geistigkeit und eine geradezu antike Schönheit ausstrahlen; aber während er anfangs noch in sehnsüchtiger, schönheitstrunkener Rückschau nach dem sonnigen Süden oft an die sinnlich heitern und ungebundenen Poeten des Alterthums gemahnt, kehrt er in seinem Sinnen und Schaffen bald wieder ins Vaterland zurück und entrollt in Hermann und Dorothea ein wirklich herzerfreuendes Bild gesunden deutschen Bürger- und Familienlebens. Ja in diesem Epos geht das Reinmenschliche

in Charakteren und Handlung, wie in keiner andern Goethe-schen Schöpfung, völlig auf im Reinnationalen. „Diese Dichtung," sagt J. Hillebrand, „richtet sich wie ein heiliges und höheres Wort an das Volk, um ihm den Schatz des Menschlichen in der Stille der Bürgertugend und des Gemüthes, gegenüber dem Sturme der Geschichte zu bezeichnen und ihm zugleich das Siegel der hohen Bedeutung der letzteren freundlich zu lösen." Sie bedeutet uns, wie Alles, was stark und schön, was groß und tüchtig im deutschen Volke, aus dem gesunden Familienleben erwächst.

Und diesem Dichter, diesem Menschen will man seine Deutschheit absprechen, weil er, ein Bürger seiner Zeit, auf der idealen Warte reinen Menschenthums stand und weil er in dem grimmen Wettersturm, der das alte Reich und den Staat Friedrichs des Großen niederwarf, still in seinen Kreisen blieb? Oder weil er, der fern von der Mark lebte, mit vielen seiner Zeitgenossen den Irrthum theilte, daß es mit Preußens Macht für immer dahin sei? Ihm lag eben die Politik im nationalen Sinn ferne; seine staatliche Wirksamkeit galt nur dem Lande Karl Augusts. Als dieses Land und sein Herzog in Gefahr waren, da konnte er unter rollenden Thränen ausrufen: „Ich will ums Brod singen, ich will ein Bänkelsänger werden und unser Unglück in Liedern verfassen, ich will in alle Dörfer und alle Schulen ziehen, wo irgend der Name Goethe bekannt ist; die Schande der Deutschen will ich besingen, und die Kinder sollen mein Schandlied auswendig lernen, bis sie Männer werden, und damit meinen Herrn wieder auf den Thron herauf und euch von dem euern heruntersingen!" — Aber gegenüber dem großen Unglück, unter dem das Gesammtvaterland seufzte, hielt er lediglich an seiner hohen Aufgabe fest, den geistigen Zusammenhalt seines Volkes anzustreben und die Bande der Litteratur und Kultur auf alle Weise fest zusammenzuziehen.

Wenn demnach Goethe auch nicht zu den Patrioten zählte, die nach der Katastrophe von 1806 in heiligem Zorn aufflammten und eifrig zu der kriegerischen Erhebung von 1813 hindrängten; wenn er auch nicht mit Arndt nach der großen

Völkerschlacht aufjubelte: „Die Knechtschaft hat ein Ende!" — so soll doch Niemand sagen, daß es ihm an vaterländischer Gesinnung gefehlt habe. Ihm, der die Jahrhunderte überschaute und deshalb felsenfest an die Zukunft seines Volkes glaubte, ihm war es im Augenblick mehr um die heiß und schwer errungene Geisteskultur dieses Volkes, als um den Staat, mehr um die geistige, als um die politische Weltherrschaft der Deutschen zu thun. Für diese große Bestimmung galt es nach seiner Meinung zunächst zu arbeiten, und seine Ahnung trog ihn nicht, daß dereinst auch die staatliche Form sich finden lassen würde, wenn nur erst ein fähiges, tüchtiges, mit allen Schätzen geistiger Kultur ausgerüstetes Volk dastünde. — In diesem Sinn äußerte er sich auch nach den großen Ereignissen von 1813 zu dem Historiker Luden: „Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig bin gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein, diese Ideen sind in uns; sie sind ein Theil unseres Wesens, und Niemand vermag sie von sich zu werfen. Auch liegt mir Deutschland warm am Herzen. Ich habe oft einen bittern Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im Einzelnen und so miserabel im Ganzen ist. Eine Vergleichung des deutschen Volkes mit andern Völkern erregt uns peinliche Gefühle, über welche ich auf jegliche Weise hinwegzukommen suche, und in der Wissenschaft und in der Kunst habe ich die Schwingen gefunden, durch welche man sich darüber zu erheben vermag: denn Wissenschaft und Kunst gehören der Welt an, und vor ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität; aber der Trost, den sie gewähren, ist doch nur ein leidiger Trost und ersetzt das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volk anzugehören." — Im Hinblick auf Deutschlands Zukunft aber fügte er hinzu: „Uns Einzelnen bleibt inzwischen nur übrig, einem Jeden nach seinen Talenten, seiner Neigung und seiner Stellung, die Bildung des Volkes zu mehren, zu stärken und durch dasselbe zu verbreiten nach allen Seiten, und wie nach unten, so auch, und vorzugsweise, nach oben, damit es nicht zurückbleibe hinter den andern Völkern, sondern wenigstens hierin voraufstehe, damit

der Geist nicht verkümmere, sondern frisch und heiter bleibe, damit es nicht verzage, nicht kleinmüthig werde, sondern fähig bleibe zu jeglicher großen That, wenn der Tag des Ruhmes anbricht."

Doch abgesehen von diesen erhebenden Zeugnissen für Goethes vaterländischen Geist, der zugleich ein prophetischer Geist ist: höher steht uns doch immer wieder die Thatsache, daß er in den Tagen der Schmach, wie in den Tagen, da nach dem Zusammenbruch der alten Staatsformen das Volk sich vergebens abmühte, neue zu schaffen, — da nach dem großen Völkerfrühling die Hoffnungen der Millionen an der jämmerlichen Eigensucht und schnöden Verblendung der Großen zunichte wurden, — daß er da, unablässig wie zuvor, bemüht war, den alten Idealismus und den Glauben der Betrogenen an die Unvergänglichkeit deutschen Wesens und an den Adel freier Menschenbildung zu hegen und zu hüten und in die Herzen der jüngern Geschlechter einzupflanzen; daß er in jedem neuen Werke immer wieder die Verherrlichung der sittlichen Kraft des Menschen zum Endziel setzte und daß er schließlich in seinem vollendeten Faust ein Testament hinterließ, das als die größte und tiefsinnigste dichterische Schöpfung aller Nationen und Zeiten gelten darf und schon heute ein unveräußerliches Gemeingut aller Kulturvölker geworden ist.

Wenn irgendwo, so zeigt Goethe in diesem Werke, daß er mit seinen Gedanken auch der neuen Zeit angehört. In dieser „poetischen Generalbeichte", der er sechzig Jahre hindurch die weihevollsten Stunden seines Lebens und Schaffens gewidmet, offenbart er, zum Theil in unvergleichlicher poetischer Gestaltung, den ungeheuern Schatz seiner Lebensweisheit, den er von Jahrzehnt zu Jahrzehnt schaffend gehäuft und vermehrt hat. Hier vergegenwärtigt er das Schicksal der Menschheit selbst, ihren Kampf zwischen dem Drang nach dem Unendlichen und dem Gefühl der endlichen Beschränkung, und zugleich ihr unablässiges Ringen durch Irrthum und Schuld zur endlichen Versöhnung durch die nützliche, Werthe schaffende Thätigkeit. Diese Verherrlichung der That aber ist der große moderne Zug, der aus der Dichtung spricht:

„Er drückte," wie Wilhelm Scherer sagt, „in einer thatenarmen Zeit die Sehnsucht nach Thaten aus. Er gab eine Meinung kund, welche viele hervorragende Zeitgenossen theilten und welche z. B. der Freiherr vom Stein wiederholt in kräftige Worte faßte, wenn er das Uebergewicht der Metaphysik und der speculativen Wissenschaften in Deutschland beklagte, wenn er die Nation durch Ausschließung von den öffentlichen Angelegenheiten zum Handeln gelähmt und einem müßigen Hinbrüten überlassen fand." Es sind bittere Vorwürfe, die der schneidige Staatsmann gegen das Volk der Dichter und Denker erhebt; aber um so bezeichnender ist es, daß gerade sein größter Dichter es ist, der dieses Volk zum Handeln, zur That auffordert.

Und so lebt der Altmeister dauernd unter uns, gewissermaßen als die berufene Offenbarung des deutschen Volksgeistes selbst, mit seiner Vergangenheit wurzelnd in der grübelnden und gährenden, forschenden und betrachtenden Zeit vor der französischen Staatsumwälzung, und am Abend seines Lebens hinweisend auf eine Zukunft praktischer Thatkraft und blühender Thatenfülle. Er ist der Genius, der seinem Volke mit seiner Sprache auch den unerschöpflichen Schatz seiner Ideen und Gedanken gegeben; — hat er doch alle Gebiete des Wissens mit dem unermüdlichen Eifer des Forschers zu durchdringen gesucht, ist er doch im Grunde der erste Verkündiger „Einer allgemeinen, durch das Universum hindurch gehenden Entwicklung"; — er ist der Künstler, dessen rythmische Formen für die zeitgenössischen, wie für die künftigen Poeten vorbildlich gewesen sind und dessen Prosa nach Hermann Grimm für alle Fächer des geistigen Lebens, für die Philosophie wie für die Jurisprudenz, für die naturwissenschaftliche wie für die philologische und historische Gelehrsamkeit, zur mustergültigen Ausdrucksweise geworden ist; — kurz, Goethe ist der Schöpfer unserer idealen Macht und unsers geistigen Ansehens, aber auch, wie ich zuletzt betont habe, der Erwecker der Thatkraft unsers Volkes, dem er in seinem Faust prophetisch zuruft:

„Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen." —

Wenn nun zur Zeit der klassischen Blüthe unserer Litteratur die Bildung sich nur auf einen Kreis von Auserwählten beschränkte, so wuchs die Masse des Volkes von Jahrzehnt zu Jahrzehnt doch mehr und mehr in die großen geistigen Errungenschaften jener Tage hinein; sie wurden zu Fleisch und Blut. Dadurch aber erstarkten Lebenskraft und Lebenslust, praktischer Sinn und Thatendrang, Gemeingefühl und Nationalstolz; und schon 1811 konnte Schleiermacher sagen, daß die Ausdehnung eines kräftigen Staatsgefühls über Deutschland auf die Einwirkung der klassischen Dichtung und der aus ihr hervorgegangenen Geistesströmungen zurückzuführen sei.

Dieses Gefühl aber steigerte sich in der Folge, je breiter die Schichten wurden, in die jene Geistesströmungen eindrangen; es stählte sich im Kampfe mit all den Widerwärtigkeiten, die das Metternichsche System über das zertheilte Vaterland verhängte, und wurde heißer und stärker unter den schweren Wehen, Stößen und Verfolgungen der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre; es erweckte mit unwiderstehlichem Drang ein allgemeines politisches Leben in allen Volkskreisen; es spornte an zur Bethätigung auch der volkswirthschaftlichen Kräfte und zum Wettbewerb der Nation mit andern Völkern. Das Faustsche Mahnwort: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß", gewann zunächst auf dem wirthschaftlichen Gebiete praktische Bedeutung; und da der Deutsche Bund für die Förderung von Handel und Wandel so gut wie gar nichts that, da die öde Unfruchtbarkeit und Lässigkeit der Wiener Politik sich für jeden staatlichen und wirthschaftlichen Aufschwung als total unfähig erwies, so ergriff das gesunde Preußen in kräftiger Wiederaufnahme der fridericianischen Politik die Initiative und schuf schon 1818 das Zollgesetz, „die Magna Charta des deutschen Handels- und Wohlstandes", die Grundlage für den künftigen Zollverein, dessen Bedeutung der Franzose Michel Chevalier sehr bemerkenswerth in den Worten ausdrückte: „In der europäischen Politik weiß ich nichts Merkwürdigeres als die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Welch ein prächtiges Schauspiel, das eines großen Volkes, dessen Trümmer sich nähern, das zur Nationalität, das heißt zum Leben, zurückkehrt!"

So war also zur geistigen Einheit und Macht allmählich auch die wirthschaftliche gekommen; nur die politische fehlte noch. Ihr aber galt seit den Befreiungskriegen das Irren und Träumen, das Hoffen und Ringen der Besten im Vaterlande. Doch um sie ins Werk zu setzen, um die ungeheuere deutsche Volkskraft von allen Hemmnissen und Banden, von allen Rücksichten und Wirrnissen zu befreien und sie einheitlich zusammenzuschließen, dazu bedurfte es nach Treitschke „der furchtbaren Einseitigkeit der dämonischen Willenskraft." — Als 1840 Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, der hochbegabte, mit Geistesfülle und hoher Schwungkraft ausgerüstete Sohn der Königin Louise, da wähnten viele, der Mann des Schicksals wäre für Deutschland gekommen. Aber gerade an diesem Manne zeigte sich's, daß der Glanz und der Reichthum des Geistes und der Phantasie für einen Fürsten wie für sein Land verhängnißvoll werden können, wenn sie ohne schöpferische Gestaltungskraft sind und ohne fruchtbare That bleiben. Hart stieß die mystisch-romantische, von ästhetischen und religiösen Ueberschwänglichkeiten erfüllte Hamletnatur des Königs mit den drängenden Wünschen Jungdeutschlands zusammen, mit einem Geschlecht, das selbst an Ueberschätzung seiner geistigen Bildung litt und gleich ihm den Beweis lieferte, daß die Ueberfülle des Geistes und der Ideen ohne klare Ziele und energische Willenskraft nichts Positives auszurichten vermag.

Da kam die Februarrevolution, die plötzlich, wie mit elektrischem Schlag, allenthalben die Ideen der Zeit in ungestüme Bewegung brachte und Europas Throne erzittern machte. Durch die deutschen Staaten brauste kraftvoller als je der Ruf nach Reformen, nach Freiheit und Einheit; und schneller als man geahnt, schienen die kühnsten Träume der Nation in der Stadt, die uns einst den Schöpfer der geistigen Vorherrschaft Deutschlands gegeben, in Erfüllung gehen zu wollen. — Es ist uns heute klar, daß die Hoffnungen der Nation abermals, wie nach den Freiheitskriegen, scheitern mußten und daß der Machtspruch des Parlamentes in der Paulskirche kein starkes Reich und kein festgegründetes Kaiserthum schaffen konnte.

Nach dem fehlgeschlagenen Ausgang sprach Traugott Ferd. Scholl in seinem Buch: „Die letzten 100 Jahre der vaterländischen Litteratur“: „Die lange in unserer Dichtung vernachlässigte Wirklichkeit ist durch Goethe zu ihrem Rechte gekommen. Das deutsche Volk hat trotz langem Suchen seine eigne Wirklichkeit noch nicht gefunden. Es ließ und läßt sich lange genug mit einem Schatten dieser Wirklichkeit hinhalten. Aber es wird nicht ruhen, bis es in sich zu einer wirklichen Gestalt gekommen ist. Es hat ihm dazu bis jetzt nur an einem formenden Geiste, an einem politischen Schiller gefehlt, der den kühnen Gedanken gefaßt hätte, die Begeisterung der Nation in sich vereinigen zu wollen. Auf so ruhige Weise freilich, wie in der Litteratur, werden wir diesen Höhepunkt des deutschen Staatslebens nie erreichen.“

Und schon war er in die Arena der Weltgeschichte eingetreten, der formende Geist, der übers Vaterland den Tag des Ruhmes heraufführen sollte, von dem Goethe einst zu Luden gesprochen; — schon war er leise geschäftig am Werk, der Held, der, selbst eine gewaltig ringende Faustnatur, in seinem dunkeln Drange den rechten Weg wohl zu finden wußte, auf dem er sein Volk aus Irrthum und Zerrissenheit zur Klarheit und Einheit im politischen Sinne leiten sollte. Freilich nicht in beschaulicher Betrachtung und nicht in poetischem Traumwandeln, sondern in wachem Erkennen und mit energischem Willenstrotz wies der Mann der neuen Zeit seiner Nation die Bahn; er war gekommen, die deutsche Welt durch die That zu erlösen; und mit Befremden, ja mit Entsetzen vielleicht, hätte der Altmeister von Weimar das rücksichtslos harte Programm vernommen, das der Held des Willens und der That seinem Volke zurief: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut.“

Ja, „es bringt die Zeit ein anderes Gesetz“, die Geschichte schreitet fort, eine Aufgabe löst die andere ab, und wenn die Nation als solche sich vollenden sollte, dann mußte aus der Thüringer Saat die märkische That erwachsen; und folge-

richtig hatte sich demnach der Schwerpunkt Deutschlands aus dem sangesfreudigen friedlichen Weimar nach dem nüchternen, thatkräftigen Berlin verschoben, wo die stolzen Ueberlieferungen aus den kriegerischen Tagen des großen Kurfürsten, des alten Fritz und Blüchers lebendig fortwirkten. — Und im Norden, auf märkischem Boden, war der harrenden Nation ihr Rath und Retter erstanden: Bismarck, der unsrer deutschen Geschichte in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts sein scharfes Gepräge aufgedrückt, der die großen geistigen und idealen Errungenschaften der ersten Hälfte staatlich sicher unter Dach und Fach gebracht; — Bismarck, der mit überlegener Kraft, vorschauendem Geistesblick und zäher Ausdauer dieses sein Lebenswerk betrieben und die Verantwortung dafür mit spielender Geduld auf seinen Riesenschultern getragen; und zwar von dem Augenblick an, da ihn der große König Wilhelm an seine Seite berufen, bis zu jener dunkeln Stunde seiner Entlassung aus dem Dienste des Enkels, da der Genius der Geschichte, allen Erdenvölkern deutlich sichtbar, einen denkwürdigen Markstein gesetzt hat; — Bismarck, um dessen Besitz uns, ebenso wie um den Goethes, die ganze Welt beneidet hat und noch beneidet. —

Ihm war es am grünen Tische des Bundestages bald klar geworden, was Preußen in und für Deutschland sollte; und schon am 19. Dezember 1853 schrieb er an den General Leopold v. Gerlach: „Unsre Politik hat keinen andern Exerzierplatz als Deutschland, schon unsrer geographischen Verwachsenheit wegen"; einige Jahre später aber (1859) äußerte er sich in einem Brief an den Minister von Schleinitz aus Petersburg über das Verhältniß Preußens zu Oesterreich und dem Bunde: „Ich sehe in unserm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen." In dieser Anschauung aber traf er mit der des Prinzen von Preußen zusammen, der schon 1850 in einer Denkschrift den Beruf Preußens erkannt und die Nothwendigkeit einer Abrechnung mit Oesterreich vorausgesehen hatte. Doch Bismarck ging noch weiter und wollte diese Abrechnung auch auf die übrigen Bundesregierungen bezogen wissen. Mit

dem ihm angeborenen Scharfblick und mit dem sichern Gefühl für die Zeitstimmung sah er voraus, daß in den Massen Alles bereit sei, wenn auch die fürstlichen Herren dieses Gefühl noch nicht theilten; und deshalb sprach er in seiner großen Denkschrift von 1858: „Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer, außer Oesterreich, vollständig zusammen, wenn auch nicht mit denen der Bundesregierungen.“ — Trennten sich auch in diesem Punkte die Ansichten des Prinzregenten Wilhelm noch schroff und scharf von denen Bismarcks, so überwand doch einige Jahre später der König Wilhelm die lange gehegten Bedenken und berief den Mann an seine Seite, den das Schicksal einmal zu dem von Fichte geweissagten „Zwingherrn zur Deutschheit“ bestimmt hatte.

Es waren die Tage der schauerlichsten Rathlosigkeit und Zerfahrenheit im Schooße der Einzelregierungen, wie in den politischen Parteigebilden, der empörendsten Geringschätzung deutschen Ansehens im Ausland, zugleich aber auch der heißen, schwülen Sehnsucht des Volkes nach endlicher Erlösung aus diesen heil- und haltlosen Zuständen, als Otto v. Bismarck an leitender Stelle auf den Plan trat.

Wahrlich, überflüssig ist es, hier des Weitern zu erörtern, wie der klarste Kopf Europas nun mit seinen verblendeten Widersachern rang, um, mit Geheimhaltung seines großen Zieles, Preußens weltgeschichtliche Aufgabe praktisch in Scene zu setzen; — wie er deshalb mit verblüffender Kühnheit und Sicherheit die schleswig-holsteinische Frage zur deutschen aufrollte, während fast ganz Europa sich dagegen auflehnte; — wie er, nach der blutigen, aber unumgänglich nothwendigen Abrechnung mit Oesterreich und dem Bunde, Napoleon gegenüber die unvergleichliche Meisterschaft staatsmännischer Kunst und den besiegten Feinden gegenüber einen staunenswerthen Tiefblick in die germanische Volksseele und zugleich eine besonnene Weisheit und Mäßigung bekundete, die ihm freie Hand und getreue Bündnisse für die Zukunft sicherte; — wie er darauf in der Luxemburger Frage abermals die weiseste Selbstbeherrschung übte, ohne dem Stolz seiner Regierung auch nur

um eines Haares Breite zu nahe zu treten; — wie er 1870 mit vorbauender Klugheit Rußlands wohlwollende Haltung gewann; — wie er nach den herrlichsten Waffenthaten, die die Weltgeschichte je gesehen, Deutschland in den Sattel hob und sein Ansehen vor allen Nationen der Erde glänzend begründete; — wie er, nach siegreichem Kampfe mit seines Königs selbstloser Bescheidenheit und mit Ludwigs von Bayern selbstherrlichem Stolze, auf den Trümmern des französischen Kaiserreiches den deutschen Kaiserthron errichtete; — wie er, in nüchterner Berechnung und mit fester Hand, die verloren gewesenen Edelsteine Elsaß und Lothringen in das neue Kaiserdiadem einfügte; — wie er dann das junge Reich, als starker und weltüberschauender Rath seines großen, ruhmgekrönten, prunkarmen aber arbeitsreichen Kaisers, zur Friedenshochwacht der Welt erhob, indeß alle Völker bis in die fernsten Zonen in scheuer Ehrfurcht zu dem Gewaltigen aufschauten und seinem gedankenwuchtigen Worte lauschten!! . . . Alles das ist ja bekannt; wie Wundererscheinungen sind die Ereignisse an unserm staunenden Auge vorübergerollt, und das Bild des hünengestaltigen Helden mit dem durchdringenden, überbuschten Adlersblick ist unaustilgbar in die Seele des Volkes geprägt. — Aber es ist sonderbar: dem Volke war Bismarck, wie Treitschke richtig bemerkt, nie etwas anderes als der reckenhafte Kriegsmann mit dem erzenen Helm und dem gelben Kragen der Kürassiere von Mars la Tour; das Volk hängt einmal mit einer gewissen Zähigkeit an der Legende vom Blut- und Eisenmann; ja auch die Bismarckköpfe des unerreichbaren Meisters Lenbach zeigen, obenhin betrachtet, etwas von dem übermenschlichen rauhen Recken, der voll Kampfbegier seinen Gegner niederzurennen trachtet und dem man zum mindesten eine gewisse Gewaltthätigkeit und brutale Rücksichtslosigkeit zutrauen möchte. Seine Feinde, und zwar die innerhalb des Vaterlandes viel mehr als die außerhalb, haben dieser Legende nach der übeln Seite hin auch geschäftig genug Vorschub geleistet.

Wer aber durch die scheinbar rauhen und verwitterten äußern Züge der Lenbachschen Bilder ins Innere dringt und

dort erkennt, was der Künstler mit genialem Tiefblick erspäht und mit wunderbarem Feingefühl ausgeprägt hat, der ahnt mit dem stillen Schauer freudiger Ehrfurcht, wie äußerer Schein und gehässige Gerüchte trügen, und schaut im Conterfei die reine, große, gewaltige und doch fein gestimmte Individualität, wie sie der Wahrheit und dem wirklichen Leben allein entspricht. Das eben ist das Seltene und Herzerfreuende an dem Riesen, daß, wie Maximilian Harden sich so wundervoll ausdrückt, „zum ersten Male hier in das politische Leben der Deutschen auch eine tiefe poetische Persönlichkeit von vornehmstem Adel und von kindhafter Zartheit des Empfindens, bei aller strotzenden Kraft, eingetreten ist, ein Element geistiger Grazie, das wie ein klimatisches Wunder im märkischen Sande wirkt, wo sonst nur militärische Kiefern gedeihen wollen und bureaukratische Wruken.“ Ja bei all seiner übergreifenden realistischen Wucht und Kraft ist ihm jede Selbstsucht, die den ersten Napoleon so ganz ausmacht, fremd, und sein ganzer Ehrgeiz hat stets darin gegipfelt, im Dienste des Vaterlandes sich zu verzehren.

Es ist der Idealismus aus Deutschlands klassischen Tagen, der auch in ihm, dem Goethefesten, lebendig fortwirkt; auch er ist gesättigt von jener deutschen Humanitätsbildung, die Goethe als das erste Erforderniß für die Macht und Größe eines Volkes betont; und diese innere Geistesstärke, verbunden mit dem Instinkt des alldurchschauenden, blitzartig erfassenden Genies, hat ihm, bei staunenswerther Unerschrockenheit und Kühnheit, jenes Maßhalten eingegeben, das ihn stets in den Grenzen des Erreichbaren gehalten. — Er war nie ein Draufgänger und Störenfried, und aus edelstem Menschenempfinden quoll ihm das schöne Bekenntniß, als er 1866 den Wunsch seines Königs bekämpft hatte, eine Landabtretung von Oesterreich auf die Gefahr eines längeren Krieges zu fordern: „Jeder Monarch sollte, wenn irgend möglich, den Grundsatz befolgen, niemand zu seinem Minister des Auswärtigen zu ernennen, der nicht selbst auf einem Schlachtfelde gewesen und mit eignen Augen die Masse der Greuel gesehen hätte, die in dem Worte Krieg beschlossen sind.“

In gleichem Sinne äußerte sich Bismarck 1868 zu dem bayerischen Diplomaten Freiherrn v. Völderndorff: „Vielleicht würde ich mir weniger Mühe geben, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden, wenn ich nicht die böhmischen Schlachtfelder in der Erinnerung trüge und die Lazarette und Spitäler besucht hätte. Allein die Leiden und das Elend, das ich dort gesehen, kann ich nicht vergessen. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß schließlich der Krieg uns doch aufgezwungen wird, und ich zweifle keinen Augenblick, daß wir ihn siegreich beenden werden. Aber anderseits bleibt es doch auch möglich, jedenfalls bei den Zuständen in Frankreich nicht völlig unmöglich, daß wir um den Krieg herumkommen. Und der müßte ein schlechter Christ und ein gewissenloser Mensch sein, der nicht schon um dieser Möglichkeit willen Alles aufbieten würde, seinen Mitbürgern einen, wenn auch siegreichen, Krieg zu ersparen, so lange es ohne Schaden für den Staat und ohne der nationalen Ehre zu nahe zu treten, geschehen kann."

So hat der Mann gesprochen, über den die Gehässigkeit seiner Gegner geflissentlich die unsinnigsten Gerüchte von kriegerischer Ränkesucht und frevelhafter Angriffslust verbreitet, den man von gewisser Seite nur zu gern als den bösen Geist des deutschen Volkes verschrieen hat! — Eins freilich hat der viel geschmähte und oft verketzerte Staatsmann gethan: er hat die Deutschen in straffer und strenger Schule zur Erfüllung ihrer weltgeschichtlichen Aufgaben herangezogen; er hat die schwächlichen Sentimentalitäten und die jämmerlichen Parteibedenklichkeiten, die unsers Volkes Erbtheil sind, auf kurze Zeit zu überwinden und den alten furor teutonicus dafür zu entflammen verstanden, und er hat auf der schwindelnden Höhe seines Ruhmes und der militärischen Triumphe der Nation, wie Sybel sagt, „fortan zwanzig Jahre lang alle seine Kraft der Aufgabe gewidmet, dem deutschen Namen die Achtung Europas und damit dem deutschen Volke die Segnungen eines dauernden Friedens zu sichern." — Wahrlich, es war ihm oft schwer genug gemacht worden! Doch, ob er auch, unter den endlosen Reibungen und Widerwärtigkeiten, manchmal todmüde zusammenzubrechen drohte: die Pflichttreue gegen seinen ge-

liebten kaiserlichen Herrn überwog das Maß der Anforderungen und entlockte dem Schwergeplagten das Wort: „Ein braves Pferd stirbt in den Sielen."

Diese Kraft des eisernen, entsagenden Pflichtbewußtseins, die nur auf innerer Größe, Tiefe und Stärke beruhen kann, — sie war es auch, die ihn im Augenblick des höchsten Schmerzes des Schillerschen Wortes gedenken ließ: „Des Dienstes ewig gleich gestellte Uhr hält uns im Gleise"; sie war es, die sein Verantwortungsgefühl in den schwierigsten Lagen und Verwicklungen zum höchsten Opfermuth steigerte und ihn ohne Menschenfurcht dem Tod gelassen ins Auge blicken ließ. Rechnen wir dazu seine selbst- und schlackenlose Vaterlandsliebe, die von jeher alle seine Handlungen bestimmt, sein unerschütterliches Gottvertrauen, das ihm das denkwürdige Wort entlockt: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt!" — gedenken wir endlich seiner Reden, die, von geradezu sprachschöpferischer Fülle und Kraft, einen unermeßlichen Schatz großer und tiefer Gedanken und besonders seltener politischer Weisheit und herzerhebender vaterländischer Begeisterung bergen, — kurz, vergegenwärtigen wir uns den ganzen herrlichen Idealismus dieser sonst so durchaus praktischen und realen Kraftnatur, dann dürfen wir uns wohl zu dem Schluß berechtigt fühlen: Wie Goethe die ideale Verkörperung des Volkes der Dichter und Denker, so ist Bismarck die ideale Verkörperung des Volkes der Thaten.

Aber Beide sind nicht zu trennen, sie bedingen sich gegenseitig; und in dieser Erkenntniß sprach Bismarck zu der Abordnung der deutschen Kunstgenossenschaft, da sie ihn am 17. April 1895 zum 80. Geburtstag beglückwünschte: „... Die Kunst und die Wissenschaft, die Universitäten und die Kunstwerkstätten, die sind immer deutsch geblieben von Wien bis Amsterdam.... Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unsern Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unsrer ganzen Geschichte, nach unsrer Dichtkunst, nach unsrer Kunst überhaupt wird sich immer der Deutsche wieder zum Deutschen finden. So wird es — unter

einem Herrscher will ich nicht sagen — aber unter einer Regierung bleiben, wird gerade die Kunst und die Wissenschaft auch das Terrain sein, in dem die Wurzeln am festesten schlagen, daß sie nicht wieder losreißen. Deshalb danke ich Ihnen vom politischen Standpunkt aus, daß Sie nicht bloß eine bayrische, sondern eine deutsche Kunst pflegen. . . . . Und so kann ich nur wiederholen: die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte lang getrennt haben. Halten Sie fest daran!"

Ists nicht, als hörte man in diesen letzten Worten den Altmeister von Weimar selbst sprechen? — offenbart sich nicht in der ganzen Ansprache der edelste Anwalt der höchsten Menschheitsgüter, die einem Volke erst den wahren Werth und den wärmenden Lebensinhalt sichern? Ja in der That, hier trifft der Standpunkt des Schöpfers unsrer politischen mit dem des Schöpfers unsrer geistigen Macht und Größe zusammen. Heilige Pflicht unsrer Nation aber ist es, diesen Standpunkt als den ihrigen zu wahren! — Wohl ist nicht zu verkennen, daß wir auf dem Gebiete der Litteratur und Kunst, wie auf dem des geistigen Lebens im letzten Jahrzehnt in die leicht verwirrende Krisis einer Umwälzung eingetreten sind, deren Verlauf vorläufig noch nicht abzusehen ist; ebenso ist nicht zu leugnen, daß mit dem Scheiden des großen Kanzlers von der Weltenbühne ein politisches Zeitalter von hervorragendster Bedeutung seinen Abschluß gefunden hat. Es ist ein ewiges und unabänderliches Naturgesetz, daß Weltanschauungen, Staats- und Lebensformen veralten und sich wandeln; daß neue Geistesrichtungen unter Sturm und Drang sich Bahn brechen, daß neue politische und sociale Fragen und Ziele auftauchen, denen das Volk zustrebt, nachdem sich hinter ihm eine Epoche reicher und großer Entwicklungen geschlossen hat. — Aber wie sich auch die Zukunft gestalten möge: die Forderungen, die ein Goethe und ein Bismarck für sich erfüllt und als Erbe uns und unsern Enkeln hinterlassen, — sie werden, richtig erfüllt, allezeit allein ein Volk befähigen, im großen Völkerwettkampf ums Dasein auf allen Gebieten die

gebührende Machtstellung zu behaupten. Ohne starken geistigen und sittlichen Lebensinhalt, ohne energische und klare Willens- und Thatkraft ist weder politische Größe, noch sociale Wohlfahrt für die Dauer möglich. Verwalten wir aber das Erbe dieser beiden unsterblichen Genien der deutschen Nation freudig, gewissenhaft und treu, dann wird uns alles Andre von selbst zufallen zur praktischen Lösung des Menschheitsproblems, das mit dem Faustproblem ausklingt in den Worten:

„Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen." —

Gewaltige Wetterstürme scheinen uns bevorzustehen; immer höher schwellen die Wogen der socialen Bewegung, immer düstrer umzieht sich der Himmel mit den nächtigen Schatten unheildrohender Wolken. Wohl, halten wir die Kraft gesammelt und den Muth ungeschwächt, dem Kommenden zu begegnen! — Die Stürme werden verbrausen, die Wogenbrandung wird sich verlaufen und ein Sonnentag friedlichen und fröhlichen Völkerglücks wird dereinst wieder hereinbrechen. Dann aber werden Goethe und Bismarck wieder, gleich sonnenbeglänzten Gipfeln der Menschheit aus einer stolzen Vergangenheit in eine schöne Zukunft hineinragen. Um so besser und glücklicher wird dann das deutsche Volk daran sein, je inniger und lebendiger es bis dahin die geistige Gemeinschaft mit den Beiden gewahrt haben, je freudiger und stolzer es mit Faust sprechen wird:

„Es kann die Spur von ihren Erdentagen
Nicht in Aeonen untergehn."

7.

Bismarck und die Dichtkunst I.

Von Dr. Eugen Schwetschke (Heidelberg).

Wenn der staatskünstlerische Genius des Fürsten Bismarck schon, wie jeder wahre Genius, als schöpferischer Geist der griechischen Wortbedeutung nach ein poetischer ist, so ist es bei ihm noch von besonderem Reiz, seine Beziehungen zu derjenigen Kunst zu betrachten, die im engeren Sinne die poetische genannt wird, zur Dichtkunst. Das allernächste Verhältniß, in dem Jemand zu einer Kunst stehen kann, ist das eines sie Ausübenden. Diese Stellung Bismarcks zur Dichtkunst wäre also zuerst ins Auge zu fassen.

Daß unser großer Einheitskünstler, dem das weltgeschichtliche Drama vom neuen Kaiser und Reich gelang, auch größere Dichtwerke geschaffen habe, das ist zwar noch nicht behauptet worden. Dagegen schreibt man ihm die gelegentliche Urheberschaft einiger Verse und einiger durch ihn bekannt gewordener Sprüche in reimloser Form zu. So erwähnt Dr. Schüddekopf am Schlusse seiner eingehenden litteraturgeschichtlichen Mittheilung „Ein Bismarck als Dichter" im ersten Bande des Bismarck-Jahrbuches „die poetische Begabung, die von Zeit zu Zeit in Stammbuchversen und Devisen von dem Fürsten bekannt wurde."

Ob und inwieweit nun die Annahme zutrifft, daß Fürst Bismarck in dieser Art gedichtet habe, will ich hier, hauptsächlich an der Hand seiner eigenen Angaben, feststellen oder

festzustellen suchen, indem ich die mir bekannten derartigen Veröffentlichungen einer kurzen Betrachtung unterwerfe.

Die in Fedor von Köppens Prachtwerke: „Der deutsche Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck und die Stätten seines Wirkens“ (Leipzig, Serig'sche Buchhandlung) wiedergegebenen Stammbuchverse des Siebenjährigen und des Zwölfjährigen:

„Arbeit mit Gebet verbinden
Macht uns Gottes Segen finden“

und

«Le temp [sic] se passe, l'amitié reste»
(„Die Zeit vergeht, Freundschaft besteht“)

erwähne ich nur der Vollständigkeit wegen und weil sie vielleicht mit zur Bildung der Vorstellung von Stammbuchversen, die von Bismarck verfaßt seien, beigetragen haben. Die Urheberschaft dieser von der Sinnesrichtung und Erziehung des Knaben zeugenden Albumblätter wird ihm wohl Niemand bei näherer Betrachtung zusprechen wollen.

Die hier in Rede stehenden Veröffentlichungen sind die folgenden Verse und reimlosen Sprüche.

Zunächst die Verse.

Ehe ich auf Bismarcks Abweisung der Verfasserschaft aller ihm zugeschriebenen Verse komme, will ich auf die beiden gleich anzuführenden eingehen, um zu zeigen, wie man dazu gelangen konnte, ihn auch als Gelegenheitsdichter anzusehen —, ein Begriff, der ja dem eines Staatsministers nicht zu widerstreben braucht, wie besonders häufig die letzten Jahre gezeigt haben.

1. Friedr. Thudichum, Professor des Staats- und Kirchenrechtes in Tübingen, erzählt in seinem warm und klar geschriebenen Werke: „Bismarcks parlamentarische Kämpfe und Siege“, 2. Abth. S. 216 Anmerkung (Stuttgart, Enke 1890): „Um jene Zeit (d. h. als Herr Mommsen 1881—1882, ungestraft von Gerichten, von „Schwindel“ reden durfte, welchen „ein Hoher“ in die Hand genommen habe) wurde Fürst Bismarck von einer fürstlichen Frau um einen Eintrag in ein

Album gebeten. Bismarck fand darin einen Eintrag des Feldmarschalls Moltke: „Schein vergeht, Wahrheit besteht“, und schrieb nun darunter:

„Ich glaube, daß in dieser Welt
Die Wahrheit stets den Sieg behält;
Doch mit der Lüge dieses Lebens
Kämpft unser Marschall selbst vergebens.
Bismarck.“

Beim ersten Ueberlesen dieser, ursprünglich wohl, Zeitungsgeschichte — deren Wahrheit angenommen — hat man nun den Eindruck: Bismarck hat den, dem Leser unbekannten Vers auch verfaßt! Sein Geist ist ja so vielseitig. Warum sollte der Schmied des Reiches nicht auch dieses Verslein haben schmieden können? Doch, bei näherem Zusehen fällt es auf, daß Thudichum Bismarck garnicht als Verfasser bezeichnet; und ich glaube denn auch einmal die mir wieder entfallene Quelle des Verses gelesen zu haben.

2. Zeitungen, u. A. „Die Post“ vom 6. Mai 1891, berichteten unwidersprochen: „Der deutsch-amerikanische Dichter Major Karl Brand zu Belleville im Staate Illinois, hat den Fürsten Bismarck telegraphisch zu dessen 76. Geburtstag in Versen beglückwünscht, und Fürst Bismarck hat in Versen geantwortet. Gratulation und Antwort lauten nach dem „Hannoverschen Courier“:

„Belleville, 31. März 1891. An Se. Durchlaucht, den Herzog von Lauenburg, Friedrichsruh, Deutschland.

Kühner Zwietrachtsgeist-Bezwinger,
Unsrer Einheit Macht-Erringer, —
Deutscher Einheit stark und fest —
Belleville heut Dich grüßen läßt!

Heldengreis, den Jeder ehrt,
Dem ein deutsches Herz bescheert.
Mög' noch lang' des Himmels Hand
Erhalten Dich dem Vaterland!

Im Namen Vieler
Major Karl Brand.“

Darauf erfolgte die Antwort: „Friedrichsruh, den 1. April. An Herrn Major Karl Brand, Belleville, Ill. U. S. A.

Besten Dank, mein lieber Brand,
Für den Gruß, den Sie gesandt;
Ihre Stimme, — fern, doch stark,
Rührte tief mich
Bis(ins)marck" —.

Nach dieser „poesievollen" Geschichte theile ich die folgenden beiden Auslassungen des Fürsten mit.

Am 1. April 1891, wo ich als Mitglied einer Abordnung nach Friedrichsruh Glückwünsche brachte, meinte Fürst Bismarck nach freundlichster Begrüßung u. A.: er verstände nicht zu dichten („Ich könnte es nicht"). Um so mehr mußte es mir auffallen, daß die eben wiedergegebene, fünf Wochen nachher auftauchende Zeitungsnachricht, ohne berichtigt zu werden, ihr Wesen treiben konnte, bis sie dann in Vergessenheit kam.

Ich dachte an sie wieder in Friedrichsruh am 10. Mai des nächsten Jahres[1]) und nahm bei der Frühstückstafel Veranlassung, den Fürsten zu fragen, ob es denn wirklich wahr sei, daß er jenen Vers an den Amerikaner verfaßt habe. Aus der kleinen Tischgesellschaft erinnerte sich besonders Dr. Chrysander sofort der Sache. Dem Fürsten aber und der Frau Fürstin, die aufmerksam zuhörten, mußte ich sie erst erzählen, worauf Beide einstimmig sogleich erklärten: Ein solcher Glückwunsch sei nicht eingegangen, also auch dieser Dank nicht ausgesprochen. Die ganze Geschichte entpuppte sich also von A bis Z als er—dichtet!

Als ich dann in psychologischer Begründung meiner Frage nachträglich noch hinzufügte, daß ich, trotz starken Bedenkens gegen die Wahrheit des Berichteten, doch den Bismarck zugeschriebenen Vers „als Kind augenblicklicher Laune" für nicht ganz unmöglich gehalten hätte, wiederholte das fürstliche Paar das Gesagte mit dem abermaligen Bemerken, daß der Fürst überhaupt nicht dichte.

---

[1]) Kurzen Bericht über den Besuch enthielt „Die Post" vom 24. Mai 1892, 2. Ausgabe.

Es ist damit durch die allgemeine und besondere Aussage Bismarcks selbst bewiesen, daß kein Vers, der von seiner Hand geschrieben ist oder geschrieben sein soll, sich deshalb auf seine Vaterschaft berufen kann — wie es ja nun wohl auch so in der Zukunft bleiben wird!

Wenden wir uns jetzt zu den Sprüchen, so finden wir hier diese drei:

1. Den bekannten Bismarckschen Wappenspruch: In trinitate robur, die einfache Umschreibung des Wappens: In der Dreiheit (des Kleeblattes) Steineiche(nblätter); auf den Glauben bezogen: In der Dreifaltigkeit (meine) Stärke — (dies die übertragene Bedeutung von robur).

2. Im „Gedenkbuch des Krieges 1870—71 und der Aufrichtung des deutschen Reiches. Facsimiles der Denksprüche und Original-Handschriften der deutschen Fürsten, Feldherren und Staatsmänner im Germanischen Nationalmuseum zu Nürnberg. I. Abtheilung (Nürnberg, Soldan 1873)“[1]) steht S. 16 folgende Nachbildung:

„Leopold Eduard Otto von Bismarck, geboren zu Schönhausen in der Altmark am 1. April 1815. Mitglied des Vereinigten Landtages von Preußen 1847, Königl. Preuß. Gesandter am deutschen Bundestage 1851, Gesandter am Kaiserlich Russischen Hofe 1859, am Kaiserlich Französischen 1862, Königlich Preußischer Staatsminister 23. Sept. desselben Jahres, Kanzler des Norddeutschen Bundes 1867, Kanzler des Deutschen Reichs 1871.

Fert unda nec regitur.“

(Deutsch etwa: Es lenkt die Welle, nicht wird sie geleitet.)

Seinen von der berühmten Stätte zur Aufbewahrung und Pflege deutsch-vaterländischer Erinnerungen erbetenen Eintrag, den mit Recht selbstbewußt geschriebenen staatsmännischen

[1]) Titel und das vom Verleger geschriebene Vorwort sind leider in, nicht einmal schönen, lateinischen Buchstaben gedruckt, während die den Text bildenden vielseitig interessanten Denksprüche, mit Ausnahme der meist lateinisch geschriebenen Namen, bis auf einen deutsche Handschriften zeigen! Wozu dieser geschmacklose Widerspruch in der Ausstattung dieses ganz besonders für deutsche Leser bestimmten Buches?

Lebenslauf, endet der große Kanzler mit dem bescheidenen Hinweis auf die für Menschen unlenkbare Woge des Geschickes, die ihn zum Ziele getragen.

3. Auf Anordnung Kaiser Wilhelms I. wurde der Saal des Rathhauses zu Saarbrücken zur Erinnerung an die denkwürdigen Tage des Juli und August 1870 mit Gemälden von Anton von Werner ausgeschmückt: der Erstürmung der Spicherer Höhen, der Ankunft König Wilhelms und den Bildnissen des Kronprinzen, des Prinzen Friedrich Karl, Bismarcks und Moltkes, diese vier mit Wahlsprüchen versehen. Bismarck theilte dem Künstler (nach dessen mir bereits vor elf Jahren gegebenen Aufklärung) als den seinigen mit:

„Ohne Kaiser kein Reich."

Betreffs dieser Sprüche unter 1—3 richtete ich an den Fürsten, mit näherer Begründung meines Ersuchens und unter Hinweis auf seine oben angeführten Erklärungen wider vermeintliche Verse von ihm, brieflich die Bitte, mir gütigst mittheilen zu lassen, ob diese — reimlosen — Sprüche von ihm verfaßt, als vorhandene gewählt oder nach vorhandenen etwa umgestaltet seien. Die Antwort lautete:

Friedrichsruh, den 1. Mai 1896.

Euerer Hochwohlgeboren

gefälliges Schreiben vom 28. v. Mts. hat Fürst Bismarck erhalten.

Der Fürst hat die Sprüche in trinitate robur und fert unda nec regitur selbst verfaßt; den ersteren, als er bei Gelegenheit der Verleihung des Danebrogordens aufgefordert wurde, bei Einsendung seines Wappens, das wie das aller Danebrogritter in der Kirche zu Roeskilde angebracht werden sollte, einen Wappenspruch anzugeben.

Von dem Spruch „ohne Kaiser kein Reich" hat der Fürst keine Erinnerung.

Mit vorzüglichster Hochachtung bin ich
Euerer Hochwohlgeboren
(gez.) ganz ergebner
Chrysander.

Fürst Bismarck ist also selbst der Verfasser jener beiden ersten Sprüche. Die Frage aber nach der Verfasserschaft des letzten bleibt eine offene. Der Spruch kann dem Fürsten bekannt gewesen, er kann von ihm nachgeschaffen sein. Würde es sich aber später vielleicht noch finden, daß er von ihm verfaßt ist, so würde man dies nicht für verwunderlich halten können. Enthält doch die zu Bismarcks Ausdrucksweise sonst wohl nicht passende doppelte Verneinung: ohne Kaiser kein Reich bekanntlich die seinem Wesen entsprechende kräftige, entschiedenste Bejahung: nur mit dem Kaiserthum besteht das Reich, Kaiser und Reich gehören zusammen! Und bildet doch dieses Wort mit seiner Hervorhebung „des Kaisers" nur einen Ausfluß des eigensten staatsmännischen und persönlichen Denkens und Fühlens, von dem geleitet der Schöpfer der Reichsverfassung die kaiserlichen Rechte festsetzte und der Paladin „seines" Kaisers sie und das kaiserliche Ansehen so lange Jahre hindurch — nicht zum wenigsten in der Zeit dieses Spruches, 1881 — mit äußerster Hingebung und Anspannung aller Kräfte vertheidigte gegen die Herrschaftsgelüste von Reichstagsmehrheiten, die ein Schattenkaiserthum wollten und theilweise, bewußt und unbewußt, auf die Republik hinsteuerten. Denen vor allen ruft Bismarcks Innerstes sein: ohne Kaiser kein Reich! zu, als eine conditio sine qua non. Daß er andererseits später unter veränderten Verhältnissen wiederholt auf die nothwendige Kräftigung des Reichstages und der Einzelregierungen gegenüber manchen Ansichten der kaiserlichen Regierung hinweist, zeugt nur von seiner staatskünstlerischen Weisheit, die nicht im einseitigen, sondern im wohlverstandenen Gleichgewichte der öffentlichen Gewalten das wahre Heil des Vaterlandes erblickt.

Das Endergebniß unserer Betrachtung ist, daß Bismarck auch nicht einen Gelegenheitsvers verfaßt hat. Und warum dies nicht? Weil sein hervorstechend aufs Klare, Praktische und Große gerichteter Geist, trotz seiner idealen, dem poetischen Gemüth also günstigen Grundlage von Liebe zum Vaterlande, zur Natur, zu männlicher Ehre und Geistesfreiheit, zu Wissenschaft und Dichtung, ihn zurückgehalten hat von kleinen Ver-

suchen, das Wahre, die Wirklichkeit, mit dem dichterisch Schönen kunstvoll zu umschleiern. Er, der glühende und zugleich nüchterne Freund einfacher, klarer und wahrhaftiger Rede hat nicht genug „vom Dichter", der es, um durch seine Einbildungskraft auf das Gemüth Anderer wirken zu können, „mit der Wahrheit nicht ganz mathematisch genau nehmen darf." (Vgl. die Reichstagsrede vom 29. April 1881.) Seine Einbildungskraft setzt sich in die Wirklichkeit kunstvoller staatsmännischer Handlungen, nicht in die schöner Dichter-Worte oder -Werke um.

Dieser Veranlagung, diesem schaffenden Drange Bismarcks, der sich mit künstlerischem Schwunge auf die Gestaltung des wirklichen d. h. des sogenannten prosaischen Lebens richtet, haben wir die beiden sinnvollen Sprüche in Prosa mit der dichterischen Ausdrucksweise der Sinnbildlichkeit: in trinitate robur, und zugleich der künstlerischen Gegenüberstellung der Eigenschaften: fert unda nec (= sed non) regitur zu verdanken. Vielleicht reiht sich hier, wie gesagt, auch der dritte, deutsche, mehr in rednerischer Form sich bewegende Spruch noch an.

Auch in seinen Briefen skizzirt Bismarck in warmgefühlter Prosa Menschen und Landschaften schildernde Stimmungsbilder, die „wie kleine lyrische Gedichte wirken". Ich erinnere an die von Busch in „Unser Reichskanzler", 2. Band S. 411 ff. angeführten Beispiele u. a., die zu wiederholen hier zu weit führen würde.

Nach allem Gesagten kann also von einer eigentlich ausübenden, im engeren Sinne „poetischen Begabung" Bismarcks, die „gern, wenn auch mit einem Lächeln, auf Vererbung" zurückzuführen wäre, trotz der angeführten Ausnahmen in dichterischer Prosa, nicht gesprochen werden.

Dagegen besitzt Fürst Bismarck bekanntlich einen sehr empfänglichen verständnißvollen Sinn für die Werke der Dichtkunst, der sich hervorragend bei der Verwebung von Dichterstellen in die „gewaltige Prosa" seiner Reichstagsreden und anderwärts zeigt. Ueber diese Beziehung Bismarcks zur Dichtkunst soll später in einem zweiten Abschnitte unserer Darstellung gesprochen werden.

8.

Herr v. Bismarck-Schönhausen als Mitarbeiter der Kreuzzeitung. II.[1]

Von Dr. Horst Kohl (Chemnitz).

Auf den folgenden Blättern theile ich das Ergebniß mit, das die weiteren Untersuchungen über die Mitarbeiterschaft des Abgeordneten v. Bismarck-Schönhausen an der Kreuzzeitung gehabt haben. Es mag manchem geringer dünken, als er erwartet hat; aber die hier wiederabgedruckten Stücke haben den Vorzug, vom Fürsten Bismarck selbst als sein geistiges Eigenthum anerkannt zu sein. Ich habe unter I die größeren Artikel politischen Inhalts, unter II eine Auswahl amüsanter Kammerkritiken zusammengefaßt, die in den Jahren 1849 bis 1851 den „Berliner Zuschauer“ der Kreuzzeitung zu einem von den politischen Gegnern gefürchteten Pranger machten. Bei ihrer Lektüre mag man sich immer gegenwärtig halten, daß sie aus dem Augenblick geboren und für die Zeit bestimmt waren, in der sie entstanden sind; wenn sie jetzt wieder aufgefrischt werden, so geschieht es nicht, um etwa noch lebende Mitglieder der ehemaligen zweiten Kammer zu kränken, sondern um diese Skizzen als geschichtliches Material für den Entwickelungsgang Bismarcks archivalisch zu bergen. So aufgefaßt, verlieren alle Veröffentlichungen persönlicher Natur ihr Anstößiges, das mancher darin zu finden geneigt ist. Der

[1]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch I 469 ff.

Historiker arbeitet nicht für das heute und morgen, sondern für die Ewigkeit: es ist zu wünschen, daß alle Leser des Bismarck-Jahrbuchs von diesem Standpunkte aus ihr Urtheil fällen.

I.

1. Grundsteuer und Rentenablösung.

Aus Pommern. Daß eine Grundsteuer keine Steuer ist, sondern eine Confiscation des Vermögens desjenigen, der zur Zeit der Veranlagung Grundeigenthum besitzt, weiß ein Jeder, auch Herr Hansemann. Wer sein Vermögen aus einem mit westphälischer Grundsteuer belasteten Gut als Miterbe ausbezahlt erhielt und sich jetzt in einem grundsteuerfreien Gut der alten Provinzen angekauft hat, unterliegt dieser Confiscation jetzt zum zweiten Mal, indem das erste Mal der Miterbe, welcher das Gut annahm, den Capitalbetrag der Grundsteuer bereits von der zu theilenden Erbmasse, also pro rata von dem Vermögen des ausbezahlten Miterben, abgerechnet hat. Diese Confiscation trifft einen beliebig auserwählten Theil der Staatsbürger, nämlich die bisher steuerfreien Gutsbesitzer; den reichen Capitalisten läßt sie unberührt, an die größern Städte hat sich der Hansemannsche Entwurf nicht herangewagt, die könnten unruhig werden. Die Rittergutsbesitzer dagegen sind jetzt schutz- und rechtlos, darum können sie der Confiscation unterworfen werden. In sich werden dieselben wiederum höchst ungleich von derselben betroffen, und zwar der Reichste am leichtesten, der Aermste am härtesten; wer auf einem Gute von 100000 Rthlr. Werth 80000 Rthlr. Schulden hat, verliert genau so viel, als wer ein solches schuldenfrei besitzt; bei 10 % Grundsteuer verliert der Letztere ein Zehntel, der Erste die Hälfte seines Vermögens, da auf die Verschuldung des Grundbesitzes keine Rücksicht genommen wird. Der Verschuldete, der sein kleines Vermögen durch Erbschaft oder Kauf in einem großen Gut stecken hat und mit Arbeit und Sorge bisher die Zinsen aufbrachte und frei mitlebte, ein in den östlichen Provinzen vorwiegendes Verhältniß, ein Solcher wird durch die Grundsteuer in dieser geldklammen Zeit ins Elend getrieben, ein reicher Capitalist ersteht das Gut, indem er den Grundsteuerbetrag vom Kaufpreise abrechnet, und setzt sich auf die Art völlig steuerfrei in das Erbtheil des Vertriebenen. Eine Besteuerung, die sich nicht nach dem Vermögen des Besteuerten, sondern nach dem Werth der Grundstücke richtet, in denen er sein Vermögen stecken hat, ist gerade so willkürlich, wie eine Besteuerung nach

der *Körperlänge* oder der *Haarfarbe sein würde*.[1]) Der Umstand, daß bei den Rheinländern die Confiscation durch Grundsteuer zur Zeit der Franzosen stattgefunden hat, rechtfertigt keineswegs die Uebertragung dieser Gewaltthat auf die alten Provinzen. Ebensowohl könnten diese verlangen, daß die Kriegslasten, welche sie getragen haben und noch tragen, den Rheinländern nun auch auferlegt würden, und daß zur Herstellung der Gleichheit die Rheinlande von den Armeen des Königs ebenso verwüstet würden, wie dies bei uns durch die Franzosen geschehen ist. — Um die jetzigen Besitzer vollends unfähig zur Tragung der Grundsteuer zu machen, wird ihnen der Theil ihres Vermögens, der in baaren Gefällen besteht, auf die *Hälfte* reducirt. Anstatt des bisher gesetzlichen 25fachen setzt man den Capitalwerth der Renten auf den 18fachen Betrag; diesen zahlt man dem Berechtigten in 4procentigen Papieren, die er vielleicht zu 70 % verwerthen kann, wenn nicht die Besorgniß, daß die nächste Gesetzgebung Renten und Rentenbriefe für gänzlich erloschen erklären könnte, die letztern auf einen noch viel niedrigern Cours drückt. $^7/_{10}$ von 18 macht $12^3/_5$, die man also im günstigsten Falle für 25 erhält. Daß ein solches Verfahren in Grundsteuer und Rentenablösung ungerecht ist, weiß das Ministerium sehr gut, aber es schlägt durch diese Ungerechtigkeit 3 Fliegen mit Einer Klappe: 1) Die Rheinländer, seit Auflegung der Grundsteuer fast durchgehends schon zweite Besitzer, meist durch Kauf, da wenig ältere Besitzer die Grundsteuer-Revolution überdauert haben, bleiben steuerfrei, da sie die Steuer bei der Uebernahme vom Preise zurückgerechnet haben; sie lachen sich ins Fäustchen, daß sie unter der Aegide der Krone die alten Provinzen, mit deren Blut und Gut diese Krone vertheidigt ist, knechten können. Ein verdienter Lohn dafür, daß sie die Ersten waren, welche den Thron zu untergraben suchten. 2) Die großen Städte, namentlich das gefährliche Berlin, sind von dieser Steuer nach § 2, Absatz 6, der Botschaft vom 20. Juli c. eximirt, man bekommt also eine neue Steuer, ohne es mit ihnen zu verderben. 3) Ein Theil der mißliebigen, aber treu am König hängenden Ritterschaft wird ruinirt, vertrieben, unschädlich gemacht. (Neue Preuß. Zeitung, 30. 8. 1848 No. 52 S. 323.)

2. Das Jagdgesetz

ist beschlossen mit allen Chikanen, mit Verleihung des Jagdrechts an jeden Grundbesitz, mit unentgeltlicher Vernichtung aller bestehenden Berechtigungen, mit Aufhebung aller geschlossenen Verträge,

[1]) In einer Rede vom 18. Februar 1850 (Bd. I 212) sagt Herr v. Bismarck: Ein solcher Maßstab für die Veranlagung einer Steuer ist gerade so willkürlich, als wenn man die Menschen nach ihrer Körperlänge besteuern wollte.

sogar mit Absolution für begangene und zu begehende jagdrechtliche Sünden; höchst „freisinnig“ beschlossen, wie ein Correspondent der Kölner Zeitung es nennt, unter dem Einfluß lauter Drohungen, die von außen in die Ohren erschreckter Abgeordneter schallten, ein Einfluß, von dem derselbe Correspondent sich eine so nachhaltige Wirkung verspricht, daß für das Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung der Realberechtigungen nicht minder „freisinnige“ Beschlüsse zu hoffen ständen. Es gehört das Gesetz zu der Sammlung der seit den Märztagen Mode gewordenen kühnen Griffe, diesmal basirt auf den sublimen Gedanken, daß Hammelbraten nicht schlechter schmecke, als gebraten Wild. Vielleicht dachte man, daß der grassirenden Mordlust des souveränen Volkes ein unschädlicher Ausweg auf die unschuldigen Hasen eröffnet, oder der drohenden Noth des Winters vorläufig eine Anweisung auf das umherschweifende Wild ertheilt werden müsse. Vielleicht dachte man aber nicht daran, daß der Geschmack des souveränen Volkes, an welches einmal appellirt worden, sich von jenem des berühmten Juristen eines Tages abwenden und den Hammel des Nachbars in der That noch schmackhafter finden möchte als dessen Hasen.

Das Gesetz hat seinen deutschen und undeutschen Theil. Deutsch ist der Grundgedanke, daß das Recht der Jagd Ausfluß des ächten Eigenthums sei, deutsch aber ist es noch mehr, daß man dem idealen Gedanken zu Liebe alle Bedenken der Ausführbarkeit gemüthlich niedergeschlagen und die Sache so recht unpraktisch eingerichtet hat. Daß von Ausübung der Jagd durch jeden Grundeigenthümer auf seiner Scholle nicht die Rede sein könne, wo das System der Wandeläcker mehr oder weniger vorherrscht und die Aecker der Gemeindeglieder in kleinen Stücken durch die ganze Flur zerstreut liegen, das ist dem einfachen Verstande eben so klar, als daß das Gesetz den bisher undisciplinirten Wild-, Feld- und Jagd-Diebstahl wie die bewaffnete Wegelagerei in ein System gebracht hat. Diese Gefahren waren es hauptsächlich, welche zum Schutz der inneren Sicherheit des Landes im Mittelalter die Theorie von der Regalität und Grundherrlichkeit der Jagd ausgebildet haben. Jetzt meint man wohl, dem Wilddiebstahl und den Klagen über Wildschäden am sichersten durch Ausrottung des Wildes zu begegnen, wie man Kopfweh am sichersten durch Kopfabschlagen kurirt, aber man vergißt, daß wenn es auch längst keinen Hasen mehr geben wird, es doch keinem Bösewicht wird gewehrt werden können, sich zu allen Missethaten allnächtlich zu bewaffnen unter dem Vorwande, auf seinem Viertelackermorgen die Freuden der Jagd zu genießen. Auch diese politische Kurzsichtigkeit ist deutsch.

Undeutsch aber und heillos ist die decretirte Unentgeltlichkeit der Aufhebung wohlbegründeter Rechte. Der Grundsatz, der Preußen

groß gemacht, das Suum cuique, ist niedergetreten und es ist uns genommen, mit Stolz an das Wort des Müllers von Sanssouci zu erinnern, das er dem großen Könige gegenüber frei und sicher aussprechen durfte. Was helfen hundert Kammergerichte, wenn die Gesetzgebung selbst das Recht beugt. Die Schwierigkeit, die aufzuhebenden Jagdrechte zu schätzen, durfte nicht dahin führen, das Unrecht zu sanctioniren, wie es ja auch dem Richter nicht erlaubt ist, einen Kläger deshalb abzuweisen, weil sein Prozeß ihm zu mühsam zu instruiren ist. Mochte man dem verbreiteten Volksrufe Rechnung tragend, die Ablösungssumme provinzenweise auf ein Minimum, auf die Scheinabfindung eines Hellers für jeden zu befreienden Morgen Landes festsetzen, es wäre ein oberster Staatsgrundsatz unbefleckt geblieben. Die bisher Berechtigten hätten sich dabei beruhigt, und den Ackerbesitzern wäre das befriedigende Bewußtsein eines wohlerworbenen Rechtes gewährt. Jetzt aber mag jeder rechtliche Mann trauern, nicht weil es kein Waidwerk mehr geben soll und auch die letzte verkümmerte Blüthe einer romantischen Zeit vor dem kalten Wehen der Gegenwart vergehen mußte, sondern weil das Eigenthum nicht mehr für heilig gilt und das Band, welches Staaten bindet, zerrissen ist.

Diejenigen, die am lautesten nach Aufhebung der Jagdrechte schrieen, haben sich das allerdings ganz anders gedacht. Sie wollten keine Vernichtung aller Jagd, vielmehr nur selbst Jagdausüber werden, und zürnen jetzt dem Gesetze mehr als die bisher Berechtigten. So befriedigt das Gesetz nach keiner Seite. Ist aber etwas Gutes daran, so ist es seine deutsche unpraktische Seite. Es liegt darin wenigstens ein sittlicher Gedanke, während die Vorlage der Central-Commission dahinauslief, im Namen der Revolution bisher unberechtigte Jagdausüber statt der bisher berechtigten zu privilegiren. Möchten doch unsere Gesetzgeber endlich bedenklich werden auf dem Wege der falschen Freisinnigkeit, welche Freigebigkeit ist aus fremden Taschen, und wahrem Freisinne huldigen, dessen Wesen Gerechtigkeit ist für Jedermann.

(Neue Preuß. Zeitung 26. 10. 1848 No. 101.)

3. Die geheimen Artikel des Centrums.

Auf Grund des in der Friedrichstädtischen Halle genehmigten Programms versammelte sich die Partei, welche sich Centrum nennt, gestern in der Conversationshalle. Diese Ortsveränderung scheint den Zweck gehabt zu haben, sich manches mißliebigen, oder für die speziellern Zwecke der Partei nicht verwendbaren Unterzeichners des Programms zu entledigen, ohne dem letzteren etwas von seiner weichen und einladenden Allgemeinheit zu nehmen. Die Herren von

Bismarck-Schönhausen, von Kleist-Schweinitz, von Werdeck, Bauer u. s. w. waren als Unterzeichner des Programms ebenfalls erschienen, und der Letztere machte seinen Beitritt zu der Fraction davon abhängig, ob die Anwesenden entschlossen seien, das Ministerium auf dem von ihm bisher betretenen Wege constitutioneller Entwickelung kräftig zu unterstützen, eine Frage, welche von den Anwesenden, auch von Herrn von Patow, mit einem entschiedenen „Ja" beantwortet wurde (!). Herr von Beckerath suchte dieses Ja zwar durch Berufung auf die politischen Documente vom 5. December und 28. Mai zu verclausuliren, aber doch so, daß immer noch Jeder, der die preußische Verfassung anerkennt, sich berufen fühlen mußte, einer auf Grund des vorliegenden Programms gebildeten Partei beizutreten. Als nun aber Herr von Bismarck das Wort ergriff und seine freudige Genugthuung darüber aussprach, daß er sich unerwarteter Weise mit den anwesenden Herren auf gleichem politischen Boden befinde, erfolgten zwar Anfangs evasive Reden, aber nach Anwendung von drei neuen Beschwörungen gelang es dennoch, den Kern des Pudels zu Tage zu fördern, indem Herr von Beckerath als Vorsitzender die „Declaration" abgab, daß das vorgelegte Programm nicht den Maßstab zu dem Beitritt zur Partei abgebe, daß vielmehr Herr von Bismarck nur dann beitreten könne, wenn er entschlossen sei, die Politik der Herren „von Beckerath und von Auerswald" zu der seinigen zu machen, und Herr von Patow erläuterte diese für viele der Anwesenden sehr überraschende Erklärung dahin, daß es sich hier um zwei ganz verschiedene Dinge handle, 1) ein Programm, welches darnach mehr den Werth einer stylistischen Uebung zu haben scheint, 2) die Bildung einer Gesellschaft, zu welcher nur diejenigen beitreten könnten, welche sich zu den leitenden Persönlichkeiten politisch hingezogen fühlen. Das Programm war also nur die Lockente und sein allgemeiner, mit Ausnahme der Polen, für alle Schattirungen der Kammer gültiger Inhalt darauf berechnet, eine möglichst große Zahl anzuziehen, von denen man dann die lenksamern und weniger unabhängigen Charaktere auch für die durch die Namen: Beckerath-Auerswald verkörperten engern Parteizwecke zu gewinnen hoffte. Zugleich wird der Oeffentlichkeit eine günstigere Meinung von den Zwecken dieser Partei und eine nachtheiligere von Denen, die ihr nicht angehören, beigebracht, wenn man nur das, von Herrn von Patow als unwesentlich für die Zwecke der Gesellschaft bezeichnete, Programm veröffentlicht, die geheime Clausel von wegen der Nothwendigkeit des Bekenntnisses zur Beckerath-Auerswaldschen Politik aber zu geeigneter Benutzung im Sinne behält. — Mancher ehrliche Weißbierpolitiker wird es dann schwer begreifen, daß die Ruchlosigkeit der Feinde aller gesellschaftlichen Ordnung so weit

gehe, nicht einmal dieses harmlose Programm annehmen zu wollen. Wir glauben kaum, daß Herr von Bismarck und seine Freunde sich der Beckerath-Auerswaldschen Politik, nachdem dieselbe ihre Impotenz in den Ministerien des vorigen Sommers hinreichend dargethan hat, anschließen werden; sind diesen Herren aber doch dankbar, daß sie jene Partei consequent genöthigt haben, mit der reservatio mentalis ihres Programms ans Tageslicht zu treten, ein Dank, in welchen, wie wir vernehmen, nicht wenige der Zuhörer in der Conversationshalle schon gestern eingestimmt haben.

(Neue Preuß. Zeitung 15. 8. 1849 No. 188 S. 1518 f.)

4. Die Revision der Verfassung

erfreut sich eines zeitgemäßen Fortschritts, und kaum ein Tag vergeht, der nicht die moderne Mythologie um einen Halbgott oder eine Minerva bereichert. Was der Geschichte in zwei Jahrhunderten unmöglich war, das wird jetzt in zwei Stunden wie aus der Pistole geschossen, und bald können unsere zahmen Fanatiker ihren Scheiterhaufen anrichten, um das alte überflüssige Staatsrecht den Manen des aufgeklärten Türken und Bibliotheken-Verbrenners Omar zu opfern. Ob passend oder unpassend, ob nöthig oder unnöthig, ob verständig oder unverständig, — hier schützt nicht Alter, nicht Geschlecht; was sich nicht freilooset, erhält seine Nummer und wird einrangirt. Und wenn er vollendet sein wird, dieser staatsrechtliche Koran, mit welcher Andacht werden unsere Kinder darin lesen, wie wird ihnen das Herz aufgehen bei der Erinnerung an alle die großen Männer, deren Gedanken und Thaten wie auf einer Musterkarte vor ihnen stehen. Wenn nirgends, so ist in der Composition der Verfassung die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, mit natürlicher Ausnahme der in die Acht und Aberacht erklärten Fürsten und äußersten Rechten, eine Wahrheit geworden, und nur wir verlorenen Söhne Deutschlands müssen uns den Genuß versagen, mit Waldecks Geist unter Blumenkohl und Wassermelonen zu promeniren. Unsere Erquickung ist inzwischen die frische Morgenluft, die schon so manchen Freund und Feind aus bösen Träumen weckte, und wenn die Sonne höher steht, und wenn der Maulwurf wieder wühlt, dann werden wir mit frischen Kräften auf den Kampfplatz treten.

(Neue Preuß. Zeitung 23. 9. 1849 No. 221 S. 1779.)

5. Loyalität der Steuerverweigerer.

□ Potsdam, 30. Oktober. Durch eine Notiz Ihres gestrigen Zuschauers[1]) wurde ich veranlaßt, den Artikel „□ Berlin,

[1]) Kreuzzeitung 30. 10. 1849 No. 252: Der Artikel der Kölner Zeitung □ Berlin, 25. Oktober, giebt einem Augenzeugen berührter Vor-

25. Oktober" in der Cölner Zeitung nachzusehen, und habe ich eine innige Genugthuung darüber empfunden, wie der günstige Umschwung der Zeit sich wider Willen auch in revolutionairen Blättern bethätigt. Dieses Blatt, welches noch vor einem halben Jahre von Demokratie und Drohungen strotzte, scheint nachgerade doch einzusehen, daß der Händedruck oder das Kopfnicken eines Fürsten aus dem Hause Hohenzollern ein bedeutendes Ereigniß für einen Frankfurter Volkstribun ist. Das Evangelium der Schoppentrinker ist zu dem Bewußtsein gelangt, daß es jetzt für den ehemaligen Präsidenten des Frankfurter Parlaments eine denkwürdige Auszeichnung ist, wenn ihm ein Prinz des Königshauses, dem er vor wenig Monaten ebenbürtig gegenüber zu treten versuchte, die Hand reicht wie einem ehrlichen Manne; daß es der schwindenden Bedeutsamkeit des Finanzministers der Deutschen einen Anhalt gewähren kann, wenn das Volk erfährt, daß der Königliche Sieger von Baden ihn einer Anrede gewürdigt habe. Nicht als ob wir es als einen reellen Gewinn für Preußen betrachteten, aber ein Symptom großen Fortschrittes ist es, wenn die Männer, welche die berüchtigte Adresse des zweiten vereinigten Landtags verfaßten, die Männer, welche zur Zeit dieser Adresse eine Regierung des Prinzen von Preußen für unmöglich hielten und das Wort Regentschaft fallen ließen, die Männer, welche Preußen im November v. J. ein Ministerium und im April d. J. eine Verfassung mit proconsularischer Anmaßung

---

fälle zu nachstehender Berichtigung Anlaß: Bei dem Empfang der Kammern durch den Prinzen von Preußen hat Letzterer mit keinem Mitgliede der zweiten Kammer, außer dem Präsidenten Grafen Schwerin, sich in Unterhaltung eingelassen. Es ist unwahr, daß er sich umgedreht habe, Herrn Simson die Hand zu schütteln. Die Herren von Beckerath, Camphausen, Müller (Siegen), drängten sich dergestalt an den Prinzen, daß ein uns bekannter Landrath überlaut und den Betheiligten hörbar äußerte: Seht doch die Steuerverweigerer, wie loyal sie sich vordrängen. Herr v. Bismarck stand, wie wir uns genau erinnern, hinter 4 oder 5 Reihen sich mit provinziellem Eifer drängender Herren von der Linken, rückwärts in einer Fensternische, so daß der Prinz ihn, bevor er sich zurückzog, mit freundlichem Händedruck begrüßte und ausnahmsweise mit einigen Worten beehrte, obschon ein Bedürfniß, gerade diese Gelegenheit, in Ermanglung einer andern, zu ergreifen, hier wohl nicht obwaltete. Ganz aus der Luft gegriffen ist ebenso die Behauptung, daß Herr v. Gerlach sich habe anmelden lassen, ohne vorgelassen zu werden. Wir würden solcher Aeußerlichkeiten, die komisch werden, wenn man Politik daran knüpft, garnicht gedenken, wenn uns die lächerlichen Lügen der Cölner Zeitung nicht ausnahmsweise veranlaßten, Se. Königl. Hoheit vor Verdächtigung zu schützen, als lege er ebenso wenig Werth auf eine treue und erprobte Anhänglichkeit an das Königshaus, wie das blumenreiche Kammer-Mitglied, welches zu eigener Verherrlichung die □ Artikel in der Cölner schreibt.

octroyiren wollten, wenn diese Männer, gleichgültig aus welchen Motiven, zu der Erkenntniß gelangt sind, daß ein Wink, ein Mienenspiel des Preußischen Thronerben schwerer wiegt, als die Gesammtheit ihrer souverainen Parlamentsbeschlüsse, und daß die Zinnen des Frankfurter Olymp erbeben, wenn die irdischen Götter auf unsern Hügeln an der Havel das Haupt bewegen. Der Cölnische Artikel erweckt uns dasselbe Gefühl der Befriedigung, welches wir empfanden, als auf dem Feste, welches Se. Majestät den Kammern in Sanssouci gab, die parlamentarischen Posa die gewandtesten Märsche und Contre-Märsche ausführten, um das Auge des Herrschers auf sich zu lenken, dessen Autorität sie so oft verkannt hatten; oder als wir erfuhren, wie die Herren Camphausen, Wentzel, Dyhrn sich aus ihrer politischen Unbedeutendheit aufgerichtet fühlten und einen gerechten Titel auf die Achtung Anderer erworben zu haben glaubten, weil die Huld einer hohen Frau sie ausgezeichnet hatte. Solche Dinge beweisen uns, wie auch die perversesten politischen Anschauungen das tief im menschlichen Gemüth wurzelnde Bewußtsein von der übermenschlichen Natur Königl. Gewalt nicht zu untergraben vermögen. Es giebt noch eine Fürstengewalt, so lange ein Sonnenblick fürstlicher Gnade noch im Stande ist, ein wundes Gewissen zu heilen und seichten Schwätzern in den eignen, wie in Anderer Augen Bedeutung zu verleihen. Im Widerspruch mit Ihrem Zuschauer möchte ich aber den Correspondenten in einer gesellschaftlich niedrigen Sphäre, als in der des bekannten blumenreichen Abgeordneten[1]) suchen; es ist offenbar Jemand, der den Gedanken des Anblicks hoher Herrschaften nur mit dem neugierigen und aufdringlichen Getümmel bei feierlichen Actionen oder offiziellen Königlichen Reisen verbindet, und der dem hiesigen Terrain so fremd ist, daß er annehmen kann, jene Herren, die seiner Meinung nach von Höchster Ungnade so schwer betroffen sind, könnten irgendwie das Bedürfniß empfinden, sich gerade bei einer öffentlichen Gelegenheit an die hohen Herrschaften zu drängen. Indessen, so spießbürgerlich die Cölnerin auch als Hofschranze sich ausnehmen mag, wir freuen uns des Zeichens der Zeit, daß es so weit gekommen ist mit ihr und den Brutussen des Gürzenich.

(Neue Preuß. Zeitung 31. 10. 1849 No. 253.)

6. Agrar-Gesetz.

Wenn wir auch die Vorlage des Agrargesetzes als ein drei Monat altes fait accompli betrachten, und einer prinzipiellen Beurtheilung nicht mehr unterwerfen wollten, so würde uns doch die

[1]) Beckerath.

Haltung, welche diesem Gesetz gegenüber in der Kammer von den Organen der Regierung beobachtet wird, mit Schmerz erfüllen. Wir können es nicht billigen, wenn die unbestreitbaren Rechtsverletzungen des Gesetzentwurfs von dem Ministerium damit entschuldigt werden, daß in andern Ländern noch Schlimmeres geschehen sei, daß auch bei uns noch weiter gehende Forderungen laut geworden seien, wenn der Commissar der Regierung, Herr Schellwitz, die Bitterkeit der Verletzten dadurch steigert, daß er ihnen mit advokatischer Spitzfindigkeit zu beweisen sucht, sie seien garnicht verletzt. Den Bruch des Vertragsrechtes durch § 52 vertheidigt er, indem er einen Unterschied zwischen formellem und materiellem Recht macht und ersteres dem letzteren unterordnet. Streitigkeiten über formelles Recht entscheidet leicht ein Erkenntniß, der Begriff des materiellen Rechts, wie ihn der Commissar der Regierung versteht, ist ein weiter. Der Barrikadenkämpfer sucht dem, was er für materielles Recht hält, mit Pflastersteinen den Sieg über das formelle zu verschaffen, und den Einwand, daß er hierzu verfassungsmäßig nicht berufen sei, schiebt er als einen formellen bei Seite. Der Communist, welcher Eigenthum für Diebstahl hält, sucht durch Ausübung des letztern eben nur dem Recht, welches er für das materielle hält, dem formellen Recht der Gesetze gegenüber Geltung zu verschaffen. Derselbe Commissar erklärt außerdem, ein Ablösungsgesetz könne überhaupt nicht zu Stande kommen, wenn die Berechtigten sich kein Opfer wollten gefallen lassen. Was würde dieselbe Regierung, deren Commissar dies sagt, einer Eisenbahngesellschaft entgegnen, welche erklärt, ihre Eisenbahn nicht bauen zu können, wenn sie für die dazu nöthigen Abtretungen von Grund und Boden Entschädigung zahlen solle? Sie würde von der Eisenbahngesellschaft eine genaue Beachtung des § 8 der Verfassung verlangen, während die Wächterin des Rechtes selbst, die Obrigkeit, sich von der Beobachtung der von ihr selbst gegebenen Bestimmung dispensirt, indem die gestrige Erklärung des Ministeriums jedes Eingehn auf irgend welche Staatsentschädigung ablehnt. Das Ministerium beruft sich zur Rechtfertigung des 18fachen Ablösungsbetrages auf die Motive des Gesetz-Entwurfs und des Commissions-Gutachtens. Diese Motive lassen sich auch auf die Staats-Gläubiger anwenden. Letztere haben ein Recht auf eine Rente, ohne den Capitalbetrag derselben willkürlich kündigen zu können, wenn ihnen auch, im Fall der Staat als Verpflichteter ablösen will, das formelle Recht auf das stipulirte Capital von 100 Thlr. für $3^1/_2$ Thlr. Rente in derselben Art zusteht, wie den von § 52 des Agrar-Gesetzes betroffenen Renteberechtigten. Da nun inzwischen der Zinsfuß auf 5 % gestiegen ist, so geben 70 Thlr. $3^1/_2$ Thlr. Rente, und die Mühe der Erhebung, die Unsicherheit von Staatspapieren in Zeiten der Re-

volution, die Annehmlichkeit des baaren Geldes, rechtfertigen den weiteren Abzug auf den 18fachen Betrag der Rente, so daß der Staatsgläubiger mit 63 Thlr. baar Geld für $3^1/_2$ Thlr. Rente vollständig abgefunden ist. Ein anderes Beispiel: Eine Pfarre von 300 Thlr. Einkommen in Renten, wie es deren viele giebt, erhält von ihren wohlhabenden Pflichtigen (Ritterguts-Besitzern rc.) den 18fachen Betrag mit 5400 Thlr. baar. Hypothekarisch sicher untergebracht, gewähren diese zu 4 %, denn höher geht es einmal nicht, 216 Thlr., in Pfandbriefen, zum Cours von 95 angelegt, ein Nominal-Capital von 5670 Thlr., welches zu $3^1/_2$ % 198 Thlr. $13^1/_2$ Sgr. [gewährt]. Soll der Pfarrer davon leben und alle Bedürfnisse baar bezahlen? und wer ersetzt den Ausfall? Die schwerste Krankheit der Zeit ist die Abschwächung des Rechtsbewußtseins, und wenn die Obrigkeit den Beruf hat, dieser Krankheit heilend entgegenzutreten, so fragen wir ihre Träger, ob sie selbst glauben, diesen Beruf durch die Art, wie sie die Prinzipien des Agrargesetzes vertheidigen, zu erfüllen. Wenn die Regierung auf die Sympathien aller Derer, welche in ihren Rechten gekränkt werden, einschließlich der Berechtigten an städtischen Kämmereien, Pfarren, Schulen, Kirchen, irgend welchen Werth legte, so hätte sie die ungerechten Bestimmungen dieses Gesetzes nicht nur für offene Fragen erklären, sondern auch als solche behandeln sollen, indem sie die Vertheidigung derselben den in dieser Frage ganz ministeriellen Abgeordneten der Linken überließ. Dann würde es ihr auch gelungen sein, den Gefühlen einer Partei, welche in Gemeinschaft mit allen den Elementen, die ihr angehören und aus ihr hervorgehen, einen entschiedenen Antheil an der Herstellung und Erhaltung der Ordnung in Preußen hat, viel von ihrer Bitterkeit zu nehmen.

(Neue Preußische Zeitung 2. 12. 1849 No. 281.)

7. Zu den Wahlen für Erfurt.

Von Mitgliedern der entschiedenen Rechten in beiden Kammern und gleichgesinnten Männern außerhalb der Kammern ist nachstehender Aufruf erlassen:

Preußen!

Der König ruft, da darf der Sohn des Vaterlandes nicht fehlen, darum rüstig zu den Wahlen für Erfurt! Laßt uns seinem Rufe folgen, um ihn in der erhabenen Absicht zu unterstützen: Deutschland eine der Einheit und der Würde der Nation gemäße Verfassung zu bereiten. Laßt uns seinem Rufe aber auch folgen, um das Vaterland vor der Gefahr zu bewahren, mit welcher der

Entwurf unserer Regierung und ihrer Verbündeten Preußen und dadurch auch Deutschland bedroht.

Nach diesem Entwurfe hat Preußen, das 16 Millionen Seelen unter 24 in den engern Bundesstaat bringt, im Staatenhause nur 40 Stimmen unter 133, und im Fürsten-Collegium nur 1 Stimme unter 5. Blos im Volkshause, das überall weniger Gewähr bietet, ist es nach Verhältniß vertreten. So kann die Mehrheit der kleinern Staaten endgültig beschließen über Preußens landwirthschaftliche und gewerbliche Verhältnisse, über seine bürgerliche und peinliche Rechtspflege, ja über das, was vor allem sein Hort und Ruhm ist, über Preußens Heeres-Einrichtung. Statt daß Preußen der mächtige Schirm für die von der Revolution unterwühlten Staaten würde, geriethe es in Abhängigkeit von ihnen und müßte sich von der Revolution übermeistern lassen. Das ist nicht ein Opfer für Deutschland, es ist die Aufopferung Deutschlands. — Aber noch ein Anderes! — Jene Grundrechte, die Errungenschaft der Revolution, welche zu Gunsten der Zügellosigkeit politischer Umtriebe die Sicherheit der öffentlichen Ordnung und damit das öffentliche Vertrauen und den Wohlstand zum Opfer bringen, welche den christlichen Eid und die christliche Eheschließung und die christliche Schule dem Volke entziehen, haben in dem Entwurf der deutschen Verfassung noch ihren breiten Sitz aufgeschlagen, während die revidirte preußische Verfassung durch Eure Vertreter beträchtlich von ihnen gereinigt ist. Die deutsche Verfassung, nach der ja (laut Art. 111) die preußische nachher abgeändert wird, macht also das ganze Werk Eurer Vertreter wieder zu nichte.

Gerade deshalb hat die Partei, welche von Anbeginn in ihrem deutschen Reich die Vernichtung Preußens und den religionslosen Staat wollte, es zu ihrem Programm gemacht, den Entwurf durch Einen Beschluß ohne alle Abänderung anzunehmen. Sie will höchstens eine nachträgliche Revision vorbehalten, von der es im voraus gewiß ist, daß sie uns keine Hülfe bringt, sowohl wegen § 194, welcher die Abänderung an zwei Drittel Stimmen in jedem Hause bindet, als auch selbst, wenn dieser § gestrichen würde, schon wegen jenes ungünstigen Stimmverhältnisses. Aber auch viele Wohlgesinnte haben sich diesem Programm angeschlossen, in der irrigen Meinung, daß doch nichts treuer und patriotischer sein könne, als anzunehmen, was unsere Regierung vorschlägt, ohne zu bedenken, daß unsere Regierung diese Verfassung eben so wie die vom 5. December im Drange der Zeiten gegeben hat, und daß darum Treue und Patriotismus des preußischen Volkes es heischen, sie nicht anzunehmen, bevor die Gewähr der Ordnung und die königliche Macht und alle die der Revolution geopferten Güter in ihr wieder hergestellt sind.

Das ist die Gefahr, die dem Vaterlande droht, es ist keine geringere als die von 1813. Darum scharet Euch zu den Wahlen für Erfurt. Laßt alles dahinten, was sonst Euch trennen mag, und seid einmüthig zur Rettung Preußens, zur Rettung Deutschlands. Wie das so schwierige Werk der Einigung und Verfassung Deutschlands am besten hinauszuführen, wie alle die gegeneinander laufenden Interessen und Aufgaben am besten zu versöhnen, darüber mögen die Ansichten immerhin auseinander gehen, darüber läßt sich auch ein Plan erst an Ort und Stelle durch Verständigung aller Wohlgesinnten fassen. Eins aber muß von vornherein feststehen, Eine Losung müßt Ihr von Euren Vertretern fordern: Einigung Deutschlands nicht auf dem Untergang Preußens, sondern gerade auf Preußens Selbstständigkeit und Preußens starkem Königthum und Preußens Heer, und Freiheit Deutschlands, nicht auf dem Boden der Revolution, sondern auf dem Boden des Rechts und der Gesetzlichkeit und des unzerbrochenen Bandes zu unsrer ruhmvollen Vergangenheit und der Pflege der alten christlichen Gottesfurcht.

In diesem Sinn wünschen die Unterzeichneten die Abgeordneten für Erfurt gewählt zu sehen, in diesem Sinne haben sie aus ihrer Mitte ein Wahl-Comitee gebildet und richten an Gleichgesinnte die Bitte, sich zur Erzielung guter Wahlen, namentlich zur Aufstellung geeigneter Kandidaten, die sie auf Erfordern namhaft machen werden, mit diesem Comitee unter der Adresse des mitunterzeichneten Grafen von Krassow (Leipziger Straße No. 104) oder O. G. Assessor Bindewald (Hirschelstraße No. 17) in Verbindung zu setzen.

Wo Zeit und Umstände es gestatten, wird sich die Bildung eigener Lokal- und Bezirks-Wahl-Comitees empfehlen.

Die jetzigen Mitglieder der hiesigen Kammern sind an der Annahme von Wahlen für Erfurt nicht behindert, da beide Versammlungen, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, gleichzeitig nicht tagen werden.

Berlin, den 10. Januar 1850.

Stahl. v. Gerlach. Graf Schlieffen. v. Kleist, Präsident a. D. v. Bethmann-Hollweg. v. Daniels. v. Schenckendorf. Uhden. v. Dewitz. Graf Voß. Hülsmann. v. Kleist-Retzow. Colsmann. Graf Krassow. v. Canitz. v. Kleist-Schweinitz. Graf Hochberg. Graf Schweinitz. Bindewald. v. Manteuffel. Graf v. Kanitz. Graf Eberhard zu Stolberg. Graf Wilh. zu Stolberg. Keller (Duisburg). Bieck. Wilke, Geh. Ober-Tribunals-Rath. v. Bismarck-Schönhausen.

Es wird nur der Hinweisung auf die an der Spitze stehenden Namen bedürfen, um diejenigen Conservativen, welche von der Erfurter Versammlung Nichts oder doch nichts Gutes erwarten und sich deshalb den Wahlen gegenüber lau verhalten oder ihnen gar den Rücken kehren wollen, zu thätiger Einwirkung und energischer Betheiligung zu veranlassen. Gerade die, welche Schlimmes von Erfurt besorgen, sollten in erhöhtem Maße dafür thätig sein, daß für Wahrheit und Recht dort kräftig gezeugt werde. Wo Männer, wie die genannten, das Banner der guten Sache entfalten, hat Niemand eine Entschuldigung für stilles Zusehen und ruhiges Gehenlassen. Legitimistischer Pessimismus ist nicht unsere Sache, und auf kampflose Siege sollten **wir** am wenigsten rechnen. Darum sei der Anschluß an das Programm und an das in dessen Gemäßheit gebildete Comitee Allen dringend empfohlen, welche Preußen und Deutschland der legalen wie der gewaltsamen Revolution nicht Preis geben wollen. (Neue Preuß. Zeitung 13. 1. 1850 No. 11.)

8. Der Tauschhandel Camphausen

soll, nach dem was über die Verhandlungen der Kommission der ersten Kammer verlautet, dem armen sich widerwillig abwendenden **Preußischen** Staate durch einen süßlichen Geschmack genießbar gemacht werden, den man der bittern Arznei zu geben versucht.

Man wagt nicht mehr die Behauptung in den Vordergrund zu stellen, daß der Katechismus des rechtgläubigen **französischen** constitutionellen Systems es schlechterdings verlange, **Preußen** solle und müsse, kostete es ihm auch das Leben, seine Existenz von Jahr zu Jahr dem geistreichen Spiele der Abstimmungen Preis geben: Aufstehn, Sitzenbleiben, — die Herren Schriftführer zweifelhaft, — Gegenprobe, — 167 gegen 163, — Namens-Aufruf, — die Herren Abgeordneten eilen in den Saal aus dem Zeitungs-Cabinet und dem Frühstücks-Zimmer, — Resultat: 176 gegen 174. Es ist doch am Ende möglich, daß das dumme Volk der „sehr kleinen aber sehr mächtigen Parthei der Kreuz-Zeitung“ glaubt, wenn diese täglich predigt, König und Vaterland sei noch etwas mehr werth als der hohe Genuß, ein so erhabnes Schauspiel von den Tribünen herab mit anzusehn oder in den Zeitungen zu lesen. Besonders die politisch so zurückgebliebenen östlichen Provinzen, die niemals unter **Napoleon** Freiheit studirt haben wie die „hochgebildete“ Rheinprovinz, scheinen diese schöne Errungenschaft gründlich satt zu haben und nach allen Symptomen fast schon in dem bedenklichen Stadium eines Widerwillens dagegen sich zu befinden.

Man sagt daher, es habe mit dem ganzen Artikel 108 so viel nicht auf sich. Erstlich sei er sehr dunkel, — dann sei ja die

Regierung wegen der Ausgaben doch jedenfalls an die Zustimmung der Kammern gebunden, — neue Geldbewilligungen hingen ohnehin von den Kammern ab, — die Verträge mit den Zollvereinsstaaten liefen nach einiger Zeit ab und es müsse dann doch auf die Kammern zurückgegangen werden, — endlich seien die doch jedenfalls nöthigen Reformen der bestehenden Steuern nur mit Zustimmung der Kammern möglich.

Beleuchten wir kürzlich diese Behauptungen, die bestimmt sind, den Kern der Frage zu verhüllen.

„Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fort erhoben und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden." Diese Worte des Art. 108 sind für eine kräftige Regierung, die mit gutem Gewissen fest auf ihrem Rechte (das zugleich ihre Pflicht ist) steht und deshalb ein treues Volk hinter sich hat, so deutlich, als sie sie nur wünschen kann, besonders seit die siegreichen Vertheidiger des Artikels 108 in der ersten Kammer jeden Staub der Unklarheit davon abgewischt haben.

Ueber die Staatsausgaben sagt die Verfassungs-Urkunde kein Wort weiter als im Artikel 98: daß „sie für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden müssen, und daß der Staatshaushalt jährlich durch ein Gesetz festgestellt werde." Zu einem Gesetze ist bekanntlich nichts wesentlicher als die Zustimmung der Regierung. Was geschehen soll, wenn kein solches Gesetz zu Stande kommt, davon sagt die Verfassungs-Urkunde nichts. Wir können keine Verlegenheiten absehn, die hieraus für eine energische, gerechte und sparsame Regierung entstehen könnten.[1])

Wenn neue Geldbewilligungen nöthig sind, wenn die Regierung diese Nothwendigkeit klar macht, und die Kammern sie dennoch verweigern, dann hat die Regierung fußend auf die durch Artikel 108 fundirten Einnahmen, welche die laufende Verwaltung sicher stellen, eine so feste Stellung inne, daß sie in derselben getrost und der treuen Hülfe des Preußenvolks gewiß das nahe und gerechte Gericht des Landes erwarten kann, dem die Kammern unfehlbar verfallen würden. Ganz anders, wenn die Regierung das Recht der Kammern, den Staat still zu stellen, als stets bereite und leicht bewegliche Hebel Ministerien aus dem Sattel zu heben, nach der afterconstitutionellen Schablone anerkannt hätte.

Der Ablauf endlich der Verträge mit den Zollvereinsstaaten und die nöthigen Reformen der Steuern machen allerdings ein Zurückgehen auf die Kammern nöthig. Aber es ist nicht bloß ein

[1]) Vgl. dazu die Aeußerungen des Ministerpräsidenten Bismarck in der Rede vom 27./1. 1863, Reden II 79 f.

großer, es ist ein entscheidender Unterschied, ob in solchen Fällen die Regierung sagen kann: „Genehmigt ihr meine Vorschläge nicht, so bleibt es beim Alten, und euch trifft die Verantwortung, daß wir das bessere Neue entbehren", — oder ob alsdann, wie die unerbittlichen Vorschriften einer Pariser charte vérité es erfordern, die Regierung der Theorie nach hart am Rande des unendlichen Raums im Weltall steht, in der Wirklichkeit aber von den 176 gegen 174 endgültig sich muß sagen lassen: „Steh' auf, damit ich Platz nehme."

Also: halte was du hast und laß dir niemand deine Krone rauben. Denn von der Krone, — von der Krone des Königs, — von nichts geringerem ist die Rede.

Zugleich wagt man die königliche Botschaft mit der Behauptung einer „gerade jetzt sehr lebendigen Ungunst des Volks gegen erbliche Vorrechte" anzugreifen. Man scheut sich nicht, hinter der mächtig fortschreitenden Zeit zurückbleibend, ganz naiv so zu reden, als wäre man, in diesem kalten Januar 1850, noch mitten in der tollen Hitze des Sommers 1848. Nicht gegen erbliche Vorrechte, welche die Basis alles Eigenthums, die Basis der Monarchie, die Basis aller Freiheit sind, empfindet das Volk Ungunst, wohl aber gegen die unleidliche, bis ins Lächerliche vervielfältigte Wählerei, mit der man es überschüttet und durch die man alle natürliche und eingelebte Verhältnisse von des Königs Thron bis hinab in die kleinste Dorfgemeine widernatürlich auflöst und als dürren Mechanismus wieder aufzubauen vergeblich versucht. Der 24. und der 31. d. M. werden nicht, ohne daß Preußen neue Erfahrungen macht, vorübergehen, und diese Erfahrungen werden auch der ferneren Entwickelung der Krisis zu Gute kommen, welche die königliche Botschaft nur beschleunigt, nicht herbeigeführt hat. Es ist schwer, auch nur zu denken, daß unsre Staatsmänner nicht sehen sollten, was nachgerade jeder sieht, daß der abnehmende Mond der in Frankreich bereits untergegangenen Staatsweisheit nicht lange mehr am Firmamente Deutschlands sein mattes Licht wird leuchten lassen. (Neue Preuß. Zeitung 23. 1. 1850 No. 19.)

9. Die Stellung des Herrn v. Radowitz

zur preußischen Regierung wird heute von dem ministeriellen Journal vertheidigt gegen die Angriffe, die man vom Standpunkte des „wahrhaft constitutionellen Staatsrechts" aus gegen dieselbe erhoben hat. Das Ministerium wäre vollkommen berechtigt, heißt es, den Rath der Männer zu hören, denen es vertraut, und denselben zu befolgen, wenn es dies zu verantworten gesonnen wäre.

Das finden wir entschieden richtig. Man müßte in Wahrheit den Staat für ein todtes Räderwerk, die Minister für Automaten

halten, wenn man nicht zugeben wollte, daß sie sich Raths erholen, und es möchte sehr fraglich sein, ob jene „ächt constitutionellen“ Eiferer auch dann noch an ihrer Theorie festhalten würden, wenn sie zu Assessoren des Staatsministeriums ernannt würden und als solche im Hotel Brandenburg Sitz und Stimme erhielten.

Also nicht, daß die Minister sich rathen lassen, kann man ihnen vorwerfen; wohl aber, daß sie noch heute den Rath des Mannes befolgen, der das Dreikönigsbündniß erfand und die „Reichsverfassung“ voll heppenheimscher Devisen und paulskirchlicher Mottos und der in den Berliner Kammern die Zukunft des 26. Mai pries; des Mannes, unter dessen Assistenz dann aus den drei Königen die Union eines Königs sich entwickelte, die Union des Königs von Preußen mit einigen kleinen Fürstenthümern, auf daß deren liberale Volksvertreter participirten an dem Regimente des Hohenzollern; des Mannes, der als „kräftiger Vertreter der deutschen Sache“ es dahin gebracht hat, daß Deutschland in nie dagewesener Verwirrung darniederliegt, und daß trotz der Siege unserer Armee im Sommer des vorigen Jahres Preußen heute eine einflußlose Stellung in Deutschland und Europa hat.

Solchem Rathgeber hat das Ministerium Folge geleistet; das ist's, was wir ihm aufs neue vorwerfen am Todestage des großen Königs. (Neue Preuß. Zeitung 18. 8. 1850 No. 190.)

10. Zur schwebenden Frage.

Wenn man die Spener'sche Zeitung und andere Blätter von verhüllter revolutionairer Tendenz liest und ihnen Glauben beimißt, so kommt man zu dem Grundsatz, daß keine Friedensbedingungen für Preußen sich erdenken ließen, die so vortheilhaft wären, daß nicht ein Krieg gegen Oesterreich und Rußland noch vortheilhafter sein sollte. Durch dies Uebermaß von Kriegslust verrathen jene Blätter und ihre Schreiber, daß es ihnen nicht darum zu thun ist, Preußen eine seiner würdige Stellung in Deutschland gesichert zu sehn, sondern darum, Preußen für die offene und verdeckte Revolution auf den Kampfplatz gegen das monarchische Europa zu treiben. Darin liegt der Unterschied unserer Stellung und der der Gothaischen Partei. So lange Preußen, dem schwarz-weißen Preußen, nicht die mit Oesterreich überall gleiche und vor allen übrigen bevorzugte Berechtigung in Deutschland durch klare und vollgültige Verträge gesichert ist, so lange wollen auch wir Krieg; die Gothaische Partei will Krieg, so lange noch in irgend einem deutschen Staate vor- oder nachmärzliche Revolutionsgelüste gegen die Fürsten durch preußische Waffen unterstützt werden können. Unsere Forderungen an Oesterreich, wenn Krieg vermieden werden soll, gehen dahin,

daß vor allen Dingen das Ehrgefühl des Preußischen Heeres nicht durch fernere rückgängige Bewegungen unsrer Truppen verletzt werde, daß der einseitige Bundestag auf Anerkennung verzichte, daß in freien Conferenzen, die aber nicht in Wien stattfinden können, zwischen Oesterreich und Preußen die vollste Gleichberechtigung dieser beiden Mächte unter sich, und ihre gleichmäßige Bevorrechtung in Deutschland vor den minder mächtigen Staaten, so wie das freie Unirungsrecht für jede der beiden Mächte, klar und in einer bestimmten, nicht zu langen Präclusivfrist festgestellt werde. Erreichen wir das nicht, dann muß auch unsre Partei mit dem Spruch unsrer Vorfahren rufen: — dat walde Gott un kold Isen! Der casus belli für die Partei Gotha liegt auf einem andern Gebiet; sie verlangt den Schutz des Preußischen Heeres für ihre politischen Glaubensgenossen in Hessen, Würtemberg, Sachsen und Holstein; aber lange genug haben unsre tapfern Krieger ihr Blut fremden, dem preußischen Geiste feindseligen Tendenzen fließen sehn; Preußen kann nicht länger sein eignes Interesse der Romantik eines irrenden Ritters für „unterdrückte" Völker und Völkchen opfern; es hat jetzt die Wahl, durch seine Mobilmachung allein mehr zu gewinnen, als ein glücklicher Feldzug oder eine glückliche Durchführung der Politik des 26. Mai ihm jemals bieten konnte, oder die ihm endlich und friedlich in den Schooß fallende Frucht jahrelanger Opfer von sich zu werfen und Gewinn oder Untergang von einem Kampf gegen Europa abhängig zu machen, den kein Soldatenherz scheuen wird, wenn es sein muß, dessen Ausgang aber in Gottes Hand steht, nicht bei uns.

(Neue Preuß. Zeitung 19. 11. 1850 No. 269.)

11.

— Die Erklärung der Rechten in der zweiten Kammer über den vom Präsidenten Graf Schwerin neulich gegen den Minister-Präsidenten ausgesprochenen Ordnungsruf, welche in der Sonnabends-Sitzung zur Sprache kam, aber nicht verlesen ward, lautet wie folgt:

In Erwägung, daß in der 58. Sitzung der zweiten Kammer vom 9. d. M. der Präsident Graf von Schwerin den Minister-Präsidenten, Frhrn. von Manteuffel, wegen einer von demselben in seiner amtlichen Eigenschaft gethanen Aeußerung zur Ordnung gerufen hat;

In Erwägung, daß der Präsident der Kammer die ihm als solchem zustehenden Befugnisse nur Namens der Kammer und insoweit sie ihm mittelst der Geschäftsordnung durch die Kammer übertragen sind, ausübt — der Kammer selbst wie jedem einzelnen

Mitgliede derselben mithin das Recht wie die Pflicht zusteht, die Aeußerungen der amtlichen Thätigkeit des Präsidenten zur Erörterung zu ziehen, da widrigenfalls in ihrem Stillschweigen eine Billigung und Genehmigung derselben erblickt werden könnte;

In Erwägung, daß, wenn der Art. 78 der Verfassungs-Urkunde den Kammern das Recht beilegt, ihren Geschäftsgang und ihre Disciplin ohne alle und jede Concurrenz und Zustimmung der Staats-Regierung festzustellen, anderseits die natürliche und sich von selbst verstehende Begränzung dieses Rechts in den Worten: „ihren Geschäftsgang“, „ihre Disciplin“ zu finden ist; — daß mithin, da die Staats-Regierung, resp. deren Mitglieder, als solche keine Bestandtheile der Kammer sind, den Letztern verfassungsmäßig auch nicht die Befugniß zusteht, auf die amtliche Thätigkeit der Staats-Regierung den Kammern gegenüber anwendbare Disciplinar-Vorschriften zu erlassen und durch das Organ ihres Präsidenten zu handhaben;

In Erwägung, daß es hiernach kaum noch des weiteren Nachweises bedürfen wird, daß die Annahme des Gegentheils in ihren sich von selbst ergebenden Folgerungen dahin führen könnte, den Mitgliedern der Staats-Regierung die Ausübung der ihnen nach Art. 60 der Verfassungs-Urkunde zustehenden Befugnisse thatsächlich im höchsten Maße zu erschweren;

In Erwägung, daß nach Allem diesem der Präsident, sofern er durch eine von der Ministerbank geschehene Aeußerung die Ordnung oder Würde des Hauses für beeinträchtigt hält, als Vertreter der Rechte desselben nicht über, sondern gegenüber dem betreffenden Mitgliede der Staats-Regierung steht, und nur von diesem Standpunkte aus die der Kammer gebührenden Rücksichten zu wahren hat;

In schließlicher Erwägung, daß, wenn auch im Widerspruche mit den verfassungsmäßigen Rechten der Räthe der Krone der Geschäftsordnung Anwendbarkeit zugestanden werden sollte, dieselbe dem Präsidenten das in Anspruch genommene Recht nicht einmal beilegt:

Aus diesen Gründen

halten die Unterzeichneten sich verpflichtet, zu erklären, daß dem Präsidenten der Kammer das Recht zum Ordnungsruf gegen die Minister Sr. Majestät, wenn sie als solche sprechen, nicht zustehe.

Berlin, den 11. April 1851.

Graf Arnim (Boitzenburg). v. Hiller. v. Prittwitz. v. Bismarck-Schönhausen. Frhr. v. Kleist-Schweinitz. Frhr. v. Zedlitz. Scherer. Bieck. Krahn. Jordan. v. Hanstein. v. Schenckendorf. Graf Zieten. v. Jagow (Wittenberg).

Schroeder. Graf Krassow. Graf Kanitz. v. Ramin. v. Werdeck. Weber. v. Röder. v. Bülow. v. Brauchitsch. v. Hagen. Meyer (Friedeberg). Graf Monts. v. Leipziger. Nöldechen. v. Schönfeldt (Delitzsch). Stettin. Nobiling. v. Durant. v. Hellermann. Keller. Plehn. v. Lavergne-Peguilhen. v. Arnim (Heinrichsdorf). Sack. v. Zychlinski. v. Hindenburg-Benkendorf. v. Bernuth. v. Burgsdorff. Ebert. Graf Stolberg. H. v. Ratibor. v. Klützow. v. Jagow (Kreuznach). v. Kleist (Nemitz). v. Schönfeldt (Kottbus). v. Meske. Klein. v. Wallenberg. Gamet. Böker. Leonhardt. Graf Renard. v. Gilgenheimb. v. Kleist-Retzow. Reck. Oppermann. v. Kleist (Moholz). v. Schlotheim. Graf Poninski. v. Münchhausen (Gardelegen). Heintze. Schönberger. v. Holleben. v. Holzbrink (Altena). Graf Strachwitz. v. Uechtritz. Bothe. Pelz. Hannemann. v. Reyher. Büchtemann. Kunkel. v. Arnim (Angermünde). v. Holleuffer. Dittmer. Gründler. Hirsch. Breithaupt (Wittstock). v. Münchhausen (Eckardtsberga). v. Schmidt (Konitz). Bormann. Trojan. v. Schleinitz. Falk. v. Kölichen. v. Bismarck (Briest). Ohm.

(Neue Preußische Zeitung 15. 4. 1851 No. 88.)

II.

1. Zur „schönen Kunstfigur“.

— Der Abgeordnete von Berg trägt die Hände jetzt nicht mehr in den Hosentaschen, wenn er die Tribüne betritt; er wird sich aber doch wieder dazu bequemen müssen, denn jetzt scheint er offenbar in Verlegenheit zu sein, wo er die Gliedmaßen lassen soll. Wir rathen ihm überhaupt, bei der ihm einmal natürlichen Rolle des „Komiker“ zu bleiben, da er in derselben entschieden mehr zu Hause ist, als auf dem Pferde der sittlichen Entrüstung und der vaterländischen Begeisterung, welches der „freie Bürger“ (-Caplan) bei seinem letzten Auftreten zu tummeln suchte. Dies edle Roß nimmt sich unter solchem Ritter kameelartig aus.

— In der Dienstags-Sitzung that Herr Dierschke wieder das Seinige, um klar zu machen, zu welchen Ergebnissen die Wahl nach der Kopfzahl führen kann. Zu der Heiterkeit der Rechten über seine Rede trug die Versicherung eines Landsmannes des Herrn D. nicht wenig bei, daß dieser in seinem Wahlkreise (Brieg) wirklich

noch der klügste unter den Demokraten, also das bei seiner Wahl erzielte Resultat ein verhältnißmäßig günstiges zu nennen sei. Uebrigens war die Haltung des Herrn D. auf der Tribüne diesmal fester, sein Auge klarer und seine Zunge weniger schwer als sonst. Er begründete das unbeschränkte Versammlungsrecht damit, daß es ja schon den Thieren von Natur zuständig sei. Allerdings sind viele Thiergattungen sehr gesellig, und manchen ist erst dann „recht kannibalisch wohl", wenn sie zu 500 bei einander sind.

— In der „Arche Noah" wurden am Dienstag beim Erscheinen eines ehemaligen Thierbändigers die verschiedenartigsten Töne, vom Zischen der Schlange bis zum Brüllen der Vierfüßler, so laut, daß Vater Noah selbst sich außer Stande befand, von seinem hohen Sitze her die Ruhe zu schaffen; die „stärkste seiner Künste", das Zeichen vor dem sie sich beugen, den schwarzen Hut, verschmähte er anzuwenden, obschon ein Schutzengel, der dem alten Dessauer etwas ähnlich sah, sich bemühte, ihm denselben von hinten, gleich einem Lichtauslöscher, aufzustülpen. Der alte Herr warf ihn entrüstet einem seiner Söhne zu, wir wissen nicht, ob es Sem oder Japhet war, begnügte sich, eine altersschwache Hyäne zur Ruhe zu weisen, und ein unterdrücktes Knurren dauerte fort, bis das Aergerniß verschwand. Manche Thiere können nichts Rothes sehen, ohne in Wuth zu gerathen; die in der „Arche" wiederum werden wüthend über alles, was nicht roth ist; darum sind auch, mit nicht genug zu rühmender Vorsicht, alle in ihrer unmittelbaren Nähe befindlichen Gegenstände mit rothem Tuch überzogen.

— Es muß für Herrn von Vincke in ruhigen Augenblicken, falls er deren seit der Abreise der Frankfurter Deputirten schon gehabt hat, sehr demüthigend sein, zu lesen, wie die Nationalzeitung ihn lobt, zu hören, wie die Linke ihm applaudirt. Zeitungszabel nennt die Rede des edeln Renegaten am vorigen Sonnabend ein „ergreifendes Ereigniß" und findet in ihr einen Shakespeareschen Humor des Schicksals. Die Shakespearesche Reminiscenz, die sich uns bei jener Rede zunächst aufdrängte, war „viel Lärm um nichts". Oder man könnte den Freiherrn vom Rechtsboden mit dem alten Polterer König Lear vergleichen, der das jüngste Kind seiner Liebe, die Partei Cordelia in Stadt London, schnöde verstieß, und sich seinen erstgebornen Töchtern, der blauen und der rothen, in die Arme warf, die sein „Gefolge" von 100, bald auf 50, respective 10 reducirten, und ihn selbst dahin brachten, daß der ehrliche Kent sagen mußte: „his wits begin to unsettle."

— In der zweiten Kammer hatten sich am Sonnabend 6 oder 8 Mitglieder aus dem Bummler-Parlament mitten zwischen das Junker-Parlament gesetzt, man weiß nicht, in welcher Absicht; es waren die Herren Wesendonck, Schneider, Schramm und andere

aus der Partei des gemäßigten Umsturzes. Sie haben aber am Montag ihre neuen Plätze wieder geräumt, sei es, daß sie in guter Gesellschaft sich verlegen fühlen, oder daß man ihnen eine preußische Kokarde gezeigt hatte. (Neue Preuß. Zeitung 26. 4. 1849 No. 96 S. 765.)

2.

Der Berliner Correspondent der „Deutschen Zeitung" will bemerkt haben, daß Herr v. Bismarck-Schönhausen bei der Rede des Herrn v. Radowitz dagesessen habe mit einem Gesicht, wie Einer, der versucht Witze zu machen, während er Zahnschmerzen hat. — Es scheint, dieser fein beobachtende Correspondent hat nichts als seine hohlen Zähne im Kopfe.

(Neue Preußische Zeitung 1. 9. 1849 No. 202 S. 1627.)

3.

— 25. Sept. Der Glanzpunkt der Debatte der zweiten Kammer über § 108 war ohne Zweifel die Rede des Grafen Arnim. Mit eleganter Sicherheit, anmuthig in der Form und doch scharf und tödtlich treffend war sein Wort, wie die schlanke, fein polirte Toledoklinge in der Hand eines Edelmannes aus der alten Schule. Bittersüß versuchte der Abgeordnete von Rosenberg zu lächeln, der Schmerz gekränkter Eitelkeit bleichte die Wangen, welche Crefeld vertreten, trotzig, ein Jago in der Schlußscene von Othello, warf sich Kühlwetter in die Brust, besorgt und nachdenklich stützte der Spinoza von Königsberg [Simson] sein Haupt mit der Hand. Mit höhnischem Lächeln sah Freund und Feind auf die schmerzlichen Zuckungen der Compagnons der Firma Piepmeier unter der Geißel einer unerbittlichen Logik, während der Graf mit sichrer Hand die Gothaer Wurst von einem Ende bis zum andern aufschnitt und auch dem Ungläubigsten bewies, daß sie nichts enthielt, als den Wind haltloser und widersprechender Phrasen. Vergebens war nach ihm der große Sophist von Königsberg [Simson] bemüht, das Messer rabbinischer Spitzfindigkeit in den wohlgefugten Panzer der Beweisführung seines Vorgängers zu bohren, vergebens griff auch dieser sonst nüchterne und klare Philosoph in den wirren Haufen des abgetragenen Phrasenplunders von Crefelder Manchester-Sammet, um mit den Fetzen die Blößen seiner Sache zu decken, in der verlegenen und verbissenen Haltung der Partei der legalen Steuerverweigerung blieb das Bewußtsein ausgeprägt: wir sind ad absurdum geführt, das ärgert uns, und nun grade stimmen wir für unsern Commissionsantrag. Der 17. und letzte Redner war Scheerer, um dessentwillen der Schluß von seiner Partei mehrmals hinausgeschoben war, und der die müde gewordene Discussion zu guter Letzt noch einmal er-

frischte, indem er mit gewandter Dialektik die gegnerischen Absurditäten nochmals auf die Schnur reihte. Am Anfange der Sitzung sprach Keller, anziehend und klug wie gewöhnlich, und in den H. H. v. Klützow und Breithaupt haben wir mit Vergnügen zwei neue gute Redner der Rechten kennen gelernt. Auch der Minister v. Manteuffel sprach sich mit Entschiedenheit über die Gefahren des Commissionsentwurfs aus; kurz, in der heutigen Debatte wie in der gestrigen stand die Aristokratie des Geistes entschieden auf Seite der Minorität. (Neue Preuß. Zeitung 27. 9. 1849 No. 223 S. 1804/5.)

4.

†§ Wir haben es niemals schwerer gefühlt als in den letzten Tagen, welch herbes Brot es ist, Ihr Berichterstatter in der Kammer zu sein. Vorgestern hielten wir die Präsidentenwahl ruhig aus, dreimal namentlichen Aufruf, 3 Zählungen, 3 Präsidialreden voller Bescheidenheit und captatio benevolentiae, wir fanden dabei nur zu der Bemerkung Anlaß, daß Graf Schwerin jetzt nicht mehr, wie in seiner ersten Inaugurationsrede, von starkem Königthum, sondern nur von Wahrung der Rechte des Volkes sprach. Uns konnte das nicht wundern, wir sahen die Rutschpartie voraus, und es ist uns lieb im Interesse des gutmüthigen Trägers eines glorreichen Namens, daß er nicht eine vierte Präsidialrede zu halten haben wird. Dies Alles hörten wir mit an, getragen von dem starken Pflichtgefühl eines Berichterstatters, dann aber sprach Herr v. Patow über das Telegraphengesetz; Sie kennen den Herrn, und wir dürfen daher auf Ihre Nachsicht rechnen, wenn wir frei gestehen, daß wir nach viertelstündigem Kampf mit der vis major der Langeweile unsern Posten verließen, voller Dank gegen das Schicksal, welches Herrn v. Patow selten auf der Tribüne erscheinen läßt. Wir glaubten gestern Entschädigung für unsere Standhaftigkeit zu finden; unsere Hoffnungen stiegen, als wir die Loge der kundigen Diplomatie und des Hofes überfüllt, und auf den andern Tribünen hübschere Damen als gewöhnlich erblickten; wir hatten Grund anzunehmen, daß wir ein Pracht-Exemplar aus dem Reichsblumengarten in bengalischem Phrasenfeuer sehn würden, da Herr v. Beckerath vier Sitzungen versäumt hatte, um sich gründlich vorzubereiten; aber fünf Viertelstunden lang nicht einmal Blumen-, sondern faden Weißkohl, politische Vorlesungen aus der Kölnischen Zeitung und aus diplomatischen Aktenstücken. Wir gähnten, die schönen Damen gähnten, selbst die mit schlechten Zähnen, der Hof gähnte und der General Wrangel, sogar Herr v. Prokesch gähnte unter den pomphaftesten Angriffen auf Oesterreich, Herr Simson gähnte verstohlen, nachdem er Duncker geweckt hatte, und wenn wir in das Parterre hinab-

blickten, so gähnten uns 100 dunkelrothe schwindelerregende Abgründe an, die Gräber mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände. Fünf Viertelstunden lang lag der Vater in der Wiege und fragte nach dem Weber seines Beckerstuhls,[1]) die Worte verloren ihren Zusammenhang vor unsern schlaftrunkenen Ohren, bis wir geweckt wurden durch die Steigerung der Stimme zum hohlen Ton der Beschwörung; die frische Luft einer Hoffnung auf Schluß wehte uns aus den Worten an: Minister im Staate Friedrichs des Großen, groß ist meine Frage, an Ihren Lippen hängt Deutschland, in banger Schwüle, Ihre Entscheidung erwartend über die weltgeschichtliche Frage, welche die Herzen des Volkes bewegt; groß ist die Frage, groß sei Ihre Antwort! So ungefähr schloß er, der Minister des Auswärtigen erhob sich, aller Augen richteten sich auf ihn, in gespanntem Schweigen begierig zu hören, wie die Würfel über Europas Zukunft fallen würden. Diese Spannung machte dem Gefühl allgemeiner Befriedigung Platz, als Herr v. Schleinitz erklärte, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über eine neue provisorische Centralgewalt noch schwebten und die Regierung fest bei dem Entschluß beharre, im Schoß des Verwaltungsrathes mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften dahin zu wirken, daß eine baldige Feststellung des Termins für die Reichswahlen angebahnt werde; einstweilen sei der Verwaltungsrath bei Ausarbeitung der Geschäftsordnung für den Reichstag thätig. — Nach dieser Erklärung verließen die Zuhörer, über die Geschicke Deutschlands vollständig beruhigt, die Tribüne, und Herr v. Beckerath ertheilte sich selbst den dankenden Händedruck im Namen Deutschlands.

(Neue Preußische Zeitung 9. 10. 1849 No. 234.)

5.

— Da die Beschlüsse der beiden hohen Kammern die öffentliche Aufmerksamkeit zu beschäftigen nicht geeignet sind, so interessirt es die Herren Urwähler vielleicht mehr, zu wissen, was ihre Vertreter gestern zu Ehren Sr. Majestät gegessen haben: es folgt der Küchenzettel: Soupe, Purée von Hühnern, Consommé à la jardinière mit Nocken, Salade de volaille, Caviar, Croquetts, Ragout fin en Coquille, Schinken in Burgunder mit glasirten Zwiebeln, Rinderfilet, glacé mit Kartoffeln, Zander mit Champignons-Sauce, frischer Lachs mit Sauce Rémoulade, Sauerkohl mit Ragout von Hasen, Schoten à la française mit Cotelettes, Salmi von Rebhühnern aux truffes, Bavaroise von Ananas, Mehlspeise à la Lyonnaise,

[1]) Anspielung auf Beckeraths Worte in der Sitzung des Vereinigten Landtags, 4. Juni 1847: „Meine Wiege stand am Webstuhl meines Vaters."

Wildbraten, Capaunbraten, Compots, Salades, Krammetsvögel, Baumkuchen, Dessert, Eis.

Es versteht sich, daß außerdem Blumenkohl, graue Erbsen und dergl. gewöhnliche Genüsse à discrétion gereicht wurden, auch Elenn aus Ostpreußen fehlte nicht, und konnten sich die Gäste während der Rede des Herrn Präsidenten der ersten Kammer überzeugen, daß dieses Thier wenig Genießbares liefert; grobfaserig und nüchtern, wie jeder hirschgerechte Jäger das längst wußte, während Unkundige annahmen, es sei gemeines filet de boeuf. Der Charakter der Versammlung war übrigens musikalisch, und um durch den Abstand würdigen zu können, wie schön die von einem Sängerchor vorgetragenen Quartetts waren, sangen die hohen Kammern wiederholentlich höchst selbst, mehr laut, als wohlklingend, dazwischen. Das Preußenlied wurde zweimal mit besonderer Vorliebe von Anfang bis zu Ende gesungen, gefolgt von dem Prinz Eugen, dem Dessauer und dem Hohenfriedberger Marsch. Die Musik schien sich durch Vermittelung einiger Flaschen Champagner unter dem reactionairen Einfluß einer schwarz-weißen Minorität zu befinden, denn bei dem Versuch der zahlreichen Anhänger des § 111 des „Deutschen Vaterland“ da capo auszuführen, wurde nur die erste Strophe dünn zu Ende gebracht. Schließlich war die Illumination in den Köpfen der Volksvertreter ebenso glänzend, wie auf der Straße. Dem Quartettlied „Des Jägers Abschied“ folgte der allgemeine Ruf nach Herrn Bornemann, der sich indessen entfernt zu haben schien, vielleicht um zu Hause vergleichende Versuche im Hammel- gegen den so eben genossenen Wildbraten anzustellen.

(Neue Preußische Zeitung 17. 10. 1849 No. 241 B. Z.)

6.

— Lieber demokratische Stricke, lieber einsame Haft, ja lieber noch Winzler hören, als die wässerigen Producte von Ratibor. Wer ist Winzler? höre ich Sie, der Sie nicht selbst in die Kammer zu gehen brauchen, bestürzt fragen. Das will ich Ihnen sagen. Es ist ein Kleinkrämer aus irgend einer kleinen Stadt in der Niederlausitz, nur dadurch merkwürdig, daß er mit dem Minister v. Manteuffel in Einem Wahlkreise gewählt ist, der aber mit kleinstädtischer Dreistigkeit, er mag etwas von der Sache verstehen oder nicht, zum Schrecken seiner Zuhörer, aber vielleicht zur Freude der Bewohner von Vetschau oder Dobrilugk, das Wort ergreift und in einer Verwechselung, die wir ihm verzeihen, zur hohen Kammer so unbefangen spricht, als hätte er eine Sonntagsversammlung von Eingeborenen des Spreewaldes vor sich. Auf dieser Verwechselung beruht es vermuthlich auch, wenn dieser ehrenwerthe Lusate, der sich

erinnert, vor den Schustern von Kalau niemals ohne donnernden Beifall gesprochen zu haben, mit den Stenographen darüber rechtet, wo zum T— in dem Bericht die stürmischen Bravo's geblieben seien, die er bei seiner Rede von allen Seiten der Kammer gehört habe.

— Es waren ja wohl 300 Füchse, die jener große Simson, der Wrangel von Judäa, mit Feuerbränden zwischen den zusammengezogenen Schwänzen in die Felder der Philister schickte. Dem modernen Simson war es nur mit 38 Mielentz-Constitutionellen gelungen, sie einzufangen und gegen die ministeriellen Weizenfelder loszulassen. Sogar Alfred der Constitutionelle wurde zur treulosen Delila an seinem Herrn und Meister, wahrscheinlich in Erinnerung an den heimischen Empfang jener ostpreußischen Abgeordneten, welche auf dem Vereinigten Landtag Curtius gespielt haben, indem sie die ganze Ostbahn in den gähnenden Schlund ihres Constitutionalismus warfen. Der starke Sohn Manoah's begrub sich und seine Feinde unter dem Bau, welchen er einriß; möge daher der moderne Schüler Spinoza's, wenn er an den Säulen, die das Staatsgebäude stützen, zu rütteln fortfahren will, mit uns seinem Schöpfer danken, daß er mit seinem biblischen Ahnherrn in diesem Unternehmen nichts gemein hat, als die Blindheit.

(Neue Preußische Zeitung 8. 11. 1849 No. 260 B. Z.)

7.

— Die von uns vorgestern besprochenen unglücklichen Versuche in der zweiten Kammer, den 18fachen Betrag der Renten-Ablösung zu vertheidigen, hat der Herr Finanzminister durch den allerunglücklichsten vermehrt, indem er, um darzuthun, daß 18 Thlr. ein hinreichendes Aequivalent für 1 Thlr. Rente sei, den abzufindenden Berechtigten den Rath ertheilte, mit dem Ablösungskapital vortheilhafte Ankäufe von Grundstücken zu machen und dann ihr Einkommen durch einen lucrativen Betrieb des landwirthschaftlichen Gewerbes zu steigern. Es ist allerdings oft vorgekommen, daß Güterspekulanten durch vortheilhafte Ankäufe ihr Vermögen verdoppelt und vervierfacht haben, und manche Gewerbe sind noch viel lucrativer, als das der Landwirthschaft. Mit Rücksicht darauf hätte der Herr Minister der rentberechtigten Reaction allenfalls noch viel tiefer ins Fleisch schneiden können; oder es ließe sich auf diese Anschauung eine vortheilhafte Finanzoperation basiren, indem man den Kapitalisten im Wege der Expropriation zum öffentlichen Besten 28 Procent ihres Vermögens nimmt und sie durch den guten Rath entschädigt, den Ueberrest durch Speculation und Gewerbebetrieb höher zu nutzen. Vorausgesetzt, daß sich der Herr Finanzminister

mit dem Cultusministerium über den Gewerbebetrieb der Pfarren und Kirchen verständigt hat, so bietet die Industrie allerdings ein reiches Feld zur Anweisung von Entschädigungen für Expropriationen jeder Art. Trotz dieser überzeugenden Beweisführung durch den Finanzminister fanden sich doch in der jetzigen Kammer nur 77 Mitglieder, die soweit links stehen, daß sie mit dem Ministerium stimmen konnten, alle übrigen gehörten zur reactionären Opposition, unter Leitung desselben Herrn v. Patow, welcher das Promemoria des Herrn Hansemann unterzeichnete, der früher verabschiedet wurde, weil er zu weit links, und jetzt nicht wieder angestellt werden kann, weil er zu weit rechts geht. (Variation über ein Thema aus: „la gazza ladra.") (Neue Preußische Zeitung 4. 12. 1849 No. 282.)

8.

† Wir machen unseren politischen Freund Herrn v. Kleist-Retzow auf ein in unserm heutigen Blatte befindliches Inserat aufmerksam, und knüpfen daran die mahnende Frage, wie er es vor der Nachwelt zu verantworten gedenkt, wenn nach 30 Jahren in der Kammerwelt (nach 30 Jahren noch Kammern??? sehr sanguinisch-constitutionelle Anschauung. Anmerk. des Zusch.) wieder ein Bismarck-Schönhausen auftaucht, und kein Kleist-Retzow dabei ist. Eheu fugaces, Posthume Posthume, labuntur anni!

Das Inserat lautet:

Die gestern Nachmittag erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Johanna, geb. v. Puttkamer, von einem gesunden Sohne zeige ich ergebenst an.

Berlin, 29. Dec. 1849. v. Bismarck-Schönhausen.

(Neue Preußische Zeitung 30. 12. 1849 No. 303 B. Z.)

9.

† Wir sind autorisirt, diejenigen Aeußerungen, welche mehre Zeitungen dem Herrn v. Bismarck-Schönhausen, bei Gelegenheit seiner Wahl nach Erfurt, in den Mund gelegt haben, für unrichtig zu erklären. Namentlich hat Hr. v. B. nicht erklärt, daß er dahin wirken wolle, daß in Erfurt überhaupt nichts zu Stande komme, noch weniger hat derselbe die Uebereinstimmung irgend welcher hochgestellter Personen mit seinen Ansichten auch nur entfernt angedeutet. Wir erhalten auf diesem Wege auch die Bestätigung unsres schon vor mehreren Tagen gefällten Urtheils über die komische Absurdidät einer Erzählung der Augsburger Zeitung in Bezug auf einen Wahlpuff. Die Brandenburger Bevölkerung ist hinreichend preußisch gesinnt, um keiner ungewöhnlichen Reizmittel ihrer schwarzweißen

Sympathien zu bedürfen. Zur Notiz für die mit Preußischen Verhältnissen wohl nicht mehr in gleichem Maße wie früher vertraute Augsburgerin bemerken wir noch, daß die Stellung eines Conrectors in Preußen eine zwar achtbare, aber doch nicht übermäßig hohe ist, und daß 2 Stimmen unter fast 200 einem Concurrenten gerade nicht den Charakter eines „gefährlichen" verleihen, zwei Preußen flößen hier zu Lande ihren Gegnern nicht so viel Besorgniß ein, wie etwa in der bairischen Pfalz.

(Neue Preußische Zeitung 16. 2. 1850 No. 38 B. Z.)

10.

— Man erzählt sich, daß der Präsident des Staatenhauses in der letzten Sitzung den Grafen Dyhrn „wegen seiner körperlichen Erscheinung" zur Ordnung gerufen habe. Der Herr Präsident liebt schlanke und elegante „körperliche Erscheinungen" in zugeknöpften Leibröcken nicht nur im Spiegel, sondern auch im Parlament zu sehen und soll finden, daß der Verein Dyhrn die Gränzen parlamentarischen Embonpoints auf eine ordnungswidrige Weise zu überschreiten anfängt.

— Einer der preußischen Abgeordneten, welcher vor Kurzem auf der Tribüne in Erfurt die schwarzrothgoldnen Farben angriff, hat von Leipzig aus unter der Bezeichnung eines „als unverkäuflich zurückgesetzten Meß-Artikels" eine Rolle von 50 Ellen schönen, neuen schwarzrothgoldnen Bandes geschickt erhalten. Der Empfänger soll sich in großer Verlegenheit über die zweckmäßige Verwendung dieses Geschenkes befinden. (Neue Preuß. Zeitung 30. 4. 1850 No. 97 B. Z.)

11.

— (Eingesandt.) Schönhausen, 6. Octbr. Aus Ihrem Zuschauer ersehe ich in meiner ländlichen Einsamkeit, wie sich die Kölner Zeitung schreiben läßt, daß ich einen Giftmischer suche.[1]) Da

[1]) Neue Preußische Zeitung 4. 10. 1850 No. 230:

† — Die Kölnische Zeitung meldet in Nr. 225 de dato Berlin vom 29. folgende grauliche Räuber- und Mordgeschichte:

„Die Herren Kreuzritter scheinen ihre Haltung noch nicht ganz wieder erlangt zu haben und begehen Ungeschicklichkeiten in ihrem Grimme. So äußerte neulich Bismarck-Schönhausen in zahlreicher Umgebung: daß ihm jetzt ein Giftmischer fehle. Kleist-Retzow saß daneben und schwieg! Der Scherz wird seine ärgerliche Seite haben!"

Tante Brüggemann und Onkel Dumont jrault es bereits vor der Aqua Toffana, die uns die reiche Erbschaft verschaffen soll. Ja, ja — —

Sie hat die Jungen,
Sie hat die Jungen
Mit einer Jabel umgebrungen!

ich in Folge dessen fürchten muß, von Lesern des rheinischen Blattes mit unfrankirten Anstellungsgesuchen überhäuft zu werden, so erkläre ich, daß ich einen derartigen Wunsch, selbst im Scherz, neuerdings nicht ausgesprochen habe. Auch bin ich seit Vertagung der Kammern nicht mit Herrn v. Kleist-Retzow in einer „zahlreichen Gesellschaft" gewesen, und sind mir überhaupt in den letzten Monaten nur solche „zahlreiche Gesellschaften" vor Augen gekommen, deren Mitglieder mir zu tief in der Wolle und, wie ich mir schmeichle, in ziemlich feiner, zu sitzen scheinen, als daß ich bisher von ihnen erwarten konnte, sie würden sich zu Correspondenten eines demokratischen Blattes hergeben.

Zur Beruhigung der Kölner Redaction und Aller, die es sonst angeht, versichere ich ausdrücklich, daß ich mich augenblicklich in der eben so seltenen als angenehmen Lage befinde, Niemand vergiften zu wollen, namentlich seit unter meinen dermaligen politischen Gegnern die Neigung zum Selbstmorde eine befriedigende Verbreitung findet. Sonst könnte die Kölner Zeitung, wenn sie es nicht ohnehin wüßte, sich aus ihren eigenen Correspondenz-Artikeln überzeugen, daß ein Giftmischer heut zu Tage dem, der ihn verwenden will, weniger als jemals fehlt. Der Verfasser jener Notiz ist wahrscheinlich derselbe Geschäftsreisende, welcher mir in diesem Sommer im Coupé erzählte, daß er vor zwei Tagen in Leipzig mit Herrn von Bismarck-Schönhausen gegessen habe, und meinen bescheidenen Zweifel an der Möglichkeit dieses Factums mit der Versicherung niederschlug, daß er Herrn v. B. sehr genau kenne und selbst über das Erfurter Parlament mit ihm gesprochen habe. Ich vermuthete gleich in diesem Herrn einen Correspondenten der Kölnischen Zeitung. v. Bismarck.

(Neue Preußische Zeitung 10. 10. 1850 No. 235.)

12.

Zeitungsartikel in gegnerischen Blättern veranlassen mich zu erklären, daß mir bei der in der Kammersitzung vom 3. c. gethanen Aeußerung, daß ich „für beide Parteien in Hessen keinen Schuß Pulver verbrennen wolle", nicht der Minister Hassenpflug als die eine dieser Parteien vorgeschwebt hat. Ich schreibe diesem Staatsmanne zwar politische Fehler zu, habe aber keine Veranlassung, geringschätzig von ihm zu sprechen oder zu denken.

v. Bismarck-Schönhausen.

(Neue Preußische Zeitung 6. 12. 1850 No. 284.)

13.

— Der Abgeordnete Winzler, welcher bekanntlich, um allen Parteien aufrichtig zu dienen, mit großer Charakterfestigkeit rechts sitzt und links stimmt, äußerte letzthin freudig bewegt, daß man bei

den namentlichen Abstimmungen in der besseren Einprägung des Alphabets, dessen Reihefolge genau beobachtet werde, stets Fortschritte mache.

— Wie wir hören, war der von der zweiten Kammer abgewiesene Antrag des Abgeordneten v. Vincke zu Gunsten des ausgewiesenen Schriftstellers Hoffmann [vgl. Reden I 286] thatsächlich vollkommen überflüssig und daher um so mehr eine bloße Demonstration gegen die Regierung, weil bereits, auf Grund eines directen Anschreibens des &c. Hoffmann an das Staatsministerium, von diesem selbst alle erforderlichen Schritte geschehen sind, um seiner Beschwerde durch Rücknahme der Ausweisung Abhülfe zu schaffen.

(Neue Preußische Zeitung 11. 2. 1851 No. 34 B. Z.)

14.

— Der Abgeordnete Beseler fragte in der letzten Kammer-Sitzung (Sonnabend) bei Berathung einer Petition, „ob nicht über die Existenz des ihm unbekannten pommerschen Communal-Landtages Auskunft ertheilt werden könnte.“ Der Herr Professor würde sich diese Doktorfrage selbst sehr leicht haben beantworten können, wenn er den von ihm als Gesetzgeber mit berathenen Artikel 69 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März vorigen Jahres gelesen hätte, welcher wörtlich lautet: „Die bisherigen communal-landständischen Einrichtungen bleiben in Wirksamkeit, so lange dieselben nicht durch besondere gesetzliche Bestimmungen anderweitig geregelt sind. Bis dahin haben die Mitglieder der Communal-Landtage und der von denselben gewählten Commissionen ihre Functionen fortzusetzen. Auch können Ersatzwahlen stattfinden.“ Es ist eine eigenthümliche Consequenz der „eigentlich constitutionellen“ Phraseologen, welche den „Rechtsstaat und die Gesetzlichkeit“ so gern im Munde führen, daß sie diejenigen Rechtsverhältnisse und gesetzlichen Einrichtungen, welche nicht zu ihren Lieblings-Ideen, z. B. Beseitigung aller wohlbegründeten provinziellen Eigenthümlichkeiten, oder Schutz eines ausgewiesenen fremden litterarischen Wühlers, passen, ängstlich ignoriren oder keck in Frage stellen!

(Neue Preußische Zeitung 12. 2. 1851 No. 35 B. Z.)

15.

— Die zweite Kammer hat gestern wieder einmal bewiesen, wie unberechtigt eine solche Versammlung ist, über die Einzelheiten des Staatshaushaltes zu urtheilen. 15000 Thlr. für diplomatische Couriere erscheinen ihr zu viel, während andre Großmächte das Zehnfache dafür ausgeben; müssen in einem Jahre zufällig 10 Couriere, unter Benutzung von Extrazügen, nach Petersburg und

zurück, so sind 15000 Thlr. verbraucht. Ohne Geld kann keine Diplomatie etwas leisten, und wenn unsre wichtigsten Depeschen mit gelegentlicher Benutzung auswärtiger Couriere befördert werden sollen, so hat das doch seine Bedenken.

(Neue Preußische Zeitung 8. 3. 1851 No. 56 B. Z.)

16.

— Der Kaiman von Königsberg [Professor Schubert], durch geheime Fonds großgesäugt, verleugnet seine alma mater und tritt gegen die eigene Amme in die Schranken. Doch ist solch Gebahren bei der Natur aller Reptilien weniger unbegreiflich, als daß ein berühmter deutscher Statistiker seine Vorträge in einem Patois hält, welches es allen seinen Collegen unmöglich macht, die Gegend Deutschlands zu errathen, in welcher diese Mundart, wenn auch nicht gesprochen, denn dies ist nur einer Amphibie möglich, so doch verstanden wird. Wir bitten den vielleicht mehr statistisch als sprachlich gebildeten Redner, aus den ihm zu Gebote stehenden Tabellen uns die gewünschte Aufklärung über die Himmelsgegend geben zu wollen, in welcher sein kindlicher Mund die ersten Laute lernte, inzwischen aber einen deutschen Sprachlehrer in Nahrung setzen zu wollen, damit uns das Glück werde, in Zukunft seine Vorträge zu verstehen.

— Der Abgeordnete zur zweiten Kammer, Professor Schubert aus Königsberg, konnte in der gestrigen Sitzung als Sachverständiger über die geheimen Fonds reden, denn als Redacteur der „Allgemeinen Königsberger Zeitung“ empfing er früher, um ministeriell zu sein, aus geheimen Fonds für seine Person eine vierteljährliche Subvention von 800 Thalern, also jährlich 3200 Thaler. Daß dies zu viel ist, darin geben wir dem ebenso gelehrten als billigen Abgeordneten vollkommen Recht.

(Neue Preußische Zeitung 12. 3. 1851 No. 59 B. Z.)

17.

— Die Linke der Kammer hat sich gestern überzeugt, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, als Gegner der Armee offen aufzutreten, und daß es klüger sei sogar, die Regierung nicht anzugreifen, wenn es nicht geschehen könne, ohne die Armee zu verletzen. Herr v. Auerswald war in diesem Falle erkoren, heute die Rolle des Organs des gesunden Menschenverstandes zu spielen, und wir können ihm die Versicherung ertheilen, daß ihm das viel besser steht, als sein sonstiges Auftreten. Die Reduction der Armee-Gehälter wurde von der Kammer fast einstimmig abgelehnt. Unter den 5 oder 6 Gegnern des Preußischen Heeres befand sich der Geh. Rath Kette aus dem landwirthschaftlichen Ministerium und

der Schulz Wunder aus Borntuchen, Abgeordneter einer durchaus conservativ und soldatisch gesinnten Bevölkerung eines hinterpommerschen Wahlkreises, der seinen Wählern schwerlich einen Gefallen damit thun wird, daß er sich von den maßlosesten Gegnern des Königs und der Regierung hat einfangen und leiten lassen.

(Neue Preußische Zeitung 14. 3. 1851 No. 61 B. Z.)

18.

— Es ist ein wahres Glück für die zweite Kammer und die Berichterstatter, daß es keinen zweiten „Spinoza von Königsberg" [Simson] in ihr giebt, der am Schluß der Sitzungen in selbstgefälliger Breite Discussionen über die Geschäftsordnung anfängt, welche keinen andern Zweck zu haben scheinen, als eine zierliche Seiltänzerei von fein gedrechselten Worten von den Zuhörern bewundern zu lassen, welche den Redner etwa noch nicht gehört haben. Gestern war das gelehrte Mitglied noch um 4 Uhr bemüht, dem Herrn v. Bismarck in längerer Rede zur Geschäftsordnung „einen Punkt aufs i" zu setzen, und schien es schmerzlich zu empfinden, daß sein Gegner sich zu so vorgerückter Stunde auf einen Streit über „Interpunctationen" nicht mehr einlassen wollte. [Vgl. Reden I 389 f.]

— Bezeichnend für die politischen Auffassungen der Oppositionspartei ist die Wichtigkeit, welche von ihr den dramatischen Verzierungen der Kammerdebatten beigelegt wird. Nicht genug, daß die „claque" und die „cabale" systematisch organisirt sind; die Großwürdenträger der Partei selbst sind mit der Executive in dieser Angelegenheit betraut, namentlich die Herren v. Vincke und Winzler; die „Bravo" bei linken Rednern mit gedehnter Betonung der ersten Sylbe rühren von Winzler her, wogegen Herr v. Vincke die in sein Departement fallenden „Hört, hört", „Sehr richtig", sowie Zeichen von Hohn oder Heiterkeit und Murren in selten unterbrochener Folge und reichem Wechsel ertönen läßt, ohne jemals die anmuthige Grazie der Stellung aufzugeben, welche die Zuschauer auf der Tribüne bewundern in einer durch weiches Zusammensinken der obern Körpertheile bedingten plastischen Verkürzung derselben bis zur Herstellung einer dem Auge wohlthuenden fleischigen Abrundung des Gesammtumrisses. (Neue Preuß. Zeitung 22. 3. 1851 No. 68 B. Z.)

19.

— Herr Simson hat in der heutigen Sitzung erklärt, daß heutzutage Niemand viel halte von den Begriffen, deren Bezeichnung mit „thum" endige. Daß Simson ein Gegner des Philisterthums sein muß, wie er dies Beispiel denn mit sichtlicher Vorliebe erwähnte,. war für Niemand überraschend. Dagegen hat uns diese

Aeußerung einen Aufschluß darüber gewährt, wie dieser Philosoph, der stets logisch denkt und besonnen spricht, über das Königthum, das Christenthum, das Judenthum gesonnen ist. Wir haben geglaubt, daß er wenigstens für eine der beiden genannten Religionen eine Vorliebe werde bewahrt haben, und dem Königthum hat er bisher offen nicht abgesagt. (Neue Preußische Zeitung 9. 4. 1851 No. 83 B. Z.)

20.

— Ein starker Reactionair! Bei einem Gastmahl in Alt-Ruppin äußerte neulich ein Offizier der jetzt in dortiger Gegend stehenden Blücherschen Husaren: „Es wird nicht eher besser bei uns, als bis v. Kleist-Retzow und v. Bismarck-Schönhausen auf der Linken sitzen." — (Neue Preußische Zeitung 10. 4. 1851 No. 84 B. Z.)

21.

—? Die Linke der zweiten Kammer hat, um möglichst lange im Besitz der Tribüne und der Diäten zu bleiben, den Beschluß gefaßt, die Verhandlungen auf jede mögliche Weise in die Länge zu ziehen. Mittel dazu sind Anträge auf namentliche Abstimmungen und lange Reden. Die Letzteren zu halten, hat Herr v. Vincke übernommen. Wir haben geglaubt, daß er sich dieser Aufgabe mit mehr Geschick entledigen würde; der zungengewandte Redner spricht zwar lange, aber wir hätten geglaubt, daß selbst die wenigen Gründe, welche die Brocken in der dünnen Brühe bilden, sich mit mehr Geist und auf eine ansprechendere Weise breittreten ließen, als es dem Referenten für das Disciplinargesetz möglich zu sein scheint. Wenn derselbe aber für den müden Droschkengaul in sandigem Wege, an den seine gezwungene Redseligkeit erinnert, in gereizter Weise die Aufmerksamkeit der Kammer verlangt, so verbieten uns die Gesetze über Injurien, dieses Maß von Selbstüberschätzung unumwunden zu charakterisiren. So weit haben uns dreijährige Kammerverhandlungen wenigstens geholfen, daß geläufige Worte, Grobheiten und anspruchsvolle Betonung nichtssagender Phrasen höchstens noch den Redner selbst über die Leerheit seines Vortrages täuschen. Herr v. Vincke verzichtet nie auf das Wort als Referent und erreicht dadurch eine von Tage zu Tage ausgedehntere Verzichtleistung der Kammermitglieder auf das Zuhören, so daß er mehr und mehr der Kategorie Beckerath verfällt und täglich der Vermittelung des Präsidenten bedarf, um sich nothdürftig Ruhe vor den Privat-Conversationen seiner unaufmerksamen Collegen zu verschaffen.

(Neue Preußische Zeitung 1. 5. 1851 No. 100.)

9.

Entwurf zu einer Rede des Abg. v. Bismarck-Schönhausen über die Vergütung von Wildschaden.

Von Dr. Horst Kohl (Chemnitz).

Das im Folgenden mitgetheilte Fragment einer Rede fand ich bei der Durchsicht älterer Schönhausener Papiere. Es stammt, wie die Bezugnahme auf eine Debatte vom 17. Mai 1847 (s. Reden I 9) ergiebt, aus der Zeit des Vereinigten Landtags. In den öffentlichen Sitzungen hat Herr v. Bismarck eine Rede über Vergütung von Wildschaden nicht gehalten; nicht unmöglich aber wäre es, daß er sich in der Commission über den Gegenstand geäußert hätte. Den Gedankengang der beabsichtigten Aeußerung lernen wir aus der Niederschrift kennen:

Die heutige Gesetzgebung über die Vergütung von Wildschaden leidet an Mängeln, deren Abhülfe nicht dringend genug empfohlen werden kann. Der Grundsatz ist anerkannt; aber seiner Ausführung stellen sich in der Praxis oft unübersteigliche Hindernisse entgegen, die theils in der Schwerfälligkeit der Formen begründet sind, an welche die Ermittelung und Liquidation geknüpft ist, theils in der Einwirkung, welche den Forstbeamten auf das Verfahren gestattet wird. Privatjagdbesitzer sind in der Regel, besonders wenn sie ihre Jagd selbst ausüben, billiger, während der Forstfiscus hier, wie das überhaupt eine bedauerliche Eigenthümlichkeit dieser Behörde bei uns ist, fest an dem unerbittlichen Buchstaben des Rechtes hält. Ich trete daher auf das Entschiedenste dem zweiten Antrage der Abtheilung dahin bei, daß [die][1]) Liquidation erleichtert und den Forstbeamten nur die Einwirkung darauf gestattet werde, wie sie einer Partei als solcher zukommt.

Ein andrer Antrag ist der auf Ablösbarkeit der Jagden; dabei handelt es sich um Expropriation wohlerworbener Rechte wider den Willen des Berechtigten, ein Weg, der, wenn man ihn determinirt einschlägt, sehr weit führen kann, indem man mir mein Grundstück gegen Taxe abnehmen kann. Communismus, der privatives Eigenthum nicht mehr anerkennt, sondern es nach Staatsrücksichten

[1]) Die in [ ] gesetzten Worte sind vom Herausgeber ergänzt.

vertheilt. Es giebt Werthe, die in Gelde nicht ausgedrückt werden. Mühle von Sanssouci für ihren Besitzer — Paradepferd. Die Jagd hat für Viele ähnlichen unschätzbaren Werth, [es giebt] Verpachtungen für 500 Thlr., wo nicht für 50 Thlr. Wild geschossen wird. Wer ersetzt dem Verpächter diese Einnahmen, wenn die Jagd aufhört, und wenn ihm nur der Wildwerth entschädigt wird, so ist sein Gut um so viel schlechter. Wenn die Gerechtigkeit nicht anders hergestellt werden könnte als durch Expropriation, so glaube ich, daß die Klasse unsrer Mitbürger, welcher sie meist angehören, vor dem Opfer nicht zurückschrecken würden, denn es sind durchschnittlich dieselben, die, wenn ich einer mir in diesem Saale gewordenen Belehrung glauben darf, 1813 aus dem uneigennützigen Enthusiasmus über die Abschaffung ihrer eignen Vorrechte durch die Steinsche Gesetzgebung von 1810 zu Felde zogen. Da aber der Zweck der Expropriation, die Klaglosstellung der Beschädigten, durch Vergütung des Wildschadens zu erreichen ist, so glaube ich, man muß diesen Weg versuchen und zwar aufrichtiger als bisher versuchen, ehe man zu dem gewaltsamen Mittel der Expropriation schreitet. Würden die Jagden abgelöst, so sind zwei Alternativen denkbar; 1) rheinische Beraubung des Einzelnen, jetzt Berechtigten zu Gunsten der Gemeinde. 2) Frankreich: Todesurtheil der Jagd, Nordfrankreich; selten, daß die Erscheinung eines Hasen die Bevölkerung in Aufregung setzt, kaum Wachteln und Kaninchen. Kein Wild, kein Jäger, viel Wölfe, trotzdem charte vérité; Deutschland [ist] von diesem constitutionellen Institut der Wölfe durch die feudale Jägerei längst frei. Schwächung der Nationalproduction.

Auf einem besondern Blatte finden sich folgende Stichworte verzeichnet:

Heutige Gesetzgebung — Grundsatz anerkannt. — Ausführung erschwert. — Einwirkung der Förster — privative billig fiscus unerbittlicher Buchstabe. Antrag auf Erleichterung, Förster Parthei. Expropriation führt weit, wenn nicht vorsichtiger Gebrauch, Taxe für Haus meiner Väter — Communismus privatives Eigenthum. Unschätzbare Werthe — Sanssouci — Manchen von uns Aufenthalt verleidet, wenn unnöthiger Weise in Privatrechte eingegriffen wird. Verpachtung zu 500 — 50.

Wenn die Gerechtigkeit nicht anders hergestellt werden könnte — 1813, aber Zweck der Expropriation, Klaglosstellung — Wildschäden erkennbar, taxirbar, wenn man nur ernstlich[er] will als bisher, zeigt sich am Rhein, man kann es versuchen, ehe man zur Beraubung schreitet. Folgen der Expropriation: 1. Rheinisch, Gemeinde; 2. Französisch: Todesurtheil. Wölfe. Nationalproduction. Deutsche Küche.

10.

Die Emser Depesche.[1])

Von Oberlehrer Georg Rathlef (Dorpat).

Die Erinnerungstage des Jahres 1895 mußten die Blicke auch auf den Ursprung des Krieges von 1870 zurücklenken. Bei der Erwägung über die Entstehung desselben kann die „Emser Depesche" nicht umgangen werden, und wiederholt ist man denn auch im vorigen Jahre auf sie zurückgekommen. Auch hier soll eine Beurtheilung versucht werden.

Den Anlaß für den Ausbruch des Krieges und die Abfassung der Depesche gab die Hohenzollernsche Candidatur. Diese ist durch die Aufzeichnungen aus dem Leben König Karls von Rumänien in ein neues Licht gerückt. Ich muß für diese Fragen auf die Ausführungen Sybels, Delbrücks und Erich Brandenburgs verweisen.[2])

Die durch die Hohenzollernsche Correspondenz bekannt gewordenen Thatsachen zeigen, daß Bismarck — und Preußen — doch viel mehr an der Sache betheiligt waren, als man deutscherseits bisher geglaubt hat. Daß die Hohenzollernsche Candidatur nicht

[1]) Als Herausgeber des Jahrbuchs halte ich mich zu der Bemerkung verpflichtet, daß die Anschauungen des Herrn Verfassers in Sachen der E. D. mit den meinigen in einigen wichtigen Punkten nicht übereinstimmen. H. Kohl.

[2]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen. Stuttgart 1894; im Auszuge im Februarheft der Preuß. Jahrb. 1895 und im Staatsarchiv Band 57. Oft citirt werden außer Sybels großem Werke: Sybel, Neue Mittheilungen und Erläuterungen zu Band VI und VII der Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Hist. Zeitschr. 75. Heft 1, auch im Sonderabdruck; ich citire nach der Hist. Zeitschr.; Delbrück: Octoberheft der Preuß. Jahrb. 1895; hierauf beziehen sich die Verweisungen auf Delbrück im Texte; Erich Brandenburg: Münchener Allg. Ztg. 1895. Beilagennummern 34 und 35. Darauf die Erwiderung der Hamb. Nachr. vom 20. Febr. 1895 im Bismarck-Jahrbuch II S. 638.

aufgegeben wurde und zuletzt doch zu Stande kam, war in der That zum guten Theil ein Werk Bismarcks, und diesen Thatsachen gegenüber macht die offizielle Ableugnung in der Circulardepesche Bismarcks an die Vertreter des Norddeutschen Bundes (18. Juli 1870), die dem Gegner mit Schärfe seine Unwahrheit vorhält, die ihrem Charakter nach Vertrauen fordert, und der man Vertrauen entgegenbringen möchte, einen befremdenden Eindruck auf den, der es empfindet, daß eine solche Erklärung, die das Rechtsgefühl des eigenen Volkes und der Welt für Deutschlands Sache gewinnen sollte, auch des Vertrauens werth sein müsse, und daß eine Unwahrheit an dieser Stelle etwas schwer Compromittirendes enthält. „Auch ist die Angabe unwahr", heißt es darin, „daß Se. Majestät der König mir, dem unterzeichneten Bundeskanzler, von der Candidatur des Prinzen Leopold Mittheilung gemacht habe. Ich habe nur gelegentlich durch eine bei den Verhandlungen betheiligte Privatperson vertrauliche Kenntniß von dem spanischen Anerbieten erhalten." Man kann nicht anders, als wünschen, der gewaltige Kanzler hätte auch hier statt des Fuchspelzes die Löwenhaut, die ihn so gut kleidet, getragen; es thut einem weh, ihn hier so unaufrichtig handeln zu sehen. Erquicklich ist es dem etwaigen Versuche gegenüber, ein solches Dementi als „vollkommen richtig" hinzustellen,[1]) die scharfe Abweisung Delbrücks zu lesen: „Mit dieser Art Historie, fürchte ich, werden wir in der Weltgeschichte nicht bestehen, und die Franzosen lachen uns einfach aus" (a. a. O., S. 33 f.). Die Regierung als solche hatte ja allerdings, sowohl nach dem, was bekannt geworden, als auch innerer Wahrscheinlichkeit nach, garnicht darüber verhandelt, ihr war somit die Sache in der That unbekannt, aber den Franzosen war es natürlich gleichgültig, ob diejenigen, welche die preußische Politik machten, amtlich oder nicht amtlich, als Ministerconseil oder als ad hoc berufene Vertrauensversammlung zur Annahme der Krone durch den Prinzen mitgewirkt hatten. Von Scherr, in seinem Werke über den Krieg von 1870 und 71, ist schon längst mit Recht anerkannt und hervorgehoben worden, daß die Unterscheidung zwischen dem Könige als Haupt des Hauses Hohenzollern und als preußischem Monarchen den Franzosen als ein Vorwand erscheinen mußte; und um der Ehre unserer deutschen Geschichtsforschung willen liest man mit Genugthuung die offene und mannhafte Erklärung Delbrücks in den Preußischen Jahrbüchern: „Gestehen wir zu, daß die Form, in die

[1]) N. Mitth. S. 85. Sybel sagt allerdings nur: Es sei „vollkommen richtig," daß Bismarck nicht vom Könige, sondern von einem Begleiter des spanischen Agenten die erste Nachricht erhalten. Das mag ganz richtig sein, er mag die erste Nachricht auch nur gelegentlich erhalten haben, aber Sybel übergeht, wie irreführend und falsch das „nur gelegentlich" ist, wenn man die übrige Action Bismarcks berücksichtigt.

Bismarck die spanische Sache zu kleiden wußte: „Hohenzollernsche Hausangelegenheit“ — nicht „preußische Staatsangelegenheit“, eben nichts als eine Form war, meisterhaft erdacht, um auf alle Fälle einen guten Rückzug zu haben, dem Wesen nach aber die französische Auffassung das Richtige traf“ (S. 34). Hatten die Franzosen aber nicht so ganz Unrecht mit der Anschauung, daß die Candidatur ein Werk Bismarcks sei, so muß die drohende Rede Gramonts vom 6. Juli, so muß insbesondere der berüchtigte Satz derselben: „Wir werden nicht dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze“, anders und milder beurtheilt werden, als das in Deutschland geschehen ist. Die Worte bleiben eine Drohung und eine Herausforderung, sind aber sachlich — wenn auch nicht richtig, so doch zutreffender, als man dort bisher anerkannt hat, und nicht eine absolut grundlose, beleidigende Erfindung. Das erwähnte Zugeständniß Delbrücks geht übrigens, meiner Empfindung nach, etwas zu weit, und ich möchte die von ihm selbst gemachte Einschränkung noch erweitern.

Von den Franzosen war nicht zu verlangen, daß sie sich mit der Unterscheidung zwischen Staats- und Familienhaupt abspeisen ließen, aber für das eigene Bewußtsein machte es allerdings einen großen Unterschied, ob die Sache als Staatsangelegenheit behandelt worden war, oder als Hausangelegenheit, wenn auch in steter Rücksicht auf das staatliche Interesse, so doch unter Vermeidung jeder amtlichen Verhandlung. In dieser Unterscheidung lag doch mehr als eine bloße Formulirung. Richtig fühlten die Franzosen heraus, daß sie durch ein fait accompli überrascht werden sollten, in einer Sache, durch die sie ihr Interesse geschädigt glaubten, richtig auch, daß Bismarck dabei die Hände im Spiel habe. Es war natürlich, daß sie darin eine preußische Intrigue sahen, aber sie irrten in ihrer Anschauung von der Stellung König Wilhelms zur Sache. Dieser hatte sich ja in der That völlig neutral und, soweit er seine Ansicht geltend machte, ablehnend zu derselben verhalten, wie gerade die rumänischen Aufzeichnungen es erweisen.[1]) Ja es ist wohl seine „Stellung zu der spanischen Thronbesetzung schließlich durch den Gewissenszweifel bestimmt worden, ob es recht sei, der spanischen Nation den Versuch, durch diese Königswahl zur Wiederherstellung dauernder innerer Einrichtungen zu gelangen, aus persönlichen und dynastischen Bedenken zu verkümmern.“[2]) Dem König war die ganze Sache aber nicht sympathisch. Ferner, und das berührt

[1]) S. auch Sybel VII 253 u. Anm. 2.

[2]) Ergänzung des Berichtes Bismarcks aus Donchery vom 2. September 1870. Bismarck-Jahrbuch II, Nachträge S. 620. Vom Militärwochenblatt aus den Acten des Kriegsministeriums veröffentlicht.

Delbrück selbst, irrten die Franzosen, wenigstens nach dem zu urtheilen, was bisher bekannt geworden, in dem entscheidenden Punkte, daß sie für eine Machenschaft der preußischen Regierung hielten, was eine unerwartet, von außen her an die Leiter der preußischen Politik herantretende, dann allerdings energisch von Bismarck geförderte Angelegenheit war.[1]) Zu der Meinung, daß Bismarck zur Annahme der Krone gedrängt und die Sache vor der französischen Regierung habe geheim halten wollen in der Absicht, dadurch Frankreich zum Kriege zu reizen, geben die bekannt gewordenen Thatsachen kein Recht; darin kann ich der übereinstimmenden Ansicht Sybels, Delbrücks und Brandenburgs nur beistimmen; das ist eine bis jetzt völlig unbewiesene Supposition, welche auch durch den Umstand, daß Bismarck gegen eine Mittheilung an Napoleon war und ihn wohl vor die vollzogene Thatsache stellen wollte, nicht bewiesen wird.

Daß die Franzosen es für eine Schädigung hielten, wenn ein Prinz, den sie als einen preußischen ansahen, den spanischen Thron bestieg, war natürlich, und ebenso natürlich war, daß sie das Betreiben der Sache ohne Vorwissen — wenn man so will, hinter dem Rücken Frankreichs — als eine Kränkung empfanden. „Für Frankreich hatte es — wie Karl Bleibtreu[2]) wohl nicht mit Unrecht sagt—

---

[1]) Sybel sagt: Das von ihm berichtete erste Anklopfen der Spanier bei den Hohenzollern sei trotz des Schweigens der Aufzeichnungen sichere Thatsache (N. Mittheilungen S. 76). Die Art der Aufzeichnungen an der betreffenden Stelle (II, 6) spricht allerdings dagegen. Delbrück entscheidet sich nicht darüber. Die Einführung des spanischen Abgesandten durch einen preußischen Gesandten kann den Gedanken an ein Mitwissen oder Mitwirken Bismarcks wohl nahe legen. Dem gegenüber ist Sybel's Mittheilung wichtig: „Die Acten, aus denen ich wenigstens dies negative Ergebniß mittheilen darf, ergeben, daß Bismarck überhaupt von den Weinburger Vorgängen erst Ende Februar, und von Werthern's Beihülfe erst Ende Juli 1870 das erste Wort erfahren hat." (N. Mitth. S. 81). Wußte Bismarck aber von der ersten Anfrage? In der Unterredung mit Benedetti erwähnt er, daß er mit dem Könige und dem Fürsten Anton darüber gesprochen habe, aber unklar bleibt, ob als über eine Eventualität oder eine Thatsache. Wichtig ist, daß Bismarck bei diesem Gespräch mit Benedetti am 11. Mai so redet, daß Benedetti aus seinen Worten erkennen konnte, Frankreich habe nicht auf eine Verhinderung der Candidatur durch Preußen zu rechnen; der König solle freie Hand behalten.

[2]) Münch. Allg. Ztg. vom 18. Juli 1895 Mgbl. Nr. 197: Zur Kriegserklärung vom 19. Juli 1870. Bei der letzten Ueberarbeitung meines Artikels lernte ich den seinen kennen. Ich hebe ihn hier nachdrücklich hervor, weil ich mich mit seiner Auffassung der Situation und der Depesche, mehr wohl als mit andern mir bekannt gewordenen Darstellungen, in Uebereinstimmung weiß; ich komme wiederholt auf den Artikel zurück; man möge ihn nur in extenso nachlesen.

den Anschein, daß Preußen absichtlich den Fall heraufbeschworen habe." „Man spinne", sagt er sogar, die entgegenstehende Auffassung auf das schärfste abweisend, „die Legende nicht fort, daß Frankreich uns ungereizt meuchlings überfallen habe.[1]) Das ist eine unwürdige Fälschung der Wahrheit."[2]) Daß die Hohenzollernsche Candidatur in Frankreich Besorgniß erregte, davon war Fürst Carl Anton von vorn herein überzeugt,[3]) das wußte Bismarck, — wenn er sich's nicht selbst sagte — seit dem Frühling 1869 sehr gut, seit Benedettis nachdrücklichen Anfragen darüber bei Thile und bei ihm; auch in der französischen Presse war Widerspruch erhoben worden. Aber andererseits darf nicht vergessen werden: gerade die Hauptsache, daß der Kaiser die Candidatur „für antinational" halte und glaube, „Frankreich werde sie nicht ertragen",[4]) hatte Benedetti nicht gesagt; Frankreich hatte so versäumt, rechtzeitig entschiedenen Einspruch zu erheben. Und ferner: die Sache Napoleon mittheilen, hieß im Grunde, sie von seiner Entscheidung abhängig machen, und es war wiederum natürlich, daß die Spanier das nicht wollten; für die in Preußen betheiligten Personen aber lag es nahe, die Rücksprache mit Napoleon als eine spanische Angelegenheit anzusehen, zumal Geheimhaltung zunächst wenigstens erbeten war. Daß man in Berlin auf einen heftigen Conflict, geschweige denn auf einen Krieg mit Frankreich nicht gefaßt war, dafür spricht die wichtige Thatsache, daß bei der Berathung im Berliner Schloß am 15. März 1870, bei welcher außer dem Könige der Kronprinz, die beiden Hohenzollernschen Fürsten, Bismarck, Roon, Moltke, Schleinitz, Thile und Delbrück zugegen waren, und in welcher die Befragten für Annahme der Krone waren, die Frage des Verhältnisses zu Frankreich überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist.[5]) Gesetzt auch, daß Bismarck, Moltke — und selbst Roon, ihr Urtheil von einer Rücksicht auf Napoleons

[1]) Der Widerspruch zu einem anderen Satz des Artikels: Frankreich habe ohne jede Veranlassung mit hochmüthiger Provocation seinen Nachbar überfallen, ist wohl nur ein scheinbarer.

[2]) „Wenn", fährt er fort, „ein französischer Prinz sich z. B. auf Oesterreichs Thron setzen wollte, so würde Deutschland das gewiß nicht gutwillig mit ansehen." Unter den europäischen Staatsmännern empfanden es manche als eine Provocation für Frankreich, sei es durch Preußen, sei es durch Spanien. So Beust, so scharf er sonst das Vorgehen der Franzosen verurtheilt (Mem. II, 345). Nach Ed. Simon, Geschichte des Fürsten Bismarck, deutsch von Alexander, S. 249 hat Lord Granville in diesem Sinn an den englischen Vertreter in Berlin und Kaiser Alexander an König Wilhelm geschrieben.

[3]) Aus dem Leben König Karls I, 311.

[4]) Benedetti, Ma mission en Prusse S. 304 f., 307, 309.

[5]) Sybel VII, 253. Delbrück a. a. O. 37.

Zorn und einen etwaigen französischen Krieg, nicht hätten abhängig machen wollen: vom König, der der Sache im Grunde abgeneigt war, kann nicht angenommen werden, daß er diese Frage hier unbeachtet gelassen hätte, wenn er solche Folgen vorausgesehen hätte.[1])

Neuerdings ist auch eine Aeußerung Bismarcks darüber bekannt geworden. Bei seiner Unterredung mit dem Kaiser Napoleon zu Doncherh am 2. September 1870 erklärte er: Eines Krieges sei die spanische Sache weder für die preußische noch für eine andere deutsche Regierung werth gewesen. Daran, daß es dem Erbprinzen gelingen würde, sich mit Sr. Majestät dem Kaiser über die Annahme der spanischen Wahl in befriedigendes Einvernehmen zu setzen, hätte der König bei den langjährigen guten Beziehungen der Mitglieder des Fürstlich Hohenzollernschen Hauses zum Kaiser niemals Zweifel gehegt, dies aber nicht als eine deutsche oder preußische, sondern als eine spanische Angelegenheit angesehen.

---

[1]) Die Hamb. Nachr. vom 20. Febr. 1895 (Bismarck-Jahrb. II, S. 638) erklären anknüpfend an den Artikel Brandenburgs, in Betreff dieser Berathung vom 15. März: „Eine solche Sitzung hat niemals stattgefunden. Der König hat mit Bismarck, Moltke und Roon einzeln berathen, mit Thile, der der vortragende Rath Bismarcks war, und mit Delbrück überhaupt nicht. Der Minister v. Schleinitz aber war wohl der vertraute Rathgeber der Königin Augusta, jedoch nicht der des Königs. Der König ist mit dem Votum irgend welcher seiner oder sämmtlichen Räthe nicht in Widerspruch getreten, er hat sie überhaupt nicht zugezogen." Diese Versammlung ist ausreichend bezeugt durch den Brief des Fürsten Anton von Hohenzollern, vom 20. März, an seinen Sohn, den König Karl (II S. 72 od. Delbrück S. 30). „Der einstimmige Beschluß der Rathgeber lautete auf Annahme der Krone" heißt es hier. Eine „Sitzung" wird die Versammlung in diesem Briefe nicht genannt (die Bestreitung des Ausdrucks in den H. N. ist gegen den Zeitungsartikel gerichtet) wohl aber eine „Berathung unter Vorsitz des Königs," bei welcher die Genannten „zugegen waren". Delbrück hat — nach der Erzählung eines Theilnehmers an jener Versammlung, dessen persönliches Hervortreten, wenn es möglich ist, zu wünschen wäre — im Octoberheft der Preuß. Jahrbücher (S. 37) 1895 (jenes Dementi ist vom 20. Febr.) eine Mittheilung gebracht, die uns belehrt, wie jenes Dementi zu verstehen ist. Die Berathung „fand statt in der Form, daß die Herren zum Fürsten von Hohenzollern zum Diner geladen wurden und vorher zu der Conferenz zusammentraten." Das Dementi belehrt uns also, daß die Berathung nicht als eine förmliche „Sitzung" aufzufassen sei (mit förmlichem Beschluß), ferner, daß der König wohl nur mit Bismarck, Roon und Moltke direct berathen, wohl auch, daß eine Abstimmung nicht stattgefunden hat. Das Dementi ist also auf der einen Seite eine Zurechtstellung, auf der anderen aber, wie wohl nicht zu bezweifeln, eine Vertuschung und Entstellung des Vorganges. Es weckt Bedauern gerade im Interesse Bismarcks — namentlich, da es auf ein schon geschichtlich gewordenes Ereigniß geht.

Diese Erklärung ist wie die vorher erwähnte und demselben Schreiben entnommene Aeußerung dem Einwande ausgesetzt, daß sie nicht die Auffassung wiederzugeben brauche, die Bismarck wirklich von der Sache hatte, sondern diejenige bezeichnen könne, die den Kaiser gewinnen sollte und durch die der König und die preußische Regierung gerechtfertigt erschienen. — Aber dieser Einwand ist hinfällig. Die Aeußerungen Bismarcks stehen in seinem Bericht an den König über die Capitulation von Sedan, und in diesem Bericht konnte Bismarck nicht anführen, daß er dem Gegner Erklärungen abgegeben habe, von denen der König wissen mußte, daß sie nicht wahr seien. Bismarck sagt in diesem Bericht nur, daß der König, nicht daß er selbst geglaubt habe: die Zustimmung Napoleons werde sich gewinnen lassen. Daraus läßt sich nicht der Rückschluß machen, er habe anders gedacht, da er von seiner persönlichen Stellung zur Sache weder Napoleon noch seinem König gegenüber zu reden brauchte.

Von einer andern Aeußerung Bismarcks macht Sybel Mittheilung, wohl nach dem Bericht eines Ohrenzeugen, der nach der Schlacht bei Sedan hinter Bismarck herreitend, dessen Gespräch mit einem preußischen General anhörte: Bei dem Widerwillen Napoleons gegen Montpensier und den Beziehungen des Fürsten Anton zum Kaiser habe er eine leichte Verständigung mit demselben erwartet, wenn der Prinz gleich nach seiner Wahl in Paris sich mit Napoleon bespreche und, seiner Stellung gemäß, ganz als Spanier auftrete und seine deutsche Herkunft vergäße.[1]) Doch könnte Bismarck wohl viel mehr, als es hiernach scheint, vom Widerstreben Napoleons und Frankreichs überzeugt gewesen sein — wir müssen uns bescheiden, das nicht zu wissen.

Wenn er aber mit Recht oder Unrecht — aus mancherlei Gründen, die wir aber nicht näher kennen und über die nur die rumänischen Aufzeichnungen einige Andeutungen geben[2]) — das Fortschreiten der Angelegenheit und die Annahme der Krone als

---

[1]) Sybel VII 253 f. Anm. 1. Die Aeußerung Bismarcks zu Schlözer am 25. Juni, daß er einen völlig ruhigen Sommer erwarte, Sybel 287, wäre sehr wichtig, wenn nicht die Vertagung der Sache um 3 Monate diese Aeußerung erklärte, auch wenn er Conflicte voraussah. S. Sybel VII 260, Benedetti S. 356.

[2]) A. a. O. II S. 68: Bismarck habe in einer Denkschrift die wirthschaftliche und politische Bedeutung hervorgehoben: Deutschland werde dadurch im Rücken Frankreichs ein freundlich gesinntes Land haben. Dazu erklären die Hamb. Nachrichten vom 20. Febr. 1895 M.-A.: Der Gedanke, an Spanien einen werthvollen Bundesgenossen zu finden, ist dem ersten Kanzler jederzeit vollständig fremd geblieben. S. Bismarck-Jahrbuch II S. 639.

vortheilhaft für Deutschland erachtete, so war das Anlaß genug, darauf hinzuarbeiten, auch hindernde Zwischenfälle, wie etwa ein frühzeitiges Bekanntwerden in Frankreich, fern zu halten und „die Geheimhaltung war einfach die unbekümmerte furchtlose Wahrung des eigenen Interesses“ (Delbrück) und des Rechtes jeder Nation — hier der spanischen, aber indirect auch der deutschen — trotz französischen Einspruches ihren Weg zu gehen.

Bezeichnend dafür, wie wenig ein ernster Conflict mit Frankreich um dieser Sache willen befürchtet wurde, sind auch die Worte, die Roon, einer der Theilnehmer bei jener Berathung vom 15. März vor dem Ausbruch des Krieges, so recht aus dem Herzen heraus, am 30. Juli, seinem lieben Moritz v. Blanckenburg schrieb: „Der Himmel weiß, wie es kommt, daß ich an einen regulären Krieg noch immer nicht glaube, so sehr wir auch dazu disponirt sind... „Träumereien! hervorgerufen durch die souveräne Sinnlosigkeit der Kriegsveranlassung. Um davon loszukommen, muß man sich immer wieder der Absichtlichkeit erinnern, mit welcher die ganze Situation langer Hand seit Jahren vorbereitet worden ist.“

Bei Gelegenheit der spanischen Candidatur hatten die Franzosen die Empfindung, von Bismarck überrumpelt zu sein — aber wohl lange schon hatten sie die Empfindung, von ihm getäuscht zu werden. Und da hier der Anlaß sich bietet, möchte ich es offen aussprechen, daß bei der großartigen Kühnheit und Entschlossenheit, mit der Bismarck Jahre lang die Wacht am Rhein gehalten hat, mir das vielberufene „dilatorisch“ dabei herzlich unsympathisch ist. — Es mag ja sein, daß er oft[1]) sein Vaterland nicht anders schützen konnte, und ob er das konnte, darüber muß man ja ihm selbst das Urtheil überlassen, und dennoch — dennoch möchte ich fragen: Mußte das wirklich immer sein? Wenn dieselbe Geisteskraft und Kühnheit und Schonung aufgewandt worden wäre, nicht um die Franzosen an der Nase herumzuführen, sondern um sie ehrlich von der Unmöglichkeit der Befriedigung ihrer Compensationsgelüste zu überzeugen, wäre da nicht vielleicht dasselbe Maß von Stillehalten bei ihnen zu erreichen gewesen? Soviel ist doch gewiß, daß diese dilatorische Politik das Vertrauen des sehnlichst nach einem Bunde mit Preußen verlangenden Kaisers Napoleon untergrub, daß das Dilatorische dieser Politik ihn zu der zornigen Empfindung kommen ließ: „ich bin dupirt“, daß dieses Dilatorische und das dadurch geweckte Gefühl, zum Narren gehalten zu sein, die Gegner in die Hitze hineintrieb. Wen aber wird diese Empfindung nicht hinein-

[1]) Ueber die Berechtigung einer solchen Politik habe ich mich näher ausgesprochen in meiner kleinen Schrift: „Bismarck und Oesterreich bis 1866“, Reval 1893. S. 37 ff.

treiben! Man versteht es, wenn Gramont irgend einmal[1]) — obgleich er sich darin über den Sinn der Politik seines Gegners irrte — von einem „feinangelegten Provocationssystem“ Bismarcks redet. Gerade die langgenährte Hoffnung, die ersehnte Compensation zu erringen, machte das Eintreten der Gewißheit, sie nicht zu erringen, um so kritischer.

Und zuweilen hat man — mir wenigstens geht es so, wenn es mir auch kaum möglich wäre, einen Nachweis zu führen — den Eindruck, als ob ein Uebriges in der Täuschung geschehen sei, mehr als nöthig war. Aber nie darf man dabei vergessen: es war eine Nothwehr, — Nothwehr einem hinterhaltigen, das Leben Deutschlands fortwährend mit Störung bedrohenden Gegner gegenüber; und wer sich dessen erinnert, wie Bismarck im Jahre 66, bis zur äußersten Erregung und Erschöpfung seines Nervensystems hin- und hergezerrt auch im eigenen Lager, den drohenden Gefahren zu begegnen wußte, der wird wohl geneigt sein zu glauben, daß es ihm hieß: „Ich kann nicht anders“ — und ein ehrlich gemeintes: „Ich kann nicht anders“, es ist eine Macht, die einem Schweigen auferlegt.

Mag jenes stark Dilatorische nun aber nöthig gewesen sein oder nicht, die Bewunderung desselben ist wenig behaglich; es liegt etwas Welsches, Undeutsches darin. Bismarck ist einer jener Gewaltigen, die dem Geist ihres Volkes den Stempel aufdrücken, deren Leben ein großes Stück deutschen Lebens geworden ist und bleiben wird, an denen sich das herausbildet, was unsere Enkel deutschen Geist nennen werden, so daß Bennigsen, bei dem nationalliberalen Festmahl zur Jubelfeier des 18. Januar 1896 mit Recht sagen durfte: „Er ist schon bei lebendigem Leibe eine historische Persönlichkeit geworden, ein Stück unseres Volkslebens, welches seine Bedeutung behalten, leben und fortwirken wird in den Entschließungen und Handlungen des deutschen Volkes Jahrhunderte lang.“ Gerade deshalb muß es um so entschiedener ausgesprochen werden, daß die Freude, die uns bei der Bewunderung dieser dilatorischen Abfertigung des Gegners wohl überkommen kann, eine unschöne Freude ist, und daß sie dem Besten im deutschen Volksgemüth nicht entspricht, daß wir dem deutschen Geist — jeder an seinem Theil — einen besseren Dienst leisten, wenn wir diese Täuschung des Gegners in unserem sittlichen Urtheil verwerfen oder sie nur als ein unvermeidliches Unglück hinzunehmen bereit sind, als wenn wir sie preisen.

Nun zum Hauptgegenstande unserer Betrachtung, zur Emser Depesche.

[1]) Ich kann nicht angeben, in welchem Zusammenhange.

Wir müssen uns zunächst die Verhandlungen in Ems zwischen König Wilhelm, der dort ohne Minister zur Cur weilte, und Benedetti vergegenwärtigen.[1])

Dabei muß hervorgehoben werden, daß Benedetti durch den Botschafterrang doch nicht das Recht hatte, Unterredungen mit dem Könige persönlich, unter Uebergehung des Ministers, zu verlangen, daß er in amtlichen Verhandlungen sich nach diplomatischem Brauch nicht direct an den König, sondern an die Vertreter der preußischen Regierung hätte wenden müssen, wie er denn auch selbst anerkannte, daß es etwas Außergewöhnliches war, wenn König Wilhelm sich hier mit ihm auf politische Gespräche einließ, da er es während seiner ganzen Regierung stets (constamment) durchaus vermieden habe, sich irgend auf solche Discussionen einzulassen; er habe sie immer an seine Minister gewiesen.[2])

Vom 9.—12. Juli hatte Benedetti zwei lange Audienzen bei dem Könige und zwei kurze Unterredungen mit ihm.[3])

---

[1]) Zu Benedetti, Ma Mission en Prusse, Paris 1871 (hierauf verweisen die Zahlen im Text) kommt seine neueste Veröffentlichung: Ma Mission à Ems in: Essays diplomatiques, Paris 1895, die sachlich kaum etwas Neues, doch einige interessante Aeußerungen Benedettis enthält: einiges daraus weiter unten. Ich citire sie: Mission à Ems. Bleibtreus Verdacht a. a. O.: Benedetti habe in Ems ein mit Gramont von vornherein abgekartetes unehrliches Spiel gespielt, erscheint mir durchaus unbegründet. Deutscherseits schließt sich an den unter unmittelbarer Approbation des Königs redigirten Bericht und den Bericht des Flügeladjutanten Prinzen Radziwill (beide: Schultheß, Geschichtskalender für 1870 S. 81 f. oder Hahn, Fürst Bismarck II S. 32 f.) noch die Reichstagsrede des Reichskanzlers Caprivi vom 23. November 1892, durch welche die aus Ems abgegangene Originaldepesche zum ersten Mal bekannt gemacht wurde (Schultheß, Jahrgang 1892 S. 162 ff.); sie stellt auch fest, daß Radziwills Bericht am Abend des 13. Juli abgefaßt und dem auswärtigen Amte nicht telegraphirt, sondern erst am 17, nach des Königs Rückkehr, überliefert worden ist.

[2]) Mission à Ems (1895) S. 389.

[3]) Erste Audienz 9. Juli: Benedetti S. 325 f. 333. 339 f. Telegramm, Briefdepesche und Privatschreiben. Der deutsche offizielle Bericht sagt, den Eindruck der dringenden Forderungen kurz zusammenfassend, es sei ein „Befehl“ verlangt worden; Benedetti, der sofort über die Unterredung berichtete, die Worte selbst wählte, und zwar im Gegensatz zu seinem Minister, der ihm aufgetragen, einen „Befehl“ („ordre qu'il révoque“ S. 320) zu verlangen, giebt hier die Ausdrücke offenbar genauer wieder. S. Oncken, Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm I. S. 768. — Kurzes Gespräch am Abend des 10.: S. 344. — Ueber die zweite Audienz — eine Stunde lang — 11. Juli, Mittags: S. 349 ff. 355 ff. 358 f. — Viertes Gespräch 12. Juli, vor 6 Uhr Nachmittags: S. 365.

Der König empfing den Botschafter mit gewohnter Höflichkeit[1]), behielt ihn nach der ersten Audienz noch zur Tafel bei sich. Den Bitten Benedettis, auf den Prinzen einzuwirken (que le Roi le détourne; conseiller au Prince), allem Drängen, allen — Benedetti sagt es selbst — nur erdenklichen Gründen gegenüber, durch die derselbe die Erlaubniß zu erlangen suchte, seinem Minister zu melden, daß der König den Prinzen auffordere (invitera) resp. ihm befehle (ordre) zurückzutreten, schlug der König das ab, hielt diesen Entschluß aufrecht (S. 350) und blieb dabei: er müsse dem Prinzen wie vor so nach der Annahme volle Freiheit lassen, er werde ihn aber am Rücktritt nicht hindern; er habe sich mit ihm und seinem Vater in Verbindung gesetzt, um ihre Absicht zu erfahren, und hinzugefügt, daß er, wenn sie zurücktreten wollten, diesen Beschluß billigen werde (S. 327), ja er forderte zum Schluß den Gesandten nachdrücklich auf — in seinem, des Königs Namen[2]) — seinem Minister zu telegraphiren, daß er heute oder morgen vom Prinzen — der eben auf einer Reise und nicht bei seinem Vater in Sigmaringen war — eine Nachricht zu erhalten glaube und dann sogleich eine endgültige Antwort ertheilen werde. Wiederholt hat der König die Mittheilung der aus Sigmaringen erwarteten Antwort versprochen, dagegen sagte er: es müsse, da er einen so kurzen Aufschub verlange, das Drängen ihm den Eindruck machen, daß man die Absicht habe, einen Conflict zu provociren (S. 355); und er verhehlte dem Botschafter gleich bei der ersten Audienz nicht, daß er die Erklärungen Gramonts vom 6. lebhaft empfunden habe, und gab ihm zu hören, daß er darin eine schlecht begründete Behauptung, fast eine Herausforderung sehen müsse (il m'a donné à entendre . . . une appréciation mal fondée et presque une provocation[3]) (S. 339).

---

[1]) Mission à Ems (1895) S. 351.

[2]) Benedetti schreibt (S. 350, 356, 357): Le Roi m'a vivement engagé — oder im ausführlicheren Bericht: en me demandant de nouveau et en y mettant une véritable instance de vous télégraphier en son nom sans perdre un instant, — doch scheint mir fraglich, ob Benedetti hier mit dem „en son nom" genau aufgefaßt und wiedergegeben, was der König gemeint hat. Die Bemerkung des Königs am 11. Juli, die er dann abzuschwächen versucht, daß auch er Vorbereitungen für einen etwaigen Krieg treffe, bezieht sich wohl auf die Anfrage bei Roon, auf welche dieser am 11. antwortet und die Verdy du Vernois mittheilt. Münch. Allg. Ztg. 1895 No. 151 Abendbl.

[3]) was, wie Oncken, Zeitalter Kaiser Wilhelms I. S. 470 meint, vielleicht die absichtlich gedämpfte Wiedergabe viel stärkerer Worte enthielt. — Benedetti berichtet diese letzte Aeußerung erst nachträglich in einem Privatschreiben.

Am 13. Juli fand dann die fünfte, die verhängnißvolle Unterredung auf der Brunnenpromenade statt. Der König gab dem Botschafter die Kölnische Zeitung mit dem Privattelegramm über den Rücktritt des Prinzen. Benedetti erwiderte, daß er die Nachricht schon aus Paris habe, und als der König hiermit die Sache für erledigt ansah, brachte Benedetti, den erhaltenen Weisungen gemäß, die berüchtigte neue Forderung eines Versprechens für die Zukunft vor. Trotz allen Drängens ließ der König sich hierin zu nichts bewegen und schlug das Verlangen absolut ab. Er stellte, als er die Unterredung abbrach, auch dieses Mal dem Botschafter in Aussicht, ihn rufen zu lassen, wenn er die erwartete Anzeige aus Sigmaringen erhalten habe (S. 374).[1])

Nach jener letzten Unterredung trat an den König jene schnöde Forderung eines Beruhigungs- oder Entschuldigungsbriefes an Napoleon heran, für den Gramont die Frechheit gehabt hatte Werthern aufzusetzen, was sein König schreiben solle; da beschloß König Wilhelm, nach Berathung mit dem indessen eingetroffenen Minister Eulenburg und dem Geh. Legationsrath v. Abeken, Benedetti nicht mehr persönlich zu empfangen, sondern ließ ihm, gegen zwei Uhr Nachmittags, durch den Flügeladjutanten, Fürsten Radziwill, mittheilen: er habe indessen die Anzeige des Rücktritts erhalten, mit dem Zusatz, Se. Majestät sehe hiermit die Angelegenheit als abgemacht an. Trotzdem suchte Benedetti — auf eine Anweisung aus Paris hin, — durch den Adjutanten nochmals um eine Audienz nach, um den König zu bitten,

[1]) Sehr lebendig, aber auch sehr auffallend, erzählt Sybel (VII, S. 323) den Schluß dieser Unterredung im Kurgarten zu Ems. Sybel beruft sich hier nur auf Benedetti, nicht auf andere Quellen. Von dem Zurücktreten des Adjutanten mag er durch Augenzeugen erfahren haben. Die von Sybel angeführten Worte: „Nein, gerade im Gegentheil, ich wiederhole, was ich Ihnen bereits gesagt, ich gebe Ihnen diese Vollmacht nicht“, ebenso die Worte: „ich weise (diese Forderung) ein für alle Mal zurück,“ finden sich in dem Bericht Benedettis nicht (wenn sie auch zu dem a absolument refusé stimmen); daß der König gesagt habe, er bedauere, sie nicht gewähren zu können, — ist bei Sybel nicht erwähnt. Es hat doch etwas sehr Bedenkliches, zumal in einem Werke wie dem Sybelschen, das so vielfach als actenmäßige Darlegung und oft zunächst als Primärquelle zu gelten den Anspruch erheben darf, eine Unterredung auch dort, wo sie zum Theil nur dem Inhalt nach überliefert ist, in die directe Rede umzusetzen; man ist dabei doch zu sehr auf seine Phantasie angewiesen. Nach der von ihm angeführten und den sonst bekannten Quellen erscheint diese wichtige Scene an dieser Stelle dem Wortlaute, ja selbst dem Charakter nach ausgeschmückt und umgemodelt. Sollte Sybel noch eine andere Nachricht, etwa der Bericht eines Ohrenzeugen, der die Worte aufgefangen hat, vorgelegen haben, so wäre zu wünschen, daß sein Gewährsmann für die Sybelsche Darstellung Zeugniß ablegte.

1) die Verzichtleistung des Prinzen zu approbiren, 2) eine Zusicherung für die Zukunft zu geben. Der König sandte den Adjutanten zum zweiten Mal hin mit der Erklärung, daß er den Verzicht in demselben Sinn und in demselben Umfange approbire, als er es vorher mit der Annahme gethan;[1]) in Betreff der anderen Forderung könne er sich nur auf das berufen, was er selbst dem Grafen am Morgen erwidert habe. Als Benedetti dennoch auf eine Audienz drang, schickte der König (um 5½ Uhr) den Adjutanten zum dritten Male hin, und dieser erklärte: Se. Majestät müsse es entschieden ablehnen, in Betreff der Zusicherungen für die Zukunft sich in weitere Discussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, wäre sein letztes Wort in dieser Sache, und er könne sich lediglich darauf berufen. So berichtet Fürst Radziwill über seine letzte Sendung, und so hat er offenbar seinen Auftrag ausgerichtet. Vielleicht hat er noch hinzugefügt, was in seinem Referat nicht erwähnt ist, aber in der offiziellen Darlegung über den ihm ertheilten Auftrag angegeben wird: daß von nun an alle Verhandlungen durch die Minister zu gehen hätten. Von Benedetti liegt über diese letzte Unterredung kein Bericht mehr vor.

Bei der Ertheilung des Auftrages an den Adjutanten und bei der Besprechung über den zu ertheilenden Auftrag mit Eulenburg und Abeken, muß der Ausdruck gebraucht, vielleicht ausdrücklich erwogen worden sein „da der König keine andere Antwort habe“ oder „er habe dem Botschafter nichts weiter zu sagen“, weil die beiden darüber vorliegenden Berichte einen solchen Ausdruck enthalten; der offizielle, unter Approbation König Wilhelms abgefaßte, den Bescheid kurz zusammenfassende Bericht[2]) giebt mit den Worten: „da der König keine andere Antwort habe,“ die Abekensche, weiter unten mitgetheilte Depesche an Bismarck mit dem Ausdruck: „er habe dem Botschafter nichts weiter zu sagen“ den dem Adjutanten ertheilten Auftrag wieder. Da schon die erste Absendung des Adjutanten (2 Uhr) in Folge der Unterredung mit

[1]) Benedetti nennt sie entière et sans réserve (S. 376, s. a. 380) und obgleich er sagt, er habe die Erklärung in Gegenwart des Abgesandten notirt, ist sie doch wohl unzweifelhaft so abgegeben worden — was Sybel mit Recht bemerkt — wie der damit beauftragte Adjutant sie wiedergegeben; auch der genauere, vorsichtig abgewogene Ausdruck der Worte des Adjutanten spricht dafür. Entière et sans réserve, setzt Sybel hinzu, sei die Erklärung auch so.

[2]) Die Stelle lautet: „Der König wies aus diesem Grunde (da Benedetti wieder über dieselben Dinge reden wollte) eine neue Audienz zurück, da er keine andere Antwort als die gegebene habe, übrigens auch von nun an alle Verhandlungen durch die Minister zu gehen hätten.“ (Schultheß, Jahrg. 1870, S. 82.)

Eulenburg und Abeken stattfand, und doch wohl nicht zwei Berathungen mit Abeken anzunehmen sind, wird der Ausdruck in dieser Unterredung, somit vor der ersten Sendung des Fürsten Radziwill gebraucht worden sein (sollten doch zwei Berathungen stattgefunden haben, dann wohl bei der Berathung über die dritte Sendung). Abekens um 3 Uhr 50 Minuten aufgegebene Depesche läßt auch nicht annehmen, daß der Auftrag schon vollzogen worden; sie meldet nicht: der König habe das sagen lassen, sondern: er habe beschlossen, das sagen zu lassen. Abeken (resp. auch Eulenburg) mag es so aufgefaßt haben, daß dem Botschafter die Worte: „der König habe ihm nichts weiter sagen zu lassen" übermittelt werden sollten, der König hatte es nicht so gemeint, wenn er sich bei der Besprechung auch schärfer ausgedrückt haben mag, oder er hat es gemildert, das scharfe Wort überhaupt nicht anwenden lassen, und bei allen drei Sendungen eine Antwort gegeben, die ihrem Sinne nach dem im offiziellen Bericht gewählten, viel milderen Ausdruck entspricht: „er habe keine andere Antwort." Dieser Ausdruck, zusammengehalten mit Radziwills Ausführung des Auftrags, bezeugt, daß bei aller Entschiedenheit in der Sache, in der Form der Abweisung von Seiten des Königs nichts Verletzendes beabsichtigt war, und französischerseits (von Ollivier in der Kammersitzung am 15.) ist dem Adjutanten bezeugt worden, daß er es an keiner Höflichkeitsform habe fehlen lassen.

Am folgenden Tage, am 14. Juli, ersuchte Benedetti noch den Minister, dem Könige den Wunsch der französischen Regierung darzulegen, doch sagte derselbe, als er zu Benedetti zurückkehrte: er (der Minister) habe ihm nichts weiter mitzutheilen (Il vient.. cependant de faire uniquement savoir qu'il n'a rien à m'apprendre, S. 385 f.). Benedetti hebt es in seiner letzten Schrift ausdrücklich hervor: Der König hat mir nicht den Zugang zu seiner Thür verschlossen, sondern es lediglich abgelehnt, unsere letzte Forderung von Neuem einer Prüfung zu unterziehen.[1]) Eine Abschiedsbegegnung auf dem Bahnhofe hatte der König Benedetti noch zugesagt. Er beschränkte sich darauf, ihm zu sagen, daß er ihm nichts weiter mitzutheilen habe und etwaige weitere Unterhandlungen durch seine Regierung zu gehen hätten (S. 385, 387). Am 14. Juli also, aber nicht früher, ist dem Botschafter gegenüber das Wort ausgesprochen worden: „man habe ihm nichts weiter mitzutheilen", und zwar zwei Mal. Ueber die Vorgänge am 13. hat dann Abeken 3 Uhr 50 Min. Nachmittags (also vor dem letzten Gange Radziwills) in der vom Reichskanzler v. Caprivi im Deutschen Reichstage am 23. November 1892 mitgetheilten Depesche berichtet. — Das nach

[1]) Mission à Ems. S. 391.

dieser Depesche von Bismarck redigirte Telegramm erschien bekanntlich noch am 13. Juli in einem Extrablatt der offiziösen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und wurde zugleich vom Auswärtigen Amt des Norddeutschen Bundes den deutschen Regierungen und den Vertretern Preußens im Auslande zur Information zugesandt und zwar an die Gesandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Hamburg am 13. Juli, 11 Uhr 15 Minuten Abends; und in der Nacht auf den 14. Juli, 2 Uhr 13 Minuten, an die Gesandten in London, Petersburg, Florenz, Brüssel, Haag, Wien, Bern und Constantinopel.[1]) So oft die beiden Depeschen gedruckt sind, muß ich sie hier doch hersetzen, da die folgenden Darlegungen erfordern, daß man den Wortlaut vor Augen habe.

Die Abeken'sche Depesche lautet:

Ems, den 13. Juli 1870, Nachm. 3 Uhr 50 Min.

Se. Maj. der König schreibt mir: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei."

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten (Karl Anton)

Das von Bismarck redigirte Telegramm lautet:

Ems, den 3. Juli 1870.

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserl. französischen Regierung von der K. spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.[2])

[1]) Caprivis Reichstagsrede, 23. Nov. 1892, Schultheß, Geschichtskalender, Jahrg. 1892, S. 164.

[2]) Ich folge dem Vorgang Hans Blums, in Fürst Bismarck IV, (1895) S. 247, indem ich die wichtigen Stellen der Urdepesche, die in der Kürzung weggeblieben sind, durch Sperrdruck hervorhebe. Der Text bei Sybel VII 328 und 331, Delbrück a. a. O. S. 46 f. und Hans Blum weicht etwas von einander ab; ich gebe ihn nach dem amtlichen Stenogramm von Caprivis Reichstagsrede vom 23. Nov. 1892.

bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Se. Majestät stellt Ew. Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich, sowohl unseren Gesandten als der Presse mitgetheilt werden soll."

Immer wieder ist von verschiedenen Seiten her in Betreff dieses Telegrammes gegen Bismarck die Anklage einer „Fälschung" erhoben worden. Die Anklage entstand, wie Sybel bemerkt (VII, S. 330 Anm.), als man Bismarcks Telegramm nicht mit der damals noch unbekannten Depesche, durch die es befohlen worden war, sondern mit dem späteren Berichte Radziwills über seine drei Sendungen verglich. Die einmal ausgesprochenen Vorwürfe wurden dann immer wiederholt, auch als die Originaldepesche bekannt wurde und der Irrthum, der den Anlaß zur Anklage gegeben hatte, fortgefallen war.

Die Depesche, die Bismarck aus Ems zuging, war ihm ja nicht zugesandt, um im Wortlaut veröffentlicht zu werden, sondern um ihn selbst zu informiren und nach seinem Ermessen zu einer Kundgebung zu dienen. In der Form, in der Abeken sie telegraphirte, konnte sie selbstverständlich nicht veröffentlicht werden (Delbrück). Die Natur der Sache selbst verbot, sagt Sybel, den Abdruck aller sonst in der Depesche vorkommenden Einzelheiten.[1]) Das Telegramm war die „trockene, von keinem Urtheil begleitete Erzählung der Thatsachen, deren Richtigkeit unbestritten blieb." Bismarck „blieb bei dem buchstäblichen Inhalt des königlichen Befehles." Auch Caprivi meinte, es charakterisire sich lediglich als eine Ausführung der königlichen Anheimgabe.[2]) Mit Recht bestreitet Delbrück, daß Bismarcks Telegramm nichts anderes gethan habe, als den königlichen Befehl auszuführen, und daß der König nichts anderes darin gesehen habe. Bismarck brauchte aber gar nicht bei dem Vorschlage — es war ein Vorschlag, kein Befehl — des Königs stehen zu bleiben. Als der berufene Vertreter der auswärtigen Politik konnte er ihn ausführen oder nicht, oder er konnte mehr thun, kurz, er konnte die Information so benutzen, wie er es vor seinem Gott und vor Königlicher Majestät zu verantworten sich

[1]) Den Abdruck aller Einzelheiten; aber nicht alle, die übergangen wurden, mußten fortbleiben. Die Angabe, daß der König die Bestätigung des Rücktritts des Prinzen durch den Adjutanten melden ließ, hätte sehr wohl Aufnahme finden können.

[2]) Reichstagsrede vom 28. Nov. 1892.

getraute. — „Angesichts der beiden Aktenstücke von „Fälschung“ zu reden“, meint Sybel, „sei kindisch“. Der helle und herzliche Zorn, mit dem die von erbitterten Gegnern erhobene Anklage der „Fälschung“ von Anhängern des Fürsten zurückgewiesen wird, hat durch den Patriotismus, der daraus spricht, etwas Wohlthuendes, aber damit, daß man sie als „kindisch“ bezeichnet, oder als „vollendete Dummheit und Niedertracht“[1]) brandmarkt, ist doch nichts bewiesen. Sie mag oft lediglich aus Haß, aber sie kann auch aus ehrlicher Ueberzeugung erhoben sein, und bei den Gegnern Deutschlands ist der Vorwurf verständlich, einerseits, weil das wahre Original so lange unbekannt blieb, andererseits, weil sich in dem gehässigen Vorwurfe doch eine berechtigte Empfindung verbirgt.

Ich meinerseits muß gestehen — und gerade das veranlaßt mich zu diesen Zeilen — daß ich im Unterricht bei der Darstellung des großen Jahres des deutschen Volkes immer wieder an dieser Depesche Anstoß genommen habe, daß sie mir als eine Entstellung des Thatbestandes und dadurch, gerade bei der großen Bedeutung, die sie gewonnen, als eine Verschuldung deutscherseits bei dem Ausbruch des Krieges erschienen ist. Als ich mich an die Darlegung dieser meiner Anschauung machte, mußte ich mich fragen, ob es mir hier nicht zum Theil ebenso ergangen sei wie vielleicht den Bismarckfeinden: ob ich nicht — da ich das Original lange nicht gekannt — die durch die Emser Legende erweckten Vorstellungen mehr oder weniger in die Depesche hineingetragen, sie nicht aus derselben herausgelesen. Wichtiger für den Eindruck, den ich empfangen, war wohl, daß ich das Telegramm unwillkürlich mit etwas anderem verglichen habe, womit es nicht ohne Weiteres verglichen werden darf. Davon weiter unten. Worin besteht denn nun dasjenige, was an ihr Anstoß erregt hat oder erregen kann?

„Durch die kürzere Fassung“, sagt Sybel (VII, S. 330), „wurde der Eindruck der Mittheilung gründlich verwandelt.“

Aber nicht einzig im Eindruck, den sie machen, liegt der Unterschied der beiden Depeschen. Die Besprechung Rößlers (im Januarheft der Preußischen Jahrb. 1895) verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil er weit entfernt von gehässiger Anklage, von Seiten der ernsthaften deutschen Forschung wohl zuerst, und zum Theil zutreffend auf einen sachlichen Unterschied zwischen beiden hingewiesen hat. Der Unterschied, sagt Rößler, besteht darin, daß nach dem Originaltelegramm der König das Gespräch mit dem Botschafter dadurch abgebrochen hat, daß er erklärte, über den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron noch keine Nachricht zu haben.

[1]) Hans Blum a. a. O., IV, 247.

Erst auf den Vortrag des Grafen Eulenburg und Abekens habe der König beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß seine Majestät jetzt die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Nach dem veröffentlichten Telegramm erscheint der Vorgang so, als habe der König den weiteren Empfang des Botschafters schon im Gespräch abgelehnt und damit die Aufforderung zu dem Versprechen schroff zurückgewiesen, eine Wiederaufnahme der Hohenzollernschen Candidatur zu erlauben. Das ist so nicht richtig; aus dem Telegramm allein geht überhaupt nicht deutlich hervor, daß ein Gespräch stattgefunden hat, die Forderung konnte auch schriftlich gestellt sein. Auch Rößler vermischt hier vielleicht — doch will ich ihm das nicht unterschieben — das, was ihm aus der Legende vorschwebt, mit dem Inhalt der von Bismarck redigirten Depesche. Die Worte aber: Se. Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen 2c., können garnicht — ohne daß man direkt einen Fehler in die Depesche hineinliest — den Sinn haben, daß der König schon im Gespräch den weiteren Empfang abgelehnt habe, dann müßte eben ein „weiter", „wieder", „nochmals" oder ein ähnliches Wort dabeistehen, wie Rößler selbst es unwillkürlich in sein Referat eingeschoben hat (den weiteren Empfang des Botschafters, sagt er). Der König hatte aber, fährt Rößler fort, dem Botschafter auf dem Bahnhof die Hand zum Abschied gereicht, und darin konnte man die Geneigtheit sehen, die Verhandlungen im regelmäßigen Geschäftsgange fortzusetzen.[1]) Dieser letzte Satz ist irreführend; er verleitet an die Vorgänge in Ems zu denken, von denen in der Originaldepesche nichts steht. Denn die Begegnung fand am 14. Juli statt, kann also bei der Vergleichung jener Depesche mit dem Zeitungstelegramm, die beide am 13. aufgegeben wurden, nicht in Betracht kommen.

Der Unterschied der beiden Depeschen ist folgender:

Das Bismarcksche Telegramm enthält einerseits eine Milderung, andererseits eine Verschärfung der Vorlage.[2]) Eine Milderung liegt im Weglassen der Angabe, daß Benedetti den König auf der Promenade abgefangen, daß er das Gewünschte auf zuletzt sehr zudringliche Art vom Könige verlangt habe, daß der

---

[1]) Der König hatte es auf dem Bahnhof ausdrücklich ausgesprochen, daß etwaige Verhandlungen durch seine Regierung gehen müßten. Benedetti S. 387.

[2]) Hans Blum, Fürst Bismarck IV, 248 f., Sybel und Felix Dahn wollen irrthümlich nur Milderungen in derselben sehen.

König ihn zuletzt etwas ernst zurückgewiesen, daß er auf Benedettis Zumuthung hin ihn nicht mehr zu empfangen beschlossen habe. Meiner Empfindung nach ist der von Bismarck gewählte Ausdruck, „nichts weiter mitzutheilen", auch noch um eine Schattirung — eine starke Schattirung milder als der Ausdruck im Original „habe ihm nichts weiter zu sagen."

Die Verschärfung ist eine doppelte. Im Abekenschen Text ist der vom König gemachte Vorschlag und der Bericht über die Vorgänge in Ems zu unterscheiden. Der König schlug vor: die neue Forderung und ihre Zurückweisung zu veröffentlichen. Bismarck geht einen Schritt weiter und meldet, was der König wohl kaum gemeint, mit den Worten der Vorlage auch noch — und das ist das Außergewöhnliche — die glatte Abweisung des Botschafters, die Verweigerung einer Antwort und zwar ohne eine Motivirung, die das als eine natürliche Form des Schlusses der Discussion erscheinen läßt.

Das ist eine Erweiterung und Verschärfung des vom König gemachten Vorschlages, den Bismarck verwerfen, ausführen, erweitern konnte und durfte; aber damit hat er, wie Benedetti richtig sagte, der Depesche „eine Tragweite gegeben, die sie ursprünglich nicht hatte."[1])

Eine Veränderung und Verschärfung der Darstellung des Vorganges — neben den angeführten Milderungen — liegt darin, und das hat Rößler der Hauptsache nach richtig herausgefunden, daß diese Abweisung zugleich als das Ablehnen einer Antwort erscheint. Den Worten: Se. Majestät habe dem Botschafter nichts weiter zu sagen, geht in der Abekenschen Depesche die Mittheilung voran, daß der König dem Botschafter geantwortet hatte; sie schließen sich an die durch den Adjutanten überbrachte, vom König verheißene Mittheilung an und tragen dadurch doch einen anderen, milderen Charakter als in dem Zeitungstelegramm, demzufolge der Adjutant nichts als diese Worte zu überbringen hatte, was wohl nur als eine scharfe Zurückweisung gedeutet werden kann. Außerdem hatte nach Abekens Depesche der König die Zumuthung Benedettis zwar entschieden abgewiesen, er war aber doch auf dieselbe eingegangen, hatte sie einer Antwort gewürdigt, und dann erst war die völlige Abweisung des Botschafters erfolgt und zwar nicht die Abweisung allein, sondern verbunden mit einer nochmaligen Antwort. Das wird aus dem Telegramm nicht ersichtlich, nach diesem scheint es so, als sei über-

[1]) Benedetti, Mission à Ems S. 393. «Après avoir renversé le sens de la dépêche du Roi et lui avoir donné une portée qu'elle n'avait pas», fälschlich spricht er von «dépêche du Roi». Inwieweit das Umkehren des Sinnes zutrifft, soll weiter unten untersucht werden.

haupt jede Antwort verweigert worden. Es ist also falsch, wenn Sybel sagt: Es sei die trockene Erzählung von Thatsachen, deren Richtigkeit unbestritten blieb. Es sind wichtige, für den Charakter der Unterhaltung nicht unwesentliche Umstände übergangen, und deshalb spiegelten sich im Telegramm die Thatsachen eben nicht richtig ab.

Hier sei noch Folgendes bemerkt. Wenn Sybel (S. 329, Anm.) angiebt, zwischen den Zeilen des Königs an Abeken und dem Bericht Benedettis habe sich insofern ein Widerspruch ergeben, als Benedetti sage, daß der König ihn (nicht er den König) angeredet, so erledigt sich dieser scheinbare Widerspruch durch die Bemerkung Delbrücks: „Der Botschafter konnte niemals den König zuerst anreden. Wenn ein so hoher Herr schreibt, «er fing mich auf der Straße ab», so heißt das nicht, «er redete mich an», sondern «er stellte sich so auf, daß es bemerklich war, er wünschte angeredet zu werden, und ich konnte wohl nicht umhin es zu thun»" (a. a. O. 48 Anm.). Daß das die Situation war, ergiebt sich aus Benedettis eigenem Bericht. Diesem zufolge war Benedetti, um seinen Auftrag auszuführen, ohne die Aufforderung zu der in Aussicht gestellten Audienz abzuwarten, auf die Brunnenpromenade geeilt, um dort den König zu treffen und Gelegenheit zu haben, mit ihm zu sprechen, also — um ihn „abzufangen". Dieser Ausdruck entspricht also völlig der Sachlage, auch wenn der König auf Benedetti zutrat.[1])

Das peinlich Berührende bei der „Emser Depesche" ist wohl weniger der Unterschied zwischen dem Zeitungstelegramm und seiner Vorlage als die Differenz zwischen dem Charakter der thatsächlichen Emser Vorgänge und dem, was man nach diesem Telegramme über diese Vorgänge vermuthen konnte. Das ist der oben erwähnte Fehler, den ich bei der Beurtheilung des Telegrammes selbst begangen habe, den auch Rößler begangen hat.[2]) Unter demselben Gesichtspunkte haben die Franzosen geurtheilt, so Gramont bei seiner Ablehnung der englischen Vermittelung am 18. Juli 1870. Diese Vorgänge in Ems sind es auch, die Benedetti in seiner neuesten Schrift (Ma mission à Ems) bei der Anklage, die er gegen die

[1]) Je n'ai pas perdu un instant dès la première heure, bien que le Roi en se levant se fût rendu aux sources minérales, pour approcher Sa Majesté et exécuter vos ordres (Mission en Prusse S. 377.) In seiner neuen Schrift (Mission à Ems S. 386): M'apercevant dans une allée, Sa Majesté vint au-devant de moi, et je pus sans autre retard lui apprendre 2c., was dem oben Ausgeführten nicht widerspricht.

[2]) Blum a. a. O. IV, S. 255, scheint zwischen den Vorgängen in Ems und der Schilderung derselben durch das Telegramm keinen Unterschied zu finden. Bleibtreu sagt: So unzweifelhaft sie rein formell nicht den Emser Vorkommnissen entsprach; a. a. O., S. 2, Kol. 1.

Depesche erhebt, im Auge hat; auch er vergleicht nicht sowohl das Telegramm mit seinem Original als das Verhalten des Königs mit dem des Kanzlers. Die Veränderung der Thatsachen im Telegramm gegenüber der Depesche rächte sich dadurch, daß das Telegramm zu den wirklichen Thatsachen in einen viel größeren — und anstößigen Gegensatz gerieth; denn gerade dasjenige in König Wilhelms Verhalten, was das Telegramm nicht hervortreten ließ, gelangte in Ems nach Abgang der Depesche noch zu voller Ausprägung. Nun muß aber von vornherein festgestellt werden, daß Bismarck seit dem 12. keine Nachricht aus Ems hatte, die Vorgänge des Tages, welche die Depesche nicht enthielt, nicht kannte, also von den weiteren Sendungen des Adjutanten nichts wußte. Ferner muß nachdrücklich hervorgehoben werden, daß die angegebene Differenz nicht allein der Bismarckschen Redaction zuzuschreiben ist, daß vielmehr schon die Abekensche Depesche kein genau zutreffendes Bild von jenen Vorgängen giebt; schon sie erscheint wie eine Verschärfung, weil sie das Langmüthige in König Wilhelms Verhalten nicht voll hervortreten läßt, nichts von den verschiedenen Sendungen des Adjutanten und den verschiedenen Erklärungen, die er zu überbringen hatte, von seinem höflichen Benehmen, von der Verweisung der Verhandlungen an die Minister und der Abschiedsaudienz auf dem Bahnhof sagt, sondern nur kurz den letzten Beschluß des Königs, das Ergebniß der Unterhandlungen vom 13. mittheilt und zwar mit jenen verhängnißvollen Worten: „Seine Majestät habe ihm nichts weiter zu sagen", die schon hier die Abweisung etwas schroffer, als sie wirklich ausfiel, und zweitens wohl gar als einen Abbruch der Verhandlungen erscheinen lassen. Abeken aber konnte seinerseits wieder das alles nicht berichten, weil er schon am 13. Juli, 3 Uhr 50 Nachmittags telegraphirte, und weil er ja vor der ersten Sendung des Adjutanten — und wahrscheinlich nur dieses eine Mal — bei dem König Vortrag hatte und wohl selbst noch nicht wußte, wie der König gehandelt hatte. — Ob er etwa den bei der Berathung gefaßten Beschluß zu scharf formulirt hatte, wissen wir nicht. Nicht nur willkürliches Handeln braucht hier im Spiel zu sein, es kann auch jenes außer aller menschlichen Berechnung und über sie hinausliegende „Es fügte sich so" sein; denn zum Theil beruhte jene für den Gang der Dinge bei dem Ausbruche des Krieges wichtige Differenz zwischen den Vorgängen in Ems und den sich zuerst darüber — nach dem Erscheinen der Depesche — bildenden Vorstellungen darauf, daß König Wilhelm, der soeben zu den von Benedetti gemachten Zumuthungen auch noch die durch Werther übermittelte eines von ihm zu schreibenden Beschwichtigungsbriefes erfahren hatte, in gerechtem Zorn sich zunächst bei der Berathung vielleicht etwas schärfer ausgesprochen hat und dieselben schärfer hat zurück-

weisen wollen, dann aber doch noch milder und versöhnlicher, maßvoller gehandelt hat, als er es zunächst gewollt haben mag und als Abeken glauben konnte. Bismarck seinerseits konnte sich natürlich nur nach dem richten, was ihm vorlag. Den gerechten Zorn König Wilhelms über jene Zumuthungen bezeugen die Worte des königlichen Handbillets vom 13. Juli, die Caprivi im Reichstage (23. November 1892) mitgetheilt hat. „Es ist doch nothwendig, an Werther zu chiffriren, daß ich indignirt sei über die Gramont-Ollivier'sche Zumuthung und mir das Weitere vorbehalte." [1])

Fürst Bismarck selbst soll im Gespräch die Depesche als Beispiel angeführt haben, wie man, durch bloße Auslassungen, den Sinn einer Rede ins Gegentheil verkehren könne, und dabei erzählt haben, wie Moltke nach seiner „Redaction" derselben gesagt habe: vorher war es eine „Chamade" (Signal für beabsichtigte Capitulation), jetzt ist es eine „Fanfare" (Signal für unmittelbar bevorstehenden Angriff). Die Bemerkung Moltkes aber, sagt Delbrück, ist eben eine Uebertreibung, wie sie bei solchen Scherzworten stets stattfindet; bei Bismarcks eigener Erzählung vom Umkehren des Sinnes aber möchte man, wenn man sieht, wie wenig das Telegramm in der Wiedergabe der Thatsachen von der Urdepesche abweicht, fragen: Wie ist Fürst Bismarck eigentlich zu seiner Erzählung und Moltke zu seinem Witz gekommen? Durch Roons Aufzeichnungen (S. 47) ist es bekannt geworden, daß er und Moltke bei Bismarck zur Tafel waren, als die Depesche ankam. Dieser habe „das, was unwesentlich oder gar zur Veröffentlichung nicht geeignet erschien, in der Depesche gestrichen. Das Uebrige ließ er, ohne irgend einen Zusatz gemacht zu haben, sogleich veröffentlichen. Die gekürzte Fassung hatte er vorher seinen Gästen vorgelegt und beide damit einverstanden gefunden." Roon sagte: „Das klingt besser." Wenn er die Aenderung wirklich als eine Entstellung der Wahrheit empfunden hätte, so hätte sich ein Mann wie Roon „ächt und recht in Rath und That" wohl nicht mit einem „das klingt besser" damit zufrieden gegeben.

Passend weist Hans Blum zur Erklärung jener Bemerkung Moltkes auf die gedrückte Stimmung hin, die sich der beiden Generäle bei dem Empfang der Depesche unter dem Eindruck der von Preußen erlittenen schweren Niederlage bemächtigt hatte [2]) — Chamaden-

[1]) Schultheß, Jahrg. 1892, S. 164.

[2]) Nach Hans Blum a. a. O. IV, 246 nebst Anm. und 249 und Sybel VII, 327 und 29 waren Beide damals Bismarcks Tischgäste. Blum beruft sich auf einen Bericht von Roons Sohn in der Kreuzzeitung vom 14. Mai 1891 (den ich einzusehen nicht Gelegenheit habe), der wohl die Hauptquelle für diese Stunde sein dürfte und Roons Aufzeichnungen in der „Deutschen Revue", Maiheft 1891. Hier heißt es aber: „In einer der

stimmung. Wie viel anders die Veröffentlichung aber doch ausgefallen war, als der König erwartet hatte, zeigt eine Erzählung, die sich auf Mittheilungen des Ministers Grafen Eulenburg beruft — und von der Delbrück sagt (S. 48), er sei in der Lage, ihre Richtigkeit zu bestätigen — wonach der König, der die Depesche am nächsten Tage auf der Morgenpromenade erhielt, nachdem er sie zweimal gelesen, sie, betroffen über den Ton, dem Minister überreicht habe mit den Worten, „das ist der Krieg". Dem entspricht der von Delbrück gewählte Ausdruck: „der Unterschied liegt nicht in der Sache, sondern im Ton". Man mag ihn nicht unzutreffend so bezeichnen. Mais c'est le ton, qui fait la musique. Das ist es eben! Der veränderte Ton ist geeignet, den ganzen Vorgang als einen anderen erscheinen zu lassen, als er wirklich war und als er in Ems sich abspielte. Der Ton der Unterhandlungen in Ems und der Ton des redigirten Telegrammes, die sind so scharf von einander unterschieden — immer wieder geräth man in Versuchung, diese beiden mit einander zu vergleichen — weniger der Ton der Emser Urdepesche und des Telegrammes. Die Emser Verhandlungen waren — wenn wir jenes Bild festhalten — „die Chamade". Der König selbst hatte ihr jetzt ein Ende gemacht, indem er die Unterhandlungen für seine Person abbrach — und die Sache in Bismarcks Hände legte. Sein Vorschlag an Bismarck ist ja schon der Vorschlag, jetzt einen anderen Ton anzuschlagen, er selbst hat dazu die Initiative ergriffen. Und das hat dann Bismarck gründlich besorgt.

Der Absicht nach stellt das Telegramm weniger die Behandlung dar, die Benedetti erfahren hatte, als die Zurückweisung, die Frankreich auf seine Forderungen verdient hätte, sie will weniger die Antwort ausdrücken, die gegeben worden war, als die, die man zu geben wünschte und die jetzt für nothwendig erachtet wurde. Es kommt darauf an, wie man die Depesche liest; das Bild, das man sich von dem Vorgange macht, kann sehr verschieden sein.

---

nächsten Sitzungen des übrigens noch nicht vollzählig versammelten Staatsministeriums (als solche sieht er wohl die Berathung bei Bismarck, bei der die beiden Generäle dann auch zu Tisch blieben, an), wurde in schneller Geistesgegenwart und mit großem Geschick der zu solchem Zwecke bestimmte Alarmruf redigirt, zu welchem die Vorgänge in Ems und die Unterredung Benedettis und König Wilhelms die willkommene Unterlage boten. So ist jene aus Ems datirte Wolffsche Depesche in der Wilhelmstraße in Berlin entstanden." Die abweichende Angabe in den Bismarckregesten, daß Bismarck an diesem Tage bei Frau von Arnim zu Tische gewesen, ist bereits von Horst Kohl selbst in den Hamb. Nachrichten berichtigt worden, 12. Jan. 1893, Nr. 10, M.-A. In den Denkwürdigkeiten aus dem Leben Roons fehlt auffallender Weise die Schilderung dieser bedeutungsschweren Stunde.

Die verschiedene Beurtheilung, die sie erfahren hat, ist bedingt durch den doppelten Charakter, den sie trägt. Einerseits ist sie und zwar in erster Linie, ein selbständiger diplomatischer Akt des auswärtigen Amtes, der die Stellung charakterisiren soll, welche die Regierung zu den Emser Vorgängen einzunehmen gedenke, und da konnte ihr natürlich jede Form gegeben werden, die für angemessen und zweckentsprechend gehalten wurde; andererseits aber giebt sich die Depesche als ein Bericht über das, was in Ems geschehen sei, und als historischer Bericht ist sie allerdings dazu angethan, eine irrige Vorstellung zu erwecken oder mindestens die Frage wachzurufen, ob nicht dem Botschafter widerfahren sei, was ihm nicht widerfahren ist, und der König gehandelt habe, wie er nicht gehandelt hat und wie er wohl auch nicht handeln konnte; sie kann, was eine höfliche und doch feste Ablehnung war, als eine grobe Abfertigung[1]) und den greisen König gerade als das erscheinen lassen, was er nicht gewesen war, als einen Gegenbeleidiger.

Das meinem Gefühl nach für den Deutschen Unbehagliche, ja Peinliche bei der Emser Depesche ist einmal die oben berührte Erweckung und Beförderung einer falschen Vorstellung und zweitens der Umstand, daß sie dadurch den Eindruck machen kann eines gewissen Sich-Brüstens mit einer Schroffheit dem Gegner gegenüber, die gar nicht existirt hat, mit einem Kampfesmuth, den man, d. h. die preußische Staatsregierung wünscht, schon früher gezeigt zu haben, den man aber — obgleich man ihn in vollem Maße besitzt — bisher im Zaume gehalten hat und mit dem man erst jetzt hervortritt. Indem Bismarck im Namen der preußischen Regierung handelte, wie er es für nöthig fand, ließ er seinen König so handeln vor den Augen der Welt, wie es, seinem Geschmacke nach, einem König von Preußen am besten anstand. Aber er hätte nur immerhin die Eigenart seines König gelten lassen dürfen.

---

[1]) In Ems gab es, erklärte Benedetti, weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten (ni insulteur, ni insulté, Mission à Ems, S. 391), und er beschwert sich nicht darüber, daß König Wilhelm ihn nicht in der Sache empfangen, sondern seinen Adjutanten gesandt — da unterdessen die Zumuthung eines Beschwichtigungsbriefes an ihn herangetreten war (Mission en Prusse, S. 383, s. a. S. 370 und Mission à Ems, S. 391). Daß die Audienzverweigerung an sich in diesem Fall nichts Beleidigendes enthielt, erkannte selbst Gramont an, indem er zugesteht: Wollte der König einmal die Garantie für die Zukunft versagen, so sei die Verweigerung weiterer Audienzen für Benedetti begreiflich, weil die Verhandlungen gegenstandslos geworden seien (Sybel VII, S. 336). Auf die beleidigende Absicht (Olliviers Worte) dabei haben wohl auch die Franzosen erst aus der Bekanntmachung der Verweigerung geschlossen.

Gewiß, ein König von Preußen hätte hier in Ems auch anders handeln können und dürfen, als König Wilhelm gehandelt hat; er hätte die neuen Zumuthungen sofort — und das wäre unfraglich mehr in Bismarcks Sinn gewesen und hätte der Stimmung des deutschen Volkes mehr entsprochen — schroff abweisen können; Deutschland wäre auch so in seinem guten Rechte gewesen. König Wilhelm konnte es nicht, namentlich da er sehr wohl wußte, wie nahe die spanische Sache ihn anging, und weil er dazu „zu einfach und zu ehrlich war".[1]) Deutschland, dem es beschieden war, hier in einer so edlen, einheitlich geschlossenen Persönlichkeit vertreten zu sein, wie es der greise Preußenkönig war, konnte — zumal derselbe dabei durch seinen großen Kanzler ergänzt wurde — zufrieden damit und dankbar dafür sein, daß König Wilhelm auch hier seinem gewissenhaften, schonenden, dem Gegner gerecht werdenden Wesen, daß er auch hier sich selbst treu geblieben ist.

Wie das Verhalten König Wilhelms in Ems ein Ausdruck seines eigensten Wesens war, so war auch die Emser Depesche ein Wort, eine That des ganzen Bismarck, mit seinem divinatorischen Scharfblick, seiner heißen Vaterlandsliebe, seiner kampfbereiten Löwennatur und seiner dämonischen Leidenschaftlichkeit. Wie hatte er gerungen, Jahre hindurch, um diesem lauernden Frankreich, welches das erwachsende Deutschland niederzuhalten für sein gutes Recht ansah, das Schwert in der Scheide zu halten — und nun wurde sein Vaterland doch von ihm angetastet! Und die herausfordernden Zumuthungen des Gegners, theilweise befriedigt, ja auf Kosten Deutschlands befriedigt und dann dreist gesteigert, sollten ungestraft hingehen? Nimmermehr. Um keinen Preis durften die Verhandlungen in einer Preußens Ansehen schädigenden Weise auslaufen, «Quos ego!» Jetzt hielt er den Krieg für nothwendig. Wir antworten mit dem Schwert! So kehrt er denn — ich gestatte mir diese Phantasie auf die Gefahr hin, daß sie dem großen Alten im Sachsenwalde, falls er sie des Lesens würdigen sollte, ein ironisches Lächeln entlockt — den Spieß um und warf, vielleicht mit einem Lächeln auf den Lippen, in der Tiefe von heiligem patriotischen Zorn erfüllt, im Augenblick wohl auch vom Gefühl befriedigter Rachlust — wie viele Herzen haben das damals in Deutschland mit ihm gefühlt — den Gegner mit einem Ruck in eine Position, in der es hieß: Abgeblitzt zurück! sichtbar zurück oder — vorwärts! indem er der Depesche jene Gestalt gab, in der sie die Welt durchflog. Die Antwort aber, die hier gegeben wurde, es war ja nicht die Antwort nur auf die damaligen Herausforderungen der Franzosen, es war die Antwort auf all die Anschläge

[1]) Siehe hier die zutreffenden Aeußerungen Delbrücks a. a. O. S. 38.

Frankreichs, die er während seines Ministeriums erfahren hatte, die schließliche Antwort auf die Thaten der Franzosen seit 200 Jahren. „Wenn das Telegramm an die Gesandten um 11 Uhr abgeht, bemerkte er, kann es um Mitternacht in Paris gemeldet sein, und die Franzosen sehen dann, wie irrig die Behauptung ihrer Zeitungen war, daß Preußen zu Kreuze krieche.“ [1]) Aus diesen Worten, von Bismarck gesprochen, blitzt die Stimmung hervor, in der die „Emser Depesche“ redigirt wurde. Bismarck hätte nicht Bismarck sein müssen, wenn er die französischen Zumuthungen nicht freudig mit einem scharfen Gegenhiebe beantwortet hätte. Und eines sollte man dabei doch nicht vergessen. Nachträglich mögen wir in unserem Arbeitszimmer die Depesche hin- und hererwägen, sie analysiren, mit ihrem Original vergleichen und die Unterschiede aufsuchen — und greifen dabei auch jetzt wohl noch gründlich vorbei; damals mußte im Augenblick gehandelt werden; zu derartigen Analysen hatte Bismarck am Nachmittage des 13. Juli 1870 keine Zeit; dem, worauf es ihm ankam, wurde in genialer Weise schlagend Ausdruck gegeben — im Uebrigen mochte wohl ein Haken an der Sache bleiben. Das Telegramm „wahrte in Bismarcks Auffassung einfach die nationale Ehre, indem so neue, sicher zu erwartende Nörgeleien und Beschimpfungen endgültig abgeschnitten wurden.“ [2])

Diejenigen, die die Sache ihres Vaterlandes durch einen Bismarck geleitet sehen dürfen, müssen schon auch das, was sie daran nicht rechtfertigen können, und was sie vielleicht von Herzen beklagen, von ihm entgegennehmen, mit dem Großen, das sie aus seiner Hand empfangen haben. Aber es liegt in diesem Umstande ein an dem Gegner begangenes Unrecht, mag man dasselbe nun größer oder geringer werthen, und, gerade um der großen Sache Deutschlands willen, können wir nur ernstlich jeden Schatten bedauern, der dadurch auf die „Emser Depesche“ fällt; aber leugnen können und wollen wir ihn nicht, und — je größer dieser Augenblick deutscher Geschichte ist, je mehr Gewicht Deutsche und Franzosen auf denselben legen, um so mehr Grund haben wir, durch eine ehrliche Anerkennung auszugleichen, was darin an Verschuldung liegt, nicht nur, weil wir das unseren Gegnern, sondern auch, weil wir es uns selbst schuldig sind. Und jeder von uns, der sich dieser Anerkennung nicht entzieht, arbeitet — je höher er steht, desto mehr — an seinem kleinen Theil mit, den Stachel der Bitterkeit, der den Frieden Europas bedroht, aus der Wunde, die geschlagen werden mußte, zu entfernen.

Erwägen wir nun, ehe wir unser Urtheil abschließen, die Wirkung der Depesche. — Mit Jubel ist damals die Abfertigung

[1]) Sybel VII S. 331 erzählt hier wohl nach direkten Mittheilungen des Fürsten Bismarck. Vgl. oben S. 454 Anm. 2.

[2]) Bleibtreu a. a. O. S. 1 Kol. 1.

Benedettis, ist gerade auch das Schroffe und Frankreich Empfindliche, das sie zu enthalten schien, in Deutschland begrüßt worden. Hüben und drüben ist dann noch mehr aus der Depesche gemacht worden, als zunächst in ihr lag, und sie konnte drüben zur „beleidigenden Note“ werden und hüben als das „Senfkorn“ angesehen werden, aus dem der Baum der Emser Legende erwuchs. Ich sage: angesehen werden, denn sie ist nur eine Wurzel desselben, nicht sein Keim schlechthin.

Zunächst ist die Legende doch wohl aus dem entstanden, was sich in Ems gleich nach den Geschehnissen herumsprach. Dazu kam dann das, was in Berlin geredet wurde, nachdem dort Abekens Depesche angelangt und durch sie Einzelnen bekannt geworden war, daß der König Benedettis Benehmen als störend und zudringlich empfunden habe, und nachdem am Abend des 14. Juli die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Notiz gebracht hatte, „Benedetti habe die Regeln des diplomatischen Verkehrs so weit aus den Augen gesetzt, daß er sich nicht enthalten, den König in der Badecur zu stören, ihn auf der Promenade über die Angelegenheit zu interpelliren und ihm Erklärungen abdringen zu wollen“ (Sybel VII, S. 343). Eine ähnliche Steigerung enthält der Vorgang in München, über den der Vertreter Frankreichs daselbst nach Paris telegraphirte: der preußische Gesandte habe dem bairischen Minister erklärt, König Ludwig werde nicht unbemerkt lassen, daß Benedetti den König Wilhelm auf der Promenade in herausfordernder Weise (manière provocante) angesprochen habe, was Gramont in größter Aufregung so wiedergab, als sei gesagt worden: König Wilhelm habe „durch Benedetti insultirt“, sich geweigert, denselben zu empfangen; als einen Backenstreich auf Frankreichs Angesicht, bezeichnet Gramont das (Sybel VII, 339 u. Anm. 2). Nicht das Emser Telegramm an sich, sondern der Eindruck, den der Vorgang in Ems gemacht, und diese zum Theil wohl auf König Wilhelms Zeilen an Abeken zurückgehenden und die Meldung des Königs steigernden und übertreibenden Nachrichten, zusammengehalten noch mit der vom Emser Telegramm gemeldeten Abweisung des Botschafters, weckten jene Vorstellungen und ließen das Bild entstehen, das im Liede: „König Wilhelm saß ganz heiter“ seine unvergeßliche Schilderung gefunden hat.

Darüber, was der allererste Eindruck der Depesche auf die Franzosen war, ehe das Urtheil sich fixirte, weiß ich wenig zu sagen.[1])

---

[1]) Die eben erwähnte Nachricht aus München zeigt deutlich, daß die Depesche als beleidigend empfunden wurde, man weiß nur nicht, ob sie den Eindruck des preußischen oder des französischen Agenten dort wiedergiebt. Französische Zeitungen aus jenen Tagen habe ich hier keine Gelegenheit einzusehen. Der „Constitutionel“ erklärte am Abend des 15.: „Preußen beschimpft uns“ Schultheß, Jahrg. 1870. S. 369.

Nicht recht klar ist, wie Benedetti selbst sie zuerst aufgenommen hat. Er hat noch in Ems durch die „Kölnische Zeitung“ von ihr Kenntniß erhalten und in seinem Telegramm an seinen Minister nur festgestellt, daß sie in dem Cabinet des Königs ihren Ursprung haben müsse, weil er absolut Niemand Mittheilung von der Sache gemacht habe. Er hat dem Minister gar nicht einmal den Wortlaut mitgetheilt und den Inhalt in milderer Form wiedergegeben. Er hat sich in Ems nicht darüber beschwert und keinen diplomatischen Schritt gethan, der ein Gefühl des Beleidigtseins verrieth, worauf Gambetta in der Kammersitzung am 15. Juli besonders aufmerksam machte, wobei er aber wieder die Emser Vorgänge, im Gegensatz zur Depesche, im Auge hat. Die „Kölnische Zeitung“ scheint Benedetti, als er zuerst davon Meldung that, noch nicht gelesen zu haben; daß er den Wortlaut des Telegramms kannte, wird man wohl annehmen müssen.[1]) Ob er sich zunächst wirklich nicht dadurch verletzt gefühlt, oder ob er die Mittheilung des Wortlautes vermied, um nicht noch Oel ins Feuer zu gießen, ob er auf die kränkende Form weniger Gewicht legte, weil es in der „Kölnischen Zeitung“ nicht als eine offiziöse Kundgebung, sondern eben nur als Zeitungsnachricht erschien und somit auch zu diplomatischen Schritten keinen Anlaß gab, ist nicht zu entscheiden.

Später aber, als er seinen offiziösen Charakter und dann die Wirkung kannte, die es ausgeübt, hat er es allerdings für sehr beleidigend erklärt, wenn ich seine Worte recht verstehe.[2])

Sehr scharf spricht er diese Auffassung in seiner späteren Schrift aus: Er (Bismarck) zeigte durch diesen hinterlistigen Winkelzug (détour insidieux) ganz Europa an, daß der König dem Botschafter Frankreichs die Thür gewiesen habe (avait éconduit), indem er so

---

[1]) Un télégramme, daté d'ici, (Ems) publié par la Gazette de Cologne, et que la télégraphie privée nous rapporte ce matin, raconte que le Roi a chargé hier un de ses aides de champ de me déclarer qu'il ne prendrait aucun engagement pour l'avenir, et qu'il avait refusé de me recevoir pour continuer avec moi la discussion à ce sujet (Benedetti, Mission en Prusse S. 386).

[2]) Monsieur de Bismarck ... en donnant dans ses communications diplomatiques un caractère outrageant aux derniers incidents des négociations ouvertes à Ems (S. 409). Dies wird, glaube ich, gerade auch auf dieses Telegramm und zwar auf den Wortlaut des Telegrammes zu beziehen sein, während bei der anderen Aeußerung: le cabinet de Berlin avait présenté à divers gouvernements, d'une manière injurieuse et blessante pour la dignité de la France, l'accueil que le Roi m'avait fait en dernier lieu (a. a. O. S. 370), sich nicht entscheiden läßt, wie weit die offizielle Mittheilung der Abweisung oder die Form dieser Mittheilung gemeint ist.

der Kaiserlichen Regierung eine Demüthigung zufügte (infligeant), die diese zum Bruche treiben mußte.[1])

Nach Gramont soll die telegraphische Meldung des französischen Geschäftsträgers Le Sourd in Berlin, daß dort ein Extrablatt der offiziösen „Nordd. Allg. Zeitung" die Audienzverweigerung veröffentlicht habe, die friedliche Stimmung im Ministerrath am Morgen des 14. Juli nicht erschüttert haben (Sybel VII, 336). Darnach müßte, wenn Gramont hier wahrheitsgemäß berichtet, Le Sourd den Inhalt nicht als beleidigend gemeldet haben. Neben der steigenden Erregung der militärischen Kreise und der Stadt war es aber die Wirkung der Depesche aus München auf Gramont und Ollivier, also die Nachricht von der Auffassung der Emser Depesche in München, was die Berufung der entscheidenden Nachtsitzung um 10 Uhr veranlaßte (S. 339).

Wie sehr die „Emser Depesche" in dieser als Beleidigung Frankreichs empfunden wurde und zum Kriegsbeschluß mitwirkte — wenn sie auch nicht diejenige Depesche war, die im letzten Augenblick den Ausschlag gab[2]) — zeigen die Berichte Olliviers und Gramonts über diese Sitzung (Sybel VII, 341 f.) und die Darstellung des Herrn v. Parieu, aus der Sybel anführt: wie besonders die Herren Plichon und v. Parieu am Nachmittag dem Kriegsbeschluß widerstanden, und wie dann in der Nachtsitzung Ollivier und Gramont beinahe alle Minister zum Beschlusse des Krieges fortrissen, indem sie die Versendung von Bismarcks Zeitungstelegramm für eine Beschimpfung Frankreichs erklärten (N. Mitth. S. 57 f.).

Die Verhandlungen der französischen Kammer am 15. Juli zeigen, daß in erster Linie nicht sowohl der Wortlaut der Depesche, als die offiziöse und offizielle Bekanntmachung der Abweisung des Gesandten das Entscheidende war, was als Beleidigung der Nation empfunden wurde, doch lassen die Aeußerungen Olliviers: „Man meldet Europa, daß man unserem Botschafter die Thür gewiesen habe", und „zum Lohn für unsere Mäßigung werden die Verhandlungen in hochmüthiger Weise abgebrochen", erkennen, daß hier auch die Vorstellung, welche die Mittheilung von der Form dieser Abweisung erweckte, d. h. der Wortlaut des Telegramms eine Rolle spielte und die Empfindung beleidigt zu sein verschärfte.

Das unaufrichtige Spiel, welches das französische Ministerium, insbesondere Gramont mit der Kammer trieb, und die Leichtfertig-

---

[1]) Mission à Ems S. 393, 1873 abgefaßt, 1895 veröffentlicht; es ist dasselbe, was Ollivier in der Kammersitzung am 15. sagte.

[2]) Ueber jene entscheidende Depesche, deren Inhalt nicht bekannt und strittig ist, s. Sybel 342, 343 u. Anm.; Delbrück 52 ff.; Oncken I 553.

keit des von dieser gewählten Ausschusses in der Sitzung vom 15. Juli, die unverantwortliche, unredliche und frivole Weigerung, die angebliche „Depesche“ oder „Note“ an die europäischen Cabinette vorzulegen, wird wohl unsterblich bleiben, so lange es die Geschichte des großen Krieges bleibt, und die Empörung darüber in Deutschland beim Beginn des Krieges war ganz natürlich und berechtigt; die rückschauende geschichtliche Betrachtung aber wird in einer Hinsicht doch maßvoller urtheilen müssen, als es oft geschehen ist, sie wird den Vorwurf absichtlicher Täuschung nicht zu weit ausdehnen und anerkennen, daß bei der berüchtigten Umwandlung des Emser Telegramms aus einer Mittheilung an die eigenen Gesandten bei den deutschen und auswärtigen Regierungen in eine Depesche oder Notificirung an die europäischen Cabinette, die Minister sich selbst darüber nicht recht klar waren, ja nicht einmal wissen konnten, wie weit diese Mittheilung gegangen, wem alles sie gemacht worden und wie weit sie durch die preußischen Gesandten auch anderen Gesandten, auch den Regierungen übermittelt worden war, den deutschen und außerdeutschen. Erst Gambetta wies die Minister scharf auf den Unterschied zwischen Mittheilung an die deutschen Regierungen und an alle Regierungen hin. Auch aus Bern, also einem außerdeutschen Staat, war eine Nachricht über die Mittheilung des Telegramms gekommen; in Baiern, freilich einem deutschen Staat, mußte die Mittheilung auch an die Regierung gegangen sein. (Sybel VII, S. 339, Anm.) Die ministerielle, von Gramont und Ollivier verlesene Erklärung spricht nicht von einer Note an die Cabinette, sondern nur von einer „offiziellen Mittheilung“ (die preußische Regierung avait communiqué officiellement), die doch nicht unbedingt durch eine Note erfolgt sein mußte: erst in der Kammerdebatte ist immer wieder von einer Depesche die Rede.

Auch wenn die preußischen Gesandten Vertretern der Regierung mündliche Mittheilung von dem Telegramme machten, oder ihnen das benachrichtigende Telegramm übergaben, war es noch eine offizielle Mittheilung;[1]) im Rundschreiben vom 18. Juli sagt Bismarck selbst, daß es „den deutschen Regierungen“ mitgetheilt worden sei. Es berührt wohlthuend, auch einer billigeren und

---

[1]) Ollivier schildert ganz deutlich, wie er sich die Verbreitung dachte — verliest das Bismarcksche Telegramm auch als die Meldung eines Geschäftsträgers; läßt sich allerdings einmal verleiten, von Telegrammen adressés à toutes les cours de l'Europe zu reden, spricht auch von Berichten, die man nicht vorlegen könne, erklärt aber auch offen und ehrlich — was ihm nicht vergessen werden sollte — daß eine Depesche im wahren Sinne nicht existire. S. Staatsarchiv XIX S. 48. 56. 57. 59. 60.

milderen Beurtheilung zu begegnen. So spricht Fontane „von einem Irrthum", Delbrück von „einer kleinen Steigerung."[1])

In Beurtheilung der Depesche sagte Ollivier in dieser Sitzung: „Man wollte uns eine Schlappe beibringen, um sich für den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern zu entschädigen." Das ist theilweise richtig: Nicht gerade für den Verzicht des Prinzen, aber für den Triumph, daß er unter französischen Drohungen erfolgt, für den Schein, daß Preußen ihnen gewichen war, wollte man sich entschädigen.

Mit besonderer Klarheit spricht sich der Eindruck, den der Wortlaut des Telegramms machte, in der Erklärung aus, mit der Gramont — natürlich, indem er das Telegramm mit den Emser Vorgängen verglich — im Namen der Kaiserlichen Regierung am 18. Juli die englische Vermittelung zurückwies: Sie sei durch die letzten Schritte der preußischen Regierung unmöglich geworden. Diese habe Frankreich insultirt, indem sie dem Publicum erklärte, der König habe den französischen Botschafter beleidigt ... Der König habe in der That den Herrn Benedetti nicht einmal mit der rohen Unhöflichkeit behandelt, mit welcher die preußische Regierung prahle, aber diese habe es jetzt für gut befunden, Deutschland und Europa zu erklären, daß Frankreich in der Person seines Botschafters beleidigt worden sei. Und gerade dieses Sich-Brüsten mache die Beleidigung aus ...[2])

Es ist ganz ungerecht, zu verkennen, daß die offiziöse und offizielle Verbreitung einer solchen Nachricht, die gerade dadurch, daß sie ein dem Thatbestande nicht genau entsprechendes Bild gab, als eine kränkende Abfertigung Frankreichs aufgefaßt und bejubelt wurde,

[1]) Wenn Blum (a. a. O. IV 255) es eine „faustdicke Lüge" nennt, daß das Telegramm zu einer „amtlichen Note" umgestempelt wurde, so hätte er sich wohl vor der Unachtsamkeit hüten sollen, die „offizielle Mittheilung" der ministeriellen Erklärung selbst zu einer „amtlichen Note" zu machen. Als eine zweite „faustdicke Lüge" bezeichnet er es, daß in der ministeriellen Erklärung behauptet worden, „der Botschafter sei abberufen d. h. der diplomatische Verkehr mit Frankreich von Deutschland in verletzender Form abgebrochen worden." In jener Erklärung heißt es aber, nur (Staatsarchiv XIX S. 48) « avait reçu l'ordre de prendre un congé » — also „einen Urlaub zu nehmen." Dadurch schiebt er dem Gegner erst unter, was derselbe nicht gesagt hat, und was ihm dann zu so schwerem Vorwurf gemacht wird. An derselben Stelle, wo er dem Gegner drei „faustdicke Lügen" vorwirft, in leidenschaftlicher Unachtsamkeit zwei Verdrehungen dessen, was der Gegner gethan! Wie schade um das begeisterungswarme Buch! — diese schnöde Unbill!

[2]) Bericht des Lord Lyons, des englischen Botschafters in Paris, über seine Unterredung mit dem Herzog von Gramont. Aus dem englischen Blaubuche bei Hahn, Fürst Bismarck II, S. 59.

wirklich eine Kränkung Frankreichs war. Bismarck hätte eine solche Maßregel Deutschland gegenüber wohl sicher auch als Beleidigung aufgefaßt.

Die Anerkennung dessen aber lassen die deutschen Darstellungen dieser Vorgänge durchaus vermissen, sie sind darin ungerecht. Mit anerkennenswerther Gerechtigkeit urtheilt Karl Bleibtreu; rückhaltlos spricht er es aus, daß das Telegramm „unzweifelhaft“ eine absichtliche „öffentliche Beleidigung“, eine „öffentliche Beschimpfung Frankreichs“ enthalte — er geht sogar viel zu weit, indem er es „unzweifelhaft eine unsühnbare Beleidigung“ nennt.[1])

Thiers nannte es bei seinem heroischen Widerstand gegen die Kammer am 15. Juli nur eine Frage der Empfindlichkeit, eine Frage der Form (une question de susceptibilité, question de forme).[2])

Die Depesche wirkte als abwehrende Gegenprovocation und sollte als solche wirken, sie gefährdete so, bis zu einem gewissen Grade, die vortheilhafte Position, in die das ungestüme Drängen Gramonts und das maßvolle Verhalten des Königs Deutschland gebracht hatten, und gab so Frankreich das Recht, jetzt seinerseits eine genugthuende Erklärung oder Zurechtstellung deutscherseits zu verlangen.[3]) Ich möchte glauben, daß Frankreich die europäische Diplomatie dabei auf seiner Seite gehabt hätte.

---

[1]) Unzweifelhaft — fügt er aber hinzu — waren verletzende Zumuthungen, gewürzt mit versteckten Drohungen, von Seiten Frankreichs vorangegangen, welche zwar nicht die persönliche Würde König Wilhelms, wie man sich naiv vorreden ließ, wohl aber die Großmachtsstellung Preußens empfindlich antasteten. Von dem König Wilhelm zugemutheten Briefe sagt er: „Wir stehen nicht an zu behaupten, daß eine frechere Unverschämtheit gegen das Oberhaupt eines mächtigen Staates noch nie gewagt worden ist“ (a. a. O. S. 1 Col. 2 u. 3; S. 2 Col. 1 u. 3; S. 3 Col. 2).

[2]) Staatsarchiv XIX S. 53. Schultheß 1870 S. 365.

[3]) „Wie man es anfängt“, sagt Delbrück (Ursprung des Krieges von 1870), „auch trotz solcher Vorkommnisse im Frieden zu bleiben, wenn man es will, hat Fürst Bismarck gezeigt, als in dem Karolinenstreit mit Spanien am deutschen Botschaftshotel in Madrid erregte Volksmassen das deutsche Wappen herunterrissen. Da erklärte die Nordd. Allg. Zeitung, „eine Sachbeschädigung sei kein Grund zum Kriege zwischen zwei großen Nationen.“ Man brauchte dem Extrablatt gegenüber bloß die Berichte des eigenen Botschafters zu veröffentlichen und auch sonst dafür zu sorgen, daß der Verlauf klar gestellt würde, so war der Zwischenfall überwunden.“ Die Berechtigung dieses Vergleiches muß ich entschieden bestreiten: Wie kann man eine Sachbeschädigung durch den Pöbel, die amtlich entschuldigt wird, mit der offiziösen, ja auch offiziellen Verbreitung einer kränkend mißverständlichen Nachricht vergleichen! Das „auch sonst dafür sorgen, daß der Verlauf klar gestellt wurde“ konnte eben darin bestehen, daß die französische Regierung sich nicht damit begnügte, die Berichte des eigenen Botschafters zu veröffentlichen, sondern — eine Zurechtstellung deutscherseits verlangte. —

Nicht aber eine darauf gerichtete Forderung erfolgte, sondern jene thöricht überstürzte Kriegserklärung, der keine Anzeige darüber, daß man sich beleidigt fühle, keine Zeile eines Schriftstückes, vorangegangen war.

Wenn nun aber, unter Berufung auf die Emser Depesche, der französische Historiker Ernest Lavisse in dem Briefe, den er vor den deutschen Nationalfesten des Jahres 1895[1]) an den deutschen Kaiser richtete, der französischen Anschauung Ausdruck gebend, sagt: „Zunächst werden wir (die Franzosen) uns erinnern, daß, wenn Frankreich den Krieg auch erklärt hat, es diesen Krieg doch nicht gewollt hat," und wenn er hinzufügt: Bismarck, Moltke und Roon[2]) dagegen hätten ihn um jeden Preis herbeiführen wollen, wenn ferner Benedetti gleichfalls unter Berufung auf diese Depesche in seiner neuesten Schrift erklärt: „Er (Bismarck) ist und bleibt der hauptsächlichste und verantwortliche Urheber des Krieges von 1870," — so ist darauf zu erwidern, daß das Behauptungen sind, die nur in einem bestimmten beschränkten Sinne, der zum Theil in diesem Artikel erläutert wird, richtig sind, durch die aber — ohne die nöthige Einschränkung — die wahre Lage der Dinge geradezu umgekehrt wird — für den, der die Stunden der Entscheidung im Zusammenhang mit der Vergangenheit betrachtet. Es ist bei solchen Behauptungen wohl der Kriegstaumel in Frankreich und der Hohn über Deutschland — schon vor der Emser Depesche — aus den Augen gelassen und nicht beachtet, daß es bei dem Urtheil darüber, was Frankreich gewollt oder nicht gewollt habe, doch besonders auf die ankommt, die als

[1]) Ich kenne den Brief nur aus den Referaten der St. Petersburger und der Münch. Allg. Zeitung.

[2]) Moltke hat ihn, zumal er unvermeidlich sei, baldmöglichst gewollt. Roons Stellung weiß ich nicht näher zu präcisiren. Nach dem Vorgehen Frankreichs in Ems scheint er den Krieg gewünscht zu haben. Sein Verhalten bei Redaction der Depesche, seine zufriedene Zuversicht gegenüber dem kriegerischen französischen Kammerbeschluß vom 15. Juli (Denkw. II, 426) scheint das zu zeigen. Aber siehe die Ausführung im Text. Was Bismarck anlangt, so hoffe ich im Jahr-Buch von 1897 in Einzelnem zu veranschaulichen, daß seine Politik nicht auf den Krieg mit Frankreich gerichtet war, aber schon hier sei auf den Artikel der Hamb. Nachr. „Die Emser Depesche" (4. Dec. 1892. M.-A.) hingewiesen. Ist der Artikel — was sehr wohl möglich ist, was ich aber nicht zu behaupten wage — von Friedrichsruh aus inspirirt, so ist er ein wichtiges Zeugniß über Bismarcks Politik, ein leidenschaftlicher Protest dagegen, sich den Sinn dieser Politik umprägen zu lassen — ein Zeugniß dafür, daß diese Politik nicht auf den Krieg hingearbeitet, weil Deutschland den Krieg brauche, sondern daß sie, auch wo sie wie in der Emser Depesche auf den Krieg hingearbeitet, lediglich die Abwehr im Auge gehabt und die Hütung dessen, was der Gegner antastete.

Vertreter des französischen Volkes dastanden; diejenigen, die im Namen Frankreichs — unter dem Zujubeln der Massen — redeten, schrieben und handelten und die Frankreich in seinem Namen reden, schreiben und handeln ließ.

Außer den dem Könige gegenüber ausgesprochenen Forderungen waren schon im Voraus neue in Aussicht gestellt worden.[1])

Wie weit man in den leitenden Kreisen Preußens, wie weit Roon davon entfernt war, den Krieg heraufbeschwören zu wollen, bezeugt das Telegramm, mit dem Roon am 11. Juli die telegraphische Aufforderung des Königs: vorbereitende Maßregeln zur Sicherung der Rheinprovinz vorzuschlagen, beantwortet: „... Nach Erwägung der ... Angelegenheit im Einvernehmen mit den hier anwesenden Staatsministern, dem Geheimrath v. Thile, dem General v. Podbielski und dem Oberst v. Stiehle (in Vertretung des abwesenden Chefs des Generalstabs) stelle Ew. Majestät ich unterthänigst anheim, von Specialmaßregeln Abstand zu nehmen. ... Militärische partielle Maßregeln unsererseits würden aber dergleichen feindlicherseits hervorrufen, und wir würden unaufhaltsam in den Krieg treiben. Halten Eure Majestät ... den Krieg für unvermeidlich, so würde nur die Mobilmachung der gesammten Armee mit einem Schlage als rathsam angesehen werden können.[2]) Die deutsche Auffassung wird, glauben wir, Recht behalten in der Geschichte: „daß Frankreich seinen Nachbar mitten im tiefsten Frieden überfallen habe."

„Nie darf verdunkelt werden, daß die Schuld des ausbrechenden Krieges" — trotz der Emser Depesche — „in Paris lag." Es war ein Krieg der Abwehr, den Deutschland führte und damals —

---

[1]) Gramont meinte Werther gegenüber am 12: Die Entsagung des Prinzen sei Nebensache, jetzt gelte es, die dauernde Verstimmung zwischen Frankreich und Deutschland zu beseitigen — und schon am 8. hieß es im Moniteur: „Heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold ... nicht mehr ausreichend. Das Wenigste, was wir verlangen müssen, und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens, seinem Wortlaute und Geiste nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseits des Mains und die Regulirung des Artikels V mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, die uns befriedigen könnten, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen noch größer werden." S. Hamb. Nachr. 16. Dec. 1892. M.-A. Artikel „Zur Emser Depesche" und Münch. Allg. Ztg. No. 197. 1895, 18. Juli, Feuilleton.

[2]) Allgemeine Zeitung 1895 No. 151 vom 1. Juni Abendblatt, nach den in der Deutschen Rundschau veröffentlichten Erinnerungen des Generals Verdy du Vernois.

wie heute — waren die Franzosen die Bedroher des europäischen Friedens und dessen Störer.[1])

Ein unparteiisch urtheilender Franzose mag hier Herrn Lavisse antworten: „Der Kaiser hat die Wahrheit gesagt, als er am 23. Juli dem gesetzgebenden Körper erklärte: Ich kann sagen, daß es das ganze Volk ist, welches unter seinem unwiderstehlichen Drange unsere Beschlüsse dictirt hat. Legenden ist der Geschichtsschreiber zu zerstören verpflichtet; dazu gehört die, welche behauptet, daß Frankreich 1870 durch den Willen eines einzelnen in den Krieg gestürzt worden ist.“[2]) Mit Dank und Anerkennung für die Unbefangenheit, die Wahrheitsliebe und den Muth, der aus dieser Erklärung spricht, sei dieselbe zur Ehre der französischen Geschichtsschreibung — und somit zur Ehre Frankreichs — hier gebucht und nachdrücklich hervorgehoben. Solch ein ehrliches Wort ist nicht nur geeignet, eine Verständigung anzubahnen, sondern ist auch für den Ruf Frankreichs mehr werth als ganze Bände voll patriotischer Phrasen.

Uebrigens finden sich auch in der Schrift Benedettis einige Aeußerungen, die einer richtigen Auffassung entgegenkommen.

Er erkennt es an, daß die Forderung einer Garantie für die Zukunft nicht unvermeidlich, daß sie im Gegentheil unnöthig und nicht am Platz war (S. 385); daß Bismarck den Krieg nicht hätte herbeiführen können, ohne die unseligen Vorschläge (propositions malheureuses) des 13. Juli, d. h. ohne die Forderung der Zukunftsgarantie und des Beschwichtigungsbriefes (S. 400). Wenn Benedetti dieses Zugeständniß auch ausspricht, um sich gegenüber dem Vorwurf Gramonts zu rechtfertigen, daß er in Ems nichts erreicht habe, und um zu zeigen, daß er viel erreicht habe, so wollen wir doch auch das als eine zur Verständigung dienende Anerkennung des Sachverhaltes annehmen.

Durfte hier ein gegen die „Emser Depesche“ gerichteter Vorwurf zurückgewiesen werden, durfte ebenso der Vorwurf, der sich auf den Widerspruch zwischen dem Telegramm und den Vorgängen in Ems stützt, abgelehnt oder eingeschränkt werden, weil nur ein Vergleich mit der Originaldepesche, aber nicht mit den Bismarck großentheils noch unbekannten Vorkommnissen in Ems bei der Prüfung seiner Redaction auf ihre Richtigkeit hin statthaft ist — so bleibt

---

[1]) Was die Andeutung oder Forderung des Herrn Lavisse betrifft, Deutschland solle die Gedächtnißfeier der Ereignisse von 1870/71 unterlassen, so sei auf die schöne Antwort der Münch. Allg. Zeitung hingewiesen (1895 2. Juli No. 181); sie hebt die patriotische Pflicht dieser Feier hervor.

[2]) Ed. Simon, Geschichte des Fürsten Bismarck. Deutsch von Alexander, S. 251.

die Thatsache, daß das Telegramm den Sachverhalt nicht genau und irreführend wiedergegeben hat, als Thatsache natürlich bestehen — in wie weit ein Vorwurf hier zutrifft, ist oben gekennzeichnet worden — erklärt eben dadurch, daß Bismarck die Vorgänge nur aus der Originaldepesche kannte, diese aber abgegangen war, ehe sich die Dinge in Ems ganz abgespielt hatten, ja vielleicht, ohne daß ihr Verfasser um einen nicht unwichtigen Umstand (die zu vermuthende Milderung einer unwilligen Aeußerung des Königs bei der Ertheilung des Auftrages an den Adjutanten) gewußt hatte.

Wenn die Depesche so auf der einen Seite eine Wahrheit verhüllt hat, so hat sie eine andere aufdecken helfen, sie hat, meint Delbrück in seiner Besprechung, „die Umkleidung, mit der die unverbrüchlichen Formen der Diplomatie und der modernen Gesellschaft den wahren Hergang, nämlich die Herausforderung der französischen Nation an die deutsche, verhüllten, mit einem Ruck hinweggerissen und nackt und groß das ungeheure Bild der Wahrheit aller Welt vor Augen gestellt," das Bild des wahren Kriegsgrundes, das Bild dessen nämlich: „daß das französische Volk einen Vorrang vor dem deutschen zu haben und zu behalten beansprucht und zum Zeichen dessen dem deutschen Volke eine Demüthigung auflegen ... und daß sich das deutsche Volk diesen französischen Anspruch nicht, man darf sagen, nicht länger gefallen lassen wollte."[1]) Die Bismarcksche Redigirung ließ besonders das letztere scharf hervortreten, das erstere wäre wohl noch deutlicher geworden, wenn sie die Langmuth König Wilhelms nicht verhüllt hätte. „Versetze man sich nur einen Augenblick hinein, daß in Ems wirklich jene Scene, die die Legende schilderte, gespielt und zum Kriege geführt hätte, so würde das den wahren Zusammenhang nicht zum Ausdruck gebracht, sondern verdunkelt haben". Mit diesem Worte Delbrücks — wie mit seiner ganzen Beurtheilung der Vorgänge in Ems — kann ich nur völlig übereinstimmen.

Wenn Bismarcks Hand aber das Bild der Wahrheit enthüllte, derjenige, der deutscherseits dieses Bild zeichnete, der die ganze Situation in Ems so gestaltete, daß in ihr wirklich jene Wahrheit, die Herausforderung Deutschlands durch Frankreich, Deutschlands Recht und Frankreichs Unrecht, wie in einem Bilde der Welt vor Augen trat, das war doch kein anderer als der ehrwürdige, gewissenhafte, langmüthige und in seiner Langmuth doch feste, sich selbst getreue, greise König Wilhelm; er war es, „der in der Form die äußerste Milde walten ließ und dadurch Deutschland in den Augen von ganz Europa Recht verschaffte", und gerne wird der große Kanzler diese Ehre „seinem alten Herrn", wie er ihn immer in herzgewinnender

[1]) Delbrück, Ursprung des Krieges von 1870. S. 18 u. 16, 17.

Weise nennt, lassen; hat er doch selbst eben diese Langmuth seines Königs benutzt, (Circularnote vom 18. Juli), um der Welt das Recht seines Vaterlandes zu erweisen. „Das deutsche Volk“[1]) aber „empfindet genau so, wie damals König Wilhelm empfunden hat ... Das gute Gewissen, das zu einem rechten Kriege gehört, hat es nur dann, wenn ihm die Pflicht der Nothwehr durch den augenscheinlichsten Frevel nahe gelegt ist ... In König Wilhelm fühlte das deutsche Volk sich selbst getroffen.“

Die Depesche aber war nicht nur der Blitzstrahl, der die Situation erhellte, sondern auch der elektrische Schlag, welcher die Franzosen so übereilt losbrechen, das deutsche Volk aber in der Empfindung freudiger Genugthuung über die Abwehr schnöder Herausforderung zusammenzucken und zum Kampf emporschnellen ließ für sein gutes Recht: das eigene Geschick selbst zu bestimmen, zum heiligen Kampf „für sein junges Dasein“ (Sybel). Als das erlösende Wort erklang sie, das die Spannung der gepreßten Herzen in eine opferfreudige, ingrimmig-zornmüthige, hoffnungsfrohe Kampfbereitschaft übergehen ließ.

War aber, um diese Wirkung zu erzielen, nöthig, daß Bismarck mehr that, als der König vorschlug? Wenn er einfach des Königs Vorschlag, — er hätte doch auch dafür einen kräftigen Ausdruck gefunden, — ausgeführt hätte, so wäre zwar nicht so offenbar geworden „daß der Bruch vollzogen und irreparabel sei,“ aber auch so wäre die klare Abweisung Frankreichs der erlösende Abschluß der beklemmenden Nachrichten aus Ems gewesen und noch unverkennbarer das Recht Deutschlands.

Ob dann aber die französischen Minister am 14. und die Kammer am 15. Juli den Krieg beschlossen hätten, das läßt sich, trotz aller Erregung in Frankreich, doch nicht mit voller Sicherheit entscheiden, schien doch um 6 Uhr Nachmittags am 14. Juli noch die Erhaltung des Friedens möglich. Vielleicht war, wenn einmal dieser Augenblick als der richtige für den Kampf angesehen wurde, eben jenes Plus, das Bismarck dem Vorschlage des Königs hinzufügte: die Bekanntmachung nicht nur der Zurückweisung der Forderungen, sondern auch der schließlichen Abweisung des Botschafters, noch nöthig dazu, um den günstigen Augenblick voll zu nützen; es ist wohl möglich, daß daran — für dieses Mal — Krieg und Frieden hing. War nun dieses Plus — ich sehe hier von der Depesche als histo-

[1]) Oncken II, 61. Man lese die schöne Stelle doch im Zusammenhang nach. Das Zeugniß der Hamb. Nachr. vom 4. Dec. 1892 M.-A., Artikel: „Die Emser Depesche“ sei hier angeführt: „Wir halten — (in Betreff der Vorgänge, die zum Ausbruch des Krieges führten) Onckens Darstellung für die zutreffendste, die wir bisher gelesen haben.“ —

rischem Bericht und dem diesen treffenden Vorwurf vollständig ab und fasse sie nur als die rücksichtslos scharfe politische That, die sie war, ins Auge — war diese politische That, wie die einen sagen, ein unsterbliches Verdienst oder, wie die andern sagen — ein Verbrechen? Ohne Antithese: War sie sittlich gerechtfertigt? Die Antwort darauf wird von der Ansicht darüber abhängen, ob der Krieg unvermeidlich war oder nicht.

Die wichtige — aber umstrittene — Frage, ob er, bei dem Vorüberbrausen des Sturmes von damals, in nächster Zeit doch ausgebrochen wäre, muß ich — für meine Person — dahingestellt sein lassen; aber auch wenn diese unmittelbare Bedrohung nicht stattfand, und ich möchte glauben, daß die Behauptung: „Wir sind jetzt ganz sicher, daß der Krieg im nächsten Frühjahre, nach sorgfältiger Vorbereitung, wahrscheinlich nach Abschluß eines festen Vertrages mit Oesterreich und Italien, ausgebrochen wäre“ [1]), zu weit geht — so, wie die Dinge lagen, schien der Krieg früher oder später doch kommen zu müssen, und auch Sybel hat das nicht bestritten. Der in Deutschland vorhandene Wille zur Einigung, ohne eine „Compensation“ an Frankreich, und der in Frankreich herrschende Glaube, diese Einigung ohne eine solche Compensation nicht zulassen zu dürfen, schien, zumal bei dem Nationalcharakter der Franzosen, den Kampf unvermeidlich zu machen, und er mußte dann vielleicht unter viel ungünstigeren Verhältnissen gewagt werden. War das so, dann wird die Sachlage sehr treffend durch das Wort Theodor Fontanes bezeichnet: „Bismarcks Telegramm schuf nicht den Krieg, sondern zwängte ihn nur in die richtige Stunde.“ Je mehr einer davon fest überzeugt ist, desto mehr wird er in jener Haltung „voll höchster Entschlossenheit und selbstbewußten deutschen Stolzes“ (Delbrück S. 53), die die Franzosen zum Losbruch trieb, „ein weltgeschichtliches Verdienst des großen Staatsmannes“ zu erkennen und zu bewundern geneigt sein. Aber wer vermag auf die Frage nach der Unvermeidlichkeit des Krieges sichere Antwort zu geben? Der Revanchekrieg, den Frankreich seit 1871 im Auge hat, scheint auch unvermeidlich, und seit 25 Jahren ist er nicht ausgebrochen, um etwas wächst damit die Hoffnung, daß er unterbleibe, so unwahrscheinlich das auch ist, und so thöricht es wäre, wollte Deutschland darauf rechnen. Gerade Bismarcks eigene Ansicht war es, daß jedes weitere Jahr, in welchem der Krieg mit Frankreich nicht losbrach, die Hoffnung mehre, es werde die Entwicklung Deutschlands sich schließlich doch in Frieden vollziehen können; um mit Bismarcks eigenem Worte zu reden: „So sehr durchschaut kein Mensch die Wege der göttlichen Vorsehung.“ Ich lasse diese Frage absichtlich offen, nicht

[1]) Delbrück a. a. O. S. 43.

nur, weil sie nicht mit Sicherheit zu entscheiden ist, sondern auch, weil ich zu einer Beurtheilung gelangen möchte, die von dieser Frage nach Möglichkeit unabhängig ist.

Das Urtheil über die sittliche Berechtigung der mit der Depesche vollzogenen politischen That wird ferner auf der Gefühlsweise und den allgemeinen Lebensanschauungen des Urtheilenden, auf seinen Ansichten über Krieg und Frieden beruhen.[1]) Ich für meinen Theil bekenne, daß mir hier eine entschiedene Abweisung, ohne Gegenprovocation, wohlthuender und sympathischer gewesen ist, zugleich aber, daß bei dem Hineindenken in die That auch mir diese Empfindung zurückgetreten ist, und ich glaube: das heranreifende Deutschland war berechtigt, den Gegner, der es bedrohte, nachdem er höflicher Abweisung nicht gefolgt war, auch zurückzuschleudern. War ein so scharfer Gegenhieb im deutschen Interesse nothwendig, so war er nach allem, was in Frankreich geschehen war, auch berechtigt. Ihm aber, der eben die Verantwortung für das trug, was im Namen seines Vaterlandes geschehen sollte, war es jetzt anvertraut, zu beurtheilen, was im deutschen Interesse nothwendig sei, und der Laie wird, selbst wenn er anders empfindet, ja sich mit dieser Empfindung auf die des Königs berufen kann, gegenüber der genialen Staatskunst des gewaltigen Mannes, der hier seines Vaterlandes Sache so zu führen für angemessen hielt, stille halten dürfen, eingedenk der schönen Worte Bismarcks in dem herrlichen Brief an den Gutsbesitzer Andrä aus Roman in Pommern (26. December 1865)[2]): „Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt, thut mir Unrecht, er soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatz erst selbst einmal versuchen." Er hatte auch hier „den Ernst eines Wachthundes an der Kette und biß, was er beißen mußte." Die Verantwortung, die er auf sich nahm, war um so größer, als er glaubte, daß dieser Krieg der Anfang einer Reihe von Kriegen sein dürfte, aber er war überzeugt, daß Frieden und Nachgeben bereits unmöglich seien.[3])

Bismarck hat einmal gesagt (3. December 1850): „Wehe dem Staatsmann, der (vor dem Kriege) sich nicht nach einem Grunde

[1]) Eben deshalb, sagt Bleibtreu a. a. O., weil die Großmachtsstellung Preußens angetastet war, läßt sich das Telegramm ethisch rechtfertigen, weil seine eigenthümliche Redigirung der Thatsachen doch im letzten Grunde nur eine Situation vorwegnahm, die früher oder später kommen mußte. Bismarck spielte einfach das Praevenire, indem er selbst schon am 14. den Bruch herbeiführte und ihn urbi et orbi als etwas Vollzogenes verkündete, während dieser Bruch bestimmt bis zum 20. vorauszusehen war, wenn anders nicht alle Anzeichen trügten (sic).

[2]) S. o. S. 217.

[3]) Immediatbericht über des Kronprinzen Tagebuch. Bismarckregesten II, S. 465.

umsieht, der auch nach dem Kriege stichhaltig ist." Je bedeutsamer seine That ist, desto stärker das Bedürfniß, sich ihres inneren Rechtes bewußt zu werden. Würden wir sie rechtfertigen auch — nach einem unglücklichen Kriege? Ich glaube: Nein — und mit Recht nicht, weil eine solche That herausfordernden Trotzes im Namen eines Gemeinwesens, das seinem Gegner nicht gewachsen ist, eine leichtfertige That gewesen wäre; das durfte nur wagen, wer glauben konnte, des Sieges gewiß zu sein. Und das war Bismarck; die Gewißheit gab ihm, soweit menschliche Berechnung reicht, das Urtheil Roons und Moltkes.[1]) Der Krieg aber hat in überwältigender Weise bewiesen, daß dieses Urtheil ein wohlbegründetes war.

Und nun noch eins: Der König und sein Kanzler — nicht der eine allein, sondern beide zusammen, — sind an diesem weltgeschichtlichen Tage nicht nur amtlich, sondern in viel tieferem Sinne die Repräsentanten ihres Volkes. In ihrem, auch hier ein zusammengehöriges Ganzes bildenden Thun wird uns in diesen zukunftsschwangeren Stunden der Herzschlag eines großen Volkes fühlbar und etwas von seinem eigensten Wesen offenbar, wie es in manchen Momenten seiner Geschichte uns entgegentritt, wie es uns schon aus der alten Sage von typischen Helden des germanischen Alterthums, dem starken und doch streitmeidenden, dem Gegner gerechtwerdenden, aber immer erneuter Herausforderung gegenüber endlich in alles überwältigendem, feuerathmendem Heldenzorn losbrechenden Dietrich von Bern uns entgegentönt.[2])

Im König verkörpert sich jene in der Tiefe des deutschen Wesens liegende, ihm den Entschluß erschwerende ehrliche Gewissenhaftigkeit, die nicht ruhig ihres Weges gehen kann, als bis sie dessen gewiß geworden, daß auch dem Gegner gegenüber Billigkeit gewahrt ist, bis sie gerade in ihrer Gebundenheit an die höheren Mächte sich frei fühlt im freudigen „Ich kann nicht anders" („er habe keine andere Antwort"). Unter seinem langmüthigen Verhalten aber wächst dann der teutonische Kampfes- und Heldenzorn und verdichtet sich im Kanzler zu jener vulkanischen Kraft, die am Morgen des 13. im Gespräch mit Lord Loftus schon rege ist, aber noch an sich

[1]) Moltkes Urtheil: Sybel VII, 331, am Nachmittag des 13. Juli. Sein behagliches Bejahen der Frage nach der Bereitschaft — am 15. März — im königl. Schloß. Preuß. Jahrbücher 1895, Octoberheft, S. 37. — Roons Urtheil: Denkw. II, 426, am 15. Juli bei der Rückkehr des Königs: „Nun, dann wollen wir es ihnen (den Franzosen) bestens besorgen" und II, 430 „bevor wir die rothen Büchsen stramm ziehen". S. auch Bericht von Roons Sohn, Kreuzzeitung vom 14. Juli 1891, die einzusehen ich keine Gelegenheit gehabt habe.

[2]) Delbrück, Ursprung des Krieges von 1870, hat auf jene wunderbare „Rollenvertheilung" zwischen König und Kanzler hingewiesen.

hält, dann aber losbricht in dem Feuerodem der „Emser Depesche". — So angeschaut wird dieses gemeinsame Thun in tiefgreifendem Sinne eine „nationale That". „So war der Geist ihrer Nation", fert unda nec regitur, sie haben gehandelt aus dem innersten Wesen ihres Volkes heraus, und Bismarck hat seinen scharfen Gegenhieb geführt ganz nach dem Herzen einer kriegsbereiten, aber ohne Angriff auf den bedrohenden Nachbar ihres Weges gehenden, friedfertigen Nation, die fortwährender Einmischung, ja man darf wohl sagen, jahrhundertelangen Unthaten gegenüber endlich in der Empfindung losbrach: „Laßt uns jetzt endlich in Ruhe, oder wir werden uns wehren, wehren, daß euch die Augen übergehen"[1]) darin liegt für diesen scharfen Gegenhieb, für diese Gegenherausforderung eine tiefe sittliche Rechtfertigung.

Dem Einwande: So läßt sich auch das Thun der französischen Minister rechtfertigen, vermag ich nur zu antworten: Nein, doch nicht. — Für Deutschland war eben, wie schon gesagt, trotz der Gegenherausforderung dieser Krieg ein aufgedrängter Krieg der Abwehr.

Die Antwort des Volkes aber auf das, was dem König widerfahren, auf sein Verhalten und auf die That des Kanzlers, „kam rasch überwältigend wie das Schicksal selbst... laut und stürmisch ergriff das Gewissen der Nation das Wort; einhellig, ohne Zagen und Bedenken ward der Wahrspruch des Volkes gefaßt und kam zum Ausdruck in dem unbeschreiblichen Jubel, der den aus Ems zurückkehrenden König nach Berlin begleitete und in Berlin empfing."[2])

Aber, gesetzt auch, es wäre eine Vermeidung des Krieges ohne eine Demüthigung Deutschlands möglich gewesen, würde dieses wünschen können, ohne eine solche Abrechnung mit Frankreich zum Ziele gelangt zu sein? Ein ohne diesen Kampf seinem Ziele entgegengereistes, geeinigtes, starkes Deutschland würde an Frankreich einen zwar weniger ergrimmten, aber doch einen feindselig gesinnten, eifersüchtigen, einen achtungslosen und dadurch noch anspruchsvoller ihm gegenüberstehenden Nachbar haben — und — eine größere Festigkeit hat doch die durch gemeinsame Gefahr, gemeinsamen Kampf, gemeinsame Opfer geschmiedete Einheit Deutschlands, als es ein ohne diese Opfer geschlungenes Band haben könnte. Könnten die Deutschen dieses „große Jahr des deutschen Volkes", dieses große Jahr der Erfüllung ihres Einheitstraumes wirklich aus ihrer Geschichte wegwünschen, an dem Kinder und Kindeskinder ihr Herz

[1]) Rundschreiben c. vom 7. Juli; so zu datiren nach Horst Kohls Regesten. Siehe Sybel VII, 287 u. 288 u. Anm. und Blum (S. 230), denen ich diese Worte des Rundschreibens, das merkwürdiger Weise weder im Staatsarchiv noch bei Hahn Aufnahme gefunden, entnehme. Sybel sagt: Thile ꝛc. empfingen am 8. die Weisung, Blum setzt es auf den 8. Juli.

[2]) Oncken a. a. O. II S. 61.

erheben werden? Mir will scheinen, daß die Worte, die Fürst Bismarck am 2. April 1895 zu den Münchenern gesprochen, hier wohl als Antwort gelten dürfen: „Die französische Provocation war eine gottgesandte Wohlthat, die uns einig gemacht hat. Der Sieg, der uns verliehen war, und daß er gemeinschaftlich erfochten wurde, und daß jeder sagen kann, ich war auch dabei, und auch mit dem Blute meiner Landsleute ist er erkauft — das ist auch ein Gabe Gottes."

Wie Deutschland es empfindet, daß durch diesen Kampf „der Zeiten Traum zur Wahrheit geworden", wie es „die Hand segnet", unter deren Leitung es der Erfüllung langersehnter Hoffnung entgegengereift ist, und die diesen Kampf in „die richtige Stunde gezwängt hat", das hat im vorigen Jahre wieder — trotz des widerwärtigen Gebahrens des deutschen Reichstages und der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der 1. April 1895 gezeigt — und die deutsche Nationalwallfahrt nach Friedrichsruh. Er aber, der greise Gewaltige, er „streicht — was ihm zu Theil wird — bescheiden ein und legt es zu den Acten seiner früher verstorbenen Mitarbeiter."

Nachtrag.

Die mehrfach erwähnte, in der Kreuzzeitung vom 14. Mai 1891 veröffentlichte „authentische Mittheilung" des Grafen W. v. Roon lautet (unter Weglassung der einleitenden Sätze):

1. Die erwähnte Emser Depesche vom 13. Juli 1870 war in Ems redigirt; sie war von dem hochseligen großen Kaiser an den damaligen Bundeskanzler Grafen v. Bismarck gerichtet, zugleich mit der allerhöchsten Ermächtigung, den Text nach Ermessen ganz oder theilweise zu veröffentlichen.

2. Graf Bismarck empfing die Depesche, während er mit meinem Vater und General v. Moltke (allein mit diesen beiden) bei Tische saß; in ihrer Gegenwart hat Graf Bismarck das, was unwesentlich oder zur Publication nicht geeignet erschien, gestrichen. Den Rest ließ er, ohne irgend einen Zusatz gemacht zu haben, sogleich veröffentlichen. Die verkürzte Fassung hatte er vorher seinen Gästen vorgelesen und beide damit einverstanden gefunden.

3. Das Staatsministerium (welches dabei ressortmäßig nicht mitzuwirken hatte) erhielt von der Depesche sowie von der abgekürzten Fassung erst nach erfolgter Publication Kenntniß.

III.

Chronik

vom 17. September 1895 bis 16. September 1896.

Nachtrag zur Chronik

1895.

26. März: Die naturwissenschaftliche Facultät der Universität Tübingen ernennt den Fürsten Bismarck zum Ehrendoctor der Naturwissenschaft durch folgendes Diplom:

Qvod devs optimvs maximvs felix favstvmqve esse ivbeat.
Clementissime indvlgente avgvstissimo et potentissimo domino

GVILELMO II

Rege Württembergiæ,

rectore vniversitatis magnifico

FERDINANDO DE MARTITZ

regiorvm ordinvm coronæ württembergicæ eqvite honorario, coronæ regiæ romanensis commendatore,
ordinis Leopoldi belgici eqvite, ordinis s. Joannis hospitii hierosolymitani patroni eqvite honorario,
jvris vtrivsqve et scientiæ politicæ doctore, professore pvblico ordinario

veniam largiente ea qva pollet potestate a rege concessa,

cancellario vniversitatis magnifico

CAROLO DE WEIZSÄCKER

regii ordinis coronæ württembergicæ commendatore,
philosophiæ et theologiæ doctore, regi a consiliis pvblicis, theologiæ professore pvblico ordinario,

decano

LOTHARIO DE MEYER

regii ordinis coronæ württembergicæ eqvite honorario, ordinis leonis zæhringensis primæ classis equite,
medicinæ philosophiæ scientiæ natvralis doctore, chemiæ professore pvblico ordinario,

ORDO PHYSICORVM

in regia vniversitate Eberhardina Carolina tvbingensi

dominvm serenissimvm

OTTONEM PRINCIPEM DE BISMARCK

imperii germanici cancellarivm primvm

qvi hominvm rervmqve natvram incomparabili acvmine perspiciens ad popvli nostri concordiam instavrandam potentiam avgendam qvæ fieri possent certis mathematicorvm rationibvs compvtavit, qvomodo fierent physica qvadam arte exploravit, vt fierent chemicorvm methodo elementis disparatis in vnvm coactis dies noctesqve elaboravit

atqve tot tantisqve negotiis distentvs agri pecorisqve et silvæ cvrandæ disciplinis maiorvm more inter peritissimos stvdvit stvdetqve

GEOLOGVM BOTANICVM ZOOLOGVM

ipsi almæ rervm matri natvræ dilectissimvm et pivm eivs cvltorem inter arbores silvæ saxonicæ natalem octogesimvm celebrantem

SCIENTIÆ NATVRALIS DOCTOREM

honoris cavsa creat atqve hoc ipso diplomate sollemniter renvntiat

diem vniversæ Germaniæ lætissimvm ex animo congratvlans.

Tvbingæ, svb maiore facultatis sigillo
die XXVI mensis Martis MDCCCLXXXXV.

30. März: Telegramm an den Decan der naturwissenschaftlichen Facultät der Universität Tübingen: Fürst Bismarck nimmt mit Dank die ihm verliehene Ehrendoctorwürde an.

22. Juni: Schreiben an den Ingenieur H. Vering in Hamburg: Dank für Uebersendung einer Mappe mit Photographien vom Bau des Nordostseecanals:

> Geehrter Herr Vering. Ihr freundliches Schreiben und die reichhaltige Bildermappe über den Nord-Ostsee-Canal habe ich gern erhalten und bei diesem Anlasse um so mehr das Bedürfniß, dem Gefühle der Anerkennung und Dankbarkeit, welches ich für die an dem Werke betheiligten Techniker hege, Ihnen gegenüber Ausdruck zu geben. Bei der Eröffnung ist das Verdienst der erfolgreichen und bisher fehlerfreien Ueberwindung der gewaltigen technischen Schwierigkeiten, welches mir imponirt, nicht in erster Linie zur Anerkennung gekommen. Die Verdienste aller parla-

mentarischen und staatlichen Autoritäten, welche dabei gefeiert worden sind, können mit ihrem Antheile an der Herstellung dieses großen Werkes nicht mit denen der Techniker in Vergleich gestellt werden. Die nichttechnischen Behörden haben nicht mehr thun können als die Bewilligung des nöthigen Geldes beim Reichstage zu beschaffen, und wenn den Technikern und ihren Leistungen nicht die erste Palme gereicht wird, so kann man an den alten Vers erinnern: „Sic vos non vobis u. s. w. tulit alter honorem." Demgegenüber habe ich um so mehr das Bedürfniß, wenigstens meine persönliche Bewunderung der technischen Leistungen im Reichsbau Ihnen zugleich mit meinem Danke für die übersandte Mappe auszusprechen.

v. Bismarck.

? September: Schreiben an Erfurter Bismarck-Verehrer: Dank für Uebersendung einer Blumengabe in Gestalt von zwei mächtigen Sporen in Erinnerung an Bismarcks Ausspruch: „In Erfurt habe ich mir die diplomatischen Sporen verdient."[1])

10. September: Schreiben an Herrn Heinrich Lahusen: Dank für die Adresse der Deutschen am La Plata.

Friedrichsruh, 10. September 1895.

Die Adresse der deutschen Colonie in Buenos Aires und das Bild der Feier vom 1. April dieses Jahres habe ich in Folge Ihrer freundlichen Fürsorge erhalten und bin erfreut, aus Ihrem Schreiben zu erfahren, daß 6000 Deutsche, so fern von der Heimath, sich zu einer nationalen Feier vereinigt haben.

Aus dieser Thatsache und aus den Zeichen der Anerkennung, welche Ihre Sendung für mich enthält, entnehme ich den Beweis der dauernden Anhänglichkeit unsrer dortigen Landsleute an ihr Vaterland, und bitte Sie, allen Betheiligten, besonders den Damen, welche mich durch die

---

[1]) Wo und wann hat Fürst Bismarck diesen Ausspruch gethan? Er kann in dieser Form kaum richtig sein. In Erfurt könnte es sich doch nur um eine Uebung in parlamentarischer Hinsicht für Bismarck gehandelt haben. Dr. H. K.

Sendung ihres Festbildes erfreut haben, meinen Dank und meine herzlichen Wünsche für die weitere Entwicklung der deutschen Colonie aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

12. September: Schreiben an den Magistrat von Harzburg z. H. des Bürgermeisters Floto: Dank für Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Die Verleihungsurkunde des Bürgerrechts habe ich mit Freude erhalten und bedauere nur, daß der Zustand meiner Gesundheit mir nicht erlaubte, die Herren Vertreter der Stadt um die Ehre Ihres Besuches zu bitten. An Harzburg knüpfen sich aus mehrmaligem Aufenthalte in der Studentenzeit und später 1846 für mich angenehme Erinnerungen, und ich finde die Landschaft auf dem Kopfbilde des Diploms gut wiedergegeben. Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren und meine Herrn Mitbürger, für die mir erwiesene Auszeichnung meinen wiederholten Dank und meine Wünsche für die Zukunft entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

13. September: Schreiben an Graf Waldersee: Glückwunsch zur Ernennung zum Generaloberst mit dem Range eines Generalfeldmarschalls.

1895/1896.

20. September: Schreiben an Herrn von Saldern-Brallentin: Dank für das Huldigungstelegramm der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft:

Friedrichsruh, den 20. September 1895.

Indem ich mich gern der Zeit erinnere, wo ich Mitglied der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft war, bitte ich Ew. Hochwohlgeboren, den Herren Mitgliedern für die freundliche Begrüßung zum Sedantage meinen verbindlichen Dank aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

21. September: Enthüllung des von den Bergischen Frauen und Jungfrauen gestifteten historischen Bismarck-Bildes von Rocholl auf Schloß Berg.

26. September: Herr Rich. Bartholdt, Mitglied des amerikanischen Congresses als einer der Vertreter des Staates Missouri, in Friedrichsruh. (Vgl. Münch. Allg. Z. 22. Nov. 1895 No. 324.)

29. September: Enthüllung des Bismarckdenkmals in Kaiserslautern. — Einweihung des Bismarckthurmes auf dem Schwarzenberg bei Stade.

1. October: Anbringung einer Gedenktafel an der Außenseite des Gymnasiums zum Grauen Kloster, gestiftet von den noch lebenden ehemaligen Mitschülern des Fürsten Bismarck in der Prima des Gymnasiums zum Grauen Kloster.

4. October: Schreiben an Bürgermeister Fabricius in Wismar: Dank für Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Friedrichsruh, 4. October 1895.

Ew. Hochwohlgeboren und dem Rathe der Stadt danke ich verbindlichst für die Verleihung des Bürgerrechts von Wismar, in der nach den Worten der Urkunde die deutsche Gesinnung meiner neuen Mitbürger ihren Ausdruck findet. Die Zugehörigkeit Wismars zu Schweden wird von diesem Reiche wohl nicht erstrebt und würde für Deutschland eine Unmöglichkeit sein, und ich glaube, daß wir uns über die Gefahr, Wismar für Deutschland zu verlieren, keine Sorge zu machen brauchen.

v. Bismarck.

6. October: Enthüllung des Bismarck-Denkmals in Hannoversch-Münden.

7. October: Schreiben an ? in ?: Aeußerung zur Lippeschen Erbfolgefrage:

Ihrem in dem gefälligen Schreiben vom 5. d. Mts. geäußerten Wunsche zu entsprechen trage ich Bedenken, die meiner jetzigen persönlichen Stellung entspringen.

Nach meiner staatsrechtlichen Ueberzeugung halte ich die Erbansprüche des Grafen Ernst zur Lippe für wohlbegründet und würde auch aus politischen, nicht blos aus rechtlichen Gründen für dieselben eintreten, wenn ich noch im Amte wäre. In meiner jetzigen Stellung halte ich eine Initiative von meiner Seite aber der Sache nicht für förderlich.

14. October: Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Burg (bei Magdeburg): Dank für Uebersendung des Ehrenbürgerbriefes:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich ergebenst, dem Magistrat und den Stadtverordneten für die wohlwollenden Worte des Schreibens vom 4. d. M. und für den künstlerisch so schön ausgestatteten Bürgerbrief meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Ich gedenke gern der Zeit, wo ich als Deichhauptmann mit der Ihle und als Landwehrofficier mit dem Bataillon Burg in amtlicher Beziehung stand.

v. Bismarck.

17. October: Schreiben an den Magistrat zu Quedlinburg: Fürst Bismarck lehnt mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand seine Theilnahme am Feste der Einweihung des Siegesdenkmals ab:

Indem ich meinen aufrichtigen Dank für das freundliche Schreiben vom 7. d. Mts. sage, bedauere ich schmerzlich, sowohl der Stadt als auch meines Regimentes wegen, daß mein Gesundheitszustand mir nicht gestattet, der ehrenvollen Einladung des Magistrats zur Einweihung des Siegesdenkmals Folge zu leisten.

v. Bismarck.

18. October: Schreiben an den Oberbürgermeister von Weimar, Dr. Pabst: Dank für Uebersendung des Gesammt-Ehrenbürgerbriefes der thüringischen Städte:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich den vereinigten thüringischen Städten, welche mir die Ehre erwiesen haben, mir ihr Bürgerrecht zu verleihen, hierfür und für den künstlerisch so schön ausgestatteten Bürgerbrief meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

19. October: Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Bismark, Jacoby: Dank für Uebersendung des Ehrenbürgerbriefes; Ueberweisung zweier Eichen aus dem Sachsenwalde:

Friedrichsruh, 19. October 1895.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, dem Magistrat und den Stadtverordneten für den so schön ausgestatteten Bürgerbrief meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Mit Vergnügen werde ich zur geeigneten Pflanzzeit Ew. Hochwohlgeboren eine junge Eiche aus dem Sachsenwalde zugehen lassen, und habe angeordnet, daß für den Fall, daß der Eiche ein Unglück begegnen sollte, gleich ein Ersatz beigefügt wird.

v. Bismarck.

24. October: Die Gemahlin des Prinzen Heinrich (VII.) Reuß zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

28. October: Abschiedsbesuch des bisherigen englischen Botschafters in Berlin, Malet, bei Fürst Bismarck.

3. November: Schreiben an den Director des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin, Dr. Bellermann: Dank für die Anbringung einer Gedenktafel:

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, meinen ehemaligen Schulgenossen für die hohe Auszeichnung, die sie mir durch Anbringung einer Gedenktafel an unserm alten Gymnasium erwiesen haben, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Der Lebenslauf dieser meiner Mitschüler gewährt ein günstiges Zeugniß für die Leitung unserer Schule als Vorbereitung für den Dienst des Vaterlandes in engeren wie in weiteren Kreisen.

Die Lectüre der Schulprogramme hat mir viel Freude bereitet, und ich bin für die hübschen Aquarelle dem geschickten Künstler zu besonderem Danke verpflichtet.

v. Bismarck.

7. November: Enthüllung eines Bismarck-Denkmals in Neubrandenburg.

8. November: Das Comité zur Errichtung eines Bismarckthurms in Kiel beschließt die Errichtung eines Bismarckdenkmals unweit der Mündung des Nordostsee-Canals.

10. November: Einweihung des Bismarckthurmes auf der Olenburg bei Sondershausen.

12. November: Schreiben an den Ersten Bürgermeister von Neubrandenburg, Hofrath Dr. Brückner: Dank für die Errichtung eines Bismarck-Denkmals durch die Bürger der Stadt (1). — Schreiben an Bürgermeister Dr. Tettenborn in Homburg v. d. H.: Dank für Uebersendung des Ehrenbürgerbriefs (2):

(1.)

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, meinen Freunden in der Stadt Neubrandenburg für die hohe Ehre, die sie mir durch die Errichtung eines Denkmals erwiesen, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Friedrichsruh, 12. November 1895.

v. Bismarck.

(2.)

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, meinen Herren Mitbürgern in Homburg für den kunstvoll und sinnig ausgestatteten Ehrenbürgerbrief meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Ich war in Frankfurt lange Zeit Nachbar und später oft Besucher Homburgs und habe nur angenehme Erinnerungen an Ihre freundliche Heimath.

Friedrichsruh, den 12. November 1895.

v. Bismarck.

15. November: Schreiben an den Decan der naturwissenschaftlichen Facultät der Universität Tübingen, Professor A. Brill: Fürst Bismarck dankt für die durch Verleihung der Ehrendoctorwürde ihm zuerkannte hohe Auszeichnung.

19. November: Schreiben an Bürgermeister Dr. Brückner in Neubrandenburg: Dank für Uebersendung der auf die Denkmalsenthüllung bezüglichen Drucksachen:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich für Ihre freundlichen Zeilen vom 16. d. Mts. und für die sie begleitenden Drucksachen, die mich sehr erfreut haben, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

27. November: Kaiser und Kaiserin übersenden dem Fürsten Bismarck einen Kranz als Zeichen der Erinnerung am Todestage der Fürstin Bismarck.

29. November: Eine Deputation der Berliner Akademie der Künste (Prof. v. Ende, Prof. Blumner, Prof. Geselschap, Siemering, Schaper, Hans Müller) überreicht dem Fürsten Bismarck die ihm anläßlich seiner Ernennung zum Ehrenmitgliede gewidmete Adresse.

4. Dezember: Telegramm an den Kriegerverein Rostock: Glückwunsch und Dank (1). — Schreiben an den Magistrat von Suhl: Dank für die Uebersendung des Ehrenbürgerbriefes (2).

(1.)

Mit meinem Glückwunsche zum ruhmvollen Gedenktage des 90. Regiments verbinde ich meinen herzlichsten Dank für die kameradschaftliche Begrüßung.

v. Bismarck.

(2.)

Den verehrlichen Magistrat bitte ich, für die erzene Ausfertigung meines Ehrenbürgerbriefes meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den Ausdruck desselben der Bürgerschaft mitzutheilen. Das geschmackvolle Kunstwerk legt ein beredtes Zeugniß ab für die hohe Entwicklung des künstlerischen Verständnisses in Ihrer Waffen erzeugenden Stadt.

v. Bismarck.

6. Dezember: Die Abg. v. Stumm und v. Kardorff zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

8. Dezember: Telegramm an Prof. Adolph Menzel: Glückwunsch zum 80. Geburtstage.

14. Dezember: Schreiben an den Verleger der „Dresdener Nachrichten, Dr. Reichardt: Fürst Bismarck lehnt es ab, sich über die Abänderung des sächsischen Wahlrechts öffentlich zu äußern:

Friedrichsruh, den 14. Dezember 1895.

Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihr gefälliges Schreiben vom 11. d. Mts., von dem ich, ebenso wie von der Zeitungsbeilage, mit Interesse Kenntniß genommen habe. Ich wünsche der Sächsischen Landesvertretung für ihre entschlossene Haltung Glück und guten Erfolg, halte es aber bei uns der Sache nicht förderlich, wenn ich für dieselbe öffentlich hervortreten wollte.

v. Bismarck.

16. Dezember: Kaiser Wilhelm II. zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

25. Dezember: Schreiben an Apotheker Schmitz in Samarang: Dank für übersendeten Javanischen Kaffee:

Geehrter Herr. Ihnen und den Herren Unterzeichnern der Adresse sage ich hierfür und für das sehr willkommene Kaffeegeschenk meinen verbindlichsten Dank und bitte Sie, den herzlichen Ausdruck desselben der Dichterin für ihre gelungenen und wohlwollenden Verse auszusprechen.

v. Bismarck.

1. Januar: Telegramm an Se. Majestät den Kaiser: Glückwunsch zum Neujahr.

2. Januar: Handschreiben des Kaisers an Fürst Bismarck.

15. Januar: Fürst Bismarck empfängt den Verleger der Leipziger Neuesten Nachrichten und deren Berliner politischen Mitarbeiter. (Vgl. Beim Fürsten Bismarck, Leipz. N. N. 19. 1. 1896 No. 18.)

17. Januar: Vorfeier des Jubeltags der Reichsgründung in Stuttgart.

18. Januar: Jubeltag der Errichtung des Deutschen Reichs. Erinnerungsfeiern in allen größeren Städten des Reichs und bei den Deutschen im Auslande. Vor dem deutschen Reichstage verliest Kaiser Wilhelm II. im Weißen Saale folgende Botschaft:

> Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:
>
> Nachdem fünfundzwanzig Jahre verflossen sind seit dem Tage, an welchem unseres in Gott ruhenden Herrn Großvaters Majestät der einmüthigen Aufforderung der deutschen Fürsten und freien Städte und dem Wunsche der Nation entsprechend die deutsche Kaiserwürde angenommen hat, haben Wir beschlossen, das Gedächtniß dieses denkwürdigen Ereignisses feierlich zu begehen, welches dem langen Sehnen des deutschen Volkes endliche und glänzende Erfüllung brachte und dem wieder errichteten Reiche die Stellung schuf, die ihm nach seiner Geschichte und culturellen Entwickelung in Mitten der Völker des Erdreichs gebührt. Wir haben dazu die Bevollmächtigten unserer Hohen Verbündeten und die Vertreter des Volkes sowie diejenigen Männer entboten, welche in jener großen Zeit an dem Werke der Einigung der deutschen Stämme hervorragend mitgewirkt haben. Umgeben von den Fahnen und Standarten ruhmreicher Regimenter, den Zeugen des Todesmuthes unserer Heere, die an jenem Tage den ersten deutschen Kaiser grüßten, erinnern Wir Uns tief bewegten Herzens des erhebenden Bildes, welches das in seinen Fürsten und seinen Völkern geeinte Vaterland den Zeitgenossen bot.
>
> Im Rückblick auf die verflossenen fünfundzwanzig Jahre fühlen Wir Uns zunächst gedrungen, Unserem demüthigen Danke gegenüber der göttlichen Vorsehung Ausdruck zu geben, deren Segen sichtlich auf dem Reiche und seinen Gliedern geruht hat.

Das bei der Annahme der Kaiserwürde von Unseres unvergeßlichen Herrn Großvaters Majestät abgegebene und von seinen Nachfolgern an der Krone übernommene Gelöbniß, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volkes zu stärken, ist mit Gottes Hülfe bis dahin erfüllt. Von dem Bewußtsein getragen, daß es berufen sei, Niemandem zu Liebe und Niemandem zu Leide im Rathe der Völker seine Stimme zu Gunsten des Friedens zu erheben, hat das junge Reich sich ungestört dem Ausbau seiner inneren Einrichtungen überlassen können. In freudiger Begeisterung über die heiß ersehnte und schwer errungene Einheit und Machtstellung, in festem Vertrauen auf die Führung des großen Kaisers und auf den Rath bewährter Staatsmänner, insonderheit seines Kanzlers des Fürsten v. Bismarck, stellten sich die werkthätigen Kräfte der Nation rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen Arbeit. Verständnißvoll und opferbereit bethätigte das Reich seinen Willen, das Erworbene festzuhalten und zu sichern, die Schäden des wirthschaftlichen Lebens zu heilen und bahnbrechend den Weg zur Förderung der Zufriedenheit der verschiedenen Classen der Bevölkerung vorzuzeichnen.

Was in dieser Beziehung geschehen und geschaffen ist, dessen wollen wir uns freuen. Neben der Ausbildung unserer Wehrkraft, welche zum Schutze der Unabhängigkeit des Vaterlandes auf der Höhe der Leistungsfähigkeit zu erhalten Unsere kaiserliche Pflicht ist, haben Gesetzgebung und Verwaltung im deutschen Lande die Wohlfahrt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der wirthschaftlichen Thätigkeit zu pflegen sich angelegen sein lassen. Freie Bahn für die Entfaltung der geistigen und materiellen Kräfte der Nation, Hebung des durch diese Entfaltung bedingten Wohlstandes, Herstellung einheitlichen Rechts, Sicherung unparteiischer achtunggebietender Rechtspflege und Erziehung der Jugend zur Gottesfurcht und Treue gegen das Vaterland, das sind die Ziele, welche das Reich unablässig erstrebt hat.

So werthvoll aber die bisher erreichten Erfolge auch sein mögen, nicht müde werden wollen wir bei der Fortsetzung des uns vorgezeichneten Weges. Der weitere Ausbau der Reichseinrichtungen, die Festigung des Bandes, welches die deutschen Stämme umschlingt, die nothwendige Abwehr der mancherlei Gefahren, denen wir ausgesetzt sind, erfordert neben den Ansprüchen einer schnell voranschreitenden Entwickelung aller Zweige menschlicher Thätigkeit dauernd unsere rastlose und hingebende Arbeit.

Wie Wir selbst von neuem geloben, dem Vorbilde Unseres in Gott ruhenden Herrn Großvaters in treuer Pflichterfüllung nachzueifern, so richten Wir an alle Glieder des Volkes Unsere kaiserliche Aufforderung, unter Hintansetzung trennender Parteiinteressen mit Uns und Unseren hohen Verbündeten die Wohlfahrt des Reiches im Auge zu behalten, mit deutscher Treue sich in den Dienst des Ganzen zu stellen, um so in gemeinsamer Arbeit die Größe und das Glück des geliebten Vaterlandes zu fördern. Geschieht dies, so wird, das hoffen Wir zuversichtlich, auch ferner der Segen des Himmels Uns nicht fehlen, dann werden Wir, wie in jener großen Zeit, geeint und fest allen Angriffen auf Unsere Unabhängigkeit begegnen und ungestört der Pflege Unserer eigenen Interessen Uns hingeben können. Das Deutsche Reich aber wird, weit entfernt davon, eine Gefahr für andere Staaten zu sein, begleitet von der Achtung und dem Vertrauen der Völker, nach wie vor eine starke Stütze des Friedens bleiben. Daß dem so sei, das walte Gott!

Gegeben Berlin im Schloß, den 18. Januar 1896.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe.

Der Kaiser verleiht dem Fürsten Bismarck den neugegründeten Wilhelm-Orden, der statutengemäß „an solche Männer, Frauen und Jungfrauen verliehen werden soll, die sich hervorragende Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volkes im Allgemeinen, sowie insonderheit auf socialpolitischem Gebiete im Sinne der Botschaft des hochseligen großen Kaisers erworben haben."

18. Januar: Fürst Bismarck wird vom Kaiser durch ein Handschreiben und von der Mehrzahl der deutschen Fürsten durch Telegramme geehrt.

Handschreiben des Kaisers:

Mein lieber Fürst!

Ich kann den heutigen Tag, an welchem vor 25 Jahren durch die Kaiser-Proklamation zu Versailles der Bund der deutschen Fürsten und Stämme gekrönt und der Schlußstein dem neuerrichteten Bau des Deutschen Reiches eingefügt wurde, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihrer hervorragenden Verdienste um das glückliche Gelingen dieses welthistorischen, für unser deutsches Vaterland so segensreichen Werkes zu gedenken und Ihnen Meinen unauslöschlichen Dank zum Ausdruck zu bringen. Zur bleibenden Erinnerung an Ihre Meinem hochseligen Herrn Großvater wie dem Reiche in jener großen Zeit geleisteten Dienste habe Ich beschlossen, Ihr Bildniß in ganzer Figur und in Lebensgröße

malen zu lassen und ihm einen Ehrenplatz im Reichskanzler-Palais anzuweisen. Mein Ober-Hof- und Haus-Marschall wird dieserhalb das Weitere in die Wege leiten.

Ich verbleibe allezeit Ihr wohlgeneigter

Berlin, den 18. Januar 1896. Wilhelm, R.

Telegramm des Prinzregenten Luitpold von Bayern:

Zum Jubelfest des Deutschen Reichs erlaube ich mir, Ew. Durchlaucht meine aufrichtigen Glückwünsche zu senden; Sie können mit stolzer Genugthuung nach dem Verlauf eines Vierteljahrhunderts auf das Werk zurücksehen, das unter Ihrer hervorragenden Mitwirkung geschaffen wurde.

Luitpold, Prinz-Regent von Bayern.

Telegramm des Königs Wilhelm von Württemberg:

Eine zur Feier des 25jährigen Reichsjubiläums vereinigte Festversammlung sendet dem Mitbegründer des Deutschen Reiches den Ausdruck ihres unauslöschlichen Dankes und ihrer herzlichen Verehrung. Wilhelm, König von Württemberg.

Das Festcomitee: Prinz Hermann von Sachsen-Weimar.
Oberbürgermeister Rümelin.

Telegramm des Großherzogs Friedrich von Baden:

Bei der heutigen Feier der 25. Wiederkehr des Tages der Kaiserproklamation entbietet die zahlreich versammelte Bürgerschaft der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe dem ersten Kanzler des neu erstandenen Reiches in dankbarer Empfindung dessen, was er um die Einigung und Wiederherstellung des Vaterlandes Großes vollbracht hat, ihren ehrfurchtsvollen Gruß.

Friedrich, Großherzog von Baden.
Oberbürgermeister Schnetzler.

Telegramm des Großherzogs Friedrich Franz
von Mecklenburg-Schwerin:

Cannes, den 18. Januar 1896.

Im Andenken an die herrliche Feier vor 25 Jahren, die an Ew. Durchlaucht Seite zu erleben mir vergönnt war, und die die ganze großartige Lebensarbeit Ew. Durchlaucht in so wunderbarer erhabener Weise krönte, bitte ich den Ausdruck meiner unbegrenzten Verehrung und meiner unwandelbaren Anhänglichkeit Ew. Durchlaucht freundlich entgegennehmen zu wollen.

Friedrich Franz.

Telegramm des Großherzogs Carl Alexander von Sachsen-Weimar:

Als Deutscher, als Reichsfürst, als Ihr besonderer Verehrer und Freund wünsche ich Ew. Durchlaucht Glück zu dem heutigen Tage. Der allmächtige Gott hat durch Sie unser Vaterland vereinigt, das Deutsche Reich wieder aufgerichtet. Indem wir Deutsche Ihnen dafür danken und Sie preisen, empfinden wir, was Ew. Durchlaucht geleistet. Der Allmächtige wolle fortan erhalten und im reichsten Maße segnen, was Sie gethan. Ich spreche dies in tiefer Bewegung, weil auch im Gedenken an den hochseligen Kaiser Wilhelm, meinen Schwager, wie an die Kaiserin, meine Schwester, auch im Namen der Großherzogin aus. Sie aber ermessen, wie herzlich dies meint

Ew. Durchlaucht innigst ergebener Freund

C. A.

Telegramm des Herzogs Georg von Sachsen-Meiningen:

Dem Manne, ohne den wir heute kein einiges deutsches Vaterland hätten, drücke ich wie vor 25 Jahren in Ehrerbietung dankbar die Hand und bitte ihn, zu glauben, daß ihm an diesem Tage kein Herz treuer entgegenschlägt als das meinige.

Georg.

18. Januar: Die conservativen Parteien des Reichstags, die deutsche Reichspartei und die deutsch-sociale Reformpartei begrüßen Fürst Bismarck mit folgender Depesche:

Erfüllt von dem Hochgefühl der Feier des Tages, an welchem vor 25 Jahren das neue Deutsche Reich in Macht und Herrlichkeit entstand, gedenken wir unterzeichneten Mitglieder des Reichstags heute in Dankbarkeit und Verehrung Ew. Durchlaucht, Hochderen unvergleichliche Staatskunst unserem heimgegangenen großen Kaiser Wilhelm die Begründung des Reiches ermöglichte. Wir bitten Ew. Durchlaucht, den ehrerbietigen Ausdruck dieser Empfindung huldvoll entgegenzunehmen. Mit dem freudigen Gefühl, daß es Ew. Durchlaucht vergönnt ist, inmitten einer dankbaren Nation den heutigen Tag zu erleben, vereinigt sich in uns der herzliche Wunsch, daß Ew. Durchlaucht noch lange Jahre in Gesundheit und Rüstigkeit beschieden sein mögen.

Die zur Jubelfeier versammelten nationalliberalen Fractionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses sandten folgende Depesche:

Die parlamentarischen Fractionen der nationalliberalen Partei des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, mit den Collegen aus der großen Zeit der Reichsbegründung festlich

vereinigt, bringen Ew. Durchlaucht, dem Reichsbaumeister, unserem unvergleichlichen, in der Geschichte unvergänglichen ersten Kanzler des Reiches, dessen vaterländisches Wirken zu fördern ihnen immer zum Stolze gereichte, dankbaren deutschen Gruß und herzliche Wünsche für das fernere Wohlergehen dar.

(gez.) v. Bennigsen. Dr. Bürklin. Dr. Krause.
v. Eynern.

Von der Festversammlung in der Philharmonie zu Berlin ward folgendes Telegramm abgesendet:

Die zur nationalen Gedenkfeier heute in der Philharmonie zu Berlin vereinte Festversammlung bringt Ew. Durchlaucht als dem Schöpfer des Deutschen Reichs den begeisterten Huldigungsgruß unauslöschlicher Dankbarkeit dar. Möchte es dem deutschen Volke vergönnt sein, Ew. Durchlaucht noch lange Jahre in seiner Mitte zu sehen, gestärkt und gehoben durch den Ausblick auf ein an Kraft und Weisheit, an Ehren und Wohlstand wachsendes Vaterland.

Namens des Festausschusses: v. Levetzow. Kyllmann.

18. Januar: In Friedrichsruh Vormittags von 10 bis 12 Uhr Concert der Capelle des Lauenburger Jägerbataillons No. 9 im Park des Fürsten Bismarck.

18. Januar: Telegramme Bismarcks an den König von Württemberg (1), den Großherzog von Baden (2).

(1.)

Ew. Majestät bitte ich unterthänigst für Allerhöchst deren gnädige Begrüßung meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegenzunehmen und den Ausdruck desselben dem Festkomitee huldreichst aussprechen lassen zu wollen.

v. Bismarck.

(2.)

Ew. Königl. Hoheit lege ich für Höchstderen gnädige Beglückwünschung zum heutigen Tage meinen ehrfurchtsvollen Dank wiederholt zu Füßen mit der unterthänigsten Bitte, dem Herrn Oberbürgermeister Schnetzler den verbindlichsten Ausdruck desselben für die Kundgebung der Haupt- und Residenzstadt mittheilen lassen zu wollen.

v. Bismarck.

18. Januar: Telegramm an den Prorector der Leipziger Universität, Prof. Dr. Flechsig: Dank für die Begrüßung zur Jubelfeier. — Telegramm an den Abg. v. Dallwitz: Dank für die Begrüßung der conservativen Partei, der Reichspartei und der deutsch-socialen Partei. — Telegramm an die freiconservative Fraction des Abgeordnetenhauses: Dank für die Begrüßung. — Telegramm an die in der Philharmonie zur Festfeier versammelten Berliner Bürger: Dank für die Begrüßung. — Telegramm an den Abg. v. Bennigsen: Dank für den Gruß der nationalliberalen Partei:

Ew. Excellenz bitte ich, Ihren Herrn Fractionsgenossen für die ehrenvolle Begrüßung im Rückblick auf unsere langjährige Mitarbeiterschaft meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

19. Januar: Telegramm an General v. Lentze in Danzig: Dank für die Begrüßung zur Jubelfeier.

20. Januar: Oeffentlicher Dank des Fürsten Bismarck für die am 18. Januar ihm zu Theil gewordenen Begrüßungen (Hamb. Nachr. 21. 1. 1896 No. 17 M.-A.):

Friedrichsruh, 20. Januar 1896.

Zur Jubelfeier des 18. Januar habe ich von meinen Mitbürgern in der Heimath und in der Fremde so zahlreiche schriftliche und telegraphische Begrüßungen erhalten, daß ich leider nach meinen Arbeitskräften nicht im Stande bin, dem Einzelnen meinen Dank auszusprechen. Ich bitte deshalb Alle, die meiner bei dieser Gelegenheit so freundlich gedacht haben, meinen herzlichen Dank hierdurch entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

23. Januar: Schreiben an den Deutschen Kriegerverein in Mylau i. V.: Dank für Begrüßung und Uebersendung eines Zinnkruges:

Friedrichsruh, den 23. Januar 1896.

Dem Vereine danke ich verbindlichst für die freundliche Begrüßung zur Jubelfeier des 18. Januar und für

den sie begleitenden schönen Zinnkrug, aus dem ich den ersten Trunk auf das fernere Gedeihen des Vereines thun werde.

v. Bismarck.

24. Januar: Der König von Preußen ernennt Fürst Bismarck zum stimmfähigen Ritter der Friedensclasse des Ordens pour le mérite.

27. Januar: Schreiben an die Expedition der „Freisinnigen Zeitung“: Dank für Uebersendung des 2. Bandes der Erinnerungen des Herrn Eugen Richter:

Friedrichsruh, 27. Januar 1896.

Der Expedition der „Freis. Ztg.“ danke ich verbindlichst für Uebersendung des zweiten Bandes der Erinnerungen des Herrn Eugen Richter, von denen ich mit Interesse Kenntniß nehmen werde.

v. Bismarck.

2. Februar: Die Abg. v. Kardorff und v. Mirbach zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

5. Februar: Schreiben an den ältesten Deichhauptmann Schlesiens, Nitschke in Guhrau: Glückwunsch zum 80. Geburtstag:

Friedrichsruh, den 5. Februar 1896.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich zu Ihrem Geburtstage die Glückwünsche eines Alters- und Berufsgenossen entgegen zu nehmen, der bemüht gewesen ist, die Aufgaben des Deichhauptmanns auch im politischen Leben zur Lösung zu bringen.

v. Bismarck.

10. Februar: Der Staatssecretär von Transvaal Dr. Leyds in Friedrichsruh.

20. Februar: Eine Deputation von Vertretern der deutschen Kaliwerke in Friedrichsruh, behufs Ueberreichung einer Ehrengabe (Kalisalzstufen). Oberbergrath Schreiber aus Staßfurt verlas folgende Adresse (H. N. 28. 2. 1896 No. 50 M.-A.):

Seiner Durchlaucht
dem Altreichskanzler Fürsten Bismarck.

Durch weite deutsche Gaue streckt sich in Bergesnacht
Ein Riesenschatz gar köstlich in buntkrystallner Pracht.
Vor vielen tausend Jahren ward durch der Sonne Gluth
Er siegreich abgerungen der salz'gen Meeresfluth.

Versenket in die Tiefe, vor Fährlichkeit bewahrt,
Blieb späteren Geschlechtern er sorgsam aufgespart,
Sein Segen blühet heute, und unser ward das Loos,
Den deutschen Schatz zu heben aus dunklem Bergesschoß.

So emsig und so fröhlich, so lohnend ist das Müh'n:
Nur Leben rings und Wohlfahrt und Fortschritt draus erblüh'n —
Wohl edler Arbeitssegen, der reich dem Volke lohnt,
In dem bei Macht und Ehre der Friede sicher thront.

So ist's in unserm Volke, seitdem, vieledler Mann,
Uns Dein gewalt'ger Wille das schönste Gut gewann,
Das Gut, dem kein Krystallschatz am Werthe jemals gleich —
Seit Du uns Deutschen schufest das ein'ge Deutsche Reich.

Ein Viertelhundert Jahre ist heute grad' verrauscht,
Seit wir der stolzen Kunde vom Seinestrand gelauscht:
„Des Heldenkönigs Scheitel trägt nun die Kaiserkron',
Des Kanzlers eisern Streben — nun fand es güld'nen Lohn."

Empfange Dank und Huld'gung, o Fürst, und Wünsche treu:
Du warst bisher gesegnet, — sei täglich es aufs Neu!
Als eines Wunsches Sinnbild laß uns gewähret sein,
Von unserm Bergesschatze ein Bröcklein Dir zu weih'n:

Wie die krystall'ne Masse, von Landmanns Hand gestreut,
Auf Wiesenflur und Felder viel reichen Segen beut,
Die Früchte edler zeitigt, des Wirthes Gut vermehrt, —
So mag auch weiter wirken Dein Werk, Du Sämann werth.

Es einige die Streiter, es mach die Treuen kühn,
Für's Vaterland stets wärmer laß es die Herzen glüh'n!
So schreite Deutschland weiter hin durch der Zeiten Lauf
In Eintracht, Friede, Wohlfahrt! Das walte Gott! Glück auf!

Staßfurt, den 18. Januar 1896.

Ehrfurchtsvoll
Ew. Durchlaucht
treu gehorsamste
Leiter der Kaliwerke Deutschlands.

20. Februar: Trinkspruch des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe auf Fürst Bismarck, ausgebracht beim Erinnerungsfest des Bundesraths:

Meine Herren! Ich darf es als eine besondere Gunst des Schicksals preisen, daß mir heute, an dem Tage, an welchem der Bundesrath die Feier seines 25jährigen Bestehens begeht, die Ehre zu Theil wird, den ersten Trinkspruch auszubringen. Wer auf 50jährige politische Thätigkeit zurückblickt — es sind in diesen Tagen 50 Jahre, seit ich in die bayerische Kammer der Reichsräthe eingeführt wurde — und wem das Zeugniß nicht versagt werden kann, daß er sich während dieser Zeit stets vom nationalen Gedanken der Wiederaufrichtung und der Befestigung des Deutschen Reiches leiten ließ, der darf den heutigen Tag auch als einen Ehrentag für sich betrachten. Fürchten Sie aber meine Herren keine Ueberhebung meinerseits; ich weiß wohl, daß heute an dieser Stelle ein anderer, ein besserer und größerer Mann stehen sollte, der Mann, in dem das deutsche Volk, nächst dem großen Kaiser Wilhelm, den Gründer seiner Einheit verehrt und verehren wird bis an's Ende seiner Tage; — ich weiß wohl, daß mein Antheil an der Reichsarbeit ein bescheidener war, und daß es mir nur vergönnt war, Theil zu nehmen an den Vorarbeiten, gewissermaßen an den Erdarbeiten, auf denen dann im Jahre 1870 die Festung emporwuchs. Aber, auch jene Anfänge waren als Einleitung unentbehrlich, und ich freue mich, daran Theil genommen zu haben. Zudem verdanke ich jener Zeit eine werthvolle Erfahrung; ich verdanke ihr das Verständniß für die Opfer, welche die deutschen Fürsten gebracht haben, als sie in patriotischer Hingebung sich dem Deutschen Reiche anschlossen.

Wenn Sie zurückblicken auf die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte, ja auf unsere ganze deutsche Geschichte, so tritt vor Ihr Auge die allmähliche Erstarkung der deutschen Fürstenmacht — freilich war es nicht immer zum Nutzen des Reichs, — und Sie begreifen dann — vom rein menschlichen Gesichtspunkte aus — das auf historischer Grundlage beruhende Selbstbewußtsein der einzelnen Staatengebilde. Mit diesem Selbstbewußtsein mußte die nationale Bewegung von 1848 und 1870 rechnen. Mit ihm rechnet auch unser Allergnädigster Kaiser, der gewissenhaft und treu die Rechte der Bundesgenossen wahrt. Fürsten und Volk haben die für die Einheit und Macht des Reiches nöthigen Opfer gebracht; wir dürfen für alle Zukunft auf ein harmonisches Zu-

sammenwirken der Glieder des Reichs rechnen. Unsere Fürsten haben danach Anspruch auf den Dank der deutschen Nation. Lassen Sie uns diesem Dankgefühl ehrfurchtsvollen Ausdruck geben durch den Ruf: Der deutsche Kaiser, die deutschen Fürsten und freien Städte, sie leben hoch!

An Fürst Bismarck wurde telegraphisch folgender Gruß gesandt:

Ihrem ersten Vorsitzenden senden die zur Erinnerungsfeier versammelten Mitglieder des Bundesraths ehrerbietigen Gruß.

21. Februar: Telegramm an Senator O'Swald, Hamburg: Dank für die Begrüßung durch die Abtheilung „Hamburg" der deutschen Colonial-Gesellschaft.

22. Februar: Eine Deputation Hallescher Bürger in Friedrichsruh behufs Ueberreichung einer Adresse. Die von etwa 7000 Bürgern unterzeichnete Adresse hat folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster Fürst!

In allen deutschen Landen und darüber hinaus, soweit die deutsche Zunge klingt, ist heute ein Freudentag.[1] Das ganze Vaterland begeht festlich diesen Tag, welcher ihm vor 8 Jahrzehnten seinen Erretter aus Zerrissenheit und Ohnmacht, seinen Einiger und Wiederhersteller gab.

In einem an Arbeit, an Mühe, aber auch an beispiellosen Erfolgen überreichen, dem deutschen Vaterlande gewidmeten Leben haben Ew. Durchlaucht die heißesten Wünsche und die kühnsten Träume unserer Vergangenheit auf das herrlichste verwirklicht und für die Zukunft dem deutschen Volke die Wege gewiesen, die zu seinem Glücke und seinem Ruhme führen.

Unermeßlich, wie die für das Vaterland getragenen Lasten und Sorgen, unvergleichlich, wie die Verdienste, unvergänglich, wie die Gemüthstiefe des deutschen Volkes, das erst durch Ew. Durchlaucht Wirken sich auf sich selbst besonnen hat, ewig wie die geschaffenen Werke der deutschen Einheit, Macht und Größe, werden die Liebe, die Verehrung, die Dankbarkeit und die Bewunderung bleiben, welche das deutsche Volk Ew. Durchlaucht schuldet.

Das verflossene Jahr hat durch das Dahinscheiden der theueren und treuen Lebensgefährtin Ew. Durchlaucht einen herben Schmerz, einen schweren Verlust bereitet. Möge es Ew. Durchlaucht zum Troste gereichen, daß ein ganzes Volk innigsten und bewegtesten Antheil genommen hat.

Am heutigen Tage richtet das durch Ew. Durchlaucht groß und frei gewordene deutsche Volk das inbrünstigste Gebet zum Himmelszelt: Gott wolle Ew. Durchlaucht kostbare Person und Familie in seinen heiligen Schutz nehmen, ihm selbst aber die Gnade schenken, den größten seiner Söhne inmitten einer dankbaren Nation noch lange glücklich und beglückend zu sehen.

[1]) Die Adresse sollte zum 80. Geburtstage dargebracht werden.

Der geschichtlichen Größe gegenüber verschwinden alle Parteiunterschiede. Geruhen Ew. Durchlaucht von den ohne Rücksicht auf Parteistellung unterzeichneten Bürgern der Stadt Halle und des Saalkreises den Ausdruck unzerstörbarer und patriotischer Dankbarkeit, Bewunderung und Verehrung huldvollst entgegenzunehmen.

Von einem Theilnehmer an einem dieser Empfänge gingen dem „Hann. Courier" über politische Aeußerungen des Fürsten Bismarck folgende Mittheilungen zu:

In Bezug auf die Colonisationsfrage hält Fürst Bismarck nach wie vor an der prinzipiellen Auffassung fest, daß in fernen Erdtheilen der Kaufmann voran und der Staat mit seinem Schutze ihm nachfolgen müsse. Es sei immer das Richtige, einen Küstenstrich von zwei oder drei Tagemärschen Breite in Besitz zu nehmen und mit den dahinter liegenden Negern freundschaftliche Abkommen zu treffen; würden diese verletzt oder kämen sonstige Gewaltthätigkeiten vor, so müsse man unverzüglich militärische Expeditionen in das Hinterland zur energischen und abschreckenden Züchtigung der Eingeborenen vornehmen. Von der Verpflanzung des preußischen Regierungsassessors und seines bureaukratischen Systems nach Afrika verspricht sich der Fürst wenig Erfolge; das sei Arbeit vom grünen Tisch aus, die dorthin erst recht nicht passe. Der Fürst ist auch kein unbedingter Anhänger der Aufhebung der Sklaverei, die in jenen Ländern schon seit Tausenden von Jahren bestanden habe und in den dortigen Verhältnissen begründet sei. Dagegen sprach sich der Fürst mit Schärfe gegen die brutale und falsche Behandlung der Schwarzen aus, wie sie leider auch von deutscher Seite in den bekannten Fällen vorgekommen sei. Er glaube zwar nicht an die Gleichheit der Rassen, sondern im Gegentheil, daß den Negervölkern von der göttlichen Vorsehung eine andere Bestimmung zu Theil geworden sei als den Weißen; aber es sei verkehrt gehandelt, wenn die Weißen von ihrer Ueberlegenheit einen Gebrauch machten, welcher der Menschlichkeit so sehr zuwiderliefe wie dem praktischen Nutzen. Es stecke zwar in den Negervölkern etwas von der Pferde- und Hundenatur, aber selbst in Bezug auf diese beiden Thiere sei das System der Dressur mittelst Schlägen veraltet. Ein alter Reitlehrer habe oft in der Bahn, wenn ein Schüler seinem Thiere die Gerte gab oder es sonst hart behandelte, demselben zugerufen: „Aber so schlagen Sie doch das Thier nicht, das ist ja gar nicht schuld, daß Sie nicht reiten können; der Fehler liegt darin, daß Sie es falsch behandeln." Es sei doch auch ein rührendes Beispiel

für die gute Natur des Negers, daß 5 Weiße, wie es so häufig geschehe, mit 500 Schwarzen unter den allerschwierigsten Verhältnissen gefahrvolle Züge in das Innere des Landes unternehmen, ohne daß die Weißen eine andere Sicherheit hätten, als die in „Treu und Glauben“ der Neger wurzelnde. Wenn etwas von der Hundenatur im Schwarzen vorhanden sei, so wäre das für ihn nicht schimpflich, und die Weißen, die davon Nutzen hätten, sollten es lieber vermeiden, die Neger wegen eben dieser Hundenatur schimpflich zu behandeln. Ohne Zweifel sei der Neger faul und müsse angetrieben werden, aber doch nicht mit unmenschlichen Mitteln. Auch habe der schwarze Soldat doch schon oft genug bewiesen, daß es ihm nicht an Muth und Opferwilligkeit fehle. Der Fürst bedauere es deshalb jedesmal, wenn er in den Zeitungen Berichte über Vorfälle lese, aus denen hervorgehe, daß die Schwarzen unmenschlich und falsch behandelt würden. Wißmann habe die richtige Art und Weise gehabt, mit den Negerstämmen fertig zu werden.

Bezüglich der Thätigkeit der Ansiedelungscommission in den polnischen Gebietstheilen fühlt sich der Fürst durch den bisherigen Verlauf der Dinge in seiner alten Auffassung bestärkt, daß die Umwandlung des aus polnischen Händen erworbenen Besitzes in Rentengüter keine ganz glückliche Maßregel gewesen sei. Es wäre richtiger gewesen, diese Ländereien zunächst als Domänen in Königliches Eigenthum überzuführen und sich die Pächter dieser Domänen nach politischem Bedürfniß auszusuchen. Die Hauptsache sei doch gewesen, daß die betreffenden Besitzungen aus den polnischen Händen in preußischen Staatsbesitz gelangten, alles Weitere sei cura posterior gewesen, und es habe kein Grund zur Ueberstürzung vorgelegen. Es sei seinerzeit von ihm auch nicht beabsichtigt gewesen, daß bei der Thätigkeit der Ansiedelungscommission vorzugsweise auf die Neusiedelung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen werde. Die politische Tendenz sei nicht sowohl auf die Ersetzung polnischer Bauern durch deutsche Bauern gerichtet gewesen, sondern auf die möglichste Beschränkung des polnischen Großgrundbesitzes in seiner durch die Geistlichkeit geförderten Deutschfeindlichkeit und nationalpolnischen Aspiration. Es sei darauf angekommen, diesen Grundbesitz in Domänen unter Pächtern zu verwandeln, auf die der preußische Staat habe fortdauernd zählen können. Man sei auch in dieser Sache zu eilig vorgegangen, habe schon morgen ernten wollen, was erst gestern gesäet sei. Die Ungeduld, die sich auch hier offenbare, sei eine der übelsten Eigenschaften, die es in der Politik gebe. Man hätte sich Zeit lassen sollen, allmählich eine deutschtreue Bevölkerung auf dem Wege

der Einzelsiedelung in ihrer naturgemäßen Entwickelung herzustellen. Es stand gar nichts im Wege, den Besitz des polnischen Adels anzukaufen, ihn in Händen zu behalten und ihn dann nach Zeit und Umständen zu verwerthen.

22. Februar: Schreiben (i. A. Graf Rantzau) an den Vorsitzenden des Hamburger Reichstagswahlvereins: Fürst Bismarck erklärt sich zur Entgegennahme des Fackelzugs am 1. April bereit:

Friedrichsruh, den 22. Februar 1896.

Ew. Wohlgeboren beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 21. d. Mts. zu erwidern, daß Fürst Bismarck, auch wenn er weniger rüstig wäre wie heute, sehr abgeneigt sein würde, auf die hohe Ehre zu verzichten, die befreundete Bewohner der benachbarten Handelsstadt ihm durch Darbringung eines Fackelzuges am 1. April erweisen.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung bin ich
Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebener

C. Rantzau.

24. Februar: Verlagsbuchhändler A. de Grousilliers überreicht dem Fürsten Bismarck das Prachtwerk „Das Bismarck-Museum in Bild und Wort."

4. März: Die Gattin des Grafen Herbert Bismarck wird von einer Tochter entbunden.

5. März: Schreiben an den Vorstand des Verschönerungsvereins zu Stade: Dank für die Errichtung eines Bismarckthurmes auf dem Schwarzenberge:

Friedrichsruh, den 5. März 1896.

Dem geehrten Vorstande danke ich verbindlichst für die Ehre, die mir durch die Benennung des Aussichtsthurms auf dem von hiesigen und Hamburger Höhen sichtbaren Schwarzen Berge erwiesen worden ist. Diese Auszeichnung hat für mich um so höheren Werth, als sie mir die alten geschichtlichen Beziehungen vergegenwärtigt, welche zwischen meiner altmärkischen Heimath und der Grafschaft Stade bestanden, welche in alter Kaiserzeit der Mark Brandenburg ihre Markgrafen gegeben hat.

v. Bismarck.

6. März: Telegramm an die Wittwe des Reichsraths Dr. Armand Buhl in Deidesheim: Ausdruck der Theilnahme am Tode des Gatten:

Mit tiefer Betrübniß habe ich die mir nach dem Lebensalter Ihres Herrn Gemahls unerwartete Nachricht von seinem Hinscheiden vernommen und empfinde mit Ihnen schwer den Verlust meines politischen Mitkämpfers und persönlichen Freundes.

v. Bismarck.

21. März: Trinkspruch des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe auf Fürst Bismarck, ausgebracht beim Erinnerungsfest des Deutschen Reichstags:

Meine Herren! Der erste Präsident des Reichstages hat die heutige Gedenkfeier eingeleitet mit beredten Worten auf Kaiser und Reich. Wir, die ehemaligen Mitglieder des Zollparlaments und der ersten Reichstage, und Sie Alle haben ihm begeistert zugestimmt in dem stolzen Bewußtsein, nunmehr einem mächtigen Reiche anzugehören, in der berechtigten Freude über das mit schweren Opfern Errungene und in der dankbaren Erinnerung an die Männer, die unter der weisen, kraftvollen Leitung des großen Kaisers Wilhelm Deutschland zum Siege und durch den Sieg zur Einheit geführt haben. Nur wenige dieser Kriegshelden sind noch am Leben. Darunter zu unserer Freude der bewährte Heerführer König Albert von Sachsen.

Sie alle, Lebende und Verstorbene, aufzuzählen ist nicht meine Aufgabe; wohl aber will ich unter den Geschiedenen Diejenigen nennen, die dem Herzen des deutschen Volkes am nächsten stehen.

Da erhebt sich denn vor uns die Heldengestalt Kaiser Friedrichs, des „Kronprinzen", der durch die Liebe, die er sich im ganzen deutschen Volke, — in Süd und Nord, zu erwerben wußte, das erste Band geschlungen hat, das die deutschen Stämme zum gemeinsamen Kampf vereinte.

Ich nenne sodann die Feldmarschälle Roon und Moltke, von denen der eine in langjähriger organisatorischer Thätigkeit das Werkzeug schärfte, mit dem unsere Schlachten geschlagen wurden, während der andere, der unvergleichliche Heerführer, das Werkzeug in genialer Weise zu gebrauchen verstand.

So leben sie fort im Gedächtniß, in der dankbaren Verehrung des deutschen Volkes.

Verein Augsburg die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche. Wir wissen, daß die deutsche Nation alles, was sie politisch ist, Ew. Durchlaucht zu danken hat, und beklagen, daß die gedeihliche wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands durch Ew. Durchlaucht Enthebung vom Amte eine Unterbrechung erlitten hat. Gebe Gott, daß Ew. Durchlaucht den Tag erleben, der die Rückkehr zum bewährten Kurse des ersten Reichskanzlers bringt.

Abends 6 Uhr treffen Generaloberst Graf Waldersee und der Commandeur des Kürassier-Regiments v. Seydlitz No. 7 mit vier Offizieren zur Beglückwünschung ein. Tafelmusik von der Capelle des Husarenregiments No. 15. Nach der Tafel Fackelzug Hamburger Bürger. Ansprache des Kaufmanns Staelin:

Ew. Durchlaucht!

„Nun danket alle Gott!“ tönte Ew. Durchlaucht der Gruß entgegen!

Dank gegen Gott erfüllt heute im weiten deutschen Vaterland die Herzen vieler Millionen, erfüllt hier alle Herzen, die da in flammender Bismarck-Begeisterung aufjauchzen, weil sie wieder Ew. Durchlaucht ihre hingebendsten Geburtstags-Glückwünsche darbringen können!

Ein bedeutungsvolles Jahr liegt hinter uns Allen — das 25jährige Erinnern des großen Jahres, da Ew. Durchlaucht gewaltige Staatskunst das Vaterland uns zimmerte! Wir Alten sahen in dem verflossenen Jahr von Tag zu Tag im Geist die Ereignisse des großen Jahres an uns vorüberziehen, durchlebten sie aufs neue, entfachten wieder unseres Herzens Gluth und schöpften neuen Muth und neue Hoffnung für unseres Volkes Zukunft. Und die Jugend? — Wir lehrten sie das große Jahr verstehen und lieben — und der Jugend rasche Empfänglichkeit entflammte zur hellen Begeisterung, zur glühenden Vaterlandsliebe!

Wir Alle aber, Alt und Jung, von Gedenktag zu Gedenktag erneuerten wir den heiligen Treuschwur, der da galt: „Kaiser und Vaterland!“ der da galt und gilt dem großen Schöpfer des neuen schönen, mächtigen, Deutschen Reiches, Ew. Durchlaucht!

Jetzt ist Ew. Durchlaucht des Deutschen Volkes getreuer Ekkehard, der da mahnt und warnt, und rathet und goldene Weisheit lehrt, wie Ew. Durchlaucht es empfindet, wie Ew. Durchlaucht große, heilige Liebe zum Volke es gebeut!

Das deutsche Volk braucht seinen Ekkehard noch! Und so steigt unser Dank heute auch empor aus ureigenstem Interesse, — und auch für uns danken wir, daß der Allmächtige Ew. Durchlaucht Lebenskraft und Lebensfrische erhalten hat und noch erhält!

In Leib und Seele spannender Aufgabe liegt eine geheimnißvolle Kraft, die den Lebensfaden nicht abreißen läßt! Wir vertrauen, daß Ew. Durchlaucht Lebensfaden so fest geknüpft sei, so schwer abreißbar, wie Menschen nur zu denken es wagen!

Die heilige Pflicht der Dankbarkeit gegen des Vaterlandes großen Sohn, wir Hamburger haben sie, so hoffen wir, rechtzeitig erkannt, und da wir sie einmal erkannt hatten, sind wir ihr nie untreu gewesen, nie werden wir ihr untreu werden!

Ew. Durchlaucht zu ehren, wie Ew. Durchlaucht treu zu sein unserm Volk, treu unserm Vaterland, — das geloben wir heute aufs neue als Geburtstags-Angebinde!

Das Gelübde steige jetzt empor im walderschütternden Hoch auf Ew. Durchlaucht!

Mitbürger, stimmt ein in den Jubelruf: Se. Durchlaucht Fürst v. Bismarck, hoch!

Antwort Bismarcks:

Meine Herrn, das Wohlwollen der Nachbarn ist für das Leben des deutschen Christen nach dem lutherschen Katechismus ein Bedürfniß, und ich bin sehr erfreut, daß ich mich des Wohlwollens meiner Hamburgischen Nachbarn seit so langer Zeit unentwegt erfreue, ohne es inzwischen, wie so manches andere Wohlwollen, verloren zu haben. Ich freue mich, daß Sie durch Ihre heutige Begrüßung die Fortdauer dieses nachbarlichen Wohlwollens mir gegenüber bethätigen. Ich sehe darin einmal eine Anerkennung meiner früheren Leistungen, die für mich ja besonders schmeichelhaft und wohlthuend ist, dann aber auch macht es mir als deutschem Staatsbürger eine besondere Freude, daß die Hauptstadt unseres Reichsantheils hier, so kann ich Hamburg doch wohl nennen, gedeiht und blüht, und ich sehe in dem Gefühle, daß es so ist, auch innern Anlaß zu der Begrüßung, die Sie mir mit Bezugnahme auf die vergangenen Jahrzehnte erweisen. Hamburg ist für das ganze

Stromgebiet der Elbe die entscheidende Hauptstadt, und wenn es Hamburg gut geht, so geht es dem ganzen Elbgebiete wenigstens nicht schlecht (Heiterkeit, Bravo!). Es ist das auch einigermaßen gegenseitig: eine Handelsstadt prosperirt am besten, wenn ihr Hinterland reich wird und wohlhabend ist. Eine Handelsstadt in einer armen Küstengegend wird nie die Entwicklung haben wie eine solche, die wie Hamburg ein großes reiches Hinterland hinter sich hat, und von dieser Ueberzeugung komme ich zu der Gewißheit, daß die Trennung berufsständischer Interessen, die in neuer Zeit in der Presse und Parteikämpfen üblich ist, unberechtigt ist. Wir arbeiten alle in derselben Richtung: der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirth. Wenn unser Land zurückgeht, so leiden wir Alle, und wenn es vorwärts geht, so gewinnen wir Alle und fühlen uns Alle behaglich, und nun kann ein Land nicht vorwärts gehn, bei dem ein sehr großer Antheil der Bevölkerung rückwärts geht in seiner Wohlhabenheit und seinem Behagen. Das Gedeihn von Hamburg wirkt befruchtend auf das ganze Elbgebiet, aber das Gedeihn des ganzen Elbgebiets, auch des landwirthschaftlichen und industriellen, wirkt auch wiederum fördernd auf Hamburg, und Hamburg, so groß wie es ist — auf dem Continent ja das größte Emporium — würde doch auch darunter leiden, wenn das Oberland, das Hinterland von Hamburg, das Gebiet im Uebrigen zurückginge, und deßhalb sage ich nicht bloß aus nachbarlicher Liebe und Dankbarkeit für alles Wohlwollen, was mir von Hamburgischer Seite, seit ich hier dauernd wohne, stets bezeigt worden ist, auch lediglich aus materiellen Interessen sage ich: Gott fördere Hamburg, und möge es blühen und gedeihen, so daß es die fruchtbringenden Strahlen seines eigenen Wohlseins auch auf das Hinterland ausübt, und möge es auch dem Hinterland beistehen nach außen hin, sich selbst zu erhalten und zu fördern. Da kommt bei mir der Landwirth zur Sprache, ohne daß ich grade ein leidenschaftlicher Agrarier wäre (Heiterkeit), aber ohne Berechtigung sind die Leute nicht.

Ich bitte Sie also, nachdem Sie mich hier begrüßt haben, mit mir meinem nachbarlichen Wohlwollen und meinen freundlichen Gefühlen für Hamburg Ausdruck zu geben: Die Stadt Hamburg und ihre Regenten, sie leben hoch!

1. April: Telegramm an den Abg. Bassermann: Dank für die Begrüßung durch die nationalliberale Partei:

Ich bitte Sie, der nationalliberalen Fraction des Reichstags und preußischen Abgeordnetenhauses für ihren freundlichen Glückwunsch meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

6. April: Feier zu Ehren des Geburtstages des Fürsten Bismarck auf dem Feldberg im Schwarzwalde; telegraphische Begrüßung des Fürsten durch die Theilnehmer des Festes. — Enthüllung eines Bismarckdenkmals in der Landgemeinde Stuvenborn; telegraphische Begrüßung des Fürsten durch die Festversammlung.

7. April: Schreiben an den Vorstand der Gemeinde Gabelbach auf dem Kickelhahn bei Ilmenau, Justizrath Schwanitz: Dank für die Glückwünsche zum Geburtstage.

Wortlaut der an den „Ehrenschulzen" gerichteten Adresse:

Durchlauchtigster Fürst! Zum Beginn eines neuen Lebensjahres rufen heute die Mannen der Gabelbach-Gemeinde ihrem theuren hochverehrten Ehrenschulzen den Frühlingsgruß zu. Die Wettertanne ob unsern Häuptern treibt in neuer Kraft, und der Vogel auf ihr singt neu sein Lied nach alter Melodie. So klinge von unseres Waldes Höhe auch ein neues Lied nach alter Melodie zum Sachsenwalde hinaus: das Lied des Dankes und der Treue.

Wir gedenken des Deutschen Reiches mächtigen Baumeisters und Schützers und freuen uns innig seiner stets sich erneuernden Kraft.

Was die Waldgeister des Kickelhahns bei unserer Kirmse sangen, senden wir mit, damit es ein Echo wecke im Rauschen der Eichen, das Herz zu erfreuen dem Ehrenschulzen von Gabelbach. Zu dem Stifter und Erhalter aller Reiche aber beten wir, daß Er den Gründer des besten unter seinen Reichen hienieden noch lange in Kraft und Frieden erhalte.

8. April: Oeffentlicher Dank des Fürsten Bismarck für die Kundgebungen des Wohlwollens am Geburtstage (H. N. 8. April 1896 No. 82 M.-A.):

Friedrichsruh, den 8. April 1896.

Von Nah und Fern, aus Deutschland und dem Auslande habe ich auch in diesem Jahre viele Glückwünsche zu meinem Geburtstage erhalten. Die Anzahl dieser, mich in hohem Grade beglückenden und ehrenden Kundgebungen ist so groß, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern darauf verzichten muß, jede einzelne dankend zu beantworten. Ich rechne deshalb auf die Nachsicht meiner Freunde, indem ich sie bitte, für ihr wohlwollendes Gedenken meinen verbindlichsten Dank in dieser Form freundlich entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

8. April: Taufe der zweiten Tochter des Grafen Herbert v. Bismarck in Schönhausen (Maria Goedela).

11. April: Begrüßung des Fürsten Bismarck durch den Verein zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen:

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, welcher heute das Jubelfest seines 25jährigen Bestehens begeht, sendet in Erinnerung an die Zollkämpfe des Jahres 1879 Ew. Durchlaucht, dem unerreichten Meister auf dem Gebiete der Volkswirthschaft, die Versicherung unwandelbarer Liebe und Treue. Ew. Durchlaucht haben, nachdem das glorreiche Werk der Einigung Deutschlands nach außen gethan, durch die nationale Wirthschaftspolitik den Bau des Reiches nach innen gefestigt und dadurch den Grund zu der Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gelegt, den sie heute einnimmt. Dessen gedenken mit Stolz und Freude die heute zur Jubelfeier vereinten Festtheilnehmer und bringen begeistert ein dreifach Glückauf des Deutschen Reiches erstem Kanzler, mit dem sie unvergängliche Treue und Dankbarkeit für alle Zeiten verbindet.

Antwort des Fürsten Bismarck:

Für die telegraphische Begrüßung verbindlichst dankend, freue ich mich, daß deutscher Fleiß und deutsche Geschicklichkeit den Grund für die Blüthe unserer Industrie auf dem Weltmarkte gelegt hat, und hoffe, daß sie auch im Inlande an unserer Landwirthschaft einen kaufkräftigen Abnehmer finden wird.

v. Bismarck.

24. April: Schreiben an den Oberbürgermeister von Gera: Dank für Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, für die hohe Ehre, die mir die Stadt durch die Verleihung ihres Bürgerrechts zu meinem 80. Geburtstage erwiesen hat, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und allen Betheiligten auszusprechen. Ich füge die Bitte hinzu, die Verspätung meines Dankes mit dem Geschäftsdrange entschuldigen zu wollen, der im vorigen Jahre nach dem Maße der hier verfügbaren Arbeitskräfte die Erledigung der Eingänge erschwerte.

v. Bismarck.

25. April: Pflanzung von Eichen aus dem Sachsenwalde in Pudewitz (Provinz Posen).

26. April: Fürst Bismarck empfängt eine Abordnung des Wiesbadener Bismarck-Denkmal-Comitees.

2. Mai: Eine Abordnung des Wohlthätigkeits-Clubs „Glocke" in Bremerhaven in Friedrichsruh. Trinkspruch des Fürsten beim Frühstück:

Meine Herren, ich bitte Sie, mit mir ein Hoch auszubringen auf Ihre Heimath, aus der ich heute durch Sie eine so freundliche Begrüßung erfahre. Ihre Bürger haben ihr Wohlergehn sich durch ihre Betriebsamkeit, durch ihren Mangel an Zufriedenheit, wie ich vorhin sagte, was man auch Strebsamkeit nennen könnte, erhalten. Die Seestädte sind draußen lange Zeit die einzigen Vertreter gewesen, die wir hatten, und haben dabei große Kraft entwickelt, wie uns Lübeck zeigt, das allein lange Zeit in der Ostsee stärker war, als Schweden, Dänemark und Rußland zusammen.

Dies zeigt uns, was der deutsche Bürgersinn vermocht hat und was in ihm auf der Basis der deutschen Hansa für eine Dampfkraft steckt, wenn sie richtig angespannt wird. Nun, in unserm neuen Vaterlande und in Bremen und Hamburg ist die Anspannung wenigstens keine falsche gewesen, nicht immer mit vollem Dampfe, aber es ging doch

vorwärts, langsam wie Alles auf der Welt immer gehen kann. Was sich überstürzt, überlebt sich nicht, und in diesem Sinne, in Anerkennung der ausdauernden langsamen und nach Bedürfniß bescheidenen und bestrebsamen Arbeit der Hansestädte bitte ich Sie, mit mir anzustoßen auf das Wohl derselben und in specie Ihrer Hansestadt Bremen und dessen Senat: „et qui illam regit“. Die Hansestadt Bremen und ihr Senat leben hoch!

Ich hoffe Bremerhaven ist nicht eifersüchtig auf seine Mutterstadt, es ist ja allezeit mitgerechnet.

2. Mai: Telegraphische Begrüßung des Fürsten Bismarck durch Herzog Johann Albrecht im Auftrage der zur Eröffnung der 1. deutschen Colonialausstellung in Berlin versammelten Festgäste.

4. Mai: Schreiben an den Director der Bismarckausstellung in Berlin, Eckhoff: Dank für die Uebersendung des „Goldenen Buches“.

8. Mai: Schreiben an Graf Guido Henckel von Donnersmarck auf Neudeck in Oberschlesien: Dank für die Mitarbeit bei Herstellung des Friedens mit Frankreich:

Friedrichsruh, den 8. Mai 1896.

Verehrter Freund.

Es ist mir ein Bedürfniß, bei der fünfundzwanzigsten Jährung des Frankfurter Friedens Ihnen für die Mitarbeit zu danken, die Sie mir vor und bei den Friedensverhandlungen im Reiche geleistet haben. Besonders wohlthuend ist mir das Gefühl, daß ich diese politische Mithülfe einem langjährigen und sicheren Freunde verdanke.

Der Ihrige

v. Bismarck.

10. Mai: Jubelfeier des Frankfurter Friedens: Fürst Bismarck empfängt telegraphisch Grüße der meisten deutschen Fürsten. Telegramm des Kaisers an Fürst Bismarck im Anschluß an die Enthüllung des Reiterstandbildes Kaiser Wilhelms in Frankfurt a. M.:

Der Frankfurter Frieden, welcher vor 25 Jahren geschlossen und dessen Erinnerung soeben durch Enthüllung einer

Reiterstatue für den in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm den Großen in weihevoller Weise gefeiert wurde, bildet den Abschluß einer gewaltigen Zeit, in welcher Deutschland seine Einigkeit und Größe, sowie die ihm im Rathe der Völker gebührende Stellung wiedererrang. Welche unvergeßlichen Verdienste Sie, Mein lieber Fürst, sich hierbei erworben, Ihnen heute von Neuem in Dankbarkeit und Verehrung auszusprechen, ist Mir Bedürfniß und Pflicht. Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm wird der Name seines großen Kanzlers in der Geschichte allezeit glänzen, und in Meinem Herzen wird das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit gegen Sie nie ersterben.

Wilhelm I. R.

Antwort des Fürsten Bismarck:

Ew. Majestät haben mich durch die huldvolle und erinnerungsreiche Begrüßung vom heutigen Tage hochgeehrt und beglückt, und ich bitte Allerhöchstdieselben, meinen ehrfurchtsvollen Dank dafür zu Füßen legen zu dürfen.

v. Bismarck.

10. Mai: Friedensfeier von Vertretern der nationalliberalen Vereine der mittelrheinischen Städte am Niederwalddenkmal. Das an Fürst Bismarck gerichtete Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Tausende nationalgesinnter Männer und Frauen aus den Gauen des Rheines, Maines und Neckars feiern am Fuße des Niederwalddenkmals das Gedächtniß des Frankfurter Friedens, durch den Ew. Durchlaucht welthistorische Verdienste um Deutschlands Einigung und damit um die Aufrichtung eines sicheren Friedenshortes ihren glänzenden Abschluß fanden. Was uns in großer Zeit in die Seele geschrieben wurde, treu zu halten zu Kaiser und Reich, soll unauslöschlich in uns fortleben. In treuer Dankbarkeit bringen wir Ew. Durchlaucht das Gelöbniß und unsere ehrfurchtsvollsten Grüße dar.

10. Mai: Enthüllung eines Bismarck-Denkmals in Bochum. — Telegramm an den Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Adickes: Dank für die Begrüßung.

14. Mai: Telegramm an den Großherzog von Sachsen-Weimar: Dank für „das Telegramm und für die seit langen Jahren erwiesene Huld und Güte". — Das Telegramm des Großherzogs lautet:

Belvedere bei Weimar, 14. Mai 1896.

Die Feier unseres Friedensfestes hat mich Ew. Durchlaucht so viel gedenken lassen, daß ich nunmehr am Schluß dieses bedeutungsreichen Tages mich gedrängt fühle, Ihnen auszusprechen, wie herzlich ich als Deutscher und deutscher Reichsfürst Ihnen danke und wie innig ich täglich Gott bitte, sein Werk, das er Sie ausführen ließ, die Erstarkung des Vaterlandes, fortan wie bisher zu segnen.

Carl Alexander.

16. Mai: Eine Abordnung aus Mecklenburg überreicht dem Fürsten Bismarck die Nachbildung des Standbildes des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin. Die Uebergabe erfolgte mit folgender Ansprache des Drosten Balck aus Güstrow:

Durchlauchtigster Fürst!

Tausende von Mecklenburg-Schwerinischen Landeskindern haben in ihrer Adresse zum 1. April v. J. gebeten, Ew. Durchlaucht als Ehrengabe eine Nachbildung desjenigen Denkmals widmen zu dürfen, welches dem hochseligen Großherzog Friedrich Franz II. von seinem Volke im Schweriner Schloßgarten aufgerichtet worden ist. Das Werk ist unter der Meisterhand des hier anwesenden Professors Brunow vollendet. Kraft des uns ertheilten Auftrags überweisen wir dasselbe hierdurch an Ew. Durchlaucht als Ausdruck tiefster Verehrung und unauslöschlichen Dankes für alles das, was Sie für Deutschlands Einheit, Macht und Wohlfahrt gethan haben, sowie der Bewunderung für Ihr ganzes Sein und Wesen, als Wahrzeichen Alt-Mecklenburger Treue zum angestammten Fürstenhause, als Sinnbild dafür, daß mit seinen Fürsten das Mecklenburger Volk fest steht zu Kaiser und Reich.

Gleichzeitig stellen Ew. Durchlaucht wir auftragsmäßig eine Baarsumme von ungefähr 4000 Mark zur Verfügung für einen deutsch-nationalen oder einen der Allgemeinheit dienenden Mecklenburgischen Zweck.

Auch heute bitten wir Gott, daß Er in Seiner Gnade weiter schützen und noch lange erhalten möge Ew. Durchlaucht, den verkörperten Ruhm des Vaterlandes, das leuchtende Vorbild eines deutschen Mannes.

Antwort des Fürsten Bismarck:

Meine Herrn! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für die warmen Worte des Herrn Vor-

redners und insbesondere für die Gabe, die Sie mir bringen. Ihr hochseliger Herr Großherzog ist für mich immer ein außerordentlich liebenswürdiger Herr gewesen, und er fand bei mir Gegenliebe schon wegen der — verzeihen Sie, ich kann wegen Gesichtsschmerzen sehr schwer sprechen — schon wegen seiner Aehnlichkeit mit meinem alten Herrn, dem Kaiser Wilhelm, in seiner Liebenswürdigkeit, in seinem Wohlwollen für alle Menschen und in seiner kühlen Tapferkeit mit gesundem Menschenverstand, wie ich im Kriege und Frieden kennen gelernt habe. Die Gnade, die mir Ihr hochseliger Herr stets erwies, hat sich übertragen auf den jetzt regierenden Herrn, den Großherzog, und der ist mir immer ein freundlicher lieber Herr gewesen, dem ich von Herzen Genesung wünsche, daß er unter seinen Unterthanen wohnen könne.

Als Landsmann danke ich Ihnen insbesondere für Ihre Begrüßung. Wir Preußen haben seit der Königin Luise mit Mecklenburg niemals Streit gehabt und Dissensus. In den Bundesintriguen in Frankfurt am Main war die Mecklenburgische Stimme, die, auf die wir Preußen neben den Thüringer Herzogthümern immer sicher rechnen konnten, und in Dankbarkeit bewahre ich meinem Freunde und Collegen Herrn v. Oertzen, dem damaligen Mecklenburgischen Bundestags-Gesandten, ein gutes Andenken.

Ich habe in Mecklenburg ja auch persönlich viele Freunde und Jugendbekannte gehabt. Die ganze niederdeutsche Bewohnerschaft, die plattdeutsch spricht, umfaßt unsere alten Provinzen so gut wie Ihr Land. „Wie spräkt datsülbe Plattdütsch". Dasselbe ist noch weiter westlich der Fall; doch wir sind [mit Hannover] nicht so in Frieden und Liebe gewesen wie mit Mecklenburg. Da trug vielleicht auch die Verwandtschaft der regierenden Familien dazu bei. Kurz, ich habe Zeiten erlebt, wo, wenn ich im fernen Orient einen Mecklenburger gesehn hätte, ich ihn als einen engeren Landsmann betrachtet haben würde, einen Süddeutschen aber nicht. Das ist Gott sei Dank gehoben. Dieser Standpunkt ist vergessen, hoffentlich für immer. Daß er nicht

unter der Decke wieder auflebt, der Funke der Zwietracht, wollen wir hoffen.

Ich habe das Vertrauen zu Gott, daß wir auseinandergerissen werden nicht wieder können. Gezänk kann kommen, aber die Stämme, die sich gemeinsam als Deutsche erkennen und die zusammen auf dem Schlachtfelde geblutet haben, die werden schwer wieder auseinander zu bringen sein. Mit den andern Nachbarn, Sachsen, Bayern, haben wir ja viel heftigeren Streit gehabt, mit Mecklenburg seit der Zeit Friedrichs des Großen nie. Friedrich der Große war kein angenehmer Nachbar, weder für Mecklenburg noch für Sachsen, noch für Oesterreich, noch für Polen, das sind tempi passati, aber seit der Königin Luise sind wir immer freundliche Nachbarn geblieben, und ich hoffe, ich bin gewiß, wir werden es bleiben.

Wenn auch ab und zu Verstimmung in uns auftritt — es kommt Alles auf das Wohlwollen an, mit dem die Geschäfte geführt werden; ich habe das Vertrauen, daß Gott dies Deutsche Reich, das mit so viel Hammerschlägen und Blutvergießen auf dem Schlachtfelde zusammengefügt und gegründet ist, doch nicht wieder zerreißen lassen, sondern auch für fernere Zeit zusammenhalten werde, und daß wir in der freundlichen Intimität, in der wir mit den Mecklenburgern gelebt haben, auch ferner leben werden.

Nun möchte ich aber doch persönliche Bekanntschaft machen mit den Herrn.

Als bei der Vorstellung die Reihe an Geheimrath Podeus aus Wismar kam, äußerte Fürst Bismarck:

Wismar geben wir nicht wieder raus! Es ist ein hübsches Städtchen. Ich kenne es, weil ich einmal auf der Rückreise von Schweden durchgekommen bin.

Nach beendeter Vorstellung fuhr der Fürst fort:

Ja, meine Herrn, ich freue mich, unter Ihnen alle Stände im Lande vertreten zu finden, und schließe daraus auf eine Einigkeit, die bei uns im ganzen Lande wie im Reichstage herrschen möge, namentlich unter den produc-

tiven Ständen, zu denen ich auch den Kaufmann rechne; er schafft Producte, Werthe, indem er die Producte an neue Stellen bringt. Aber was namentlich die Handwerker und Gewerbe, die Landwirthschaft an der Spitze, und die Industrie betrifft, die bei Ihnen noch nicht zur Krankheit geworden ist, wie an andern Stellen des Reichs, da müssen wir doch Alle zusammenhalten.

Je älter ich werde, desto mehr werde ich Schutzzöllner, und ich weiß noch nicht, wie das enden soll, wenn ich noch älter werde. Einstweilen wollen wir aber beim Frühstück endigen, und ich bitte den Herrn Redner, meiner Tochter den Arm zu geben.

Bei der Tafel brachte Fürst Bismarck mit folgenden Worten einen Toast auf den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin aus:

Meine Herrn, ich kann nicht mit Ihnen am Tische sitzen, ohne mit Ihnen auf das Wohl Ihres hohen, gnädigen Landesherrn ein Glas zu trinken. Seine Königliche Hoheit der Großherzog lebe hoch!

17. Mai: Einweihung des Bismarck-Denksteins in Groß-Salze. — Telegramm an Dr. Fricke in Groß-Salze: Dank für die Errichtung des Denksteines.

23. Mai: Fürst Bismarck vollzieht das Statut der Wandsbecker Fürst von Bismarck-Stiftung.

23. Mai: Enthüllung des von den alten Corpsstudenten errichteten Bismarck-Denkmals auf der Rudelsburg.

23. Mai: Telegramm an die zum Festmahl versammelten deutschen Corpsstudenten in Kösen: Dank für die Begrüßung.

24. Mai: Schreiben an General v. Spitz: Dank für Einsendung des Geschäftsberichtes des deutschen Kriegerbundes:

Friedrichsruh, den 24. Mai 1896.

Ew. Excellenz gefälliges Schreiben vom 23. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Ich werde den beigefügten Geschäftsbericht des Kriegerbundes mit

Interesse durchsehn und freue mich, daß Ew. Excellenz den Geist pflegen, der unser Heer zu großen Erfolgen geführt hat.

v. Bismarck.

26. Mai: Die Gattin des Grafen Wilhelm v. Bismarck wird von einem Sohne entbunden.

26. Mai: Schreiben an den bisherigen französischen Botschafter in Berlin, Herbette, in Erwiderung eines Schreibens Herbettes: Dank für die Unterstützung, die Herbette dem Fürsten Bismarck in seinen Bemühungen zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu Theil werden ließ.

27. Mai: Schreiben an den Ausschuß für das Bismarckdenkmal auf der Rudelsburg (1). — Schreiben an Dr. Hans v. Hopfen (2).

(1.)

Das gefällige Schreiben des Ausschusses habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte, allen Betheiligten meinen wiederholten Dank für die hohe Auszeichnung auszusprechen, die mir durch Errichtung des Denkmals auf der Rudelsburg erwiesen wird.

v. Bismarck.

(2.)

Geehrter Herr Doctor.

In der Zeitung lese ich zu meiner Freude den Bericht über die Feier auf der Rudelsburg und bitte Sie, für die patriotischen und für mich so wohlwollenden Worte, welche Sie an die jungen Herrn Kommilitonen gerichtet haben, auch meinen herzlichen Dank freundlich entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

3. Juni: Die zum Verbandstage in Großenhain versammelten Bäckermeister des Königreichs Sachsen begrüßen Fürst Bismarck mit folgendem Telegramm:

Ew. Durchlaucht, sowie dem Herrn Grafen Herbert v. Bismarck beehren sich 500 zu ihrem Verbandstage in Großenhain versammelte sächsische Bäckermeister ehrerbietigen Gruß zu entbieten und innigen Dank auszusprechen für Ihre dem deutschen

Handwerk entgegengebrachten Sympathien wie für Ihr thatkräftiges Eintreten für ihren in seiner Existenz schwer bedrohten Stand.

Bäckerverband Saxonia.

7. Juni: Begrüßung Bismarcks durch das Offiziercorps des Landwehr-Regiments Flensburg gelegentlich einer patriotischen Feier auf dem Knivsberg am Fuße des dort zu errichtenden Bismarckthurmes. — Telegramm Bismarcks an Oberstlieutenant z. D. Giese: Dank für die kameradschaftliche Begrüßung.

14. Juni: Enthüllung eines Bismarck-Gedenksteins im Dorfe Molkenberg bei Schollehne im Kreise Jerichow II. — Begrüßung des Fürsten Bismarck durch den Kampfgenossen- und Landwehr-Verein von Hamburg St. Georg in Friedrichsruh.

15. Juni: Hofbuchhändler Kiepert, Generalsecretär der nationalliberalen Partei Hannovers in Friedrichsruh (s. Bericht in Berl. Neuesten Nachr. 25. 6. 1896 No. 293 M.-A.).

18. Juni: Einweihung des Bismarckthurmes auf dem Hainberge in Göttingen.

24. Juni: Sidney Whitman, der Correspondent des New-York-Herald, in Friedrichsruh. (Seinen Bericht nach der Uebersetzung der „Neuen Freien Presse" s. H. N. 14. 7. 1896 No. 163 A.-A.)

25. Juni: Der chinesische Vizekönig Li-Hung-Tschang mit Gefolge bei Fürst Bismarck in Friedrichsruh. (Bericht der Post vom 27. 6. 1896 s. H. N. 28. 6. 1896 No. 150 M.-A.; vgl. u. S. 580.)

30. Juni: Telegramm an den Vorsitzenden des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig: Dank für die Begrüßung gelegentlich des Volksfestes auf dem Knivsberg.

12. Juli: Enthüllung des Bismarck-Denkmals in Großenhain.

14. Juli: Taufe des ersten Enkels Bismarck auf die Namen: Wilhelm Oskar Otto Nikolaus; Taufpathen: der Kaiser (vertreten durch den General der Cavallerie, Generaladjutant Graf Lehndorff-Preil), Graf Lehndorff-Preil, Gräfin Herbert Bismarck, Wirkl. Geh. Rath Graf Rantzau, Frau Gräfin von Schwerin, geb. Lehndorff-Wildenhoff und Baronesse v. Reitzenstein.

16. Juli: Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Kamenz, Herrn Wilh. Weiße: Dank für die Mittheilung von der Errichtung eines Bismarckdenkmals auf dem Hutberge bei Kamenz:

Friedrichsruh, 16. Juli 1896.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, für die freundliche Mittheilung über die mir in Kamenz erzeugten Ehrungen meinen verbindlichsten Dank entgegennehmen und den betheiligten Damen und Herrn übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

16. Juli: Die medizinische Facultät der Universität Jena ernennt Fürst Bismarck zum Ehrendoctor der Medizin.

Text der Urkunde:

Quod felix favstumque esse jubeat
Summum Numen.
Auctoritate
huic litterarum universitati
a
FERDINANDO I
Imperatore Romano Germanico
anno MDLVII concessa,
clementissimis auspiciis
serenissimorum
magni ducis et ducum Saxoniæ
nutritorum academiæ Jenensis munificentissimorum
rectore academiæ magnificentissimo
augusto et potentissimo principe ac domino
CAROLO ALEXANDRO
magno duce Saxoniæ, Vimariensium atque Isenacensium principe, landgravio Thuringiæ, marchione Misniæ, principali dignitate comite Henebergæ, dynasta Blankenhaynii Neostadii ac Tautenburgi,
prorectore academiæ magnifico
viro perillustri atque excellentissimo
GUILELMO MUELLER
medicinæ chirurgiæ artis obstetriciæ doctore, serenissimo magno duci Saxoniæ a consiliis intimis, aulæ ordinis falconis albi præfecto, ordinis domus Ernestinæ primæ classis equite, anatomiæ pathologicæ professore publico ordinario,
ORDO MEDICORUM

principi serenissimo

OTTONI DE BISMARCK-SCHOENHAUSEN [1])

duci Lauenburgi

Guilelmi primi instauratoris Imperii Germanici cancellario primo et unico, doctori theologiæ juris utriusque philosophiæ scientiæ politicæ, cum ob immortalia facta quibus per vitæ laborumque fructuosissimam longinquitatem patriæ saluti universæ inservivit tum ob leges et instituta quibus res medicinales Germaniæ antea dissociatae eodem et uno concilio feliciter emendavit

in memoriam diei

quo ante quattuor lustra

collegium doctorum salubritatis publice tuendæ causa constituit

gratissimo simul animo recordatus honorem

quo mense Julio anni MDCCCXCII

hanc urbem et universitatem ornavit

DOCTOREM MEDICINÆ ET CHIRURGIÆ ET ARTIS OBSTETRICIÆ DIGNITATEM

honoris causa detulit,

delatam publico hoc diplomate

cui impressum est signum ordinis medicorum

promulgari jussit

decano et brabeuta

AUGUSTO GAERTNER

hygienæ professore publico ordinario.

Jenæ die XVI mensis Julii A. MDCCCXCVI.

(gez.) Dr. A. Gärtner p. p. o. h. A. decanus.

Dr. B. Schultze p. p. o. senior.
Dr. W. Müller p. p. o.
Dr. B. Riedel p. p. o.
Dr. M. Fürbringer p. p. o.
Dr. W. Biedermann p. p. o.
Dr. O. Binswanger p. p. o.
Dr. R. Stintzing p. p. o.
Dr. A. Wagenmann p. p. o.

16. Juli: Schreiben an Prof. Schmaltz in Berlin: Dank für die Adresse der thierärztlichen Hochschulen:

Die Adresse, durch welche mich die thierärztlichen Hochschulen zu meinem Geburtstage geehrt haben, ist mir durch die Ew. Hochwohlgeboren bekannten Umständen erst jetzt zu Händen gekommen und hat mich auch durch ihren Inhalt geehrt und durch die vollendete Kunst der Aus-

[1]) Den Namen Bismarck-Schönhausen führt der Fürst Bismarck nicht mehr. H. K.

stattung erfreut. Bei dem Interesse, welches ich als Landwirth jeder Zeit an den Fortschritten der thierärztlichen Wissenschaft genommen habe, bedaure ich doppelt, daß ich bei meinem jetzigen Gesundheitszustande nicht in der Möglichkeit bin, Ew. Hochwohlgeboren hier persönlich meinen lebhaft empfundenen Dank auszusprechen, und bitte Sie und alle betheiligten Herrn, den schriftlichen Ausdruck desselben freundlich entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

17. Juli: Schreiben an das Präsidium des Badischen Militärvereins-Verbandes General Freiherr Roeder v. Diersburg, Karlsruhe: Dank für die Ernennung zum Ehrenmitglied:

Ew. Excellenz sage ich für die gefällige Uebersendung der Mitgliedsurkunde und der Verbandsacten meinen verbindlichsten Dank. Ich freue mich der engeren Verbindung, in die ich durch den ehrenvollen Beschluß des Verbandes zu meinen badischen Kameraden trete, und bitte Ew. Excellenz, den Ausdruck meines Dankes den betheiligten Herrn übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

21. Juli: Prof. Joachim spielt bei Fürst Bismarck.

24. Juli: Schreiben an die medizinische Facultät der Universität Jena: Dank für die Verleihung des Doctortitels honoris causa:

Mit der Aufnahme in die medizinische Facultät durch den ehrenvollen Beschluß vom 16. d. M. ist mir eine neue und unerwartete Auszeichnung zu Theil geworden, die mich besonders erfreut, nachdem ich in meiner amtlichen Thätigkeit der Förderung der ärztlichen Interessen nach Thunlichkeit zu dienen gesucht habe. Das Urtheil darüber, ob die Einrichtung des Reichsgesundheitsamtes in allen Theilen die richtige gewesen ist, muß ich meiner Herrn Collegen sachkundiger Beurtheilung anheimstellen. Von hervorragendem Werthe ist mir die von der Facultät erzeigte Ehre ferner im Andenken an die Begrüßung, welche ich vor vier Jahren in Jena gefunden habe, und als ein Symbol näherer Beziehungen zu der altberühmten Uni-

versität, welche stets eine Schutzstätte freier Wissenschaft gewesen ist, und deren hoher Rektor Magnificus mir durch alle Zeit seine Gnade bewahrt hat. In der Ausstattung des Diploms freue ich mich, einen Beweis der Entwicklung des thüringischen Kunstgewerbes zu sehn, und bitte Ew. Hochwohlgeboren, für das auch im Aeußeren echte Stück Jena, welches Sie mir mit Ihrer ehrenvollen Bekundung gesandt haben, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und zum Ausdruck zu bringen.

v. Bismarck.

25. Juli: Schreiben an Herrn Ogilvy in Dundee in Erwiderung eines an Fürst Bismarck gerichteten Schreibens[1]):

Geehrter Herr.

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Brief und für die gute Meinung, welche Sie von mir haben. Zu meiner Entschuldigung den Kretern gegenüber bitte ich aber zu berücksichtigen, was der Apostel Paulus im Briefe an Titus Cap. 1 Vers 12 und 13 sagt.[2])

v. Bismarck.

2. August: Enthüllung einer Bismarck-Gedenktafel auf dem Auerbacher Schlosse (Bergstraße). — Telegramm an Oberstlieutenant a. D. v. Derschau: Dank für die Begrüßung durch die Festversammlung in Auerbach.

8. August: Die Söhne des Prinzregenten Albrecht von Braunschweig, die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

13. August: Generaloberst Graf Waldersee in Friedrichsruh.

16. August: Prinz Max von Baden zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

---

[1]) Veranlassung gab Bismarcks Aeußerung zu Whitman, daß er an Kreta weniger Interesse nehme als an dem kleinsten Winkel seines Gartens.

[2]) Es hat einer aus ihnen gesagt, ihr eigner Prophet: die Kreter sind immer Lügner, böse Thiere und faule Bäuche. Dies Zeugniß ist wahr. Um der Sache willen strafe sie scharf, auf daß sie gesund seien im Glauben.

20. August: Fürst Bismarck empfängt aus Rio de Janeiro folgendes Telegramm:

Anläßlich ihres 75jährigen Stiftungsfestes sendet die Gesellschaft Germania in Rio de Janeiro dem Mitbegründer des Reiches und hochverehrten Altreichskanzler in dankbarer Verehrung ehrerbietigsten Gruß.

28. August: Generalfeldmarschall Graf Blumenthal zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

2. September: Grundsteinlegung zu einem Bismarck-Denkmal auf dem Joachimsplatz der Colonie Grunewald-Berlin. — Einweihung von Bismarckthürmen in Plauen bei Dresden und auf dem Domberg bei Suhl.

6. September: Die Mitglieder der dem Travegau angehörenden Turnvereine zur Begrüßung des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Auf die Begrüßung durch den Vorsitzenden P. Steen aus Lübeck antwortete der Fürst:

Ich danke Ihnen, meine Herrn, für die freundliche Begrüßung. Ich freue mich über jeden Verein im Deutschen Reich, der keine bindenden Grenzen kennt, sondern das Ganze umfaßt, und die Turner haben mit der Literatur und der Musik stets ein Band gebildet, welches sich an die Landesgrenzen nicht gekehrt. Mögen sie gedeihen und blühen in diesem auch politischen Sinne. Das Körperliche kann ich nicht mehr mitmachen. Adieu, meine Herrn!

6. September: Enthüllung eines Bismarckdenkmals in Zweibrücken (1). — Begrüßung des Fürsten Bismarck durch die Generalversammlung des Alldeutschen Verbandes (2).

(1.)

Unter dem unbeschreiblichen Jubel vieler Tausende von Festtheilnehmern ist soeben die Hülle vom neuerrichteten Denkmal Ew. Durchlaucht gefallen. Möge das Denkmal allezeit uns und unsere Nachkommen an das erinnern, was unser Vaterland Ew. Durchlaucht verdankt, möge es stets eine Mahnung sein, Ew. Durchlaucht in Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe nachzueifern! Gott erhalte uns noch lange unsern Bismarck zum Heile Deutschlands.

(2.)

Ew. Durchlaucht, dem treuen Eckart des Reiches, dem Helden und Liebling des deutschen Volkes, das Ew. Durchlaucht erst wieder gelehrt haben, sich mit Stolz als ein solches zu fühlen, dem Ehrenmitgliede des Alldeutschen Verbandes, senden die heute im Architektenhause zu Berlin zu ihrer Haupttagung versammelten und aus allen deutschen Gauen herbeigekommenen Mitglieder des Alldeutschen Verbandes in nimmer verlöschender Treue und Dankbarkeit brausenden Heilruf!

7. September: Schreiben an Amtsgerichtssecretär Stock in Berlin: Dank für die Begrüßung durch den deutschen Bürgerverein Hasenhaide am Sedantage:

Für die patriotische Begrüßung des Bürgervereins der mir seit meinen Kinderjahren vertrauten Hasenhaide bitte ich Ew. Hochwohlgeboren und die mitunterzeichneten Herrn meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

11. September: Telegramm an Frau Dr. Voelk, Augsburg: Glückwunsch zum 70. Geburtstag:

Im Andenken an Ihren verewigten Gemahl, der einer der freudigsten Förderer unsres nationalen Werkes war, bitte ich Sie, meinen Glückwunsch zum 70. Geburtstage freundlich entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

16. September: Telegraphische Begrüßungen Bismarcks durch die in Braunschweig tagende 24. Versammlung deutscher Forstmänner und durch eine größere Anzahl von Theilnehmern an der Huldigungsfahrt der Posener nach Varzin.

16. September: Telegramm an die Forstmänner in Braunschweig:

Waidmanns Dank mit herzlichen Wünschen für das Gedeihen des Waldes.

v. Bismarck.

Anhang zur Chronik.

Artikel der Hamburger Nachrichten.

1895.

Herr Stöcker.[1])

(H. N. 28. September 1895 No. 228 M.-A.)

In einem Artikel, den der frühere Hofprediger Stöcker veröffentlicht, heißt es: „Im Anschluß an seinen Brief und seine Stellung dazu fing nun die mittelparteiliche Presse ihr wüstes Treiben an.“ Wir wissen nicht, was Herr Stöcker „seinen Brief“ nennt; er sagt nicht, von wem und an wen er ist, aber aus dem Zusammenhange ist zu folgern, daß er einen Brief des Fürsten Bismarck meint. Der letztere hat in der Angelegenheit, um die es sich hier handelt, soviel uns bekannt ist, nur einen Brief geschrieben, und dieser war ein Bestandtheil seiner Correspondenz mit dem damaligen Prinzen Wilhelm, die von letzterem hohen Herrn durch eigene Initiative angeregt worden war und die einzige Veranlassung bot, daß der damalige Reichskanzler sich überhaupt um die Walderseeversammlung bekümmerte. Wir glauben nicht, daß Herr Stöcker von dieser ganz intimen Correspondenz des Fürsten mit dem Prinzen Wilhelm Kenntniß erhalten hat, noch weniger die mittelparteiliche Presse. Das „wüste Treiben“ der letzteren kann sich also nicht an einen Brief des Fürsten Bismarck knüpfen, sondern gehört in den Kampf, den die Stöckersche Richtung mit den Mittelparteien an und für sich, ihrer Natur entsprechend, betrieb. Herrn Stöckers Vorstoß gegen den damaligen Reichskanzler konnte dadurch nicht motivirt sein, sondern war wohl ein Ergebniß des Mißvergnügens

---

[1]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch II 702 ff.

darüber, daß der Reichskanzler es ablehnte, sich in den Dienst priesterlicher Politik zu stellen, und auf amtlichem Gebiete dem Versuche, ein von der Staatsregierung unabhängiges protestantisches Centrum neben dem katholischen herzustellen, seine Mitwirkung versagt hatte. Herr Stöcker hat für die Tendenz, welche sich in seinem Hammersteinschen Briefe ausspricht, wohl schwerlich einen anderen Anlaß gehabt als seine Neigung, die kanzlerischen Einflüsse zu Gunsten der priesterlichen einzuschränken und an Stelle eines Kanzlers, der nur staatliche Ziele erstrebte, einen anderen zu bringen, der kirchlichen Einflüssen auf dem Gebiete der Staatsgeschäfte zugänglicher gewesen wäre, oder, noch schärfer und persönlicher gefaßt, die Erbschaft des Fürsten Bismarck zur Vacanz zu bringen, um für sich und mehr oder weniger abhängige Freunde von derselben Besitz zu nehmen.

Die Andeutung des Herrn Stöcker, daß er durch mittelparteiliche Kämpfe provocirt worden sei, halten wir für hinfällig; die Provocation ging nur von seinem eigenen herrschsüchtigen Ehrgeize aus. Es gab außer Herrn Stöcker damals noch manche andere Persönlichkeiten, die dem Fürsten Bismarck gegenüber das Bedürfniß hatten, seine Coadjutoren cum spe succedendi zu werden, aber der damals vorwiegende Grund, aus dem der Reichskanzler sich den Bemühungen widersetzte, einem künftigen Thronerben unter dem unscheinbaren Vorwande der Stadtmission sich vorzeitig an die Rockschöße zu hängen, lag wohl in dem Pflichtgefühle der herrschenden Dynastie gegenüber, dergleichen Versuchen, wie sie von fortschrittlicher und von englischer Seite dem Kaiser Friedrich gegenüber, bevor er zur Regierung kam, gemacht worden waren, rechtzeitig entgegenzutreten. Die Unternehmer der Anbändelung sind dadurch natürlich verstimmt worden gegen die kanzlerische Abwehr, und Herr Stöcker hat den Beistand, den ihm in dem Charlottenburger Kronrathe der Fürst Bismarck, soweit er es nach staatlicher Pflicht vermochte, geleistet hat, nicht so hoch veranschlagt, daß seine Empfindlichkeit über die Verhinderung der Beschlagnahme des Prinzen Wilhelm dadurch abgeschwächt worden wäre.

Der Beschluß des Kronraths in Sachen des Herrn Stöcker.

(H. N. 28. September 1895 No. 228 M.-A.)

Die „Voss. Ztg." bemerkt, daß die „Kaltstellung" des Herrn Stöcker nicht, „wie der Gewährsmann der „Hamburger Nachrichten" zu glauben scheine, unter Kaiser Friedrich erfolgt sei, sondern zehn Monate nach dessen Tode." Das entkräftet unsere neuliche Anführung in keiner Weise. Thatsache ist und bleibt, daß

der von uns erwähnte Kronrath in Charlottenburg[1]) unter Kaiser Friedrich stattgefunden hat, nachdem die Gegner Stöckers längere Zeit darauf gewartet hatten, um gegen den Hofprediger aufzutreten, und daß in diesem Kronrathe die Dinge so verliefen, wie wir sie in unserem Abendblatte vom 9. September geschildert haben. Welche Wege die Beschlüsse des Kronrathes durchzumachen gehabt haben, um zur amtlichen, praktischen Ausführung zu gelangen, darüber haben wir uns nicht geäußert, aber wir wiederholen mit voller Sicherheit, daß in dem Kronrathe unter Kaiser Friedrich der Beschluß gefaßt wurde, Herrn Stöcker zu veranlassen, zwischen beiden Richtungen seiner Thätigkeit, der des Hofpredigers und der des Agitators, zu optiren.

Herr v. Hammerstein.

(H. N. 28. September 1895 No. 228 A.-A.)

Es ist bezeichnend für die scrupellose Feindschaft so mancher Blätter gegen den Fürsten Bismarck, dem sie noch immer nicht vergessen können, daß er ein Menschenalter hindurch mit Ruhm an der Spitze der Geschäfte gestanden hat, daß sie, wenn sich irgendwie eine anrüchige Erscheinung offenbart, die Neigung haben, diese dem Fürsten Bismarck an die Rockschöße zu hängen. So hieß es in verschiedenen Blättern, daß der viel schlimmer als Herr v. Hammerstein niedergebrochene frühere Erzieher des jetzigen Kaisers, O'Danne, auf Empfehlung des Fürsten Bismarck in seine Stellung gekommen sei, während wir kaum glauben, daß beide Persönlichkeiten sich je im Leben begegnet sind, weder vor noch nach dem Niederbruche O'Dannes. Letzterer war lediglich englischer Import in die preußische Königsfamilie wie manche andere Berather aus der Kronprinzenzeit des Kaisers Friedrich, und war der Reichskanzler damals nicht in der Lage, überhaupt einen Einfluß auf den kronprinzlichen Haushalt zu üben; wenn er dies gekonnt hätte, so würde er ihn nur im national preußischen Sinne und nicht im englischen verwandt haben.

Ebenso wie O'Danne wird jetzt Herr von Hammerstein mit dem Fürsten Bismarck in Zusammenhang gebracht. Merkwürdig, so lange Herr von Hammerstein im Ansehen stand, hat Niemand daran gedacht, den Fürsten Bismarck für ihn und seine Thätigkeit verantwortlich zu machen; jetzt aber drucken sogar offiziöse Blätter,

[1]) S. Bismarck-Jahrbuch II 704.

wie der „Hamburgische Correspondent", die Angabe ab, daß Herr von Hammerstein „bis zu einem gewissen Grade ein Vertrauensmann des damaligen Reichskanzlers gewesen sei", und machen dem letzteren auch zum Vorwurfe, daß er für Hammersteins Eintritt in die „Kreuz-Zeitung" thätig gewesen sei, obschon er sich als Gutsnachbar des Freiherrn von Hammerstein davon überzeugt gehabt habe, wie „verkracht dieser Agrarier sei". Man muß mit der Topographie von Pommern weniger vertraut sein, als ein Zeitungsredacteur es sein sollte, um zwischen Varzin und dem früheren Gute des Herrn von Hammerstein eine Nachbarschaft anzunehmen; wir schätzen die Entfernung auf mindestens 15—20 Meilen ohne irgendwelche vermittelnde Verkehrswege. Außerdem fehlte jede persönliche Beziehung oder auch nur Bekanntschaft aus früheren Zeiten, und wir glauben, daß Fürst Bismarck noch heute das von Herrn von Hammerstein im Kreise Lauenburg besessene Gut nicht einmal dem Namen nach kennt. Sodann sind seine Beziehungen zur „Kreuz-Ztg." seit der Declarantenzeit auch nie derart gewesen, daß er einen Einfluß auf die Anstellungen in der Redaction dieses Blattes gehabt hätte. Aber das hindert nicht, daß dem Fürsten Bismarck, sobald Herr von Hammerstein in Mißcredit gerathen ist, die Verantwortlichkeit für dessen Thätigkeit aufgebürdet werden muß! In diesen ganzen Tendenzen, die der Ausbruch eines geifernden persönlichen Hasses sind, erblickt man nichts Ungewohntes, wenn sie in socialistischen oder Richterschen Organen erscheinen — es giebt ja kaum eine persönliche Verleumdung, die man in diesen und in Centrumsblättern dem Fürsten Bismarck nicht anzuhängen versucht hätte — überraschend aber ist es, wenn man in Blättern offiziöser Anlehnung auf Versuche stößt, nun, nachdem Herr von Hammerstein zu Fall gekommen ist, den Fürsten Bismarck als seinen Förderer und Vertrauensmann hinzustellen.

Auch in einer Berliner Correspondenz der „Allgemeinen Ztg." ist dies geschehen, und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" sagt, das Münchener Blatt habe sich ein Kukuksei unterlegen lassen; wir vermuthen nach dem Vorgange der „Münchener Neuesten Nachrichten", daß der betreffende Kukuk ein offiziöser gewesen sei.

Noch breiter tritt natürlich die „Germania" den Gedanken. Das ultramontane Blatt schreibt:

Ueber die Beziehungen des Fürsten Bismarck zum Freiherrn von Hammerstein bringt der Berliner Correspondent der „Münchener Allgem. Zeitung" sehr interessante „Enthüllungen", aus denen hervorgeht, daß der frühere Reichskanzler den Freiherrn von Hammerstein eine Reihe von Jahren hindurch als „Vertrauensmann", als „Werkzeug", als „Mundstück" verwendet hat, und daß ihm Herr von Hammerstein seine Anstellung als

Leiter der „Kreuz-Zeitung" verdankt. Das Blatt, das sonst aus seinen Sympathien für den Fürsten Bismarck kein Hehl macht, schreibt: (Folgt die betreffende Auslassung.)

Nachdem die „Germania" diese Lügen reproducirt hat, ist wohl eine weitere Kritik unsererseits überflüssig.

Cartell c/a Socialdemokratie.

(H. N. 29. September 1895 No. 229 M.-A.)

Die „Kreuz-Zeitung" sagt in einem an die Adresse der „Hamburger Nachrichten" gerichteten Artikel, daß die von uns befürwortete Cartellpolitik der conservativen Partei zumuthe, irgendwelche ihr bisher eigenthümlichen Elemente „abzuschütteln" oder „auszumerzen"; das Blatt fragt, was nach solchen Ausmerzungen von seiner Partei übrig bleiben würde.

Wir sehen auch in dieser Auslassung einen Versuch, durch Uebertreibung des Cartellgedankens diesen ad absurdum zu führen. Ein Cartell verschiedener, prinzipiell unter sich nicht einiger Fractionen kann unserer Ansicht nach doch nur den Charakter eines Bündnisses zwischen selbständigen Mächten haben, wie beispielsweise der Dreibund, der an keinen der Betheiligten die Anforderung stellt, auf die Wahrnehmung eigener Interessen Verzicht zu leisten. Das Bündniß zwischen ihnen deckt immer nur die Interessen, in Betreff deren sie übereinstimmen, ohne die Wahrnehmung derjenigen zu verbieten, in Betreff deren die Uebereinstimmung einstweilen fehlt. Das „Cartell", wie es früher erstrebt wurde, hatte immer nur den Zweck, Majoritäten für Interessen zu gewinnen, welche von allen Betheiligten als zweifellose Reichsinteressen anerkannt wurden, also den Kampf gegen gemeinsame Feinde ohne Präjudiz für die spätere Ausfechtung derjenigen Differenzen, welche das Programm der einzelnen Bundesgenossen von einander scheiden. Es rechtfertigte sich daraus die vielgetadelte Scheidung zwischen Reichsfreunden und Reichsfeinden. Als Reichsfreunde erkannten sich diejenigen unter einander, welche das bestehende Deutsche Reich unter monarchischer Führung wollten und vertraten, und es war nicht unbillig, diejenigen als Reichsfeinde zu kennzeichnen, welche dieses monarchische Kaiserreich entweder überhaupt nicht wollten oder doch nicht so, wie es besteht. Man durfte annehmen, daß die socialdemokratischen Bestrebungen in ihrer Gegnerschaft gegen monarchische Staaten und gegen die vorhandenen gesellschaftlichen Zustände überhaupt Ziele verfolgen, welche jeder der zum Cartell vereinten Fractionen als feindlich und verderblich gelten mußten. Daran hat sich nichts ge-

ändert, ebensowenig wie daran, daß manche Fractionen, speciell die fortschrittliche und die ultramontane, in der Socialdemokratie eine Art von irregulairer Hülfstruppe erkannt haben, welche ihnen nach Art der Franctireurs gegen Nationalliberale und Conservative und nach Bedürfniß auch gegen die Regierung Beistand leistet. Sie halten die socialdemokratische Gefahr entweder für gering, oder sie haben für die Erhaltung des Bestehenden auch ihrerseits nicht ein genügend großes Interesse, um zu einer Bekämpfung der Socialdemokratie bewogen zu werden.

Die Uebereinstimmung in Betreff dessen, was sie nicht wollen, zwischen den reichsfreundlichen Fractionen herzustellen, muß man nach wie vor doch als die defensive Aufgabe aller derjenigen Politiker betrachten, welche die Verwirklichung socialistischer Utopien als den Bankerott unserer staatlichen Einrichtungen ansehen, der nach Möglichkeit verhütet werden muß. Aber die staatserhaltenden Fractionen sind bisher viel eifriger bemüht, die Punkte aufzusuchen, in denen sie uneinig sind, als diejenigen, über welche Einigkeit herrscht. Für Auseinandersetzungen über erstere Punkte würde sich eine gefahrlose und schickliche Zeit finden, wenn man die staatlichen Grundwahrheiten erst zur allgemeinen und von keiner Seite mehr bestrittenen Anerkennung gebracht hat. Wir haben unter „Cartell“ nie etwas anderes verstanden, als die Abwehr von Gefahren, mit denen wir von dem zügellosen Anstürmen auf die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Dinge bedroht sind.

Ein Cartell in dieser Auffassung würde auf Seite der Conservativen keine Art von Ausmerzung oder Abschüttelung im Princip bedingen. Persönliche Strebsamkeit der Parteileitungen kann allerdings die Fraction in Wege bringen, welche die defensive Stellung der uns vorschwebenden Cartellbildung schädigen, und deshalb ist es vielleicht ein Gewinn, wenn die Träger des Fractionsparticularismus durch die Hammersteinsche Katastrophe zum Nachdenken über ihre Stellung und ihr schließliches Verbleiben in unserer Gesammtentwickelung veranlaßt werden. Wenn im Reichstage diese unsere Auffassung Verständniß fände, so würden Erscheinungen wie der Vorsitz des Herrn Auer in einer Abtheilung und der des Herrn Singer in einer der Commissionen unmöglich sein. —

Der Kaiser hat sich mit seiner Aufforderung zur Defensive gegen die Socialdemokratie nicht an das Staatsministerium, sondern an die Gesammtheit aller Reichsangehörigen gewandt. Letztere findet ihre Vertretung im Reichstage, und an den Reichstag wird man daher die kaiserliche Aufforderung zur Abwehr gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie als in erster Linie gerichtet ansehen dürfen.

Socialdemokratie und Meineid.

(H. N. 1. October 1895 No. 230 M.-A.)

In einem Artikel, überschrieben „Vom Schloß ins Zuchthaus“, den kürzlich die „Zukunft“ veröffentlicht hat, wurde die Ansicht ausgesprochen, daß nach dem Ausfalle des Essener Schwurgerichts-Urtheils gegen Schröder und Genossen dem Proletariate der Verdacht nicht mehr werde genommen werden können, daß ein Act der Classenjustiz vollzogen worden sei; ferner wurde gesagt, daß die Geschworenen, als sie ihr Votum abgegeben hätten, wohl ihrem Gewissen gefolgt seien, aber dabei „vielleicht“ auch im Banne ihrer Classenanschauung gestanden hätten, die ihnen Socialdemokraten weniger glaubwürdig erscheinen ließ, als andere Bürger. Wenn dies der Fall gewesen sein sollte, so würden wir es begreiflich finden. Die Essener Geschworenen konnten doch ihr Urtheil nicht aussprechen, ohne die verschiedenen Kriterien, welche die Socialdemokratie öffentlich und offiziell von ihrer Auffassung des Eides gegeben hat, sich zu vergegenwärtigen. Seit den bekannten Vorgängen vor Hamburger und Breslauer Gerichten ist die Annahme immer mehr gerechtfertigt worden, daß die Socialdemokratie den Meineid vor Gericht unter Umständen, d. h. wenn er den „Genossen“ oder der socialdemokratischen Sache nützt, nicht nur für kein Verbrechen, sondern für eine gutzuheißende That hält.

Die Socialdemokratie wird es auf diesem Wege dahin bringen, daß die Eide ihrer Angehörigen jede Glaubwürdigkeit verlieren, und sie bahnt damit Zustände an, die der Staat zu seiner Abwehr zu erstreben hat. Wenn der Staat dazu gebracht wird, anerkannte Socialdemokraten, weil aprioriſch meineidsverdächtig, als Zeugen, Sachverständige u. s. w. vor Gericht nicht mehr zuzulassen, so ist damit der erste Schritt auf dem Wege gethan, der zur staatlichen Acceptirung des socialdemokratischen Verzichts nicht nur auf Theilnahme an den Gerichtsverhandlungen, sondern auch an allen sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Lebens führt. Dann aber könnte logischer Weise z. B. Niemand mehr von dem Staate verlangen, daß er Rechtsverletzungen, die gegen notorische Socialdemokraten begangen sind, auf Grund der Landesgesetze ahnde, denn der Staat dürfte sich mit Recht darauf berufen, daß die Socialdemokratie sich selbst außerhalb der allgemein gültigen Rechtsordnung gestellt hätte, diese nicht nur nicht anerkenne, sondern sie bekämpfe und ausdrücklich verlange, nicht unter sie subsumirt zu werden. Die Socialdemokratie würde dann schutzlos und vogelfrei im Staate dastehen, in Acht und Bann. Wir sagen nicht, daß sie das nicht verdiente; wir wollen nur zeigen, wohin der Weg führt, auf den die Socialisten mit der praktischen Durchführung der Ansichten gelangen werden, die ihnen den Meineid, wenn er im Parteiinteresse liegt, erlaubt erscheinen lassen.

Zur Erklärung im „Reichsanzeiger".

(H. N. 13. October 1895 No. 241 M.-A.)

Die Thatsache, daß das gesammte Staatsministerium in amtlicher Form die Integrität eines seiner Mitglieder in Schutz nimmt,[1] ist ein Novum in unserer Publicistik. Früher war es üblich, daß das Staatsministerium vielleicht vor Gericht klagte, wenn es in corpore beleidigt war, aber auf Angriffe gegen einzelne Minister zu erwidern, wurde stets diesen selbst überlassen, und es fand auch auf gerichtlichem Wege statt. Wir erinnern uns, wie z. B. Fürst Bismarck von der Presse angegriffen wurde, weil er gegen die Beleidigungen, welche die „Reichsglocke" gegen ihn druckte, die sehr viel schwerer, deutlicher und gröber waren als die heute der „Zukunft" und der „Deutschen Tageszeitung" schuld gegebenen, ebenfalls vor Gericht klagte. Die Klage führte zu einer vollständigen und beruhigenden Erledigung des ganzen Lärms, den die „Reichsglocke" und ihre Anhänger erhoben hatten.

---

[1]) Reichsanzeiger, 9. Oct. 1895:

Unter Bezugnahme auf einen Ende Juni d. J. in der Zeitschrift: „Die Zukunft" enthaltenen Angriff auf den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister v. Boetticher, hat neuerdings die „Deutsche Tageszeitung" wiederholt Klage darüber geführt, daß leitende Kreise der Corruption verdächtigt würden, und daß der Boden für Gerüchte schlimmer Art dadurch vorbereitet sei, daß sich höchste Staatsbeamte öffentliche Vorwürfe gegen ihre Lauterkeit und Rechtlichkeit ruhig hätten gefallen lassen.

Auf Veranlassung des Staatsministers v. Boetticher sind die thatsächlichen Vorgänge, welche zu den gegen ihn gerichteten Angriffen Anlaß gegeben haben können, schon früher amtlich festgestellt worden. Diese Thatsachen sind seiner Zeit ihrem vollen Umfange nach durch den Staatsminister v. Boetticher selbst zur Allerhöchsten Kenntniß Sr. Majestät des Kaisers und Königs gebracht. Auch sind die Schritte, welche gegen diese verleumderischen Gerüchte etwa zu thun seien, wiederholt im Schooße des Staatsministeriums erwogen worden. Das Ergebniß dieser Erwägungen war, daß es im vorliegenden Falle der Würde des Staatsministers nicht entspreche, gegen solche versteckte Verdächtigungen im Wege der gerichtlichen Klage vorzugehen. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen hat auch die gesammte Presse aller Parteien jene Angriffe theils mit Stillschweigen übergangen, theils mit Verachtung zurückgewiesen. Nachdem gleichwohl jetzt der Versuch gemacht ist, auf dieselben zurückzukommen, erscheint es an der Zeit, diesem Treiben dadurch ein Ende zu machen, daß die amtlich festgestellte Grundlosigkeit der erhobenen Vorwürfe öffentlich vom Staatsministerium bezeugt wird.

In der „Zukunft" vom 29. Juni d. J. war gesagt worden:

„Wenn es wahr ist, wie sehr glaubwürdige Zeugen versichern, daß der Staatssecretär in der Zeit, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren, von den Großbankiers Summen ent-

Wir hätten gewünscht, daß der übliche Weg in diesem Falle nicht verlassen worden wäre, denn wir glauben nicht, daß der Zweck, die fragliche Sache zum Abschluß zu bringen, durch den Schritt des Staatsministeriums und seines Amtsblattes erreicht werden wird. Wir sehen schon jetzt, wie die Gegner der Regierung, z. B. der socialdemokratische „Vorwärts“, die Dinge auffassen. Wir geben den Artikel weiter unten in separato wieder. Er zeigt, daß der Haß gegen den Fürsten Bismarck die Tendenz, die jetzige Regierung zu schädigen, noch überwiegt; der Artikel betrachtet als die oberste Sünde in dem besprochenen Falle, gemeinschaftlich mit der „Germania“ und anderen clerikalen Blättern, die angebliche Verwendung von Mitteln des Welfenfonds behufs Deckung der damals vorhandenen Defecte. Wir ziehen zunächst die Frage in Betracht, ob eventuell der Welfenfonds für dergleichen Zwecke rechtlich verwendbar war. Die socialdemokratische und die clerikale Presse scheint anzunehmen, daß der Fonds nur zur Ueberwachung der Welfenbewegung in ihrer localen Begrenzung bestimmt gewesen sei; sie berücksichtigt dabei nicht, daß die Welfenbewegung praktische Con-

---

liehen hat, die er nach menschlicher Voraussicht niemals zurückzahlen konnte, dann müßte sein Verbleiben im Amt von Allen bedauert werden, die zwischen Politik und Sittlichkeit nicht eine trennende Schranke errichten möchten.“

Im Jahre 1886 kam es zur amtlichen Kenntniß des damaligen Präsidenten der Reichsbank, daß ein dem Staatssecretär des Innern durch Familienbande nahestehender Bankdirector an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gelangt war. Auf die Mittheilung davon lehnte der Staatssecretär unverzüglich jede Intervention zu Gunsten des Bankdirectors ab. Indessen gelang es anderen Verwandten des Letzteren, mit Hilfe einiger Freunde seine Schuldenlast zu decken. Zu diesem Zwecke hat auch der Staatsminister v. Boetticher sein gesammtes eigenes Vermögen hergegeben. Von dem Sachverhalt hat der Staatssecretär des Innern dem ihm vorgesetzten Reichskanzler Mittheilung gemacht, welcher demnächst die Erstattung der von jenen Freunden hergegebenen Summen herbeigeführt hat.

Es ist amtlich festgestellt,

1. daß die geschilderten Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, in welcher von beabsichtigten Reformen des Bankwesens überhaupt noch nicht die Rede war;
2. daß der Staatsminister v. Boetticher niemals von Bankiers Geld entliehen hat;
3. daß der Staatsminister v. Boetticher keinerlei Zuwendungen, auch nicht den Ersatz des von ihm hergegebenen eigenen Vermögens empfangen hat.

Das Kgl. Staatsministerium.

Fürst zu Hohenlohe. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Thielen. Bosse. v. Köller. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt.

sequenzen nur durch Zerstörung und Schwächung der jetzigen Reichsverfassung und der preußischen Macht erreichen konnte. Die Wiederherstellung des Königreichs Hannover ist bisher nur möglich in Folge des Verfalls der preußischen Macht und Monarchie, und die Ausgaben, die für den Schutz und die Consolidirung derselben gemacht worden sind, und die, wie wir vermuthen, bei Weitem den größten Theil aller Ausgaben gebildet haben, entsprachen logisch der gesetzlichen Bestimmung des Fonds, den Bestand des preußischen Staates gegen welfische Aspirationen zu schützen und zu kräftigen. Es würde deshalb kein Pudendum für die damalige Regierung bilden, wenn sie aus dem Welfenfonds Verwendungen gemacht hätte, welche den Zweck hatten, die preußische Regierung in ihrer Stärke und Unanfechtbarkeit zu decken, und wenn die Verlegenheiten, denen aus dem Welfenfonds abgeholfen sein soll, rein finanzieller Natur gewesen wären, so würde auch König Wilhelm nicht geneigt gewesen sein, einer Abhülfe zuzustimmen.

In der Sache selbst können wir eigentlich nichts finden, was den gewaltigen Apparat einer amtlichen Ehrenerklärung von neun Ministern zu Gunsten eines ihrer Collegen rechtfertigen könnte, und wir verstehen nicht, wie man dem Minister v. Boetticher gegenüber von „ungeheuerlichen Anschuldigungen“ sprechen kann, wie dies in der Presse vielfach geschieht. Es war kein Bedürfniß, dem Minister v. Boetticher ein Leumundszeugniß von dieser Autorität auszustellen. Wir fürchten, daß die Verwendung solch schweren Geschützes, wie es in der ministeriellen Erklärung aufgefahren wird, wenn sie in der Zukunft bei ähnlichen Anlässen an Stelle der gerichtlichen Klage zur Regel werden sollte, sehr bald ihre Wirkung einbüßen wird. Wir fürchten auch, daß dieser ungewöhnliche Schritt und die Abneigung gegen offenes gerichtliches Verfahren die Aufgabe der Feinde des Herrn v. Boetticher und der jetzigen Regierung eher erleichtert und die Zahl der Zweifler vielleicht vermehrt hat.

Wenn wir sagen, daß wir den Fall als nicht wichtig genug für das Mittel der ministeriellen Erklärung ansehen, so haben wir dabei nicht die Geringfügigkeit der Preßangriffe in der „Zukunft“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ im Sinne, sondern wir finden, daß selbst der vermuthete Thatbestand überhaupt nicht mit der Schwere ins Gewicht fallen würde, welche ihm die ministerielle Empfindlichkeit beilegt. Daß letztere bei Herrn v. Boetticher besonders feinfühlig ist, haben wir schon zur Zeit der Kieler Canalfeier ersehen können, als dieser Minister freiwillig in eine Schußlinie trat, welche garnicht auf ihn zielte, und dadurch allerdings werthvolle äußere Genugthuung erhielt. Ein Minister kann an und für sich doch nicht für die Zuverlässigkeit und die Moralität seiner angeborenen oder

angeheiratheten Verwandten verantwortlich gemacht werden. Es könnte ja manchen Mitgliedern des Staatsministeriums passiren, daß sie in der Wahl ihrer nächsten Verwandten oder Schwiegereltern nicht vorsichtig genug gewesen sind. Wenn also der Schwiegervater eines Ministers in finanzielle oder selbst weitergehende Gefahr geräth, so wird dadurch unserer Ansicht nach die Integrität des Schwiegersohnes noch nicht angefochten und beeinträchtigt. Niemand kann dem Minister v. Boetticher eine überwachende Thätigkeit eines Stralsunder Bankdirectors zumuthen, auch wenn derselbe sein Schwiegervater ist. Es ist ja edel, daß Herr v. Boetticher die Sache des Vaters seiner Frau sofort als die eigene behandelt und für dieselbe sein eigenes Vermögen und einen erheblichen Theil des Vermögens seiner männlichen Verwandten geopfert hat, und daß das Opfer von der Größe, wie es das Gesammtbedürfniß erforderte, seine Kräfte überstieg, war nicht seine Schuld und keine Schädigung für die eigene Ehrenhaftigkeit. Daß er die Art, wie dieses Opfer von königlicher Seite vervollständigt wurde, hätte stolz zurückweisen sollen, ist eine Zumuthung, deren Annehmbarkeit man nach dem Maße des persönlichen Gefühles des Betheiligten allein zu bemessen hat; aber die Entscheidung darüber kann höchstens das Maß des Stolzes des Betheiligten, nicht das seiner Ehrenhaftigkeit abgeben. Endlich ist es durchaus wahrscheinlich, daß Herr v. Boetticher die fehlenden Gelder nicht direct erhalten hat, sondern daß sie da zur Einzahlung gelangt sind, wo sie fehlten: bei der Reichsbank.

Wir wissen also, wie gesagt, nicht, warum man auf ministerieller Seite die gerichtliche Verhandlung gescheut hat, welche durch Vernehmung der Ministerialbeamten, des Chefs der Reichsbank und der betheiligten Bankhäuser ein unanfechtbares Ergebniß zu Tage gefördert haben würde, das für Herrn v. Boetticher nach unserer Schätzung der Verhältnisse klarer und günstiger ausgefallen sein würde, als alle die Vermuthungen und Folgerungen, welche sich an die vorsichtig redigirte Erklärung im „Reichsanzeiger" anknüpfen und schließlich den weiteren Forschungen und Angriffen in der Presse nur Vorspann leisten werden.[1])

Der vorstehend erwähnte Artikel des „Vorwärts" lautet:

„Zu dem Fall Boetticher erhalten wir von einer Seite, die wir für gut unterrichtet halten können, folgende Mittheilung:

„Die vom Staatsministerium gestern publicirte Erklärung hat, wie jetzt schon versichert werden darf, doch nicht allerwärts den erhofften Erfolg gehabt. Vielmehr verlautet jetzt schon, daß nunmehr eine actenmäßige Darstellung der Affaire des Stralsunder Bankdirectors Berg und der Ent-

[1]) Vgl. „Zukunft" 19. Oct. 1895.

nahme einer sehr großen Summe aus dem Welfenfonds von welfischer Seite beabsichtigt wird. Bekanntlich ist diese Entnahme durch den Fürsten Bismarck widerrechtlich erfolgt, weswegen man auch gerade von dieser Seite nichts gethan hat, um diese als Staatsgeheimniß behandelte pikante Angelegenheit in die Oeffentlichkeit zu bringen. In Wahrheit ist die betreffende sensationelle Enthüllung, welche soviel Staub aufwirbelte, seinerzeit von einer Seite ausgegangen, die mit Bismarck nichts zu thun hatte. Das darf ausdrücklich, gestützt auf die sichersten Informationen über den Sachverhalt, hier festgestellt werden. Es wußten darum nachweislich nur sehr wenige ganz hochgestellte Personen. Was die „Freunde" des Herrn v. Boetticher anbelangt, welche vorher schon zu Gunsten seines Schwiegervaters eine Art freiwilliger Subscription angestellt hatten, so handelte es sich um ein Comité, an dessen Spitze Herr Werner Siemens stand. Allein die aufgebrachten Beträge reichten bei weitem nicht zur Deckung der Bergschen Verbindlichkeiten aus, und nach Rücksprache mit Bleichröder griff dann Bismarck „helfend" ein, indem er das erforderliche Geld dem Welfenfonds entnahm. Der alte Kaiser hat keinen Heller dazu hergegeben."

Die Entnahme der Unterstützungsgelder für Herrn Berg aus dem Welfenfonds war deshalb widerrechtlich, weil der Welfenfonds durch Gesetz ausdrücklich für die Bekämpfung der angeblichen welfischen Umtriebe reservirt war. Nun liegt allerdings mehr als eine Vermuthung der Ueberzeugung zu Grunde, daß beständig Gelder zu ganz anderen Zwecken, die dem damaligen Reichskanzler im Interesse seiner Politik zu liegen schienen, Verwendung gefunden haben. Daß Privatmänner, wie der Schwiegervater eines Ministers, bedeutende Unterstützungssummen erhalten hätten, ist allerdings nur in diesem einen Fall unbestritten anerkannt worden.

Wo die sonstigen Gelder geblieben sind, wird auch nur in seltenen Fällen nachgewiesen werden können, denn in weiser Voraussicht der Bewegungsfreiheit, die ihm zu höherem staatsmännischen Zwecke bei Unterbringung der Welfenfondsgelder zu Gebote stehen mußte, hatte Fürst Bismarck es ausgewirkt, daß er nicht öffentliche Rechenschaft abzulegen, sondern nur vom Kaiser persönlich sich jährlich Indemnität für die Verausgabung der bedeutenden Summen ertheilen zu lassen hatte.

Das ist denn auch zur völligen Zufriedenheit der beiden Herren alljährlich geschehen. Und dann sind schließlich, damit nie und nimmer ein Unberufener seine Nase hineinstecken könne, die sämmtlichen Welfenfonds-Quittungen den reinlichen und reinigenden Flammen überliefert worden.

Als die Boetticher-Berg-Geschichte in den „Hamburger Nachrichten" verkündet worden, mußte es nach allem, was über die Geheimnisse des Welfenfonds ruchbar geworden war, einiges Erstaunen erregen, daß gerade Fürst Bismarck, auf den man die Veröffentlichung zurückführen zu müssen glaubte, selbst den Deckmantel von seinem eigenen Treiben gelüftet hätte.

Die obige Mittheilung unseres Correspondenten rückt die Sache in ein anderes Licht und macht die Enthüllung verständlicher.

Jedenfalls haben diejenigen Bismarckjünger, die fortgesetzt in der Boetticher-Berg-Affaire herumstocherten, weil sie glaubten, auf diese Weise den ehemaligen Reichskanzler an dem Minister v. Boetticher wegen angeblicher Undankbarkeit zu rächen, ihrem Herrn und Meister einen bösen Bärendienst geleistet.

Sie sind auch jetzt noch nicht klüger geworden. Sie bleiben Herrn v. Boetticher auf der Fährte, ohne zu merken, daß die Verfolgung dieser Fährte schließlich in die geheimsten Schlupfwinkel des Bismarck-Baues hineinführen muß. Da nämlich die Erklärung des Staatsministeriums den Minister v. Boetticher theilweise entlastet, indem sie sich dafür verbürgt, daß der genannte für den Hinwurf seines eigenen Vermögens in den Schlund des Bergschen Zusammenbruchs keinen Ersatz aus Staats- oder Welfenfondsmitteln erhalten hat, bleibt schließlich an ihm nur der nämliche Vorwurf haften, wie an dem Fürsten Bismarck selbst: die Verwendung der Welfenfonds-Gelder zu anderen Zwecken, als das Gesetz bestimmte.

Kommt der Minister v. Boetticher deshalb auf die Anklagebank vor dem Forum der öffentlichen Meinung, so erhält er jedenfalls den Fürsten Bismarck als Collegen.

Nur blindwüthige Bismarck-Anbeter können sich darüber täuschen.

Wir haben unsererseits natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß die Sache recht gründlich erörtert und klargestellt wird. Licht, mehr Licht! Nur die Dunkelmänner und Hintertreppenschleicher haben das zu scheuen.

So registriren wir denn zunächst, was die „Neuesten Nachrichten", das hiesige Bismarckorgan, auf den Vorwurf der „Maulwurfsarbeit" wegen der beharrlichen Befehdungen des Ministers v. Boetticher erwidern:

„Von einer „Maulwurfsarbeit" kann wohl insofern nicht die Rede sein, als das Ausscheiden des Herrn v. Boetticher aus dem Ministerium und seine Uebernahme des Oberpräsidiums in Cassel zum 1. Juli d. J. formell beschlossen war, dann aber infolge eines bekannten Vorgangs wieder rückgängig gemacht worden ist."

Ob Herr v. Boetticher in Berlin auf dem Ministersessel oder in Cassel auf dem Oberpräsidentenstuhle sitzt, bleibt sich für uns allerdings gleich. Uns interessirt an obiger Aeußerung hauptsächlich der darin ausgeprägte, ganz stöckerisch anmuthende Moralsatz, daß die Operation der Bismarck-Organe „insofern" keine Maulwurfsarbeit sei, als v. Boetticher beinahe schon einmal aus Berlin hinwegoperirt worden war."

Herr v. Boetticher.

(H. N. 14. October 1895 No. 241 A.-A.)

In Bezug auf Herrn von Boetticher lesen wir in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ u. A.:

„. . . Es hat späterhin wenig angenehm berührt, daß gerade der Name der Tochter des Herrn Berg (des Schwiegervaters des Herrn v. Boetticher) in der Reihe Derer figurirte, die mehr oder weniger activ sich an dem Sturze des Fürsten Bismarck betheiligt hatten. In der Broschüre „Bismarck und der Hof“ waren hierüber allerlei unerbauliche Andeutungen zu lesen. Noch weniger erquicklich war es allerdings, daß von den „Hamb. Nachr.“ wiederholt der Nachweis dafür angetreten werden mußte, daß Herr v. Boetticher selbst in den entscheidenden schweren Stunden des März die Fahne seines Feldherrn verließ und sich den neuen, aufgehenden Gestirnen zuwandte. Herr v. Boetticher hat später privatim erklärt, daß die berühmte Schwenkung eigentlich gar keine Schwenkung gewesen sei; er sei stets der Meinung gewesen, daß die socialen Ansichten Bismarcks speciell hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit und der Sonntagsruhe unrichtig seien, und er habe ganz natürlich sich für die Auffassung des Kaisers erklärt, da dieselbe sich durchaus mit der seinigen deckte. Aber damit ist die Thatsache nicht weggeräumt, daß er die Meinung des Fürsten Bismarck im Parlamente und im Ministerrathe so lange nachdrücklich vertrat, bis eben der Kanzler in Ungnade fiel, um genau in demselben Augenblick zu schwenken, wo sein Sturz unausbleiblich war. Ein Minister vertritt sonst nicht amtlich die Principien, die er mißbilligt. Herr Delbrück trat zurück, als er die Vertretung der Politik des Reichskanzlers mit seinen Ueberzeugungen nicht glaubte vereinigen zu können. Herr v. Boetticher hätte besser für sein Ansehen gesorgt, wenn er rechtzeitig gegangen und nicht so gehandelt hätte, daß das Wort von der „Klebrigkeit“, das Fürst Bismarck vor den Landwirthen gebrauchte, von allen unbefangenen Leuten auf ihn bezogen wurde.“

Daß der Staatsminister v. Boetticher immer schon andere Ansichten als Fürst Bismarck in den Arbeiterfragen gehabt hat, ist ohne Zweifel richtig; er war aber nicht in der Berechtigung, eine andere Ansicht als die des Reichskanzlers zu vertreten, am allerwenigsten hinter dessen Rücken, denn er war als Staatssecretär des Innern der directe Untergebene des Reichskanzlers und hatte also die Verpflichtung, mit diesem zu gehen oder auszuscheiden.[1]) Zum Mitgliede des preußischen Staatsministeriums aber war er als Nachfolger Delbrücks und Hofmanns lediglich ernannt, um dort die Ansichten des Reichskanzlers zu vertreten, wenn derselbe persönlich nicht dazu im Stande war. Auch beim Kaiser hatte Herr v. Boetticher nicht die Berechtigung, andere Auffassungen als die seines

[1]) S. u. S. 545 f.

Vorgesetzten zu unterstützen. Sowohl beim Kaiser wie im Parlament war er verpflichtet, der Sonntagsruhe und den Eingriffen in die Familie durch Verbot resp. Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit zu widersprechen. Beides hat er unterlassen, und wir glauben, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zum Ausscheiden des ersten Reichskanzlers führten, im Cabinet, besonders aber bei Immediatvorträgen sich der besonderen Befürwortung durch Herrn v. Boetticher erfreut haben.

Herr Stöcker.[1])

(H. N. 15. October 1895 No. 242 M.-A.)

In einer seiner letzten Preßveröffentlichungen erklärt Herr Stöcker in Bezug auf den Fürsten Bismarck: „Ich habe den Fürsten allezeit in der äußeren Politik für den größten Staatsmann der Weltgeschichte, in der nationalen Polilik für einen der größten gehalten und erklärt." Wenn wir von irgendeinem deutschen Landsmann die Meinung hätten, daß er das sei, was Herr Stöcker vom Fürsten Bismarck sagt, so würden wir ihm doch die Stellung als auswärtiger Minister und als Reichskanzler gegönnt und sogar, wenn er sie nicht gehabt hätte, versucht haben, sie ihm zu verschaffen. Denn nach einem großen Staatsmanne, der zugleich nationaler Politiker sei, sind wir ja doch seit einem halben Jahrhundert auf der Suche gewesen. Es kann uns nur verwundern und es zeigt wenig Interesse an unserer weltgeschichtlichen und nationalen Entwickelung, wenn Herr Stöcker in seinem Briefe vom 14. August 1888[2]) die Tendenz verfolgt, Zwietracht zwischen einem so gearteten Kanzler und dem Kaiser zu säen. Wir hätten glauben sollen, ein Patriot wäre froh, daß der Kaiser einen Kanzler habe, auf den die Bezeichnung Stöckers paßte. Wir können uns den Widerspruch zwischen den Worten und Thaten des Herrn Stöcker nur erklären, wenn wir seinen Aeußerungen minderes Gewicht beilegen oder annehmen, daß sie durch irgendwelche Nebenzwecke beeinflußt werden. Jedenfalls liefert der Widerspruch zwischen beiden Aeußerungen des Herrn Stöcker den Beweis einer Doppelzüngigkeit, die an einem evangelischen Geistlichen besonders bedauerlich erscheint.

Daß Herr Stöcker in der Wahl seiner Mittel, den Kaiser gegen den Fürsten Bismarck einzunehmen, nicht sehr wählerisch gewesen ist, zeigt auch sein Verhalten in Sachen Bleichröder. Herrn Stöckers Brief an Kaiser Wilhelm I. versucht, den damaligen Kanzler in die Sache hineinzuziehen und dabei den Eindruck zu er-

---

[1]) S. o. S. 525. 526.

[2]) Bismarck-Jahrbuch II 702.

wecken, als wenn der Kanzler erst Stöckers „Feind“ geworden sei, nachdem er, Stöcker, Herrn Bleichröder angegriffen hatte. Herr Stöcker stellt die Sache so dar, als ob sich Fürst Bismarck die Bekämpfung der Fortschrittspartei durch die Christlich-Socialen zwar habe gefallen lassen, als man aber das Judenthum in der Person des Herrn von Bleichröder angegriffen habe, sei seine Geduld erschöpft gewesen. Bei diesem Anlaß sei zum ersten Mal der Zorn des Kanzlers gegen Stöcker erregt worden. Hier tritt das Bestreben Stöckers zu Tage, den Fürsten Bismarck als unter Bleichröders Einfluß stehend darzustellen, gewissermaßen im Anschluß an „Reichsglocke“-Gedanken. Im Uebrigen war der damalige Angriff Stöckers auf Herrn Bleichröder doch nicht so unschuldiger Natur, wie er jetzt von dem Urheber geschildert wird, und die Situation, die damals zu der Beschwerde, man kann wohl sagen, zu dem Hülferufe Anlaß gab, den Bleichröder an den Kaiser richtete, hatte doch ein anderes Fundament als die bloße Verweisung auf die Hülfe der Juden für die Arbeiternoth. Es wurden damals von Herrn Stöcker die etwaigen Rufer nach Gold und Schätzen von der Geistlichkeit abgewiesen und an Herrn Bleichröder adressirt. Dieser Herr wurde persönlich genannt als der Inhaber der gesuchten Schätze; er mußte sich also, wenn er, wie wir annehmen, kein Mann war, von dem man sagen konnte, impavidum ferient ruinae[1]) — was auch gar nicht seines Amtes war — beunruhigt fühlen, indem er sich und seinen Tresor für etwa vorkommende Unruhen für die Plünderung designirt glaubte, und in dieser Besorgniß wandte er sich, Schutz suchend, an den Kaiser.

Wenn Herr Stöcker, wie er erzählt, durch Verwendung des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, Hermes, mit einem Verweise des Cultusministers davonkam, der allerdings die Bemerkung enthielt, „daß er durch Hinweisung auf einzelne große Vermögen Begehrlichkeit errege“, so war das sehr milde. Ob es gerade von einer in der christlichen Gemeinde berechtigten Gesinnung zeugt, wenn ein conservatives Blatt Herrn Stöcker unter diesen Umständen „den theuern Gottesmann“ nennt, überlassen wir dem Urtheile der christlichen Gemeinde.

Den Zorn des Fürsten Bismarck hat Herr Stöcker überhaupt nie erregt, und sein Mißtrauen hat er durchaus nicht zum ersten Male durch seinen Hinweis darauf, daß bei Bleichröder Schätze zu holen seien, wach gerufen. Wir glauben nicht, daß ein volles Vertrauen des ersten Kanzlers zu Herrn Stöcker jemals vorhanden gewesen ist, und wenn Herr Stöcker jetzt den Glauben zu erwecken sucht, daß das ihm gegenüber eingetretene kanzlerische Mißtrauen erst von der Bleichröderschen Beziehung seinen Ausgang genommen habe, so paßt dieser Versuch ganz in die socialdemokratische und

[1]) Horaz, Oden III, 3, 7.

fortschrittliche Neigung, den Fürsten Bismarck nach Möglichkeit zu verdächtigen. Wir bedauern, diese Neigung bei einem neuerdings von der conservativen Partei rehabilitirten Mitgliede derselben zu finden. Die conservative Partei wird ja wissen, was sie thut, wenn sie ihre Mitglieder sich dazu hergeben läßt, socialdemokratischen und fortschrittlichen Angriffen auf den ersten Reichskanzler und dessen Politik Vorspann zu leisten.

In Sachen Hammerstein.

(H. N. 16. October 1895 No. 243 M.-A.)

Wir haben es neulich[1]) schon als einen Beweis leidenschaftlicher Gehässigkeit gegen den Fürsten Bismarck bezeichnet, die sich überall bethätigt, daß nachdem Herr v. Hammerstein niedergebrochen ist, man versucht, ihn dem Fürsten an die Rockschöße zu hängen, während früher, als Herr v. Hammerstein noch aufrecht stand, Niemand daran gedacht hat, von persönlichen Beziehungen zwischen ihm und dem ersten Reichskanzler zu sprechen. Trotzdem unternimmt ein Berliner Correspondent der neuerdings wieder stärker in offiziöses Fahrwasser einlenkenden „Allgemeinen Ztg." in leicht erkennbarer Absicht, nochmals nachzuweisen, daß Herr v. Hammerstein ein ergebener Anhänger des Fürsten Bismarck gewesen sei, und daß er ihm seine Anstellung in der „Kreuz-Zeitung" zu verdanken habe.

Wir wiederholen, daß es eine Erfindung unwissender Leute ist, wenn behauptet wird, Fürst Bismarck habe Herrn v. Hammerstein Unterkunft bei der „Kreuz-Zeitung" verschafft. Jedermann, der die Preßentwickelung verfolgt hat, weiß, daß zwischen der „Kreuz-Zeitung" und dem Fürsten Bismarck in der Zeit, die dem Eintritte des Herrn v. Hammerstein in die Redaction des Blattes vorherging, keine Beziehungen vorhanden waren, sondern daß die gegenseitige Erkaltung, welche die Folge der Declaranten-Vertretung der „Kreuz-Zeitung" war, ungemindert fortbestand.

Daß Fürst Bismarck in dem Momente, wo ein neuer Redacteur an die Spitze dieses in der conservativen Partei damals sehr angesehenen Blattes trat, mit diesem Fühlung nahm, um zu sehen, wie er gestimmt war und ob sich ein modus vivendi herstellen ließ, lag doch nur in der Pflicht und Schuldigkeit eines gewissenhaften Ministers. Ein „verkrachter Junker" war Herr v. Hammerstein damals — 1881 — unseres Wissens noch nicht, und selbst wenn er es gewesen wäre, hätte dies ohne Hinzutritt anderer Umstände seiner politischen Stellung als Redacteur noch keinen Abbruch gethan; seine Finanz hätte ja auch sanirt werden können; aber wir glauben,

---

[1]) S. o. S. 527.

daß seine pecuniären Schwierigkeiten damals überhaupt noch nicht zum Durchbruch gekommen waren. Wie dem auch gewesen sei: wenn behauptet wird, Herr v. Hammerstein habe die Unterkunft bei der „Kreuz-Zeitung“ dem Fürsten Bismarck zu danken, so ist das, wie gesagt, eine ganz haltlose Erfindung.

Auf eine Phase, in welcher Herr v. Hammerstein den Fürsten Bismarck unterstützt habe, können wir uns augenblicklich, ohne genauere Durchsicht der Kreuz-Zeitungs-Jahrgänge, nicht besinnen; wir haben heute jedenfalls nicht den Eindruck, daß dies der Fall gewesen sei, sondern haben in Herrn v. Hammerstein immer eher einen politischen Gegner und persönlichen Feind des ersten Reichskanzlers gesehen. Um dieses Verhältniß herzustellen, würde kaum erforderlich gewesen sein, daß die Herren v. Hammerstein und Stöcker gemeinschaftlich Versuche machten, ein evangelisches Centrum der Staatsregierung gegenüber zu gründen.

Die „Berl. Börsen-Zeitung“ weist den Versuch, eine Anwesenheit des Freiherrn v. Hammerstein in Varzin ebenfalls gegen den Fürsten Bismarck auszunützen, zurück und führt aus, weshalb der Besuch in keiner Weise die behauptete Intimität des Herrn v. Hammerstein mit dem Fürsten Bismarck darthue. Das Berliner Blatt fragt dabei, warum ein Staatsmann nicht einen begabten Publicisten empfangen solle; Fürst Bismarck habe sich so vieler Gemeinheiten zu erwehren gehabt, daß es mit der olympischen Abgeschlossenheit nicht immer gegangen sei. Von der Begabung des Herrn v. Hammerstein hatte der Reichskanzler damals noch keinen Eindruck, aber Thatsache war, daß derselbe an der Spitze eines angesehenen und namentlich bei der conservativen Partei einflußreichen Blattes stand, und dies war Grund genug, um ihn zu sehen, wenn er sich meldete.

Nach einer Mittheilung im „Vorwärts“ hat Herr v. Hammerstein in einer Wahlversammlung in Stolp am 5. November 1888 erklärt: „Als meine Wähler mich 1881 in den Reichstag schickten, da berief mich der Reichskanzler telegraphisch nach Varzin.“ Fürst Bismarck hat damals — 1881 — wohl kaum gewußt, daß dieser Freiherr v. Hammerstein überhaupt existire, resp. daß er in Pommern anwesend sei und daß er Redacteur der „Kreuz-Zeitung“ werden würde. Herr v. Hammerstein ist in Varzin erschienen, nachdem er sich angemeldet und um die Annahme seines Besuches gebeten hatte. Unter solchen Umständen einem neuen „Kreuz-Zeitungs“-Redacteur zu sagen: „Ich will sie nicht sehen!“ das hätte ein Ergebniß der alten Declaranten-Verstimmung sein können, aber es wäre nicht ministeriell gewesen.

Herr v. Boetticher.

(H. N. 18. October 1895 No. 245 M.-A.)

Der „Berliner Local-Anzeiger“ veröffentlicht den nachstehenden Bericht über eine Unterredung mit dem Staatsminister v. Boetticher aus dem vorigen Jahre:

„Die schwerste Zeit meines Lebens war die, als Fürst Bismarck aus dem Amte schied. Man hat mir vorgeworfen, daß ich an dieser Verabschiedung die Schuld trüge. Sehr zu Unrecht, schon weil ein ganz anderer als ich, dazu gehörte, um einen Bismarck zu stürzen. Zu meinem tiefsten Bedauern hat Fürst Bismarck selbst, ich weiß nicht, wodurch veranlaßt, die Meinung gefaßt und trotz aller meiner Bemühungen daran festgehalten, daß ich an der Herbeiführung des Abschlusses seiner amtlichen Thätigkeit betheiligt gewesen sei. Das konnte um so weniger der Fall sein, als ich in der kritischen Zeit vier Wochen lang durch einen Fall von Scharlach in meiner Familie an das Haus gebunden war und dem Kaiser nicht einmal für die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens danken konnte. Als ich die Kette zum Schwarzen Adler-Orden erhalten sollte, schickte der Kaiser erst seinen Leibarzt zu mir, um festzustellen, ob auch wirklich schon Alles in Ordnung sei. Ich habe im Gegentheil das Mögliche gethan, was irgend in meinen Kräften lag, um zu verhüten, was dann freilich unausbleiblich wurde. In häufiger Wiederholung bin ich schon vor Jahren bei dem Fürsten Bismarck vorstellig geworden, er solle doch dem Andrängen des Reichstages nach Erweiterung des Arbeiterschutzes nachgeben, sei es durch ein umfassenderes Verbot der Frauen-, Kinder- und Nachtarbeit, sei es durch Ausdehnung der Sonntagsruhe. Der Fürst war dafür nicht zu haben. Er blieb unerschütterlich bei seiner Meinung, soviel ich ihm auch zuredete, ganz im Gegensatz zu der wohlwollenden Nachgiebigkeit, die er mir gegenüber früher in zahlreichen Fällen an den Tag gelegt. Ich kam ganz ausgezeichnet mit ihm aus, besser als einer meiner Vorgänger, Delbrück und Hofmann, und als die Staatssecretaire im Auswärtigen Amt, mit denen er sich auch nicht immer recht vertrug. Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß ich im Reichstage unvorbereitet zu einer eben aufgeworfenen Frage Stellung nehmen mußte, ohne daß ich mich vorher über die Intentionen des Fürsten Bismarck vergewissern konnte. Ich sprach dann so, wie ich vermuthete, daß es den Ansichten des Fürsten gemäß sei. Fragte ich ihn nach beendeter Reichstagssitzung, wie er über die Sache denke, so zeigte es sich mehrfach, daß ich eine ganz andere Auffassung vertreten hatte; immer aber erklärte der Fürst ohne Zögern, daß es selbstverständlich bei dem, was ich gesagt, sein Bewenden behalten müsse.

Mit dem Kaiser stand Fürst Bismarck anfänglich ganz ausgezeichnet. Der Kaiser blickte förmlich zu ihm auf und erkannte seine Autorität willig an, wie ich überhaupt allezeit gefunden habe, daß der Kaiser sachlichen

Gründen, die angemessen vorgetragen werden — und auf einen solchen angemessenen Vortrag hat er natürlich als Kaiser Anspruch — in ausgezeichneter Weise zugängig ist. Der Kaiser hat ein erstaunlich schnelles und durchdringendes Auffassungsvermögen. Wenn man ihm Vortrag hält, so genügen einige Worte, um ihn sofort erkennen zu lassen, worauf es eigentlich ankommt. Das ist ein großer Vorzug. Fürst Bismarck verstand es nun nicht, die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei dem Kaiser Eingang fanden. Der Fürst, der eine große Autorität bei dem Kaiser genoß, sprach zum Kaiser autoritativ, und so mußte es denn kommen, daß dem Kaiser dies nicht gerade gefiel und die Meinung in ihm in den Vordergrund trat: er sei doch nun einmal von Gott an die Stelle gestellt, an der er stehe, um nach seinen Gaben und Kräften und nach seiner Auffassung die Regierung zu führen. So kam es, wie es kommen mußte: der Kaiser und Fürst Bismarck verstanden sich schließlich nicht mehr. Vergeblich stellte ich dem Fürsten Bismarck vor, daß es nothwendig sei, dem lebhaften Wunsche des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes, der übrigens meinen Ansichten völlig entsprach, nachzugeben. Es war kurz vor der Katastrophe, daß mir von einem Collegen berichtet wurde, der Kaiser und Fürst Bismarck hätten eine Aussprache mit einander gehabt, die zu einer vollen Verständigung und einem lückenlosen Einvernehmen geführt hätte. Ich war hocherfreut darüber, und da der Kaiser sich zum Frühstück bei mir angesagt hatte, ging ich zum Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob er mich gleichfalls mit seiner Anwesenheit beehren wolle. Ich wollte dem Fürsten Bismarck meine herzliche Befriedigung über das aussprechen, was ich gehört hatte. Ich fand aber den Fürsten in bösester Laune, und auf meine ersten Worte hin fragte er, ob ich denn wirklich glaube, daß er zu den in Rede stehenden Maßregeln seine Zustimmung geben würde! Er werde in den Staatsrath kommen — diese Theilnahme des Fürsten an der Staatsraths-Sitzung hatte man mir als die Besiegelung des Einvernehmens hingestellt — aber nicht, um zuzustimmen, sondern um seine entgegenstehende Meinung zu vertreten. Als ich nach Hause kam, war der Kaiser, der sich verfrüht hatte, schon da. Der Kaiser war in fröhlichster Stimmung. Auch er erzählte, daß er mit dem Fürsten Bismarck zu voller Verständigung gekommen sei. Ich konnte es nicht übers Herz bringen, ihm gerade zu sagen, daß er sich in einem Irrthum bezüglich des Fürsten Bismarck befinde. Ich erwähnte blos, daß der Fürst in den Staatsrath kommen wolle. Der Kaiser vernahm das mit größtem Erstaunen, denn der Fürst, meinte er, hätte ihm gesagt, er werde dem Staatsrath fernbleiben. So war das Mißverständniß unheilbar geworden, man verstand sich hüben und drüben nicht mehr. Was Fürst Bismarck zur Erklärung seines Beharrens in der oppositionellen Stellung angeführt hatte, das war als eine Zustimmung aufgefaßt worden.

Als die Entscheidung getroffen war, begab ich mich zum Fürsten Bismarck, um mich von ihm zu verabschieden. Es war wohl die schwerste

Stunde meines Lebens. Thränenden Auges küßte ich ihm die Hand, dankte ihm für alles Wohlwollen, das er mir bewiesen, und bat ihn, zu glauben — es waren mir schon allerhand Gerüchte zu Ohren gekommen —, daß ich nie etwas gethan, was mit der Treue gegen ihn nicht vereinbar wäre. Er antwortete mir, er setze auch garnicht voraus, daß ich einen Treubruch gegen ihn begangen hätte oder eines Treubruchs fähig wäre; aber er müsse doch sagen, daß ich ihn in dem Kampf gegen den Kaiser nicht so unterstützt hätte, wie ich wohl gekonnt. Hierauf konnte ich nichts erwidern, denn sonst hätte ich erklären müssen, daß es für mich, einen Beamten, einen Kampf gegen den Kaiser nicht geben könne. Abgesehen hiervon, war es auch nicht angängig, daß ich eine Meinung, die ich Jahre lang gegen den Fürsten Bismarck vertreten, aufgab, weil der Kaiser sie theilte."

Wir vermuthen, daß die Erwähnung des Scharlachfiebers im Hause des Herrn v. Boetticher und der dadurch verursachten Quarantaine in Verbindung mit der Kette des Schwarzen Adlerordens der Zeit nach eine Verschiebung enthält. Wir erinnern uns nicht, wann Herr v. Boetticher wegen Scharlach consignirt war, wohl aber, daß die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an ihn in den letzten Wochen der Dienstzeit des Kanzlers, die der Kette dazu also wahrscheinlich erst bei dem Capitel des nächsten Jahres, folglich lange nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck stattgefunden hat. Wenn also die Scharlach-Quarantaine gleichzeitig mit der Verleihung der Kette des Schwarzen Adler-Ordens stattfand, so kann sie nicht auf die Verhandlungen vor der Entlassung des Fürsten Bismarck eingewirkt haben.

Bereits neulich haben wir erwähnt,[1]) daß der Minister v. Boetticher seinem damaligen Ressort nach nicht berechtigt war, mit seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler, in einen Wettbewerb im Reichstage oder beim Kaiser einzutreten.

Daß Fürst Bismarck unerschüttert bei seiner Meinung über Sonntagsruhe und Eingriffe in das Familienleben der Arbeiter blieb, ist zweifellos; aber auch die Thatsache ist es, daß sein Amanuensis, der Minister v. Boetticher, die kanzlerischen Auffassungen im Conseil, im Cabinet und im Reichstage zu unterstützen aufhörte, nachdem die Stellung des Fürsten als Rathgeber beim Kaiser unsicher geworden war.

Daß Fürst Bismarck es nicht verstand, in Concurrenz mit Herrn v. Boetticher im Cabinet die Dinge so vorzutragen, daß „die Vorstellungen beim Kaiser Eingang fanden", bedauern wir umsomehr, als der Fürst im Verkehr mit hohen Herrschaften sonst in seiner Dienstzeit nicht unglücklich gewesen ist.

[1]) S. o. S. 538.

Daß Herr v. Boetticher dem Fürsten Bismarck vorgestellt hat, es sei nothwendig, den Wünschen des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes nachzugeben, ist richtig; Herr v. Boetticher hat sogar im Widerspruche zu seiner Ressortaufgabe, dem Reichskanzler beizustehen, dessen Ansichten im Conseil und im Staatsministerium überzeugungstreu bekämpft. Wir treten nur der Ansicht entgegen, daß er zu diesem Kampfe gegen seinen Vorgesetzten nach der damaligen staatsrechtlichen Lage berechtigt gewesen sei. Die beiden Amtsvorgänger des Herrn v. Boetticher, die Herren Delbrück und v. Hofmann, wurden zu Mitgliedern des Preußischen Staatsministeriums ausschließlich zu dem Zwecke ernannt, um im letzteren die Ansichten ihres Chefs, des Reichskanzlers, bei dessen Abwesenheit oder anderweitiger Beschäftigung zu vertreten. Beide Herren haben sich diesen Aufgaben auch gewissenhaft unterzogen und im Staatsministerium die Ansichten des Reichskanzlers auch dann vertreten, wenn sie persönlich nicht einverstanden waren. Von einer unmittelbaren Einwirkung der Preußischen Staatsminister Delbrück und Hofmann auf die Entschließungen des Königs ist uns niemals Etwas bekannt geworden, ebenso wenig von einer Erweiterung der staatsrechtlichen Competenz des den Reichskanzler vertretenden Mitgliedes des Preußischen Staatsministeriums bei Uebernahme dieser Stellung durch Herrn v. Boetticher; der Interviewer überschätzt also die damalige Competenz des Herrn v. Boetticher, wenn er ihn als unter dem Drucke eines Conflictes ministerieller Pflichten dem Kaiser gegenüber befindlich darstellt.

Was den Passus des Interviews über den Staatsrath betrifft, dessen Mitglied und Vicepräsident Fürst Bismarck war, und der nach dem Verfasser ohne sein Zuthun berufen worden zu sein scheint, so erklären wir die factischen Angaben des Interviewers für ungenau, enthalten uns aber der Richtigstellung, weil diese nur durch Hereinziehen der Person des Kaisers bewirkt werden könnte. — Für vollständig richtig halten wir die Herrn v. Boetticher zugeschriebene Ansicht, daß es für ihn einen Kampf gegen den Kaiser nicht habe geben können. Wir halten aber auch in der Stellung des Reichskanzlers selbst einen „Kampf“ gegen den Kaiser für einen übel gewählten Ausdruck. Es kann sich in ministerieller Stellung bei uns niemals um einen Kampf gegen den Souverain, sondern nur um die ehrerbietige Vertretung ministerieller Ansichten bis zu dem Augenblicke handeln, wo der Kaiser die Meinungsverschiedenheiten durch Allerhöchsten Befehl entscheidet. Eine solche ministerielle Discussion dem Monarchen gegenüber durchzuführen, war Herr v. Boetticher nach seiner amtlichen Competenz nicht berufen; er war nicht berechtigt, seinen persönlichen Ansichten auf einem anderen Wege als durch den ihm vorgesetzten Reichskanzler im Immediat-

vortrage Ausdruck zu geben. Wenn es seinem Gewissen widersprach, der Natur seiner Berufung gemäß die kanzlerischen Ansichten im Ministerium und im Cabinet zu vertreten, so hätte er an beiden Stellen sich jeder Aeußerung enthalten sollen, wenn er nicht nach dem Beispiel seiner Vorgänger in der gleichen Stellung, der Herren Delbrück und v. Hofmann, auf diese verzichten wollte.

Das Interesse der kleinen landwirthschaftlichen Betriebe an den Getreidepreisen.

(H. N. 18. October 1895 No. 245 M.-A.)

Der „Hamburgische Correspondent" behauptet in einem Artikel mit antiagrarischer Tendenz, daß alle landwirthschaftlichen Betriebe, die nicht mehr als 5 Hektare Areal umfaßten, an den Getreidepreisen kein Interesse hätten, weil das geerntete Getreide bestenfalls ausreiche, den Bedarf des Besitzers und seiner Familie zu decken. Darin spricht sich wieder die vollständige Unbekanntschaft mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen aus, der wir in der Bureaukratie und in der offiziösen Presse leider immer begegnen. Wer im bäuerlichen Betriebe 5 Hektare, d. h. 20 Magdeburger Morgen bebaut, ist in hohem Maße bei dem Interesse an den Getreidepreisen betheiligt. Einmal müßte er ein schlechter Wirth sein, wenn er auf 20 Morgen nicht mehr Getreide baute, als neben Kartoffeln und Fleisch für seine Familie ausreicht; aber selbst wenn er auf einer geringeren Fläche nicht mehr als seinen Bedarf bauen könnte, würde er immer einen Theil des Getreides, was er baut, zu verkaufen gezwungen und deshalb am Preise interessirt sein. Denn er kann nicht blos von der Hand in den Mund leben; er braucht Geld für Kleidung, Hausrath, Holz, Abgaben u. s. w. und kann das nach seinen Verhältnissen schwerlich anders als durch Verkauf eines Theils seines selbstgebauten Getreides, seiner Kartoffeln oder seiner gezüchteten Schweine in seinen Haushalt bringen.

Offiziöse Entstellungen.

(H. N. 20. October 1895 No. 247 M.-A.)

Das „Berliner Tageblatt" bestreitet in einem Artikel vom 17. d. Mts. geringschätzig die Ausführungen, in denen wir kürzlich das Verhältniß der Staatssecretaire und Minister zu dem Ministerpräsidenten besprochen hatten, und sagt u. A.: „Wenn es so wäre, so brauchte man keine vom Kaiser ernannten Staatssecretaire und

keine Minister des Königs, dann würden Pagoden genügen." Auch der „Hamburgische Correspondent" spricht von „Pagodenhaftigkeit" und beweist mit diesem Terminus, daß er seine Ansicht aus derselben Quelle bezogen hat, wie das „Berliner Tageblatt". Beiden Blättern und ihren Auftraggebern scheint nicht bekannt zu sein, daß nicht blos die Staatssecretaire und Minister, sondern der größere Theil der Beamten, besonders alle höheren, vom Könige ernannt werden. Nach der Theorie dieser beiden Zeitungen würden also sämmtliche Offiziere, Oberförster u. s. w. durch die königliche Ernennung zur Emancipation von dem Einflusse ihrer Vorgesetzten berechtigt sein. Das königliche Patent bildet aber kein Privilegium, die staatsrechtliche Disciplin gegen die Vorgesetzten zu ignoriren.

Wir haben uns oft genug, wenn auch im Allgemeinen nicht anerkennend, über die absolute Unabhängigkeit der Minister von einander und von ihrem Präsidenten ausgesprochen und über die Schwierigkeit, welche es für letzteren hat, Einigkeit im Ministerium herzustellen. Die dreiste Fälschung, als hätten wir oder irgend Jemand „Unterwürfigkeit" oder „Pagodenhaftigkeit" der Minister als nöthig hingestellt, ist ein Kennzeichen der ganzen Art, wie in Ermangelung sachlicher Gründe in diesem Kampfe gegen den ersten Reichskanzler von den Gegnern verfahren wird.

Der Staatssecretair v. Boetticher befand sich im Staatsministerium in einer anderen Stellung als die anderen Mitglieder desselben, wenigstens bis 1890; denn als Minister ohne Portefeuille hatte er keine andere Aufgabe als die, den Reichskanzler und dessen Ansichten im Ministerium zu vertreten, soweit der Kanzler dazu nicht selbst im Stande war. Hierauf beschränkte sich seine Thätigkeit, da er ein eigenes Ressort, in dem er sich der sonst üblichen ministeriellen Selbständigkeit erfreut hätte, nicht besaß.

Daß die Staatssecretaire Untergebene des Reichskanzlers sind, ist ein unanfechtbarer Grundsatz unserer Reichsverfassung und eine berechtigte Forderung der Bundesgenossen Preußens. Die Emancipation der Staatssecretaire von der reichskanzlerischen Politik und Disciplin hat erst in der Zeit des neuen Curses Fortschritte gemacht und Anerkennung in der Presse gefunden, als ob sämmtliche Staatssecretaire der Reichsverwaltung unabhängige Minister wären, mit dem Reichskanzler gleichberechtigt, sowohl in ihren Ressorts wie im Immediatvortrag. Letzterer konnte von den Reichsstaatssecretairen immer nur „in Vertretung" des Reichskanzlers gehalten, also nicht gegen dessen dem Vortragenden bekannte Ansichten gerichtet werden.

Die Cabinetsordre von 1852.

(H. N. 24. November 1895 No. 276 M.-A.)

Wir werden nachträglich auf einen Artikel aufmerksam gemacht, der vor einiger Zeit im „Berl. Tgbl." erschienen ist, und worin u. A. gesagt wird: „Der Bruch des Fürsten Bismarck mit Kaiser Wilhelm II. erfolgte bekanntlich wegen der Meinungsverschiedenheiten des Kaisers und des Kanzlers über die Cabinetsordre von 1852. Wie erinnerlich, wollte Fürst Bismarck unter Berufung auf dieselbe nicht dulden, daß die Ressortminister beim Kaiser Vortrag halten dürften, ohne seine, des Kanzlers resp. Ministerpräsidenten, jedesmalige Erlaubniß zu haben. Der Kaiser betrachtete diese Haltung seines ersten Beamten als einen Eingriff in seine monarchischen Rechte".

Das „bekanntlich", welches der Verfasser hier braucht, ist ein Wort, das überall da Anwendung findet, wo man nicht genau Bescheid weiß.[1]) Der Autor des „Berl. Tgbl." kennt offenbar die Ordre von 1852 nicht, über die er mit so viel Sicherheit schreibt. Sie lautet:

„Ich finde es nöthig, daß dem Ministerpräsidenten, mehr als bisher, eine allgemeine Uebersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die nothwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verhaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich Folgendes: 1. Ueber alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Berathung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen, Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzutheilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat. 3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon zeitig vorher in Kenntniß zu setzen, damit derselbe, wenn er es nöthig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. — Die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Charlottenburg, den 8. September 1852.

gez. Friedrich Wilhelm.
gegengez. Manteuffel".

[1]) Vgl. Reden II, 159.

Danach ist durchaus nicht gesagt, daß zu Immediatvorträgen eine Erlaubniß des Ministerpräsidenten erforderlich sei, sondern nur, daß der Ministerpräsident das Recht hat, diesen Vorträgen beizuwohnen. Die Ordre wurde 1852 als eine Nothwendigkeit empfunden, um der Uneinigkeit in dem Manteuffelschen Ministerium ein Ende zu machen, die darauf beruhte, daß jeder Minister berechtigt war, auch Gesetze oder sonstige Maßregeln beim Könige in Vorschlag zu bringen, ohne seinen Collegen davon Mittheilung zu machen. Außerdem bestand ja damals noch die Gepflogenheit, daß sachkundige Männer auf die Entschließung des Königs einwirken konnten, ohne verantwortliche Minister zu sein. Wir brauchen das, was man damals Camarilla nannte (Gerlach, Niebuhr, Gröben, Stolberg, Radowitz u. s. w.) nicht näher zu charakterisiren; der König hatte eben zu diesen Herren weit mehr Vertrauen wie zu den meisten seiner Minister. Aber Herr v. Manteuffel hatte zunächst nur das für ihn Erreichbare im Auge und das Bedürfniß, über Vorträge seiner Minister nicht nur unterrichtet, sondern bei ihnen auch gegenwärtig zu sein, um dem Könige die etwaigen Gegengründe vorzutragen. Die Entscheidung blieb ja immer beim Könige, der nach der preußischen Verfassung diejenige Stellung einnimmt, die man vielfach irrthümlicher Weise dem Ministerpräsidenten zuschreibt. Der König hatte dem dringenden Verlangen seines Ministerpräsidenten nach der Ordre von 1852 schließlich widerstrebend nachgegeben; der Zweck derselben war, die Herstellung der Einheitlichkeit im Staatsministerium, wie sie im constitutionellen Staate unentbehrlich ist. Dieser Zweck wurde schlecht und recht erreicht, so lange Herr von Manteuffel Minister war, und die Ordre blieb auch während der neuen Aera unter den Ministern Hohenzollern und Auerswald in strammer Anwendung. Nachdem Herr v. Bismarck Minister geworden war, ist ein Zurückgreifen auf diese Ordre in Rivalität mit seinen Collegen bei Cabinetsvorträgen actenmäßig nicht erkennbar. Der Grund dafür ist aber nicht in der Entbehrlichkeit der Ordre von 1852 zu suchen, sondern in der Thatsache, daß alle Minister über die Unentbehrlichkeit des Präsidenten einig und mit ihm in allen Stücken einverstanden waren, und daß jeder derselben bei Meinungsverschiedenheiten sich beruhigte, ohne im Cabinet mit dem Ministerpräsidenten in Rivalität zu treten. Dieser Zustand hat bis zum Ausscheiden des Fürsten Bismarck im preußischen Staatsministerium geherrscht; dasselbe ist deshalb stets in sich geschlossen und einig geblieben ohne Rückgriff auf die Ordre von 1852.

Es ist im Interesse Preußens und des Reiches dringend zu wünschen, daß diese Geschlossenheit im Ministerium auch ferner andauere mit oder ohne die Cabinetsordre von 1852. Daß letztere außer Kraft gesetzt sei, ist bis jetzt amtlich nicht bekannt geworden.

Es würde also zur Aufrechterhaltung der Geschlossenheit in der Politik des Ministeriums nur erforderlich sein, daß der derzeitige Ministerpräsident sich der Ordre erinnert. Dieselbe betrifft allerdings nicht die Möglichkeit, daß Einflüsse von Personen, die dem Staatsministerium überhaupt nicht angehören, mit der amtlichen Politik in Concurrenz treten. Hiergegen aber giebt es überhaupt kein Remedium, es ist dies bei jeder absoluten Regierung der Fall und war es auch bei der constitutionellen Friedrich Wilhelms IV. Die „Quertreiberei", um den heute publicistisch modern gewordenen Ausdruck zu verwenden, fand damals ihr Gegengewicht in der Vorsicht, mit welcher Friedrich Wilhelm IV. Meinungsverschiedenheiten mit Ministern, die er einmal gewählt hatte, Jahre lang discutirte, ohne mit seinen „ungehorsamen" Ministern zu brechen.

Zu den Ministerfragen.

(H. N. 26. November 1895 No. 277 M.-A.)

In einem Artikel älteren Datums, der uns nachträglich zur Besprechung empfohlen wird, behauptet der offiziöse „Hamburger Correspondent", die Staatssecretaire im Auswärtigen Amte und im Reichsamte des Innern seien „seit längerer Zeit regelmäßig Mitglieder des preußischen Staatsministeriums". Dieses „regelmäßig" trifft nicht zu und ist eine Fiction im Sinne der Aenderung unserer staatlichen Einrichtungen. Herr v. Boetticher, an dessen Stellung der offiziöse Artikel anknüpft, hat nie als regelmäßiges Mitglied des preußischen Staatsministeriums in Function gestanden, sondern nur als Vertreter der reichskanzlerischen und der Reichspolitik innerhalb des preußischen Ministeriums in allen den Fällen, wo der Reichskanzler selbst nicht im Stande war, die Reichsinteressen wahrzunehmen. Er ist preußischer Minister, ebenso wie Delbrück und Hofmann, immer nur als Hülfsarbeiter des Ministerpräsidenten in dessen Eigenschaft als Reichskanzler gewesen.[1])

Die auswärtigen Angelegenheiten hat Fürst Bismarck, so lange er gesund genug war, stets sich selbst vorbehalten und nur in der letzten Zeit seines Amtes seinen Sohn, den Grafen Herbert, nachdem er ihn ein Jahrzehnt hindurch in alle Verhältnisse selbst eingeweiht hatte, als Vertreter auch der auswärtigen Politik im preußischen Staatsministerium herangezogen. Es geschah dies in dem Sinne, den Fürst Bismarck neuerdings auch öffentlich vertreten hat: die einzelnen Bundesregierungen an der Reichsregierung und selbst deren auswärtiger Politik lebhafter, als bis dahin der Fall war, zu betheiligen. Die Verleihung des preußischen Ministertitels an

[1]) S. o. S. 538. 545 f.

den Grafen Herbert in seiner Eigenschaft als Staatssecretair des Aeußern im Reiche erfolgte erst unter Kaiser Friedrich, der geneigt war, dem Grafen Herbert nach Analogie des fürstlichen Hauses Pleß den Prinzentitel zu verleihen, wogegen Fürst Bismarck Widerspruch erhob und bat, wenn seinem Sohne eine Gnade erzeigt werden solle, ihn zum Mitgliede des preußischen Staatsministeriums zu ernennen, in welchem er, der Fürst, doch einer in auswärtigen Dingen sachverständigen Unterstützung zu bedürfen glaube, wie sie ihm sein Sohn nach langjähriger Schulung im Dienste gewähren könne. Es ist durchaus ein unberechtigtes Argument, wenn man annimmt, daß die Staatssecretaire des auswärtigen Reichsamtes „regelmäßige" Mitglieder des preußischen Staatsministeriums seien. Ihre Ernennung ist vielmehr lediglich eine Zweckmäßigkeits- und unter Umständen eine Rang- und Gehaltsfrage. Daß die zur Assistenz des Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Reichskanzler geschaffenen preußischen Staatsminister lediglich die Aufgabe haben, in Abwesenheit des Reichskanzlers dessen Reichspolitik im Staatsministerium zur Geltung zu bringen, ist eine Ansicht, die in keiner Weise, wie der offiziöse Artikel im „Hamb. Corr." meint, nur die Seite der Sache berührt und deshalb zu eng gefaßt ist, sondern sie entspricht genau der verfassungsmäßigen Competenz.

Daß, wie der offiziöse Artikel weiter andeutet, der Monarch das Recht hat, sich durch Befragung jedes Beamten, zu informiren, auch über die Politik des Vorgesetzten dieses Beamten, und daß es dessen Pflicht ist, die gestellten Fragen nach Pflicht und Gewissen zu beantworten, wollen wir nicht bestreiten, wir hatten aber unter Friedrich Wilhelm IV. in Preußen die nämliche Verfassung wie heute, während Kaiser Wilhelm I. die Gewohnheit hatte, die königlichen Entschließungen nur mit den dazu berufenen Beamten, mit jedem in seinem Ressort, zu verhandeln. Daß sein Herr Bruder diese Regel nicht beobachtete, hatte die Camarillabildung zur Folge, über die späterhin ja von constitutioneller Seite mannigfach Beschwerde geführt worden ist. Die Camarilla unter Friedrich Wilhelm IV. bildete unzweifelhaft eine Erschwerung der Staatsgeschäfte, aber sie bestand aus Männern, die auch ihrerseits nach ihrer politischen Vorbildung verantwortliche ministerielle Stellungen hätten übernehmen können, wie Gerlach, Groeben, Radowitz, Bunsen u. s. w.

Der offiziöse Artikel im „Hamburger Correspondenten" enthält noch die Bemerkung, daß nach preußischem Staatsrechte jeder Staatsminister eine ganz selbständige Stellung und das Recht freier Abstimmung habe. Der Satz paßt auf alle Minister, die ein Ressort haben, aber nicht auf diejenigen Reichsbeamten, die lediglich zur Unterstützung der Reichspolitik als Beistände des Reichskanzlers bei Ab- oder Anwesenheit ihres Vorgesetzten zu preußischen Staats-

ministern ernannt worden sind. Wenn der offiziöse Artikel damit schließt, daß „beide Staatssecretaire“ in wichtigen Einzelfragen im preußischen Staatsministerium abweichend von dem Reichskanzler gestimmt hätten, so ist das eine Unwahrheit insofern, als der Staatssecretair des Auswärtigen dabei mit einbegriffen erscheint; und daß der Staatssecretair des Innern gegen den Reichskanzler gestimmt hat, trifft doch nur für die letzte Staatsministerialsitzung zu, nachdem dem ersten Reichskanzler die kaiserliche Autorität nicht mehr zur Seite stand, und belastet nur Herrn v. Boetticher. Hierin wurzelt, wie wir glauben, die Kritik, die von Seiten des ersten Reichskanzlers das Verhalten des genannten Staatssecretairs treffen mag. Die Frage, ob Herr v. Boetticher nicht berechtigt war, wie seine Freunde in der Publicistik es behauptet haben, bei Meinungsverschiedenheit mit dem Kanzler in einen Kampf mit dem Monarchen einzutreten, enthält doch eine vollständige Fälschung der ministeriellen Situation. Die „Nat.-Lib. Corr.“ sagt darüber, daß es in Preußen schon zur Zeit des absoluten Königthums nicht an Kämpfen, — sagen wir lieber Meinungsverschiedenheiten — zwischen dem König und den Ministern gefehlt habe, und sie folgert daraus weiter, daß die Demüthigung Preußens im Jahre 1806 nicht zum kleinsten Theile durch die gefügigen, damals unverantwortlichen Minister verschuldet gewesen sei. Sie nimmt also schon damals, im unbeschränkten Absolutismus, für die Minister die Befugniß in Anspruch, die Klarheit und Entscheidung schwebender Fragen im „Kampfe“ zu gewinnen, und äußert dabei, es sei doch nicht verfassungsmäßig, wenn ein Minister seine unbedingte Gefügigkeit gegenüber dem Willen des Königs durch seine Beamteneigenschaft zu decken suche; das Staatsinteresse verlangt unbedingt eine andere Auffassung des Ministerberufes.

1896.

Das kaiserliche Telegramm und die englische Presse.

(H. N. 6. Januar 1896 No. 4 A.-A.)

Die Explosion, welche das kaiserliche Telegramm an den Präsidenten Krüger in der englischen Presse verursacht hat, ist uns überraschend gewesen. Die englische Presse hat bis dahin stets die Ueberzeugung vertreten, daß das Flibustierunternehmen des Dr. Jameson der amtlichen englischen Politik vollständig fremd wäre, und daß England als europäische Macht zu diesem räuberischen Einfall in Transvaal in keinerlei Beziehung stehe. Wenn dies schon durch manche Erscheinungen in der Zusammensetzung und Vorbereitung des Jamesonschen Einfalles unwahrscheinlich wurde, so wird es durch

den unüberlegten Ausbruch der englischen Presse auf das Vollständigste als Fiction bestätigt.

Die Politiker, die in der englischen Presse heute zu Worte kommen, hatten sich die Sache offenbar so zurecht gelegt, daß sie mit heuchlerischer Entrüstung den Flibustierzug nicht billigen konnten, aber die factischen Consequenzen des Ueberlaufens der Boerenrepublik, auf das sie gerechnet hatten, als unabänderliches Ergebniß acceptirten. Das kaiserliche Telegramm an den Präsidenten von Transvaal ist ihnen aber derartig unerwartet gekommen, daß sie die bis dahin getragene Maske vollständig vergessen haben und plötzlich eine Sprache führen, als ob der räuberische Ueberfall des Dr. Jameson eine amtliche Operation der englischen Regierung gewesen wäre. Läge dieser Fall wirklich vor, so wäre allerdings das kaiserliche Telegramm ein Schachzug gegen die englische Regierung gewesen, so aber ist es doch nur eine Kundgebung gegen denselben gewaltthätigen Bruch des Friedens durch Dr. Jameson, den bis dahin alle englischen Autoritäten als ihnen vollständig fremd gemißbilligt haben.

Wir erinnern uns kaum eines Ereignisses in neuerer Zeit, in welchem die Unehrlichkeit der englischen Presse in dieser Weise festgenagelt worden wäre, wie in dem zornigen Ausbruch gegen das kaiserliche Telegramm, durch welches der deutsche Kaiser doch, genau betrachtet, nur der sittlichen Entrüstung der englischen Regierung über den Einbruch in Transvaal den Beistand seiner europäischen Autorität leistete. Wir hätten also aufrichtiger Weise erwarten dürfen, daß die englische Presse dem deutschen Kaiser ihren Dank votirte für den energischen Beistand, mit dem er ihrer eigenen Entrüstung über diesen ruchlosen Räubereinbruch in Transvaal Ausdruck gegeben hat.

Wir wollen die Gründe hier nicht weiter untersuchen, durch welche die englische Presse sich bestimmt findet, dem Flibustierchef Jameson die legale Autorität der Königin von England zu substituiren, aber für unparteiische Beobachter wird der naturwüchsige Ausbruch, mit welchem die englische Presse die Maske der offiziösen Heuchelei durchbricht, nur Heiterkeit erregen. Es liegt dem eine politische Unehrlichkeit zu Grunde, die strebsame Mächte mitunter begehen, aber gewöhnlich doch in der Absicht, wenn sie ertappt werden, ganz still zu bleiben. Der rohe Ausbruch in den englischen Blättern gegen die deutsche Sympathiekundgebung für die Boeren wirft eine helle Beleuchtung auf die Unaufrichtigkeit der Politik, die dabei, wir wollen nicht sagen, von der englischen Regierung, aber von dem Hauptunruhestifter in Südafrika, Herrn Cecil Rhodes, betrieben wird. Die russische Politik hat ja auch ihre Strebsamkeiten wie die englische, aber ohne christliche Heuchelei und mit geschickterer Beachtung der äußeren Formen.

Ein neues Mittel gegen die Socialdemokratie.

(H. N. 7. Januar 1896 No. 5 M.-A.)

Bedürfen wir, wie die Dinge liegen, keiner Gewaltthat gegen unsere socialdemokratischen Mitbürger, so bedürfen wir doch eines Schutzes gegen die Excesse, zu denen sie nach ihren Parteieinrichtungen verleitet werden könnten, und noch mehr bedürfen wir des Schutzes gegen Hemmnisse und Störungen, mit der sie unsere staatliche und bürgerliche Arbeit beeinträchtigen. Aber wir glauben nicht, daß man die Gefahren der Socialdemokratie durch Vereinsgesetze und andere Maßregeln im Sinne der jüngsten Umsturzvorlage beschwören kann; vielleicht kann man sie vertagen, aber nicht abwehren, und die Organisation der revolutionairen Partei ist jedenfalls nur auf dem Wege der Specialgesetzgebung zu zerstören. Deshalb halten wir es nicht für zweckmäßig, die Socialdemokraten, so lange sie nicht Strafthaten begehen, strafrechtlich zu verfolgen und dazu neue Gesetze zu schaffen. Wir glauben vielmehr, daß die weitere Abwehr der socialdemokratischen Gefahr namentlich durch Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Ziele und Zwecke der Socialdemokratie erfolgen muß. Letztere selbst giebt darüber nur ungern Aufschluß und über das Recept, nach dem sie die Zukunft zur Zufriedenheit aller Menschen gestalten will; sie schweigt sich darüber aus, sie begnügt sich mit der Kritik und Anfechtung der jetzt bestehenden staatlichen Ordnung der Dinge. Ein altes französisches Sprichwort sagt: «La critique est aisée, et l'art est difficile.» Genaue Auskunft darüber, wie die Socialisten die menschliche Existenz künftig einrichten wollen, haben wir nicht, nur darüber können wir nicht zweifelhaft sein, daß sie die jetzigen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen nicht als berechtigt anerkennen und an ihrer Aufrechterhaltung und Ausbildung nicht im gleichen Sinne mitarbeiten wollen wie die Majorität der Bevölkerung.

Da drängt sich doch die Frage auf, können wir ihre Mitarbeit nicht entbehren, können wir sie nicht ausschließen, können wir nicht das Tischtuch zwischen uns und ihnen zerschneiden, indem wir ihnen die Mitarbeit an den staatlichen Einrichtungen, die sie verurtheilen, versagen? Jeder Deichverband lebt unter dem Satze: „Wer nicht will deichen, der muß weichen." Er soll also keinen Antheil haben an dem Schutze, den die Deiche gewähren. Die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sind die Deiche, durch welche die menschliche Gesellschaft gegen die Ueberfluthung durch den Krieg Aller gegen Alle sich schützt und wer daran nicht mitarbeiten will, wer erklärt, daß er nur auf den Einbruch der Fluth wartet, die die Deiche zerbricht, der soll auch bei ihnen nicht mitwirken.

Um zu einer Sonderung der beiden Strömungen zu gelangen, welche unser Volk bewegen, der der Ordnung und der der Socialdemokratie, wird es zunächst erforderlich sein, daß die Regierung es sich angelegen sein läßt, in jeder Gemeinde ein authentisches Register der Angehörigen der socialdemokratischen Bestrebungen herzustellen. Die Sache ist nicht so schwierig, wie sie aussieht, wenn in den Listen über die Socialdemokraten einstweilen nur alle diejenigen eingetragen werden, die sich selbst als Abgeordnete, Redacteure, Wahlredner u. s. w., zur Socialdemokratie bekennen; die Vervollständigung wird sich ja allmählich finden. So wie es im französischen Kriege für unsere Truppen Bedürfniß war, genau darüber unterrichtet zu sein, wer Franctireur war, von wem man erwarten konnte, plötzlich beschossen zu werden, ebenso ist es für die Ruhe und Ordnung liebende Bevölkerung nützlich, kennen zu lernen, wer von ihren Nachbarn zu Denjenigen gehört, die auf den „großen Kladderadatsch", auf den Zusammenbruch, den Umsturz und die socialdemokratische Plünderung warten.

Die Aufstellung solcher Listen würde an sich schon Vortheile bieten, aber sie würde auch als Krystallisationspunkt für weitere legislative Maßregeln dienen können, nach welchen man Denen, die unsere staatliche Organisation in ihren Zukunftsberechnungen der Zerstörung preisgeben, die also keine zuverlässigen Mitarbeiter an deren Erhaltung sind, diese Mitarbeit versagt und sich ohne sie behilft. Wer zweifellos der socialdemokratischen Partei und ihren Bestrebungen angehört, der sollte unserer Auffassung nach weder Wähler noch wählbar sein, und wir glauben auch nicht, daß ihm die Benutzung der Sicherheiten und Bequemlichkeiten des von ihm angefochtenen und verurtheilten Staates in gleichem Maße wie seinen übrigen Mitbürgern zustehen sollte.

Wir bringen diese Gedanken nur versuchsweise zur Sprache; nach irgendeiner Richtung hin aber wird sich die Frage mit der Zeit entwickeln müssen, und es wird entweder in irgend einer Zukunft einen socialdemokratisch regierten Staat geben müssen, oder einen Staat, in dem die Einwohner, die sich als Socialdemokraten amtlich bekennen, kein Recht zur staatlichen Mitarbeit haben. Dabei ist keine Art von Gewalt oder Blutvergießen nöthig; man kann ruhig nebeneinander leben.

Zur Sendung des Herrn Poultney Bigelow.

(H. N. 7. Januar 1896 No. 5 M.-A.)

In verschiedenen Blättern wird berichtet, daß Herr Poultney Bigelow in Berlin eingetroffen sei, um im Auftrage des Versicherungs-Departements des Staates New-York mit dem Minister

des Innern über eine Zurücknahme der von der preußischen Regierung gegen die amerikanischen Versicherungsanstalten erlassenen Verfügungen zu unterhandeln. Wir können nicht glauben, daß das New-Yorker Versicherungs-Departement neben der der Vereinigten Staaten noch eine gesonderte Vertretung in Berlin unterhält und die Zufälligkeit der Schulfreundschaft des Herrn Bigelow mit dem regierenden Kaiser für amerikanische Vortheile auszubeuten bemüht sein sollte. Wenn Herr Bigelow eine solche Mission wirklich angenommen hätte, so würde er damit ein gleiches Maß von Selbstüberschätzung bekunden wie sein Landsmann Stern in Kissingen und sich in die Kategorie derjenigen Amerikaner stellen, denen das in Europa übliche Maß von Selbstbeschränkung des Individuums fehlt. Herr Bigelow hat seine Schulfreundschaft mit hohen Herren nachgerade genügend ausgebeutet; so lange dies gesellschaftlich und publicistisch geschah, hatten wir nichts dagegen einzuwenden, sobald er seine Ansprüche aber auf das politische Gebiet überträgt, so müssen wir sie als außerhalb der Grenzen europäischer Wohlerzogenheit liegend zurückweisen.

Aus der Vergangenheit.

(H. N. 8. Januar 1896 No. 6 M.-A.)

Im December-Heft der „Deutschen Revue“ ist ein Artikel enthalten: „Fürst Bismarck und seine Mitarbeiter in der inneren Politik 1862—1878. Von Heinrich von Poschinger.“ Wir finden darin Angaben, zu denen wir einige Bemerkungen zu machen haben. In Bezug auf den Cultusminister Dr. Falk können wir bestätigen, daß Fürst Bismarck den Rücktritt des Ministers nicht veranlaßt, sondern vielmehr verhindert hat, so lange es möglich war und dem Willen Falks entsprach. Falk lebt ja noch und wird dies bezeugen können. Sein Rücktritt ist durch die Empfindlichkeit veranlaßt worden, die seine Behandlung am Hofe, namentlich so weit der Einfluß der Kaiserin reichte, in ihm hervorgerufen hatte.

Die Angabe, daß der Handelsminister Dr. Achenbach seiner Zeit gegangen sei, weil sich seine Eisenbahnpolitik mit der des Fürsten Bismarck nicht deckte, trifft zu: unrichtig ist, daß sich Dr. Achenbach im Laufe der Zeit der Bismarckschen Auffassung, betreffend die Consolidirung des preußischen Staatsbahnbesitzes durch Ankauf der wichtigeren Privatbahnen, accomodirt habe; Herr Dr. Achenbach ist bis zu Ende ein Anwalt des Privatbahnsystems geblieben, und er ist ausgeschieden, weil er auf seiner Meinung bestand; Maybach war der erste Eisenbahn-Minister, der auf die Ideen des Fürsten Bismarck einging.

Betreffs des Staatsministers Hofmann wird angeführt, daß Delbrück selbst ihn bei seinem Ausscheiden dem Reichskanzler als Nachfolger im Amte des Präsidenten des Reichskanzleramtes empfohlen habe. Das ist richtig; Fürst Bismarck hat daraufhin Herrn Hofmann dem Kaiser zur Ernennung vorgeschlagen. Diese Thatsache beweist, daß Fürst Bismarck mit Delbrück in Frieden geschieden ist, sonst würde er schwerlich dessen Rath befolgt und die Ernennung Hofmanns befürwortet haben. Delbrück selbst hat dem Fürsten gegenüber immer nur körperliche Erschöpfung als Grund seiner Demission geltend gemacht. Wenn der Minister Hofmann in der letzten Zeit keine genügende Fühlung mehr mit dem Reichskanzler hatte, so rührte dies daher, daß Hofmann überhaupt eine andere Politik verfolgte als Fürst Bismarck, namentlich diejenige, die sich später in den Arbeiterschutzgesetzen und der Sonntagsruhe durchgesetzt hat. In seiner unabhängigen Stellung als preußischer Handelsminister hat Herr Hofmann öfters Initiativen genommen, die Fürst Bismarck nicht billigen konnte, und bei dem beiderseitigen Beharren auf unverträglichen Standpunkten war der Bruch unvermeidlich.

Die Veröffentlichung in der „Deutschen Revue" kommt auf den Umstand zu sprechen, daß Fürst Bismarck einen großen Theil des Jahres fern von Berlin zuzubringen pflegte, und führt dabei namentlich das Jahr 1877/78 an. Damals war Fürst Bismarck in Folge seines Abschiedsgesuchs überhaupt auf ein Jahr beurlaubt, und daß er in dieser Zeit nicht in Berlin anwesend war, ist natürlich. Außerdem hat die Erledigung der Geschäfte unter seinem Fernbleiben von Berlin niemals gelitten. Im Gegentheil, wenn sich der Fürst in Friedrichsruh aufhielt, war sein Verkehr mit den Ministern lebhafter und schneller als in Berlin. Wenn der Reichskanzler in Berlin war, so gelangten die Sachen, die er im Laufe des Tages erledigt hatte, doch in der Regel erst nach Schluß der Arbeitszeit an die verschiedenen Ressorts, in deren Bureaux sie meist einen Tag über aufgehalten wurden, bevor sie dem Kanzler wieder zur Unterschrift vorgelegt wurden. Wenn der Fürst dagegen in Friedrichsruh war, so gelangten die Ergebnisse der täglichen Arbeit der Berliner Bureaux mit dem 5 Uhr Zuge zur Absendung nach Friedrichsruh, trafen dort um 9 Uhr ein und wurden vom Fürsten zwischen 9 und 12 Uhr erledigt, so daß sie mit dem 12 Uhr (Nachts) Zuge nach Berlin zurückgingen, wo sie um 5 Uhr früh wieder vorlagen. Der Geschäftsgang war also von Friedrichsruh aus schneller, als er von den bureaumäßigen Kanzleidienern innerhalb der Berliner Stadtmauern hätte besorgt werden können.

Auf andere Angaben des Artikels in der „Deutschen Rundschau" kommen wir vielleicht gelegentlich zurück.

Die Aufgaben einer deutschen Regierung.

(H. N. 8. Januar 1896 No. 6 A.-A.)

Wir sind in letzter Zeit in der Presse mehrfach der Behauptung zur Discreditirung des alten Curses begegnet, daß unter ihm „nichts mehr gelungen sei". Dieser Redensart liegt eine ungermanische Auffassung der Aufgaben der Regierung zu Grunde, eine rein französische. Die Thätigkeit einer französischen Regierung, auch mancher andern, setzt sich aus einer Reihe von Unternehmungen zusammen, welche geeignet sind, entweder das Selbstgefühl der Nation oder die Herrschsucht der Regierung zu befriedigen. Frankreich ist aus solchen Gründen nach Algier und Tunis, nach Mexico und Madagaskar gegangen, und andere Staaten haben andere Unternehmungen gemacht, von deren Gelingen sie irgend etwas für ihre eigene Sicherheit erwarteten. In germanischen Staaten und namentlich im Deutschen Reiche wird die Regierung, wenn richtig, in einem andern Sinne aufgefaßt. Sie kann unter Umständen eine zu positiven Thaten zwingende sein, wie die Herstellung der deutschen Nationalität es war, wo die preußische Regierung aus eigener Initiative die Führung der Nation übernehmen mußte. Nachdem die Lösung dieser Aufgabe gelungen ist, kehrt eine deutsche, von Prestigebedürfniß und Herrschsucht freie Politik, wenn sie eine gewissenhafte ist, zu den Aufgaben zurück, die innere Entwickelung des Landes vor Störungen zu behüten, eine Aufgabe, bei der wenig positive und specielle Unternehmungen vorkommen werden, sondern nur solche, bei denen es sich in der Hauptsache um die Fortführung der nationalen Entwickelung handelt.

Eine deutsche Regierung wird in ihren Entschließungen nicht die Aufgabe haben, auswärtige Unternehmungen zu fördern, sondern den inneren und äußeren Frieden vor Störungen zu bewahren. Sie wird viel öfter in der Lage sein, zwischen zwei Uebeln, die zum Kriege führen können, das kleinere zu wählen und richtig einzuschätzen, als auf neue Unternehmungen auszugehen, deren Gelingen oder Mißlingen in Frage kommen könnte. Die deutsche Reichsregierung ist 1871 ins Leben getreten, zu einer Zeit also, wo die Rede allgemein dahin ging, daß wir in spätestens 5 Jahren wieder Krieg haben würden; sie hat den Frieden ein Vierteljahrhundert im Widerspruch zu allen Prophezeiungen und Bedrohungen erhalten, und sie ist in diesen langen Jahren wiederholt in der Lage gewesen, die oben bezeichnete Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen eins nothwendig war, treffen zu müssen. Daß der innere und äußere Frieden noch heute besteht, liefert den Beweis, daß sie richtig gewählt hat und daß der Grundriß für den Aufbau des Deutschen Reiches nicht

so unrichtig entworfen war, wie doctrinaire Politiker seiner Zeit behaupteten.

Wir wünschen, daß auch der jetzigen Regierung „nichts gelingen“ möge, was sie etwa außerhalb ihrer Aufgabe, den Frieden und die Prosperität des Reiches zu fördern, versuchen möchte. Wenn es einer Regierung unter bewegten Verhältnissen gelingt, ohne Schaden für ihr Land zu regieren, so kann man nach menschlicher Unvollkommenheit und nach germanischer Eigenthümlichkeit schon zufrieden sein. Das Regieren ist immer ein Gang auf gespanntem Seile in großer Höhe, und dabei nicht zu fallen, schon eine Leistung, die nicht in Jedermanns Fähigkeit liegt.

Keine Ueberstürzung.

(H. N. 9. Januar 1896 No. 7 M.-A.)

Heute tritt der Reichstag wieder zusammen, und unter dem Berathungsmaterial, das ihm zunächst zugehen wird, befindet sich u. A. der Entwurf des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs. Damit tritt die Frage der Behandlung dieser Vorlage wieder in den Vordergrund. Wir haben den Eindruck, daß thatsächlich versucht werden soll, den Reichstag zu bestimmen, von einer gründlichen Prüfung der Vorlage abzusehen und dieselbe mehr oder weniger en bloc anzunehmen. Die Gründe, die dafür angeführt werden, entbehren unsrer Auffassung nach sammt und sonders der Beweiskraft. Es mag sein, daß, wie behauptet wird, der nach langjähriger sorgfältiger Berathung zu Stande gekommene zweite Entwurf nach Inhalt und Form geeignet ist, dem Wunsche nach einer einheitlichen bürgerlichen Gesetzgebung Befriedigung zu gewähren; aber das muß doch erst durch ordnungsmäßige Prüfung der Vorlage erwiesen werden, das kann und darf der Reichstag doch nicht ohne Weiteres gutgläubig als feststehend annehmen und darauf hin seine Zustimmung ertheilen. Wenn er dies thäte, so handelte er wider Pflicht und Gewissen. Die erforderliche Prüfung durch den Reichstag kann selbstverständlich auch nicht dadurch ersetzt werden, daß irgend ein Professor des römischen Rechts irgendwo außerhalb des Reichstages Vorträge über das Gesetzbuch hält, und daß dazu Reichstagsabgeordnete eingeladen werden. Außerdem ist bekannt, daß der Entwurf, so wie er vorliegt, doch auch zahlreiche Gegner hat, nicht nur unter den Germanisten, sondern auch in weiten Kreisen der Bevölkerung, die man nicht schlankweg mundtodt machen kann. Ferner entspräche eine en bloc-Annahme des Entwurfes oder etwas Aehnliches in keiner Weise der Wichtigkeit, die das Bürgerliche Gesetzbuch für das deutsche Volk hat, und überdies sehen wir nicht ein, weshalb die parlamentarische Berathung

des Entwurfes überhaupt so beeilt werden soll. Wo ist ein Grund, der dazu nöthigt? Es ist unverständlich, was darauf ankommen soll, ob der Entwurf ein Jahr früher oder später Gesetzeskraft erlangt. Wir wünschen auch zu vermeiden, daß in Folge der überhasteten Annahme des Entwurfes später, wenn das Gesetz in Kraft steht, Beschwerden darüber laut werden, und daß dann dem Reichstag der Vorwurf gemacht werden kann, er habe das Gesetzbuch keiner genügend gründlichen Prüfung unterworfen. Dadurch würde das Ansehen der Körperschaft bei der Bevölkerung noch mehr herabgedrückt werden. Und damit berühren wir noch den anderen für unsere Auffassung ausschlaggebenden Punkt.

Wenn irgend etwas Bedürfniß des Deutschen Reiches ist, so ist es die Aufrechterhaltung der Autorität seiner Volksvertretung. Sie wurde schon schwer geschädigt durch die Zumuthung, die Handelsverträge in kurzer Frist ohne eingehende Prüfung anzunehmen, und der Reichstag hat das bedauerliche Beispiel gegeben, daß in seinen Fractionen und namentlich Fractionsführern das Streben nach der ministeriellen Gunst des Grafen Caprivi mächtiger war als das Bedürfniß, im Interesse des Volkes die Verträge zu prüfen. Wir halten jede Herabdrückung der Bedeutung des Reichstages durch gouvernementale Zumuthungen für eine ungeschickte Politik. Wir bedürfen eines angesehenen Reichstages zur Erhaltung und Fortbildung unserer Einheit, und der Reichstag wird an sich schon in beklagenswerther Weise herabgedrückt durch die Streberei und den unlauteren Wettbewerb seiner Fractionen und ihrer Führer. Es ist unseres Erachtens eine Aufgabe der Reichsregierung, diese sinkende Bewegung der einen unserer beiden obersten Körperschaften zu hindern, namentlich aber sie durch keine gouvernementale Zumuthungen zu fördern.

Das Bürgerliche Gesetzbuch greift tief in alle unsere Lebensverhältnisse ein, und es wird schon, bevor es in Kraft tritt, in der Achtung, der es begegnet, sinken, wenn es von der Volksvertretung des Reiches en bagatelle und en bloc behandelt würde. Selbst wenn eine Verspätung seiner Einführung aus einer gründlichen Behandlung und Prüfung durch den Reichstag hervorgehen sollte, so können wir die Nachtheile, nachdem wir uns bisher mit dem Bestehenden beholfen haben, so hoch nicht veranschlagen, wie den Schaden, den das Reich durch Entwerthung der Mitwirkung des Reichstages in der öffentlichen Meinung erleiden würde, sobald diese das Gefühl hätte, daß der Reichstag entweder nicht die Zeit oder die Arbeitskraft, oder, den Ministern gegenüber, nicht den Muth besäße, seiner Verpflichtung zu einer gründlichen Mitarbeit an der Gesetzgebung bei einer so wichtigen Angelegenheit zu genügen.

Zum Geburtstage des Kaisers.

(H. N. 26. Januar 1896 No. 22 M.-A.)

Diesmal bildet der kaiserliche Geburtstag gleichsam den Abschluß der Festtage, die das deutsche Volk seit nahezu Jahresfrist begangen hat. Es war den denkwürdigen National- und Erinnerungsfeiern beschieden, zu zeigen, daß Deutschland, mag es im alltäglichen Kampfe der Parteien und Interessen noch so oft das Bild innerer Uneinigkeit und Zwietracht bieten, sich zur Einigkeit und Stärke zusammenfindet, sobald große Eindrücke das Nationalbewußtsein erregen. War aus dieser Wahrnehmung neues Vertrauen für die Zukunft Deutschlands zu schöpfen, so gilt das Nämliche von der freudigen Bewegung, die seit dem unvergeßlichen 22. März an jedem Kaisers-Geburtstage das deutsche Land durchzieht und Alles wachruft, was an patriotischen und nationalen Empfindungen in der Seele unseres Volkes schlummert. Auch dem 27. Januar hat sich im Laufe der Jahre, seit denen wir ihn festlich begehen, diese Eigenschaft mitgetheilt, und die letzte Zeit hat es bewirkt, daß die festliche Stimmung und die öffentlichen Veranstaltungen zu Ehren des Tages ebensowohl dem jetzigen Kaiser persönlich wie dem Träger der deutschen Kaiserkrone in abstracto gelten. Wir haben für den morgigen Festtag keinen besseren Wunsch, als den, daß dem deutschen Volke Anlaß gegeben werde, die Feier des kaiserlichen Geburtstages von Jahr zu Jahr nach der persönlichen Seite hin immer mehr zu vertiefen.

Die monarchische Idee bildet in Deutschland nun einmal die Grundlage der staatlichen und nationalen Existenz: der König von Preußen ist in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser eine gegebene Größe, mit der wir rechnen müssen. Wir haben keine andere Vertretung der wieder errungenen nationalen Einheit, als die vorhandenen Institutionen, d. h. Kaiser und Reich. Die müssen gehalten und gedeckt werden, auch wenn man nicht mit allen einzelnen Erscheinungen einverstanden ist, die zu Tage treten. Wir bedauern, daß diese Einsicht nicht überall im deutschen Volke besteht. Jede Zustimmung, die der Kaiser findet, befestigt den Reichs- und Staatsgedanken, jede Abwendung vom Monarchen schädigt ihn. Und dann müssen wir uns doch auch der Vorzüge eines angestammten Thrones bewußt bleiben; sie sind für das staatliche Leben der Nation von großer Wichtigkeit. Die Schäden, an denen wir z. B. den französischen Staatskörper leiden sehen, sind hauptsächlich aus dem Verluste des angestammten Herrscherhauses hervorgegangen. —

Wir begrüßen das neue Lebensjahr, in das der Monarch morgen eintritt, mit dem aufrichtigen Wunsche, daß es ihm beschieden

sein möge, in seinem Streben als Regent alle die Ziele zu erreichen, die ihm zum Heile von Reich und Volk vorschweben. Wir waren bisher nicht immer in der Lage, alles zu billigen, was geschah, und wir behalten es uns ebenso für die Zukunft als selbstverständliches Recht vor, unsere Meinung zu äußern, auch wenn sie von der offiziellen Politik abweicht; aber heute, am Vorabend des kaiserlichen Geburtstages gereicht es uns zur Beruhigung, constatiren zu dürfen, daß die Initiativen des Monarchen von Jahr zu Jahr mehr zu der Hoffnung berechtigen, seine Regierung werde sich für das Deutsche Reich zu einer erfolgreichen gestalten.

Wenn wir am heutigen Tage etwas zu beklagen haben, so ist es der Umstand, daß nach unsern Eindrücken und Wahrnehmungen der Kaiser den Beistand nicht findet, auf den er in Folge seines aufrichtigen Strebens Anspruch hat. Wir unterschätzen nicht die Schwierigkeiten, die dabei obwalten. Die Auswahl der Mitarbeiter des Monarchen bei Führung der Staatsgeschäfte ist bei uns in Deutschland und in Preußen eine sehr schwierige Sache, weil sich geeignete Persönlichkeiten nicht so reichlich darbieten, als daß wir jeder Zeit nach Bedarf einen Wechsel in der Besetzung wichtiger Staatsämter erstreben dürften. Wie dem aber auch sei, die Wahrheit erfordert es, in einem festlichen Artikel, der der Person des Monarchen gewidmet ist, offen zu bekennen, daß die monarchisch denkende und fühlende Bevölkerung Preußens und Deutschlands den Eindruck hat, die persönliche Initiative des Kaisers werde in der Staatsregierung noch günstiger wirken, wenn sie vollkommen freien Weg fände und nicht öfters passiven ministeriellen und bureaukratischen Widerstand zu überwinden hätte. Wir hegen deshalb heute den weiteren Wunsch, daß der Kaiser in Zukunft stets Räthe und Mitarbeiter finden möge, die seine Intentionen unverfälscht fördern und durchführen.

Mehr Kreuzer!

(H. N. 27. Januar 1896 No. 22 A.-A.)

Gegenüber den Zeitungsnachrichten, betreffend neue Marine-Forderungen, halten wir an der Auffassung fest, daß wir allerdings mehr Kreuzer als bisher brauchen, um den Aufgaben zu genügen, die der deutschen Marine gestellt sind. Wenn höheren Orts eine darüber hinausgehende Vermehrung der Flotte erstrebt wird, so wird man abzuwarten haben, wann und wie die entsprechenden Forderungen gestellt werden. Wir haben keine Neigung, das übermorgen vor dem morgen zu behandeln, sondern wir wünschen zu-

nächst einmal den dringendsten Bedarf befriedigt zu sehen, ohne die Darleiher und Steuerzahler mit der Androhung weiterer Forderungen zu ängstigen. Qui trop embrasse, mal étreint. Eins nach dem Andern. Vor der Hand brauchen wir nur gepanzerte Kreuzer mehr. Wir müssen so viele Schiffe haben, daß wir jeder Zeit, ohne in Verlegenheit zu gerathen, welche davon irgendwohin schicken können, wo sie gerade gebraucht werden. Daß eine Vermehrung der großen Schlachtschiffe fürs Erste nöthig sein wird, glauben wir nicht.

Der Fall Boetticher-Berg.[1])

(H. N. 27. Januar 1896 No. 22 A.-A.)

In einer Besprechung der Haltung des Kreuz-Zeitungs-Comités in Sachen Hammerstein untersuchte kürzlich die „Voss. Ztg." den strafrechtlichen Begriff der „Begünstigung" und kam dabei auf den Fall Boetticher-Berg in einer Weise zu sprechen, welche einige nachträgliche Bemerkungen unsererseits erfordert. Das Vossische Blatt sagt unter Anderm, der Thatbestand der Begünstigung sei in diesem Falle vollkommen ausgeschieden, „denn Alles, was geschah, geschah mit Vorwissen des Fürsten Bismarck." Wir stellen dem gegenüber nochmals fest, daß Fürst Bismarck von der ganzen Sache erst in einem späteren Stadium Kenntniß erhalten hat, als die „Voss. Ztg." annimmt. Am frühesten ist natürlich der Präsident der Reichsbank unterrichtet gewesen. Der hat aber damals nicht, wie es vielleicht amtlich indicirt gewesen wäre, dem obersten Bankchef, dem Reichskanzler, Anzeige gemacht, sondern sich zunächst mit dessen Stellvertreter, mit Herrn v. Boetticher, ausgesprochen, um diesem Zeit zur Sanirung der Lage zu lassen. Diese Sanirung war durch Herrn v. Boetticher und andere Verwandte des Stralsunder Bankdirectors, sowie durch einige Berliner Bankhäuser provisorisch erfolgt, bevor der Reichskanzler über den ganzen Vorgang amtlich unterrichtet wurde. Und auch dann ist demselben zunächst die Thatsache nicht bekannt geworden, daß dabei Dinge in Frage kamen, die eine Anzeigepflicht involviren konnten. Wenn eine solche bestand und verletzt worden ist, so ist dies also nicht, wie die „Voss. Ztg." meint, mit Vorwissen des Reichskanzlers geschehen, dessen ganze Befassung mit der Sache sich darauf beschränkte, zu verhüten, daß ein Minister, zu dessen Obliegenheiten u. A. auch die Vertretung des Reichskanzlers in Banksachen gehörte, in einem drückenden Schuldverhältnisse zu einigen Berliner Bankhäusern stand, wenn er dem Dienste erhalten bleiben sollte.

[1]) S. o. S. 532 ff.

Die bulgarische Taufe.

(H. N. 8. Februar 1896 No. 33 M.-A.)

Prinz Ferdinand von Coburg hat nach seinen eigenen Aeußerungen in dem Manifeste an das bulgarische Volk die Zustimmung des Papstes zum Uebertritt seines Sohnes in die nationale orthodoxe Kirche nicht erlangen können, und die Sprache der offiziösen Organe des Vaticans gegen ihn läßt an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Es hat also in diesem Falle keine Berücksichtigung der politischen Opportunität durch die römische Curie stattgefunden.

Wir müssen es dahin gestellt sein lassen, ob die Versagung der päpstlichen Zustimmung nur principieller Natur war oder von politischen und persönlichen Erwägungen mit bedungen worden ist, jedenfalls erscheint sie anfechtbar. Man kann doch dem Prinzen von Coburg unmöglich zumuthen, daß er die bulgarischen Interessen seinen persönlichen confessionellen unterordnen soll, wenn er in Bulgarien auf die Dauer regieren will. Selbst seine Familienbeziehungen und die Möglichkeit, daß sie nothleidend werden könnten, dürfen für ihn, wenn er wirklich Fürst von Bulgarien sein und bleiben will, nicht davon abhängig gemacht werden, wie die confessionellen Unterschiede zwischen der römischen und der griechischen Kirche sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt haben. Wir glauben auch nicht, daß der heilige Petrus an der Himmelsthür den Prinzen Ferdinand über diese Unterschiede katechisiren wird, und wir sind auch zweifelhaft, ob Prinz Ferdinand die feineren Differenzen, welche die beiden Kirchen trennen, einem katechisirenden Examinator gegenüber genau würde angeben können. Wir rechnen beide Confessionen ebenso wie unsere eigene zu den christlichen und glauben, daß die dogmatischen Streitigkeiten, welche sie von einander scheiden, in der letzten Entscheidung doch für das Geschick des sterbenden Christen nicht maßgebend sein werden.

Wir hatten angenommen, daß Prinz Ferdinand, wenn er Fürst von Bulgarien bleiben und seine Dynastie dort fortpflanzen will, nach seinem Mißerfolge in Rom nunmehr selbst zur griechischen Kirche übertreten würde, und wir können ihm nur empfehlen, schriftkundige confessionelle Rathgeber über seine Aussichten in dem einen oder dem anderen Falle noch heute anzuhören und zu diesem Zwecke das kirchengeschichtliche Studium der Trennung beider Confessionen und ihrer Gemeinsamkeit vor dieser Trennung nicht zu scheuen.

Es sind in anderen Ländern, die weniger zu den „wilden“ gerechnet werden können als Bulgarien, zu allen Zeiten Confessionswechsel wegen Erbfolge und Landerwerb vorgekommen, ohne daß

Dynastie und Land deshalb Schaden gelitten hätten, und wir betrachten es als eine priesterliche Anmaßung, darüber bestimmen zu wollen, welche der vorhandenen christlichen Confessionen die allein seligmachende ist.

Bismarck als „Knecht Ruprecht.“

(H. N. 8. Februar 1896 No. 33 M.-A.)

In einer Sitzung der bayerischen Kammer hat jüngst der Abg. Lutz unter Anderem mitgetheilt, ein Mitglied der Centrumspartei habe ihm seinerzeit, als die Zustimmung dieser Fraction zu den Handelsverträgen in Frage stand, erklärt: wenn man die Verträge nicht annehme, „dann komme Bismarck wieder“. Das sei damals der Hauptgrund der clerikalen Zustimmung gewesen. Mit dieser thörichten Bedrohung aller Gegner des ersten Reichskanzlers wird auch jetzt noch, man kann nicht sagen Luxus, sondern ein Geschäft getrieben; man glaubt damit noch immer auf eine Menge von Leuten Eindruck machen zu können, die sich vor dem Fürsten Bismarck ängstigten und vor Caprivi nicht ängstigten, also auf die ganze Phalanx, von der Linken des Centrums bis zur äußersten Linken der Socialdemokratie gerechnet. Wir können dem gegenüber nur unsere Ueberzeugung diesen ängstlichen Reichsfeinden gegenüber aussprechen, daß „Bismarck“ unter keinen Umständen „wieder kommt“, und daß ein Wiedereintritt des ersten Kanzlers in seine frühere Stellung sowohl durch dessen persönliche Stimmung und Leistungsfähigkeit wie durch die politische Situation absolut ausgeschlossen ist. Denjenigen Politikern gegenüber, welche eine zu dauerhafte Consolidirung des bestehenden deutschen Kaiserhauses nicht wünschen, wird heutzutage der Name Bismarck, Vater oder Sohn, als eine Art Knecht Ruprecht verwerthet, mit dem allemal gedroht wird, wenn ein Symptom von Unzufriedenheit mit dem einen oder dem andern der heutigen Minister sich fühlbar macht. Selbst wenn Fürst Bismarck sich noch rüstig genug fühlte, um sein früheres Amt wieder zu übernehmen, so würde er doch den Muth dazu nicht haben gegenüber der Befriedigung, mit der sein Ausscheiden vor sechs Jahren von allen Parteien, mit denen er Politik getrieben hatte, aufgenommen wurde. Wir sagen „Befriedigung“, weil wir glauben, daß das Wort Gleichgültigkeit nicht ganz richtig gewählt sein würde. Jede Fraction im Parlamente hoffte damals, daß nach Beseitigung des „jahrelangen Druckes“ die Berufung an sie ergehen werde. Uebrigens glauben wir auch nicht, daß es irgendeinem noch so energischen Nachfolger des Fürsten Hohenlohe gegeben sein würde, sich im Parlamente durch den Fractionssumpf hindurch den Weg zu bahnen.

Die Verstimmung Bismarcks gegen Herrn v. Boetticher.

(H. N. 8. Februar 1896 No. 33 M.-A.)

Die „Germania" behauptet, „daß die Angriffe auf Herrn v. Boetticher von Friedrichsruh nur deshalb erfolgten, weil derselbe nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck seine ungewöhnlich große Kraft und Arbeit dem Kaiser und dem Reiche weiter zur Verfügung gestellt habe, statt sich der Bismarckschen Fronde anzuschließen." Wir glauben, daß wenn in Friedrichsruh Verstimmung gegen Herrn v. Boetticher existirt, dieselbe ihren Ursprung nur in dem Verhalten dieses Ministers vor dem Rücktritte des Fürsten Bismarck haben kann.

Ein neuer Flottenplan.

(H. N. 8. Februar 1896 No. 33 A.-A.)

Daß ein neuer Flottenplan thatsächlich besteht, hat die gestrige Erklärung des Freiherrn v. Marschall in der Budgetcommission bestätigt, und es ist anzunehmen, daß eine neue Denkschrift über die Erweiterung der Marine in Ausarbeitung begriffen ist, die voraussichtlich dem Reichstage in der nächsten Session zugehen wird. Ob dabei nur eine Vermehrung der Kreuzerflotte, nicht aber der Panzerflotte in Betracht kommt, ist aus der ministeriellen Erklärung nicht ersichtlich. Man wird die in Aussicht gestellten Darlegungen bei Berathung des Marineetats abwarten müssen, um die ausführlichen Gründe, die für die Regierung bestimmend sind, kennen zu lernen. Die weitere Erklärung, daß eine Flottenvermehrung nicht auf einer Aenderung unserer überseeischen oder überhaupt auswärtigen Politik beruhe, sondern Bedürfniß geworden sei zur Sicherung der deutschen Colonien, zum Schutze der Deutschen im Auslande, zum Schutze unserer überseeischen Interessen, vornehmlich des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt, diese Erklärung wird als eine Beschwichtigung der Besorgnisse anzusehen sein, die sich in Folge der Mißdeutung der bekannten Worte beim Festmahle am 18. Januar weiterer Kreise der Bevölkerung im Sinne der Inaugurirung einer „uferlosen Weltpolitik" bemächtigt hatten.

Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung und Landwirthschaft.

(H. N. 9. Februar 1896 No. 34 M.-A.)

In offiziösen Artikeln werden die Bemühungen fortgesetzt, die Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung in Preußen als eine gerechte Maßregel hinzustellen, die Niemanden bedrücke. Wir wollen in

eine neue Controverse darüber nicht eintreten, sondern nur nachweisen, daß die Forderung der Rückzahlung mit der wiederholt proclamirten Bereitwilligkeit der Regierung, der Landwirthschaft mit kleinen Mitteln zu helfen, in Widerspruch steht.

Die Nothlage der Landwirthschaft ist nachgerade doch von allen Seiten vollständig anerkannt. Im Großen kann man ihr nach Existenz der Handelsverträge Hülfe nicht gewähren. Die Regierung hat aber immer die Neigung, wenn nicht gehabt, so doch geäußert, ihr durch kleine Mittel zu helfen. Daß die Rückforderung der Grundsteuerentschädigung eine neue Bedrückung der Landwirthschaft ist, wird aber nicht bestritten werden können. Sie betrifft natürlich nur einen Theil der Landwirthe, diesen jedoch um so empfindlicher; jedenfalls aber betrifft sie nur die Landwirthschaft, da Grundsteuer von anderen Leuten wie von Landwirthen niemals bezahlt worden ist. Und unter den Landwirthen trifft die Rückzahlungsverpflichtung wiederum zum großen Theile solche, die Mühe haben werden, das Capital der Rückzahlung jetzt nach 30 Jahren wieder aufzubringen. Wenn die Vorbesitzer eines Landwirthes vor 30 Jahren eine Zahlung erhalten haben, die längst verbraucht und eingewirthschaftet ist und an die Niemand mehr gedacht hat, so ist es doch unmöglich als ein Zeichen des Wohlwollens der Regierung für die Landwirthschaft und ihrer Neigung, derselben mit kleinen Mitteln zu helfen, anzusehen, wenn den jetzigen Inhabern der betreffenden landwirthschaftlichen Betriebe nun plötzlich zugemuthet wird, die damals empfangenen längst verbrauchten und verwendeten Capitalien in einer Zeit der Nothlage der Landwirthschaft wieder herbeizuschaffen. Wir wissen nicht, welchen Procentsatz der Landwirthe die Rückforderung trifft, aber sie trifft sie jedenfalls in der Nothlage, die für sie durch die Handelsverträge und die Conjuncturen herbeigeführt ist. Sie stellt sich als Rückforderung verjährter Schuld dar. Außerdem ist die Grundsteuer doch nicht abgeschafft, sondern sie besteht in Bezug auf die Communallasten, die den Staatslasten täglich mehr über den Kopf wachsen, in ihrer vollen Ungerechtigkeit fort; wir sagen in voller Ungerechtigkeit, weil sie auf die Verschuldung des Grundbesitzes keine Rücksicht nimmt.

Nachdem die Vota der Landesvertretungen für den Verzicht auf diese neue Belastung eines Theiles der Landwirthe vorliegen, kann man es, wir wiederholen es, doch nicht als einen Ausdruck des Wohlwollens der Regierung für die Landwirthschaft ansehen, wenn sie auf dieser Forderung beharrt. Es wird das vielmehr als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Regierung nicht in voller Ueberzeugung spricht, wenn sie sagt, sie sei für die Landwirthschaft zu thun bereit, was die bestehenden Verträge ihr erlaubten.

Katholische Klagen über Disparität.

(H. N. 9. Februar 1896 No. 34 M.-A.)

Die clerikale Presse erhebt unablässig die Beschuldigung gegen den Staat, daß ein künstliches Uebergewicht des Protestantismus namentlich in der Besetzung der Staatsämter stattfinde, und daß also auch auf diesem Gebiete „Mangel an Parität“ zum Ausdruck gelange. Wir glauben, daß die Initiative zur Abstellung dieser Disparität, wenn sie vorhanden ist, nur von katholischer Seite ergriffen werden kann, indem unter den Katholiken die Leute häufiger sind, welche Abneigung haben, das gegenwärtige evangelische Kaiserthum durch die Mitarbeit zu kräftigen. Die Zahl der katholischen Candidaten für den höheren Staatsdienst ist dementsprechend verhältnißmäßig sehr beschränkt. Diejenigen katholischen Elemente, die in Betracht kommen, sind zum großen Theil wohlhabend und zu eingelebt in ihre häuslichen Verhältnisse, um ein Bedürfniß nach Versorgung ihrer Kinder in dieser Richtung zu haben, zum andern Theile stehen sie zu sehr unter mütterlichen und beichtväterlichen Einflüssen, um sich in die Gefahr zu begeben, unter Umständen zwischen der päpstlichen und der kaiserlichen Herrschaft optiren zu müssen. Es würde ungerecht sein, diejenigen Katholiken, bei denen solche Erwägungen stattfinden, als Reichsfeinde zu bezeichnen, aber sie haben doch das Gefühl, daß es ihnen unter Umständen unbequem sein würde, an einer Regierung mitzuarbeiten, welche nicht in allen ihren Leistungen die päpstliche Billigung hat. Wir glauben sonach nicht, daß die Ursache einer „unparitätischen Behandlung der Katholiken“ in Regierungskreisen zu suchen ist, sondern in dem Mangel an Bewerbungen von katholischer Seite. Von Intoleranz ist in der preußischen wie in der deutschen Regierung seit langer Zeit keine Rede gewesen, obwohl wir es auch nicht bedauern würden, wenn ein gewisser Ausspruch des Code Napoléon dahin übertragen würde: la recherche de la confession est interdite.

Amerikanische Selbstüberschätzung.

(H. N. 9. Februar 1896 No. 34 M.-A.)

In einzelnen Blättern dauert die durch die südamerikanischen Vorgänge angeregte Discussion über die sogenannte Monroedoctrin fort. Wir sind der Ansicht, daß diese Doctrin, wie sie von Seiten der amerikanischen Republik jetzt aufgestellt wird, eine unglaubliche Unverschämtheit der übrigen Welt gegenüber ist und eine lediglich auf große Macht begründete Gewaltthat allen amerikanischen und denjenigen europäischen Staaten gegenüber, die Interessen in Amerika

haben. Man denke sich doch ein europäisches Analogon dieser amerikanischen Ueberhebung, daß also ein Staat, etwa Frankreich oder Rußland, seinerseits den Anspruch erheben wollte, in Europa seien keine Verschiebungen der Grenzen ohne seine Zustimmung erlaubt, oder daß in Asien irgend eine vorwiegende Macht, Rußland oder England, die Prätension aufstellte, daß dort keine Verschiebung der politischen Verhältnisse ohne seine Zustimmung stattfinden dürfe! Wir haben den Eindruck, daß die großen Reichthümer, welche der amerikanische Boden seinen Bewohnern liefert, einen Theil der amerikanischen Gesetzgeber zu einer Ueberschätzung der eigenen Berechtigung und zu einer Unterschätzung der Unabhängigkeit anderer amerikanischer und europäischer Mächte veranlaßt.

Zu Gunsten des Berliner botanischen Gartens.

(H. N. 9. Februar 1896 No. 34 M.-A.)

In Berlin droht dem dortigen botanischen Garten das Schicksal, von der Bauspeculation verschlungen zu werden. Wir haben das Bedürfniß, eine Lanze für seine Erhaltung zu brechen. Das Terrain, auf dem Berlin steht, ist doch eine Sandwüste mit geringen Ruhepunkten für das Auge und ohne allen landschaftlichen Reiz, wenn man von dem Thiergarten und dem Friedrichshain absieht. Unter diesen Umständen wäre es ein um so ärgerer Vandalismus, den langjährig herangewachsenen botanischen Garten inmitten des künftigen Berlins seines Baumschlags zu entkleiden, umsomehr, als derselbe ein besonders ausgewählter ist. Wir würden es für eine Verletzung des guten Geschmacks, der Gesundheitspflege und der Berliner Landschaft halten, wenn man dieses zufällig vorhandene Besitzthum und das Herantreten der Natur an die Wüste von Bau- und Pflastersteinen, die Berlin bildet,[1]) zerstören wollte.

Ein französisches Revanche-Gedicht.

(H. N. 11. Februar 1896 No. 35 A.-A.)

Das nachstehende französische Gedicht ist vom Verfasser dem Fürsten Bismarck gewidmet und diesem unter dem Poststempel Besançon zugegangen:

---

[1]) Vgl. Reden X 496/497.

LE RÉVEIL.

Dédié par l'Auteur au
Prince de Bismarck.

Chant patriotique
des Alsaciens-Lorrains.

Le passé resplendit de gloire,
Vous le présent, vous l'avenir,
De ces hauts faits ayez mémoire.
Car ce sublime souvenir
Fera luire la délivrance
Des soeurs dont l'âme chantera:
Strasbourg et Metz sont
toujours France,
Où le Prussien ne régnera.

Haine à ces bandits mercenaires,
Peuple rapace au coeur étroit,
Honte à ce chef de francs sicaires,
Dont la force prime de droit,
Son vae victis plein d'arrogance,
Sur lui bientôt rejaillira.
Haine aux pillards! Jamais, en France,
Jamais Prussien ne régnera.

Honte à ce sinistre vampire,
Honte à ce prince sans pudeur,
Honte à cet homme qui n'aspire
Qu'à venir nous frapper au coeur!
Sachons attendre la vengeance
Et quand son heure sonnera,
Jetons ce cri: Gloire à la France!
Où le Prussien ne régnera.

Mais il faut que la poudre parle,
La délivrance est à ce prix,
Et quand battra la générale,
Enfants, marchons aux ennemis;
Pleins de courage et d'espérance,
Chacun de nous répétera:
Guerre aux Pillards! Jamais,
en France,
Jamais Prussien ne régnera.

N. Coillot.

Zur Behandlung der Socialdemokratie.

(H. N. 20. Februar 1896 No. 43 M.-A.)

Wir haben das Bedürfniß, dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Stumm unsere Anerkennung für die Tapferkeit auszusprechen, mit der er in der vorgestrigen Reichstagssitzung der Socialdemokratie entgegengetreten ist, und für den politischen Blick, der sich darin ausdrückt. Seine Rede ist im Sitzungsberichte unserer gestrigen Morgen-Ausgabe in genügender Ausführlichkeit wiedergegeben worden, so daß wir uns hier auf dies Referat beziehen können, um die Berufung auf Artikel unseres Blattes, welche die Rede enthält, zu erläutern.

Es hat nicht in unserer Absicht gelegen, einen Putsch der Socialdemokratie zu provociren und dann bis an die Knöchel im Blute zu waten. Wir rathen überhaupt nicht zur Aggression gegen die socialrevolutionaire Bewegung, sondern nur zur Defensive gegenüber einem zweifellos vorhandenen Angriffe. Unsere Auffassung der Beziehungen des Staates zu den Socialdemokraten gründet sich lediglich auf die Nothwendigkeit der Abwehr, ganz ähnlich wie dies bezüglich der preußischen Unterthanen der Fall ist, welche polnische oder dänische Secession erstreben. Wir erblicken in ihnen, einerlei, ob ihnen der Ausdruck gefällt oder nicht, Reichsfeinde, die ihren politischen Beruf in der Bekämpfung unserer staatlichen Einrichtungen, wie sie einmal sind, suchen und finden. Wir wollen nicht einmal das socialdemokratische Geschwür aufschneiden; wir wollen es höchstens unterbinden, unblutig, und glauben auch nicht, daß Putsche daraus entstehen würden, wenn der Staat, wie wir das vorgeschlagen haben, auf die Mitwirkung seiner socialdemokratischen Angehörigen in der Gesetzgebung und in der Verwaltung verzichtete.[1]) Die Socialdemokratie kommt durch diese Mitwirkung in eine unnatürliche Lage; sie wird durch unsere Gesetzgebung zur activen Mitarbeit an der Staatsmaschine genöthigt, die sie ihrerseits für fehlerhaft construirt hält und abschaffen will. Wenn diese Auffassung nicht von allen staatserhaltenden Politikern getheilt wird, so liegt das zum Theil wohl daran, daß es vielen von ihnen auch ihrerseits mit der „Staatserhaltung“ nicht so ernst ist, wie sie sich den Anschein geben, und daran, daß einzelne Fractionen für ihre Sonderinteressen in der socialdemokratischen Wählerschaft Hülfstruppen finden, auf die sie nicht verzichten mögen. Auf uns macht die Existenz der socialdemokratischen Partei im Reichstage immer den Eindruck des trojanischen Pferdes, das hineingeschafft ist, um die Stadt zu verderben. Man wird uns deswegen mit Laokoon vergleichen, aber Laokoon hatte Recht. Es ist doch kein Zweifel, daß die Socialdemokratie den Umsturz alles Bestehenden erstrebt; auf welchem Wege ist gleichgültig.

[1]) S. o. S. 531. 555 f.

Wäre der Socialismus der gebildeten Stände und das Bedürfniß nach eventueller Wahlhülfe durch die Socialdemokratie nicht im Spiele, so glauben wir, die Mehrheit unserer Mitbürger wäre längst zur Ueberzeugung gebracht worden, daß bei dem politischen Baue, den das Parlament ausführt, die Mitarbeit solcher Elemente, welche die demnächstige Zerstörung eben dieses Baues zum offenbaren Programm haben, unzweckmäßig ist.

Es liegt uns fern, die Sanirung des ungesunden Systems, unter dem wir arbeiten, auf gewaltthätigem und blutigem Wege zu erstreben; wir halten sie für erreichbar auf dem Wege der Verwaltung und der Gesetzgebung, wenn die erstere nur damit beginnen wollte, nach Maßgabe der Genauigkeit, die das vorhandene Material bietet, durch amtliche Listen in jeder Gemeinde festzustellen, welche Mitglieder derselben Socialdemokraten sind oder doch wenigstens sich als solche offen und zweifellos bekennen. Im Besitz solcher Listen wird man, je vollständiger sie sind desto genauer, übersehen können, mit welchem Bruchtheile der Bevölkerung der Staat dabei überhaupt zu rechnen hat. Es würde auch keine Gesetzverletzung, sondern nur eine Vorbereitung der Behörden zum Anschluß an die kaiserlichen Aufforderungen zum Kampfe gegen den Umsturz darin liegen, wenn die Verwaltungsbehörden, die ja sonst vor keiner statistischen Aufgabe, auch vor der anscheinend zwecklosesten, zurückschrecken, sagen wir also, wenn das Statistische Amt sich die Aufgabe stellte, die Zählung der Socialdemokraten herbeizuführen, soweit erkennbares Material dazu vorhanden ist. Ein anderer Zwang als er bei der Volkszählung und bei anderen Ermittelungen geübt wird, ist dabei nicht erforderlich, und ebenso gut wie der Staat seine Angehörigen nach ihrem religiösen Bekenntnisse zu fragen berechtigt ist, glauben wir, steht ihm auch das Recht zu, zu wissen, wie schwer jede der politischen Ueberzeugungen im Lande zu veranschlagen ist, da diese auf die Entwickelung des Staates doch noch von unmittelbarerem Einflusse sind als die confessionellen. Mit der politischen Ueberzeugung eines jeden seiner Bürger hat der Staat zu rechnen, die religiöse sollte er billiger Weise dem Gewissen der Einzelnen und der Kirche der verschiedenen Confessionen insoweit anheim geben, daß dieselbe nicht mehr die schwerwiegende und störende Rolle in unserem politischen Leben spielt wie bisher.

Einzellandtag und Reichspolitik.

(H. N. 21. Februar 1896 No. 44 M.-A.)

Wir haben in unserem vorgestrigen Morgenblatte die Vorgänge in der badischen Kammer besprochen, nicht um eine Controle der Bundesrathsabstimmung der Einzelstaaten durch die betreffenden

Landtage zu empfehlen, sondern nationale Theilnahme der letzteren an der Reichspolitik. Es ist unsere Ansicht, daß sich die Einzellandtage mehr als bisher um die Reichspolitik kümmern sollen und nicht alles als noli me tangere betrachten dürfen, was über das rein finanzielle Verhältniß der Einzelstaaten zum Reiche hinausgeht. Das deutsche Nationalgefühl erfährt zweifellos eine erhebliche praktische Verstärkung, wenn es in jedem Einzellandtag zum Ausdruck gelangt, wenn jeder Einzellandtag den Beweis liefert, daß er sich nicht blos auf dem Gebiete des Budgets mit der Reichspolitik beschäftigt. Aber auch selbst die finanzielle Frage rechtfertigt schon in jedem Landtage seine Betheiligung an der Feststellung des staatlichen Votums im Bundesrathe; denn die Frage der Matricularumlagen und der Herauszahlungen seitens des Reiches wirkt sehr erheblich auf die Finanzen des eigenen Landes zurück. Ganz abgesehen davon jedoch sollte in jedem einzelnen Landtage der nationale Gedanke so weit lebendig sein, daß ersterer sich für die Art und Weise, wie der Antheil des Landes an der Reichspolitik ausgeübt wird, lebhaft interessirt. Die ganze Stellung des Bundesrathes im Reiche würde an Wichtigkeit gewinnen, wenn die Minister der Einzelstaaten, von denen die Bevollmächtigten zum Bundesrathe die Instruction erhalten, letztere auch persönlich vor der eigenen Kammer zu vertreten hätten, und wenn das öffentliche Interesse dafür durch öffentliche Discussion in den einzelnen Staaten stärker als bisher wachgerufen würde. Der Verkehr der Einzelstaaten mit dem Bundesrathe wird unserer Ansicht nach zu vorwiegend vom diplomatischen Standpunkte aus behandelt, also als eine auswärtige Angelegenheit für den einzelnen Bundesstaat. Wir halten diese Auffassung für unzutreffend. Es ist eine innere und nationale Angelegenheit, die dabei vorliegt, und wir können nur wiederholt unserer Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß der badische Landtag in dieser Richtung hin vorgegangen ist.

Dem preußischen Herrenhause ist durch unzweckmäßige Behandlung und unzulängliche Betheiligung die Bedeutung, die es nach der preußischen Verfassung ursprünglich haben sollte und die die frühere erste preußische Kammer ihrerzeit unbestritten gehabt hat, zum großen Theile verloren gegangen, und es wäre ein großer Schaden für unsere Reichsinstitutionen, wenn schließlich das Gewicht des Bundesrathes im Reiche auch auf dem parlamentarischen Gebiete sich in analoger Weise abminderte wie das des Herrenhauses in Preußen. Wir sagen ausdrücklich „auf parlamentarischem Gebiete“, denn daß hinter dem Bundesrathe die gesammten deutschen Regierungen, einschließlich der preußischen, mit ihrer militairischen Macht stehen, ist eine Thatsache, die schon außerhalb des parlamentarischen Gebietes liegt. Bei der Handhabung und Entwickelung der inneren Ver-

fassung bleibt der Appell an die Gewalt die ultima ratio, mit deren Anwendung die Bedeutung der Volksvertretung und das Gleichgewicht der parlamentarischen Institutionen aufhört.

Das Imponderabile in der Bedeutung des Bundesrathes sollte nach der Absicht der Verfassung parlamentarisch stärker in Wirkung treten als bisher unseren Eindrücken nach der Fall ist. Ein unentbehrliches Requisit hierfür aber ist eine starke Theilnahme der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes an den Verhandlungen des Bundesrathes, und die kann zunächst und ohne Verfassungsveränderung nur durch eine stärkere Beschäftigung der deutschen Landtage mit der Reichspolitik angestrebt werden; denn zur Herstellung der Oeffentlichkeit der Bundesraths-Verhandlungen würde eine Verfassungsänderung nothwendig sein, von der wir nicht wissen, ob sie erreichbar ist.

Der Trinkspruch des Fürsten Hohenlohe.

(H. N. 23. Februar 1896 No. 46 M.-A.)

Bei dem neulichen Festmahle zu Ehren des 25jährigen Bestehens des Bundesrathes hat der Reichskanzler Fürst Hohenlohe einen Trinkspruch auf den deutschen Kaiser, die deutschen Fürsten und freien Städte ausgebracht und darin des Fürsten Bismarck in einer Weise gedacht, daß wir erwartet hatten, die nationale deutsche Presse werde ihm hierfür Anerkennung und Dank zollen. Bisher aber hat dies, soviel wir sehen, nur der „Hannov. Cour." gethan. Das Blatt schreibt:

„Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat bei der gestrigen Jubiläumsfesttafel des Bundesrathes seines großen Vorgängers in warmen Worten gedacht und damit gewiß den Gefühlen aller Festtheilnehmer wie der übergroßen Mehrheit der Nation Ausdruck verliehen. An sich ist ja der Hinweis auf den Fürsten Bismarck bei einer solchen Reichsfeier selbstverständlich; es wäre lächerlich und beschämend, wollte man aus irgend einer Rücksichtnahme darauf verzichten. Aber, wie bekannt, waren zeitweise Irrungen und Verstimmungen vorhanden, deren Erinnerung noch nicht ganz verschwunden ist und die es immer noch mit besonderer Genugthuung empfinden lassen, wenn von so hoher Stelle aus der Pflicht der nationalen Dankbarkeit gegen den ersten Kanzler genügt wird."

Wir theilen die Auffassung des „Hannov. Cour." und wissen die Ritterlichkeit im vollen Umfange zu würdigen, mit der Fürst Hohenlohe des ersten Reichskanzlers gedacht hat. Seine Worte werden das Mißfallen nur derer erregen können, welche seine Feinde und Feinde des Deutschen Reiches sind.

Die preußische Regierung und die polnischen Anmaßungen.

(H. N. 29. Februar 1896 No. 51 A.-A.)

Im preußischen Abgeordnetenhause ist während der letzten Sitzungen vom Ministertische aus gegen die polnischen Anmaßungen eine Sprache geführt worden, wie wir sie lange nicht gehört haben. Nach den Berichten, die über das Verhalten der Regierungs- und Militairbehörden in den betreffenden preußischen Gebietstheilen den Polen gegenüber vorliegen, ist es doppelt erfreulich, daß die Auffassung dieser Behörden in dem Centrum der Regierung nicht getheilt wird.

In Sachen Peters'.

(H. N. 16. März 1896 No. 64 A.-A.)

Wenn irgend etwas dafür spricht, daß in dem Falle Peters der Satz audiatur et altera pars gelten muß, so ist es der Umstand, daß Anklage, Verurtheilung und Hinrichtung von Centrum, Freisinn und den Socialdemokraten besorgt worden ist.

Die Handelsverträge keine Consequenz der Bismarckschen Wirthschaftspolitik.

(H. N. 16. April 1896 No. 89 A.-A.)

Der Minister Freiherr v. Berlepsch hat nach den Zeitungen in einer Rede, die er bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen gehalten hat, gesagt, die Handelsverträge von 1891/92 seien nur eine Consequenz der Bismarckschen Wirthschaftspolitik.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß Fürst Bismarck diese Auffassung für irrig hält.

Bismarck und Mazzini.

(H. N. 26. Mai 1896 No. 121 A.-A.)

In einer uns zugehenden Schrift von Domenico Margiotta über Freimaurerei wird gesagt, der „erste geheime Agent" Mazzini's, Lemmi, habe seiner Zeit mit dem Grafen Bismarck verhandelt, was zu einem Schreiben des Letzteren geführt hätte, „um die Italiener von der Sympathie für Frankreich abzuziehen und für eine deutsche Allianz zu gewinnen." Dieses Actenstück wird in „wörtlicher Ueber-

setzung" mitgetheilt. „Ob es authentisch oder pure Erfindung ist, könnten uns die „Hamburger Nachrichten" sagen", bemerkt dazu eine Gegenschrift von J. G. Findel in Leipzig. Das können wir allerdings: Die Geschichte von den Verhandlungen und Correspondenzen zwischen dem Grafen Bismarck und Mazzini ist vollkommen erfunden und erlogen; Bündnisse werden niemals durch Conspiratoren und Verschwörungen, sondern immer nur durch staatliche Interessen herbeigeführt.

Ultramontane Unehrlichkeit.

(H. N. 29. Mai 1896 No. 124 A.-A.)

Die „Nationalliberale Correspondenz" macht auf folgendes Beispiel ultramontaner Unehrlichkeit gegenüber dem Fürsten Bismarck aufmerksam:

„Die „Germania" giebt einen Beweis von Redlichkeit, der der weitesten Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf. Um die gedachte Tugend des clerikalen Organs ganz würdigen zu können, muß man sich den Wortlaut einer Erklärung der „Hamb. Nachrichten" ansehen, die von angeblichen Verhandlungen Bismarck's mit Mazzini handelt. Das Hamburger Blatt hatte geschrieben:

„In einer uns zugehenden Schrift von Domenico Margiotta über Freimaurerei wird gesagt, der „erste geheime Agent" Mazzini's, Lemmi, habe seiner Zeit mit dem Grafen Bismarck verhandelt, was zu einem Schreiben des Letzteren geführt hätte, „um die Italiener von der Sympathie für Frankreich abzuziehen und für eine deutsche Allianz zu gewinnen." Dieses Actenstück wird in „wörtlicher Uebersetzung" mitgetheilt. „Ob es authentisch oder pure Erfindung ist, können uns die „Hamburger Nachrichten" sagen," bemerkt dazu eine Gegenschrift von J. G. Findel in Leipzig. Das können wir allerdings: Die Geschichte von den Verhandlungen und Correspondenzen zwischen dem Grafen Bismarck und Mazzini ist vollkommen erfunden und erlogen; Bündnisse werden niemals durch Conspiratoren und Verschwörungen, sondern immer nur durch staatliche Interessen herbeigeführt."

Hier ist unzweideutig gesagt, daß Graf Bismarck mit Mazzini weder verhandelt noch correspondirt hat. Dennoch fügt die „Germania" die Frage hinzu: „Wie ist es aber mit dem oben erwähnten Actenstück? Ist das auch lediglich erfunden oder erlogen?" Das Blatt macht sich also den Umstand zu Nutze, daß in der Schrift des Italieners von einem „Actenstück" die Rede ist, während die „Hamburger Nachrichten" „Verhandlungen und Correspondenzen" in das Reich der Lüge verwiesen haben. Die „Germania" glaubt also entweder an die Echtheit von Protokollen über

Verhandlungen, die nie stattgefunden haben, oder sie treibt, um für ihr durch das Manöver ihres Blattes nach der geistigen Seite hin genügend charakterisirtes Publikum etwas von den clerikalen Verleumdungen des Herrn Margiotta zu retten einen Mißbrauch mit der Sprache, der selbst diesem abgehärteten Zeitalter ungewöhnlich erscheinen wird."

Wir wollen noch ein Uebriges thun und der „Germania" ausdrücklich erklären, daß auch das „Actenstück" erfunden und erlogen ist. Die Sicherheit, daß dem so ist, steigt auch für Jemanden, der die Vorgänge nicht kennt, durch die Zweifel, welche die „Germania" daran ausspricht. Dergleichen Fälschungen in der französischen oder in der Centrumspresse zu finden, hat für Niemanden etwas Ueberraschendes.

Graf Prokesch-Osten.

(H. N. 30. Mai 1896 No. 125 M.-A.)

Das unter dem Motto: Audiatur et altera pars kürzlich veröffentlichte Buch:

> Aus den Briefen des Grafen Prokesch v. Osten, k. u. k. österr. Botschafters (1849—1855). Wien, Verlag von Carl Gerold's Sohn

ergiebt bei eingehender Lectüre viel Interessantes und ist geeignet, zur Beleuchtung der historischen Entwickelung in jener ereignißreichen Zeit zu dienen. Wir empfehlen es zur Beachtung und führen als ein Beispiel der ehrlichen und wohlwollenden Gesinnung seines Verfassers die Besprechung des 1850 spielenden Pacifico-Falles in Athen an, welche Prokesch S. 113 ff. in Briefen an seinen Chef, den Fürsten Schwarzenberg, u. A. giebt:

> „Berlin, 5. Febr. 1850.
>
> Die Infamie des edlen Lord (Palmerston) in Griechenland übertrifft alles menschlicherweise Vorauszusetzende! Der Zweck derselben ist, den König unmöglich zu machen, das Land in Anarchie zu stürzen und die aufgeblühte griechische Schifffahrt zu verderben. Wer so wie ich die Vorwände wägen kann, dem empört sich die Seele. Ein portugiesischer Jude, der nicht 800 Drachmen besaß, wird vom Pöbel insultirt, der ihm die Fenster einwirft, ehe die Polizei bei der Hand sein kann, und dafür begehrt England von der schuldlosen Regierung 800,000 Drachmen Entschädigung an ihn und 500 Pfd. Sterling Ehrengeld. Für alle die bezahlten Räuber und Aufrührer, die dem Lyons (britischen Gesandten in Athen) dienten, und deren die Gendarmerie sich bemächtigte, für diese heillosen Auswürflinge begehrt sie Entschädigung, und überfällt dabei den König wie eine Piratenschaar! — — —

9. Febr. 1850.

„... Der erste Eindruck in London war dem edlen Lord sehr ungünstig. An Baron Brunnow (russischen Gesandten in London) sprach Lord Palmerston entschuldigend: Es handle sich um Privatreclamationen; ferne sei ihm die Idee, dem Könige und dem Lande irgend nahe treten zu wollen. — Der Heuchler wußte wahrscheinlich schon das Mißglücken des Plans."

Die Haltung, welche die englische Regierung damals, vor 46 Jahren, in dem vorstehenden Falle unter ihrem auswärtigen Minister Lord Palmerston eingenommen hat, giebt zum Vergleiche Anlaß mit der analogen Behandlung des Jamesonschen Flibustierzuges in unseren Tagen.

Freisinn und Bürgerliches Gesetzbuch.

(H. N. 16. Juni 1896 No. 139 M.-A.)

Die „Freisinnige Zeitung" schreibt in Sachen der Behandlung des Bürgerlichen Gesetzbuches Folgendes:

„Zum Bürgerlichen Gesetzbuch haben die vereinigten Fractionen der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei am Mittwoch die Taktik erörtert, welche inne zu halten ist gegenüber dem Drängen, in übereilten Berathungen die Reichstagsverhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch alsbald zum Abschluß zu bringen. Man war übereinstimmend der Ansicht, daß Angesichts der wichtigen Fragen, hinsichtlich deren nach Ausweis der Commissionsverhandlungen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, eine solche übereilte Berathung, wie sie namentlich von der Centrumspartei und den Nationalliberalen beabsichtigt wird, weder der Wichtigkeit des Gegenstandes noch der Würde des Reichstags entspricht, und daß daher diese Absicht um so weniger Unterstützung verdient, als das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches im nächsten Winter auch durch eine nachfolgende gründlichere Berathung in keiner Weise gefährdet erscheint."

Wir gewinnen aus dieser Kundgebung den Eindruck, daß die Fractionen der Freisinnigen Volkspartei und der deutschen Volkspartei für die Würde und das Ansehen des Reichstages ein feineres Gefühl haben als die nationalliberale Partei.

Correspondenz Herbette-Bismarck.

(H. N. 18. Juni 1896 No. 141 A.-A.)

In den Blättern begegnen wir einer Pariser Notiz, derzufolge dem ehemaligen französischen Botschafter am Berliner Hofe, Herbette, vom Fürsten Bismarck ein Schreiben zugegangen sei, worin der

erste deutsche Reichskanzler dem Botschafter für die Unterstützung danke, die er ihm bei der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens habe zu Theil werden lassen.

Die Thatsache, daß Fürst Bismarck an Herrn Herbette geschrieben hat, ist richtig. Der Brief ist durch ein sehr freundliches Abschiedsschreiben veranlaßt worden, das der ehemalige französische Botschafter an den Fürsten gerichtet hatte, und welches der Letztere mit der gleichen Höflichkeit beantwortet hat.

Fürst Bismarck und Li-Hung-Tschang.

(H. N. 30. Juni 1896 No. 151 M.-A.)

Der Bericht nach der Berliner „Post“ und anderen Blättern über die Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Vicekönig Li-Hung-Tschang, den wir in unsrer Nummer vom letzten Sonntag Morgen wiedergegeben haben, ist wie jeder derartige Bericht unvollständig in der Wiedergabe mehrstündiger mündlicher Unterhaltungen. Das Referat ist von einer gewandten Feder verfaßt und giebt in der Hauptsache den Inhalt der Conversation richtig wieder. Daß bei ihrer zeitlichen Ausdehnung und bei der complicirten Form, in der sie geführt wurde, dem Berichterstatter Mißverständnisse untergelaufen sind, ist begreiflich. Wir wollen uns darauf beschränken festzustellen, daß die Aeußerung des Fürsten Bismarck über das Interesse seines ältesten Sohnes an der Politik in der Fassung, wie jener Bericht sie enthält, irrthümlichen Auslegungen Raum giebt.

Unter den Staatsmännern des alten Curses ist keiner, der so abgeneigt ist, jetzt Politik zu treiben wie Graf Herbert Bismarck, und in so weit er sich an der Politik des Reichstags activ betheiligt hat, hat es sich dabei fast ausschließlich um landwirthschaftliche Fragen gehandelt. Der Auslassung des Fürsten lag der Gedanke zu Grunde, daß der Mensch sein Geschick nicht frei bestimmt; der Fürst, den Neigung und Erziehung an die Landwirthschaft fesselten, fiel der Politik anheim, und Graf Herbert Bismarck, der in politischen und amtlichen Verhältnissen und in der Stadt aufgewachsen war, gehört nunmehr der Landwirthschaft an.

Clerikale Vertrauensmänner.

(H. N. 9. Juli 1896 No. 159 A.-A.)

Wir haben gestern nach einer Berliner Correspondenz des „Hann. Cour.“ erwähnt, daß von Seiten des Centrums Bemühungen

stattfänden, um für den Fall eines Kanzlerwechsels dem derzeitigen Staatssecretair des auswärtigen Amtes, Herrn v. Marschall, die Nachfolgerschaft des Fürsten Hohenlohe zu sichern. Es wurde hinzugefügt, Herr von Marschall gälte als die Seele der centrumsfreundlichen Strömung innerhalb der Regierung, und man werde gut thun, den „Reichskanzlercandidaten Marschall“ im Auge zu behalten.

Wir haben zu dieser Darstellung bemerkt, daß es nicht an Anzeichen fehle, die sie in diesem oder jenem Punkte zutreffend erscheinen ließen. Wir rechneten dahin vor allen Dingen die lebhafte Zustimmung der ultramontanen Presse zu Allem, was vom auswärtigen Amte geschehe. In früheren Zeiten sei diese Zustimmung regelmäßig zu vermissen gewesen, obwohl es damals doch auch nicht gerade an „Erfolgen“ gefehlt habe.

Die „Germania“ hat inzwischen in der Angelegenheit das Wort ergriffen und versucht, die Angaben des „Hann. Cour.“ als haltlose Phantasieproducte hinzustellen. Aber die Art und Weise, wie die „Germania“ dabei verfährt, die Tonart, die sie Herrn v. Marschall gegenüber anschlägt, enthält jedoch mehr eine Bestätigung als eine Widerlegung des Hannoverschen Blattes.

Wir finden, daß bei der herrschenden Stellung des Centrums und bei den guten Beziehungen des Freiherrn v. Marschall zu dieser Fraction die Nachfolge des jetzigen Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes als Reichskanzler ein ganz natürliches Ergebniß der gegenwärtigen politischen Lage sein würde; ebenso wie es der jetzigen politischen Constellation nur entsprechen würde, wenn Herr v. Boetticher ebensogut wie Herr v. Marschall als Nachfolger des Fürsten Hohenlohe in Frage käme. Die beiden Männer besitzen das Vertrauen des Centrums in kaum minder hohem Grade wie seiner Zeit der General Caprivi. Sie haben die dominirende Stellung der Partei im Parlament stets respectirt und niemals den ernstlichen Versuch gemacht, sie zu beseitigen. Ihr Verhalten ist immer conciliant gegen das Centrum gewesen und nachgiebig. Dafür hat es das letztere niemals an Anerkennung und an warmem Eintreten für die beiden Minister fehlen lassen, und es hat in diesem gegenseitigen Verhältniß einen Sporn mehr gefunden, sich als brauchbare und zuverlässige Regierungspartei zu erweisen. Es ist bei dieser Sachlage in der That nicht einzusehen, weshalb nicht einer dieser beiden Vertrauensmänner der im deutschen Reichstage leitenden Partei Reichskanzler werden soll, wenn Fürst Hohenlohe keine Neigung mehr hat, diesen Posten beizubehalten. An der nöthigen Geschmeidigkeit wird es beiden nicht fehlen.

Als weiteres Symptom dafür, daß eine nahe oder fernere Zukunft die Erfüllung der clerikalen Wünsche bringen könnte, verdient

auch ein Artikel der „Köln. Ztg." hervorgehoben zu werden, worin nachgewiesen wird, daß unter der jetzigen Regierung das Centrum seine früheren üblen Eigenschaften allmählich abgelegt habe, und daß unter wohlthätigem Einflusse sich in der Structur der Partei eine Wandlung vollziehe, die dem Interesse der Nation und der Volksvertretung entspreche.

Wir unserseits können uns allerdings von diesem Charakter des bei der Centrumspartei angeblich eingetretenen Umschwungs nicht überzeugen. Wir sagen das nicht, um uns mit unsern katholischen Landsleuten in irgend welchen Gegensatz zu setzen; im Gegentheil, wir wünschen mit ihnen im Frieden zu leben und auch ihnen die Existenz im Reiche behaglich zu machen. Aber die Centrumspartei und die deutschen Katholiken sind für uns zweierlei.

Die Besorgnisse, mit denen wir der Zukunft unserer Politik entgegensehen, beruhen auf der Befürchtung, daß das Centrum und dessen Bestrebungen vorwiegenden und leitenden Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen könnten, weil die geschlossene Einheit dieser Fraction, ihre Unverzagtheit und die Erinnerung an das Geschick, mit dem sie durch Windthorst geleitet wurde, nicht ohne Anziehungskraft für eine Regierung sind, die des parlamentarischen Beistandes nicht entbehren kann. Die Unterstützung der Regierungspolitik durch das Centrum ist, wenn sie ohne Schaden des Staates gewonnen werden kann, ja wünschenswerth, aber einen leitenden Einfluß dieser Partei auf die Staatspolitik, das Regieren nach der Politik des Centrums, halten wir für gefährlich. Unter Anderem schon deshalb, weil das Centrum niemals darauf verzichten kann, Elemente, die das Bedürfniß, im Deutschen Reiche als Bürger desselben zu leben, überhaupt nicht haben, z. B. die Polen mit ihren nationalpolnischen Bestrebungen, durch ihre parlamentarische Vertretung zu stärken und aufzuregen. In dieser Beziehung wird das Centrum wie in der ultramontanen stets unveränderlich bleiben, und ein Minister, der als Vertrauensmann dieser Partei die Politik des Landes leitet, wird damit zu rechnen haben. Inwieweit dazu die Nachfolger des Fürsten Hohenlohe bereit sein würden, müßte sich sehr bald zeigen.

Zur inneren Lage.

(H. N. 10. Juli 1896 No. 160 A.-A.)

Wir haben während der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches mehrfach hervorgehoben, daß die zustimmende Haltung des Centrums dem Wesen dieser Partei widerspreche und mithin entweder als Preis für spätere kirchenpolitische Concessionen der Regierung betrachtet werden müsse, oder darauf berechnet sei, die Partei in

den Schein einer nationalen Gesinnung zu bringen, was dann auf tiefer liegende Gründe schließen lasse. Jedenfalls würde es ein hohes Maß von Mangel an politischer Einsicht bekunden, wenn man annehmen wollte, daß eine Partei wie das Centrum es als seines Dienstes erachten sollte, auf die Dauer für die Erhaltung und Befestigung des protestantischen und monarchischen Kaiserthums zu wirken.

Die Elemente, aus denen sich das Centrum zusammensetzt, sind, abgesehen von ihrer kirchlichen Eigenschaft, entweder conservativ, oder demokratisch, oder particularistisch. Die ersteren sind nicht in der Ueberzahl, und für sie ist, soweit sie monarchisch sind, der Papst doch die höhere Autorität; die beiden andern sind überhaupt antimonarchisch und antinational, soweit das jetzige Reich mit der preußischen protestantischen Spitze in Betracht kommt. Und selbst in den breiten Schichten der katholischen Bevölkerung, denen die Centrumswähler angehören, sind zweifellos die Leute häufig, welche Abneigung hegen, das gegenwärtige evangelische Kaiserthum zu kräftigen. Es ist ihnen mindestens unbequem, eine Regierung dauernd und ehrlich zu unterstützen, die nicht in allen ihren Leistungen die päpstliche Billigung hat; sie wollen der Möglichkeit, eines Tages zwischen der kaiserlichen und der päpstlichen Politik optiren zu müssen, thunlichst entgehen.

Nichts ist aber für die Abneigung des katholischen Clerikalismus, wie er im Centrum seine Vertretung findet, gegen das jetzige nationale Deutsche Reich mit protestantischer Spitze charakteristischer, als die Haltung des Centrums gegenüber dem Fürsten Bismarck. Wenn die Socialdemokratie den früheren Reichskanzler bei jeder Gelegenheit mit Ausbrüchen ihres fanatischen Hasses beehrt, so kann man das begreifen. Der leidenschaftliche Jngrimm, der auch jetzt noch die socialdemokratischen Gemüther beseelt, beweist besser als alles Andere, daß Fürst Bismarck mit seiner Bekämpfung der revolutionären Propaganda auf dem richtigen Wege war und dieser schwere Niederlagen beigebracht hat. Anders liegt die Sache hinsichtlich der katholischen Politik, wie sie durch das Centrum vertreten wird. Es ist Thatsache, daß der frühere Reichskanzler im sogenannten Culturkampfe persönlich eine keineswegs extreme Stellung eingenommen, sondern sich, durch die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches zu Anfang der siebziger Jahre fast ganz in Anspruch genommen, darauf beschränkt hat, die Action des damaligen Cultusministers aus staatspolitischen Gründen und im vollsten Vertrauen auf die hohen Fähigkeiten Dr. Falks mit seinem Namen zu decken. Späterhin hat sich Fürst Bismarck erst recht nicht als „Feind“ der römischen Kirche erwiesen, im Gegentheil ist er es gewesen, der die letztere in die Lage gebracht hat, zu einem sehr annehmbaren Frieden mit dem Staate zu gelangen. Specifisch „kirchenpolitische“ Motive

im engeren Sinne werden es mithin schwerlich sein, welche die clerikalen Blätter zu ihrer fortgesetzt feindseligen Haltung gegen den Fürsten Bismarck bestimmen, noch weniger wird es die Furcht sein, daß Fürst Bismarck eines Tages wiederkommen könne; denn die ultramontanen Redacteure sind viel zu kluge Leute, als daß sie an eine solche Rückkehr ernstlich glauben sollten. Unter diesen Umständen bleibt nichts übrig, als die Erklärung der auffälligen Haltung der katholischen Presse dem Fürsten Bismarck gegenüber außerhalb desjenigen kirchenpolitischen Gebietes zu suchen, das der Schauplatz des Culturkampfes war. Will man nicht annehmen, daß es specifisch jesuitische Einflüsse sind, die auf die clerikalen Blätter zur fortdauernden Bekämpfung des früheren Kanzlers ausgeübt werden, so gelangt man nothgedrungen zu der Ansicht, daß ihr Beweggrund sich mit der Empfindung deckt, welcher das bloße Vorhandensein des Fürsten Bismarck, als einer Verkörperung des nationalen Einheitsgedankens, des deutschen Kaiserthums mit protestantischem Herrscherhaus, unbequem ist und die in jeder Stärkung des Ansehens des Fürsten Bismarck eine Gefährdung von Interessen erblickt, die in Rom an der zukünftigen Gestaltung der Dinge im Deutschen Reiche gehegt werden.

Eine Partei, die von solchem Geiste erfüllt ist und windthorstisch im politischen Sinne bleiben wird, so lange sie überhaupt existirt, kann, ohne sich selbst zu verleugnen und preiszugeben, ebensowenig wie die Socialdemokratie auf die Dauer für das Deutsche Reich, wie es jetzt besteht, eintreten. Wenn sie es scheinbar dennoch thut, so kann man sicher sein, daß es aus ähnlichen Gründen geschieht wie bei der Socialdemokratie: um irre zu leiten oder die Regierung auf Wegen zu bestärken, von der sie glaubt, daß sie in den Sumpf führen. Wir können also nicht auf die Ansicht verzichten, daß das jetzige Centrum, weit entfernt, sich seinem inneren Wesen nach zu ändern, nicht minder zu den Reichsfeinden zählt wie die Socialdemokratie.

Mit um so größerer Besorgniß müssen wir auf die Thatsache blicken, daß diese beiden Parteien — als Ergebniß der politischen Entwickelung der letzten Jahre — die führende Rolle im deutschen Parlament erlangt haben, und daß das Reichstagspräsidium, wenn es die Sachlage richtig wiedergeben sollte, clerikal-socialistisch zusammengesetzt sein müßte. Wir bedauern, daß man seinerzeit die Socialdemokratie aus der Nothwendigkeit, einen Präsidentensessel zu besetzen, entlassen hat; es hätte sehr zur Erhellung der Lage, in der sich der deutsche Reichstag befindet, beigetragen und die Socialdemokratie genöthigt, besser als bisher Farbe zu bekennen.

Aber alles Bedauern über diese Sachlage hindert nicht, anzuerkennen, daß, wie wir gestern sagten, bei der herrschenden

Stellung des Centrums und bei den guten Beziehungen des Freiherrn v. Marschall zu dieser Fraction die Nachfolge des jetzigen Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes als Reichskanzler ein ganz natürliches Ergebniß der gegenwärtigen politischen Lage wäre; ebenso wie es der jetzigen politischen Constellation nur entsprechen würde, wenn Herr v. Boetticher ebenso gut wie Herr v. Marschall als Nachfolger des Fürsten Hohenlohe in Frage käme, da die beiden Männer das Vertrauen des Centrums in kaum minder hohem Grade wie seiner Zeit der General Caprivi besitzen.

Wir würden, wenn Fürst Hohenlohe abgehen und einer dieser beiden Männer sein Nachfolger werden sollte, jedenfalls sehr viel schneller zu einer folgerichtigen Entwickelung der jetzigen Situation und damit zur Erkenntniß des Weges, auf dem wir uns befinden, gelangen, als wenn die Nachfolgerschaft einem Manne übertragen würde, dem man nicht in gleich hohem Maße Connivenz gegen die herrschenden Parteien des Reichstages zutraute.

Die Centrumsblätter gegen Fürst Bismarck.

(H. N. 18. Juli 1896 No. 167 M.-A.)

Die „Kölnische Volkszeitung", der „Westphälische Merkur" und andere Centrumsblätter fühlen sich veranlaßt, in Anknüpfung an Artikel der „Hamburger Nachrichten" den Fürsten Bismarck mit Ausbrüchen ihres Hasses zu überschütten. Dieser Haß gegen den Fürsten ist natürlich bei allen Parteien, denen das heutige Deutsche Reich unbequem ist. Wir haben uns in Friedrichsruh vertraulich erkundigt, ob es der Mühe lohne, darauf zu antworten, aber die Antwort erhalten, daß kein Bedürfniß dafür vorläge.

Zur Erklärung des Herrn v. Kardorff-Wabnitz.

(H. N. 19. Juli 1896 No. 168 M.-A.)

Die „Post" veröffentlicht folgende Erklärung des Herrn v. Kardorff-Wabnitz:

„In verschiedenen Zeitungen hat man der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der Staatssecretair des Reichsmarineamts, Admiral Hollmann, den Centrumsführer Herrn Abg. Dr. Lieber die Marinewerften in Kiel und Wilhelmshaven habe besichtigen lassen.

Als Vorsitzender der Budgetcommission darf ich darauf aufmerksam machen, daß Herr Dr. Lieber als Referent der Commission über den Marine-Etat mit dem Correferenten Herrn von Leipziger diese Reise unternommen hat, und daß die beiden Herren sich dadurch in sehr dankens-

werther Weise in den Stand setzten, der Commission aus eigener Anschauung über den Stand der Marinebauten berichten zu können.

Zu den an jene Mittheilungen geknüpften culturkämpferischen Angriffen scheint in der That der Vorgang gar keinen Anlaß zu bieten. Das Centrum hat durch seine Mitwirkung zum Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches sich nach meiner Auffassung um das Vaterland wohl verdient gemacht, und so bitter die Freunde und Anhänger der Bismarckschen Politik die Zurückweisung der Ehrung des Fürsten Bismarck durch die Centrumspartei jener Zeit empfunden haben und noch heute empfinden, so erscheint gerade der heutige Zeitpunkt am allerwenigsten geeignet, um einer Partei böse Absichten gegen den Reichsgedanken und die Reichseinheit zu unterstellen, welche soeben an einem nationalen Werke treu mitgearbeitet hat, und ohne deren thätige Beihülfe auch der weitere schwere Kampf gegen die Socialdemokratie und das Manchesterthum überhaupt nicht mit Erfolg geführt werden kann."

Wir bedauern, daß wir die günstige Auffassung des Herrn v. Kardorff über das zukünftige Verhalten der Centrumspartei gegenüber der Socialdemokratie nicht zu theilen vermögen. Könnten wir es, so würden wir uns auch der Hoffnung nicht verschließen, daß dem bestehenden Deutschen Reiche in Zukunft auch gegenüber den anderen seine Existenz bedrohenden Bestrebungen, das heißt den polnischen und welfischen Angriffen und denen der französisch gesinnten Geistlichkeit im Reichslande, der Beistand der Centrumsfraction nicht fehlen würde. Wir würden dann mit größerer Zuversicht in die Zukunft blicken wie bisher. Die gegenwärtige Unterstützung, die die Centrumspartei der Regierung gewährt hat, fassen wir lediglich im Sinne der Danai dona ferentes auf. Wir befürchten, daß für die Beihülfe des Centrums zum beschleunigten Durchdrücken des neuen Gesetzbuches nicht nationale Bestrebungen, sondern die Rechnung auf den unvermeidlichen Rückschlag der Vorgänge in der Zukunft maßgebend gewesen sein wird. Wir halten im längeren Verlaufe der Politik die Rechnung des Centrums für die geschicktere.

Zum Untergang des Iltis.

(H. N. 1. August 1896 No. 179 M.-A.)

Das betrübende Ereigniß des Unterganges des „Iltis" bietet ein Document der Einigung des deutschen Volkes, insofern in der mitgetheilten Liste der untergegangenen Mannschaften Leute aus allen Gegenden des Reichs, von Bayern bis zur Elbmündung und von Köln bis Ostpreußen vertreten sind. Man erkennt aus dieser That-

sache die Vorliebe, welche die Marine im deutschen Volke hat und, wie gesagt, ein Zeichen der deutschen Einheit, da Mitglieder aller deutschen Volksstämme auf dem Kriegsschiffe zusammen gedient haben und miteinander untergegangen sind.

Großpolnische Aufschneidereien.

(H. N. 31. August 1896 No. 204 A.-A.)

In der Abendausgabe der „Hamburger Nachrichten" vom 27. August machten wir an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die in Lemberg erscheinende „Correspondance polonaise" mit Einrechnung von ganz Lithauen, Wolhynien, Podolien und sogar der Ukraine, ferner mit Hinzuzählung großer Theile Ostpreußens, des Regierungsbezirks Oppeln und des Oesterreichischen Herzogthums Teschen eine „Polnische" Totalbevölkerung von 40 350 000 Seelen zu Stande brächte. Die „Berliner Börsenzeitung", die unsere Ausführungen nachdruckt, bemerkt dazu:

Leider haben diese Albernheiten einen sehr ernsten Hintergrund. Die naive, unwissende Masse wird durch das freche Lügengewebe wirklich getäuscht und damit immer wieder in eine unheilvolle Erregung versetzt.

Wie lange Zeit aber schon von polnischer Seite mit diesem Lügensysteme gearbeitet wird, geht u. A. aus der Reichstagsrede hervor, in welcher der damalige Bundeskanzler Graf Bismarck schon 1867 den nämlichen großpolnischen Aufschneidereien entgegentrat. Und damals waren die Herren Polen noch bescheidener als heute, sie hatten angeblich 16 Millionen ihrer Stammesgenossen gezählt, während ihre arithmetischen Berechnungen es heutzutage, wie gemeldet, bereits auf 40 Millionen gebracht haben. Graf Bismarck brachte diese unversöhnlichen und gehässigen Feinde des Deutschen Reiches damals (am 18. März 1867 im constituirenden Reichstage) mit der folgenden interessanten statistischen Aufstellung zum Schweigen:

„... Den Gedanken der Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 — ich will nicht weiter zurückgreifen, — braucht man nur auszudenken, um sich von seiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es ist eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug giebt; es giebt sehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt.

(Heiterkeit.)

Man spricht von 16 Millionen Polen. Das Gebiet der ehemaligen Republik von 1772 ist — ich abstrahire ganz von dem durch die Friedens-

schlüsse von 1660 an Schweden verlorenen, früher eroberten Livland, und von dem durch den Frieden von Andrussow an Rußland jenseits des Dniepers abgetretenen Gebiete mit der Stadt Kiew ohne das heutige Gouvernement gleichen Namens — dennoch ist das Gebiet, das übrig bleibt, heute von etwa 24 Millionen Menschen bewohnt, unter diesen befinden sich 7½ Millionen Polen, mehr giebt es in der ganzen Welt nicht,

(Heiterkeit)

und davon sind 1½ Millionen zerstreut in weiten Gebieten, welche die westlichen Gouvernements des russischen Reiches ausmachen, unter Völkerschaften, die nicht nur keine Polen sind, sondern es auch gar nicht sein wollen, die um Alles in der Welt nicht unter die polnische Herrschaft zurückwollen. Sehen Sie nur in Galizien die Feindschaft der Ruthenen gegen die Polen, denen sie früher unterworfen waren, gleich den Westpreußen. Ich führe gerade dieses Beispiel an, weil es Allen bekannt ist, und Sie werden daran den Maßstab haben, welches die Gefühle der über 10 Millionen Nichtpolen sind, die mit 1200000 Polen den Westen des russischen Reiches bewohnen. In den westrussischen Provinzen stehen gegenüber den 10 Procent Polen, die in ihnen zerstreut wohnen, als frühere Herren, die mit der Eroberung gekommen sind und Land an sich gebracht haben, oder als Renegaten ihres Volkes polnische Sitte und Sprache angenommen haben, 90 Procent andere Völker, zum größten Theil russischen Stammes, Ruthenen und Weißrussen; diese sprechen nur russisch, weinen russisch, wenn sie unter polnischer Herrschaft sind,

(Heiterkeit)

sie sind Russen und wollen Russen bleiben, und stehen der russischen Regierung bei im Kampfe gegen den polnischen Adel. Die übrigen sind Lithauer, Letten, Deutsche und eine ganz erhebliche Anzahl von Juden…"[1])

---

[1]) Vgl. Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Herausgegeben von Horst Kohl III 208 f.


JAN 12 '55 H

